



# Sachmangelhaftung im Kfz-Gewerbe

Aktuelle Urteile seit Inkrafttreten der Schuldrechts-  
reformen in den Jahren 2002 und 2022

17. Auflage

(Stand: Dezember 2025)



**Herausgeber:**

Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e. V.  
Zentralverband (ZDK)  
Franz-Lohe-Straße 21, 53129 Bonn

Markgrafenstraße 35  
10117 Berlin

Telefon: 0228 9127-0  
E-Mail: [zdk@kfzgewerbe.de](mailto:zdk@kfzgewerbe.de)  
Internet: [www.kfzgewerbe.de](http://www.kfzgewerbe.de)

**Verantwortlich:**

Abteilung Recht, Steuern, Tarife  
Rechtsanwalt Ulrich Dilchert / E-Mail: [dilchert@kfzgewerbe.de](mailto:dilchert@kfzgewerbe.de)

**Verfasser:**

Abteilung Recht, Steuern, Tarife  
Ass. jur. Marion Nikolic / E-Mail: [nikolic@kfzgewerbe.de](mailto:nikolic@kfzgewerbe.de)

**Fotos:**

Promotor

**Haftungsausschluss:**

Die in dieser Broschüre enthaltenen Informationen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Obwohl sie nach bestem Wissen und Gewissen erstellt worden ist, kann keine Haftung für die inhaltliche Richtigkeit der darin enthaltenen Informationen übernommen werden.

**Copyright und Rechtsvorbehalt:**

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

**Erscheinungsdatum:**

12/2025

Seit Inkrafttreten der **Schuldrechtsreform im Jahre 2002** haben sich die deutschen Gerichte in zahlreichen Entscheidungen zu grundsätzlichen Rechtsfragen des Sachmängelhaftungsrechts geäußert. Selbst der Europäische Gerichtshof (EuGH) wurde inzwischen mehrfach angerufen, um über Rechtsfragen, die (auch) das deutsche Sachmängelhaftungsrecht betreffen, zu entscheiden.

**Zum 01.01.2022** wurde das **Sachmängelhaftungsrecht erneut reformiert**. Neben der Berücksichtigung der zunehmenden Digitalisierung von Waren wurde der Verbraucherschutz erneut weiter ausgebaut. Während das Sachmängelhaftungsrecht bis Ende 2021 nur wenige Regelungen enthält, die ausschließlich für Verbraucher bzw. Verbrauchsgüterkaufverträge gelten (z.B. die Regelung zur Beweislastumkehr in § 477 BGB), differenzieren die neuen Regelungen viel stärker danach, ob es sich bei dem Käufer um einen Verbraucher oder einen „sonstigen“ Käufer (z.B. einen Unternehmer) handelt. Zu Gunsten von Verbrauchern wurden außerdem erstmalig **Regelungen für sog. „Waren mit digitalen Elementen“, einschließlich einer den Händler treffenden Aktualisierungspflicht**, ins Sachmängelhaftungsrecht aufgenommen.

Die neuen Regelungen für sog. „digitale Produkte“ wurden demgegenüber außerhalb des Sachmängelhaftungsrechts im „Allgemeinen Schuldrecht“ verankert.

Einen umfassenden Überblick über die wesentlichen Neuregelungen bietet die **Broschüre „Sachmängelhaftung nach der Schuldrechtsreform 2.0 - Die neuen Regelungen ab 1. Januar 2022“**.

Für **Kaufverträge, die bis zum 31.12.2021 abgeschlossen wurden**, finden die neuen Bestimmungen keine Anwendung. Für sie bleibt die bisherige Rechtslage weiterhin maßgeblich.




Für **Kaufverträge, die seit Beginn des Jahres 2022 abgeschlossen worden sind**, ist insbesondere danach zu differenzieren, wer Käufer der Kaufsache ist:

- Ist der Käufer ein Verbraucher, gelten im Vergleich zu den früheren Regelungen der Sachmängelhaftung zahlreiche hiervon abweichende Neuregelungen. Hierauf wird in der Übersicht ausdrücklich hingewiesen.
- Wird ein Kaufvertrag mit einem Unternehmer im Sinne des § 14 BGB abgeschlossen, bleibt es – von einzelnen Themen abgesehen – überwiegend bei der „alten“ Rechtslage.
- Der Gesetzgeber hat im Übrigen den **Begriff des Sachmangels neu geregelt**. Diese Änderung gilt unabhängig davon, ob es sich bei dem Käufer um einen Verbraucher oder einen Unternehmer im Sinne des § 14 BGB handelt.

**Wichtiger Hinweis:**

*Die im Rahmen der Schuldrechtsreform im Jahr 2022 eingeführten neuen Regelungen differenzieren viel stärker als bisher danach, ob es sich bei dem Käufer um einen Verbraucher oder einen „sonstigen“ Käufer (z.B. einen Unternehmer) handelt. Daraus folgt, dass die in der Urteilsübersicht aufgeführten gesetzlichen Regelungen und die bislang ergangenen Entscheidungen der Rechtsprechung nicht zwangsläufig für alle Kaufverträge gelten, die seit Januar 2022 abgeschlossen worden sind.*

*In der überarbeiteten Urteilsübersicht wird versucht, diesem Umstand durch **unterschiedliche Schriftfarben** Rechnung zu tragen:*

 Gilt allgemein	 Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	 Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
--	---	---

*Dennoch sollte insbesondere für Verbraucherkaufverträge, die seit Januar 2022 abgeschlossen worden sind, im Einzelfall nochmals geprüft werden, ob die Aussagen des jeweiligen Gerichts auch für diese Kaufverträge zutreffend sind.*

*Da die zum Jahr 2022 erfolgte Schuldrechtsreform für alle **vom VW-Abgasskandal betroffenen Fälle** keine Rolle spielt, wurde in diesen Fällen keine farbliche Differenzierung vorgenommen.*

Im Übrigen soll die Urteilsübersicht dem Leser nach wie vor einen umfassenden **Überblick über wichtige Gerichtsentscheidungen zur Sachmangelhaftung mit Bezug zum Kfz-Gewerbe oder Auswirkungen auf dieses** geben. Sie dient als **Nachschlagewerk**, in dem nach Stichworten gesucht werden kann (z.B. durch Drücken der Tastenkombination „STRG“ „F“), erhebt aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die unzähligen Urteile, die inzwischen im Zusammenhang mit dem **VW-Abgasskandal** ergangen sind. Um den Rahmen der Urteilsübersicht nicht zu sprengen, beschränkt sich die Darstellung der im Zusammenhang mit dem VW-Abgasskandal ergangenen Entscheidungen zur Sachmangelhaftung daher auf die Rechtsprechung des BGH, die wesentlichen Entscheidungen der Oberlandesgerichte sowie exemplarisch auf einzelne interessante Urteile der unteren Instanzen.

*Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen (wie z.B. Käufer oder Verkäufer) gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.*

<b>1</b>	<b>Haftung des Verkäufers für Mängel .....</b>	<b>15</b>
1.1	Überblick über die Möglichkeiten der Beschränkung oder des Ausschlusses der Sachmangelhaftung.....	15
1.2	Verbraucher- oder Unternehmerhandeln.....	16
1.2.1	Abgrenzungsmaßstab.....	16
1.2.2	Verbraucherhandeln.....	17
1.2.3	Unternehmerhandeln .....	18
1.2.3.1	Unternehmerhandeln des Verkäufers.....	18
1.2.3.2	Unternehmerstellung des Käufers .....	20
1.2.3.3	Falsche Angaben des Käufers zu seiner angeblichen Unternehmerstellung („Scheinunternehmer“) .....	21
1.2.4	Haftung des Unternehmensnachfolgers.....	22
1.3	Zeitliche Beschränkung der Sachmangelhaftung gegenüber Verbrauchern.....	23
1.3.1	Bis Ende 2021 abgeschlossene Gebrauchtwagenkaufverträge.....	23
1.3.2	Ab dem Jahr 2022 abgeschlossene Gebrauchtwagenkaufverträge .....	24
1.4	Ausschluss der Sachmangelhaftung beim gewerblichen Kauf .....	25
1.4.1	Allgemeines .....	25
1.4.2	Verbraucher schaltet Unternehmer als Strohmänn ein.....	27
1.5	Alternative Maßnahmen für einen Ausschluss der Sachmangelhaftung gegenüber Verbrauchern.....	28
1.5.1	Agenturgeschäfte / Vermittlung von Gebrauchtwagen.....	28
1.5.1.1	Zulässigkeit.....	28
1.5.1.2	Innenverhältnis: Privater Verkäufer – Händler.....	29
1.5.1.3	Außenverhältnis: Parteien des Kaufvertrages .....	29
1.5.1.4	Arglistzurechnung beim Agenturgeschäft.....	31
1.5.2	Umgehungsverbot .....	32
1.5.2.1	Unzulässige Umgehung durch Vereinbarungen über die Beschaffenheit des Gebrauchtfahrzeugs.....	32
1.5.2.2	Strohmännengeschäfte / Missbrauch von Agenturgeschäften .....	34
1.5.2.3	Vereinbarungen nach der Mängelrüge .....	35
1.6	Verkäufe an Verbraucher, die ihren Wohnsitz im Ausland haben.....	35
1.7	Ankaufsverträge bei der Gebrauchtwagen-Inzahlungnahme – Ausschluss der Sachmangelhaftung des Kunden/Inzahlunggebers.....	38
1.8	Fahrzeugübernahme nach Leasingende.....	40
1.9	Keine Berufung auf vereinbarte Beschränkungen oder den Ausschluss der Sachmangelhaftung .....	40
<b>2</b>	<b>Beschaffenheit eines Fahrzeugs / Sachmangel .....</b>	<b>41</b>
2.1	Sachmangelbegriffe.....	41
2.1.1	„Alter“ Sachmangelbegriff für bis Ende 2021 abgeschlossene Kaufverträge .....	41
2.1.2	Neuer Sachmangelbegriff für ab dem Jahr 2022 abgeschlossene Kaufverträge .....	42



2.1.2.1	Subjektive Anforderungen an die Kaufsache .....	43
2.1.2.2	Objektive Anforderungen an die Kaufsache .....	43
2.1.2.3	Montageanforderungen .....	44
2.1.3	Eigenständiger Sachmangelbegriff beim Verkauf von Sachen mit digitalen Elementen an Verbraucher .....	44
2.2	Beschaffenheitsmerkmal .....	44
2.3	Anerkennung eines Mangels oder der Sachmangelhaftung seitens des Verkäufers.....	45
2.4	Beschaffenheitsvereinbarung .....	46
2.4.1	Allgemeines .....	46
2.4.2	Neuwagenkauf .....	47
2.4.2.1	Fabrikneuheit.....	47
2.4.2.2	Fehlen mehrerer Merkmale der Fabrikneuheit.....	53
2.4.2.3	Verkauf eines Neuwagens als „Lagerfahrzeug“ .....	54
2.4.2.4	Sonstige Beschaffenheitsvereinbarungen .....	54
2.4.3	Gebrauchtwagenkauf.....	56
2.4.3.1	Allgemeines .....	56
2.4.3.2	Vorführwagen.....	56
2.4.3.3	Unfallschaden / (Vor-)Schäden / Erneuerte Teile .....	58
2.4.3.4	Tachomanipulation: (Gesamt-)Fahrleistung / (Gesamt-)Laufleistung .....	60
2.4.3.5	Tachomanipulation: Kilometerangaben / Kilometerstand / Tachostand.....	62
2.4.3.6	Fahrbereit / Gebrauchsfähig .....	63
2.4.3.7	HU / „TÜV neu“ .....	64
2.4.3.8	Umweltplakette.....	65
2.4.3.9	Produktionsdatum / Standzeiten.....	66
2.4.3.10	Originalmotor / Austauschmotor .....	66
2.4.3.11	Youngtimer / Oldtimer.....	68
2.4.3.12	Bastlerfahrzeug .....	69
2.4.3.13	Inzahlungnahme – Beschaffenheit des Altfahrzeugs des Kunden .....	70
2.4.3.14	Sonstige Beschaffenheitsvereinbarungen .....	70
2.4.4	Wirkung bei vereinbartem Haftungsausschluss .....	73
2.5	Eignung zur gewöhnlichen Verwendung (kurz: übliche Beschaffenheit).....	75
2.5.1	Allgemeines .....	75
2.5.2	Unfallschaden .....	77
2.5.3	Unzulässige Abschalteinrichtungen.....	77
2.5.3.1	Abschalteinrichtungen bei Prüfstandserkennung – VW-Abgasskandal .....	78
2.5.3.2	Thermofenster .....	78
2.5.4	Anzahl der Vorbesitzer.....	79
2.5.5	Standzeit von Gebrauchtwagen .....	80
2.5.6	A-typische Vorbenutzung: Mietwagen, Fahrschulwagen etc. ....	80
2.5.7	Reimport-Fahrzeug.....	82
2.5.8	Dieselfahrzeug .....	82
2.5.9	Automatikgetriebe / Getriebegeräusche.....	83
2.5.10	Wassereintritt.....	84
2.5.11	Fahrzeuge mit Gasanlage.....	85
2.5.12	Sonstige Fallgestaltungen .....	85
2.6	Öffentliche Äußerungen in Prospekten / Werbung / Internetanzeigen.....	91

2.6.1	Abgrenzung von reinen Werbeanpreisungen .....	91
2.6.2	Öffentliche Äußerung – als Bestandteil der Haftung für die Eignung zur gewöhnlichen Verwendung (kurz: übliche Beschaffenheit).....	92
2.6.3	Öffentliche Äußerung in Form einer Beschaffenheitsvereinbarung .....	94
2.6.4	Öffentliche Äußerung in Form einer Beschaffenheitsgarantie .....	96
2.7	Negative Beschaffenheitsvereinbarungen über die objektiven Anforderungen der Kaufsache für ab dem Jahr 2022 abgeschlossene Kaufverträge .....	97
2.7.1	Verbrauchsgüterkaufverträge .....	97
2.7.2	Sonstige Kaufverträge .....	98
2.8	Übernahme einer Garantie.....	99
2.8.1	Allgemeines .....	99
2.8.2	Beschaffenheitsgarantie.....	100
2.8.3	Haltbarkeitsgarantie.....	102
2.9	Zustandsbericht .....	102
2.10	Ausschluss der Sachmängelhaftungsansprüche wegen Mangelkenntnis auf Käuferseite.....	103
2.10.1	Ausnahme: Verkauf an Verbraucher .....	103
2.10.2	Allgemeines zu den Ausschlussvoraussetzungen.....	104
2.10.3	Unfallschaden .....	105
2.10.4	VW-Abgasskandal .....	107
2.10.5	Sonstige Fallgestaltungen .....	108
<b>3</b>	<b>Sachmangel und Verschleiß .....</b>	<b>109</b>
3.1	Sachmangel angenommen .....	109
3.1.1	Unfallschaden / fehlende Unfallfreiheit .....	109
3.1.2	VW-Abgasskandal .....	110
3.1.2.1	Unzulässige Abschalteinrichtung.....	110
3.1.2.2	Ungelklärt: Merkantiler Minderwert aufgrund Betroffenheit vom VW- Abgasskandal.....	111
3.1.3	Laufleistung / Kilometerangaben .....	112
3.1.4	Kraftstoffmeherverbrauch .....	112
3.1.5	Fehlen der Herstellergarantie .....	113
3.1.6	Standzeiten im GW-Handel .....	114
3.1.7	Zahnriemen.....	115
3.1.8	Wassereintritt / Feuchtigkeit.....	115
3.1.9	Farbabweichung beim Neuwagenkauf.....	116
3.1.10	Betriebsunfähigkeit / Allgemeine Betriebserlaubnis (ABE) .....	116
3.1.11	Getriebe .....	117
3.1.12	Konstruktionsfehler .....	118
3.1.13	Fahrkomfort.....	119
3.1.14	Sonstige Sachmängel.....	120
3.2	Sachmangel verneint .....	126
3.2.1	Nachlackierungen, die nicht auf einem Unfallschaden beruhen .....	126
3.2.2	Standzeiten im GW-Handel .....	126
3.2.3	Importeigenschaft .....	127

3.2.4	Wassereintritt.....	127
3.2.5	Komforteinbuße durch Geräusche.....	128
3.2.6	Sonstige Fallgestaltungen .....	129
3.3	Verschleiß .....	133
3.3.1	Allgemeines .....	133
3.3.2	Zahnriemen.....	135
3.3.3	Bremsen.....	136
3.3.4	Auspuffanlage.....	136
3.3.5	Katalysator .....	136
3.3.6	Dieselpartikelfilter .....	137
3.3.7	Sonstige Fallgestaltungen .....	137
<b>4</b>	<b>Falschlieferung und Rechtsmangel .....</b>	<b>141</b>
4.1	Falschlieferung.....	141
4.2	Rechtsmangel .....	141
4.2.1	Sicherstellung / Beschlagnahme.....	141
4.2.2	Ausschreibung eines Fahrzeugs in einer internationalen Fahndungsliste ..	143
4.2.3	Sonstige Rechtsmängel.....	145
4.2.4	Haftungsausschluss .....	145
<b>5</b>	<b>Darlegungs- und Beweislast / Beweislastumkehr .....</b>	<b>147</b>
5.1	Beweislastverteilung vor Übergabe des Fahrzeugs.....	147
5.2	Beweislastverteilung ohne Beweislastumkehr zu Gunsten von Verbrauchern.....	148
5.2.1	Allgemeine Grundsätze.....	148
5.2.2	VW-Abgasskandal .....	150
5.2.3	Sonstige Fallgestaltungen .....	152
5.2.4	Beweisvereitelung.....	153
5.3	Beweislastumkehr zu Gunsten von Verbrauchern.....	153
5.3.1	Reichweite der gesetzlichen Vermutung .....	153
5.3.2	Ausschluss der Beweislastumkehr wegen der „Art der Sache“ .....	157
5.3.2.1	Anwendbarkeit beim Gebrauchtwagenkauf.....	157
5.3.2.2	Anwendbarkeit auf Verschleißteile.....	158
5.3.3	Ausschluss der Beweislastumkehr wegen der „Art des Mangels“ .....	159
5.3.3.1	Allgemeines .....	159
5.3.3.2	Verschleißteile .....	160
5.3.3.3	Sonstige Fallgestaltungen .....	161
5.3.4	Widerlegbarkeit der Vermutungsregelung.....	162
5.3.4.1	Allgemeines und einzelne Fallgestaltungen .....	163
5.3.4.2	Anforderungen an den Käufer .....	164
5.3.5	Unaufklärbarkeit der tatsächlichen Schadensursache .....	164
5.3.6	Schuldhaftes Beweisvereitelung seitens des Verbrauchers.....	165
5.3.7	Tatsachenerkenntnis des Verbrauchers .....	166
5.4	Beweislastverteilung für Zeitpunkte, die nach dem Gefahrübergang liegen .....	167
5.4.1	Allgemeines .....	167



5.4.2	Eingreifen der Regelung zur Beweislastumkehr des § 477 BGB nach Gefahrübergang .....	168
5.4.3	Beweislastumkehr zu Gunsten des Verbrauchers bei Wiederauftreten des Mangels nach dessen Nachbesserung .....	168
5.5	Tabellarischer Überblick: Wer muss was beweisen? .....	169
<b>6</b>	<b>Nacherfüllung .....</b>	<b>172</b>
6.1	Zurückbehaltungsrecht des Käufers in Bezug auf den Kaufpreis .....	172
6.2	Anspruch auf Nachbesserung oder Ersatzlieferung .....	172
6.2.1	Wahlrecht .....	172
6.2.2	Unmöglichkeit der Ersatzlieferung .....	174
6.2.2.1	Neuwagenkauf – Allgemein .....	174
6.2.2.2	Neuwagenkauf – VW-Abgasskandal – Ersatzlieferung nach Modellwechsel .....	175
6.2.2.3	Gebrauchtwagenkauf .....	179
6.2.3	Einrede der Unverhältnismäßigkeit der Kosten .....	180
6.2.3.1	Beurteilung der Unverhältnismäßigkeit der Kosten im Allgemeinen .....	181
6.2.3.2	VW-Abgasskandal .....	182
6.2.3.3	Sonstige Fallgestaltungen einer unverhältnismäßigen Nacherfüllungsart .....	186
6.2.3.4	Beide Arten der Nacherfüllung wegen unverhältnismäßiger Kosten unzumutbar .....	187
6.2.4	Treuwidriges Festhalten an einer Ersatzlieferung .....	187
6.2.5	Ersatzlieferung – Klageantrag auf Lieferung eines Nachfolgemodells .....	188
6.3	Nacherfüllungsverlangen / Gelegenheit zur Nacherfüllung .....	189
6.3.1	Allgemeine Anforderungen .....	189
6.3.2	Transport des Fahrzeugs / Transportkostenvorschuss .....	191
6.3.3	Sonstige Fallgestaltungen .....	192
6.4	Nacherfüllungsfrist / Entbehrlichkeit der Fristsetzung .....	193
6.5	Erfüllungsort der Nacherfüllung .....	193
6.5.1	Fahrzeugkauf .....	193
6.5.2	Ersatzteilkauf .....	197
6.6	Anforderungen an die Nacherfüllung .....	197
6.6.1	Besondere Anforderungen gegenüber Verbrauchern .....	197
6.6.2	Art und Weise der Nachbesserung .....	198
6.7	Kosten der Nacherfüllung .....	199
6.7.1	Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten .....	199
6.7.1.1	Erstattungsfähige Kosten .....	199
6.7.1.2	Vorteilsausgleich nach den Grundsätzen eines Abzugs „neu für alt“ .....	200
6.7.2	Vom Verkäufer oder einem Dritten erhobene Kosten für die Fahrzeuguntersuchung .....	201
6.7.3	Vom Käufer in Auftrag gegebenes Privatgutachten .....	201
6.7.4	Vorgerichtliche Rechtsanwaltskosten .....	202
6.7.5	Zusätzlich anfallende Aus- und Einbaukosten beim Austausch mangelhafter Teile .....	203
6.7.6	Vorschusspflicht des Verkäufers / Transportkostenvorschuss .....	203

6.7.7	Rückgriff des Verkäufers gegenüber seinem Lieferanten.....	204
6.7.8	Kostentragung im Falle unberechtigter Reklamationen.....	205
6.8	Nutzungsausfallentschädigung für die Zeit der Nachbesserung oder den Verzögerungszeitraum.....	206
6.8.1	Schadensersatz (neben der Leistung) für die Zeit der Nachbesserung .....	206
6.8.2	Ersatz des Verzugsschadens .....	207
6.9	Beschädigung des Fahrzeugs oder Entstehung neuer Mängel während der Durchführung von Nachbesserungsarbeiten.....	209
6.10	Selbstvornahme der Nacherfüllung .....	210
6.10.1	Erwerb eines neuen, mangelfreien Ersatzteils durch den Käufer .....	210
6.10.2	Kostenerstattungsanspruch des Käufers .....	211
6.10.3	Folgen einer Selbstvornahme für die Geltendmachung der übrigen Sachmängelhaftungsrechte-/ansprüche .....	211
<b>7</b>	<b>Rücktritt .....</b>	<b>213</b>
7.1	Nachfristsetzung.....	213
7.1.1	Wegfall des Fristsetzungserfordernisses für alle seit dem Jahr 2022 abgeschlossenen Verbrauchsgüterkaufverträge .....	213
7.1.2	Erfordernis der Nachfristsetzung.....	214
7.1.2.1	Allgemeines .....	214
7.1.2.2	Setzen einer Nacherfüllungsfrist.....	215
7.1.3	Angemessenheit der gesetzten Frist.....	216
7.1.3.1	Grundsätzliches / Zu kurz bemessene Nachfrist .....	217
7.1.3.2	VW-Abgasskandal .....	218
7.1.3.3	Sonstige Fallgestaltungen .....	219
7.1.3.4	Seit dem Jahr 2022 abgeschlossene Verbraucherkaufverträge.....	219
7.1.4	Fristsetzung im Falle von Lieferverzögerungen .....	220
7.1.5	Fehlgeschlagene Nacherfüllung im Falle einer Nachfristsetzung.....	221
7.1.5.1	Allgemeines/ 2-Versuche-Regelung.....	222
7.1.5.2	Widersprüchliches Verhalten des Käufers nach freiwilligem Zugeständnis.....	222
7.2	Entbehrlichkeit der Fristsetzung .....	223
7.2.1	Anforderungen an den Vortrag des Käufers / Darlegungslast .....	223
7.2.2	Entbehrlichkeit wegen ernsthafter und endgültiger Erfüllungs- verweigerung.....	225
7.2.2.1	Allgemeines .....	225
7.2.2.2	VW-Abgasskandal .....	227
7.2.2.3	Sonstige Fallgestaltungen .....	227
7.2.3	Entbehrlichkeit wegen Unmöglichkeit der Mangelbeseitigung.....	228
7.2.3.1	Allgemeines .....	228
7.2.3.2	VW-Abgasskandal .....	229
7.2.4	Entbehrlichkeit wegen Unzumutbarkeit für den Käufer .....	230
7.2.4.1	Allgemeines .....	230
7.2.4.2	„Montagsauto“.....	232
7.2.4.3	VW-Abgasskandal .....	234

7.2.4.4	Sonstige Fallgestaltungen .....	237
7.2.5	Fehlschlagen der Nacherfüllung / 2-Versuche-Regelung .....	238
7.2.5.1	Grundsätzliches zur 2-Versuche-Regelung .....	238
7.2.5.2	VW-Abgasskandal – Erfolgreiche/erfolglose Nachbesserung durch Aufspielen des Software-Updates.....	240
7.2.5.3	Weitere Fälle erfolgreicher/erfolgloser Nachbesserungsversuche.....	241
7.3	Rücktrittserklärung und deren Zugang.....	242
7.3.1	Erklärung des Rücktritts.....	242
7.3.2	Zugang der Rücktrittserklärung beim Verkäufer.....	243
7.4	Unerhebliche Pflichtverletzung.....	243
7.4.1	Grundsatzfragen / Allgemeines.....	243
7.4.1.1	Maßgeblicher Beurteilungszeitpunkt .....	243
7.4.1.2	Erheblichkeit der Pflichtverletzung indiziert .....	244
7.4.1.3	Behebbarer Mängel – Maßstab: Mangelbeseitigungskosten.....	245
7.4.1.4	Mangelursache ungeklärt / Mangel nicht behebbar.....	246
7.4.1.5	Beweislast.....	249
7.4.2	Einzelne Fallgestaltungen.....	250
7.4.2.1	Unfallschaden .....	250
7.4.2.2	VW-Abgasskandal .....	251
7.4.2.3	Anzahl der Vorbesitzer.....	254
7.4.2.4	Kraftstoffmeherverbrauch.....	254
7.4.2.5	Kraftstoffart.....	256
7.4.2.6	Tankanzeige.....	256
7.4.2.7	Motorleistung .....	256
7.4.2.8	Thermofenster .....	257
7.4.2.9	Allgemeine Betriebserlaubnis (ABE) .....	258
7.4.2.10	Wassereintritt / Feuchtigkeit.....	259
7.4.2.11	Farbabweichung / Lackierung .....	260
7.4.2.12	Geräusche / Komfortmangel .....	260
7.4.2.13	Standheizung .....	262
7.4.2.14	Sonstige Fallgestaltungen .....	262
7.5	Ausschluss des Rücktrittsrechts .....	267
7.5.1	Überwiegende Verantwortlichkeit des Käufers .....	267
7.5.2	Treuwidriges Verhalten des Käufers .....	268
7.5.3	Weiterverkauf der Kaufsache .....	270
<b>8</b>	<b>Minderung.....</b>	<b>271</b>
8.1	Anspruchsvoraussetzungen .....	271
8.2	Ermittlung der Wertminderung .....	271
8.3	Verhältnis zu anderen Sachmängelhaftungsansprüchen .....	273
<b>9</b>	<b>Schadensersatzansprüche .....</b>	<b>274</b>
9.1	Kaufvertragliche Schadensersatzansprüche.....	274
9.1.1	Anspruchsgrundlagen.....	274
9.1.1.1	Anspruch auf Schadensersatz statt der Leistung.....	274
9.1.1.2	Anspruch auf Schadensersatz neben der Leistung .....	274

9.1.2	Allgemeines zum Verschulden .....	275
9.1.3	Schaden und Schadensminderungspflicht im Allgemeinen .....	275
9.1.3.1	Bemessung / Höhe des Schadens .....	276
9.1.3.2	Ersatz fiktiver Mängelbeseitigungskosten.....	276
9.1.3.3	Vorteilsausgleich nach den Grundsätzen eines Abzugs „neu für alt“ .....	277
9.1.3.4	Schadensminderungspflicht des Käufers .....	277
9.1.4	Geltendmachung neben anderen Sachmängelhaftungsansprüchen .....	277
9.1.5	Einzelne Fallgestaltungen .....	278
9.1.5.1	Fehlende Unfallfreiheit .....	278
9.1.5.2	Nutzungsausfallschaden wegen Verletzung von Nebenpflichten aus dem Kaufvertrag.....	279
9.1.5.3	Ersatz des Nutzungsausfallschadens im Rücktrittsfalle.....	279
9.1.5.4	Sonstige Fallgestaltungen .....	282
9.2	Zusätzlich anfallende Aus- und Einbaukosten .....	284
9.3	Sonstige Schadensersatzansprüche .....	284
<b>10</b>	<b>Aufwendungsersatzanspruch .....</b>	<b>288</b>
10.1	Voraussetzungen .....	288
10.2	Ersatzfähige Kosten .....	288
10.3	Abzüge wegen gezogener Nutzungen .....	290
<b>11</b>	<b>Ansprüche bei der Vermittlung von Fahrzeugen .....</b>	<b>291</b>
<b>12</b>	<b>Rückabwicklung.....</b>	<b>292</b>
12.1	Nutzungsvergütung / Gebrauchsvorteile .....	292
12.1.1	Schätzungsermessen des Tatrichters.....	292
12.1.2	Ermittlung der Nutzungsvergütung bei Rückabwicklung eines Neuwagenkaufs.....	293
12.1.2.1	Faustformel.....	293
12.1.2.2	0,67 %-Pauschale (erwartete Gesamtleistung 150.000 km) .....	294
12.1.2.3	0,5 %-Pauschale (erwartete Gesamtleistung 200.000 km) .....	295
12.1.2.4	0,4 %-Pauschale (erwartete Gesamtleistung 250.000 km) .....	296
12.1.2.5	0,36 %-Pauschale (erwartete Gesamtleistung 275.000 km) .....	297
12.1.2.6	0,33 %-Pauschale (erwartete Gesamtleistung 300.000 km) .....	298
12.1.2.7	Erwartete Gesamtleistung von E-Fahrzeugen.....	299
12.1.2.8	Erwartete Gesamtleistung unter 150.000 km .....	299
12.1.3	Ermittlung der Nutzungsvergütung bei Rückabwicklung eines Gebrauchtwagenkaufs .....	299
12.1.3.1	Faustformel.....	299
12.1.3.2	Berechnung bei Fahrzeugen mit Tachomanipulation.....	301
12.1.4	Ermittlung der Nutzungsvergütung bei Rückabwicklung des Kaufs eines Wohnmobils .....	301
12.1.5	Berücksichtigung von Anfahrten zur Werkstatt des Verkäufers.....	302
12.1.6	Mangelbedingter Abschlag .....	303
12.1.7	Berücksichtigung einer besonders niedrigen Jahresleistung .....	304
12.1.8	MwSt.- bzw. Umsatzsteuerpflicht.....	305

12.1.9	Nutzungsvergütung im Falle einer Ersatzlieferung.....	305
12.1.10	Prozessuale Fragen.....	307
12.1.10.1	Voraussetzung der gerichtlichen Prüfung.....	307
12.1.10.2	Formulierung der Anträge / Urteilstenor.....	307
12.1.10.3	Verzug des Verkäufers.....	307
12.2	Ersatz von notwendigen und nützlichen Verwendungen .....	308
12.2.1	Notwendige Verwendungen.....	308
12.2.1.1	Inspektionskosten.....	309
12.2.1.2	Räder/Reifen.....	309
12.2.1.3	Sonstige vom Käufer aufgewendete Kosten.....	310
12.2.2	Nützliche Verwendungen.....	311
12.3	Zinsanspruch des Käufers aus dem gezahlten Kaufpreis .....	312
12.4	Wertersatzpflicht des Käufers .....	313
12.4.1	Diverse Fallkonstellationen.....	313
12.4.2	Anspruch des Verkäufers auf Herausgabe der Bereicherung .....	315
12.5	Rückabwicklung von finanzierten Kaufverträgen.....	315
12.6	Rückabwicklung im Falle einer Gebrauchtwagen-Inzahlungnahme .....	316
12.6.1	Weiterverkauf des Altfahrzeugs durch den Händler .....	317
12.6.2	Ablösung eines Bankkredits für das Altfahrzeug durch den Händler .....	317
12.6.3	Rücktrittsrecht des Händlers bei Mängeln des Gebrauchtwagens.....	318
12.7	Erfüllungsort der Rückgewähransprüche nach Rücktritt vom Kaufvertrag.....	318
<b>13</b>	<b>Verjährung .....</b>	<b>321</b>
13.1	Verjährungsfristen im Allgemeinen .....	321
13.2	Untersuchungs- und Rügeobliegenheiten beim Unternehmerkauf.....	321
13.2.1	Handelskauf.....	322
13.2.2	Umfang der Untersuchungsobliegenheit.....	322
13.2.3	Unverzügliche Rüge gegenüber dem Verkäufer .....	324
13.2.4	Stillschweigender Verzicht auf die Mängelrüge seitens des Verkäufers ....	325
13.2.5	Rechtsmissbräuchliche Berufung des Verkäufers auf die Verletzung der Rügeobliegenheit.....	327
13.3	Verjährung im Falle arglistigen Verschweigens eines Sachmangels .....	327
13.3.1	Vorvertragliche Aufklärungs-, Untersuchungs- und/oder Nachforschungspflichten .....	328
13.3.1.1	Aufklärungspflichten beim Neuwagenkauf.....	328
13.3.1.2	Aufklärungspflichten beim Gebrauchtwagenkauf.....	330
13.3.2	Untersuchungs- und/oder Nachforschungspflichten beim Verkauf von Gebrauchtwagen .....	338
13.3.2.1	Allgemeines / Grundsätzliches.....	339
13.3.2.2	Unfallschaden .....	339
13.3.2.3	Tachomanipulation / Gesamtleistung.....	341
13.3.2.4	Rückrufaktionen des Herstellers .....	341
13.3.3	Arglistvorwurf.....	341
13.3.3.1	Grundsätzliches / Allgemeines.....	341

13.3.3.2	Falsche Angaben zur Unfallfreiheit.....	342
13.3.3.3	Falsche Angaben zum Umfang des Unfallschadens .....	344
13.3.3.4	VW-Abgasskandal .....	345
13.3.3.5	Sonstige Fallgestaltungen .....	346
13.4	Treuwidrigkeit der Erhebung der Verjährungseinrede .....	347
13.5	Hemmung, Ablaufhemmung und Neubeginn der Verjährung.....	348
13.5.1	Hemmung der Verjährung im Falle der Aufnahme von Verhandlungen ....	348
13.5.2	Hemmung oder Neubeginn der Verjährung als Folge von Nacherfüllungsmaßnahmen .....	349
13.5.3	Ablaufhemmung beim Verbrauchsgüterkauf .....	351
13.5.4	Verjährungshemmung bei Durchführung eines selbständigen Beweisverfahrens .....	351
13.5.5	Hemmung der Verjährung durch Klageerhebung.....	352
13.5.5.1	Änderung des Klageantrags – Wechsel der gesetzlichen Sachmängelhaftungsansprüche .....	352
13.5.5.2	Änderung des Klageantrags – Wechsel von einem Sachmängelhaftungsanspruch auf einen Garantieanspruch .....	353
13.6	Gerichtliche Durchsetzung eines fristgerecht erklärten Rücktritts nach Ablauf der Verjährungsfrist.....	354
13.7	Verzicht auf die Erhebung der Verjährungseinrede.....	354
<b>14</b>	<b>Allgemeine Geschäftsbedingungen .....</b>	<b>356</b>
14.1	Verkürzung der Verjährungsfrist .....	356
14.2	Angebotsbindungsfrist von höchstens 10 Tagen beim Gebrauchtwagenkauf.....	358
14.3	Annahme der „verbindlichen Bestellung“ .....	359
14.4	Leistungsänderungen .....	359
14.5	Schadenspauschalierung für den Fall der Nichtabnahme .....	360
14.5.1	Neuwagenkauf .....	360
14.5.2	Gebrauchtwagenkauf.....	360
14.6	Geltendmachung von Mängelbeseitigungsansprüchen bei anderen vom Hersteller autorisierten Betrieben .....	361
14.7	Sonstige Klauseln .....	362
14.8	Ankaufverträge bei der Gebrauchtwagen-Inzahlungnahme.....	362



# 1 Haftung des Verkäufers für Mängel

Der Verkäufer einer Ware haftet gegenüber dem Käufer grundsätzlich dafür, dass die Ware bei ihrer Übergabe an den Käufer mangelfrei ist. Allerdings räumt das Gesetz dem Verkäufer in bestimmten Fällen die Möglichkeit ein, die Sachmangelhaftung zeitlich zu beschränken oder gänzlich auszuschließen. Andererseits gibt es aber auch Fälle, in denen sich der Verkäufer ausnahmsweise nicht auf eine an sich wirksam vereinbarte Beschränkung seiner Haftung oder deren Ausschluss berufen darf.

## 1.1 Überblick über die Möglichkeiten der Beschränkung oder des Ausschlusses der Sachmangelhaftung

Ob und in welchem Umfang der Verkäufer die Sachmangelhaftung beschränken oder ausschließen darf, hängt davon ab, ob es sich bei dem **Käufer** um einen **Verbraucher oder Unternehmer** handelt und, ob es sich bei der Kaufsache um eine **neue oder gebrauchte Kaufsache** handelt.

Das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) sieht einen **besonderen Schutz des Käufers im Rahmen eines sog. Verbrauchsgüterkaufs** vor. Von einem solchen Verbrauchsgüterkauf spricht man, wenn ein „Unternehmer“ z.B. einen Neuwagen oder Gebrauchtwagen an einen „Verbraucher“ verkauft.

Zum Schutz von Verbrauchern darf die Sachmangelhaftung nicht nach Belieben eingeschränkt oder ausgeschlossen werden. Vielmehr darf ein Unternehmer, der ein Fahrzeug an einen Verbraucher verkaufen möchte, die ihm obliegende (gesetzliche) Sachmangelhaftung nur wie folgt beschränken:

- **Ist Gegenstand eines Verbrauchsgüterkaufs ein Neuwagen**, darf die Sachmangelhaftung weder eingeschränkt noch ausgeschlossen werden.
- **Ist Gegenstand eines Verbrauchsgüterkaufs ein Gebrauchtwagen**, darf die Sachmangelhaftung zwar auf 1 Jahr reduziert werden, ein genereller Ausschluss der Sachmangelhaftung ist aber nicht zulässig. Für Verbrauchsgüterkaufverträge, die seit dem Jahr 2022 abgeschlossen wurden oder noch werden, sind dabei die formalen Anforderungen des § 476 Abs. 2 BGB zu beachten (vgl. hierzu Ziffer 1.3.2).

Liegt kein Verbrauchsgüterkauf vor, weil ein „**Unternehmer**“ ein **Fahrzeug z.B. an einen anderen „Unternehmer“** verkauft oder ein Verkauf unter **Privatleuten** erfolgt, gilt folgendes:

- Beim Verkauf eines **Neuwagens** durch einen **gewerblich tätigen Kfz-Händler** darf die Sachmangelhaftung gegenüber einem Unternehmer auf 1 Jahr reduziert werden.
- Beim Verkauf eines **Gebrauchtfahrzeugs** durch einen **gewerblich tätigen Kfz-Händler** an einen Unternehmer besteht die Möglichkeit, die Sachmangelhaftung gänzlich auszuschließen.
- Beim **Verkauf durch eine Privatperson** darf die Sachmangelhaftung gegenüber jedermann – also auch gegenüber Verbrauchern – ausgeschlossen werden.

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	--	--

## 1.2 Verbraucher- oder Unternehmerhandeln

**Verbraucher** ist jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu Zwecken abschließt, die überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden können (§ 13 BGB).

Demgegenüber ist ein **Unternehmer** eine natürliche oder juristische Person oder eine rechtsfähige Personengesellschaft, die bei Abschluss eines Rechtsgeschäfts in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit handelt (§ 14 BGB).

Zur Beantwortung der **Frage, ob der Käufer oder Verkäufer im konkreten Einzelfall als Verbraucher oder Unternehmer gehandelt hat**, hat die Rechtsprechung inzwischen die nachfolgenden Grundsätze entwickelt.

### 1.2.1 Abgrenzungsmaßstab

Für die Abgrenzung zwischen Verbraucher- und Unternehmerhandeln ist grundsätzlich die <b>objektiv zu bestimmende Zweckrichtung des Rechtsgeschäfts</b> entscheidend. Dabei kommt es maßgeblich auf die Umstände des Einzelfalls, insbesondere das Verhalten der Parteien (oder jeweiligen Vermittlers) bei Vertragsschluss an.	BGH, Urteil vom 27.09.2017 (Az. VIII ZR 271/16)
Die objektiv zu bestimmende Zweckrichtung des Rechtsgeschäfts ist auch dann entscheidend, wenn das <b>Geschäft in gleicher Weise wie geschäftliche Bestellungen des Käufers beim Verkäufer abgewickelt wird</b> . Dieser Umstand ändert nichts an der Zuordnung des Geschäfts zur Privatsphäre des Käufers.  Eine Zurechnung entgegen dem objektiv verfolgten privaten Zweck kommt nur dann in Betracht, wenn die dem Verkäufer erkennbaren Umstände eindeutig und zweifelsfrei darauf hinweisen, dass die natürliche Person in Verfolgung ihrer gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit handelt. Zweifel gehen <u>nicht</u> zu Lasten des Käufers.	BGH, Urteil vom 07.04.2021 (Az. VIII ZR 191/19)
Die <b>subjektiven Vorstellungen des Käufers</b> über den Vertragszweck sind bedeutungslos, wenn sie für den Verkäufer bei Vertragsschluss nicht erkennbar waren.	AG Kiel, Urteil vom 08.02.2024 (Az. 115 C 262/23)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Wird das Fahrzeug nach dessen Erwerb sowohl privat als auch gewerblich genutzt ( <b>dual use</b> ), kommt es für die Einordnung auf den erklärten Parteiwillen des Vertrages und darauf an, welche Nutzung überwiegt.	
---	--

### 1.2.2 Verbraucherhandeln

Die Frage, ob ein Käufer als Verbraucher einzustufen ist, ist vom Gericht auch dann zu prüfen, <b>wenn sich der Käufer nicht auf diese Eigenschaft beruft</b> . Das gilt auch dann, wenn der Käufer anwaltlich vertreten wird.	EuGH, Urteil vom 04.06.2015 (Az. C-497/13)
Handelt es sich bei dem <b>Käufer</b> um einen <b>Einzelkaufmann</b> (= natürliche Person), greift für die Frage, ob der Kauf seiner privaten oder geschäftlichen Sphäre zuzuordnen ist, die Vermutungsregel des § 344 HGB, wonach die von einem Kaufmann vorgenommenen Rechtsgeschäfte im Zweifel als zum Betrieb seines Handelsgewerbes gehörig gelten, <u>nicht</u> ein. Maßgeblich sind vielmehr die auf den Verbraucherschutz ausgelegten §§ 13 und 14 BGB. Verbleibende Zweifel gehen wegen der Negativformulierung des § 13 BGB <u>nicht</u> zu Lasten einer natürlichen Person.	BGH, Urteil vom 10.11.2021 (Az. VIII ZR 187/20)
Tritt der Käufer eines Gebrauchtwagens als <b>natürliche Person</b> auf, handelt er regelmäßig als Verbraucher, dem gegenüber die Sachmängelhaftung nicht ausgeschlossen werden kann. Eine Zuordnung als Unternehmerhandeln kommt allerdings dann in Betracht, wenn die dem Vertragspartner bei Vertragsschluss erkennbaren Umstände eindeutig und zweifelsfrei darauf hinweisen, dass die natürliche Person in Verfolgung ihrer gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit gehandelt hat.	OLG Hamm, Urteil vom 01.04.2014 (Az. I-28 U 85/13)
Vereinbarungen, die die Wirkung eines Verbrauchsgüterkaufs zum Nachteil des Verbrauchers beseitigen, sind nach § 475 BGB unwirksam. Für die Verbrauchereigenschaft ist entscheidend, ob der Käufer zu erkennen gibt, dass er das Fahrzeug ausschließlich privat nutzen möchte. Auch die <b>Angabe des Berufs des Käufers (hier: „eingetragener Vollkaufmann“)</b> , lässt für sich allein nicht den	KG Berlin, Beschluss vom 31.03.2011 (Az. 8 U 107/10)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

Rückschluss auf eine beabsichtigte unternehmerische Nutzung des Fahrzeugs zu.	
Durch das <b>Anbringen eines Werbeschildes</b> für 12 bis 15 Monate an dem ausschließlich für private Zwecke erworbenen Pkw, wird ein Verbraucher <u>nicht</u> zu einem Unternehmer.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 17.07.2009 (Az. I-16 U 168/08)
Für den Käufer besteht bei Vertragsabschluss i.d.R. <b>keine Hinweispflicht bezüglich</b> seiner <b>Verbrauchereigenschaft</b> .	LG Nürnberg-Fürth, Urteil vom 15.07.2009 (Az. 7 O 9298/07)
Kreuzt der Verkäufer im Kaufvertrag den Punkt „ <b>Geschäft unter Händlern ohne Gewährleistung</b> “ an und erwirbt ein Unternehmer einen Gebrauchtwagen nachweislich zu privaten Zwecken, liegt ein Verbrauchsgüterkauf vor. Das gilt jedenfalls dann, wenn der Käufer glaubwürdig vorträgt, den <b>Vertragspassus</b> bei Unterzeichnung schlicht <b>übersehen</b> zu haben.	AG München, Urteil vom 18.10.2018 (Az. 174 C 4185/18)

## 1.2.3 Unternehmerhandeln

### 1.2.3.1 Unternehmerhandeln des Verkäufers

„Unternehmer“ ist auch eine natürliche oder juristische Person, die als <b>Vermittler</b> im Namen oder Auftrag des betreffenden Unternehmers/gewerblichen Verkäufers handelt.	EuGH, Urteil vom 24.02.2022 (Az. C-536/20)
Unternehmerisches Handeln erfordert ein <b>selbständiges und planmäßiges, auf gewisse Dauer angelegtes Anbieten entgeltlicher Leistungen am Markt</b> , wobei eine Gewinnerzielungsabsicht nicht erforderlich ist und auch Nebentätigkeiten und branchenfremde Tätigkeiten erfasst werden. Ist ein Vertragsabschluss objektiv weder der gewerblichen noch der selbständigen Tätigkeit zuzuordnen, liegt rein privates Handeln vor. Eine andere Zuordnung kommt nur in Betracht, wenn der Käufer aufgrund der Umstände zweifelsfrei davon ausgehen durfte, dass der Verkäufer in Ausübung seiner unternehmerischen Tätigkeit handelt.	BGH, Urteil vom 13.03.2013 (Az. VIII ZR 186/12)
Die Unternehmerstellung des Verkäufers setzt <b>keine Gewinnerzielungsabsicht</b> des Verkäufers voraus.	BGH, Urteil vom 29.03.2006 (Az. VIII ZR 173/05)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

Es ist nicht erforderlich, dass der Geschäftszweck einer Handelsgesellschaft auf den Verkauf von Gegenständen gerichtet ist. Auch wenn es sich bei dem Verkauf beweglicher Sachen um eine <b>branchenfremde Nebentätigkeit</b> handelt, zählt er im Zweifel zum Betrieb des Handelsgewerbes (widerlegbare Vermutung des § 344 Abs. 1 HGB), so dass die Regelungen über den Verbrauchsgüterkauf eingreifen, wenn der Käufer ein Verbraucher ist (§§ 14, 474 BGB).	BGH, Urteil vom 13.07.2011 (Az. VIII ZR 215/10)
Die <b>Veräußerung privat genutzter Fahrzeuge</b> ist regelmäßig nicht als Unternehmergeschäft zu qualifizieren.  Allein der Umstand, dass der Verkäufer <b>2 weitere Fahrzeuge zum Verkauf angeboten</b> hat, reicht nicht für die Annahme einer gewerblichen Tätigkeit aus. Maßgeblich ist, zu welchem Zweck die Fahrzeuge bislang genutzt worden sind und aus welchem Anlass sie verkauft werden.	BGH, Urteil vom 27.09.2017 (Az. VIII ZR 271/16)
Dem Käufer obliegt die <b>Darlegungs- und Beweislast</b> für die Behauptung, dass der Verkäufer ein Fahrzeug als Unternehmer verkauft hat. Allein die <b>steuerliche Zuordnung</b> ist nicht entscheidend.	KG Berlin, Urteil vom 11.09.2006 (Az. 12 U 186/05)
Die Zuordnung ist abhängig von <b>objektiven Gesichtspunkten</b> , wie dem Zweck des Vertrages und dem objektiven Verhalten des Verkäufers. Auf den inneren Willen des Verkäufers kommt es nicht an. Erforderlich ist zudem eine <b>ursächliche Verknüpfung</b> zwischen der unternehmerischen Tätigkeit als solcher und dem konkreten Geschäft.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 06.06.2012 (Az. I-3 U 63/11)
Für die Unternehmereigenschaft eines Fahrzeugverkäufers ist eine <b>kausale Verknüpfung</b> zwischen seiner Tätigkeit und dem Abschluss des Kaufvertrages erforderlich. Dies ist bei einem <b>Bistrobetreiber</b> nicht der Fall.	AG Hannover, Urteil vom 05.02.2010 (Az. 526 C 12623/09)
Die Unternehmereigenschaft des Kfz-Händlers wurde angenommen, obwohl <b>im Kaufvertrag „von Privat“ eingefügt</b> war, diesem aber die <b>AGB des Händlers beigelegt</b> waren.	LG München I, Beschluss vom 20.10.2003 (Az. 30 S 9301/03)  AG München, Urteil vom 23.04.2003 (Az. 251 C 7612/03)

### 1.2.3.2 Unternehmerstellung des Käufers

Erweckt ein <b>Käufer</b> oder <b>Testkäufer</b> den Eindruck, die Kaufsache zu gewerblichen Zwecken erwerben zu wollen, weil der Verkäufer die Ware ausdrücklich nur an Unternehmer, Gewerbetreibende, Freiberufler oder öffentliche Institutionen verkaufen will, ist es ihm verwehrt, sich auf ein Handeln als Verbraucher zu berufen, wenn er <b>unter der Rubrik „Unternehmensbezeichnung“ das Wort „privat“</b> einträgt.	BGH, Urteil vom 11.05.2017 (Az. I ZR 60/16)
Grundsätzlich liegt kein Unternehmerhandeln vor, wenn ein <b>Rechtsanwalt</b> (= natürliche Person) den Kauf objektiv zu privaten Zwecken abschließt, es sei denn, die dem Verkäufer erkennbaren Umstände weisen zweifelsfrei darauf hin, dass der Käufer in Ausübung seiner unternehmerischen Tätigkeit handelt. Die <b>Angabe des Unternehmenssitzes in Verbindung mit dem Namen des Käufers als Lieferungs- und Rechnungsanschrift</b> genügt hierfür u.U. nicht.	BGH, Urteil vom 30.09.2009 (Az. VIII ZR 7/09)
Erwirbt ein <b>Existenzgründer</b> im Zuge der Aufnahme einer gewerblichen oder selbständigen Tätigkeit ein Fahrzeug, liegt bereits Unternehmerhandeln vor.	BGH, Beschluss vom 24.02.2005 (Az. III ZB 36/04) LG Saarbrücken, Urteil vom 16.12.2013 (Az. 12 O 196/12)
Über die Unternehmereigenschaft des Käufers entscheidet nicht dessen <b>innerer Wille</b> , vielmehr ist der <b>objektive Inhalt des Rechtsgeschäfts</b> unter Einbeziehung der Begleitumstände maßgeblich. Enthält die <b>Rechnung</b> des Händlers einen <b>Hinweis auf die Firma des Käufers</b> und wird die <b>Umsatzsteuer ausgewiesen</b> , liegt ein Verkauf an einen Unternehmer vor.	OLG Saarbrücken, Urteil vom 23.03.2006 (Az. 8 U 294/05-58)
Entscheidend ist der <b>Zweck des Vertragsabschlusses</b> . Maßgeblich ist eine <b>objektive Betrachtungsweise</b> unter Berücksichtigung der Erklärungen der Parteien und sonstigen Umstände. <b>Rein subjektive Vorstellungen des Käufers</b> spielen keine Rolle.	OLG Karlsruhe, Urteil vom 06.10.2011 (Az. 9 U 8/11)
Tritt der Käufer eines Gebrauchtwagens als <b>natürliche Person</b> auf, handelt er regelmäßig als Verbraucher, dem gegenüber die Sachmängelhaftung nicht ausgeschlossen werden kann. Eine	OLG Hamm, Urteil vom 01.04.2014 (Az. I-28 U 85/13)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden



Zuordnung als Unternehmerhandeln kommt allerdings dann in Betracht, wenn die dem Vertragspartner bei Vertragsschluss erkennbaren Umstände eindeutig und zweifelsfrei darauf hinweisen, dass die natürliche Person in Verfolgung ihrer gewerblichen oder selbstständigen beruflichen Tätigkeit gehandelt hat.	
Es ist <u>nicht</u> erforderlich, dass der Kaufvertrag einen <b>Hinweis auf eine gewerbliche Tätigkeit des Käufers</b> enthält. Es genügt, wenn der <b>Käufer im Gewerberegister eingetragen</b> ist und der Käufer dem Verkäufer vor oder bei Vertragsschluss mitgeteilt hat, das Fahrzeug gewerblich nutzen zu wollen.	OLG Koblenz, Beschlüsse vom 24.01./25.02.2013 (Az. 3 U 846/12)
Wird das <b>Fahrzeug sowohl gewerblich als auch privat genutzt (dual use)</b> , ist der Parteiwille maßgeblich. Dies erfordert eine Auslegung des Kaufvertrages. Maßgeblich ist, wie der Verkäufer das Auftreten des Käufers unter Berücksichtigung der Lebens- und Berufssituation des Käufers objektiv verstehen durfte.	OLG Celle, Urteil vom 04.04.2007 (Az. 7 U 193/06)
Die <b>Tätigkeit eines Käufers als Freiberufler</b> allein genügt nicht für die Unternehmereigenschaft i.S.d. Sachmängelhaftung. Zusätzlich ist eine <b>kausale Verknüpfung</b> zwischen der unternehmerischen Tätigkeit und dem Fahrzeugkauf erforderlich, so dass es auf die tatsächliche Nutzung des Fahrzeugs ankommt.	LG Frankfurt/M., Urteil vom 07.04.2004 (Az. 16 S 236/03) AG Bad Homburg, Urteil vom 14.11.2003 (Az. 2 C 182/03)
Der Käufer kann <u>nicht</u> <b>durch AGB zum Unternehmer erklärt</b> werden.	AG Zeven, Urteil vom 19.12.2002 (Az. 3 C 242/02)

### 1.2.3.3 Falsche Angaben des Käufers zu seiner angeblichen Unternehmerstellung („Scheinunternehmer“)

Gibt sich ein Verbraucher/Käufer wahrheitswidrig als Unternehmer aus, weil der Verkäufer nicht an einen Verbraucher verkaufen will, ist ein vereinbarter Sachmängelhaftungsausschluss wirksam. Ein unredlicher Käufer darf sich nach den Grundsätzen von Treu und Glauben nicht auf die verbraucherschützenden Normen berufen.	BGH, Urteil vom 22.12.2004 (Az. VIII ZR 91/04)
	OLG Karlsruhe, Beschluss vom 04.04.2023 (Az. 14 U 216/21)
	AG Siegen, Urteil vom 19.06.2020 (Az. 1 C 187/19)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<p><b>Täuscht ein Unternehmer/Käufer einen gewerblichen oder unternehmerischen Verwendungszweck vor</b>, weil der Verkäufer den Gebrauchtwagen nicht an einen Verbraucher verkaufen will, und nutzt der Käufer das Fahrzeug anschließend als Verbraucher, darf er sich nach Treu und Glauben nicht darauf berufen, dass der vereinbarte Gewährleistungsausschluss für ihn als Verbraucher-Käufer nicht gilt.</p>	<p>BGH, Beschluss vom 09.06.2015 (Az. VIII ZR 337/14)</p>
	<p>OLG Karlsruhe, Beschlüsse vom 07.10. und 12.11.2014 (Az. 1 U 51/14)</p>
<p>Dem Verkäufer obliegt der <b>Beweis</b>, dass der Käufer/Verbraucher einen <b>unternehmerischen Verwendungszweck vorgetäuscht</b> hat. Der Beweis ist erbracht, wenn der Käufer den handschriftlichen Zusatz „Käufer ist Gewerbetreibender ...“ unterschrieben hat und - wie ein Händler - rote Überföhrungskennzeichen mitbringt.</p>	<p>OLG Hamm, Urteil vom 29.03.2012 (Az. I-28 U 147/11)</p> <p><u>Achtung:</u> Beweislastverteilung wird vom BGH anders beurteilt: Käufer muss sein Handeln als Verbraucher beweisen (vgl. Urteil vom 30.09.2009, Az. VIII ZR 7/09)</p>

#### 1.2.4 Haftung des Unternehmensnachfolgers

Wird der Betrieb des Verkäufers liquidiert, stellt sich mitunter die **Frage, unter welchen Voraussetzungen das Nachfolgeunternehmen gegenüber dem Käufer für die Verbindlichkeiten des Verkäufers haftet**.

<p>Sofern das Nachfolgeunternehmen abweichende Vereinbarungen zur Haftung weder in das Handelsregister hat eintragen und bekanntmachen lassen noch Dritten im Sinne des § 25 Abs. 1 Satz 2 HGB mitgeteilt hat, haftet er nach § 25 Abs. 1 Satz 1 HGB für die Verbindlichkeiten des Verkäufers, wenn er den <b>Eindruck einer Unternehmenskontinuität</b> erweckt. Dieser Eindruck wird nicht bereits durch das bloße <b>Weglassen eines „GmbH“-Zusatzes</b> vermieden.</p>	<p>OLG Brandenburg, Urteil vom 08.01.2014 (Az. 4 U 20/12)</p>
--	---

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

## 1.3 Zeitliche Beschränkung der Sachmangelhaftung gegenüber Verbrauchern

Die **Haftung für Sachmängel eines Gebrauchtwagens** darf gegenüber **Verbrauchern** grundsätzlich auf **1 Jahr** beschränkt werden. **Wie** dies allerdings zu geschehen hat, **hängt davon ab, zu welchem Zeitpunkt der Kaufvertrag über einen Gebrauchtwagen mit einem Verbraucher abgeschlossen wurde.**

### 1.3.1 Bis Ende 2021 abgeschlossene Gebrauchtwagenkaufverträge

Gebrauchtwagenkaufverträgen, die bis Ende 2021 mit Verbrauchern abgeschlossen worden sind, lagen oftmals die **vom ZDK unverbindlich empfohlenen Gebrauchtwagenverkaufsbedingungen (GWVB) mit Stand 12/2016** zugrunde. Darin wurde eine Verkürzung der Haftung des Verkäufers in Form einer Verkürzung der Verjährungsfrist vorgenommen, was dem bis Ende 2021 geltenden deutschen Recht entsprach. Im Jahr 2017 erließ der EuGH dann das sog. Ferenschild-Urteil.

<p><u>Gesetzliche</u> Regelungen, die es erlauben, dass die <b>2-jährige Verjährungsfrist</b> für die Geltendmachung von Mängelansprüchen für den Fall <b>verkürzt</b> wird, dass die Kaufvertragsparteien eine Verkürzung der Haftungsfrist auf 1 Jahr vereinbart haben, verstoßen gegen die europäische Verbrauchsgüterkaufrichtlinie. Es handelt sich um 2 Fristen, die jede für sich eine unterschiedliche Zielrichtung verfolgt und nicht voneinander abhängig sind. Die Befugnis der nationalen Gesetzgeber, die Haftungsdauer des Verkäufers für gebrauchte Güter auf 1 Jahr zu reduzieren, verleiht ihnen nicht das Recht, auch die Verjährungsfrist für die Geltendmachung der Mängelrechte zu verkürzen.</p> <p>(<u>hier</u>: Gegenstand der Überprüfung war <b>belgisches Recht</b>)</p>	<p>EuGH, Urteil vom 13.07.2017 (Az. C-133/16) - Ferenschild</p>
---	---

Daraufhin war **lange Zeit unklar, ob die in den GWVB vorgenommene Beschränkung der Sachmangelhaftung in Form einer Verkürzung der Verjährungsfrist auf 1 Jahr weiterhin wirksam ist.** In der Zwischenzeit hat der BGH diese strittige Rechtsfrage entschieden.

<p><b>GWVB (Stand 12/2016)</b></p> <p>Die <b>Regelung zur Verkürzung der Verjährungsfrist in den GWVB gegenüber Verbrauchern auf 1 Jahr ist trotz der zwischenzeitlich ergangenen EuGH-Rechtsprechung wirksam.</b> Zwar ist die gesetzliche Regelung des § 476 Abs. 2 BGB (in der bis Ende 2021</p>	<p>BGH, Urteil vom 18.11.2020 (Az. VIII ZR 78/20)</p> <p>OLG Celle, Urteil vom 11.09.2019 (Az. 7 U 362/18)</p>
---	--

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

geltenden Fassung), auf der die Verkürzung in den GWVB beruht, nach der EuGH-Rechtsprechung unionsrechtswidrig, dies hat für die Anwendung des deutschen Rechts jedoch keine unmittelbare Auswirkung, weil die Rechtsprechung (einschließlich die des EuGH) eine direkte horizontale Drittwirkung ablehnt. Eine richtlinienkonforme Auslegung oder Rechtsfortbildung scheitert am eindeutigen Wortlaut der Norm. Sie darf nicht „contra legem“ erfolgen.

OLG Zweibrücken, Urteil vom 19.03.2020 (Az. 4 U 198/19)

LG Stuttgart, Urteil vom 06.03.2020 (Az. 19 O 123/19)

**andere Ansicht noch:**

OLG Frankfurt/M., Urteil vom 11.07.2019 (Az. 16 U 112/18)

LG Berlin, Urteil vom 16.04.2019 (Az. 35 S 20/18)

### 1.3.2 Ab dem Jahr 2022 abgeschlossene Gebrauchtwagenkaufverträge

Zum 01.01.2022 wurde die zuvor maßgebliche europäische Verbrauchsgüterkaufrichtlinie durch die Warenkaufrichtlinie (EU/2019/771) ersetzt. Diese sieht nunmehr vor, dass beim Verkauf gebrauchter Waren an einen Verbraucher eine **Beschränkung der Sachmangelhaftung auf 1 Jahr auch in Form einer Verkürzung der Verjährungsfrist** vereinbart werden darf.

Die Vorgaben der Warenkaufrichtlinie hat der deutsche Gesetzgeber zwischenzeitlich in deutsches Recht umgesetzt. Seither gilt folgendes:

Für **Verkaufsgüterkaufverträge** kann eine Verkürzung der Verjährungsfrist **nicht mehr wirksam per AGB** vereinbart werden.

Nach § 476 Abs. 2 Satz 2 BGB ist eine Vereinbarung über die Verkürzung der Verjährungsfrist mit einem Verbraucher beim Verkauf gebrauchter Sachen **nur noch dann wirksam, wenn**

- **der Verbraucher vor der Abgabe seiner Vertragserklärung von der Verkürzung der Verjährungsfrist eigens in Kenntnis gesetzt wurde und**
- **die Verkürzung der Verjährungsfrist im Vertrag ausdrücklich und gesondert vereinbart wurde.**

**Hinweis:**

Die **GWVB** mit Stand 12/2016 wurden anlässlich der Schuldrechtsreform im Jahr 2022 überarbeitet und stehen der Kfz-Branche seither mit dem **Stand 01/2022** zur Verwendung beim Gebrauchtwagenverkauf zur Verfügung.

**Zur Umsetzung der v.g. Anforderungen** hat der ZDK außerdem in Abstimmung mit den Spitzenverbänden von VDA und VDIK **Musterformulare mit dem Titel „Sachmangelhaftung nach den neuen Regelungen ab 2022“** entwickelt.

Gilt allgemein

Gilt **nur für Verbraucherkaufverträge**, die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für Verbraucherkaufverträge, die ab 2022 abgeschlossen wurden

Zwischen der vorvertraglichen Information über die Verkürzung der Verjährungsfrist und der Abgabe der Vertragserklärung muss dem Verbraucher keine Frist zum Nachdenken (i.S.e. „Abkühlphase“) eingeräumt werden. Es genügt, wenn der Verbraucher die vorvertragliche Information unmittelbar vor der Abgabe der Vertragserklärung erhält.

LG München I, Urteil vom 28.04.2025 (Az. 22 O 134/25)

## 1.4 Ausschluss der Sachmangelhaftung beim gewerblichen Kauf

Im Rahmen von b2b-Geschäften (= beide Vertragsparteien sind Unternehmer) können die Vertragsparteien einen Ausschluss der Sachmangelhaftung wirksam vereinbaren, sofern **Gegenstand des Kaufvertrages ein Gebrauchtwagen** ist (vgl. Ziffer 1.1).

Wird der **Haftungsausschluss nicht ausdrücklich vereinbart**, kann **zweifelhaft** sein, **ob die stattdessen gewählte Formulierung einen Ausschluss der Sachmangelhaftung begründet**.

Ferner stellt sich mitunter die **Frage, wie weit ein vereinbarter Haftungsausschluss nach den im Kaufvertrag verwendeten Formulierungen nach dem Willen der Parteien reichen soll**.

Hinsichtlich der **Frage, ob sich ein vereinbarter Haftungsausschluss auch auf die Eigenschaften des Gebrauchtwagens erstreckt**, für die die Parteien eine Beschaffenheitsvereinbarung getroffen haben, wird auf **Ziffer 2.4.4** verwiesen.

### 1.4.1 Allgemeines

Ein vereinbarter Haftungsausschluss erstreckt sich auch auf **Eigenschaften** der Kaufsache, die „**bei Sachen der gleichen Art üblich**“ sind oder die **lediglich Gegenstand einer „öffentlichen Äußerung“** waren und sich im Vertrag nicht konkret wiederfinden. Der vertraglichen Vereinbarung des Haftungsausschlusses gebührt der Vorrang gegenüber den rein gesetzlichen Haftungstatbeständen.

Eine „öffentliche Äußerung“ i.S.d. Sachmangelhaftung liegt jedoch nur vor, wenn die betreffenden Eigenschaften nicht Gegenstand einer ausdrücklichen oder konkludenten Beschaffenheitsvereinbarung sind.

Sofern der Käufer dem Verkäufer nachweislich das **Vorhandensein bestimmter Eigenschaften oder Anforderungen der Kaufsache** als

BGH, Urteil vom 27.09.2017 (Az. VIII ZR 271/16)

Gilt allgemein

Gilt **nur für Verbraucherkaufverträge**, die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für Verbraucherkaufverträge, die ab 2022 abgeschlossen wurden

<p><b>kaufentscheidend</b> zur Kenntnis bringt, könnte eine konkludente Beschaffenheitsvereinbarung vorliegen, auf die sich der vereinbarte Haftungsausschluss dann nicht erstrecken würde.</p> <p>(<i>Fall</i>: Dem Rechtsstreit lag ein PrivatkauF zugrunde.)</p>	
<p>Der <b>Verkauf eines GW an ein Leasingunternehmen</b> unter Ausschluss der Sachmängelhaftung ist auch dann zulässig, wenn der GW anschließend von einem Verbraucher geleast werden soll. Der Leasingnehmer muss seine Rechte dann gegenüber dem Leasingunternehmen geltend machen. Eine leasingtypische Abtretungskonstruktion, die den Leasingnehmer unangemessen benachteiligt, ist in diesem Falle <i>ausnahmsweise</i> unwirksam und das Leasingunternehmen haftet für Mängel nach dem Mietrecht.</p>	<p>BGH, Urteil vom 21.12.2005 (Az. VIII ZR 85/05)</p>
<p>Ob die Formulierung „<b>wie besichtigt</b>“ zu einem Ausschluss der Sachmängelhaftung führt oder ob es sich dabei nur um eine Konkretisierung des Kaufgegenstandes handelt, ist durch Auslegung zu ermitteln.</p> <p>Sofern sie zu einem Ausschluss der Sachmängelhaftung führt, bezieht sich dieser in aller Regel nur auf die bei der Besichtigung für den Besichtigter/Käufer wahrnehmbaren, insbesondere sichtbaren Mängel, nicht auf Mängel der Funktionsfähigkeit, die sich erst im Laufe des Gebrauchs herausstellen.</p> <p>Bei der Formulierung „<b>wie besichtigt unter Ausschluss jeglicher Gewährleistung</b>“, ist der Ausschluss der Sachmängelhaftung umfassend, da er im Vordergrund der Formulierung steht.</p>	<p>BGH, Urteil vom 06.04.2016 (Az. VIII ZR 261/14)</p>
<p>Die zum Zweck des Haftungsausschlusses allein verwendete Formulierung „<b>gekauft wie gesehen</b>“ erfasst nur solche Mängel, die ein Laie ohne Hinzuziehung eines Sachverständigen bei einer Besichtigung erkennen kann.</p>	<p>OLG Oldenburg, Beschluss vom 28.08.2017 (Az. 9 U 29/17)</p>
<p>Wird dem Kaufvertrag sowohl die Formulierung „<b>gekauft wie gesehen</b>“ als auch die Formulierung „<b>unter Ausschluss jeglicher Gewährleistung</b>“ zu Grunde gelegt, wird ein vollständiger Haftungsausschluss begründet, sofern keine besonderen Umstände vorliegen, die eine andere Auslegung rechtfertigen.</p>	<p>OLG Saarbrücken, Urteil vom 06.09.2005 (Az. 4 U 163/04)</p>



Von der Klausel „ <b>Verkauf an Kfz-Handel wie besichtigt ohne Garantie und Gewährleistung</b> “ sind keine <b>Rechtsmängel</b> umfasst. Zwar könnte sich der Haftungsausschluss auch auf Rechtsmängel erstrecken, die Formulierung „wie besichtigt“ legt jedoch nahe, dass nur Sachmängel umfasst sein sollen. Diese Zweifel bei der Auslegung gehen zu Lasten des Verkäufers.	OLG München, Urteil vom 02.05.2016 (Az. 21 U 3016/15)
Gehen die Vertragsparteien davon aus, dass durch den im Kaufvertrag enthaltenen <b>Zusatz „Händlergeschäft“</b> die Sachmangelhaftung ausgeschlossen werden soll, stehen dem Käufer später auch dann keine Sachmangelhaftungsansprüche zu, wenn der Ausschluss der Sachmangelhaftung nicht ausdrücklich formuliert wurde und der Käufer davon ausging, dass die Formulierung „Händlergeschäft“ nicht ausreicht, um einen solchen wirksam zu vereinbaren.	LG Mannheim, Urteil vom 14.10.2014 (Az. 1 O 53/14)
Ein wirksam vereinbarter Gewährleistungsausschluss umfasst auch <b>verborgene Mängel</b> , selbst wenn diese die <b>Betriebs- und Verkehrssicherheit</b> des Fahrzeugs beeinträchtigen.	LG Köln, Urteil vom 14.12.2018 (Az. 3 O 220/17)

### 1.4.2 Verbraucher schaltet Unternehmer als Strohmann ein

Oftmals wollen Unternehmer Gebrauchtfahrzeuge nur an Unternehmer/Gewerbetreibende verkaufen, um die Sachmangelhaftung wirksam ausschließen zu können. **Darf sich der Verkäufer aber auch dann auf den vereinbarten Haftungsausschluss berufen, wenn sich herausstellt, dass ein Verbraucher lediglich einen Strohmann als Käufer benannt hatte, der Unternehmer ist?**

<p>Der „redliche“ Verkäufer darf sich regelmäßig auf den mit dem <b>Strohmann (= Unternehmer auf Käuferseite)</b> vereinbarten Haftungsausschluss berufen.</p> <p><b>Ausnahmen</b> sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Scheingeschäfte</li> <li>■ Geschäfte, bei denen die Manipulation des Käufers vom Verkäufer ausgeht (z.B. durch Täuschung oder wenn der Verbraucher durch Inaussichtstellen eines Übels in eine Zwangslage versetzt wird) <u>und</u> an denen der Käufer nicht mitgewirkt hat</li> </ul>	OLG Düsseldorf, Urteil vom 25.01.2012 (Az. 33 O 259/11)
---	---

■ Kenntnis oder Kennenmüssen des Verkäufers von einer fehlenden Vertretungsmacht des Verbrauchers für den Strohmann	
---	--

## 1.5 Alternative Maßnahmen für einen Ausschluss der Sachmangelhaftung gegenüber Verbrauchern

Ein Ausschluss der Sachmängelhaftung des gewerblichen Verkäufers scheidet gegenüber Verbrauchern grundsätzlich aus (vgl. Ziffer 1.1). Das gilt auch für den Verkauf älterer Gebrauchtwagen. Daher stellt sich für viele Kfz-Händler die **Frage, ob es zulässige alternative Wege gibt, um einen Gebrauchtwagen unter Ausschluss der Sachmängelhaftung verkaufen zu können.**

### 1.5.1 Agenturgeschäfte / Vermittlung von Gebrauchtwagen

Lange war umstritten, ob ein Kfz-Händler den **Verkauf von Gebrauchtwagen für Privatleute vermitteln** darf, der – im Gegensatz zum Kfz-Händler – auch gegenüber Verbrauchern einen Ausschluss der Sachmängelhaftung wirksam vereinbaren darf. Diese umstrittene Rechtsfrage hat der BGH inzwischen entschieden.

#### 1.5.1.1 Zulässigkeit

Agenturgeschäfte sind <b>zulässig</b> und nicht generell als Umgehungsgeschäfte zu werten, wenn der Eigentümer des GW bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise das <b>wirtschaftliche Risiko des Verkaufs</b> trägt.	BGH, Urteil vom 26.01.2005 (Az. VIII ZR 175/04)
Agenturgeschäfte sind <b>zulässig</b> .	OLG Stuttgart, Urteil vom 19.05.2004 (Az. 3 U 12/04)  AG Hamburg-Altona, Urteil vom 04.09.2003 (Az. 317 C 145 /03)
Agenturgeschäfte sind <b>unzulässig</b> , wenn sie sich als <b>Umgehung</b> darstellen. Das ist z.B. dann der Fall, wenn durch die Bewerbung eines GW im Internet ein Kfz-Händler für einen Kunden einen <b>Rechtsschein</b> setzt, wonach der Händler als Verkäufer auftritt.	AG Bonn, Urteil vom 04.06.2003 (Az. 7 C 19/03)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

### 1.5.1.2 Innenverhältnis: Privater Verkäufer – Händler

Voraussetzung eines zulässigen Agenturgeschäfts ist, dass der private Verkäufer dem Händler – im Innenverhältnis – einen **Vermittlungsauftrag** erteilt hat. Damit stellt sich die **Frage, welche Kosten der vermittelnde Händler dem privaten Verkäufer in Rechnung stellen darf.**

Agenturgeschäfte sind entgeltliche Geschäftsbesorgungen mit Dienstvertragscharakter. Eine <b>Kostenpauschale für Werbemittel und Platzmiete</b> ist unzulässig.	BGH, Urteil vom 13.01.2011 (Az. III ZR 78/10)
---	---

### 1.5.1.3 Außenverhältnis: Parteien des Kaufvertrages

Das Außenverhältnis betreffend mussten sich die Gerichte mit der **Frage** auseinandersetzen, **unter welchen Voraussetzungen ein Kaufvertrag zwischen einem privaten Verkäufer und einem Dritten durch Vermittlung eines Kfz-Händlers zustande kommt bzw. ob und unter welchen Voraussetzungen der Händler/Vermittler selbst als Vertragspartei anzusehen ist und für die ordnungsgemäße Erfüllung des Kaufvertrages haftet** (die „Missbrauchsfälle“ werden unter Ziffer **1.5.2.2** behandelt).

Wurde der <b>Käufer (Verbraucher)</b> eines Gebrauchtwagens <b>nicht darüber aufgeklärt, dass der Kfz-Händler das Fahrzeug als Vermittler für eine Privatperson verkauft</b> , wird der Kfz-Händler als Verkäufer angesehen und haftet als solcher für die Sachmangelfreiheit des Fahrzeugs. Das gilt unabhängig davon, ob der Vermittler für seine Tätigkeit eine Vergütung erhält oder nicht.	EuGH, Urteil vom 09.11.2016 (Az. C-149/15)
Je nach den Umständen des Einzelfalls kann eine im Rahmen einer <b>Internet-Versteigerung</b> enthaltene Klausel in den AGB des Anbieters, aus der sich ergibt, dass dieser als Verkaufsvertreter für eine Privatperson handelt, nach § 305 c BGB überraschend und damit unwirksam sein, so dass der Anbieter als Verkäufer anzusehen ist. Folge: Der Anbieter haftet für die Sachmangelfreiheit der Ware.	OLG München, Urteil vom 27.03.2008 (Az. 8 U 3789/07)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<p>Der Händler erweckt nach den <b>Gesamtumständen</b> den Eindruck der Verkäufer zu sein und muss sich als solcher behandeln lassen, wenn er</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ seinen Firmennamen im Internetinserat an prominenter Stelle platziert,</li> <li>■ den Hinweis auf den Kundenauftrag im Kleingedruckten auf-führt,</li> <li>■ zu erkennen gibt, anstehende Reparaturen noch vor der Übergabe an den Käufer auszuführen und</li> <li>■ den <b>Kaufvertrag mit dem Namen des Verkäufers unter-schreibt.</b></li> </ul>	<p>OLG Oldenburg, Hinweis vom 08.11.2018 (1 U 28/18)</p>
<p>Weist der im Autohaus unterzeichnete Kaufvertrag als Verkäufer einen Verbraucher aus und unterschreibt der Händler ihn mit dem <b>Zusatz „i.A.“</b>, liegt ein Agenturgeschäft vor und es bedarf keines weiteren Hinweises darauf, dass der Verkäufer eine Privatperson ist.</p>	<p>KG Berlin, Beschluss vom 05.05.2010 (Az. 12 U 140/09)</p>
<p>Weist der im Autohaus unterzeichnete <b>„Privatkaufvertrag“</b> als Verkäufer einen Verbraucher aus und unterschreibt der Händler ihn mit dem <b>Zusatz „i.A.“</b>, liegt ein Agenturgeschäft vor, auch wenn das Internetangebot oder die Präsentation des Fahrzeugs auf dem Betriebsgelände ohne klaren Agenturhinweis erfolgt sind. Es ist Sache des Käufers den Vertrag vollständig zu lesen.</p>	<p>LG Berlin, Urteil vom 09.05.2017 (Az. 55 S 133/16)</p> <p>LG Düsseldorf, Urteil vom 18.03.2016 (Az. 16 O 160/15)</p>
<p>Weist der Kaufvertrag als Verkäufer eine <b>Privatperson</b> aus, <b>die nicht in den Fahrzeugpapieren eingetragen ist</b>, kommt der Kauf-vertrag dennoch mit diesem zustande.</p> <p>Hat der vermittelnde Händler den Käufer auf diesen Umstand nicht hingewiesen, haftet er wegen <b>Aufklärungspflichtverletzung</b> aus Verschulden bei Vertragsschluss, weil es höchst ungewöhnlich ist, dass eine Privatperson ohne Händlereigenschaft als „Zwischen-verkäufer“ auftritt, und der Käufer davon ausgehen darf, dass das Fahrzeug auf den Verkäufer zugelassen war.</p>	<p>LG Kleve, Urteil vom 20.03.2020 (Az. 3 O 134/19)</p>

Gibt der Händler als Verkäufer eine <b>Person an, die unter der genannten Adresse keine Wohnung hat</b> und kann selbst die für diese Anschrift zuständige Behörde keine ladungsfähige Anschrift ermitteln, muss sich der Händler nach dem Rechtsgedanken des § 179 Abs. 1 BGB als „Quasiverkäufer“ behandeln lassen und kann sich nicht auf den vereinbarten Gewährleistungsausschluss berufen.	LG Hannover, Urteil vom 19.05.2016 (Az. 8 O 172/14)
Tritt nach dem <b>Wortlaut des Kaufvertrages</b> nicht der Händler, sondern eine <b>Privatperson als Verkäufer</b> auf, muss der Käufer die Richtigkeitsvermutung der Kaufvertragsurkunde widerlegen.	AG Charlottenburg, Urteil vom 10.07.2006 (Az. 237 C 187/05)
Ergibt sich aus der <b>Kaufvertragsurkunde kein Hinweis auf ein Agenturgeschäft</b> , muss der Verkäufer die Richtigkeitsvermutung der Kaufvertragsurkunde widerlegen.	AG Ansbach, Urteil vom 05.01.2017 (Az. 3 C 1155/15)
Ergibt sich aus einer Internetannonce ein Händler als Verkäufer und wird anschließend das <b>Verkäuferfeld im Bestellformular nicht ausgefüllt</b> , kommt der Kaufvertrag mit dem Händler zustande.	AG Weißenburg, Urteil vom 02.06.2016 (Az. 2 C 105/16)
Auch der <b>Inhaber/Geschäftsführer eines Autohauses</b> kann ein ihm gehörendes Fahrzeug privat über das Autohaus verkaufen lassen, selbst wenn das Fahrzeug noch gar nicht auf ihn zugelassen war. Der naheliegende Verdacht eines Umgehungsgeschäftes kann dadurch ausgeräumt werden, dass die Rechnung für bestellte Ersatzteile für dieses Fahrzeug auf den Namen und die Privatadresse des Inhabers/Geschäftsführers ausgestellt wurde.	AG Recklinghausen, Urteil vom 23.05.2018 (Az. 51 C 233/17)

#### 1.5.1.4 Arglistzurechnung beim Agenturgeschäft

Zum Thema „Arglist“ siehe Ziffern **13.3.1**, **13.3.2** sowie **13.3.3**.

<b>Kfz-Händler verschweigt unterlassene Sichtprüfung beim Gebrauchtwagenverkauf i.R.e. Agenturgeschäfts</b>  Der private Verkäufer kann sich i.R.e. Agenturgeschäfts gegenüber dem Käufer nicht auf einen Ausschluss der Sachmangelhaftung berufen, wenn den mit dem Verkauf beauftragten Kfz-Händler ein <b>Arglistvorwurf</b> trifft. Der private Verkäufer haftet gegenüber dem Käufer für ein Verschulden des von ihm eingesetzten Kfz-Händlers (= Erfüllungsgehilfe). Für den Kfz-Händler gelten aber auch i.R.e.	OLG Karlsruhe, Beschluss vom 20.05.2020 (Az. 9 W 10/20)
--	---

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<p>Agenturgeschäfts die von der Rechtsprechung entwickelten Anforderungen an die Sichtprüfung. Unterlässt der Kfz-Händler die erforderliche Sichtprüfung und teilt er dies dem Käufer nicht mit, sind für die Frage der Arglist die Anforderungen maßgeblich, die für den Kfz-Händler gelten. Das gilt auch im Verhältnis zum privaten Verkäufer.</p>	
---	--




## 1.5.2 Umgehungsverbot

Im Rahmen eines Verbrauchsgüterkaufs darf vor Mitteilung eines Mangels zum Nachteil eines Verbrauchers nicht von bestimmten gesetzlichen Vorschriften abgewichen werden. Hierzu zählt auch ein Ausschluss der Sachmangelhaftung eines gewerblichen Verkäufers. Der Versuch, durch Vereinbarungen über die Beschaffenheit eines Gebrauchtwagens oder auf anderem Wege de facto einen Ausschluss der Sachmängelhaftung zu erwirken, darf sich daher nicht als unzulässige Umgehung darstellen (§ 476 Abs. 4 BGB; bis 2018 geregelt in § 475 BGB).

### 1.5.2.1 Unzulässige Umgehung durch Vereinbarungen über die Beschaffenheit des Gebrauchtfahrzeugs

Für alle Arten von Kaufverträgen, die seit dem Jahr 2022 abgeschlossen worden sind, gilt ein **erweiterter Sachmangelbegriff** (vgl. hierzu Ziffer **2.1.2**). Danach muss der Käufer selbst bei Vorliegen einer Beschaffenheitsvereinbarung zusätzlich über etwaige Abweichungen der Kaufsache von der üblichen Beschaffenheit informiert werden, wobei dies gegenüber Verbrauchern unter Beachtung der in § 476 BGB enthaltenen Formvorgaben zu erfolgen hat. **Umgehungen dürften dadurch weiter erschwert werden.**

Gegenüber Verbrauchern ist jede Vereinbarung unwirksam, die unmittelbar oder mittelbar bewirkt, dass der Käufer das Risiko trägt, dass das Fahrzeug an einem <b>verborgenen Mangel</b> leidet. Daher sind („negative“) Beschaffenheitsvereinbarungen darüber, dass das <b>Fahrzeug „möglicherweise mangelhaft“</b> ist, unwirksam.	OLG Rostock, Urteil vom 28.08.2020 (Az. 4 U 1/19)
Der Passus im Kaufvertrag <b>„Fahrzeug besichtigt und Probe gefahren; Käufer akzeptiert den vorgefundenen Zustand“</b> stellt beim Abschluss von Verbrauchsgüterkaufverträgen eine unzulässige Umgehung dar.	OLG Stuttgart, Urteil vom 17.08.2023 (Az. 2 U 41/22)

 Gilt allgemein	 Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	 Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
--	---	---



Ein <b>allgemein gehaltener Hinweis auf extremen Verschleiß, zahlreiche Mängel und Verkauf als Exportfahrzeug</b> kann aus Sicht des Käufers einen unzulässigen Gewährleistungsausschluss begründen.	OLG Brandenburg, Urteil vom 08.01.2014 (Az. 4 U 20/12)
Verkauf eines GW als „ <b>Bastlerfahrzeug</b> “ stellt eine unzulässige Umgehung dar.	OLG Oldenburg, Urteil vom 22.09.2003 (Az. 9 W 30/03)  OLG Stuttgart, Urteil vom 17.08.2023 (Az. 2 U 41/22)  LG Osnabrück, Urteil vom 09.05.2018 (Az. 2 S 57/18)  AG Nordhorn, Urteil vom 09.01.2018 (Az. 3 C 622/17)  AG Marsberg, Urteil vom 09.10.2002 (Az. 1 C 143/02)
Enthält die <b>Bastlerfahrzeug-Klausel</b> eine konkrete und transparente <b>Aufzählung klar abgrenzbarer Fahrzeugteile</b> liegt <u>kein</u> Umgehungsversuch vor, sondern eine zulässige Haftungsbeschränkung im Wege einer Beschaffenheitsvereinbarung.  (ZDK-Hinweis: Das allein dürfte jedenfalls für seit Januar 2022 abgeschlossene Verbraucherkaufverträge nicht mehr genügen.)	LG Nürnberg-Fürth, Urteil vom 28.09.2018 (Az.16 S 3018/17)
Der <b>Hinweis auf „optische und technische Mängel“</b> stellt eine unzulässige Umgehung dar.	LG München I, Beschluss vom 20.10.2003 (Az. 30 S 9301/03)  AG München, Urteil vom 23.04.2003 (Az. 251 C 7612/03)
Durch <b>fiktive Angaben</b> wie „ <b>Händlergeschäft</b> “ oder „ <b>Exportgeschäft</b> “ erfolgt kein zulässiger Ausschluss der Sachmängelhaftung.	LG Duisburg, Urteil vom 10.10.2003 (Az. 1 O 57/03)
Deklaration eines GW als „ <b>Schrottauto</b> “	AG Zeven, Urteil vom 19.12.2002 (Az. 3 C 242/02)

### 1.5.2.2 Strohmangengeschäfte / Missbrauch von Agenturgeschäften

<p>Hat ein Kfz-Händler im Rahmen eines vermeintlichen Agenturgeschäftes – <b>ohne Kenntnis des Käufers</b> – einen <b>Verbraucher als Strohmann vorgeschoben</b>, um einen Gebrauchtwagen unter Ausschluss der Sachmängelhaftung an einen Verbraucher zu verkaufen, liegt eine unzulässige Umgehung vor.</p> <p>Der Händler muss sich so behandeln lassen, als sei er selbst der Verkäufer des Fahrzeugs.</p> <p><i>LG Zweibrücken:</i></p> <p>Die <b>Beweislast</b> für einen in Wahrheit vorliegenden Verbrauchsgüterkauf trägt der Verbraucher. Eine Vermutung, wonach alle vorgenommenen Rechtsgeschäfte eines Autohändlers „im Zweifel“ seinem geschäftlichen Bereich zuzuordnen sind, gibt es nicht. Vielmehr setzt ein Handeln „in Ausübung“ der gewerblichen Tätigkeit des Händlers voraus, dass der Verkauf in einem hinreichend engen Zusammenhang mit der gewerblichen Tätigkeit des Händlers erfolgt.</p>	<p>BGH, Urteil vom 22.11.2006 (Az. VIII ZR 72/06)</p> <p>OLG Saarbrücken, Urteil vom 04.01.2006 (Az. 1 U 99/05-34)</p> <p>OLG Celle, Urteil vom 15.11.2006 (Az. 7 U 176/05)</p> <p>LG Zweibrücken, Urteil vom 20.11.2020 (Az. 1 O 240/19)</p>
<p>Der zwischen dem <b>Strohmann (= Verbraucher auf Verkäuferseite)</b> und dem Verbraucher abgeschlossene Kaufvertrag ist wirksam, es sei denn, es liegt ein Scheingeschäft nach § 117 BGB vor.</p> <p>Ein <b>Scheingeschäft</b> liegt vor, wenn das Geschäft mit Einverständnis des Käufers nur zum Schein abgeschlossen wird. Das ist aber dann nicht der Fall, wenn die mit dem Kauf verbundenen Rechtsfolgen von beiden Vertragsparteien gewollt sind.</p>	<p>BGH, Urteil vom 12.12.2012 (Az. VIII ZR 89/12)</p>
<p>Bietet der Kfz-Händler ein von ihm <b>selbst angekauftes Fahrzeug</b> über das Internet zum Verkauf an, stellt die Benennung einer Privatperson als Verkäufer im Kaufvertrag eine unzulässige Umgehung dar.</p>	<p>AG Bonn, Urteil vom 04.06.2003 (Az. 7 C 19/03)</p>

Auch wenn ein Unternehmer ein Fahrzeug mit dem <b>Zusatz „i.A.“</b> verkauft, das zuvor <b>von einem Strohmänn</b> (Verbraucher) <b>erworben</b> worden war, ist er – und nicht der Strohmänn – als Verkäufer anzusehen, wenn er selbst ein so großes Interesse am Verkauf des Fahrzeugs hat, dass er sogar vor einem <b>Betrug</b> nicht zurückschreckt und gegenüber dem Käufer nach außen hin als Verkäufer auftritt.	AG Dresden, Urteil vom 25.05.2016
--	-----------------------------------

### 1.5.2.3 Vereinbarungen nach der Mängelrüge

Vereinbaren die Vertragsparteien <u>nach</u> der Mängelrüge bzw. Mängelbeseitigung, dass damit <b>alle Ansprüche aus dieser Mängelrüge abgegolten</b> sind, handelt es sich auch dann um einen wirksamen Haftungsausschluss, wenn es sich bei dem Käufer um einen Verbraucher handelt. Die Haftung ist dann auf solche Mängel begrenzt, die erst später erstmals gerügt werden und bei Gefahrübergang bereits vorhanden waren.	LG Berlin, Urteil vom 25.01.2012 (Az. 33 O 259/11) LG Potsdam, Urteil vom 09.10.2020 (Az. 8 O 189/19)
<b>Verweis auf eine Selbstbeteiligung i.R.e. Garantievereinbarung</b> Auch eine <u>nach</u> Mangelmitteilung getroffene Vereinbarung, mit der die <b>Mängelrechte des Verbrauchers eingeschränkt</b> werden, ist nur dann wirksam, wenn der Käufer sich darüber im Klaren ist, dass zu seinem Nachteil von seinen Rechten aus der Sachmängelhaftung abgewichen wird. Hieran fehlt es, wenn der Käufer seine Bereitschaft zur Übernahme einer Selbstbeteiligung in der irrigen Annahme erklärt, hierzu aufgrund einer kaufvertraglichen Garantieklausel verpflichtet zu sein.	LG Heidelberg, Urteil vom 20.12.2017 (Az. 1 S 28/17)

## 1.6 Verkäufe an Verbraucher, die ihren Wohnsitz im Ausland haben

Ist der Käufer ein **Verbraucher, der seinen Wohnsitz im Ausland hat (kurz: „ausländischer“ Verbraucher)**, könnte der Händler geneigt sein, diesem gegenüber seine Sachmängelhaftung für einen Neu- oder Gebrauchtwagen gänzlich auszuschließen. Dieser Versuch ist aber bereits deshalb zum Scheitern verurteilt, weil regelmäßig deutsches Recht zur Anwendung kommt und der darin verankerte Verbraucherschutz auch „ausländischen“ Verbrauchern zugutekommt. Zu bedenken ist außerdem, dass ein

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

unwirksamer Ausschluss der Sachmängelhaftung dazu führen würde, dass der Händler auch beim Gebrauchtwagenkauf zwei Jahre für die Mangelfreiheit des Fahrzeugs haftet.

**Besonderheiten** gelten zudem für den Fall, dass der **Händler seine berufliche oder gewerbliche Tätigkeit** u.a. auch **auf den Wohnsitzstaat des Verbrauchers „ausgerichtet“** hat (vgl. hierzu Staudinger, in Auto · Steuern · Recht 2013, Heft 4, S. 1). Dann genießt der „ausländische“ Verbraucher folgende Rechte und Vorteile:

- Der „ausländische“ Verbraucher kann sich auf **alle Ansprüche und Rechte aus der Sachmängelhaftung des BGB** berufen. Damit ist zugleich auch für ihn die hierzu ergangene deutsche Rechtsprechung von Bedeutung.
- Ergänzend kommt dem „ausländischen“ Verbraucher – auch vor deutschen Gerichten – das **Recht seines Wohnsitzlandes** zugute, sofern dies für ihn günstiger ist (Art. 6 Abs. 2 Satz 2, Abs. 1 b) Rom I-VO – Günstigerprinzip).
- Jedem „ausländischen“ **Verbraucher mit Lebensmittelpunkt in der EU** steht es frei, seine Ansprüche auch an dem **Gericht seines Wohnsitzes** einzuklagen (Art. 16 Abs. 1, 2. Variante Brüssel I-VO). Dieses Recht kann im Vorhinein auch nicht durch eine den Verbraucher benachteiligende Gerichtsstandsvereinbarung ausgeschlossen werden (Art. 17 Nr. 1 Brüssel I-VO).

Gleiches gilt nach der sog. revidierten Lugano-Konvention für **Verbraucher aus der Schweiz, Norwegen und Island**.

Bleibt der Händler dem Prozess im EU-Ausland fern, so ist ein gegen ihn erlassenes Versäumnisurteil nach der Brüssel I-VO automatisch anzuerkennen und in Deutschland für vollstreckbar zu erklären.

- Sofern der **Händler eigene Rechte und Ansprüche gegen einen „ausländischen“ Verbraucher mit Lebensmittelpunkt in der EU** durchsetzen möchte, muss er diese vor dem **zuständigen ausländischen Gericht** geltend machen (Art. 16 Abs. 2 Brüssel I-VO).

Nur sofern es sich bei dem **Verbraucher** um einen solchen aus einem **außerhalb der EU liegenden Drittland** handelt, könnte eine **Gerichtsstandsvereinbarung** über die Zuständigkeit eines deutschen Gerichts wirksam vereinbart werden. Das gilt jedoch nicht für **Verbraucher aus der Schweiz, Norwegen und Island**.

Wann aber liegt eine „Ausrichtung“ auf das Land, in dem der „ausländische“ Verbraucher seinen Wohnsitz hat, vor?

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	--	--

AUSRICHTUNG DER BERUFLICHEN / GEWERBLICHEN TÄTIGKEIT DES HÄNDLERS AUF DEN WOHNSITZSTAAT DES VERBRAUCHERS	
<p>Erforderlich hierfür ist eine „<b>willentliche</b>“ <b>Ausrichtung</b>, wie sie etwa bei einer konventionellen Werbemaßnahme im Wohnsitzland des Verbrauchers gegeben ist.</p> <p>Demgegenüber genügt allein die bloße <b>Zugänglichkeit einer Website im Wohnsitzland des Verbrauchers</b> noch nicht. Vielmehr kommt es dann darauf an, ob objektive Anhaltspunkte vorliegen, die einen Rückschluss auf eine „willentliche“ Ausrichtung zulassen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Angaben auf der Homepage des Händlers, wonach er die angebotenen Waren auch im namentlich benannten Wohnsitzland des Verbrauchers anbietet (= starke Indizwirkung)</li> <li>■ Tätigkeit von Ausgaben zur Steuerung potenzieller ausländischer Kunden auf die Homepage des Händlers über Internet-Suchmaschinen (= starke Indizwirkung)</li> </ul>	<p>EuGH, Urteile vom 07.12.2010 (Az. C-585/08 und C-144/09)</p>
<p><b>Weitere Indizwirkung</b> für eine „Ausrichtung“ auf das Land des Verbrauchers können folgende Umstände haben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Internetauftritt in einer fremden Sprache oder unter Angabe einer fremden Währung</li> <li>■ Kommunikationsdaten, wie z.B. die Angabe der internationalen Vorwahl, E-Mail-Adresse oder Fax-Nr.</li> <li>■ Internetdomain, die nicht auf „de“ endet (z.B. „.com“)</li> <li>■ Anfahrtsskizze von anderen Ländern zum Unternehmenssitz des Verkäufers</li> </ul> <p>Dem Umstand, dass der Kaufvertrag im Unternehmen des Händlers abgeschlossen wird, kommt insofern keine Bedeutung zu.</p>	<p>EuGH, Urteil vom 06.09.2012 (Az. C-190/11)</p>

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

Es ist nicht erforderlich, dass der Internetauftritt des Verkäufers auch **ursächlich** für den Abschluss des Kaufvertrages geworden ist. Selbst wenn die Ausrichtung auf den Wohnsitzstaat des Verbrauchers auf der Ausgestaltung der Internetseite des Händlers beruht, ist es nicht erforderlich, dass der Verbraucher die Internetseite des Verkäufers überhaupt zur Kenntnis genommen hat.

Außerdem ist es nicht erforderlich, dass der Vertrag zwischen dem Händler und dem Verbraucher im **Fernabsatz** abgeschlossen wurde.

Folgenden Umständen kann aber eine **Indizwirkung** für eine „Ausrichtung“ zukommen:

- Nachgewiesener Kausalzusammenhang zwischen Internetauftritt und späterem Vertragsschluss
- Aufnahme von Fernkontakt, die dazu führt, dass der Verbraucher im Fernabsatz eine vertragliche Bindung eingeht
- Abschluss eines Verbrauchervertrages im Fernabsatz
- Zurverfügungstellung einer Telefonnummer, die dem Verbraucher die Kosten für ein Auslandsgespräch ersparen soll

EuGH, Urteil vom 17.10.2013  
(Az. C-218/12)

## 1.7 Ankaufsverträge bei der Gebrauchtwagen-Inzahlungnahme – Ausschluss der Sachmangelhaftung des Kunden/Inzahlunggebers

Bei Gebrauchtwagen-Inzahlungnahmen verwenden Kfz-Händler regelmäßig Ankaufsverträge, die zu Gunsten des verkaufenden Kunden/Verbrauchers keinen Sachmängelhaftungsausschluss vorsehen. Vor der Schuldrechtsreform im Jahr 2002 hatte die Rechtsprechung in derartige Verträge zu Gunsten des verkaufenden Kunden/Verbrauchers allerdings grundsätzlich einen **stillschweigenden Gewährleistungsausschluss** hineininterpretiert. Der Grund hierfür lag darin, dass Gebrauchtwagen vor der Schuldrechtsreform im Jahr 2002 regelmäßig unter Ausschluss jeglicher Gewährleistung verkauft wurden und die Gerichte es als unfair ansahen, dass der Kunde/Verbraucher gegenüber dem Händler gewährleistungspflichtig sein sollte. Diese Ausgangssituation hat sich durch die damalige Schuldrechtsreform geändert und es drängt sich seither die **Frage** auf, **ob an der früheren Rechtsprechung festgehalten werden kann oder ob ein Ausschluss der Sachmangelhaftung zu Gunsten des verkaufenden Kunden/Verbrauchers ausdrücklich vereinbart werden muss**.

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

<p>Eine Haftung des verkaufenden Kunden ist jedenfalls für die Merkmale gegeben, auf die sich eine im Ankaufsschein enthaltene <b>Beschaffenheitsvereinbarung</b> bezieht.</p> <p>Mit der Frage, ob im Übrigen generell von einem stillschweigenden Haftungsausschluss zu Gunsten des verkaufenden Kunden auszugehen ist, hat sich der BGH hingegen nicht beschäftigt.</p>	<p>BGH, Urteil vom 19.12.2012 (Az. VIII ZR 117/12)</p>
<p>Für den in Zahlung gegebenen GW ist – auch ohne ausdrückliche Regelung im Ankaufsvertrag – <b>i.d.R.</b> von einem <b>stillschweigend vereinbarten Gewährleistungsausschluss</b> auszugehen. Der <b>handschriftliche Zusatz „optische und technische Prüfung vorbehalten“</b> stellt keine Abweichung vom Normalfall dar. Der Händler kann sich aber durch eine Besichtigung oder Untersuchung des GW von dessen Zustand überzeugen oder durch Vereinbarungen über die Beschaffenheit des GW absichern. Auch greift der Haftungsausschluss nicht, wenn dem NW-Käufer/Inzahlunggeber ein Arglistvorwurf zu machen ist.</p> <p>Im Falle eines vom Normalfall abweichenden <b>wirksamen Rücktritts des Händlers vom GW-Ankaufsvertrag</b> wirkt sich dieser <u>nicht</u> auf den Bestand des NW-Kaufvertrages aus.</p>	<p>OLG Karlsruhe, Urteil vom 04.12.2018 (Az. 9 U 160/16)</p>
<p>Bei der Inzahlungnahme eines GW ist die <b>Annahme eines konkludenten Gewährleistungsausschlusses</b> wegen der typischen Interessenlage der Vertragsparteien sachgerecht. Das gilt unabhängig davon, ob Gegenstand des Kaufvertrages ein NW oder GW ist. Der Händler kann sich durch vorherige Prüfung des Kundenfahrzeugs und Vereinbarungen über den Zustand des Fahrzeugs, die vom Gewährleistungsausschluss nicht erfasst werden, gegen das Mängelrisiko schützen.</p>	<p>OLG Brandenburg, Beschlüsse vom 31.03/29.06.2020 (Az. 3 U 105/19)</p>
<p>Beim Verkauf von Privat an einen gewerblichen Kfz-Händler lässt sich dem Ankaufsvertrag <b>kein genereller, stillschweigend vereinbarter Sachmängelhaftungsausschluss</b> zu Gunsten des verkaufenden Kunden/Verbrauchers entnehmen.</p>	<p>LG Dresden, Urteil vom 14.06.2010 (Az. 9 O 2425/09)</p> <p><i>indirekt bestätigt durch die Berufungsinstanz:</i></p> <p>OLG Dresden, Urteil vom 27.01.2011 (Az. 10 U 1048/10)</p>



## 1.8 Fahrzeugübernahme nach Leasingende

Erwirbt ein Leasingnehmer nach Ablauf der vereinbarten Leasingzeit das gebrauchte Leasingfahrzeug, stellt sich die Frage, ob der Verkäufer dennoch für etwaige zum „Übergabezeitpunkt“ vorhandene oder bereits angelegte Sachmängel nach dem Sachmangelhaftungsrecht haftet. Die Antwort hierauf hängt letztlich von den **Umständen des Einzelfalls** ab.

**Verkäufer ist in diesem Falle zunächst der Leasinggeber!**

Bislang liegt zu der Thematik „Fahrzeugübernahme nach Leasingende“ nur ein einziges, älteres Urteil vor.

Kommt der **Kaufvertrag durch Ausübung einer Kaufoption im Leasingvertrag** zustande und enthält der Leasingvertrag keine ausdrückliche Regelung zu einer späteren Sachmangelhaftung des Leasinggebers, ist im Wege ergänzender Vertragsauslegung davon auszugehen, dass eine Sachmangelhaftung des Leasinggebers für nach Abschluss des Kaufvertrages auftretende Mängel ausgeschlossen ist.

AG Frankfurt/M., Urteil vom 16.12.2003 (Az. 30 C 1875/03-20)

Erwirbt ein Kfz-Händler ein Leasingfahrzeug von einem Leasinggeber, um es anschließend weiter zu **verkaufen**, haftet der Händler nach den für den Gebrauchtwagenverkauf geltenden Regelungen der Sachmangelhaftung, die er gegenüber Verbrauchern auf 1 Jahr reduzieren und gegenüber sonstigen Käufern (z.B. Käufern, die das Fahrzeug zu gewerblichen Zwecken erwerben) ausschließen kann (vgl. hierzu Ziffer 1.1).

## 1.9 Keine Berufung auf vereinbarte Beschränkungen oder den Ausschluss der Sachmangelhaftung

Nach § 444 BGB kann sich ein Verkäufer dann nicht auf wirksam vereinbarte Beschränkungen oder den Ausschluss der Sachmangelhaftung berufen, soweit er

- den **Mangel arglistig verschwiegen** hat (vgl. hierzu Ziffer 13.3.1 sowie Ziffer 13.3) oder
- eine **Garantie für die Beschaffenheit der Kaufsache übernommen** hat (vgl. hierzu Ziffer 2.8).

Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob sich der Verkäufer auch dann nicht auf vereinbarte Haftungsbeschränkungen oder den Ausschluss der Sachmangelhaftung berufen kann, soweit er sich auf Eigenschaften des Fahrzeugs erstreckt, für die die Parteien eine **Beschaffenheitsvereinbarung** getroffen haben (vgl. hierzu Ziffer 2.4.4).

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

## 2 Beschaffenheit eines Fahrzeugs / Sachmangel

Das Sachmangelhaftungsrecht stellt seit 2002 auf die Beschaffenheit der Kaufsache ab. Was genau aber unter einem Sachmangel zu verstehen ist, ist seit der Schuldrechtsreform 2002 davon abhängig, wann der Kaufvertrag abgeschlossen wurde:

- Für Kaufverträge, die bis zum 31.12.2021 abgeschlossen worden sind, gilt der „alte“ Sachmangelbegriff.
- Für Kaufverträge, die seit dem 01.01.2022 abgeschlossen worden sind, gelten 2 Sachmangelbegriffe, abhängig davon, ob es um einen Mangel der Kaufsache an sich geht, oder um einen Mangel an einem digitalen Element der Kaufsache.

### 2.1 Sachmangelbegriffe

#### Wichtiger Hinweis:

Bezüglich der einzelnen Merkmale des „alten“ Sachmangelbegriffs existiert bereits eine umfangreiche Rechtsprechung. Da diese Merkmale auch für den „neuen“ Sachmangelbegriff relevant sind, kann diese Rechtsprechung weiterhin zu Orientierungszwecken herangezogen werden.

#### 2.1.1 „Alter“ Sachmangelbegriff für bis Ende 2021 abgeschlossene Kaufverträge

Nach dem „alten“ Sachmangelhaftungsrecht, das nach wie vor für Kaufverträge maßgeblich ist, die zum 31.12.2021 abgeschlossen worden sind, gilt – soweit für den Kauf von Fahrzeugen von Bedeutung – folgendes:

Eine Sache ist u.a. dann **frei von Sachmängeln**,

- wenn sie bei Gefahrübergang die **vereinbarte Beschaffenheit aufweist (= Beschaffenheitsvereinbarung; vgl. hierzu Ziffer 2.4)**,
- sofern keine Beschaffenheitsvereinbarung vorliegt, wenn sie sich
  - für die **nach dem Vertrag vorausgesetzte Verwendung eignet** oder
  - ansonsten, wenn sie sich **für die gewöhnliche Verwendung eignet** und eine Beschaffenheit aufweist, die bei Sachen der gleichen Art üblich ist und die der Käufer nach der Art der Sache erwarten kann (= **übliche Beschaffenheit; vgl. hierzu Ziffer 2.5**).

Hierzu gehören auch Eigenschaften, die der Käufer nach den **öffentlichen Äußerungen** des Verkäufers, des Herstellers (§ 4 Abs. 1 und 2 des Produkthaftungsgesetzes) oder seines Gehilfen **insbesondere in der Werbung oder bei der Kennzeichnung über bestimmte Eigenschaften der**

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die **ab 2022 abgeschlossen wurden**

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die **ab 2022 abgeschlossen wurden**

**Sache** erwarten kann, es sei denn, dass der Verkäufer die Äußerung nicht kannte und auch nicht kennen musste, dass sie im Zeitpunkt des Vertragsschlusses in gleichwertiger Weise berichtigt war oder dass sie die Kaufentscheidung nicht beeinflussen konnte.

Für **Kaufverträge, die bis Ende 2021 abgeschlossen worden sind**, gilt somit noch der „**Vorrang von Beschaffenheitsvereinbarungen**“. Nur wenn die Vertragsparteien keine Beschaffenheitsvereinbarung getroffen haben, kommt es für die Mangelfreiheit darauf an, ob die Kaufsache die gesetzlich geregelten weiteren Anforderungen an die Beschaffenheit erfüllt.

Ein **Sachmangel** liegt nach dem „alten“ Sachmangelhaftungsrecht außerdem vor, wenn

- eine **vereinbarte Montage** durch den Verkäufer oder dessen Erfüllungsgehilfen **unsachgemäß durchgeführt** wurde oder
- die **Montageanleitung mangelhaft** war und die Sache deshalb fehlerhaft montiert wurde.

Ob den Händler oder Verkäufer in diesem Zusammenhang der Vorwurf einer arglistigen Täuschung trifft, spielt für den Begriff des Sachmangels schon seit dem Jahr 2002 keine Rolle mehr. Ihm kommt an anderer Stelle Bedeutung zu.

### 2.1.2 Neuer Sachmangelbegriff für ab dem Jahr 2022 abgeschlossene Kaufverträge

An die Stelle des bisherigen Vorrangs von Beschaffenheitsvereinbarungen ist mit Beginn des Jahres 2022 ein **Gleichrang der gesetzlichen Anforderungen an die Beschaffenheit** der Kaufsache getreten.

Nach § 434 Abs. 1 BGB ist die Sache nur dann **frei von Sachmängeln**, wenn sie bei Gefahrübergang

- den **subjektiven Anforderungen**,
- den **objektiven Anforderungen** und
- den **Montageanforderungen** dieser Vorschrift entspricht.

Der **Unterschied zur bisherigen Regelung** besteht darin, dass eine Kaufsache, die eine vertraglich vereinbarte Beschaffenheit aufweist, dennoch mangelhaft ist, wenn sie nicht auch den objektiven Anforderungen an die Beschaffenheit der Kaufsache und – sofern im Einzelfall vorhanden – den Montageanforderungen entspricht. Etwas anderes gilt nur dann, wenn die Vertragsparteien wirksam etwas anderes vereinbart haben, wobei gegenüber Verbrauchern die in § 476 BGB geregelten besonderen formalen Anforderungen zu erfüllen sind.

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	--	--

### 2.1.2.1 Subjektive Anforderungen an die Kaufsache

Die Sache entspricht den subjektiven Anforderungen, wenn sie

- die **vereinbarte Beschaffenheit** hat (hinsichtlich Art, Menge, Qualität, Funktionalität, Kompatibilität, Interoperabilität und sonstigen Merkmalen, für die die Parteien Anforderungen vereinbart haben)
- sich für die **nach dem Vertrag vorausgesetzte Verwendung eignet** und
- mit dem **vereinbarten Zubehör** und den **vereinbarten Anleitungen**, einschließlich Montage- und Installationsanleitungen, übergeben wird.

### 2.1.2.2 Objektive Anforderungen an die Kaufsache

Zusätzlich zu den subjektiven Anforderungen muss die Kaufsache auch objektive Anforderungen erfüllen. Zwar können die Vertragsparteien abweichende Vereinbarungen über die objektiven Anforderungen der Kaufsache treffen (sog. „negative Beschaffenheitsvereinbarungen“), allerdings sind diese gegenüber Verbrauchern nur bei Beachtung der in § 476 BGB aufgeführten strengen formalen Anforderungen wirksam.

Die Sache entspricht den objektiven Anforderungen, wenn sie

- sich für die **gewöhnliche Verwendung eignet**,
- eine **Beschaffenheit aufweist, die bei Sachen derselben Art üblich ist** (auch bezogen auf die Menge, Qualität, Haltbarkeit, Funktionalität, Kompatibilität, Sicherheit und sonstige Merkmale der Sache) und die der Käufer erwarten kann unter Berücksichtigung
  - der **Art der Sache** und
  - der **öffentlichen Äußerungen**, die von dem Verkäufer oder einem anderen Glied der Verkaskette oder in deren Auftrag, insbesondere in der Werbung oder auf dem Etikett, abgegeben wurden (wobei der Verkäufer durch öffentliche Äußerungen dann nicht gebunden ist, wenn er sie nicht kannte und auch nicht kennen konnte, die Äußerung im Zeitpunkt des Vertragsschlusses in derselben oder in gleichwertiger Weise berichtigt war oder die Äußerung die Kaufentscheidung nicht beeinflussen konnte),
- der **Beschaffenheit einer Probe oder eines Musters** entspricht, die oder das der Verkäufer dem Käufer vor Vertragsschluss zur Verfügung gestellt hat, und
- mit dem **Zubehör** einschließlich der **Verpackung, der Montage- oder Installationsanleitung sowie anderen Anleitungen** übergeben wird, deren Erhalt der Käufer erwarten kann.

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	--	--

### 2.1.2.3 Montageanforderungen

Soweit eine Montage durchzuführen ist, entspricht die Sache den Montageanforderungen, wenn die Montage

- sachgemäß durchgeführt worden ist oder
- zwar unsachgemäß durchgeführt worden ist, dies jedoch weder auf einer unsachgemäßen Montage durch den Verkäufer noch auf einem Mangel in der vom Verkäufer übergebenen Anleitung beruht.

## 2.1.3 Eigenständiger Sachmangelbegriff beim Verkauf von Sachen mit digitalen Elementen an Verbraucher

Hat ein Händler eine Sache mit digitalen Elementen an einen Verbraucher verkauft, gilt für die Kaufsache ein eigenständiger, in **§ 475b BGB** neu geschaffener Sachmangelbegriff.

Bei „**Sachen mit digitalen Elementen**“ handelt es sich um Waren, die digitale Produkte in einer solchen Weise enthalten oder mit diesen verbunden sind, dass sie ihre Funktionen ohne diese digitalen Produkte nicht erfüllen können (§ 327 a Abs. 3 BGB). Dabei fallen unter den Begriff „digitale Produkte“ sowohl digitale Inhalte als auch digitale Dienstleistungen.

Da der Gesetzgeber die Haftung gegenüber Verbrauchern für Mängel an digitalen Elementen der Kaufsache im Kaufrecht (vgl. §§ 475b, 475c und 475e BGB) und die Haftung für Mängel an digitalen Produkten außerhalb des Kaufrechts im Rahmen eines neu geschaffenen eigenständiges Sachmangelhaftungsrechts (vgl. §§ 327 ff. BGB) geregelt hat, obliegt der Rechtsprechung die schwierige Aufgabe zu entscheiden, welches Recht im Mangelfall anwendbar ist.

Der neue, in § 475b BGB enthaltene Sachmangelbegriff für Waren mit digitalen Elementen, folgt durch die Bezugnahme auf § 434 Abs. 2 bis 4 BGB dessen Struktur und wird **ergänzt um eine in den subjektiven und objektiven Anforderungen integrierte Aktualisierungspflicht** während des vereinbarten oder zu erwartenden Zeitraums **sowie um Installationsanforderungen**.

Ist beim Kauf einer Ware mit digitalen Elementen eine **dauerhafte Bereitstellung für die digitalen Elemente vereinbart**, gilt für den Sachmangelbegriff und die Haftung ergänzend **§ 475c BGB**.

## 2.2 Beschaffenheitsmerkmal

In manchen Fällen ist bereits streitig, ob ein bestimmter Umstand überhaupt als Merkmal der Beschaffenheit zu werten ist.

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	--	--

<p>Dem Sachmangelhaftungsrecht liegt ein <b>weiter Beschaffenheitsbegriff</b> zugrunde. Als Beschaffenheit einer Sache sind sowohl alle Faktoren anzusehen, die der Sache selbst anhaften, als auch alle Beziehungen der Sache zur Umwelt, die nach der Verkehrsauffassung Einfluss auf die Wertschätzung der Sache haben.</p> <p>Haben die Parteien das <b>Nachreichen der Betriebserlaubnis (ABE) für die Felgen vereinbart</b> und kommt der Verkäufer dieser Vereinbarung nicht nach, wirkt sich dieser Umstand auch auf die Beschaffenheit des Fahrzeugs als solche aus. Das gilt unabhängig davon, ob durch die Ausstattung des Fahrzeugs mit nicht zugelassenen Felgen die ABE des Fahrzeugs erlischt oder nicht.</p>	<p>BGH, Urteil vom 11.12.2019 (Az. VIII ZR 361/18)</p>
<p>Beschaffenheitsmerkmale können sich auch aus <b>rechtlichen Beziehungen des Kaufgegenstandes zu seiner Umwelt</b> ergeben. Diese müssen dem Kaufgegenstand nicht selbst unmittelbar anhaften. Entscheidend ist, ob sie nach der Verkehrsauffassung Einfluss auf die Wertschätzung der Sache haben. Das gilt i.d.R. für das Bestehen einer <b>Herstellergarantie</b> während der Garantiezeit eines Kfz. Das Fehlen einer beworbenen Herstellergarantie begründet daher einen Sachmangel.</p> <p><i>(Fall: Erlöschen der Herstellergarantie wegen Tachomanipulation des Vorbesitzers des Verkäufers)</i></p>	<p>BGH, Urteil vom 15.06.2016 (Az. VIII ZR 134/15)</p> <p><u>[andere Ansicht noch:</u> OLG München, Beschluss vom 13.05.2015 (Az. 21 U 4559/14) LG Ingolstadt, Urteil vom 30.10.2014 (Az. 32 O 209/14)]</p>

## 2.3 Anerkennung eines Mangels oder der Sachmangelhaftung seitens des Verkäufers

Schon vor der Schuldrechtsreform im Jahr 2002 galt nach der BGH-Rechtsprechung, dass ein Verkäufer, der einen Mangel als solchen anerkannt hat, sich im Nachhinein nicht mehr darauf berufen kann, dass bei Übergabe des Fahrzeugs kein Mangel vorgelegen hat. Unter welchen Voraussetzungen von einem solchen „Anerkenntnis“ auszugehen ist, hat die Rechtsprechung seither vor allem im Zusammenhang mit Fragen rund um die Verjährung thematisiert. Diese Rechtsprechung ist auf die Frage, ob der Verkäufer den Mangel zum Zeitpunkt der Fahrzeugübergabe oder seine Sachmangelhaftung anerkannt hat, übertragbar (vgl. hierzu Ziffer [13.5.2](#)).

<p>Zwar kann in der <b>Vornahme von nicht unerheblichen Nachbesserungsarbeiten</b> seitens des Verkäufers ein Anerkenntnis der gesetzlichen Sachmangelhaftungspflicht liegen. Besteht für das Fahrzeug</p>	<p>OLG München, Urteil vom 12.01.2022 (Az. 7 U 945/21)</p>
--	--

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<p>aber noch eine <b>Herstellergarantie</b> und ist – auch aus Sicht des Käufers – nicht klar, ob die Reparaturversuche des Verkäufers auf Basis der Sachmangelhaftung oder einer Garantie erfolgt sind, kann mangels Eindeutigkeit des Verkäuferverhaltens, nicht auf ein Anerkenntnis einer Sachmangelhaftungspflicht geschlossen werden.</p>	
---	--

## 2.4 Beschaffenheitsvereinbarung

Beschaffenheitsvereinbarungen können sowohl beim Neuwagen- als auch beim Gebrauchtwagenverkauf getroffen werden. Aber nicht jede Angabe zum Fahrzeug ist auch als Beschaffenheitsvereinbarung zu werten. Daher stellt sich mitunter die Frage, unter welchen Voraussetzungen Angaben zum Fahrzeug als konkret vereinbarte Beschaffenheit des Fahrzeugs anzusehen sind?

### 2.4.1 Allgemeines

<p>Zu den <b>generellen Voraussetzungen</b> einer Beschaffenheitsvereinbarung</p> <p>Entscheidend ist, dass aus Sicht des Käufers der Wille des Verkäufers erkennbar wird, die Gewähr für das Vorhandensein einer bestimmten Beschaffenheit zu übernehmen.</p>	<p>OLG Brandenburg, Urteil vom 14.02.2007 (Az. 13 U 92/06)</p>
<p>Für die <b>Annahme einer Beschaffenheitsvereinbarung</b> genügt es, wenn der Käufer seine Erwartungen an die Kaufsache formuliert und der Verkäufer darauf zustimmend reagiert. Handelt es sich bei dem Verkäufer um einen Fachmann, liegt eine konkludente Vereinbarung bereits dann vor, wenn er die geäußerten Vorstellungen des Käufers von bestimmten Eigenschaften und Umständen widerspruchslos stehen lässt.</p>	<p>OLG Köln, Urteil vom 20.02.2013 (Az. 13 U 162/09)</p> <p>LG Coburg, Urteil vom 02.08.2016 (Az. 23 O 25/16)</p>
<p>Es gehört zum <b>Wesen einer Beschaffenheitsvereinbarung</b>, dass der Käufer diesen Angaben – ohne eigene Überprüfung – vertrauen darf.</p>	<p>OLG Karlsruhe, Urteil vom 14.01.2014 (Az. 9 U 233/12)</p>
<p><b>Objektiv unrichtige Beschaffenheitsangaben</b> begründen nicht zwangsläufig einen Sachmangel, sondern nur, wenn die maßgeblichen Verkehrskreise der Abweichung einen Wert beimessen.</p>	<p>OLG Hamburg, Urteil vom 28.12.2005 (Az. 14 U 85/04)</p>

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---



Ein <b>Angebot im Rahmen einer Internet-Versteigerung</b> ( <i>hier</i> : eBay) ist eine auf Abschluss des Vertrages zu den vom Anbieter genannten Konditionen gerichtete Willenserklärung, mit vorweg erklärter Annahme des Höchstgebots. Enthält das Angebot Angaben zur Fahrzeugbeschaffenheit, werden diese mit Abgabe des Höchstgebots Grundlage des Vertrages und damit vereinbart.	KG Berlin, Urteil vom 17.06.2011 (Az. 7 U 179/10)
Verwendet der Verkäufer im Bestellformular <b>Chiffrierkürzel</b> , mit denen andere Ausstattungsmerkmale als die vom Käufer gewünschten bezeichnet werden, kann unter bestimmten Umständen dennoch ein Kaufvertrag über das vom Kunden gewünschte Fahrzeug zustande gekommen sein ( <i>hier</i> : Chiffrierkürzel bezog sich auf 3-Türer, statt auf gewünschten 5-Türer).	OLG Schleswig, Urteil vom 12.02.2016 (Az. 17 U 66/15)
Das Vorliegen einer Beschaffenheitsvereinbarung hindert den Verkäufer nicht daran, sich auf die <b>Einrede der Verjährung</b> zu berufen.	OLG Hamm, Beschluss vom 05.01.2017 (Az. 28 U 201/16)

## 2.4.2 Neuwagenkauf

Beim Kauf eines Neuwagens geht der Käufer zudem regelmäßig davon aus, dass das zu erwerbende Fahrzeug „fabrikneu“ ist. **Das Merkmal der „Fabrikneuheit“ gilt durch die Bezeichnung des Fahrzeugs als Neuwagen oder Neufahrzeug grundsätzlich als konkludent vereinbart.** Schon das Fehlen nur eines Merkmals der Fabrikneuheit beseitigt die Eigenschaft der Fabrikneuheit.

### 2.4.2.1 Fabrikneuheit

ALLGEMEINES ZUR FABRIKNEUHEIT	
<p>Ein Fahrzeug ist „fabrikneu“,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ wenn es unbenutzt ist,</li> <li>■ wenn und solange das Modell unverändert weitergebaut wird,</li> <li>■ wenn es keine durch längere Standzeiten bedingten Mängel aufweist <u>und</u></li> <li>■ wenn zwischen Herstellung und Kaufvertragsabschluss nicht mehr als 12 Monate liegen.</li> </ul>	BGH, Urteil vom 15.10.2003 (Az. VIII ZR 227/02)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

Die Definition für das Merkmal der „Fabrikneuheit“ gilt auch für neue <b>Wohnmobile</b> .	BGH, Urteil vom 17.10.2018 (Az. VIII ZR 212/17)
Werden Fahrzeuge als „ <b>EU-Neufahrzeuge</b> “ oder „ <b>neue EU-Fahrzeuge</b> “ verkauft, müssen auch sie alle Merkmale der Fabrikneuheit aufweisen.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 24.10.2005 (Az. I-1 U 84/05) LG Essen, Urteil vom 21.01.2005 (Az. 8 O 759/04) LG Köln, Urteil vom 15.05.2008 (Az. 37 O 1054/07)
Die BGH-Definition für das Merkmal der „Fabrikneuheit“ gilt auch für neue <b>Motorräder</b> .	LG Berlin, Urteil vom 12.08.2004 (Az. 18 O 452/03)
<b>Fabrikations- und Konstruktionsfehler</b> beseitigen grundsätzlich nicht die Fabrikneuheit, denn „fabrikneu“ bedeutet nicht „mängelfrei“.	OLG Bamberg, Beschluss vom 06.03.2012 (Az. 6 U 6/12)

### UNBENUTZT / TAGESZULASSUNG

<p>Unterschreibt der Käufer eine „<b>Verbindliche Neuwagenbestellung</b>“ mit dem Hinweis „<b>Tageszulassung</b>“ ist Kaufgegenstand ein fabrikneues Fahrzeug.</p> <p>Ein <b>unbenutztes Fahrzeug mit einer Tageszulassung</b> ist fabrikneu, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ alle Merkmale der Fabrikneuheit erfüllt sind,</li> <li>■ das Fahrzeug kurz nach der Erstzulassung, die sich auf wenige Tage beschränken muss, verkauft wird <u>und</u></li> <li>■ die Herstellergarantie sich um max. 2 Wochen verkürzt.</li> </ul>	BGH, Urteil vom 12.01.2005 (Az. VIII ZR 109/04)
<p>Der Hinweis auf eine Tageszulassung entbindet den Verkäufer nicht von der in der „Verbindlichen Neuwagenbestellung“ (vereinbarten) Lieferung eines ansonsten fabrikneuen Fahrzeugs. Etwas anderes kann u.U. dann gelten, wenn die <b>Zulassung schon längere Zeit zurückliegt</b>. Verkürzt sich die Herstellergarantie um 19 Tage und sind die vom BGH aufgestellten Kriterien der Fabrikneuheit ansonsten erfüllt, handelt es sich um ein fabrikneues Fahrzeug.</p>	OLG Koblenz, Urteil vom 16.04.2009 (Az. 6 U 574/08)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

<p>Unter „<b>Tageszulassung</b>“ ist ein fabrikneues Fahrzeug zu verstehen, das nur formal auf 1 Händler zugelassen war, ohne im Straßenverkehr genutzt worden zu sein, und dessen Zulassungsdauer max. 30 Tage beträgt.</p> <p>Unter „<b>Werkskilometer</b>“ ist eine Fahrstrecke zu verstehen, die nach der Produktion üblicherweise auf dem Werksgelände des Herstellers zu Prüfungs- und Abstimmungszwecken vorgenommen wird. Sie kann ohne Einfluss auf die Neuwageneigenschaft auch einige hundert Kilometer betragen.</p>	<p>OLG Hamm, Urteil vom 18.05.2017 (Az. 28 U 134/16)</p>
<p>Vereinbaren die Parteien, dass das unbenutzte und unzugelassene Fahrzeug vor Auslieferung noch eine Tageszulassung erhalten soll und <b>vom Händler noch 1 Monat und 1 Tag genutzt werden darf</b>, erklärt der Händler zugleich, dass es sich bei dem Fahrzeug um ein Neufahrzeug handelt. Damit erklärt der Händler konkludent, dass das Fahrzeug höchstens 12 Monate vor Abschluss des Kaufvertrages produziert worden ist.</p>	<p>OLG Dresden, Urteil vom 18.10.2019 (Az. 9 U 841/19)</p>
<p>Auch ein „<b>EU-Fahrzeug mit Tageszulassung</b>“ muss fabrikneu sein. Dem durchschnittlichen Autokäufer ist bewusst, dass Tageszulassungen nur der Steigerung der Abnahmemengen dienen und nicht mit wertmindernden Faktoren wie einer langen Standzeit behaftet sind (<i>hier</i>: Standzeit von 23 Monaten und Verkürzung der Herstellergarantie um 19 Monate).</p>	<p>OLG Frankfurt/M., Urteil vom 03.08.2021 (Az. 5 U 84/20)</p> <p>LG Berlin, Urteil vom 31.07.2014 (Az. 5 O 90/13)</p>
<p>Ein Kfz ist auch dann noch „fabrikneu“, wenn es eine <b>Tages- oder Kurzzulassung</b> auf den Händler aufweist, die erst <b>nach Vertragsabschluss</b> erfolgt ist, sofern das Fahrzeug im Übrigen die vom BGH aufgestellten Kriterien für die Fabrikneuheit von Tageszulassungen erfüllt.</p>	<p>LG Wuppertal, Urteil vom 09.02.2006 (9 S 146/05)</p>
<p>Eine <b>nach Vertragsschluss erfolgte Tageszulassung</b> begründet keinen Sachmangel, auch wenn eine hiervon abweichende „<b>Anzahl der Vorbesitzer</b>“ im Kaufvertrag vermerkt ist.</p>	<p>LG Kiel, Urteil vom 09.12.2008 (Az. 1 S 155/08)</p>
<p>Erhält ein Neuwagen <b>nach Vertragsschluss</b> und ohne vorherige Kenntnis des Käufers eine <b>Tageszulassung</b>, ist es nicht mehr fabrikneu, wenn der Käufer hierfür keinen Preisnachlass erhält.</p>	<p>LG Bonn, Urteil vom 13.11.2009 (Az. 2 O 225/09)</p>

Wird ein Neuwagen <b>nach Vertragsschluss versehentlich auf eine Dritte Person zugelassen</b> , ist die o.g. BGH-Rechtsprechung nicht einschlägig. Der Neuwagen ist dann nicht mehr fabrikneu, weil der Käufer für die kurzzeitige Zulassung keinen Preisnachlass erhalten hat.	AG München, Urteil vom 22.04.2015 (Az. 242 C 17305/14)
---	--

### UNBENUTZT / LAUFLEISTUNG

Fabrikneu trotz <b>Überführungskilometer</b>  Ein Neufahrzeug ist unbenutzt, wenn es abgesehen von der <b>Überführungsfahrt</b> nicht benutzt worden ist.	BGH, Urteil vom 15.10.2003 (Az. VIII ZR 227/02)
Wird die vereinbarte <b>Überführung per Achse</b> , für die 500 km veranschlagt werden, um weniger als 100 km überschritten, hat dies <u>keinen</u> Einfluss für die Beurteilung der Fabrikneuheit, auch wenn nicht geklärt werden kann, aus welchem Grund die „Mehrkilometer“ angefallen sind.	OLG Dresden, Urteil vom 04.10.2006 (Az. 8 U 1462/06)  OLG Düsseldorf, Urteil vom 11.12.2006 (Az. I-1 U 55/06)
Vereinbaren die Vertragsparteien eine <b>Überführung per Achse</b> , erklärt sich der Käufer mit einem entsprechend höheren km-Stand ( <u>hier</u> : 304 km) einverstanden. Unabhängig davon, ob das Fahrzeug dann noch als „fabrikneu“ einzuordnen ist, wurde jedenfalls eine entsprechende Beschaffenheitsvereinbarung getroffen.	LG Coburg, Urteil vom 30.12.2011 (Az. 21 O 337/11)  <i>bestätigt</i> durch Beschluss des OLG Bamberg vom 06.03.2012 (Az. 6 U 6/12)
Ein Neufahrzeug mit einem <b>Km-Stand von 57 km</b> ist noch fabrikneu, wenn keine Anhaltspunkte für eine Nutzung im öffentlichen Straßenverkehr vorliegen.	LG Augsburg, Urteil vom 25.11.2010 (Az. 13 O 3460/10)

### MODELLWECHSEL

Ein <b>Modellwechsel</b> hebt die „Fabrikneuheit“ auf.  Der Einbau eines um 50 % <b>größeren Tanks</b> stellt eine wesentliche Veränderung dar, selbst wenn diese nur im Rahmen einer sog. „Modellpflege“ erfolgt.	OLG Köln, Beschluss vom 18.01.2005 (Az. 22 U 180/04)
--	--

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Ein unbenutzter Pkw ist auch dann nicht mehr fabrikneu, wenn die <b>Fabrikation dieses Fahrzeugtyps</b> kurze Zeit nach dessen Herstellung <b>eingestellt</b> wurde.	OLG Oldenburg, Hinweisbeschluss vom 08.01.2007 (Az. 15 U 71/06)  (Berufung wurde anschließend zurückgenommen)
--	---

### BESCHÄDIGUNGEN / TRANSPORTSCHADEN

<p><b>Nicht ganz unerhebliche Transportschäden</b></p> <p>Ein als Neuwagen verkaufter Pkw, der nach Verlassen des Herstellerwerks nicht ganz unerhebliche Lackschäden erlitten hat, ist auch dann nicht mehr „fabrikneu“, wenn diese Schäden vor der Übergabe an den Käufer durch Nachlackierung ausgebessert worden sind.</p>	<p>BGH, Urteil vom 18.06.1980 (Az. VIII ZR 185/79)</p> <p><i>Nach wie vor Grundlage auch der neueren Rechtsprechung der Instanzgerichte</i></p>
<p>Fabrikneuheit verlangt, dass sich das Fahrzeug bei Übergabe an den Käufer in dem <b>unbeschädigten Zustand</b> befindet, <b>wie es vom Hersteller ausgeliefert</b> worden ist.</p> <p><b>Verlangt der Käufer Nachbesserung</b> des ihm angebotenen Neuwagens, verliert er dadurch nicht seinen Anspruch darauf, dass das Fahrzeug jedenfalls technisch und optisch in einen Zustand versetzt wird, der einem fabrikneuen Fahrzeug entspricht.</p>	<p>BGH, Urteil vom 06.02.2013 (Az. VIII ZR 374/11)</p>
<p>Der Käufer ist berechtigt, die <b>Abnahme</b> eines mit einem (geringfügigen) Lackschaden versehenen Neufahrzeugs <b>und die Zahlung des Kaufpreises</b> insgesamt bis zur Mangelbeseitigung zu <b>verweigern</b> (§§ 273 Abs. 1, 320 Abs. 1 Satz 1 BGB). Der Verkäufer kann in aller Regel nicht verlangen, dass der Käufer die mangelbehaftete Sache zunächst annimmt, um sodann Sachmängelhaftungsansprüche geltend zu machen.</p> <p>Liegen besondere Umstände vor, können der Ausübung des Zurückbehaltungsrechts des Käufers (in Bezug auf den gesamten oder überwiegenden Teil des Kaufpreises) im Einzelfall ausnahmsweise mit Rücksicht auf Treu und Glauben Schranken gesetzt sein.</p>	<p>BGH, Urteil vom 26.10.2016 (Az. VIII ZR 211/15)</p>

Ein Neuwagen ist auch dann noch „fabrikneu“, wenn er vor der Übergabe an den Käufer einen <b>geringfügigen, fachgerecht in Werksqualität reparierten Transportschaden</b> erlitten hat. Die Geringfügigkeit beurteilt sich nach der Verkehrsanschauung. Die Festlegung einer Obergrenze, die allein auf die Höhe der Reparaturkosten abstellt, ist nicht interessengerecht.	OLG Hamm, Urteil vom 17.11.2011 (Az. I-28 U 109/11)
An der Fabrikneuheit fehlt es nicht nur, wenn Lackschäden nicht fachgerecht in Werksqualität repariert worden sind, sondern auch dann, wenn die <b>Nacklackierung nicht in einer vom betreffenden Hersteller autorisierten Markenwerkstatt vorgenommen</b> worden ist. Insbesondere bei Fahrzeugen der Oberklasse ( <i>hier</i> : Porsche 911) stellt es regelmäßig einen wertbildenden Faktor dar, wenn das Fahrzeug ausschließlich in einer autorisierten Markenwerkstatt repariert wurde.	LG Wuppertal, Urteil vom 27.05.2020 (Az. 17 O 337/19)
Geringfügige Transportschäden begründen noch keinen Sachmangel, wenn sie sach- und fachgerecht in Werksqualität behoben werden. Übergibt der Verkäufer einen <b>Neuwagen mit unreparierten transportbedingten Bagatellschäden</b> , muss der Käufer dem Verkäufer Gelegenheit zur Nacherfüllung geben. Verbleiben anschließend Polierränder oder Hologramme, bleibt der Neuwagen mangelhaft. Eine <b>partielle Neulackierung</b> würde zum Verlust der Fabrikneuheit führen.	LG Saarbrücken, Urteil vom 22.10.2012 (Az. 3 O 356/11)
Der Käufer eines „fabrikneuen“ Fahrzeugs darf erwarten, einen unbeschädigten Wagen zu erhalten, sodass nur ganz <b>unerhebliche Beschädigungen</b> ( <i>hier</i> : Lackschäden) nicht zu offenbaren sind. <u>Grenze</u> : Nachbesserungskosten i.H.v. 330 €	LG Gießen, Urteil vom 11.11.2004 (Az. 4 O 269/04)
Die Eigenschaft „fabrikneu“ entfällt auch bei <b>Mängeln oder Schäden, die beim Hersteller entstanden und repariert worden sind</b> , wenn es sich dabei nicht nur um unerhebliche Schäden handelt, die eine Wertminderung nach sich ziehen.	LG Bonn, Urteil vom 26.09.2006 (Az. 3 O 372/05)

PRODUKTIONSdatum / JAHRESFRIST	
Ein <b>fast 12 Monate altes Neufahrzeug</b> ist auch dann noch fabrikneu, wenn die Jahresfrist nur noch wenige Tage läuft. Die vom BGH bestimmte Jahresfrist ist eine Rechtssicherheit schaffende und praktikable Höchstfrist. Aufweichungen der zeitlichen Grenze widersprechen der Intention der Rechtsprechung.	OLG Hamm, Urteil vom 16.08.2016 (Az. 28 U 140/15)
Maßgeblich ist der Zeitraum zwischen Herstellung und Abschluss des Kaufvertrages, <u>nicht</u> der zwischen Herstellung und <b>Auslieferung</b> .	OLG Oldenburg, Beschluss vom 21.01.2013 (6 U 225/12)
Bei dem vom BGH geforderten 12-Monats-Zeitraum handelt es sich <u>nicht</u> um eine <b>taggenau einzuhaltende, starre Ausschlussfrist</b> .	OLG Frankfurt/M., Urteil vom 03.08.2021 (Az. 5 U 84/20)
Eine <b>Überschreitung der</b> vom BGH aufgestellten <b>Jahresfrist</b> zwischen Produktionsdatum und Kaufvertragsabschluss <b>um 7 Tage</b> ist unwesentlich.	LG Flensburg, Urteil vom 27.09.2006 (Az. 3 O 136/06)

SONSTIGES	
Das Versehen eines EU-Neufahrzeugs mit einem <b>dänischen „Registrierkennzeichen“</b> , das von den dänischen Behörden im Rahmen der amtlichen Registrierung des Fahrzeugs ausgegeben wird, und das mit dem in Deutschland verwendeten „Roten Kennzeichen“ vergleichbar ist, hebt die Neuwageneigenschaft nicht auf.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 11.12.2006 (Az. I-1 U 55/06)

#### 2.4.2.2 Fehlen mehrerer Merkmale der Fabrikneuheit

Da schon das Fehlen nur eines Merkmals der Fabrikneuheit dazu führt, dass es sich bei dem „neuen“ Fahrzeug nicht mehr um ein „fabrikneues“ Fahrzeug handelt, stellt sich bisweilen die **Frage, ob der Käufer in diesem Falle auch über das Fehlen weiterer Merkmale der Fabrikneuheit aufzuklären ist.**

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---



Ist ein Fahrzeug unstreitig nicht mehr fabrikneu, darf ein Käufer nicht erwarten, dass der „Neuwagen“, abgesehen von dem bekanntermaßen fehlenden Kriterium, die <b>übrigen Kriterien der Fabrikneuheit</b> erfüllt. Weitere Merkmale der Fabrikneuheit sind in diesem Fall nur geschuldet, wenn die Vertragsparteien ausdrücklich oder konkludent eine Beschaffenheitsvereinbarung bezüglich eines weiteren, fehlenden Merkmals der Fabrikneuheit getroffen haben.	OLG Köln, Urteil vom 01.04.2004 (Az. 8 U 89/03)
---	---

### 2.4.2.3 Verkauf eines Neuwagens als „Lagerfahrzeug“

Darf ein „neues“ Fahrzeug nicht mehr als „fabrikneu“ verkauft werden, wird es häufig als „Lagerfahrzeug“ vermarktet. Auch insofern stellt sich die **Frage nach der zulässigen Lagerdauer**.

Eine zeitliche Befristung auf 24 Monate ist nicht sachgerecht. Ob ein Sachmangel gegeben ist, hängt davon ab, ob im Einzelfall Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass der Käufer von einer geringeren <b>Lagerzeit</b> als der tatsächlichen ausgehen durfte.  Da das Modelljahr nicht mit dem Kalenderjahr identisch ist, ist es unschädlich, wenn das Fahrzeug bereits aus der 2. Jahreshälfte des Vorjahres der Modelljahresbezeichnung stammt.	OLG Braunschweig, Urteil vom 07.07.2005 (Az. 2 U 128/04)
---	--

### 2.4.2.4 Sonstige Beschaffenheitsvereinbarungen

Darüber hinaus können beim Neuwagenkauf aber auch **andere Umstände** Gegenstand einer Beschaffenheitsvereinbarung sein.

Die <b>Angaben zum Kraftstoffverbrauch in einem Herstellerprospekt</b> können Gegenstand einer Beschaffenheitsvereinbarung sein, wenn sie in die Verkaufsgespräche miteingeflossen sind. Basieren die Angaben auf dem Messverfahren der EU-Richtlinie 80/1268/EWG, wird eine Beschaffenheitsvereinbarung mit dem Inhalt getroffen, dass die im Prospekt angegebenen Werte unter Testbedingungen reproduzierbar sind. Bei der Annahme einer Beschaffenheitsvereinbarung mit dem Inhalt, dass diese Werte auch im tatsächlichen Fahrbetrieb mit dem betreffenden Neuwagen erzielt werden, ist Zurückhaltung geboten.	OLG Brandenburg, Urteil vom 27.03.2014 (Az. 5 U 70/12)
--	--

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

Durch den zutreffenden Verweis auf die <b>Schadstoffklasse „Euro 3“</b> wird nicht zugleich auch konkludent eine Beschaffenheitsvereinbarung über die steuerliche Einordnung in „Euro 3“ abgeschlossen, die noch von anderen Kriterien abhängig ist.	<p>OLG Hamm, Urteil vom 28.06.2007 (Az. 2 U 28/07)</p> <p>KG Berlin, Urteil vom 06.03.2008 (Az. 27 U 66/07)</p> <p>LG Heilbronn, Urteil vom 14.09.2006 (Az. 2 O 210/06)</p>
Bei einem Neuwagenkauf darf der Käufer davon ausgehen, dass die vom Verkäufer angegebene <b>Motorleistung in kW</b> ohne weiteres Teil der geschuldeten Beschaffenheit ist. Messungen dürfen auf einem Rollprüfstand erfolgen. Entscheidend ist nicht, ob der Motor isoliert betrachtet in der Lage ist, die Leistung zu erbringen, sondern dass es auch im öffentlichen Straßenverkehr durch entsprechende Drehzahl und Getriebeübersetzung zu einer vollen Leistungsentfaltung des Motors kommt und diese auch nicht durch eine elektronische Geschwindigkeitsabriegelung verhindert wird. Dass die Höchstgeschwindigkeit erzielbar ist, steht der Annahme eines Sachmangels nicht entgegen.	LG Nürnberg-Fürth, Urteil vom 06.06.2014 (Az. 12 O 8712/12)
Vereinbaren die Parteien, dass <b>in den Neuwagen vor dessen Auslieferung eine Gasanlage eingebaut werden soll</b> , ohne dass der Verkäufer auf nachteilige Rechtsfolgen für den Kunden hinweist, darf der Käufer die Vereinbarung so verstehen, dass ein Gasumbau durch den Hersteller freigegeben worden ist und ein Wegfall der Herstellergarantie damit nicht verbunden ist.	LG Leipzig, Urteil vom 28.04.2011 (Az. 4 O 3532/10)
Weist der Verkäufer auf die <b>spezielle Eignung der eingebauten Gasanlage</b> hin, wird damit eine einwandfreie technische Eignung vereinbart, nach der Schädigungen infolge thermischer Überbelastungen ausgeschlossen sein sollen.	LG Bonn, Urteil vom 21.10.2011 (Az. 10 O 330/10)
Bestätigt der Händler, dass es mit den <b>Scheinwerfern eines Linkslenkers</b> bei der nächsten HU keine Probleme geben wird, obwohl diese tatsächlich nicht für den in Deutschland geltenden Rechtsverkehr zulassungsfähig sind, wird eine Beschaffenheitsvereinbarung über die Zulassungsfähigkeit der Scheinwerfer im deutschen Straßenverkehr getroffen.	LG München II, Urteil vom 18.03.2016 (Az. 8 S 5531/15)

## 2.4.3 Gebrauchtwagenkauf

Beschaffenheitsvereinbarungen können auch beim Gebrauchtwagenverkauf getroffen werden.

### 2.4.3.1 Allgemeines

Angaben die mit dem Zusatz „ <b>laut Vorbesitzer</b> “ oder „ <b>laut Fahrzeugbrief</b> “ im Zusammenhang mit Angaben zur Unfallfreiheit, Gesamtfahrleistung, Leistung (kW), Erstzulassung oder Anzahl der Vorbesitzer versehen werden, begründen <u>keine</u> Beschaffenheitsvereinbarungen, sondern stellen bloße Wissensmitteilungen dar.	BGH, Urteil vom 12.03.2008 (Az. VIII ZR 253/05)
Auch der Vertragszusatz „ <b>soweit ihm bekannt</b> “ stellt eine bloße Wissensmitteilung dar.	BGH, Beschluss vom 02.11.2010 (Az. VIII ZR 287/09)
Die Frage, ob der einer Wissensmitteilung zugrunde liegende <b>Irrtum vermeidbar</b> war oder ob dem Verkäufer vorgeworfen werden kann, dass die Falschmitteilung <b>fahrlässig erfolgt</b> ist, spielt keine Rolle. Es ist gerade der Sinn von Wissensmitteilungen, die Haftung einzuschränken und auf Vorsatz zu beschränken.	OLG Karlsruhe, Urteil vom 12.11.2021 (Az. 10 U 11/21)
Ein <b>Auslieferungsprotokoll</b> stellt keine Beschaffenheitsvereinbarung, sondern lediglich eine Feststellung zu den tatsächlich übergebenen Unterlagen sowie dem übergebenem Zubehör dar.	AG Schöneberg, Urteil vom 24.10.2023 (Az. 17 C 79/23)

### 2.4.3.2 Vorführwagen

Wird ein Fahrzeug als „Vorführwagen“ verkauft, stellt sich die Frage, was genau die Vertragsparteien damit vereinbart haben.

Unter der <b>Beschaffenheitsvereinbarung „Vorführwagen“</b> ist ein gewerblich genutztes Fahrzeug zu verstehen, das einem Neuwagenhändler im Wesentlichen zum Zwecke der Vorführung (Besichtigung und Probefahrt) gedient hat und noch nicht auf einen Endabnehmer zugelassen war. Der Begriff sagt aber nichts über das <b>Alter des Fahrzeugs</b> aus.	BGH, Urteil vom 15.09.2010 (Az. VIII ZR 61/09)
--	--

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<p>Die Bezeichnung eines Fahrzeugs als „Vorführwagen“ sagt nichts über die <b>Dauer seiner Nutzung als Vorführwagen</b> aus. Eine Beschränkung auf weniger als 2 Jahre ist ihr nicht zu entnehmen. Der Begriff „Vorführwagen“ rechtfertigt keinen allgemeinen Rückschluss auf das Alter des Fahrzeugs.</p> <p>Allenfalls dann, wenn im Einzelfall besondere Umstände vorliegen, aufgrund derer der Käufer erwarten darf, dass der Vorführwagen ein bestimmtes Alter nicht überschritten hat, kann der Vorführwagen aufgrund seines Alters einen Sachmangel aufweisen. Folgenden Umständen kommt allerdings <u>keine Aussagekraft für das Fahrzeugalter</u> zu, da Vorführwagen auch zu Ausstellungszwecken genutzt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Geringe Laufleistung (<u>hier</u>: 24 km)</li> <li>■ Datum der Erstzulassung (<u>hier</u>: 8 ½ Monate vor Vertragschluss)</li> <li>■ Aktuelle Modellreihe</li> <li>■ Zeitspanne von 2 Jahren und 3 Monaten zwischen Herstellung und Kaufvertragsabschluss</li> </ul>	<p>OLG Nürnberg, Urteil vom 25.05.2021 (Az. 3 U 3615/20)</p>
<p>Wird ein <b>Wohnmobil</b> mit einer Gesamtfahrleistung von 35 km und einer Standzeit von 2 Jahren zwischen Herstellung und Erstzulassung als „<b>Vorführwagen zum Sonderpreis mit Zulassung</b>“ verkauft, liegt <u>keine</u> Beschaffenheitsvereinbarung über eine hiervon abweichende Höchstspanne zwischen Herstellung und Erstzulassung vor.</p>	<p>OLG Karlsruhe, Urteil vom 10.02.2009 (Az. 9 U 176/08)</p>
<p>Bilden die <b>Erstzulassung und die relative Neuwertigkeit eines GW die Vertragsgrundlage eines GW-Kaufvertrages</b>, so weist das Fahrzeug bei einem <b>erheblichen Auseinanderfallen von Produktionsdatum und Erstzulassung</b> nicht die vereinbarte Beschaffenheit auf. Dies gilt z.B. bei einem als Vorführwagen mit einem Kilometerstand von 10 km erworbenen GW, wenn zwischen Herstellung und Erstzulassung ein Zeitraum von 1 Jahr und 11 Monaten liegt.</p>	<p>OLG Celle, Urteil vom 13.07.2006 (Az. 11 U 254/05)</p>

### 2.4.3.3 Unfallschaden / (Vor-)Schäden / Erneuerte Teile

Die Angabe „ <b>Unfallschaden laut Vorbesitzer: Nein</b> “ stellt eine bloße Wissensmitteilung und <u>keine</u> Beschaffenheitsvereinbarung dar. Ob dennoch ein Sachmangel vorliegt, hängt daher davon ab, ob das Fahrzeug mehr als nur einen Bagatellschäden erlitten hat (= Abweichung von der „üblichen“ Beschaffenheit).	BGH, Urteil vom 12.03.2008 (Az. VIII ZR 253/05)
Durch die Angabe „ <b>Kein Unfall während Besitzzeit</b> “ gibt der Verkäufer klar zu erkennen, dass er nur für den Zeitraum, in dem sich das Fahrzeug in seinem Besitz befand, Angaben zur Unfallfreiheit des Fahrzeugs machen wollte.	BGH, Urteil vom 19.07.2023 (Az. VIII ZR 201/22)
Eine <b>Erklärung</b> des Verkäufers <b>zur Unfallfreiheit ohne den Zusatz „laut Vorbesitzer“</b> , begründet eine Beschaffenheitsvereinbarung zur Unfallfreiheit selbst dann, wenn im Bestellschein eine entsprechende Einschränkung vorhanden ist.	OLG München, Urteil vom 29.09.2010 (Az. 20 U 2761/10)
Der einschränkungslose Zusatz „ <b>unfallfrei</b> “ ist dahingehend zu verstehen, dass der Händler eine gewissenhafte Ankaufüberprüfung vorgenommen hat und deshalb dafür eintreten will, dass es keine unfallbedingten Vorschäden an dem Fahrzeug gibt.	OLG Hamm, Urteil vom 30.05.2017 (Az. 28 U 198/16)
Durch den Hinweis „ <b>Die Unfallfreiheit wird ausdrücklich nicht zugesichert</b> “ wird keine negative Beschaffenheitsvereinbarung in dem Sinne getroffen, dass der verkaufte Pkw ein Unfallwagen ist. Der Käufer muss auch in diesem Falle nicht damit rechnen, dass es sich bei dem Fahrzeug tatsächlich um ein Unfallfahrzeug handelt.	OLG Hamm, Urteil vom 01.04.2014 (Az. I-28 U 85/13)
Mit dem <b>Hinweis auf einen konkreten Unfallschaden</b> wird keine Beschaffenheitsvereinbarung mit dem Inhalt getroffen, dass darüber hinaus keine sonstigen Schäden an dem Fahrzeug vorhanden sind. Das gilt jedenfalls dann, wenn der Käufer Gelegenheit hatte, das Fahrzeug vor Vertragsschluss zu besichtigen.	OLG Köln, Urteil vom 28.04.2017 (Az. 19 U 1/17)
Mit dem Hinweis „ <b>Unfallschäden: unbekannt</b> “ wird keine Unfallfreiheit zugesichert. Dem Wortlaut ist lediglich zu entnehmen, dass der Verkäufer keine Kenntnis von Unfallschäden hat, mehr nicht.	LG Traunstein, Urteil vom 10.08.2016 (Az. 3 O 2147/15)

Gilt allgemein




Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Es spricht einiges dafür, dass die Angabe <b>„reparierter Unfallschaden“</b> nicht als bloße Beschreibung des Fahrzeugs, sondern generell als Beschaffenheitsvereinbarung zu verstehen ist, die die Erklärung enthält, dass der angegebene Unfallschaden fachgerecht behoben worden ist.	KG Berlin, Urteil vom 01.09.2011 (Az. 8 U 42/10)
Wird ein Fahrzeug nicht als „Billigauto“, sondern zu einem regulären Preis als scheckheftgepflegtes Fahrzeug mit neuer TÜV-Plakette verkauft, kann der Erklärung <b>„reparierter Unfallschaden“</b> nur die Bedeutung einer fachgerechten Reparatur zukommen.	OLG Hamm, Urteil vom 25.02.2014 (Az. 28 U 195/12)
Die Beschaffenheitsvereinbarung <b>„reparierter Blechschaden“</b> umfasst nur oberflächliche Beschädigungen, die zu keiner Zeit Auswirkungen auf die grundlegende Fahrzeugstruktur hatten, und die ordnungsgemäß repariert wurden.	OLG Düsseldorf Urteil vom 30.10.2014 (Az. I-3 U 10/13)
<b>Ankauf eines GW von Privat:</b> Verkauft ein privater Verkäufer sein Fahrzeug ohne einschränkende Zusätze als <b>„unfall- und nachlackierungsfrei“</b> , haftet er auch für Unfallschäden, die vor seiner Besitzzeit eingetreten sind. Aus dem Umstand, dass der Händler das Fahrzeug vor Vertragschluss selbst untersucht hat, lässt sich nicht schließen, dass er damit das Risiko übernehmen wollte, dass das Fahrzeug nicht den vereinbarten Angaben entspricht.	OLG Hamm, Urteil vom 16.05.2017 (Az. 28 U 101/16)
Die Erklärung <b>„Frontschaden behoben“</b> bedeutet, dass die Reparatur des Frontschadens fachgerecht und vollständig erfolgt ist.	LG Lübeck, Urteil vom 22.03.2012 (Az. 14 S 107/11)
Die Angabe <b>„reparierter Seitenschaden“</b> in der Bestellformularzeile „Unfallschäden laut Vorbesitzer“ umfasst auch Türschäden.	LG Kassel, Urteil vom 10.03.2010 (Az. 6 O 2388/09)
Der im Anschluss an die Rubrik für Unfallschäden stehende Hinweis <b>„Das Fahrzeug hat keine sonstigen Beschädigungen“</b> , stellt eine Beschaffenheitsvereinbarung dar.	LG Nürnberg/Fürth, Urteil vom 07.12.2020 (Az. 10 O 309/20)

Unter „ <b>Keine sonstigen Beschädigungen</b> “ fallen nicht nur Karoserieschäden, sondern auch Schäden an Motor oder Getriebe, soweit sie durch eine unsachgemäße und von außen kommende Einwirkung hervorgerufen werden. Nur rein nutzungsbedingte Verschleißschäden werden hiervon nicht umfasst.  ( <i>hier</i> : Ein vor Vertragsschluss falsch montierter Ölfilter führte nach Fahrzeugübergabe zu einem Motorschaden.)	LG Wuppertal, Urteil vom 17.05.2018 (Az. 9 S 7/18)
Von einem „Vorschaden“ ist auch dann auszugehen, wenn sich über einen längeren Zeitraum eine <b>Leiche im Fahrzeug</b> befunden hat ( <i>hier</i> : 4 Wochen) und der Innenraum u.a. aufgrund der Verwesung etc. zerstört worden ist.	LG Hannover, Urteil vom 10.12.2015 (Az. 4 O 159/14)
Wird das Vertragsformularfeld „ <b>Etwaige Vorschäden</b> “ nicht ausgefüllt, ist dies einem „Schweigen“ gleichzusetzen, dem kein Erklärungswert zukommt.	AG Kiel, Urteil vom 09.10.2014 (Az. 107 C 135/13)
Behauptet der Käufer, die im Kaufvertrag vorhandene Formulierung „ <b>Vorschaden vorhanden</b> “ bezieht sich nur auf bestimmte Teile oder Fahrzeugbereiche, muss er die angeblich vereinbarte Einschränkung beweisen.	AG Hannover, Urteil vom 27.03.2014 (Az. 563 C 10074/13)
„ <b>Erneuerte Teile</b> “ dürfen allenfalls wenige Monate vor Verkauf des Gebrauchtwagens eingebaut worden sein.	KG Berlin, Urteil vom 13.09.2010 (Az. 23 U 170/09)
<b>Neuaufbau eines Fahrzeugs aus Originalteilen:</b>  Die Verwendung der Modellbezeichnung eines Fahrzeugherstellers ( <i>hier</i> : Audi A 4 2.8) beinhaltet die Erklärung, dass das Fahrzeug ursprünglich von dem betreffenden Hersteller produziert worden ist.	AG Lemgo, Urteil vom 23.11.2009 (Az. 17 C 346/09)

#### 2.4.3.4 Tachomanipulation: (Gesamt-)Fahrleistung / (Gesamt-)Laufleistung

ANGABEN OHNE EINSCHRÄNKENDE ZUSÄTZE	
In der Angabe der Gesamtfahrleistung kann die Zusage über die <b>Beschaffenheit von Verschleißteilen wie Motor oder Getriebe</b> liegen.	OLG Brandenburg, Urteil vom 13.06.2007 (Az. 13 U 162/06)

 Gilt allgemein	 Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	 Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
--	---	---



Mit Angaben zur Gesamtfahrleistung wird zumindest auch eine Beschaffenheitsangabe dahingehend gemacht, dass der <b>Motor</b> nicht wesentlich stärker verschlissen ist, als es die mitgeteilte Laufleistung erwarten lässt.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 08.05.2006 (Az. I – 1 U 132/05)
Beruhet die Annahme eines Sachverständigen, dass ein Fahrzeug tatsächlich eine höhere Laufleistung aufweist als im Kaufvertrag angegeben, allein auf dem <b>Zustand des Lenkrads, der Sitze, des Schalthebels und des stark verschlissenen Innenraums</b> , handelt es sich um rein spekulative Schlussfolgerungen, die für eine Beweisführung nicht ausreichend sind.	OLG Koblenz, Beschluss vom 09.12.2013 (Az. 3 U 751/13)
<b>Unzutreffende Internetangaben</b> zur Laufleistung (ohne einschränkende Zusätze) begründen eine Beschaffenheitsvereinbarung über die Gesamtfahrleistung.	LG Ellwangen, Urteil vom 13.06.2008 (Az. 5 O 60/08)

ANGABEN MIT EINSCHRÄNKENDEN ZUSÄTZEN	
Angaben zur Gesamtfahrleistung „laut Vorbesitzer“ stellen <u>keine</u> Beschaffenheitsvereinbarungen dar, sondern <b>bloße Wissensmitteilungen</b> .	BGH, Urteil vom 12.03.2008 (Az. VIII ZR 253/05)
Selbst wenn im Kaufvertrag der Hinweis „Gesamtfahrleistung nach Angaben des Vorbesitzers“ enthalten ist, ist darin zwar keine Beschaffenheitsvereinbarung zu sehen, aber es liegt aber dennoch ein Sachmangel vor, wenn <b>zusätzlich der Tachostand im Kaufvertrag notiert</b> worden ist. Der Käufer eines Gebrauchtwagens darf regelmäßig erwarten, dass die Gesamtlauflistung in etwa dem angegebenen Tachostand entspricht und es insoweit keine größeren Abweichungen gibt (= übliche Beschaffenheit).	OLG Celle, Urteil vom 25.09.2019 (Az. 7 U 8/19)
Eine Angabe zur Gesamtfahrleistung „laut Vorbesitzer“ ist als bloße Wissensmitteilung zu werten. Den Verkäufer trifft dann aber eine gesteigerte Sorgfaltspflicht dahingehend, <b>Tatsachen, die Zweifel an der Zuverlässigkeit der fremden Erklärung begründen</b> (z.B. vorheriger Erwerb vom „fliegenden“ Zwischenhändler), zu offenbaren.	LG Erfurt, Urteil vom 31.07.2013 (Az. 3 O 601/13)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

Ein Hinweis des Verkäufers auf ausländische Fahrzeugpapiere und auf den Umstand, dass das Fahrzeug keine technische Zulassung besitzt sowie die Offenbarung diverse Mängel genügen dieser Offenbarungspflicht jedenfalls dann, wenn der <b>Käufer selbst ein gewerblicher Händler</b> ist und daher die Werthaltigkeit der Fremdan-gabe zu beurteilen vermag.	
---	--

### 2.4.3.5 Tachomanipulation: Kilometerangaben / Kilometerstand / Tachostand

ANGABEN OHNE EINSCHRÄNKENDE ZUSÄTZE	
<b>Kilometerangaben</b> sind als <b>Angaben über die Laufleistung</b> zu verstehen, wenn sie nicht mit Einschränkungen oder erkennbaren gegenteiligen Hinweisen versehen sind.	BGH, Urteil vom 29.11.2006 (Az. VIII ZR 82/06)
Die Angabe des Kilometerstandes in einem Gebrauchtwagenkaufvertrag führt regelmäßig zu einer <b>Beschaffenheitsvereinbarung</b> über die Laufleistung des Fahrzeugs.	OLG Brandenburg, Urteil vom 24.08.2022 (Az. 4 U 78/20)  a.A. noch OLG Brandenburg, Urteil vom 13.06.2007 (Az. 13 U 162/06)
Eine <b>Kilometerangabe</b> unter der Kaufvertragsrubrik „Fahrzeugangaben“ ist – <b>ohne einschränkenden Zusatz wie „Km-Stand laut Tacho“ o.ä.</b> – nicht als bloße Wiedergabe des Tachometerstandes zu verstehen, sondern als Angabe der Laufleistung.	OLG Schleswig-Holstein, Beschl. vom 27.04.2012 (Az. 5 W 16/12)
Der Käufer eines Gebrauchtwagens kann trotz der Angabe „ <b>Km-Stand: x km</b> “ ( <b>ohne einschränkenden Zusatz</b> ) in einer <b>Internetanzeige</b> ausnahmsweise <u>keine</u> verlässliche Angabe des Verkäufers über die tatsächliche Laufleistung erwarten, wenn der Verkäufer ihn <u>vor</u> Vertragsabschluss über Umstände informiert hat, die einen solchen Rückschluss nicht zulassen.	OLG Hamm, Urteil vom 01.04.2014 (Az. I-28 U 85/13)
<b>Tachomanipulation anlässlich der Installation eines Austauschgetriebes</b>  Da ein Eingriff in die Messung eines Tachometers/Wegstreckenzählers eine Straftat darstellt (vgl. § 22b StVG), kann die <b>Frage, wer die Manipulation durchgeführt oder beauftragt hat</b> ( <i>hier: die</i>	OLG Thüringen, Beschluss vom 29.08.2019 (Az. 1 U 239/19)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Herstellerfirma beim Einbau des Austauschgetriebes oder der Verkäufer durch Beauftragung einer Drittfirma), nicht Gegenstand eines Beschaffenheitsvereinbarung sein.	
--	--

ANGABEN MIT EINSCHRÄNKENDEN ZUSÄTZEN	
Die Angabe „Tachostand Km X“ mit dem <b>Hinweis „laut Vorbesitzer“</b> stellt <u>keine</u> Beschaffenheitsvereinbarung dar, sondern bloß eine Wissensmitteilung.	OLG München, Urteil vom 14.09.2017 (Az. 23 U 667/17)
Die Angabe „ <b>x Km abgelesen</b> “ oder „ <b>abgelesener Km-Stand</b> “ stellt lediglich eine Wissenserklärung mit dem Inhalt dar, dass der Kilometerzähler diese Ziffernfolge anzeigt. Sie begründet keine Beschaffenheitsvereinbarung.  Allerdings ist es üblich, dass der tatsächliche Km-Stand nicht wesentlich vom angezeigten abweicht. Liegt eine <b>starke Abweichung</b> vor, liegt ein <b>Sachmangel wegen einer Abweichung von der üblichen Beschaffenheit</b> vor.	OLG Nürnberg, Urteil vom 11.12.2024 (Az. 12 U 1061/23)
Zwar darf der Käufer bei der Km-Angabe in der Regel davon ausgehen, dass sie sich nicht nur auf den Tachostand, sondern auf die Laufleistung bezieht. Das gilt jedoch dann nicht, wenn der Verkäufer durch einen einschränkenden Zusatz wie z.B. „ <b>Km-Angabe laut Tacho</b> “ deutlich macht, dass sich die Km-Angabe nicht auf die Laufleistung beziehen soll.	LG Kiel, Urteil vom 27.02.2015 (Az. 3 O 25/14)

#### 2.4.3.6 Fahrbereit / Gebrauchsfähig

Wird ein Gebrauchtwagen als „fahrbereit“ verkauft, übernimmt der Verkäufer die Gewähr dafür, dass das Fahrzeug nicht mit verkehrsgefährdenden Mängeln behaftet ist, aufgrund derer es bei einer <b>Hauptuntersuchung</b> als „ <b>verkehrsunsicher</b> “ eingestuft werden müsste. Zudem muss eine gefahrlose Benutzung im Straßenverkehr möglich sein.	BGH, Urteil vom 22.11.2006 (Az. VIII ZR 72/06)
---	--

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<p><b>GW, der nach Übergabe mehrere hundert Km zurückgelegt hat, nach dieser einen Fahrt aber nicht mehr anspringt</b></p> <p>Ein Gebrauchtwagen ist „fahrbereit“, wenn es nicht mit verkehrsgefährdenden Mängeln behaftet ist und im Hinblick auf seine wesentlichen technischen Funktionen so beschaffen ist, dass ein Betrieb des Fahrzeugs überhaupt möglich ist. Der Verkäufer übernimmt aber <u>nicht</u> ohne weiteres die Gewähr dafür, dass das Fahrzeug auch noch nach dessen Übergabe einen <b>längeren Zeitraum</b> oder eine <b>längere Strecke</b> fahrbereit bleibt. Hat das Fahrzeug – wie hier – noch eine längere Strecke zurückgelegt, war es fahrbereit, auch wenn es nach dieser einen Fahrt nicht mehr anspringt. Etwas anderes würde gelten, wenn das Fahrzeug nur eine „minimale Fahrtstrecke“ zurücklegen konnte.</p>	<p>OLG München, Urteil vom 12.06.2019 (Az. 7 U 1630/18)</p>
<p>Ein Fahrzeug ist auch dann noch „fahrbereit“, wenn ihm im Rahmen einer <b>Hauptuntersuchung</b> die HU-Prüfplakette „nur“ wegen „<b>erheblicher Mängel</b>“ verweigert wird.</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 11.04.2013 (Az. I-3 U 31/12)</p>
<p>Wird ein Gebrauchtfahrzeug in „<b>gebrauchsfähigem Zustand</b>“ verkauft, übernimmt der Verkäufer die Gewähr dafür, dass das Fahrzeug nicht mit verkehrsgefährdenden Mängeln behaftet ist, aufgrund derer es bei einer Hauptuntersuchung als „verkehrsunsicher“ eingestuft werden müsste.</p>	<p>AG Bückeburg, Urteil vom 23.10.2006 (Az. 31 C 348/05)</p>

#### 2.4.3.7 HU / „TÜV neu“

<p>Wird ein Fahrzeug mit dem Hinweis „TÜV neu“ verkauft, haftet der Verkäufer jedenfalls dann dafür, dass sich das Fahrzeug im Zeitpunkt der Übergabe in einem der StVZO entsprechenden Zustand befindet, wenn die <b>Begutachtung kurze Zeit vor dem Weiterverkauf</b> stattfand. Die Haftung beschränkt sich dann nicht auf die formale Durchführung der HU.</p>	<p>BGH, Urteil vom 13.03.2013 (Az. VIII ZR 172/12)</p> <p>BGH, Urteil vom 15.04.2015 (Az. VIII ZR 80/14)</p> <p>BGH, Urteil vom 09.09.2020 (Az. VIII ZR 150/18)</p>
<p>Wird ein GW mit dem Hinweis „TÜV neu“ <b>im Rahmen einer Ebay-Versteigerung</b> beschrieben, liegt darin in der Regel eine auf den Abschluss einer diesbezüglichen Beschaffenheitsvereinbarung gerichtete Willenserklärung. Sofern die Versteigerung <b>vorzeitig</b></p>	<p>OLG Karlsruhe, Urteil vom 14.01.2014 (Az. 9 U 233/12)</p>

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

<p><b>vereinbarungsgemäß abgebrochen</b> wird, wird die Erklärung auch dann Bestandteil des daraufhin abgeschlossenen Kaufvertrages, wenn sie darin nicht ausdrücklich erwähnt wird. Wird mit dem Hinweis „TÜV neu“ auf eine kurz vorher durchgeführte TÜV-Prüfung hingewiesen (<i>hier: mehr als 3 Monate zuvor</i>), ist sie dahin zu verstehen, dass bei der Prüfung entweder kein erheblicher Mangel festgestellt wurde oder dass ein solcher vom Verkäufer vor Abschluss des Kaufvertrages beseitigt wurde.</p>	
<p>Die Vorlage einer <b>ausländischen Prüfbescheinigung über eine kürzlich durchgeführte Hauptuntersuchung</b> führt <u>nicht</u> zu einer Beschaffenheitsvereinbarung des Inhalts, dass das Fahrzeug bei Übergabe einen für die HU nach deutschem Recht geeigneten verkehrssicheren Zustand aufweist. Etwas anderes gilt nur dann, wenn der Käufer nachweist, dass die Qualitätsanforderungen bei der ausländischen HU-Prüfung nicht unter den deutschen Standards liegen.</p>	<p>OLG Koblenz, Urteil vom 04.07.2019 (Az. 1 U 205/19)</p>

#### 2.4.3.8 Umweltplakette

<p>Das Führen einer Umweltplakette begründet jedenfalls <b>dann keine Beschaffenheitsvereinbarung</b> dahingehend, dass das Fahrzeug in den betreffenden Umweltzonen genutzt werden darf, wenn der Verkäufer durch die <b>Verwendung einschränkender Zusätze</b> gerade keine entsprechende eindeutige Zusage gemacht hat.</p>	<p>BGH, Urteil vom 13.03.2013 (Az. VIII ZR 186/12)</p>
<p>Das Führen einer Umweltplakette begründet eine (<b>ggf. konkludente</b>) <b>Beschaffenheitsvereinbarung</b> dahingehend, dass auch eine Berechtigung zu deren Führen besteht.</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 22.12.2011 (Az. I-22 U 103/11)  AG Düsseldorf, Urteil vom 08.03.2018 (Az. 235 C 139/17)  <b>andere Ansicht:</b>  OLG Düsseldorf, Urteil vom 06.06.2012 (Az. I-3 U 63/11)  <i>[Revision zugelassen (Erg. s.o.)]</i></p>

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

### 2.4.3.9 Produktionsdatum / Standzeiten

Bilden die <b>Erstzulassung und die relative Neuwertigkeit eines GW die Vertragsgrundlage eines GW-Kaufvertrages</b> , so weist das Fahrzeug bei einem erheblichen Auseinanderfallen von Produktionsdatum und Erstzulassung nicht die vereinbarte Beschaffenheit auf.	OLG Celle, Urteil vom 13.07.2006 (Az. 11 U 254/05)
Enthält eine Verbindliche Bestellung ( <u>hier</u> : aus 08/2015) einen <b>ausdrücklichen Hinweis auf eine ältere Preisliste</b> ( <u>hier</u> : aus 04/2014) und wird dem Käufer hierauf ein hoher Preisnachlass gewährt, ist ohne Erklärung des Käufers nicht nachvollziehbar, weshalb er davon ausgegangen sein sollte, dass das Fahrzeug dem aktuellen Modelljahr entspricht. Stattdessen wird mit dem Hinweis auf die ältere Preisliste zugleich vereinbart, dass das Fahrzeug aus dem Produktionszeitraum stammt, für den die angegebene Preisliste galt.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 25.01.2017 i.V.m. Beschluss vom 28.12.2016 (Az. I-22 U 232/16)
Die <b>falsche Angabe des Herstellungsmonats</b> begründet dann keinen Minderwert, wenn das Baujahr stimmt und zum angegebenen Herstellungsdatum noch kein Nachfolgemodell auf dem Markt war. Objektiv unrichtige Beschaffenheitsangaben begründen nur dann einen Sachmangel, wenn die maßgeblichen Verkehrskreise der Abweichung einen Wert beimessen.	OLG Hamburg, Urteil vom 28.12.2005 (Az. 14 U 85/04)

### 2.4.3.10 Originalmotor / Austauschmotor

Wird ein Kfz mit „ <b>Originalmotor</b> “ verkauft, darf der Käufer erwarten, dass es mit dem ursprünglich vom Hersteller verbauten (Erst-) Motor versehen ist und nicht mit einem aus einem anderen Fahrzeug stammenden (Zweit-) Aggregat des Herstellers.	OLG Naumburg, Urteil vom 28.09.2015 (Az. 1 U 59/15)
---	---

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

Ein <b>Motor</b> , der mit einem im Fahrzeugbrief eingetragenen <b>Chip-tuning</b> versehen ist, verliert nicht seine Eigenschaft als <b>Original-motor</b> , obwohl hiermit eine Leistungssteigerung des Motors verbunden ist.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 03.12.2004 (Az. 14 U 33/04)
Was genau zwischen den Vertragsparteien vereinbart wird, wenn ein <b>Kfz mit „Austauschmotor“</b> verkauft wird, hängt davon ab, ob es sich um einen Privatkau oder um einen Kauf von einem gewerblichen Kfz-Händler handelt.	OLG Saarbrücken, Urteil vom 29.02.2012 (Az. 1 U 122/11–35, 1)
<p><b>Definition Austauschmotor</b></p> <p>Wird ein Gebrauchtwagen von einem <b>gewerblichen Verkäufer</b> mit Austauschmotor verkauft, ist darunter ein generalüberholter Motor zu verstehen.</p> <p>Ist der <b>Verkäufer eine Privatperson</b>, muss der Motor nur anlässlich seines Einbaus unter Auswechslung wesentlicher Teile aufgearbeitet und erfolgreich geprüft worden sein. Wurde allerdings nur eine verhältnismäßig geringe Laufleistung des Austauschmotors angegeben, impliziert dies eine dieser Laufleistung entsprechende Qualität und dass der Motor nicht noch darüber hinaus im Zusammenhang mit dem Einbau verbessert wurde.</p>	OLG Koblenz, Urteil vom 20.03.2013 (Az. 5 U 1352/12)
<p><b>Definition (generalüberholter) Austauschmotor</b></p> <p>Für die Einstufung als (generalüberholter) Austauschmotor ist erforderlich, dass alle beweglichen Motorteile und die sonstigen Aggregate durch Neuteile ersetzt, nach den Methoden der Serienfertigung hergestellt und nach den Kriterien für Neuwagen erfolgreich geprüft worden sind. Da nur die Verschleißteile mit Sicherheit durch Neuteile ersetzt worden sind und der Motor im Übrigen noch gebrauchte Teile aufweist, handelt es sich rechtlich gesehen nicht um eine neu hergestellte, sondern um eine gebrauchte Sache. Daher kann der Käufer nicht berechtigterweise davon ausgehen, dass sämtliche Einzelteile noch nicht in Benutzung waren.</p>	AG Cuxhaven, Urteil vom 24.03.2015 (Az. 5 C 289/11)

## 2.4.3.11 Youngtimer / Oldtimer

Beim Verkauf von Oldtimern begründet die <b>Angabe einer Zustandsnote</b> im Kaufvertrag im Zusammenhang mit der Beschreibung des Erhaltungszustands des Oldtimers regelmäßig eine Beschaffenheitsvereinbarung. Nur wenn im Einzelfall besondere Umstände vorliegen, die gegen die Vereinbarung eines der Zustandsnote entsprechenden Erhaltungszustands als Beschaffenheit des Oldtimers sprechen, ist ausnahmsweise nicht von einer Beschaffenheitsvereinbarung auszugehen.	BGH, Urteil vom 23.07.2025 (Az. VIII ZR 240/24)
Wird ein Fahrzeug mit einer sog. „ <b>Oldtimerzulassung</b> “ verkauft ( <i>hier</i> : mit dem Hinweis „positive Begutachtung nach § 21 c StVZO (Oldtimer) im Original“; - <i>jetzt</i> : § 23 StVZO -), haftet der Verkäufer jedenfalls dann dafür, dass sich das Fahrzeug in einem der StVZO entsprechenden Zustand befindet, wenn er die Begutachtung kurze Zeit vor dem Weiterverkauf veranlasst hat.	BGH, Urteil vom 13.03.2013 (Az. VIII ZR 172/12)
Wird bei den Verkaufsverhandlungen auf eine „ <b>H-Zulassung</b> “ hingewiesen, darf der Käufer die Erklärung des Verkäufers so verstehen, dass sich das Fahrzeug in einem Zustand befindet, der die Erteilung einer H-Zulassung rechtfertigt. Allein der Umstand, dass die „H-Zulassung“ im Kaufvertrag nicht erwähnt wird, reicht für eine Zurücknahme der Vorfelderklärung nicht aus.	OLG Hamm, Urteil vom 24.09.2015 (Az. I-28 U 144/14)
Wird ein „ <b>Oldtimer mit Macken</b> “ verkauft, muss der Käufer mit Verschleißerscheinungen rechnen, sofern sie nicht der „vorausgesetzten“ oder „üblichen“ Beschaffenheit eines solchen Fahrzeugs widersprechen.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 11.04.2013 (Az. I-3 U 31/12)
Der Hinweis „ <b>Zustand 1</b> “ ist dahin auszulegen, dass der angepriesene Oldtimer einen Zustand aufweist, der der in Fachkreisen anerkannten Definition der Note 1 von Classic-Data entspricht.	OLG Köln, Urteil vom 07.06.2016 (Az. 25 U 29/15)





### 2.4.3.13 Inzahlungnahme – Beschaffenheit des Altfahrzeugs des Kunden

Die Angabe des Kunden im Ankaufvertrag „ <b>Fahrzeugzustand: normal</b> “ enthält <u>keine</u> Beschaffenheitsvereinbarung. Sie enthält aus Sicht des Erklärungsempfängers/Händlers keinen nachvollziehbaren objektiven Inhalt.	OLG Karlsruhe, Urteil vom 04.12.2018 (Az. 9 U 160/16)
<p><b>Inzahlungnahme eines reparaturbedürftigen Altfahrzeugs</b></p> <p>Der Ankauf erfolgt im Regelfall in dem Zustand, in dem sich das Altfahrzeug des Kunden bei Vertragsschluss befindet.</p> <p>Hatte der Kunde bereits einen Reparaturauftrag erteilt, wird dieser gegenstandslos. Soll er fortbestehen, so dass der Kunde noch für die Kosten der Reparatur des bereits veräußerten Altfahrzeugs eintreten muss, bedarf dies einer ausdrücklichen Regelung. Hierfür ist der Händler darlegungs- und beweispflichtig.</p>	OLG Koblenz, Urteil vom 28.03.2022 (Az. 12 U 967/21)

### 2.4.3.14 Sonstige Beschaffenheitsvereinbarungen

Bei einem „ <b>Jahreswagen</b> “ handelt es sich nach der Verkehrsauffassung um einen Gebrauchtwagen aus 1. Hand, der von einem Werksangehörigen 1 Jahr lang ab der Erstzulassung gefahren worden ist. Darüber hinaus muss es sich um ein Fahrzeug handeln, bei dem der Zeitraum zwischen Herstellung und Erstzulassung max. 12 Monate beträgt. Ob auch die übrigen Kriterien der Fabrikneuheit im Zeitpunkt der Erstzulassung erfüllt sein müssen, hat der BGH offen gelassen.	BGH, Urteil vom 07.06.2006 (Az. VIII ZR 180/05)
Durch den zutreffenden Verweis auf die <b>Schadstoffklasse „Euro 3“</b> wird nicht zugleich auch konkludent eine Beschaffenheitsvereinbarung über die <b>steuerliche Einordnung in „Euro 3“</b> abgeschlossen, die noch von anderen Kriterien abhängig ist.	<p>OLG Hamm, Urteil vom 28.06.2007 (Az. 2 U 28/07)</p> <p>KG Berlin, Urteil vom 06.03.2008 (Az. 27 U 66/07)</p> <p>LG Heilbronn, Urteil vom 14.09.2006 (Az. 2 O 210/06)</p>

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

<p>Sowohl ein allgemein gehaltenes Gespräch über die <b>steuerliche Einordnung eines Fahrzeugs als Pkw oder Lkw</b> als auch eine diesbezügliche Angabe im Kaufvertrag stellen noch keine Beschaffenheitsangabe dar, aufgrund derer der Käufer auf eine Einordnung in eine bestimmte Steuerklasse vertrauen darf. War das Fahrzeug aber z.B. als Vorführwagen auf den Verkäufer zugelassen, darf der Käufer auf die Angaben des Verkäufers zum Fahrzeugtyp (Pkw oder Lkw) vertrauen, so dass ausnahmsweise von einer Beschaffenheitsvereinbarung auszugehen ist.</p>	<p>OLG Koblenz, Urteil vom 28.09.2016 (Az. 10 U 53/16)</p>
<p>Die Erklärung „<b>Der Pkw war 15 Jahre im Besitz einer Familie</b>“ umfasst auch den Schwiegervater und Schwiegersohn und enthält keinen Hinweis darauf, dass es sich um die Familie des Verkäufers handelt.</p>	<p>OLG Schleswig-Holstein, Urteil vom 21.12.2012 (Az. 3 U 22/12)</p>
<p>Wird in einer Fahrzeugbeschreibung ein junger Gebrauchtwagen mit geringer Laufleistung „<b>mit Garantie</b>“ angeboten, kann es sich beim <u>Privatkauf</u> (!) nur um eine Neuwagengarantie handeln.</p> <p>Eine vereinbarte, aber fehlende Herstellergarantie kann mangels Vergleichbarkeit des Garantiegebers, der Leistung und der Garantieabwicklung nicht durch eine GW-Garantieversicherung ersetzt werden.</p>	<p>OLG Schleswig-Holstein, Urteil vom 15.03.2012 (Az. 5 U 103/11)</p>
<p>Der handschriftliche Zusatz „<b>Chiptuning wird vom Käufer gelöscht, da illegal</b>“, begründet eine Beschaffenheitsvereinbarung darüber, dass das Fahrzeug bei Gefahrübergang auf den Käufer noch chipgetunt sein soll.</p> <p>Deren Wirksamkeit hängt nicht davon ab, dass der Verkäufer den Käufer – außer über die Gefahr eines Motorschadens beim Fahrzeugbetrieb – auch über zulassungs- und versicherungsrechtliche Folgen des Tunings (weder Zulassung noch Versicherungsschutz) aufklärt. Das gilt insbesondere dann, wenn sich der Käufer ohnehin zur Löschung verpflichtet hat.</p>	<p>OLG Koblenz, Beschluss vom 24.02.2016 (Az. 10 U 490/15)</p>

<p><b>Mietwagen sind keine „Werkswagen“</b></p> <p>Unter einem „Werkswagen“ wird im Allgemeinen ein Fahrzeug verstanden, das entweder im Werk zu betrieblichen Zwecken genutzt wurde oder von einem Werksmitarbeiter vergünstigt gekauft, eine gewisse Zeit genutzt und dann auf dem freien Markt weiterverkauft wird. Eine Nutzung als Mietwagen wird üblicherweise nicht mit dem Begriff „Werkswagen“ verbunden. Auch die interne Bezeichnung beim Hersteller ist für den Verkaufsprozess unerheblich.</p>	<p>OLG Koblenz, Urteil vom 25.07.2019 (Az. 6 U 80/19)</p>
<p>Unter „<b>Dienstwagen</b>“ ist ein Fahrzeug zu verstehen, das dem Angehörigen einer Behörde oder eines Unternehmens zur Nutzung im Rahmen seiner Tätigkeit und auch zur privaten Nutzung überlassen wurde. Dabei umfasst eine private Nutzung auch die Nutzungsmöglichkeit von Personen, die dem Mitarbeiter persönlich verbunden sind (z.B. Familienkreis). Mit der Bezeichnung als Dienstwagen kann zudem die Erwartung verbunden sein, dass der Nutzer in der Behörde oder dem Unternehmen eine gehobene berufliche Stellung inne hat, was positive Rückschlüsse auf seine Seriosität und seine Sorgfalt auch im Umgang mit dem Fahrzeug nahelegt.</p>	<p>LG Nürnberg-Fürth, Urteil vom 31.01.2018 (Az. 6 O 2913/17)</p>
<p>Der Hinweis „<b>gewerblich nicht genutzt</b>“ unter Angabe der Beispiele „Taxi, Mietwagen oder Fahrschulwagen“, stellt auf die Gewerblichkeit der Nutzung des Fahrzeugs als solche ab, nicht darauf, ob ein früherer Halter einer gewerblichen Tätigkeit nachging (<u>hier</u>: Bauunternehmer, der einen VW Touran lediglich als Hilfsmittel zum Zwecke des Transports genutzt hatte).</p>	<p>LG Bad Kreuznach, Urteil vom 18.07.2014 (Az. 2 O 110/14)</p>
<p><b>A-typische Vornutzung</b></p> <p>Gibt der Verkäufer an, dass ein Gebrauchtwagen nicht als <b>Taxi</b> genutzt worden ist, erstreckt sich diese Beschaffenheitsvereinbarung nicht auf die <b>Mietwageneigenschaft</b> des Fahrzeugs. Die Merkmale „Taxi“ und „Mietwagen“ sind nicht gleichzusetzen.</p>	<p>AG Kiel, Urteil vom 09.10.2014 (Az. 107 C 135/13)</p>

Der Begriff „ <b>Automatik</b> “ im Zusammenhang mit Fahrzeuggetrieben ist schillernd. Die Verkehrsanschauung versteht darunter lediglich eine Getriebeform, bei der die Gänge ohne Zutun des Fahrers gewechselt werden. Zur Erreichung dieses technischen Ziels haben sich verschiedene Wege herausgebildet (z.B. Wandler-Automatik, Easytronik-Technologie). Legt der Käufer Wert auf eine bestimmte Technologie, muss er beim Verkäufer nachfragen.	LG Coburg, Urteil vom 22.04.2014 (Az. 22 O 631/13)
<b>Modellwechsel innerhalb des benannten Modelljahres</b> Ist unklar, welche <b>Ausstattungsmerkmale</b> für das Fahrzeug vereinbart wurden, ist dies im Wege der Auslegung zu ermitteln. Hierzu können auch Angaben des Verkäufers im Internet ( <i>hier</i> : in Form einer Bedienungsanleitung) herangezogen werden. Unklarheiten gehen im Übrigen zu Lasten des Verkäufers.	LG Hannover, Urteil vom 15.06.2020 (Az. 18 O 224/19)
Die Angabe „ <b>1. Hand</b> “ bei der <b>Anzahl der Vorbesitzer</b> stellt aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung der Halteranzahl für die Wertbildung von Fahrzeugen eine Beschaffenheitsvereinbarung dar.	AG Weiden, Urteil vom 11.05.2016 (Az. 2 C 70/16)
Ein <b>auf Wunsch des Käufers vorgenommener „Gebrauchtwagen-check“</b> begründet <u>keine</u> Beschaffenheitsvereinbarung dahingehend, dass das Fahrzeug abgesehen von den im Bericht festgestellten Mängeln keine weiteren Mängel aufweist.	AG Trier, Urteil vom 22.03.2024 (Az. 7 C 347/23)

#### 2.4.4 Wirkung bei vereinbartem Haftungsausschluss

Wird ein **Gebrauchtwagen an einen Unternehmer verkauft**, darf die Sachmängelhaftung ausgeschlossen werden (vgl. hierzu Ziffer 1.4). Fraglich ist dann u.U., ob sich der vereinbarte Haftungsausschluss auch auf die Eigenschaften des Gebrauchtwagens erstreckt, für die die Parteien eine Beschaffenheitsvereinbarung getroffen haben.

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<p>Der vereinbarte Haftungsausschluss erstreckt sich <u>nicht</u> auf <b>Eigenschaften, die Gegenstand einer Beschaffenheitsvereinbarung sind</b>, d.h. der Verkäufer darf sich insofern nicht auf den an sich zulässigen Haftungsausschluss berufen.</p> <p><i>Fall des BGH vom 10.04.2024: Verkauf eines 40 Jahre alten Gebrauchtwagens</i></p> <p>Weder das hohe Alter eines Gebrauchtwagens noch die Verschleißanfälligkeit eines Bauteils rechtfertigen ein Abweichen von diesem Grundsatz, wenn die Funktionsfähigkeit eines Verschleißteils vereinbart wurde.</p> <p><i>Fall des OLG München: Vereinbarte <b>Laufleistung</b> deckt sich nicht mit der tatsächlichen Gesamtlaufleistung</i></p> <p><i>Fall des OLG Hamm: Der „reparierte Unfallschaden“ war weder fachgerecht noch vollständig repariert worden.</i></p>	<p>BGH, Urteil vom 29.11.2006 (Az. VIII ZR 92/06)</p> <p>BGH, Urteil vom 13.03.2013 (Az. VIII ZR 172/12)</p> <p>BGH, Urteil vom 10.04.2024 (Az. VIII ZR 161/23)</p> <p>OLG Schleswig, Beschluss vom 27.04.2012 (Az. 5 W 16/12)</p> <p>OLG München, Urteil vom 13.03.2013 (Az. 7 U 3602/11)</p> <p>OLG Karlsruhe, Urteil vom 14.01.2014 (Az. 9 U 233/12)</p> <p>OLG Hamm, Urteil vom 25.02.2014 (Az. 28 U 195/12)</p> <p>LG Gießen, Urteil vom 07.05.2014 (Az. 1 S 14/14)</p> <p>LG Saarbrücken, Urteil vom 14.08.2015 (Az. 10 S 174/14)</p>
<p>Beschaffenheitsvereinbarung und Sachmängelausschluss stehen <b>gleichrangig</b> nebeneinander, sodass ein vereinbarter Haftungsausschluss nicht die Unverbindlichkeit der Beschaffenheitsvereinbarung zur Folge hat.</p>	<p>OLG München, Urteil vom 12.06.2019 (Az. 7 U 1630/18)</p>
<p>Da die Angabe „<b>Kilometerstand laut Vorbesitzer ...</b>“ eine bloße Wissensmitteilung und keine Beschaffenheitsvereinbarung darstellt, erstreckt sich ein zulässigerweise vereinbarter Haftungsausschluss auch auf diese Angabe.</p>	<p>LG Berlin, Urteil vom 18.07.2014 (Az. 8 O 19/14)</p>

## 2.5 Eignung zur gewöhnlichen Verwendung (kurz: übliche Beschaffenheit)

Ein Sachmangel liegt auch dann vor, wenn sich die Sache nicht für die gewöhnliche Verwendung eignet.

Für **Kaufverträge, die bis zum 31.12.2021 abgeschlossen worden sind**, gilt dies allerdings nur, wenn die Vertragsparteien für das betreffende Merkmal keine abweichende Beschaffenheitsvereinbarung getroffen haben, denn für diese Kaufverträge gilt weiterhin der alte Sachmangelbegriff und damit auch der Grundsatz des **Vorrangs der Beschaffenheitsvereinbarung** (vgl. Ziffern 2.1.1 und 2.1.2).

Die **Kaufsache eignet sich dann nicht zur gewöhnlichen Verwendung**, wenn sie eine bestimmte Beschaffenheit aufweist, die bei „Sachen der gleichen Art“ nicht üblich ist und die der Käufer nach der Art der Sache auch nicht erwarten muss.

Bei der vorzunehmenden Beurteilung kommt insbesondere dem **Vergleichsmaßstab** und der **maßgeblichen Vergleichsgruppe** große Bedeutung zu.

### 2.5.1 Allgemeines

Maßgeblich ist ein <b>herstellerübergreifender Vergleichsmaßstab</b> , der Serienfehler der betroffenen Modellreihe außer Betracht lässt.	BGH, Urteil vom 24.10.2018 (Az. VIII ZR 66/17)
Welche Beschaffenheit üblich ist, hängt von den <b>Umständen des Einzelfalls</b> ab, wie dem Alter und der Laufleistung des Fahrzeugs, der Anzahl der Vorbesitzer und der Art der Vorbenutzung.  Für das, was der Käufer „nach der Art der Sache“ erwarten darf, kann ferner der Kaufpreis von Bedeutung sein.  Maßstab ist die <b>objektiv berechnete Käufererwartung</b> , die sich an der üblichen Beschaffenheit gleichartiger Sachen orientiert. Auf die konkrete Erwartungshaltung des Käufers kommt es nicht an.	BGH, Urteil vom 20.05.2009 (Az. VIII ZR 191/07)  OLG Saarbrücken, Urteil vom 20.03.2013 (Az. 1 U 38/12)  OLG Saarbrücken, Urteil vom 10.10.2012 (Az. 1 U 475/11)
<b>Vergleichsmaßstab bei Kraftfahrzeugen:</b> Abzustellen ist auf den am <b>Stand der Technik</b> orientierten Vergleich aller Fahrzeuge mit einer nach Bauart und Typ vergleichbaren technischen Ausstattung. Eine hersteller- oder fahrzeugtypspezifische Eingrenzung erfolgt nicht.	BGH, Beschluss vom 16.05.2017 (Az. VIII ZR 102/16)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<p>Die Üblichkeit der Beschaffenheit ist an dem <b>Qualitätsstandard</b> zu messen, den <b>vergleichbare Produkte anderer Hersteller</b> erreicht haben und der die Markterwartung prägt („globaler Qualitätsvergleich“). Damit werden auch <b>Serien- oder Konstruktionsfehler</b> vom Sachmangelbegriff erfasst.</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 08.06.2005 (Az. I-3 U 12/04)</p> <p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 19.06.2006 (Az. I-1 U 38/06)</p> <p>OLG Stuttgart, Urteil vom 15.08.2006 (Az. 10 U 84/06)</p> <p>OLG Jena, Urteil vom 19.01.2006 (Az. 1 U 846/04)</p> <p>OLG Saarbrücken, Urteil vom 20.03.2013 (Az. 1 U 38/12)</p> <p>AG Halle/Saale Urteil vom 08.12.2011 (Az. 93 C 2126/10)</p>
<p>Die <b>Beschaffenheit ist nicht üblich</b>, wenn ein Kfz negativ vom technischen Stand der Serie abweicht, was durch einen Vergleich mit typ- und modellgleichen Kfz desselben Herstellers festzustellen ist oder vom jeweiligen Stand der Technik abweicht, was einen herstellerübergreifenden Vergleich erfordert.</p> <p>Entspricht ein Kfz dem jeweiligen Stand der Technik, liegt ein Mangel auch dann nicht vor, wenn der Stand der Technik hinter der tatsächlichen oder durchschnittlichen Käufererwartung zurückbleibt.</p>	<p>OLG Hamm, Urteil vom 18.03.2014 (Az. 28 U 162/13)</p>

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---



## 2.5.2 Unfallschaden

<p>Auch ohne entsprechende Beschaffenheitsvereinbarung darf der Käufer eines Gebrauchtwagens erwarten, dass das Fahrzeug keinen <b>Unfallschaden</b> erlitten hat, <b>der über einen Bagatellschaden hinausgeht</b> (= „übliche“ Beschaffenheit). Bei Pkw fallen unter Bagatellschäden <b>nur ganz geringfügige Lackschäden</b>, Blechschäden generell nicht.</p>	<p>BGH, Urteil vom 10.10.2007 (Az. VIII ZR 330/06)</p> <p>BGH, Urteil vom 12.03.2008 (Az. VIII ZR 253/05)</p> <p>OLG Brandenburg, Urteil vom 01.11.2018 (Az. 6 U 32/16)</p> <p>OLG Brandenburg, Urteil vom 22.03.2011 (Az. 11 U 25/10)</p> <p>LG Düsseldorf, Urteil vom 12.05.2010 (Az. 7 O 147/08)</p> <p>AG Pirmasens, Urteil vom 18.05.2015 (Az. 5 C 344/14)</p>
<p>Von einem <b>Bagatellschaden</b> ist auch dann auszugehen, wenn ein gut 4 ½ Jahre alter Gebrauchtwagen mit einer Laufleistung von gut 84.000 km an einem nicht tragenden Teil wie dem Kotflügel, mit einem Kostenaufwand von ca. 514 € nachlackiert wurde, auch wenn das Blech zuvor – ohne Spachtelarbeiten – ausgebeult werden musste.</p>	<p>OLG Bamberg, Urteil vom 09.02.2011 (Az. 8 U 166/10)</p>

## 2.5.3 Unzulässige Abschaltseinrichtungen

<p>Ein Fahrzeug, das mit einer Abschaltseinrichtung ausgestattet ist, deren <b>Verwendung nach der Typgenehmigungsverordnung verboten</b> ist, weist nicht die Qualität auf, die bei Fahrzeugen der gleichen Art üblich ist und die der Verbraucher vernünftigerweise erwarten kann. Das gilt auch dann, wenn das Fahrzeug über eine gültige EG-Typgenehmigung verfügt und daher im Straßenverkehr verwendet werden kann.</p> <p>(<u>hier</u>: maßgebliche Rechtsgrundlage war der seinerzeit gültige Art. 5 Abs. 2 VO/715/2007/EG)</p>	<p>EuGH, Urteil vom 14.07.2022 (Az. C-145/20)</p>
---	---

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

### 2.5.3.1 Abschalteinrichtungen bei Prüfstandserkennung – VW-Abgasskandal

<p>Ein <b>Fahrzeug, das die abgeschaltete Abgasrückführung deshalb wieder zulässt, weil es erkennt, dass sich das Fahrzeug auf einem Prüfstand befindet</b>, weist eine unzulässige Abschalteinrichtung auf. Es eignet sich nicht für die gewöhnliche Verwendung und weist daher einen Sachmangel auf, weil es die Gefahr einer Betriebsuntersagung durch das KBA birgt.</p> <p>(<i>hier</i>: maßgebliche Rechtsgrundlage war der seinerzeit gültige Art. 5 Abs. 2 Satz 1 VO/715/2007/EG)</p>	<p>BGH, Hinweisbeschluss vom 08.01.2019 (Az. VIII ZR 225/17)</p> <p>OLG Karlsruhe, Urteile vom 24.05.2019 (Az. 13 U 144/17, 13 U 167/17, 13 U 16/18)</p>
---	--

### 2.5.3.2 Thermofenster

<p>Eine <b>Abschalteinrichtung, die die Emissionsgrenzwerte der Typgenehmigungsverordnung (VO/715/2007/EG) nur gewährleistet, wenn die Außentemperatur zwischen 15 und 33° C liegt</b>, kann nach der in der Verordnung vorgesehenen Ausnahmeregelung des Art. 5 Abs. 2 nur zulässig sein, wenn nachgewiesen ist, dass die Einrichtung ausschließlich notwendig ist, um die durch eine Fehlfunktion eines Bauteils des Abgasrückführungssystems verursachten unmittelbaren Risiken für den Motor in Form von Beschädigung oder Unfall zu vermeiden und die Risiken so schwer wiegen, dass sie eine konkrete Gefahr beim Betrieb des mit dieser Einrichtung ausgestatteten Fahrzeugs darstellen. <b>Die Ausnahmeregelung greift jedoch nicht ein, wenn die Abschaltung unter normalen Betriebsbedingungen den überwiegenden Teil des Jahres funktionieren müsste, damit der Motor vor Beschädigung oder Unfall geschützt und der sichere Betrieb des Fahrzeugs gewährleistet ist.</b></p>	<p>EuGH, Urteil vom 14.07.2022 (Az. C-145/20)</p>
--	---

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

<p><b>Hinreichend substantiierter Tatsachenvortrag</b></p> <p>Der Vortrag des Käufers, in seinem Auto sei ein <b>AL 551-Getriebe verbaut</b>, in dem – insoweit unstreitig – eine sog. Aufwärmstrategie installiert sei, darf nicht als <b>Behauptung „ins Blaue hinein“</b> zurückgewiesen werden. Der Käufer darf auch von ihm nur <b>vermutete Tatsachen</b> behaupten, wenn er mangels entsprechender Erkenntnisquellen oder Sachkunde keine sichere Kenntnis hat. Außerdem darf er tatsächliche Aufklärung hinsichtlich solcher <b>Tatsachen</b> verlangen, <b>über die er kein sicheres Wissen besitzt und auch nicht erlangen kann</b>, die er aber für wahrscheinlich und möglich hält. Eine Behauptung erfolgt erst dann „ins Blaue hinein“, wenn sie ohne greifbare Anhaltspunkte für das Vorliegen eines bestimmten Sachverhalts erfolgt.</p> <p><i>(hier: Audi A4 3.0 I TDI)</i></p>	<p>BGH, Beschluss vom 09.05.2023 (Az. VIII ZR 160/21)</p>
<p>Bei einem <b>Wohnmobil Boxstar 600 DQ von Knaus auf Basis eines Fiat Ducati</b>, das mit einem <b>2,3 I Multijet-Motor</b> ausgestattet ist, kommt bei der Abgasrückführung ein Thermofenster zum Einsatz.</p>	<p>OLG Bamberg, Urteil vom 05.03.2024 (Az. 5 U 136/22)</p>

## 2.5.4 Anzahl der Vorbesitzer

<p>Die Anzahl der Vorbesitzer stellt einen wertbildenden Faktor dar. Der Käufer muss nicht damit rechnen, dass die <b>Angaben im Kaufvertrag objektiv nicht mit den Angaben der in Bezug genommenen Zulassungsbescheinigung Teil II übereinstimmen</b>.</p>	<p>OLG Naumburg, Urteil vom 14.08.2012 (Az. 1 U 35/12)</p>
<p>Die Anzahl der Vorbesitzer ist für den Käufer ein wesentlicher Umstand, wenn der Verkäufer das <b>Fahrzeug zuvor von einem Zwischenhändler erworben</b> hat.</p>	<p>LG Berlin, Urteil vom 31.07.2014 (Az. 5 O 90/13)</p>
<p>Wurde dem Käufer vor Vertragsschluss die <b>Zulassungsbescheinigung Teil II ausgehändigt</b>, ist davon auszugehen, dass ihm die tatsächliche Anzahl der Vorbesitzer bekannt war.</p>	<p>AG Bergisch-Gladbach, Urteil vom 02.11.2017 (Az. 6 C 42/17)</p>

## 2.5.5 Standzeit von Gebrauchtwagen

(Siehe hierzu auch Ziffer 3.1.6 – Sachmangel: Standzeiten im GW-Handel)

<p>Ob dem durch die Standzeit (vor Erstzulassung) voranschreitenden Alterungsprozess bei einem Gebrauchtwagen besonderes wirtschaftliches Gewicht zukommt und die Länge der Standzeit üblich ist, ist <b>einzelfallabhängig zu entscheiden</b>.</p> <p>Maßgeblich sind dabei etwa</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ die Dauer der Zulassung zum Straßenverkehr,</li> <li>■ die Laufzeit des Fahrzeugs,</li> <li>■ die Anzahl der Vorbesitzer und die</li> <li>■ Art der Vorbenutzung.</li> </ul> <p>Sofern hierdurch eine nicht unerhebliche <b>Abnutzung des Fahrzeugs</b> eingetreten ist, verliert der durch die Standzeit bedingte Alterungsprozess zunehmend an Bedeutung.</p>	<p>BGH, Urteil vom 29.06.2016 (Az. VIII ZR 191/15)</p>
<p>Der Verkäufer muss über die Standzeit eines GW aufklären, wenn zwischen Produktion und Erstzulassung eine <b>ungewöhnlich lange Zeitspanne</b> liegt. Gegeben, z.B. bei einem <b>Vorführgewagen</b> mit 3.000 km und einer Standzeit von 2 ½ Jahren vor der Erstzulassung.</p>	<p>OLG Oldenburg, Urteil vom 28.10.2005 (Az. 6 U 155/05)</p> <p>LG Oldenburg, Urteil vom 28.10.2005 (Az. 6 U 155/05)</p>

## 2.5.6 A-typische Vorbenutzung: Mietwagen, Fahrschulwagen etc.

(Siehe hierzu auch Ziffer [Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.](#) – Aufklärungspflichten beim Gebrauchtwagenkauf)

<p>Beim Kauf eines <b>Gebrauchtwagens mit einem Alter von weniger als einem Jahr aus „erster Hand“</b> von einem gewerblichen Gebrauchtwagenhändler kann der Käufer erwarten, dass keine a-typische Vorbenutzung des Fahrzeugs als <b>Mietfahrzeug</b> vorliegt.</p>	<p>OLG Stuttgart, Urteil vom 31.07.2008 (Az. 19 U 54/08)</p>
--	--

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<p>Allein schon die <b>Eintragung einer Mietwagenfirma</b> kann einen wertreduzierenden Faktor bilden. In jedem Einzelfall ist auf die Dauer der a-typischen Nutzung und den Zeitraum nach deren Beendigung bis zum Verkauf an den Käufer abzustellen. Eine Wertminderung ist jedenfalls dann anzunehmen, wenn der Schwerpunkt der Vornutzung in der vermutlich a-typischen Vorbenutzung durch ein Mietwagenunternehmen liegt.</p>	<p>LG Mannheim, Urteil vom 29.12.2011 (Az. 1 O 122/10)</p> <p><b>[andere Ansicht:</b> LG Kaiserslautern, Urteil vom 25.03.2009 (Az. 2 O 498/08)]</p>
<p>Es entspricht der allgemeinen Lebenserfahrung, dass Autofahrer mit einem <b>Mietwagen</b> nicht so sorgfältig und sorgsam umgehen wie mit dem eigenen Fahrzeug. Die Annahme, dass hierdurch versteckte Schäden und ein höherer Verschleiß vorliegen können, als aus Käufersicht zu erwarten, ist nicht unplausibel. Die Vornutzung als Mietwagen wirkt sich tatsächlich kaufpreismindernd aus.</p>	<p>LG Hamburg, Urteil vom 28.10.2016 (Az. 326 O 31/16)</p>
<p>Der Käufer eines Gebrauchtwagens muss generell nicht erwarten, dass das Fahrzeug zuvor als <b>Mietfahrzeug im üblichen Sinne</b> (Vielzahl von Mietern oder Nutzern) verwendet worden ist. Dies gilt erst recht, wenn das Fahrzeug als „Dienstwagen“ bezeichnet wurde.</p> <p>Wurde das Fahrzeug aber auf Basis eines <b>Selbstfahrermietvertrages</b> ausschließlich dem Geschäftsführer des Mieters als Dienstwagen überlassen und fuhren nur dieser und seine Familienangehörigen das Fahrzeug, liegt in dieser früheren Verwendung kein Sachmangel, weil bei dieser Nutzung nicht die Eigenschaft eines Mietwagens im engeren Sinne vorliegt, auch wenn in zulassungsrechtlicher Hinsicht das Fahrzeug als Mietwagen einzuordnen ist.</p>	<p>LG Nürnberg-Fürth, Urteil vom 31.01.2018 (Az. 6 O 2913/17)</p>
<p>Nur eine <b>langjährige ununterbrochene Nutzung</b> eines Fahrzeugs als <b>Fahrschulwagen</b> begründet einen Sachmangel.</p> <p>Allein das bloße Risiko eines übermäßigen Verschleißes bzw. einer erhöhten Abnutzung aufgrund der früheren Nutzung eines Fahrzeugs als Fahrschulwagen begründet noch keinen Sachmangel, auch wenn Fahranfänger den Motor häufiger abwürgen und ihnen beim Schalten häufiger Fehler unterlaufen.</p>	<p>OLG Köln, Urteil vom 19.02.2013 (Az. I-14 U 15/12)</p> <p><b>andere Ansicht noch:</b> LG Aachen, Urteil vom 15.05.2012 (Az. 8 O 29/11), aufgehoben durch v.g. Urteil des OLG Köln</p>

## 2.5.7 Reimport-Fahrzeug

Der <b>Reimport eines Fahrzeugs als solches</b> , also der Umstand, dass eine Auslieferung des Fahrzeugs zuerst im Ausland und nicht innerhalb des deutschen Händlernetzes erfolgt ist, ist keine dem Fahrzeug anhaftende Beschaffenheit. Demgegenüber können <b>Ausstattungsunterschiede</b> gegenüber der in Deutschland üblichen Serienausstattung zu einer Abweichung von der üblichen Beschaffenheit führen.	OLG Thüringen, Urteil vom 23.10.2008 (Az. 1 U 118/08)
Allein die Reimport-Eigenschaft stellt angesichts der Häufigkeit von Reimporten jedenfalls bei einem <b>Neuwagen</b> keine unübliche Beschaffenheit dar.	OLG Frankfurt/M., Urteil vom 15.05.2013 (Az. 15 U 205/12)
Die Ausstattung von Fahrzeugen mit <b>ESP</b> ist in Deutschland zumindest ab der Kompaktklasse so selbstverständlich, dass ein Käufer ohne Hinweis nicht mit dessen Fehlen rechnen muss.	LG Karlsruhe, Urteil vom 30.07.2010 (Az. 5 O 97/10)

## 2.5.8 Dieselfahrzeug

(Zum Thema Abgas-„Schummel“-Software / VW-Abgasskandal vgl. Ziffer 3.1.2 – Sachmangel)

Ein <b>Dieselfahrzeug mit Partikelfilter</b> , das nicht überwiegend für den <b>Kurzstreckengebrauch</b> geeignet ist, aber dem derzeitigen Stand der Technik entspricht, weist eine übliche Beschaffenheit auf. Vergleichsmaßstab sind nur Dieselfahrzeuge <u>mit</u> Partikelfilter. Auch die Verbrauchererwartung muss sich auf Fahrzeuge dieser Vergleichsgruppe beziehen.	BGH, Urteil vom 04.03.2009 (Az. VIII ZR 160/08)
	OLG Hamm, Urteil vom 19.03.2009 (Az. I-2 U 194/08)
Ein <b>Dieselfahrzeug mit Eco-Tec-Motor</b> ( <u>ohne</u> Partikelfilter), das nicht auch für einen überwiegenden Kurzstreckeneinsatz geeignet ist, weist nicht die übliche Beschaffenheit auf, die bei anderen Dieselfahrzeugen mit Eco-Tec-Technik oder vergleichbarer Technik üblich ist.	OLG Oldenburg, Urteil vom 04.03.2011 (Az. 6 U 243/10)

<p><b>Änderung der Zusammensetzung des Dieselkraftstoffes (<u>hier</u>: von 5 % auf bis zu 7 %):</b></p> <p>Die Eignung zur gewöhnlichen Verwendung eines als Dieselfahrzeug verkauften Gebrauchtwagens ist dann nicht mehr gegeben, wenn die AGR-Ventile deshalb ihre Funktionstauglichkeit verlieren, weil sie nicht mit dem B7-Diesel-Kraftstoff kompatibel sind und Kraftstoff ohne Biodieselbeimischung nur an wenigen Tankstellen ausgewählter Marken angeboten wird. Kann letzterer nur an 11 % der Tankstellen in Deutschland sowie den Nachbarländern bezogen werden, ist ein deutlich höherer Suchaufwand erforderlich, der nicht den berechtigten Erwartungen eines Durchschnittskäufers entspricht. Gleiches würde bei einer Versorgungslage in Höhe von 22 % der o.g. Tankstellen gelten.</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 08.03.2016 (Az. 21 U 110/14)</p> <p><b><u>andere Ansicht noch:</u></b></p> <p>LG Duisburg, Urteil vom 27.01.2014 (Az. 2 O 291/12)</p>
<p>Die <b>Software des Differenzdrucksensors</b>, die dafür sorgt, dass bei normalem Betrieb der Rußpartikelfilter spätestens alle 1.000 km gereinigt wird, muss auch bei einem drei Jahre alten Gebrauchtwagen nur dem Stand der Software zum Zeitpunkt der Erstzulassung entsprechen.</p>	<p>AG Weißenburg, Urteil vom 04.09.2014 (Az. 2 C 767/10)</p>

### 2.5.9 Automatikgetriebe / Getriebegeräusche

<p>Das vom Hersteller gewollte zeitweise <b>Hochdrehen des Automatikgetriebes</b> entspricht dem Stand der Technik.</p>	<p>OLG Brandenburg, Urteil vom 19.03.2008 (Az. 4 U 135/07)</p>
<p>Beim herstellerübergreifenden Vergleich sind <b>produktspezifische Besonderheiten</b> zu berücksichtigen. Unterschiedliches Schaltverhalten begründet dann keine Negativabweichung vom Stand der Technik, wenn es Ausdruck einer <b>herstellereitig gezielt programmierten Schaltcharakteristik</b> ist.</p>	<p>OLG Hamm, Urteil vom 18.03.2014 (Az. 28 U 162/13)</p>
<p>„<b>Schaltloch</b>“ des <b>Automatikgetriebes</b> entspricht jedenfalls bei Fahrzeugen im Segment der oberen Mittelklasse nicht dem Stand der Technik</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 18.01.2008 (Az. I-17 U 2/07)</p>
<p><b>Anfahrtsschwäche bei Kfz mit Automatikgetriebe (<u>hier</u>: „Turbo-Loch“</b> bei Dieselfahrzeug mit Turbolader) ist seit 30 Jahren bekannt und entspricht noch immer dem Stand der Technik</p>	<p>LG München I, Urteil vom 09.05.2008 (Az. 29 O 6962/07)</p>

Gilt allgemein

Gilt **nur für Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für Verbraucherkaufverträge,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Untypische <b>Motor- und Getriebegeräusche/Schüttelbewegungen im Leerlaufbetrieb</b> beeinträchtigen die Eignung eines Neuwagens angesichts des gesteigerten Qualitätsbewusstseins selbst dann, wenn es sich nur um geringfügige Funktionsbeeinträchtigungen oder bloße Einschränkungen des Fahrkomforts handelt.	OLG Oldenburg, Hinweisbeschluss vom 22.02.2008 (Az. 8 U 13/08)
Bei höheren Temperaturen auftretende <b>laute und ungewöhnliche metallische Klappergeräusche eines Doppelkupplungsgetriebes</b> , die bei Vergleichsfahrzeugen nicht auftreten, entsprechen nicht dem Stand der Technik.	OLG Brandenburg, Urteil vom 18.03.2020 (Az. 4 U 53/19)

### 2.5.10 Wassereintritt

Ein <b>Cabriolet</b> muss in einer <b>Waschanlage</b> (inkl. Vorreinigung) gereinigt werden können, ohne dass <b>Wasser in den Innenraum</b> eintritt. Ungeeignete Konstruktionen / Materialien muss der Hersteller aus der Produktion nehmen.	OLG Brandenburg, Urteil vom 21.02.2007 (Az. 4 U 121/06)
<b>Wassereintritt in den Motorraum</b> als solcher ist nicht unüblich. Ein Sachmangel liegt erst dann vor, wenn es hierdurch bei gewöhnlicher Verwendung tatsächlich zu Komforteinbußen kommt (z.B. lautes Quietschen des Flachriemens) oder zu einem sicherheitsrelevanten Ausfall (z.B. vorübergehender Ausfall der Servounterstützung der Lenkung). Allein die technische Möglichkeit solcher Beeinträchtigungen unter unrealistischen Bedingungen ist nicht ausreichend.	OLG Hamm, Urteil vom 15.10.2015 (Az. I-28 U 158/12)
<b>Wassereintritt in den Kofferraum</b> durch Hineintropfen vom geöffneten Kofferraumdeckel muss der Käufer hinnehmen, wenn dies auch bei vergleichbaren Fahrzeugen üblich ist.	LG Frankenthal, Urteil vom 06.11.2008 (Az. 3 O 19/08)
Allein <b>die Regenwasseransammlung in den Vordertüren</b> ist ohne weitere Beeinträchtigung kein Sachmangel.	OLG Celle, Urteil vom 07.01.2013 (Az. 7 U 154/12)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden



Ein Käufer muss bei einem Kraftfahrzeug dieser Preisklasse nicht damit rechnen, dass <b>in den Türbereich eindringendes Wasser</b> bei Frosttemperaturen dazu führen kann, dass die Türen einfrieren bzw. sich wegen des Einfrierens nur schwer öffnen lassen und die Scheiben in den Türen sich gar nicht mehr öffnen lassen.	LG Kassel, Urteil vom 04.08.2010 (Az. 6 O 778/10)
--	---

### 2.5.11 Fahrzeuge mit Gasanlage

Der Käufer eines <b>mit einer Gasanlage ausgerüsteten Neuwagens</b> darf erwarten, dass er das Fahrzeug wie ein mit Ottokraftstoff betriebenes Fahrzeug nutzen kann. Hierzu zählt sowohl, dass das Fahrzeug konstruktionsbedingt unter Volllast genutzt werden kann als auch, dass es nicht wegen des Auslassens von 3 Wartungen einen Totalschaden am Motor erleidet. Ohne Hinweis auf diesen außergewöhnlichen Verschleiß, liegt ein Sachmangel vor. Die Übergabe eines „Kundendienstheftes Autogasanlage“ genügt dieser Hinweispflicht dann nicht, wenn darin nicht sichergestellt ist, dass der Käufer einen deutlichen Hinweis auf einen möglichen Motorschaden wahrnimmt. Allerdings kann dem Käufer ein Mitverschulden im Rahmen von Schadensersatzansprüchen angelastet werden.	LG Itzehoe, Urteil vom 13.08.2012 (Az. 6 O 118/11)
Für die Frage, ob ein <b>Fahrzeug, das nachträglich auf Gasbetrieb umgerüstet worden</b> ist, sich für die gewöhnliche Verwendung eignet, bilden nachträglich mit einer Gasanlage ausgerüstete Fahrzeuge den heranzuziehenden Vergleichsmaßstab. Es entspricht dem Stand der Technik, dass derartige Fahrzeuge im Vergleich zum Benzinbetrieb (verschleißfrei) eine geringere Leistung erbringen und eine höhere Verschleißanfälligkeit des Zylinderkopfes aufweisen.	LG Osnabrück, Urteil vom 27.09.2010 (Az. 2 O 2244/09)

### 2.5.12 Sonstige Fallgestaltungen

Jedenfalls bei einem 4 Jahre alten Gebrauchtfahrzeug gehören die <b>Originallackierung</b> oder <b>ausgetauschte Originalteile</b> nicht mehr zur üblichen Beschaffenheit.	BGH, Urteil vom 20.05.2009 (Az. VIII ZR 191/07)
--	---

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

Der Käufer darf erwarten, dass die Prospektangaben des Herstellers zum <b>Kraftstoffverbrauch eines Neuwagens</b> stimmen, auch wenn sie nicht Gegenstand des Verkaufsgesprächs waren. Diese Angaben sind als öffentliche Äußerungen zu werten, mit der Folge, dass die gewöhnliche Beschaffenheit durch die Angaben bestimmt wird.	OLG Hamm, Urteil vom 09.06.2011 (Az. I-28 U 12/11)
Die Angabe des <b>Tankvolumens</b> ist nicht mit der Menge des verfahrbaren Kraftstoffs gleichzusetzen. Verbleiben konstruktionsbedingt noch mehrere Liter Kraftstoff im Tank, obwohl die <b>Restreichweitenanzeige</b> auf 0 steht, entspricht dies dem Stand der Technik, wenn dies bei Vergleichsfahrzeugen anderer Hersteller mit vergleichbarem Tank ebenso ist ( <i>hier</i> : Satteltank eines Porsche 911, bei dem 3,3 l in den Pumpensäumpfen nicht abgepumpt werden können).	OLG Hamm, Urteil vom 16.06.2015 (Az. I-28 U 165/13)
Der Käufer eines Gebrauchtwagens darf regelmäßig erwarten, dass die <b>Gesamtlauflistung</b> in etwa dem im Kaufvertrag notierten <b>Tachostand</b> entspricht und es insoweit keine größeren Abweichungen gibt. Das gilt selbst dann, wenn im Kaufvertrag zusätzlich der Hinweis „Gesamtfahrleistung nach Angaben des Vorbesitzers“ enthalten ist (vgl. hierzu aber auch Ziffer 2.4.3.4.)	OLG Celle, Urteil vom 25.09.2019 (Az. 7 U 8/19)
Die Angabe „ <b>x Km abgelesen</b> “ oder „ <b>abgelesener Km-Stand</b> “ stellt zwar keine Beschaffenheitsvereinbarung dar. Allerdings ist es üblich, dass der tatsächliche Km-Stand nicht wesentlich vom angezeigten abweicht. Im Falle einer <b>starken Abweichung</b> , ist wegen einer Abweichung von der üblichen Beschaffenheit von einem Sachmangel auszugehen.  Außerdem erfolgt der Verkauf grundsätzlich unter der (stillschweigenden) Voraussetzung, dass das Fahrzeug mit dem <b>Originaltacho</b> ausgestattet ist und, dass der <b>angezeigte Km-Stand nicht nachträglich durch eine Tachomanipulation reduziert</b> wurde.	OLG Nürnberg, Urteil vom 11.12.2024 (Az. 12 U 1061/23)

Beim Kauf eines Gebrauchtwagens gehört es – auch ohne ausdrückliche Vereinbarung – zur vertraglich vorausgesetzten Beschaffenheit, dass bei den vom Hersteller vorgeschriebenen <b>Inspektionen sämtliche erforderliche Arbeiten durchgeführt</b> worden sind.	OLG Koblenz, Urteil vom 19.04.2007 (Az. 5 U 768/06)
<b>Manipulation der Fahrzeugidentifikationsnummer (FIN)</b>	OLG Hamm, Urteil vom 09.04.2015 (Az. 28 U 207/13)
<b>Grundloses Aufleuchten der Motorprüfungsanzeige</b> , das den Fahrer dazu veranlasst, eine Werkstatt aufzusuchen	OLG Naumburg, Urteil vom 13.12.2006 (Az. 6 U 146/06)
Eine <u>funktionierende</u> Kontrollleuchte für die <b>deaktivierte Feststellbremsautomatik</b> stellt auch dann eine übliche Beschaffenheit dar, wenn andere Hersteller die Warnmeldung anders gestalten. Es obliegt der Entscheidungsfreiheit des Herstellers, wie er den erforderlichen Warnhinweis gestaltet.	OLG Frankfurt/M., Urteil vom 20.12.2019 (Az. 24 U 57/19)
<b>Quietschgeräusche beim Bremsen</b> aufgrund eines unerwünschten Schwingungsverhaltens der Bremskomponenten	KG Berlin, Urteil vom 03.06.2013 (Az. 25 U 49/12)
Das <b>subjektiv „unangenehme“ Empfinden des Käufers vom Verhalten des Fahrzeugs bei einer Gefahrenbremsung</b> stellt keinen Sachmangel dar, wenn die im Fahrzeug verbauten Assistenzsysteme (ABS/ESC und EBD) technisch ordnungsgemäß arbeiten und das Fahrzeug kurs- und bremsstabil halten.	OLG Zweibrücken, Urteil vom 30.11.2022 (Az. 4 U 187/21)
<b>Zeitweise auftretendes „Ruckeln“ des Motors eines Wohnmobils</b> , das mit einer spürbaren Zugkraftunterbrechung einhergeht und nach Erreichen der Betriebstemperatur wieder aufhört	OLG Oldenburg, Urteil vom 27.04.2017 (Az. 1 U 45/16)

<p>Auch bei einem <b>herstellereits eingebauten Navigationsgerät</b> in ein hochpreisiges Kfz, lässt sich technisch nicht ausschließen, dass es in Einzelfällen zu falschen Wegweisungen kommt (z.B. durch Störung der Satellitenverbindung oder ungenauem Daten-/ Kartenmaterial). Ein Mangel liegt aber erst vor, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ die Fehlweisungen auf einem im Kfz angelegten technischen Defekt beruhen,</li> <li>■ ein Navi mit seriell veralteter Hard- oder Software verbaut worden ist <b>oder</b></li> <li>■ die Fehlweisungen nach Art und/oder Anzahl ein Ausmaß annehmen, wie es bei vergleichbaren Fahrzeugen anderer Hersteller nicht zu finden ist.</li> </ul>	<p>OLG Hamm, Urteil vom 22.03.2016 (Az. 28 U 44/15)</p>
<p>Bei einem jungen Gebrauchtwagen des gehobenen Preissegments muss ein durchschnittlicher Käufer nicht mit <b>anormalen – gummiartigen – Gerüchen</b> im hinteren Fondbereich rechnen. Üblich sind nur die insbesondere bei Neuwagen festzustellenden Ausdünstungen der Inneneinrichtung zu Beginn des Fahrbetriebes, die aber mit der Zeit verfliegen.</p>	<p>OLG Saarbrücken, Urteil vom 10.10.2012 (Az. 1 U 475/11)</p>
<p><b>Kauf eines werkseitig tiefer gelegten GW</b></p> <p>Erst wenn sich ein <b>Verschleißzustand</b> konkret als Störung der Funktionstauglichkeit oder Beeinträchtigung der Verkehrs- oder Betriebssicherheit auswirkt oder unmittelbar auszuwirken droht, kann in technischer Hinsicht ein Eignungsmangel vorliegen.</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 01.09.2005 (Az. I-1 U 28/05)</p>
<p>Ist ein Gebrauchtfahrzeug mit einem leistungssteigernden <b>Chip-Tuning</b> ausgestattet, kann der <u>nicht ausräumbare Verdacht</u> eines erhöhten Verschleißes des Motors und weiterer für den Fahrzeugbetrieb bedeutender Bauteile aufgrund einer erhöhten thermischen Belastung bestehen, wenn eine längere Vornutzung des Fahrzeugs im getunten Zustand stattgefunden hat.</p>	<p>OLG Hamm, Urteil vom 09.02.2012 (Az. I-28 U 186/10)</p>

Für den Stand der Technik eines Neufahrzeugs kommt es nicht auf die optimale technische Lösung an, sondern auf die Einschränkung der Gebrauchstauglichkeit. Derart ungeeignete Konstruktionen / Materialien muss der Hersteller aus der Produktion nehmen. Dementsprechend muss ein <b>Cabriolet</b> in einer <b>Waschanlage</b> (inkl. Vorreinigung) gereinigt werden können, ohne dass <b>Wasser in den Innenraum</b> eintritt.	OLG Brandenburg, Urteil vom 21.02.2007 (Az. 4 U 121/06)
Der Käufer eines <b>restaurierten Oldtimers</b> kann ohne Vereinbarung des Originalmotors i.d.R. nicht erwarten, dass das Fahrzeug noch mit dem <b>Originalmotor</b> versehen ist.	OLG Karlsruhe, Urteil vom 20.11.2014 (Az. 9 U 234/12)
<b>Tachomanipulation anlässlich der Installation eines Austauschgetriebes</b>  Da ein Eingriff in die Messung eines Tachometers/Wegstreckenzählers eine Straftat darstellt (vgl. § 22b StVG), kann die <b>Frage, wer die Manipulation durchgeführt oder beauftragt hat</b> ( <i>hier: die Herstellerfirma beim Einbau des Austauschgetriebes oder der Verkäufer durch Beauftragung einer Drittfirma</i> ), nicht Gegenstand einer Verkehrserwartung an die Beschaffenheit sein.	OLG Thüringen, Beschluss vom 29.08.2019 (Az. 1 U 239/19)
Wird eine <b>Kofferraumabdeckung</b> vom Hersteller als <b>ausbaubar</b> beschrieben, darf der Käufer erwarten, dass diese ohne erhebliche Schwierigkeiten, in Form von Verrenkungen und enormer Kraftaufwendung auch von einer Einzelperson, egal ob männlich oder weiblich, ausgebaut werden kann. Ein solcher konstruktiver Fehler der Serie entspricht nicht dem Stand der Technik.	LG Arnsberg, Urteil vom 09.03.2012 (Az. 2 O 326/10)
Der <b>Ölverbrauch eines Neuwagens</b> von 0,46 l/1000 km ist unüblich, wenn vergleichbare Fahrzeuge anderer Hersteller deutlich weniger Öl verbrauchen.  ( <i>hier: VW Golf 2.0 l TDI</i> )	LG Schweinfurt, Urteil vom 28.09.2018 (Az. 21 O 737/16)

<p>Nicht nur der technische, auch der <b>merkantile Minderwert</b> eines Fahrzeugs kann einen Sachmangel darstellen. Er liegt vor, wenn nach erfolgter Mängelbeseitigung eine verringerte Verwertbarkeit gegeben ist, weil die maßgeblichen Verkehrskreise ein im Vergleich zur vertragsgemäßen Ausführung geringeres Vertrauen in die Qualität des Gegenstands haben.</p> <p><i>(hier: Austausch des Motorblocks bei einem jungen GW/Vorfühswagen nach geringer Laufleistung)</i></p>	<p>AG Andernach, Urteil vom 23.12.2020 (Az. 69 C 379/19)</p>
<p>Liegt der <b>Ölverbrauch eines gebrauchten Pkw</b> bei 1,43 l Öl pro 1.000 km, liegt eine Abweichung von der üblichen Beschaffenheit vor.</p>	<p>AG Halle/Saale, Urteil vom 08.12.2011 (Az. 93 C 2126/10)</p>
<p>Der Käufer eines Neuwagens kann beim heutigen Stand der Technik (noch) nicht erwarten, dass die <b>Fahr-Assistenzsysteme</b> des Fahrzeugs mit allen Verkehrssituationen zurechtkommen und sich so vorausschauend verhalten wie ein menschlicher Fahrer. Der Käufer kann lediglich erwarten, dass die „Basissicherheit“ gewährleistet ist. Es darf deshalb nicht zu Situationen kommen, in denen die Assistenzsysteme selbstständig verkehrsordnungswidrige Fahrmanöver durchführen, bei denen beispielsweise die zulässige Höchstgeschwindigkeit überschritten wird.</p>	<p>AG Dortmund, Urteil vom 07.08.2018 (Az. 425 C 9453/17)</p>
<p><b>Fehlender Zweitschlüssel</b></p> <p>Der Käufer darf davon ausgehen, dass der Verkäufer ihm bei Fahrzeugübergabe sämtliche Fahrzeugschlüssel aushändigt, zumal das Fehlen eines Zweitschlüssels typisch für entwendete Fahrzeuge ist.</p> <p>Eine Abweichung von der üblichen Beschaffenheit liegt allerdings dann <u>nicht</u> vor, wenn bei Vertragsschluss ausdrücklich vereinbart wurde, dass der Käufer nur einen Schlüssel erhält. Davon ist auszugehen, wenn im Kaufvertrag schriftlich vermerkt wird, dass das „Kfz mit 1 Schlüssel“ übergeben wird und der Käufer eine hiervon abweichende mündliche Vereinbarung nicht beweisen kann.</p> <p><i>(Hinweis: Bei Verbraucherverträgen, die seit 2022 abgeschlossen wurden, muss demgegenüber die Form des § 476 BGB beachtet werden!)</i></p>	<p>AG Brandenburg, Urteil vom 17.09.2019 (Az. 31 C 94/18)</p>

Ein <b>fehlender, aber im Bordprogramm angelernter Schlüssel</b> stellt eine Abweichung von der üblichen Beschaffenheit dar.	AG Schöneberg, Urteil vom 24.10.2023 (Az. 17 C 79/23)
--	---

## 2.6 Öffentliche Äußerungen in Prospekten / Werbung / Internetanzeigen

„**Öffentliche Äußerungen**“ in Prospekten, in der Werbung und/oder in Internetanzeigen haben Einfluss auf die Erwartungshaltung potenzieller Käufer und **erweitern die vom Verkäufer geschuldete Sollbeschaffenheit des Fahrzeugs im Hinblick auf die „Eignung zur gewöhnlichen Verwendung“**. Sie können vom Hersteller, dem Verkäufer oder einem beauftragten Dritten stammen. Dies gilt sowohl nach dem „alten“ als auch nach dem „neuen“ Sachmangelbegriff.

**Abzugrenzen** sind öffentliche Äußerung im Sinne des § 434 BGB **von reinen Werbeanpreisungen**, für die der Händler nicht haften.

Eine **Haftung des Verkäufers** für das Fehlen im Wege öffentlicher Äußerungen angepriesener Eigenschaften des Fahrzeugs (z.B. Ausstattungsmerkmale) **scheidet im Übrigen aus, wenn**

- er sie nicht kannte und auch nicht kennen konnte,
- die Äußerung im Zeitpunkt des Vertragsschlusses in derselben oder in gleichwertiger Weise **berichtigt war oder**
- die Äußerung die Kaufentscheidung nicht beeinflussen konnte.

Die Rechtsprechung hat sich außerdem mit der Frage befasst, ob einzelne Angaben im Rahmen einer öffentlichen Äußerung darüber hinaus als **Beschaffenheitsvereinbarung** zu werten sind.

Die Annahme einer **Beschaffenheitsgarantie** zieht die Rechtsprechung hingegen nur in Ausnahmefällen in Betracht.

### 2.6.1 Abgrenzung von reinen Werbeanpreisungen

Mündliche Äußerungen wie „ <b>Fahrzeug durchgecheckt und top fit</b> “ sind reine Werbeanpreisungen ohne rechtlichen Hintergrund.	OLG Bamberg, Urteil vom 20.12.2000 (Az. 8 U 68/00)
Wird ein GW auf einer Internetplattform als „ <b>scheckheftgepflegt</b> “ beschrieben, hat dies nicht lediglich einen unverbindlichen, werbenden Charakter.	AG München, Urteil vom 19.06.2015 (Az. 191 C 8106/15)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur für Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für Verbraucherkaufverträge, die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	--	---

## 2.6.2 Öffentliche Äußerung – als Bestandteil der Haftung für die Eignung zur gewöhnlichen Verwendung (kurz: übliche Beschaffenheit)

Beim <b>NW-Kauf</b> haftet der Händler für Prospektangaben des Herstellers/Importeurs. Bei Abweichungen von Prospektangaben ist das Fahrzeug nicht zur „gewöhnlichen Verwendung geeignet“, so dass von einem Sachmangel auszugehen ist. Dies gilt z.B. dann, wenn ein Fahrzeug <b>statt</b> – wie beworben – mit <b>Normalbenzin</b> , tatsächlich nur mit <b>Superplus</b> betrieben werden kann.	OLG München, Urteil vom 15.09.2004 (Az. 18 U 2176/04)
Die <b>Erwartungshaltung des Käufers</b> bestimmt sich nach dem Inhalt der Prospektangaben und ist vom Grundsatz her nicht auf die übliche Beschaffenheit und damit auf den Stand der Technik beschränkt. Je nach Inhalt der Prospektangaben darf der Käufer daher ggf. Eigenschaften erwarten, die bei Vergleichsfahrzeugen an sich nicht üblich sind. Erweist sich ein <b>Smart-Key-System</b> , das nach den Prospektangaben das schlüssellose Öffnen und Starten eines Pkw einschränkungslos ermöglicht, bei Störeinflüssen von Funkwellen (z.B. durch Mobilfunkmasten oder Bahnüberleitungen) als störanfällig, so dass das Fahrzeug nur noch mit einem Notschlüssel geöffnet und gestartet werden kann, ist der Käufer zum Rücktritt berechtigt.	OLG München, Urteil vom 10.04.2013 (Az. 20 U 4749/12)
Werden in einer <b>Internetanzeige Ausstattungsmerkmale</b> eines Fahrzeugs angegeben, die tatsächlich nicht vorhanden sind, handelt es sich um eine „öffentliche Äußerung“, die dazu dient, die übliche und zu erwartende Beschaffenheit zu bestimmen. Sie ist in gleichwertiger Weise, z.B. durch einen ausdrücklichen Hinweis gegenüber dem Käufer, zu <b>berichtigen</b> . Es genügt nicht, dass die fehlenden Ausstattungsmerkmale im Kaufvertrag nicht unter der Rubrik „Sonderzubehör“ aufgeführt werden.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 26.04.2007 (Az. I-12 U 113/06)
Weicht die <b>Angabe der Motorleistung in einer Internetanzeige</b> von der tatsächlichen Motorleistung ab ( <i>hier: 250 statt 240 PS</i> ), stellt dies zumindest eine öffentliche Äußerung des Verkäufers dar. Auch eine <b>spätere Korrektur des Online-Inserats</b> stellt keine genügende Aufklärung des Käufers dar, so lange nicht nachgewiesen ist, dass der Käufer von dieser Korrektur Kenntnis erlangt hat.	OLG Celle, Beschluss vom 26.11.2020 (Az. 7 W 66/20)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden



Um eine Falschangabe in einer <b>Internet-Anzeige in „gleichwertiger Weise“ zu berichtigen</b> , bedarf es eines ausdrücklichen (mündlichen oder schriftlichen) Hinweises auf den vorherigen Irrtum. Das bloße Löschen der Falschangabe genügt hierfür nicht.	OLG Braunschweig, Urteil vom 19.05.2022 (Az. 9 U 12/21)
Auch <b>öffentliche Äußerungen</b> des Verkäufers sind gegenüber Verbrauchern im Wege einer negativen Beschaffenheitsvereinbarung i.S.d. § 476 Abs. 1 Satz 2 BGB zu berichtigen (siehe hierzu auch Ziffer <b>2.7.1</b> ).	LG Kiel, Urteil vom 08.05.2025 (Az. 6 O 276/23)
Die im <b>Herstellerprospekt</b> enthaltenen <b>Angaben zum Kraftstoffverbrauch</b> des NW sind zumindest als „öffentliche Äußerungen“ zu werten.	LG Düsseldorf, Urteil vom 30.08.2016 (Az. 15 O 425/13)
Angaben eines Fahrzeugherstellers in einer <b>Betriebsanleitung, Gebrauchsanleitung oder in einem Benutzerhandbuch</b> sind <u>keine</u> „öffentlichen Äußerungen“ i.S.d. § 434 BGB und stellen keine Eigenschaftsbeschreibungen dar. Sie dienen dem ordnungsgemäßen Gebrauch des Fahrzeugs und sind dem Käufer regelmäßig erst nach Abschluss des Kaufvertrages zugänglich.	LG Berlin, Urteil vom 16.04.2019 (Az. 35 S 20/18) AG Dortmund, Urteil vom 07.08.2018 (Az. 425 C 9453/17)
Angaben des Verkäufers an einem <b>Verkaufsschild, das an einem Fahrzeug angebracht ist</b> , sind öffentliche Äußerungen.	LG Kiel, Urteil vom 08.05.2025 (Az. 6 O 276/23)
Beim NW-Kauf haftet der Händler u.U. auch für abweichende Angaben in Werbeprospekten des Herstellers, wenn zwischen Kaufvertragsangebot und Vertragsschluss <b>Prospektänderungen</b> erfolgen.	AG Essen-Steele, Urteil vom 04.11.2003 (Az. 17 C 352/02)
Der Käufer eines <b>Re-Importfahrzeugs</b> kann nicht erwarten, dass die <b>deutsche Preis- und Ausstattungsliste</b> als „öffentliche Äußerung“ des Herstellers zu besonderen Ausstattungsmerkmalen Grundlage des Kaufvertrages mit einem markenfremden Verkäufer wird ( <u>hier</u> : Vier-Speichen-Multifunktionslenkrad).	AG Charlottenburg, Urteil vom 10.07.2013 (Az. 215 C 72/13)

## 2.6.3 Öffentliche Äußerung in Form einer Beschaffenheitsvereinbarung

Fahrzeugabbildungen sind dem Grunde nach als Beschaffenheitsvereinbarungen zu werten.	BGH, Urteil vom 12.01.2011 (Az. VIII ZR 346/09)
Der Käufer hat Anspruch auf die Ausstattungsmerkmale, die auf den <b>Fahrzeugfotos</b> zu sehen sind. Ist eine Nachrüstung nicht möglich, kann er den Kaufpreis mindern oder vom Kaufvertrag zurücktreten.	LG Münster, Urteil vom 29.03.2017 (Az. 4 O 126/16)
Angaben zu <b>Ausstattungsmerkmalen</b> im Internet begründen eine „konkludente Beschaffenheitsvereinbarung“. Ihnen kommt zumindest im Bereich des Kfz-Handels eine Verbindlichkeit bezüglich der Festlegung der Sollbeschaffenheit des Kfz zu.  Die Beschaffenheitsvereinbarung kann auch nicht durch den Zusatz „ <b>Irrtümer vorbehalten</b> “ außer Kraft gesetzt werden. Der Kaufinteressent darf vielmehr erwarten, dass etwaige Irrtümer vor Vertragsschluss auf eindeutige Weise richtig gestellt werden.  Die Beschaffenheitsvereinbarung wird auch nicht dadurch widerrufen, dass das betreffende Ausstattungsmerkmal <b>keine Erwähnung mehr im Bestellformular</b> findet.	OLG Hamm, Urteil vom 21.07.2016 (Az. 28 U 2/16)
Von einer Beschaffenheitsvereinbarung ist i.d.R. auch bei Angaben auszugehen, die ein Verkäufer in einem <b>Internetinserat</b> macht (wie z.B. „ <b>komplett ROSTFREI!!!</b> “), auch wenn sie im schriftlichen Kaufvertrag später keine Erwähnung finden. Dies gilt jedenfalls dann, wenn der Käufer von der Verbindlichkeit des Angebots ausgehen durfte.	OLG Brandenburg, Urteil vom 27.11.2018 (Az. 3 U 15/18)
Angaben zur „ <b>Ausstattung</b> “ oder „ <b>Fahrzeugbeschreibung</b> “ können Grundlage einer Beschaffenheitsvereinbarung sein.  <b>Korrektur der Angaben vor Vertragsschluss</b>  In Fällen, in denen der Käufer durch das Internetangebot auf ein Fahrzeug aufmerksam wird und anschließend ein Verkaufsgespräch mit Besichtigung und ggf. Probefahrt durchgeführt wird, liegt keine Beschaffenheitsvereinbarung vor, wenn dem Käufer (i.d.R. einem technischen Laien) die tatsächlichen Abweichungen	OLG Düsseldorf, Urteil vom 18.08.2016 (Az. I-3 U 20/15)

<p>von der Beschreibung im Internet mit zumutbarem Aufwand erkennbar waren.</p> <p>Der Hinweis „<b>Irrtümer vorbehalten</b>“ o.ä. räumen dem Verkäufer lediglich Gelegenheit zur Korrektur der Angaben vor Vertragsschluss ein.</p>	
<p><b>Fehlerhafte Angaben in Internetanzeigen</b> müssen eindeutig und unmissverständlich korrigiert werden, damit sie nicht zu einer Beschaffenheitsvereinbarung werden.</p>	<p>OLG Schleswig-Holstein, Urteil vom 15.03.2012 (Az. 5 U 103/11)</p> <p>OLG Hamm, Urteil vom 21.07.2016 (Az. 28 U 2/16)</p> <p>LG Karlsruhe, Urteil vom 15.02.2010 (Az. 1 S 59/09)</p> <p>LG Ellwangen, Urteil vom 13.06.2008 (Az. 5 O 60/08)</p> <p>LG Bielefeld, Urteil vom 31.10.2007 (Az. 21 S 170/07)</p>
<p>Wird ein Fahrzeug <b>im Internet</b> als <b>Tageszulassung</b> beworben, in der <b>Verbindlichen Bestellung</b> aber als Fahrzeug mit <b>Erstzulassung</b> beschrieben, weil es zum Zeitpunkt des Verkaufs noch auf den Händler zugelassen war, wird die vertragliche Beschaffenheit in der Bestellung ausreichend spezifiziert und konkretisiert und somit Vertragsinhalt.</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 25.01.2017 i.V.m. Beschluss vom 28.12.2016 (Az. I-22 U 232/16)</p>
<p>Die <b>Angaben zum Kraftstoffverbrauch</b> in einem Herstellerprospekt können Gegenstand einer Beschaffenheitsvereinbarung sein, wenn sie in die Verkaufsgespräche miteingeflossen sind. Basieren die Angaben auf dem Messverfahren der EU-Richtlinie 80/1268/EWG, wird eine Beschaffenheitsvereinbarung mit dem Inhalt getroffen, dass die im Prospekt angegebenen Werte unter Testbedingungen reproduzierbar sind. Etwas anderes gilt nur dann, wenn der Käufer nachweisen kann, dass der Verkäufer ohne Einschränkung eindeutig und verbindlich erklärt hat, dass die Prospektangaben den tatsächlichen Verbrauchswerten des konkreten Fahrzeugs entsprechen und realistisch zu erzielen sind.</p>	<p>OLG Brandenburg, Urteil vom 27.03.2014 (Az. 5 U 70/12)</p>

<b>Zustandsbeschreibung/-note eines Oldtimers</b>  Bei der Vergabe einer Zustandsnote in der Werbung handelt es sich um eine Angabe zu einem wertbildenden Faktor, die die Preisbildung von historischen Fahrzeugen maßgeblich beeinflusst. Wird sie im Kaufvertrag nicht widerrufen, begründet sie auch ohne Benennung im Kaufvertrag eine Beschaffenheitsvereinbarung.	OLG Köln, Urteil vom 07.06.2016 (Az. 25 U 29/15)
<b>Bei irreführender Bewerbung eines EU-Fahrzeugs als „Neufahrzeug“</b> schuldet der Verkäufer auch dann ein fabrikneues Fahrzeug, wenn er in seinen AGB einen allgemeinen Hinweis auf das von ihm praktizierte Geschäftsmodell (EU-Fahrzeuge, Lagerfahrzeuge, u.U. Kurzzulassung etc.) aufgenommen hat.	LG Köln, Urteil vom 20.01.2011 (Az. 8 O 338/10)
Wird ein GW auf einer Internetplattform als „ <b>scheckheftgepflegt</b> “ beschrieben, hat dies nicht lediglich werbenden Charakter. Vielmehr liegt darin eine Beschaffenheitsvereinbarung, auch wenn sie keine ausdrückliche Erwähnung im Kaufvertrag erfährt. Der Käufer darf erwarten, dass die vorgeschriebenen Inspektionen von einer autorisierten Fachwerkstatt durchgeführt und im Scheckheft dokumentiert wurden.	AG München, Urteil vom 19.06.2015 (Az. 191 C 8106/15)

## 2.6.4 Öffentliche Äußerung in Form einer Beschaffenheitsgarantie

Dem Grunde nach wäre es auch denkbar, dass eine öffentliche Äußerung in Form einer Beschaffenheitsgarantie abgegeben wird. Allerdings kommt dies nur in Ausnahmefällen in Betracht (zum Thema Beschaffenheitsgarantie siehe Ziffern [2.8.1](#) und [2.8.2](#)).

<b>Werbeangaben in einem Verkaufsprospekt</b>  An die Annahme einer selbständigen Garantie sind strenge Anforderungen zu stellen. Es muss der unbedingte Wille erkennbar sein, für die Prospektangaben unbedingt und garantiemäßig eintreten zu wollen. Bloße Beschaffenheitsangaben genügen nicht. Maßgebend sind nur die zum Bestellzeitpunkt abgegebenen Werbeaussagen.	OLG Köln, Beschluss vom 15.10.2012 (Az. 11 U 153/12)
Die <b>Anpreisung „sofort urlaubsklar“</b> in einer Internetannonce begründet <u>keine</u> eigenständige Garantiezusage des Verkäufers.	AG München, Urteil vom 30.03.2008 (Az. 264 C 1007/08)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

## 2.7 Negative Beschaffenheitsvereinbarungen über die objektiven Anforderungen der Kaufsache für ab dem Jahr 2022 abgeschlossene Kaufverträge

Es steht den Vertragsparteien grundsätzlich frei, bereits vor/bei Vertragsschluss abweichende Vereinbarungen über die objektiven Anforderungen der Kaufsache zu treffen.

Ist der Käufer allerdings ein Verbraucher, sind derartige – ab dem Jahr 2022 abgeschlossene – Vereinbarungen nur wirksam, wenn dabei die Vorgaben des § 476 BGB beachtet wurden. Außerhalb des Verbrauchsgüterkaufs sind die Vertragsparteien demgegenüber deutlich freier.

### 2.7.1 Verbrauchsgüterkaufverträge

Beim Verbrauchsgüterkauf bedürfen Vereinbarungen über eine Abweichung von den objektiven Anforderungen an die Vertragsgemäßheit der Kaufsache der **besonderen Form** des § 476 Absatz 1 Satz 2 BGB.

Ist der Käufer ein Verbraucher, kann vor Mitteilung eines Mangels an den Unternehmer nur dann wirksam von objektiven Anforderungen der Kaufsache abgewichen werden, wenn

- **der Verbraucher vor der Abgabe seiner Vertragserklärung eigens davon in Kenntnis gesetzt wurde, dass ein bestimmtes Merkmal der Ware von den objektiven Anforderungen abweicht, und**
- **diese Abweichung im Vertrag ausdrücklich und gesondert vereinbart wurde.**

<p>Verbraucher müssen von <b>bestimmten Merkmalen</b> der Kaufsache in Kenntnis gesetzt werden, d.h. die <b>Abweichung</b> ist zu <b>beschreiben</b>:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Die Erklärung des Verkäufers das Fahrzeug nicht zu kennen, weshalb ein <b>Unfallschaden möglich</b> sei, ist nicht ausreichend.</li> <li>■ Es darf nicht offen bleiben, ob das Fahrzeug mangelhaft ist oder nicht. Klauseln wie „<b>möglicherweise mangelhaft</b>“ oder „<b>Fahrzeug eventuell nicht unfallfrei</b>“ sind nicht ausreichend.</li> <li>■ Vereinbarungen, durch die das <b>Risiko des Bestehens verborgener Mängel</b> auf den Verbraucher abgewälzt werden sollen, sind als unzulässige Umgehungen zu werten (vgl. § 476 Abs. 4 BGB). Für die Ungewissheit, ob das Fahrzeug bei Übergabe objektiv mangelhaft ist oder nicht, hat der Verkäufer einem</li> </ul>	<p>OLG Köln, Urteil vom 09.04.2025 (Az. 11 U 20/24)</p>
---	---

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**, die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**, die ab 2022 abgeschlossen wurden

<p>Verbraucher gegenüber unbedingt und uneingeschränkt einzustehen.</p> <p>■ Eine <b>ausdrückliche und gesonderte Vereinbarung</b> erfordert, dass die <b>Abweichung hervorgehoben</b> werden muss, damit der Verbraucher sie bewusst in seine Kaufentscheidung einbeziehen kann. Sie darf weder in den anderen Kaufvertragsbedingungen „versteckt“ werden noch in den eigentlichen Vertragstext integriert sein. Sie muss deutlich abgesetzt sein. Der Verbraucher muss ihr speziell zustimmen, sie also <b>separat unterzeichnen</b>. Vorangekreuzte Kästchen, die der Verbraucher lediglich nicht deaktiviert hat, genügen nicht.</p>	
<p>Zwischen der vorvertraglichen Information und der Abgabe der Vertragserklärung muss dem Verbraucher <b>keine Frist zum Nachdenken (i.S.e. „Abkühlphase“)</b> eingeräumt werden. Es genügt, wenn der Verbraucher die vorvertraglichen Informationen unmittelbar vor der Abgabe der Vertragserklärung erhält.</p>	<p>LG München I, Urteil vom 28.04.2025 (Az. 22 O 134/25)</p>
<p>Auch <b>öffentliche Äußerungen</b> des Verkäufers sind gegenüber Verbrauchern im Wege einer negativen Beschaffenheitsvereinbarung i.S.d. § 476 Abs. 1 Satz 2 BGB zu berichtigen.</p> <p>Der Verkäufer trägt die <b>Beweislast</b> dafür, <b>dass die formalen Voraussetzungen einer negativen Beschaffenheitsvereinbarung erfüllt sind</b>.</p> <p>Der bloße <b>Hinweis „entgegen der Annonce Unfallschaden laut Vorbesitzer“</b> genügt den inhaltlichen Anforderungen an eine wirkungsvolle negative Beschaffenheitsvereinbarung schon deshalb nicht, weil der Unfallschaden nicht konkretisiert wird.</p>	<p>LG Kiel, Urteil vom 08.05.2025 (Az. 6 O 276/23)</p>
<p>Ein <b>fehlender, aber im Bordprogramm angelernter Schlüssel</b> stellt auch beim Gebrauchtwagenkauf eine Abweichung von der „üblichen Beschaffenheit“ dar, weshalb der Verkäufer gegenüber einem Verbraucher die besondere Form des § 476 BGB zu beachten hat.</p>	<p>AG Schöneberg, Urteil vom 24.10.2023 (Az. 17 C 79/23)</p>

## 2.7.2 Sonstige Kaufverträge

Ist der **Käufer kein Verbraucher**, können die Vertragsparteien ausdrücklich oder konkludent von den objektiven Anforderungen an die Kaufsache abweichen, d.h., sie können auch ohne Beachtung der

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

besonderen Form des § 476 Absatz 1 Satz 2 BGB vereinbaren, dass eine Kaufsache auch dann vertragsgemäß sein soll, wenn sie eine schlechtere als die übliche Beschaffenheit aufweist.

Ob mittels einer Beschaffenheitsvereinbarung von bestimmten objektiven Anforderungen der Kaufsache abgewichen werden soll, ist durch Auslegung der Beschaffenheitsvereinbarung zu ermitteln.

## 2.8 Übernahme einer Garantie

Durch den ausdrücklichen Hinweis auf das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein bestimmter Fahrzeugeigenschaften oder andere Anforderungen setzt sich der Kfz-Händler einer **verschärften Haftung** aus, wenn sein Verhalten als Garantieübernahme zu werten ist (§ 443 BGB). Stimmen in diesem Fall die Angaben nicht mit den tatsächlichen Fahrzeugeigenschaften oder Anforderungen überein, ist der Kfz-Händler selbst bei fehlendem Verschulden schadensersatzpflichtig.

### 2.8.1 Allgemeines

<p>Auch eine <b>Zufriedenheitsgarantie</b> ist eine Garantie i.S.d. § 443 BGB, auch wenn sie keine objektiven Kriterien enthält, an die Garantien üblicherweise anknüpfen. Garantien können auch an subjektive Kriterien anknüpfen, die nicht überprüft werden können. Das gilt auch für die eigene Zufriedenheit des Käufers mit der Ware.</p> <p>Auch im Falle der Gewährung einer Zufriedenheitsgarantie sind die Vorgaben und Informationspflichten des § 479 BGB zu beachten! In der Garantieerklärung ist daher u.a. der erforderliche Hinweis in Bezug auf die gesetzlichen Mängelrechte des Verbrauchers zu erteilen.</p>	<p>EuGH, Urteil vom 28.09.2023 (Az. C-133/22)</p>
<p>Unter den <b>Begriff der Garantieerklärung</b> fällt nur die auf den Abschluss eines Kaufvertrages oder eines eigenständigen Garantievertrages führende Willenserklärung, nicht dagegen die Werbung, mit der eine Garantie noch nicht rechtsverbindlich versprochen wird.</p> <p>Macht der Verkäufer für den Verkauf eines Verbrauchsguts <b>Werbung mit einer Garantie</b>, muss die Werbung noch nicht den in § 477 BGB (seit 2018 geregelt in § 479 BGB) aufgeführten <b>gesetzlichen Informationspflichten für Garantien</b> genügen.</p>	<p>BGH, Urteil vom 14.04.2011 (Az. I ZR 133/09)</p>

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**, die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**, die ab 2022 abgeschlossen wurden

<p><b>Werbeangaben in einem Verkaufsprospekt</b></p> <p>An die Annahme einer selbständigen Garantie sind strenge Anforderungen zu stellen. Es muss der unbedingte Wille erkennbar sein, für die Prospektangaben unbedingt und garantiemäßig eintreten zu wollen. Bloße Beschaffenheitsangaben genügen nicht. Maßgebend sind nur die zum Bestellzeitpunkt abgegebenen Werbeaussagen.</p>	<p>OLG Köln, Beschluss vom 15.10.2012 (Az. 11 U 153/12)</p>
<p>Eine <b>Garantieverpflichtung</b> kann <b>allein aufgrund von Werbeaussagen</b> zustande kommen, ohne dass es des Zugangs einer (schriftlichen) Garantieerklärung beim Käufer bedarf. Für deren Inhalt ist die Werbeaussage maßgeblich. Spätere Einschränkungen durch einen vorformulierten Garantievertrag sind nicht möglich.</p>	<p>OLG Frankfurt, Beschluss vom 08.07.2009 (Az. 4 U 85/08)</p>
<p>Eine Beschaffenheitsgarantie kann auch <b>mündlich</b> übernommen werden. Es ist unschädlich, wenn sie <b>nicht im schriftlichen Kaufvertrag festgehalten</b> wird.</p> <p>(<u>hier</u>: Mehrfache Zusicherung der Rostfreiheit)</p>	<p>OLG Frankfurt, Urteil vom 18.05.2018 (Az. 8 U 198/17)</p>
<p>Der in § 477 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BGB (seit 2018 geregelt in § 479 BGB) vorgeschriebene <b>Hinweis auf die gesetzlichen Rechte des Verbrauchers</b> muss diese nicht im Einzelnen auflisten. Es genügt ein kurz gefasster Zusatz. Wichtig ist, dass der Verbraucher nicht fälschlicherweise den Eindruck gewinnen kann, dass seine gesetzlichen Rechte durch die Garantie beeinflusst werden. Außerdem darf der Hinweis nicht in den AGB versteckt werden, sondern muss unmittelbar mit dem Verweis auf die Garantie erfolgen.</p>	<p>OLG Jena, Urteil vom 07.12.2017 (Az. 1 U 194/17)</p>

## 2.8.2 Beschaffenheitsgarantie

<p>Zu den <b>Voraussetzungen</b>, die an eine Beschaffenheitsgarantie zu stellen sind</p> <p>Eine Beschaffenheitsgarantie liegt in der Regel u.a. in den Fällen der „<b>Zusicherung einer bestimmten Fahrzeugeigenschaft</b>“ nach früherem Recht vor (vor 2002). Ob dies auch für <b>Kilometerangaben</b> oder Angaben des Händlers über die Laufleistung des</p>	<p>BGH, Urteil vom 29.11.2006 (Az. VIII ZR 82/06)</p>
--	---

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---



Fahrzeugs gilt, hat der BGH in Frage gestellt, aber unbeantwortet gelassen.	
Eine vom Käufer separat abschließbare <b>Gebrauchtwagengarantie</b> stellt <u>keine</u> Beschaffenheits- oder Haltbarkeitsgarantie dar.	OLG München, Urteil vom 24.11.2004 (Az. 20 U 3522/04)
Durch ausdrückliche Erklärung zur <b>Gesamtfahrleistung</b> , ohne einschränkende Hinweise wie z.B. „laut Angaben des Vorbesitzers“, wird eine Beschaffenheitsgarantie übernommen.  <i>OLG Düsseldorf:</i> Das gilt auch dann, wenn die Angabe zur Laufleistung nicht in das Kaufvertragsformular aufgenommen wird.	OLG Koblenz, Urteil vom 01.04.2004 (Az. 5 U 1385/03)  OLG Rostock, Urteil vom 11.07.2007 (Az. 6 U 2/07)  OLG Düsseldorf, Beschluss vom 15.11.2012 (Az. I-3 W 228/12)
Die Erklärung, dass ein Kfz „ <b>absolut unfallfrei</b> “ ist und „ <b>in der Außenhaut weder Beulen, Dellen noch sonst etwas</b> “ aufweist, begründet eine Beschaffenheitsgarantie.	OLG Brandenburg, Urteil vom 01.09.2010 (Az. 4 U 9/10)
<b>Verkauf von Privat an einen Gebrauchtwagenhändler</b>  Die <b>einschränkungslose Angabe</b> des privaten Verkäufers, <b>das Fahrzeug sei unfallfrei</b> , erstreckt sich grundsätzlich nur auf die Zeit seiner Besitzzeit. Für die Zeit vor seinem Besitzerwerb will er erkennbar keine Beschaffenheitsgarantie für die Unfallfreiheit des Fahrzeugs übernehmen.	OLG Saarbrücken, Urteil vom 06.07.2016 (Az. 2 U 54/15)
Je nach Verlauf des Verkaufsgesprächs, in dem der Käufer der <b>Unfallfreiheit</b> des Fahrzeugs besondere Bedeutung beigemessen hat, können die handschriftlichen Einträge im Kaufvertrag „unfallfrei“ und „Dem Verkäufer sind Unfallschäden auf andere Weise nicht bekannt“ als Garantie zu werten sein.	LG Coburg, Urteil vom 06.02.2014 (Az. 41 O 555/13)
Die Aussage „ <b>es ist alles in Ordnung und das Auto ist in einem guten Zustand</b> “ stellt nur eine pauschale, anpreisende Angabe des Verkäufers dar und begründet noch keine Beschaffenheitsgarantie.  Gleiches gilt für den bloßen Hinweis, die <b>Standheizung 2 - 3 Wochen vor dem Weiterverkauf ausprobiert und das Fahrzeug anschließend nicht mehr bewegt</b> zu haben.	LG Saarbrücken, Urteil vom 14.08.2015 (Az. 10 S 174/14)

## 2.8.3 Haltbarkeitsgarantie

Auch wenn ein Gebrauchtwagen als „ <b>fahrbereit</b> “ verkauft wird, übernimmt der Verkäufer in der Regel <u>keine</u> Haltbarkeitsgarantie.	BGH, Urteil vom 22.11.2006 (Az. VIII ZR 72/06)  OLG Düsseldorf, Urteil vom 25.03.2010 (Az. I – 18 U 1/08)
Eine vom Käufer separat abschließbare <b>Gebrauchtwagengarantie</b> stellt <u>keine</u> Beschaffenheits- oder Haltbarkeitsgarantie dar.	OLG München, Urteil vom 24.11.2004 (Az. 20 U 3522/04)
Im Falle der Übernahme einer Haltbarkeitsgarantie für einen Gebrauchtwagen trägt der Verkäufer die <b>Beweislast für den unsachgemäßen Gebrauch des Fahrzeugs während der Garantiezeit</b> .	OLG Saarbrücken, Urteil vom 17.02.2004 (Az. 4 U 163/00)

## 2.9 Zustandsbericht

Im Rahmen eines Gebrauchtwagenverkaufs werden häufig Zustandsberichte oder Gutachten über das zu verkaufende Fahrzeug erstellt, in denen vor allem **Mängel des Fahrzeuges beschrieben** werden. Hierdurch soll späteren Reklamationen des Käufers vorgebeugt werden.

Der <b>Ölverlust am Differenzial</b> stellt keinen Sachmangel dar, wenn er im Zustandsbericht aufgeführt ist.	LG Oldenburg, Urteil vom 15.01.2004 (Az. 16 S 612/03)
Sinn und Zweck eines Zustandsberichts ist es, die i.R.e. Überprüfung gemachten Feststellungen eines sachverständigen Zeugen <b>beweissicher zu dokumentieren</b> .  Der Verkäufer darf sich auf die Ausführungen eines sachverständigen, unabhängigen Dritten verlassen. Dessen Fehleinschätzungen sind dem Verkäufer auch nicht i.R.e. vom Käufer geltend gemachten Schadensersatzanspruchs als eigenes Verschulden zurechenbar.	LG Dresden, Urteil vom 28.10.2011 (Az. 4 S 126/10)
<b>Roststellen am Unterboden</b>  Unter die <b>Überschrift „Optik“ eines Gebrauchtwagensiegels</b> fällt nur das äußere Erscheinungsbild. Rostbildung, die die Funktionalität betrifft, ist hiervon nicht umfasst.	LG Berlin, Hinweisbeschluss vom 20.10.2016 (Az. 52 S 51/16)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Ein ausführlicher Zustandsbericht, der auch sämtliche <b>Sonderausstattungen</b> umfasst, schützt den Verkäufer bei Geltendmachung fehlender, angeblich zugesicherter weiterer Sonderausstattung seitens des Käufers.	AG Hanau, Urteil vom 24.01.2003 (Az. 33 C 728/02)
Für die Erstellung eines Zustandsberichts ist eine <b>zeitnahe Untersuchung</b> des GW zum Kaufvertragsabschluss notwendig. Ein Zeitraum von etwa 1 Monat ist dann zu lang, wenn in diesem Zeitraum noch entsprechende Fahrzeugschäden eintreten können.	AG Potsdam, Urteil vom 12.09.2002 (Az. 30 C 122/02)
Ein <b>auf Wunsch des Käufers vorgenommener „Gebrauchtwagencheck“</b> begründet <u>keine</u> Beschaffenheitsvereinbarung dahingehend, dass das Fahrzeug abgesehen von den im Bericht festgestellten Mängeln keine weiteren Mängel aufweist.	AG Trier, Urteil vom 22.03.2024 (Az. 7 C 347/23)




## 2.10 Ausschluss der Sachmängelhaftungsansprüche wegen Mangelkenntnis auf Käuferseite

Nach § 442 Abs. 1 BGB sind die Sachmängelhaftungsansprüche des Käufers grundsätzlich ausgeschlossen, wenn er den Mangel bei Vertragsschluss kannte. Gleiches gilt, wenn dem Käufer ein Mangel infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist und der Verkäufer den Mangel nicht arglistig verschwiegen oder eine Beschaffenheitsgarantie für das Fahrzeug übernommen hat.

### 2.10.1 Ausnahme: Verkauf an Verbraucher

Die Regelung des § 442 BGB, wonach Mangelkenntnis oder grob fahrlässige Mangelunkennntnis zum Ausschluss von Mängelrechten führen kann, gilt nur noch dann, wenn der **Käufer entweder kein Verbraucher ist oder wenn es sich um einen Verbrauchsgüterkaufvertrag handelt, der vor dem 31.12.2021 abgeschlossen wurde** (§ 475 Abs. 3 Satz 2 BGB).

Beim Verkauf einer Ware an Verbraucher ist es unerheblich, ob dem Käufer/Verbraucher <b>Vorschäden bei Besichtigung und Erwerb positiv bekannt</b> waren. Mangelkenntnis reicht beim Verbrauchsgüterkauf nicht mehr aus, um insofern einen Ausschluss der Sachmängelhaftungsrechte zu bewirken. Die an eine Mangelkenntnis des Käufers anknüpfende Vorschrift des § 442 BGB ist beim Verkauf an Verbraucher nicht mehr anwendbar.	OLG Köln, Urteil vom 09.04.2025 (Az. 11 U 20/24)  LG Kiel, Urteil vom 08.05.2025 (Az. 6 O 276/23)
---	---

 Gilt allgemein	 Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	 Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
--	---	---

## 2.10.2 Allgemeines zu den Ausschlussvoraussetzungen

<p>Der <b>Käufer</b> eines Gebrauchtwagens ist vor Abschluss des Kaufvertrages prinzipiell <u>nicht</u> zu einer <b>Untersuchung des Fahrzeugs</b> oder gar zur <b>Hinzuziehung eines Sachverständigen</b> verpflichtet. Er handelt allerdings dann grob fahrlässig, wenn er es unterlässt, Erkundigungen einzuziehen, obwohl die Umstände des Falls ihn zu besonderer Vorsicht mahnen oder er über besondere Sachkunde verfügt.</p> <p>Wird der Käufer vom Verkäufer oder einem Dritten <b>auf einen Mangel hingewiesen</b>, liegt in der Regel bereits Mangelkenntnis vor, was zum Ausschluss der Mängelrechte führt. Zumindest aber wäre es grob fahrlässig, wenn der Käufer einem solchen Hinweis nicht durch eine eigene Untersuchung des Fahrzeugs oder anderweitige Informationsbeschaffung nachgeht.</p>	<p>OLG Rostock, Urteil vom 01.06.2021 (Az. 4 U 156/19)</p>
<p><b>Grobe Fahrlässigkeit</b> setzt einen objektiv schwerwiegenden und subjektiv nicht entschuldbaren Verstoß gegen die Anforderungen der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt voraus. Ein Käufer darf sich auf die <b>Angaben des Verkäufers</b> verlassen, es sei denn, der Schluss auf mögliche Mängel ist so naheliegend, dass es unverständlich erscheint, diesem Verdacht nicht weiter nachzugehen.</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 18.08.2016 (Az. I-3 U 20/15)</p>
<p>Ist der Käufer ein Kfz-Meister, verliert auch er seine Käuferansprüche nicht, wenn ihm ein Mangel aufgrund grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist, er aber vom <b>Verkäufer arglistig getäuscht</b> worden ist (§ 442 Abs. 1 Satz 2 BGB).</p>	<p>OLG Frankfurt/M., Urteil vom 17.09.2013 (Az. 15 U 42/13)</p>
<p><b>Fotografiert der Käufer die Fahrzeugpapiere während des Verkaufsgesprächs ab</b>, erlangt er keine Kenntnis von einer <b>Abweichung der tatsächlichen von der inserierten Motorleistung</b>, wenn keine konkreten Verdachtsmomente vorlagen, die ihn dazu veranlassten, sich die ZB I genauer anzusehen. Das gilt erst recht, wenn die Motorleistung im Inserat in PS ausgewiesen wurde, in der ZB I hingegen in kW.</p>	<p>OLG Celle, Beschluss vom 26.11.2020 (Az. 7 W 66/20)</p>
<p><b>Liest ein Käufer die von ihm unterzeichneten Kaufvertragsdokumente nicht durch</b>, in denen Mängel näher beschrieben werden, führt er seine Unkenntnis grob fahrlässig herbei. Das gilt auch</p>	<p>LG Köln, Urteil vom 12.08.2013 (Az. 36 O 170/11)</p>

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**, die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**, die ab 2022 abgeschlossen wurden

dann, wenn er die unterlassene Durchsicht auf <b>Zeitdruck</b> zurückführt, da es jeder Partei freisteht, zu entscheiden, wann und unter welchen Umständen er eine vertragliche Bindung eingeht. Von einem gewissenhaften Käufer kann erwartet werden, dass er Dokumente vor deren Unterzeichnung sorgsam durchliest und bei Unklarheiten nachfragt.	
<p><b>Kenntnis des Mangels</b> bedeutet positives Wissen des Käufers, das sich auch auf den Umfang des Mangels und dessen rechtliche Bedeutung erstreckt. Ein Verdacht genügt hierfür nicht. Die Beweislast trägt der Verkäufer.</p> <p>Wurde ein <b>GW bei Regen besichtigt</b>, muss der Verkäufer im Bestreitensfalle darlegen, weswegen der Käufer die Schäden trotz der Nässe und damit einhergehender Spiegelungen hätte erkennen können und müssen.</p>	LG Aachen, Urteil vom 25.04.2014 (Az. 9 O 459/13)

Hat der **Käufer keine Kenntnis** von einem offenbarungspflichtigen Umstand, **aber ein auf seiner Seite stehender Dritter**, stellt sich die **Frage, ob bzw. unter welchen Voraussetzungen sich der Käufer das Wissen des über den Umstand informierten Dritten zurechnen lassen muss.**

Wird eine <b>Person auf Käuferseite in ein Geschäft eingebunden ohne Stellvertreter bzw. Abschlussvertreter des Käufers zu sein</b> , muss sich der Käufer das von dieser Person erlangte Wissen dennoch ausnahmsweise zurechnen lassen, wenn zu erwarten ist, dass der Käufer es bei dem Wissensträger abfragen und der Wissensträger dem Käufer sein Wissen mitteilen wird.	LG Erfurt, Urteil vom 27.08.2015 (Az. 10 O 1179/14)
---	---

### 2.10.3 Unfallschaden

Mangelkenntnis setzt positives Wissen der Tatsachen voraus, die in ihrer Gesamtheit den Mangel begründen. Das Wissen des Käufers muss sich daher auch auf den <b>Umfang des Unfallschadens</b> erstrecken. Wurde der Unfallschaden vom Verkäufer bagatellisiert und der Käufer über dessen Umfang <b>arglistig getäuscht</b> , hat er keine Mangelkenntnis.	OLG Koblenz, Beschluss vom 01.03.2017 (Az. 5 U 135/17)
---	--

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<p>Wird dem Käufer nur mitgeteilt, dass es sich bei dem Kaufgegenstand um ein Unfallfahrzeug handelt, kann dem Käufer nicht vorgeworfen werden, dass ihm die Schwere des ursprünglichen Unfallschadens grob fahrlässig unbekannt geblieben ist, weil er es <b>unterlassen</b> hat, <u>vor</u> Vertragsschluss eine <b>Begutachtung des Fahrzeugs zu veranlassen</b>.</p>	<p>OLG Koblenz, Beschluss vom 27.02.2015 (Az. 3 U 993/14)</p>
<p><b>Massiver Unfallschaden</b></p> <p>Hat der Käufer die Gelegenheit, das Fahrzeug eingehend zu besichtigen, kann er ohne Nachfrage keine Aufklärung über das <b>tatsächliche Ausmaß eines Unfallschadens</b> erwarten, wenn die massiven Schäden für ihn – auch als Laie - ohne weiteres erkennbar waren. Unterlässt er dies, liegt eine grob fahrlässige Unkenntnis vor. Wer eine erkennbar stark mangelhafte Sache erwirbt, handelt wirtschaftlich auf eigenes Risiko.</p>	<p>OLG Köln, Urteil vom 28.04.2017 (Az. 19 U 1/17)</p>
<p><b>Ankauf eines GW von Privat durch einen Kfz-Händler</b></p> <p>Damit einem gewerblichen Kfz-Händler nicht der Vorwurf der grob fahrlässigen Unkenntnis von der fehlenden Unfallfreiheit des Privatfahrzeugs gemacht werden kann, gilt folgendes:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Den Händler trifft die Pflicht zur Vornahme einer – bei der Hereinnahme eines Kfz ohnehin allgemein üblichen – vorherigen fachmännischen äußeren Sichtprüfung, die sich an den Angaben des privaten Verkäufers zum Zustand des Fahrzeugs zu orientieren hat.</li> <li>■ Ausnahmsweise trifft den Händler darüber hinaus eine Untersuchungspflicht, wenn die Sichtprüfung einen Unfallschaden nahelegt und/oder der Händler aufgrund sonstiger Erkenntnisse konkrete Anhaltspunkte dafür besitzt, dass die Angaben des Verkäufers falsch oder zumindest fragwürdig sind.</li> <li>■ <b>Beauftragt der Händler einen fachunkundigen Erfüllungshelfen mit dem Abschluss des Kaufvertrages</b>, entlastet ihn das nicht. Der an einen durchschnittlichen gewerblichen Kfz-Händler anzulegende Sorgfaltsmaßstab wird durch die</li> </ul>	<p>OLG Saarbrücken, Urteil vom 06.07.2016 (Az. 2 U 54/15)</p> <p>OLG Hamm, Urteil vom 16.05.2017 (Az. 28 U 101/16)</p>

Einschaltung eines Erfüllungsgehilfen ohne die erforderliche fachliche Qualifikation nicht herabgesetzt.	
<p><b>Ankauf eines GW von Privat durch einen Kfz-Händler</b></p> <p>Ausnahmsweise trifft den Händler als Käufer eines Gebrauchtwagens von Privat aufgrund seiner Fachkenntnisse auch dann eine Pflicht zur näheren Untersuchung des Fahrzeugs, wenn der private Verkäufer ihn <b>auf behobene Vorschäden hingewiesen</b> hat.</p> <p>Unterlässt er dies, ist er mit etwaigen Ansprüchen aus der Sachmangelhaftung nach § 442 BGB wegen grob fahrlässiger Unkenntnis von den behaupteten Mängeln ausgeschlossen, sofern er dem privaten Käufer kein arglistiges Verschweigen nachweisen kann und dieser auch keine Garantie übernommen hat.</p>	OLG Naumburg, Urteil vom 13.05.2024 (Az. 12 U 164/23)

#### 2.10.4 VW-Abgasskandal

Dem Käufer stehen keine Sachmängelhaftungsansprüche gegen den Händler zu, wenn er im Zeitpunkt des Kaufs davon <b>Kenntnis</b> hatte, <b>dass das Fahrzeug vom sog. Abgasskandal bzw. Abgasmanipulationen betroffen</b> ist.	<p>OLG Hamm, Urteil vom 30.04.2019 (Az. 34 U 91/18)</p> <p>LG Frankfurt/M., Urteil vom 01.07.2019 (Az. 2-33 O 127/18)</p>
Die <b>Kenntnis muss sich nur auf das Vorhandensein eines Mangels als solchen beziehen</b> , d.h. auf das Betroffensein des Fahrzeugs vom Abgasskandal bzw. das Vorhandensein der Manipulationssoftware. Keine Rolle spielt hierbei, ob der Käufer auch Kenntnis über ein mögliches Fehlschlagen der Mangelbeseitigung hatte (z.B. wegen eventueller negativer Auswirkungen des Software-Updates oder des Verbleibs eines merkantilen Minderwerts).	OLG Celle, Beschluss vom 27.05.2019 (Az. 7 U 335/18)
Da der VW-Konzern am 19.09.2015 offiziell und mit maximalem Presseecho eingeräumt hatte, dass es bei den in ihren Fahrzeugen verbauten Dieselmotoren des Typs EA 189 zu Unregelmäßigkeiten gekommen war, und in der Folgezeit in den Medien nahezu täglich weitere Meldungen an prominenter Stelle erfolgt waren, ist es naheliegend, dass Fahrzeugkäufer <b>auch ohne ausdrücklichen mündlichen oder schriftlichen Hinweis des Verkäufers</b> , in der Folgezeit hiervon Kenntnis erlangt haben. Das gilt auch dann, wenn der <b>Kaufvertrag</b> über einen vom Abgasskandal betroffenen	LG Freiburg, Urteil vom 25.01.2019 (Az. 14 O 275/17)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur für Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für Verbraucherkaufverträge, die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	--	---

Gebrauchtwagen <b>11 Tage nach Beginn der medialen Berichterstattung abgeschlossen</b> wurde.	
---	--

### 2.10.5 Sonstige Fallgestaltungen

Wird der Käufer vor Vertragsschluss auf ein <b>gelegentliches Aufleuchten der Motorkontrollleuchte</b> aufmerksam gemacht, bleibt ihm ein Mangel im Bereich des Motors infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt, wenn er diesem Verdacht nicht weiter nachgeht bzw. nachgehen lässt.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 17.03.2016 (Az. I-3 U 12/15)
Sieht der Käufer eines Gebrauchtwagens davon ab, den Unterboden eines als <b>„komplett rostfrei“</b> angepriesenen Fahrzeugs auf Rost zu untersuchen, handelt er nicht grob fahrlässig und muss sich nicht so behandeln lassen, als hätte er den Mangel bei Vertragsschluss gekannt. Vielmehr darf er sich insofern auf die Angaben des Verkäufers zum Fahrzeug verlassen.	OLG Brandenburg, Urteil vom 27.11.2018 (Az. 3 U 15/18)
<p><b>Verkauf eines „Diebstahlrückläufers“ mit nicht offenbarter veränderter FIN im Rahmen eines Händlergeschäfts</b></p> <p>Bei Fahrzeugen, die dem Risiko des Diebstahls besonders ausgesetzt sind oder bekanntermaßen schon Objekt eines Diebstahls waren, besteht für den erwerbenden Autohändler grundsätzlich die Pflicht, unmittelbar vor Vertragsschluss Erkundigungen über die Herkunft des Fahrzeugs einzuholen und die in der ZB II vermerkte FIN mit der im Fahrzeug eingeschlagenen Nummer zu vergleichen.</p> <p>Teilt der Verkäufer dem erwerbenden Autohändler die zutreffende FIN vor einer Besichtigung des Autos und dem Abschluss des Kaufvertrags mit, genügt er seiner Aufklärungspflicht mit dem Hinweis auf einen „Diebstahlrückläufer“ auch dann, wenn er es unterlässt, den Käufer auch ausdrücklich auf die veränderte FIN hinzuweisen.</p>	OLG Rostock, Urteil vom 01.06.2021 (Az. 4 U 156/19)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---



### 3 Sachmangel und Verschleiß

Voraussetzung für Käuferansprüche nach dem Sachmangelhaftungsrecht ist in der Regel das Vorliegen eines Sachmangels (zu Falschliefereien und Rechtsmängeln vgl. Ziffer 4). **Von Sachmängeln zu unterscheiden** ist bei Gebrauchtwagen der „normale“ Verschleiß, für den der Verkäufer in der Regel nicht haftet.

#### 3.1 Sachmangel angenommen

Sachmängel haben die Gerichte in folgenden Fällen angenommen:

##### 3.1.1 Unfallschaden / fehlende Unfallfreiheit

<p>Ein Gebrauchtfahrzeug hat einen Unfallschaden erlitten, wenn es <b>mehr als einen Bagatellschaden</b> erfahren hat.</p> <p>Bei <b>Personenkraftwagen</b> liegt ein Unfallschaden vor, wenn das Fahrzeug nicht nur geringfügige Lackschäden und/oder Blechschäden aufweist. Das gilt selbst dann, wenn diese Schäden mit geringem Kostenaufwand fachgerecht repariert worden sind.</p> <p>Von einem <b>Bagatellschaden</b> ist nur bei geringfügigen Lackschäden auszugehen.</p>	<p>BGH, Urteil vom 10.10.2007 (Az. VIII ZR 330/06)</p>
<p>Ein Fahrzeug ist <b>unfallfrei</b>, wenn es nur Schäden aufweist, die nicht über einen Bagatell- oder Einfachscha den hinausgehen.</p> <p><b>Zum Begriff „Unfallschaden“</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Eine Kollision mit einem weiterem Kfz ist hierfür nicht erforderlich; auch andere Zusammenstöße sind ausreichend</li> <li>■ Verursachung des Schadens durch von außen plötzlich einwirkender mechanischer Gewalt (auch Vandalismusschäden sind umfasst)</li> <li>■ Umfasst Schläge auf oder gegen das Kfz, Parkrempler, Rangierschäden oder Verkratzungen</li> </ul> <p>Zu den Anforderungen an einen <b>Anscheinsbeweis</b></p>	<p>OLG Köln, Urteil vom 25.02.2009 (Az. 17 U 76/08)</p>

Entscheidend ist, ob nur der Lack erneuert wurde oder ob darunter auch Blechschäden beseitigt wurden. Eine <b>Schichtdicke von 0,16 mm</b> spricht für eine Nachlackierung ohne Blechbearbeitung. Wird die Qualität der Nachlackierung beanstandet, handelt es sich um einen behebbaren Mangel und dem Verkäufer ist Gelegenheit zur Nacherfüllung zu geben.	KG Berlin, Beschluss vom 16.06.2014 (Az. 23 U 246/13) <u>Vorinstanz:</u> LG Berlin, Urteil vom 24.10.2013 (Az. 32 O 131/13)
Eine <b>plastische Verformung mit Rissbildung an der Stoßfängerabdeckung</b> geht über einen Bagatellschaden hinaus.	OLG München, Urteil vom 12.05.2021 (Az. 15 U 137/18)
Der Hinweis auf einen <b>Hagelschaden</b> umfasst keine Unfallschäden. Ein Kfz ist bei zusätzlich vorliegendem Unfallschaden nicht „unfallfrei laut Vorbesitzer“.	Kammergericht Berlin, Urteil vom 10.11.2003 (Az. 8 U 179/03)
<b>Fehlende Unfallfreiheit</b>	LG München I, Urteil vom 02.10.2003 (Az. 32 O 11282/03)

### 3.1.2 VW-Abgasskandal

#### 3.1.2.1 Unzulässige Abschaltvorrichtung

Ein Fahrzeug mit einer <b>nach Art. 5 Abs. 2 Satz 1 VO 715/2007/EG unzulässigen Abschaltvorrichtung</b> weist einen Sachmangel auf.	BGH, Hinweisbeschluss vom 08.01.2019 (Az. VIII ZR 225/17)
Ein Fahrzeug, das mit einer <b>Software</b> ausgestattet ist, <b>die ausschließlich auf dem Rollenprüfstand einen anderen – niedrigeren – Schadstoffausstoß generiert als er im Echtbetrieb zu erwarten wäre</b> , weist einen Sachmangel auf.	OLG München, Beschluss vom 23.03.2017 (Az. 3 U 4316/16) OLG Köln, Beschluss vom 20.12.2017 (Az. 18 U 112/17) OLG München, Beschluss vom 27.02.2018 (Az. 27 U 2793/17) OLG Köln, Beschluss vom 28.05.2018 (Az. 27 U 13/17) OLG Jena, Urteil vom 15.08.2018 (Az. 7 U 721/17)

<p>Der bloße Einsatz einer „Schummel“-Software genügt, um einen <b>Sachmangel aller damit ausgerüsteten Pkw</b> zu begründen.</p> <p>Der <b>merkantile Minderwert</b> begründet <u>keinen</u> Sachmangel, weil es sich dabei nicht um eine Beschaffenheit des Pkw als Kaufsache handelt, sondern allenfalls um eine Mangelfolge.</p>	<p>OLG Köln, Beschluss vom 29.10.2018 (Az. 18 U 134/17)</p>
<p>Ein vom VW-Abgasskandal betroffenes Fahrzeug weist einen Sachmangel auf, weil der Käufer eines Neuwagens davon ausgehen darf, dass das gelieferte Fahrzeug allen <b>Vorschriften</b> entspricht, die <b>für die Betriebserlaubnis von wesentlicher Bedeutung</b> sind und weil ein Software-Programm, das entgegen gesetzlichen Vorschriften die auf dem Prüfstand erzielte Verringerung von Stickoxiden im Verkehr abschaltet, weder allgemein üblich ist noch vom Käufer erwartet wird.</p>	<p>OLG Nürnberg, Urteil vom 24.04.2018 (Az. 6 U 409/17)</p> <p>OLG Frankfurt, Urteil vom 31.08.2018 (Az. 25 U 17/18)</p>

### 3.1.2.2 Ungeklärt: Merkantiler Minderwert aufgrund Betroffenheit vom VW-Abgasskandal

<p>Bislang lässt es sich nicht allgemeingültig und abschließend beantworten, ob die <b>Eigenschaft eines vom Abgasskandal betroffenen Fahrzeugs</b> einen (unbehebaren) Sachmangel darstellt, weil sie einen – vergleichbar mit Unfallfahrzeugen – merkantilen Minderwert zur Folge hat.</p> <p><b>Hinreichend substantiierter Tatsachenvortrag</b></p> <p>Der unter Beweis gestellte Vortrag des Käufers, dass ein solches Fahrzeug nur mit Abschlägen verkäuflich sei, weil Käufer davon ausgehen würden, dass es durch die Abschaltung der Abgasreinigung zu einer Mehrbelastung des Partikelfilters und des Motors gekommen sei, ist jedenfalls ausreichend substantiiert.</p>	<p>BGH, Beschluss vom 09.05.2023 (Az. VIII ZR 160/21)</p>
--	---

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

### 3.1.3 Laufleistung / Kilometerangaben

<p><b>Kilometerangaben</b> sind als Angaben über die Laufleistung zu verstehen, wenn sie nicht mit Einschränkungen oder erkennbaren gegenteiligen Hinweisen versehen sind.</p>	<p>BGH, Urteil vom 29.11.2006 (Az. VIII ZR 82/06)</p> <p>OLG Schleswig, Beschluss vom 27.04.2012 (Az. 5 W 16/12)</p> <p>OLG Brandenburg, Urteil vom 24.08.2022 (Az. 4 U 78/20)</p>
<p>Falsche Angabe der <b>Laufleistung</b></p>	<p>AG Rheda-Wiedenbrück, Urteil vom 28.11.2002 (Az. 4 C 209/02)</p> <p>LG Coburg, Urteil vom 11.04.2006 (Az. 23 O 596/05)</p>
<p>Wird im Kaufvertrag ein bestimmter km-Stand ohne einschränkende Hinweise angegeben, führt der spätere <b>Hinweis</b> im Kaufvertrag „<b>km-Stand verfälscht</b>“ nicht dazu, dass der Händler für die von ihm angegebene Laufleistung nicht haften muss.</p>	<p>AG Ingolstadt, Urteil vom 15.09.2023 (Az. 12 C 109/23)</p>

### 3.1.4 Kraftstoffmehrverbrauch

<p>Erst bei einem <b>Kraftstoffmehrverbrauch von über 4 %</b> ist von einem Sachmangel auszugehen. Eine Fehlertoleranz bei der Herstellung technischer Produkte in Höhe von 2 % sowie Messungenauigkeiten in Höhe von 2 % muss der Käufer tolerieren.</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 18.08.2008 (Az. I-1 U 238/07)</p>
---	---

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

<p>Bei einem <b>Hybrid-Fahrzeug</b>, dessen Elektroantrieb und Batterie ordnungsgemäß funktionieren, führt eine <b>Messung der Energieflüsse des Elektroantriebs</b> aus technischen Gründen allenfalls zu unerheblichen Abweichungen des Messergebnisses.</p> <p>Möchte der beweisbelastete Käufer diese Messung berücksichtigt haben, muss er sein Fahrzeug mit einem in Serienfahrzeugen nicht enthaltenen Spezial-Bauteil nachrüsten lassen, welches die Stromabnahme mittels einer Messzange ermöglicht. Unterlässt er dies, bleibt er mit seiner Behauptung einer höheren als der nach dem EU-Prüfverfahren ermittelten Abweichung des Kraftstoffverbrauchs beweisfällig.</p>	<p>LG München II, Urteil vom 15.05.2020 (Az. 13 O 4777/16)</p> <p><i>bestätigt durch OLG München, Beschlüsse vom 17.11.2020 und 11.01.2021 (Az. 23 U 3551/20)</i></p>
---	---

### 3.1.5 Fehlen der Herstellergarantie

<p>Das Bestehen einer Herstellergarantie während der Garantiezeit für ein Kfz stellt i.d.R. ein Beschaffenheitsmerkmal dar, da dieser Faktor nach der Verkehrsauffassung Einfluss auf die Wertschätzung des Fahrzeugs hat. Das Fehlen einer <b>beworbenen Herstellergarantie</b> begründet daher einen Sachmangel.</p>	<p>BGH, Urteil vom 15.06.2016 (Az. VIII ZR 134/15)</p> <p><b>[andere Ansicht noch:</b>          OLG München, Beschluss vom 13.05.2015 (Az. 21 U 4559/14)          LG Ingolstadt, Urteil vom 30.10.2014 (Az. 32 O 209/14)]</p>
<p>Ein Fahrzeug weist die vereinbarte Werksgarantie nicht auf, wenn die erste <b>Inspektion nicht nach den im Serviceheft aufgeführten Wartungsintervallen durchgeführt</b> worden ist. Das gilt auch für Fahrzeuge mit geringer Laufleistung (<i>hier</i>: 114 km), wenn eine Inspektion unter zeitlichen Gesichtspunkten fällig war. Keine Rolle spielt, ob dem Verkäufer der Garantieverlust bekannt war und/oder ob die Durchführung einer Inspektion aus technischer Sicht sinnvoll war.</p> <p>(Freiwillige) <b>Kulanzleistungen</b> des Herstellers sind kein gleichwertiger Ersatz für (einklagbare) Garantieleistungen.</p>	<p>OLG Zweibrücken, Beschluss vom 12.12.2017 (Az. 1 U 186/16)</p>
<p>Das Fehlen einer <b>zu erwartenden Herstellergarantie</b> stellt einen Sachmangel dar.</p>	<p>AG Freising, Urteil vom 20.02.2008 (Az. 5 C 1727/07)</p>

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

### 3.1.6 Standzeiten im GW-Handel

<p>Ob dem durch die Standzeit (vor Erstzulassung) voranschreitenden Alterungsprozess bei einem Gebrauchtwagen besonderes wirtschaftliches Gewicht zukommt und die Länge der Standzeit üblich ist, ist <b>einzelfallabhängig</b> zu entscheiden.</p> <p>Maßgeblich sind dabei etwa</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ die Dauer der Zulassung zum Straßenverkehr,</li> <li>■ die Laufzeit des Fahrzeugs,</li> <li>■ die Anzahl der Vorbesitzer und</li> <li>■ die Art der Vorbenutzung.</li> </ul> <p>Sofern hierdurch eine nicht unerhebliche <b>Abnutzung des Fahrzeugs</b> eingetreten ist, verliert der durch die Standzeit bedingte Alterungsprozess zunehmend an Bedeutung.</p>	<p>BGH, Urteil vom 29.06.2016 (Az. VIII ZR 191/15)</p>
<p>Eine Standzeit von <b>19 Monaten</b> unmittelbar <b>vor Weiterverkauf</b> eines älteren GW stellt für sich betrachtet keinen Sachmangel dar. Ein solcher liegt nur vor, wenn der GW <b>standzeitbedingte Mängel</b> aufweist.</p>	<p>BGH, Urteil vom 10.03.2009 (Az. VIII ZR 34/08)</p>
<p>Ein Fahrzeug, das als „<b>Jahreswagen</b>“ verkauft wird, weist einen standzeitbedingten Mangel auf, wenn zwischen der Herstellung und der Erstzulassung mehr als 12 Monate liegen.</p>	<p>BGH, Urteil vom 07.06.2006 (Az. VIII ZR 180/05)</p>
<p>Standzeit eines Gebrauchtwagens von <b>3 Jahren</b> ohne Aufklärung des Käufers</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 16.04.2003 (Az. 3 U 49/02)</p>
<p><b>Mehrjährige Abweichung</b> zwischen dem <b>Herstellungsdatum</b> und dem Datum der <b>Erstzulassung</b></p>	<p>OLG Karlsruhe, Urteil vom 26.05.2004 (Az. 1 U 10/04)</p>
<p>Ein <b>neuwertiger in Deutschland produzierter GW</b> ist mangelhaft, wenn zwischen Produktion und Erstzulassung mehr als 12 Monate liegen.</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 16.06.2008 (Az. I-1 U 231/07)</p>
<p>Ein <b>neuwertiges gebrauchtes reimportiertes EU-Fahrzeug</b> ist mangelhaft, wenn zwischen Produktion und Erstzulassung mehr als 18 Monate liegen.</p>	<p>OLG Celle, Urteil vom 11.06.2008 (Az. 7 U 226/07)</p>

Zur Frage, ob bzw. unter welchen Voraussetzungen eine <b>mehr als 12-monatige Standzeit seit Herstellung</b> des Fahrzeugs bei einem <b>älteren GW</b> als Sachmangel zu werten ist	OLG Schleswig-Holstein, Urteil vom 25.11.2008 (Az. 3 U 39/07)
---	---

### 3.1.7 Zahnriemen

Lockerung des Zahnriemens durch <b>Materialfehler</b> und <b>zu hohem Verschleiß</b> , sofern Fahrfehler ausscheiden	BGH, Urteil vom 02.06.2004, (Az. VIII ZR 329/03)
<b>Anlage zum vorzeitigen Verschleiß</b> eines Zahnriemens, wenn es nahe liegt, dass ein späterer Riss im technischen Zustand des Fahrzeugs angelegt war	OLG Naumburg, Urteil vom 24.06.2010 (Az. 2 U 77/09)
<b>Bruch der Befestigungsschraube der Spannrolle</b> eines Zahnriemens vor Eintritt eines Wechselintervalls ist übermäßiger Verschleiß und damit als Sachmangel zu werten	OLG Hamm, Urteil vom 18.06.2007 (Az. 2 U 220/06)
Motorschaden, der durch einen <b>Lagerschaden der Spannrolle mit anschließendem Ausfall des Zahnriemenantriebes</b> entstanden ist	LG Köln, Urteil vom 14.09.2011 (Az. 26 O 214/10)

### 3.1.8 Wassereintritt / Feuchtigkeit

Feuchtigkeit im <b>Innenraum eines älteren Geländewagens</b>	BGH, Urteil vom 05.11.2008 (Az. VIII ZR 166/07)
Wassereintritt in den <b>Innenraum eines Geländewagens</b>	OLG Düsseldorf, Urteil vom 30.04.2007 (Az. I-1 U 252/06)
Wassereintritt in den <b>Innenraum eines Neuwagens</b>	KG Berlin, Beschluss vom 20.07.2009 (Az. 8 U 96/09)
Wassereintritt in den <b>Kofferraum</b> wegen Undichtigkeit der Heckklappe	OLG Karlsruhe, Urteil vom 14.05.2009 (Az. 4 U 148/07)
<b>Regenwasseransammlung im Türbereich</b> jedenfalls dann, wenn dies bei Frosttemperaturen zum Einfrieren der Türen führt und sich die Scheiben in den Türen nicht mehr öffnen lassen	LG Kassel, Urteil vom 04.08.2010 (Az. 6 O 778/10)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

Wassereintritt an <b>verschiedenen Stellen eines Cabriodaches</b> , die auf dessen Grundkonstruktion beruhen, begründen „ <u>einen</u> “ Sachmangel	OLG Hamm, Urteil vom 22.07.2010 (Az. I-2 U 242/09)
Wassereintritt an den <b>Innenscheiben</b> eines für die Benutzung von Waschanlagen zugelassenen <b>Cabrios</b> bei der Durchfahrt durch eine Waschstraße	OLG Brandenburg, Urteil vom 21.02.2007 (Az. 4 U 121/06)
Jeglicher <b>wiederkehrender Eintritt von Wasser</b> begründet einen Sachmangel	LG Aurich, Urteil vom 09.05.2008 (Az. 1 S 60/08)
Feuchtigkeit im <b>Scheinwerfer</b>	LG Oldenburg, Urteil vom 15.01.2004 (Az. 16 S 612/03)

### 3.1.9 Farbabweichung beim Neuwagenkauf

Eine Farbabweichung ist i.d.R. sogar eine <b>erhebliche Pflichtverletzung</b> , die zum Rücktritt berechtigt.	BGH, Urteil vom 17.02.2010 (Az. VIII ZR 70/07)
Bei <b>objektiver und subjektiver Farbabweichung gegenüber der vom Hersteller verwendeten Farbbezeichnung</b> ( <u>hier</u> : Bei der als „carbonschwarz“ bezeichneten Farbe handelte es sich tatsächlich eher um einen Blauton.)	OLG Köln, Beschluss vom 14.10.2005 (Az. 10 U 88/05)  Landgericht Aachen, Urteil vom 26.04.2005 (Az. 12 O 493/04)
Eine Abweichung von der vereinbarten Beschaffenheit liegt auch dann vor, wenn die Farbabweichung sich nur auf <b>Nuancen desselben Grundfarbtons</b> bezieht ( <u>hier</u> : „Pirineos Grau“ statt „Track-Grau“).	LG Ansbach, Beschluss vom 09.07.2014 (Az. 1 S 66/14)

### 3.1.10 Betriebsunfähigkeit / Allgemeine Betriebserlaubnis (ABE)

Ob die Montage von <b>Rädern auf nicht zugelassenen Felgen</b> vor Übergabe des Fahrzeugs an den Käufer einen Sachmangel des Fahrzeugs begründet, hängt von den Umständen des jeweiligen Einzelfalls ab.	BGH, Urteil vom 11.12.2019 (Az. VIII ZR 361/18)
--	---

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden



<p>Hat die fehlende ABE der Felgen das Erlöschen der ABE des Fahrzeugs zur Folge, ist von einem Sachmangel auszugehen.</p> <p>Steht nicht fest, dass die ABE des Fahrzeugs durch die Montage von Rädern mit nicht zugelassenen Felgen erloschen ist, liegt ein Sachmangel auch dann vor, wenn die Parteien das <b>Nachreichen der Betriebserlaubnis für die Felgen vereinbart</b> hatten, der Verkäufer dem aber nicht nachgekommen ist. Dieser Umstand wirkt sich auch auf die Beschaffenheit des Fahrzeugs als solche aus.</p>	
Fehlende Betriebsfähigkeit, wie z.B. <b>bei nicht typengerechtem Austauschmotor</b>	OLG Bremen, Urteil vom 10.09.2003 (Az. 1 U 12/03 b)
Erlöschen der ABE durch <b>Ein- oder Anbau von Teilen, die das Abgasverhalten nachteilig beeinflussen</b> , wenn eine Abnahme durch einen amtlich anerkannten Sachverständigen unterbleibt und/oder eine Abnahmebestätigung fehlt	OLG Karlsruhe, Urteil vom 24.03.2006 (Az. 1 U 181/05)
<b>Fehlender Eintrag einer Leistungssteigerung durch Chip-Tuning</b> in die Zulassungsbescheinigung Teil II	LG Koblenz, Urteil vom 28.06.2012 (Az. 1 O 447/10)
<p>GW-Kauf: Das <b>Datum der Betriebserlaubnis</b> liegt wesentlich <b>vor</b> dem Datum der <b>Erstzulassung</b></p> <p>Bei Abschluss des Kaufvertrages wird stillschweigend vorausgesetzt, dass das Fahrzeug in dem Jahr hergestellt worden ist, auf das das Datum der Erstzulassung schließen lässt.</p>	LG Bautzen, Beschluss vom 20.07.2005 (Az. 2 O 339/05)

### 3.1.11 Getriebe

Getriebedefekt bzw. Schaltauffälligkeiten, die allein auf einem <b>Defekt des EPC-Ventils</b> beruhen	OLG Düsseldorf, Urteil vom 23.06.2008 (Az. I-1 U 264/07)
Getriebeschaden durch <b>Bruch der Federn der Lamellenkupplung</b> wegen Fertigungs- bzw. Materialfehler oder vorzeitiger Materialermüdung	LG Köln, Urteil vom 27.06.2006 (Az. 2 O 52/05)
<b>Schäden am Getriebe</b> bei einem 8 Jahre alten Opel Omega Caravan	LG Hof, Urteil vom 23.07.2003 (Az. 32 O 713/02)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

### 3.1.12 Konstruktionsfehler

<p><b>Konstruktionsfehler</b> (im Gegensatz zu bloßen konstruktionsbedingten Eigenheiten), <b>die dem Stand der Technik widersprechen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Konstruktiv bedingte <b>Formunbeständigkeit der Pkw-Innenverkleidung</b></li> <li>■ <b>Riss am Zylinderkopf</b>, der nicht dem Stand der Technik entspricht</li> <li>■ <b>Ausfall des Automatikgetriebes</b> bei geringer Laufleistung</li> <li>■ <b>Erhöhter Getriebeverschleiß</b> eines überwiegend für den amerikanischen Markt produziertes Fahrzeug, das aber auch in Mitteleuropa vertrieben wird</li> <li>■ <b>Einfrieren der Heckklappe durch Eisbildung in einer Rille der Stoßstange</b> wegen zu schmaler Regenabläufächer</li> </ul>	<p>OLG Saarbrücken, Urteil vom 22.06.2005 (Az. 1 U 567/04-167)</p> <p>OLG Thüringen, Urteil vom 19.01.2006 (Az. 1 U 846/04)</p> <p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 19.06.2006 (Az. 1 U 38/06)</p> <p>OLG Stuttgart, Urteil vom 15.08.2006 (Az. 10 U 84/06)</p> <p>LG Köln, Urteil vom 21.12.2011 (Az. 13 S 253/10)</p>
<p><b>Konstruktionsbedingte, serienmäßige Beschleunigungsverzögerung</b> eines neuen Geländewagens, der vorliegend sogar zu einer Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit führte</p> <p>(<i>hier</i>: 10 Sekunden Verzögerung im Geschwindigkeitsbereich über 140 km/h)</p>	<p>OLG Karlsruhe, Urteil vom 28.06.2007 (Az. 9 U 239/06)</p>
<p><b>Halteschuh des Kettenspanners</b>, bei dem es konstruktionsbedingt zu einem Schwingbruch eines Zahns am Halteschuh kommt, der ein Überspringen der Steuerkette bewirkt und damit einen kapitalen Motorschaden verursacht</p>	<p>OLG Köln, Urteil vom 23.12.2021 (Az. 8 U 28/20)</p>
<p><b>Konstruktionsbedingte Besonderheit, die zu außergewöhnlichem Verschleiß führt</b>, der nicht durch Wartungsmaßnahmen verhindert werden kann</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 19.06.2006 (Az. 1 U 38/06)</p> <p>OLG Brandenburg, Urteil vom 13.06.2007 (Az. 13 U 162/06)</p>

<b>Serienmäßige, funktionsbeeinträchtigende, a-typische Verschleißerscheinungen des Kettenspanners</b> , die herstellereits später durch eine Bauteilveränderung beseitigt wurden	OLG Düsseldorf, Urteil vom 29.11.2011 (Az. I-1 U 141/07)
---	--

### 3.1.13 Fahrkomfort

Auch der Fahrkomfort stellt eine wichtige Eigenschaft dar. Ein Komfortmangel in Form von <b>quietschenden Bremsgeräuschen</b> kann daher bei Fahrzeugen der gehobenen Preisklasse einen Sachmangel begründen.	OLG Schleswig, Urteil vom 25.07.2008 (Az. 14 U 125/07)
<b>Quietschgeräusche beim Bremsen</b> aufgrund eines unerwünschten Schwingungsverhaltens der Bremskomponenten	KG Berlin, Urteil vom 03.06.2013 (Az. 25 U 49/12)
Störende <b>Quietschgeräusche beim Betrieb eines NW im Gasbetrieb</b> (Gastank mit Verdampfungssystem, bei dem der Schwimmer des Multiventils beim Beschleunigen, Bremsen, bei Kurvenfahrten und Unebenheiten störende Geräusche erzeugt)	OLG Koblenz, Hinweisbeschluss vom 08.03.2013 (Az. 3 U 1498/12)
Untypische, periodisch wiederkehrende „schabende“ <b>Geräusche aus dem Motorraum</b>	LG Leipzig, Urteil vom 01.06.2007 (Az. 10 O 551/06)
Übernatürlich laute <b>Windgeräusche</b> , die bei ausgefahrener Audioantenne entstehen	LG Coburg, Urteil vom 18.11.2008 (Az. 22 O 513/07)
„ <b>Schaltloch</b> “ <b>des Automatikgetriebes</b> stellt jedenfalls bei Fahrzeugen im Segment der oberen Mittelklasse zumindest einen Komfortmangel dar	OLG Düsseldorf, Urteil vom 18.01.2008 (Az. I-17 U 2/07)
<b>Ruckeln des Automatikgetriebes</b> beim automatischen Herabschalten von der 2. in die 1. Stufe bei einem Fahrzeug der gehobenen Mittelklasse	OLG Köln, Urteil vom 27.04.2010 (Az. 15 U 185/09)
<b>Serienuntypische Vibration</b> eines Diesel-Neuwagens in bestimmten Drehzahlbereichen, weil Motor, Antriebsstrang und Karosserie nicht richtig aufeinander abgestimmt sind	OLG Koblenz, Urteil vom 13.01.2011 (Az. 5 U 20/10)

Im Rückenbereich und an der Kopfstütze deutlich fühlbare und auffällige <b>Vibrationen bei einer Leerlaufzahl von 600 U/min</b> stellen bei einem Neuwagen einen Komfortmangel dar.	LG München I, Urteil vom 29.01.2009 (Az. 4 O 6504/07)
Sporadisch auftretender <b>Gummi-Brandgeruch</b> – ohne reale Brandgefahr – bei einem Neuwagen der gehobenen Mittelklasse	LG München I, Urteil vom 14.09.2009 (Az. 15 O 10266/08)

### 3.1.14 Sonstige Sachmängel

Wird der Fahrer eines Fahrzeugs aufgrund einer <b>fehlerhaften Software der Kupplungsüberhitzungsanzeige</b> durch eine <b>Warnmeldung</b> aufgefordert, das Fahrzeug anzuhalten, um die Kupplung abkühlen zu lassen, liegt darin auch dann ein Sachmangel, wenn ein Anhalten mangels Überhitzung tatsächlich nicht erforderlich ist.	BGH, Urteil vom 24.10.2018 (Az. VIII ZR 66/17)
<b>Schmutzerscheinungen in den Scheinwerfern</b> eines Gebrauchtwagens, die nicht von Anfang an vorhanden waren, sondern erst nach einigen Jahren auftraten	BGH, Beschluss vom 16.05.2017 (Az. VIII ZR 102/16)
Wird ein als <b>Kurzzulassung</b> verkauftes Fahrzeug erst nach Ablauf eines für eine Kurzzulassung tolerablen Zeitraums von maximal 30 Tagen <b>verspätet ausgeliefert</b> , weist es durch die damit einhergehende Wertminderung einen ausgleichspflichtigen Sachmangel auf.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 22.08.2019 (Az. I-3 U 6/19)
<b>Fehlende Kurzstreckentauglichkeit eines Dieselfahrzeugs mit Eco-Tec-Motor</b> (ohne Rußpartikelfilter) kann einen Sachmangel darstellen	OLG Oldenburg, Urteil vom 04.03.2011 (Az. 6 U 243/10)
<b>Dieselpartikelfilter</b> , bei dem sich aufgrund eines funktionsuntüchtigen Drucksensors in Kombination mit einem werkseitigen Fehler an den Pumpe-Düsen-Elementen <b>mehr Ruß als üblich ablagert</b> , geht über normalen Verschleiß hinaus und ist als Sachmangel zu werten.	OLG Hamm, Urteil vom 11.05.2017 (Az. 28 U 89/16)



Ein <b>verstopfter Dieselfilter</b> stellt grundsätzlich einen Sachmangel dar, wenn er seine Funktion, aus den Abgasen schädliche Rußpartikel auszufiltern, nicht mehr erfüllt. Eine andere Frage ist, ob der Mangel schon bei Übergabe des Fahrzeugs angelegt war und ob die Beweisregelung des § 476 BGB (seit 2018 geregelt in § 477 BGB) eingreift.	LG Düsseldorf, Urteil vom 19.02.2014 (Az. 23 S 156/13)
Wiederholt spontan auftretende <b>Startprobleme bei einem Neuwagen</b> in einem zeitlichen Umfang von mindestens 5 Minuten bis zum Gelingen des Starts	OLG München, Urteil vom 26.10.2011 (Az. 3 U 1853/11)
Der <b>Ausfall der Fahrzeugbatterie eines Verbrennerfahrzeugs</b> ist nur dann ein Sachmangel, wenn er sicher auf die Fahrzeugbeschaffenheit und nicht auf allgemeinen Verschleiß oder eine fehlerhafte Behandlung durch den Käufer zurückzuführen ist. Unklarheiten gehen zu Lasten des Käufers.	OLG Hamm, Urteil vom 06.02.2014 (Az. I-28 U 20/13)
Der Käufer eines GW braucht im Allgemeinen nicht mit einer <b>sofortigen Funktionsuntauglichkeit oder Verkehrsunsicherheit eines Verschleißteils</b> zu rechnen. Ein Verschleißgrad, der den normalen Nutzer unter gewöhnlichen Umständen zum Auswechseln des Verschleißteils veranlasst, stellt einen Sachmangel dar, wenn das Fahrzeug ohne Austausch – und ohne Hinweis auf die Erneuerungsbedürftigkeit – verkauft wird.	OLG Hamm, Urteil vom 10.06.2010 (Az. I-28 U 15/10)
<b>Motorschaden aufgrund eines Schmiermittelversagens an einem der Zylinder</b> , wegen einer herstellerbedingten, lokalen thermischen Überhitzung	OLG Koblenz, Urteil vom 27.05.2011 (Az. 10 U 945/10)
<b>Motorschaden infolge</b> des Ölverlusts eines bei Übergabe des Fahrzeugs <b>defekten Ölschlauchs</b>	OLG Koblenz, Beschluss vom 21.11.2012 (Az. 2 U 460/12) LG Koblenz, Urteil vom 02.04.2012 (Az. 5 O 65/11)
Legen <b>untypische</b> , trotz umfangreicher Reparaturmaßnahmen <b>nicht behebbare Geräusche</b> den <b>Verdacht eines weitergehenden Mangels oder Schadens im Motorraum</b> nahe, so kann hierin u.U. ein Sachmangel liegen.	OLG Sachsen-Anhalt, Urteil vom 06.11.2008 (Az. 1 U 30/08)

<p>Bereits der <b>hinreichend konkrete Verdacht eines Sachmangels</b> kann einen Sachmangel begründen, wenn ein bestehendes Risiko bei Verwendung der Sache nicht ausgeräumt werden kann.</p> <p>(<i>hier</i>: Es bestand der konkrete Verdacht, dass ein Motorschaden im Fahrzeug wegen Erhöhung der Kühlwassertemperatur angelegt worden war.)</p>	<p>LG Schweinfurt, Urteil vom 07.10.2021 (Az. 22 O 541/20)</p>
<p>Abweichung der <b>Motorleistung</b> von den Werksangaben: Die Ermittlung der Motorleistung auf einem Rollenprüfstand ist eine geeignete Messmethode, soweit die bei dieser Methode auftretenden Besonderheiten Berücksichtigung finden. Das gilt auch dann, wenn die Prospektangaben des Herstellers auf der Grundlage der EU-Richtlinie 80/1269/EWG auf einer direkten Messung am Motor beruhen.</p>	<p>OLG Köln, Urteil vom 02.12.2010 (Az. 21 U 18/10)</p>
<p><b>Downsizing-Modell</b> (= mehr Umweltschutz durch weniger Verbrauch aufgrund reduzierter Motorleistung), wenn die Motorleistung vereinbart wurde: Herstellerseitige Änderungen sind dem Käufer in diesem Fall nicht zumutbar</p>	<p>KG Berlin, Urteil vom 27.10.2011 (Az. 23 U 15/11)</p>
<p><b>Falsche Motorisierung eines Wohnmobils</b></p> <p>(<i>hier</i>: Lieferung eines Ford-Motors 2,0 TDE mit 100 PS, statt des ausdrücklich vereinbarten Ford-Motors 2,0 TDCI mit 100 PS)</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 28.04.2008 (Az. I-1 U 273/07)</p>
<p><b>Unebenheiten/Verwerfungen der Außenhaut eines Wohnmobils, die der Sandwichbauweise geschuldet sind</b></p> <p>Völlige Ebenheit lässt sich nicht herstellen. Das Maß, welche Unebenheiten und Verwerfungen noch üblich sind, variiert nach den verwendeten Materialien der Aufbauten. Ein allgemein anerkanntes Regelwerk, das zulässige Toleranzen und damit den Stand der Technik definiert, gibt es nicht. Treten auffällige Verwerfungen an Stellen auf, die an einer Vielzahl von Vergleichsfahrzeugen nicht auftreten, liegt eine Abweichung von der üblichen Beschaffenheit und damit ein Sachmangel vor.</p>	<p>OLG Stuttgart, Urteil vom 11.07.2018 (Az. 3 U 71/17)</p>
<p>GW-Kauf: Abweichung vom vertraglich vereinbarten <b>Modelljahr</b></p>	<p>OLG Nürnberg, Urteil vom 21.03.2005 (Az. 8 U 2366/04)</p>

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Unberechtigtes Führen einer <b>Umweltplakette</b>	OLG Düsseldorf, Urteil vom 22.12.2011 (Az. I-22 U 103/11)  <b><u>andere Ansicht:</u></b> OLG Düsseldorf, Urteil vom 06.06.2012 (Az. I-3 U 63/11)  <i>Der BGH hat diesen Punkt im Revisionsurteil vom 13.03.2013 (Az. VIII ZR 186/12) offen gelassen.</i>
<b>Längung der Steuerkette</b>	OLG Brandenburg, Urteil vom 01.03.2019 (Az. 4 U 30/18)
<b>Zu geringe Bodenfreiheit</b> ( <u>hier</u> : 11 cm ohne Zuladung)	OLG Hamm, Urteil vom 21.01.2010 (Az. 28 U 178/09)
Lieferung eines als Kühlfahrzeug umgebauten Neuwagens (Kastenwagen), bei dem die Kühlung wegen <b>Fehlens eines Bauteils</b> nicht in Betrieb genommen werden kann	KG Berlin, Urteil vom 18.06.2009 (Az. 12 U 110/08)
Auch ein instandgesetzter „ <b>Diebstahlschaden</b> “ begründet einen Sachmangel, wenn die anlässlich des Diebstahls verursachten Schäden die Bagatellgrenze überschritten haben.	OLG Köln, Beschluss vom 21.03.2011 (Az. 5 U 175/10)
Die Vorbenutzung eines Gebrauchtwagens von weniger als einem Jahr aus „erster Hand“ als <b>Mietfahrzeug</b> stellt einen Mangel dar.	OLG Stuttgart, Urteil vom 31.07.2008 (Az. 19 U 54/08)
Frühere Verwendung eines Fahrzeugs als <b>Mietwagen</b> haftet einem Pkw auf Dauer an	AG Bergheim, Urteil vom 14.01.2005 (Az. 28 C 260/03)
<b>Qualitative Minderleistungen</b> , wie <b>fehlender Einbau von Sonderausstattungen</b> oder das vereinbarte <b>Tieferlegen des Fahrzeugs</b>	OLG Celle, Urteil vom 05.11.2003 (Az. 7 U 50/03)
<b>Dauerbruch einer Ventildfeder</b> als Ursache eines Motorschadens bei einem 10 ½ Jahre alten Porsche	OLG Köln, Urteil vom 11.11.2003 (Az. 22 U 88/03)
<b>Leck an der Kraftstoffzuleitung im Motorraum</b> , die zu einem Brand führt	OLG Celle, Urteil vom 16.04.2008 (Az. 7 U 224/07)

 Gilt allgemein	 Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	 Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
--	---	---

<b>Fehlerhafte Bremsflüssigkeitsanzeige</b>	OLG Stuttgart, Urteil vom 01.12.2009 (Az. 6 U 248/08)
<b>Selbsttätiges Öffnen des Schiebedaches</b> um 10 – 20 cm im Anschluss an dessen Schließen ebenso wie der Umstand, dass sich das <b>Schiebedach</b> nur zu $\frac{3}{4}$ öffnen lässt	OLG Köln, Urteil vom 27.04.2010 (Az. 15 U 185/09)
<b>Produktion</b> in einem Land <b>außerhalb der EU</b> (bei fehlender Aufklärung)	LG Ellwangen, Urteil vom 13.12.2002 (Az. 3 O 219/02)
<b>Fehlende ESP-Ausrüstung</b> bei <b>Reimportfahrzeug</b>	LG Karlsruhe, Urteil vom 30.07.2010 (Az. 5 O 97/10)
Ausfall der <b>Einspritzdüse</b> wegen überdurchschnittlichen Verschleißes	LG Dortmund, Urteil vom 21.12.2007 (Az. 22 O 212/06)
Wiederholter Ausfall der <b>Steuereinheit MCU</b> zur Einstellung verschiedenster Fahrzeugfunktionen über das Zentraldisplay	LG München I, Urteil vom 17.06.2022 (Az. 4 O 3834/19)
Wird „ <b>Innenausstattung Leder</b> “ vereinbart, liegt ein Mangel vor, wenn einzelne Teile ( <u>hier</u> : Türinnenverkleidung, Kopfstützen und Sitzwangen) nur mit Kunstleder ausgestattet sind	LG Saarbrücken, Beschluss vom 17.12.2008 (Az. 9 O 188/08)
Defekt am <b>Fensterheber</b> und <b>Rost</b> an Kofferraumschanieren eines Neuwagens	LG Ellwangen, Urteil vom 13.12.2002 (Az. 3 O 219/02)
<b>Telefoneinrichtung</b> , bei der ohne Freizeichen der Gesprächsteilnehmer sofort in der Leistung ist	LG Coburg, Urteil vom 18.11.2008 (Az. 22 O 513/07)
<b>Navigationssystem</b> , bei dem die Beendigung der Navigation vom Ausschalten des Motors abhängig ist	LG Mühlhausen, Urteil vom 27.11.2009 (Az. 3 O 326/05)
Der <b>Rattenbefall</b> eines Wohnmobils stellt jedenfalls dann einen Sachmangel dar, wenn das Ungeziefer die Substanz der Sache angreift oder die Gefahr des vollständigen Verlusts der Gebrauchsfähigkeit besteht.  ( <u>hier</u> : Störungen in der Fahrzeugelektronik durch angenagte Kabel)	LG Freiburg, Urteil vom 10.12.2012 (Az. 6 O 277/12)
Schäden an der <b>Sitzheizung</b> , der <b>Standheizung</b> und am <b>Tempomat</b> bei einem 8 Jahre alten Opel Omega Caravan	LG Hof, Urteil vom 23.07.2003 (Az. 32 O 713/02)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden



Nicht funktionierender <b>Allradantrieb</b>	LG München I, Urteil vom 16.04.2010 (Az. 34 S 23286/09)
<b>Defekt am Katalysator</b> Es kommt nur ein technischer Defekt in Betracht, da ein Verschleiß nicht möglich ist.	AG Zeven, Urteil vom 19.12.2002 (Az. 3 C 242/02) <u><b>andere Ansicht:</b></u> AG Offenbach, Urteil vom 27.09.2004 (Az. 38 C 276/04) LG Darmstadt, Urteil vom 22.12.2004 (Az. 6 S 243/04)
Defekte am <b>Steuergerät</b> und an der <b>Drosselklappe</b> sind Sachmängel und kein Verschleiß, da kein Abrieb metallischer oder sonstiger Oberflächen vorliegt.	AG Schwäbisch Hall, Urteil vom 20.12.2011 (Az. 5 C 557/11)
Ein Fehler, der zu einem <b>Kabelbrand</b> führt	AG Marsberg, Urteil vom 09.10.2002 (Az. 1 C 143/02)
Ein Defekt der automatischen <b>Freilaufnarbe</b>	AG Potsdam, Urteil vom 12.09.2002 (Az. 30 C 122/02)
Deutlich störender <b>Kratzer auf dem Display eines fest eingebauten Navigationsgeräts ohne Touchscreen</b> bei einem 3 Jahre alten Gebrauchtwagen	AG Hannover, Urteil vom 17.05.2017 (Az. 502 C 10372/16)
Vom Käufer/Nutzer <b>nicht abschaltbares herstellergebundenes Notrufsystem</b> , sofern außer einem Hinweis auf das Vorhandensein des Notrufsystems kein Hinweis darauf erfolgt, dass der Käufer/Nutzer das System nicht selbst deaktivieren kann	AG Düsseldorf, Urteil vom 23.03.2018 (Az. 44 C 3147/17)
3 Jahre lang gelagerte <b>Reifen</b> sind wegen der Auswirkungen auf ihre Lebensdauer und ihren Wiederverkaufswert mangelhaft.	AG Hamburg, Urteil vom 23.07.2007 (Az. 5 C 99/06)
<b>Reifen</b> , die sachgemäß nach den Lagerbedingungen DIN 7716 bzw. ISO 2230 gelagert werden, können bis zu 5 Jahre ihre Neuwageneigenschaft behalten. Erfolgt dies nicht, weisen Reifen, deren Herstellung zum Verkaufszeitpunkt mehr als 2 Jahre und 4 Monate zurückliegt, keine Neureifenqualität mehr auf.	AG Starnberg, Urteil vom 16.12.2009 (Az. 6 C 1725/09)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

## 3.2 Sachmangel verneint




Demgegenüber wurde das Vorliegen eines Sachmangels in folgenden Fällen **verneint**:

### 3.2.1 Nachlackierungen, die nicht auf einem Unfallschaden beruhen

KEIN SACHMANGEL / SACHMANGEL VERNEINT:	
Die <b>fehlende Originallackierung</b> oder der <b>Austausch von Originalteilen</b> in technisch einwandfreier Weise stellt jedenfalls bei einem 4 Jahre alten Gebrauchtwagen keinen Sachmangel dar.	BGH, Urteil vom 20.05.2009 (Az. VIII ZR 191/07)
Nachlackierungen bei einem GW, die <b>fachgerecht durchgeführt</b> worden sind, begründen in der Regel keinen Sachmangel.	OLG Hamm, Beschluss vom 30.09.2015 (Az. I-2 U 97/14)
Nachlackierungen, die <b>im Herstellerwerk veranlasst</b> worden sind, stellen keinen Mangel dar.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 18.08.2008 (Az. I-1 U 168/07)
Neulackierung eines <b>älteren Gebrauchtwagens</b> stellt ohne Hinzutreten besonderer Umstände keinen Sachmangel dar.	OLG Frankfurt/M. Urteil vom 30.06.2009 (Az. 14 U 204/07)
<b>Lichtreflexionen auf dem Lack durch Spiegelungseffekt der Zierleisten bei Sonnenschein</b> sind kein Sachmangel.	OLG Düsseldorf, Beschluss vom 06.02.2014 (Az. I-3 U 23/14)

### 3.2.2 Standzeiten im GW-Handel

KEIN SACHMANGEL / SACHMANGEL VERNEINT:	
<b>Standzeit von 14 Monaten</b> zwischen Herstellung und Erstzulassung stellt bei einem <b>älteren GW</b> , der 2 Jahre und 3 Monate zugelassen war, keinen Sachmangel dar	OLG Schleswig-Holstein, Urteil vom 25.11.2008 (Az. 3 U 39/07)
Standzeit von <b>14 ½ Monaten seit Produktion</b> ist bei einem 3 Jahre und 5 Monate alten GW kein Sachmangel	KG Berlin, Beschluss vom 13.01.2011 (Az. 8 U 97/10)
<b>Standzeit von 2 Jahren</b> zwischen Herstellung und Erstzulassung stellt bei einem als „ <b>Vorführgewagen zum Sonderpreis mit Zulassung</b> “ verkauften <b>Wohnmobil</b> mit einer Gesamtfahrleistung von 35 km keinen Sachmangel dar	OLG Karlsruhe, Urteil vom 10.02.2009 (Az. 9 U 176/08)

 Gilt allgemein	 Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	 Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
--	---	---




Standzeit von <b>2 Jahren</b> ist bei einem ca. 6 Jahre alten <b>gebrauchten Motorrad</b> mit einer Laufleistung von 11.800 km und ohne standzeitbedingte Mängel kein Sachmangel.	LG Itzehoe, Urteil vom 20.04.2011 (Az. 3 O 394/10)
Wird ein Gebrauchtfahrzeug als „ <b>Showcar</b> “ mit 4.100 km, aber <b>ohne Erstzulassung</b> verkauft, ist es Sache des Käufers, sich nach dem Baujahr zu erkundigen ( <u>hier</u> : <b>Standzeit 4 Jahre</b> ).	KG Berlin, Beschluss vom 27.01.2015 (Az. 4 U 55/13)

### 3.2.3 Importeigenschaft

KEIN SACHMANGEL / SACHMANGEL VERNEINT:	
Der Umstand, dass es sich bei einem GW um ein EU-Import-Fahrzeug handelt, begründet schon deshalb keinen Sachmangel, weil es dabei um <b>keine dem Fahrzeug anhaftende Beschaffenheit</b> geht.	OLG Hamm, Beschluss vom 09.06.2016 (Az. 28 U 66/16)  OLG Köln, Beschluss vom 15.05.2014 (Az. 19 U 3/14)
Die Reimporteigenschaft eines GW allein begründet noch keinen Sachmangel, es sei denn, das Fahrzeug weist außerdem nicht alle in Deutschland serienmäßig angebotenen <b>Ausstattungsmerkmale</b> auf.	OLG Naumburg, Urteil vom 07.12.2005 (Az. 6 U 24/05)  KG Berlin, Beschlüsse vom 06.10./ 29.08.2011 (Az. 20 U 130/11)
Die Tatsache, dass es sich bei einem <b>gebrauchten Motorrad</b> um einen EU-Import handelt, begründet keinen Sachmangel, wenn die für den europäischen Markt – mit Ausnahme Großbritanniens – produzierten Fahrzeuge technisch und optisch vollkommen identisch sind und dafür eine einheitliche EG-Betriebsgenehmigungsnummer besteht, so dass die Importeigenschaft für die Preisbildung keine Bedeutung hat.	LG München I, Urteil vom 06.12.2016 (Az. 26 O 16507/15)

### 3.2.4 Wassereintritt

KEIN SACHMANGEL / SACHMANGEL VERNEINT:	
Allein <b>die Regenwasseransammlung in den Vordertüren</b> ist ohne weitere Beeinträchtigung kein Sachmangel	OLG Celle, Urteil vom 07.01.2013 (Az. 7 U 154/12)

 Gilt allgemein	 Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	 Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
--	---	---

<b>Wassereintritt</b> in den Innenraum eines zur Benutzung von Waschanlagen zugelassenen <b>Cabrios</b> , aufgrund der mit einem Hochdruckgerät durchgeführten Vorreinigung, wenn eine derartige Vorreinigung entsprechend der Karosseriepflegeanleitung des Herstellers auch ohne Wassereintritt ordnungsgemäß durchgeführt werden kann	OLG Brandenburg, Urteil vom 21.02.2007 (Az. 4 U 121/06)
<b>Wassereintritt in den Kofferraum</b> durch Hineintropfen vom geöffneten Kofferraumdeckel, da dies vorliegend auch bei vergleichbaren Fahrzeugen üblich war	LG Frankenthal, Urteil vom 06.11.2008 (Az. 3 O 19/08)

### 3.2.5 Komforteinbuße durch Geräusche

KEIN SACHMANGEL / SACHMANGEL VERNEINT:	
Akustisch kaum wahrnehmbare <b>Geräusche im Bereich der Steuerkette</b> , bei denen nicht absehbar ist, ob sie ein Indiz für einen bevorstehenden Motorschaden sein können	OLG Frankfurt/M., Urteile vom 21.04.2017 (Az. 24 U 85/15 und 27 O 100/13)  LG Darmstadt, Urteil vom 30.01.2015 (Az. 27 O 100/13)
Kurz anhaltende, <b>durch die Steuerkette verursachte Geräusche</b> , begründen auch bei einem Neuwagen keinen Sachmangel	LG Köln, Urteil vom 08.07.2005 (Az. 5 O 335/03)
Ein <b>dieseltypisches „Nageln“</b> kurz nach dem Starten des Motors, das kurz darauf wieder verschwindet	LG Coburg, Urteil vom 25.11.2011 (Az. 13 O 366/11)
Kaum wahrnehmbares, kurzzeitiges „ <b>mahlendes, grollendes</b> “ <b>Geräusch</b> bei einem neuen Audi Q3, 2.0 TDI bei einer <b>Fahrt im 7. Gang bei 70 bis 80 km/h und leichter Beschleunigung aus dem Drehzahlbereich von ca. 1.400</b> ohne Vorliegen eines technischen Mangels	LG Münster, Urteil vom 15.11.2016 (Az. 15 O 152/15)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

### 3.2.6 Sonstige Fallgestaltungen

KEIN SACHMANGEL / SACHMANGEL VERNEINT:	
Ein <b>Dieselfahrzeug mit Partikelfilter</b> , das nicht überwiegend für den <b>Kurzstreckengebrauch</b> geeignet ist, aber dem derzeitigen Stand der Technik entspricht, weist eine übliche Beschaffenheit auf. Vergleichsmaßstab sind nur Dieselfahrzeuge <u>mit</u> Partikelfilter. Auch die Verbrauchererwartung muss sich auf Fahrzeuge dieser Vergleichsgruppe beziehen.	BGH, Urteil vom 04.03.2009 (Az. VIII ZR 160/08)  OLG Hamm, Urteil vom 19.03.2009 (Az. I-2 U 194/08)  OLG Hamm, Urteil vom 09.06.2009 (Az. 28 U 57/08)
<b>VW-Abgasskandal – Benzin-Fahrzeug (Leasing-Fall)</b>  Die <b>bloße Befürchtung</b> , dass auch ein vom VW-Konzern produzierter Benziner vom Abgasskandal betroffen ist oder Behauptungen, die ohne greifbare Anhaltspunkte willkürlich "aufs Geratewohl" oder "ins Blaue hinein" aufgestellt werden, rechtfertigen nicht die Annahme eines Sachmangels und bieten auch keine Grundlage für eine Beweisaufnahme.	OLG Stuttgart, Urteil vom 25.04.2017 (Az. 6 U 146/16)
Eine <b>erhöhte Kohlendioxidemission</b> begründet bei Vorliegen eines Kraftstoffmeherverbrauchs keinen eigenständigen Sachmangel.	OLG Hamm, Urteil vom 09.06.2011 (Az. I-28 U 12/11)
Allein der Hinweis im Verkaufsprospekt eines Herstellers, dass Sonderausstattungen den <b>Kraftstoffverbrauch</b> des Fahrzeugs wesentlich beeinflussen können, spielt für die Annahme eines Sachmangels keine Rolle.	LG Kassel, Urteil vom 08.12.2015 (Az. 7 O 55/14)
Eine frühere <b>Kurzzulassung/Tageszulassung</b> , über die der Käufer nicht informiert worden ist, begründet beim Gebrauchtwagenkauf keinen Sachmangel.	OLG Brandenburg, Urteil vom 14.02.2007 (Az. 4 U 68/06)
Das vom Hersteller gewollte zeitweise <b>Hochdrehen des Automatikgetriebes</b> entspricht dem Stand der Technik.	OLG Brandenburg, Urteil vom 19.03.2008 (Az. 4 U 135/07)
Unerhebliche Abweichung von weniger als 5 % von der angegebenen <b>Höchstgeschwindigkeit</b>	OLG Düsseldorf, Urteil vom 07.09.2005 (Az. I-3 U 8/04)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

<b>Eigenlenkverhalten</b> eines Neuwagens, das nur während der Beschleunigungsphase ab 80 km/h mit einem Versatz von 1 m auf 100 m Fahrstrecke auftrat, und bei dem Lenkkorrekturen mit wenig Kraftaufwand möglich sind	KG Berlin, Urteil vom 01.03.2010 (Az. 12 U 126/09)
Es lässt sich technisch nicht ausschließen, dass es in Einzelfällen zu <b>fehlerhaften Wegweisungen eines herstellereits verbauten Navigationsgerätes</b> kommt. Ein Mangel liegt deshalb nur vor, wenn die Fehlweisungen entweder auf einem im Fahrzeug angelegten technischen Defekt beruhen oder ein Navigationssystem mit seriell schon veralteter Hard- oder Software verbaut worden ist oder – bei Wahrung des Stands der Serie – die Fehlweisungen nach Art und/oder Anzahl ein Ausmaß annehmen, wie es bei vergleichbaren Fahrzeugen anderer Hersteller nicht zu finden ist.	OLG Hamm, Urteil vom 22.03.2016 (Az. 28 U 44/15)
<b>Pendelschwingungen eines Motorrads</b> , die auf individuellen Faktoren beruhen, begründen keinen Sachmangel.	OLG Hamm, Urteil vom 15.05.2008 (Az. 28 U 145/07)
Der <b>Ausfall der Fahrzeugbatterie</b> ist kein Sachmangel, wenn er auf allgemeinen Verschleiß oder eine fehlerhafte Behandlung durch den Käufer zurückzuführen ist. Wurde das Fahrzeug längere Zeit nicht bewegt ( <i>hier</i> : 4 Monate), ist die Gefahr einer Entleerung allgemein bekannt.	OLG Hamm, Urteil vom 06.02.2014 (Az. I-28 U 20/13)
Eine <b>Datenspeicherung</b> im Fahrzeug ist nicht per se wegen Verstoßes gegen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung als Sachmangel zu werten.  Eine eventbezogene Datenspeicherung für die Fehlerauslesung und Unfallauswertung, bei der nicht das <b>Risiko einer Datenspähung</b> besteht, weil die Daten entweder nicht mit Daten des Navigationsgeräts verknüpft werden oder im Navigationsgerät weder WLAN noch Bluetooth verbaut sind, entspricht dem Stand der Technik und stellt keinen Sachmangel dar.	OLG Hamm, Beschluss vom 02.07.2015 (Az. 28 U 46/15)
Eine <b>einmalig auftretende Fehlfunktion</b> begründet noch keinen Sachmangel  ( <i>hier</i> : <b>selbsttätiges Öffnen der Fensterscheiben</b> )	OLG Celle, Beschluss vom 21.07.2008 (Az. 7 U 99/08)

Führt eine konstruktionsbedingte Besonderheit zu einem <b>erhöhten Wartungsbedarf</b> , deren Beachtung gravierende Defekte am Pkw verhindert, liegt kein Sachmangel vor, wenn der Käufer die vom Hersteller empfohlenen Wartungsintervalle nicht eingehalten hat.	OLG Brandenburg, Urteil vom 13.06.2007 (Az. 13 U 162/06)
<b>Kauf eines Oldtimers mit längerer Stilllegungszeit</b> Bei Auskunft über durchgeführte Restaurationsarbeiten darf der Käufer weder die <b>Originalität der Bauteile</b> des Oldtimers erwarten noch dessen <b>zulassungs-/genehmigungsfreie Nutzbarkeit im Straßenverkehr</b> .	OLG Koblenz, Urteil vom 08.06.2011 (Az. 1 U 104/11)
Das <b>Aufschaukeln eines Anhängers</b> ist kein Sachmangel, wenn es sich mit einfachen Maßnahmen verhindern lässt (z.B. Höhenverstellung der Anhängerkupplung oder Mitführen eines Ballastgewichts).	OLG Zweibrücken, Beschluss vom 12.07.2024 (Az. 4 U 63/24)
<b>Verändert der Hersteller konstruktive Merkmale an der Baureihe</b> , z.B. aus Gründen der Modelloptimierung, führt dies nicht automatisch zur Mangelhaftigkeit der Vorgängermodelle.	LG Darmstadt, Urteil vom 30.01.2015 (Az. 27 O 100/13)
Die frühere Nutzung eines Gebrauchtwagens als <b>Mietfahrzeug</b> begründet keinen Sachmangel, da sie keine untypische Nutzung darstellt, weil immer mehr Neufahrzeuge zunächst als Mietwagen genutzt werden und das entscheidende Kriterium für die Wertbildung in der Anzahl der gefahrenen Kilometer zu sehen ist.	LG Kaiserslautern, Beschluss vom 25.03.2009 (Az. 2 O 498/08)
Die <b>gewerbliche Vornutzung</b> eines Gebrauchtwagens, der weder Taxi, Miet- noch Fahrschulwagen war, stellt keinen Sachmangel dar, wenn sie sich im üblichen Rahmen bewegt hat.	LG Kassel, Urteil vom 27.04.2010 (Az. 7 O 2091/08)
<b>Anfahrtsschwäche bei Kfz mit Automatikgetriebe</b> ( <i>hier</i> : „ <b>Turbo-Loch</b> “ bei Dieselfahrzeug mit Turbolader) ist seit 30 Jahren bekannt und entspricht (noch immer) dem <b>Stand der Technik</b>	LG München I, Urteil vom 09.05.2008 (Az. 29 O 6962/07)
Das voll funktionstüchtige <b>Zusatzausstattungspaket „Easy open“</b> begründet keinen Sachmangel, auch wenn es durch eine illegale <b>Ausspähung der Daten</b> die Öffnung und damit eine (weitere)	LG Braunschweig, Beschlüsse vom 23.05./29.06.2017 (Az. 4 S 90/17)

Möglichkeit zum Diebstahl des Fahrzeugs bietet. Es besteht auch keine entsprechende Aufklärungspflicht des Verkäufers.	AG Wolfsburg, Urteil vom 08.02.2017 (Az. 22 C 370/16)
Das <b>Nachlassen des Xenon-Lichts</b> stellt keinen Sachmangel dar, selbst wenn dies Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit hat, sofern es auf einer besonderen Art des Verschleißes beruht.	LG Kiel, Urteil vom 02.06.2020 (Az. 1 S 93/18)  a.A. noch AG Kiel, Urteil vom 09.03.2018 (Az. 108 C 8/17)
<b>Glanzabweichungen der Chromleisten</b> , die nur bei genauer Betrachtung aus unterschiedlichem Blickwinkel und Betrachtungsabstand erkennbar sind und die Gesamtoptik nicht beeinträchtigen	LG Bielefeld, Urteil vom 14.10.2016 (Az. 1 O 231/14)
Entstehen <b>im Rahmen der Nachbesserungsarbeiten Schäden an dem Fahrzeug</b> , lagen diese nicht bereits bei dessen Übergabe vor. Sie können daher allenfalls einen Schadensersatzanspruch <u>neben</u> der Leistung nach § 280 Abs. 1 BGB rechtfertigen.	LG Frankfurt/M., Urteil vom 01.07.2019 (Az. 2-33 O 127/18)
Dass Fahrzeuge, die nachträglich mit einer <b>Gasanlage</b> ausgerüstet worden sind, im Vergleich zum Benzinbetrieb (verschleißfrei) eine <b>geringere Leistung</b> erbringen und eine <b>höhere Verschleißanfälligkeit des Zylinderkopfes</b> aufweisen, entspricht dem Stand der Technik.	LG Osnabrück, Urteil vom 27.09.2010 (Az. 2 O 2244/09)
Das <b>Überspringen der Steuerkette</b> bei einem 5 Jahre alten <b>Kfz mit Gasanlage</b> und einer Laufleistung von knapp 93.500 km ist kein Sachmangel.	AG Neukölln, Urteil vom 27.01.2015 (Az. 5 C 222/13)
<b>Vorzeitiger Verschleiß</b> begründet nicht automatisch einen Sachmangel, wenn er nicht über das hinausgeht, was der Käufer angesichts des Typs und Alters sowie der Laufleistung und Vornutzung erwarten darf.	AG Nordhausen, Urteil vom 11.03.2010 (Az. 22 C 1027/08)
Ein <b>CD-Autoradio</b> , dass nicht alle kopiergeschützten CD's abspielen kann, stellt keinen Sachmangel dar.	AG Aachen, Urteil vom 28.11.2003 (Az. 84 C 210/03)
Weist die ADAC-Pannenstatistik für ein bestimmtes Modell eine erhöhte <b>„Marderbissanfälligkeit“</b> der Schläuche auf, so	AG Pirmasens, Urteil vom 23.08.2012 (Az. 3 C 271/12)



verwirklicht sich in diesen Fällen nur das allgemeine Lebensrisiko in Form der Unbeherrschbarkeit der Fauna ( <u>hier</u> : Marder).	
--	--

### 3.3 Verschleiß

Von Sachmängeln zu unterscheiden ist bei Gebrauchtwagen der normale/typische Verschleiß. Sofern keine abweichende Vereinbarung vorliegt, trägt der **Käufer das Risiko für normale Verschleiß-, Abnutzungs- und Alterungserscheinungen**. Das bedeutet im Gegenzug: Ohne besondere Vereinbarung haften Kfz-Händler i.d.R. nicht für normalen/typischen Verschleiß.

#### 3.3.1 Allgemeines

<p>Ein bei Fahrzeugübergabe vorliegender, dem Alter, der Laufleistung und der Qualitätsstufe entsprechender <b>gewöhnlicher, die Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigender Verschleiß</b> ist bei einem Gebrauchtwagen <u>kein</u> Sachmangel. Das gilt auch dann, wenn sich daraus – aufgrund der Weiternutzung – in absehbarer Zeit ein Erneuerungsbedarf ergibt.</p> <p>Wird durch den <b>Verschleißzustand sicherheitsrelevanter Teile</b> – wie z.B. der Bremsanlage – die Verkehrssicherheit beeinträchtigt, ist das Fahrzeug regelmäßig nicht zur Verwendung im Straßenverkehr geeignet. In diesem Falle ist von einem Sachmangel auszugehen. Der Käufer eines als „<b>fahrbereit</b>“ verkauften Gebrauchtwagens kann erwarten, dass Verschleißteile in einem solchen Fall ersetzt oder repariert worden sind.</p>	<p>BGH, Urteil vom 09.09.2020 (Az. VIII ZR 150/18)</p>
<p>Auch <b>nach Übergabe fortschreitender Normalverschleiß</b> begründet i.d.R. keinen Sachmangel. Der Käufer eines alten Fahrzeugs muss damit rechnen, dass verschiedene wichtige Fahrzeugteile aufgrund des üblichen Alterungsprozesses ausfallen bzw. Defekte auch nach relativ kurzer Gebrauchszeit auftreten.</p> <p>Nur wenn Verschleiß einen bestimmten Grad erreicht hat und sich bei Fahrzeugübergabe entweder bereits konkret als <b>Störung der Funktionstauglichkeit und/oder Beeinträchtigung der Verkehrs- und Betriebssicherheit</b> auswirkt oder dies unmittelbar bevorsteht, liegt ein Sachmangel vor. Es entspricht nämlich der üblichen Beschaffenheit eines Gebrauchtwagens, dass er <u>keine</u> technischen</p>	<p>OLG Zweibrücken, Urteil vom 19.12.2024 (Az. 6 U 19/20)</p>

Gilt allgemein	Gilt nur für Verbraucherkaufverträge, die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt nicht für Verbraucherkaufverträge, die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	--	--

<p>Mängel aufweist, die die Zulassung zum Straßenverkehr hindern oder die Gebrauchsfähigkeit aufheben oder beeinträchtigen.</p> <p>Für die <b>Abgrenzung zwischen normalem und außergewöhnlichem Verschleiß</b> sind folgende Umstände zu berücksichtigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Alter und Laufleistung</li> <li>■ Pflegezustand</li> <li>■ Art der Vorbenutzung</li> <li>■ Zahl der Vorbesitzer</li> </ul>	
<p>Der Käufer eines Gebrauchtwagens muss im Allgemeinen nicht mit einer <b>sofortigen Funktionsuntauglichkeit oder Verkehrsunsicherheit</b> rechnen. Ein Verschleißgrad, der den normalen Nutzer unter gewöhnlichen Umständen zum Auswechseln des Verschleißteils veranlasst, stellt daher einen Sachmangel dar, wenn das Fahrzeug ohne Austausch – und ohne Hinweis auf die Erneuerungsbedürftigkeit – verkauft wird.</p>	<p>OLG Hamm, Urteil vom 10.06.2010 (Az. I-28 U 15/10)</p>
<p>Der Verkäufer haftet nicht für <b>normalen Verschleiß</b>, und zwar</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ unabhängig von den Auswirkungen des Defekts an dem Verschleißteil,</li> <li>■ i.d.R. zudem auch nicht für nach der Fahrzeugübergabe fortschreitenden Normalverschleiß und/oder</li> <li>■ auch dann nicht, wenn durch ihn nach der Fahrzeugübergabe ein Defekt an einem anderen Teil auftritt, dass kein Verschleißteil ist.</li> </ul> <p>Das gilt nicht, wenn ein infolge normalen Verschleißes nach Fahrzeugübergabe auftretender Defekt durch eigenübliche Sorgfalt, insbesondere Wartung oder Inspektion, hätte verhindert werden können.</p>	<p>OLG Brandenburg, Urteil vom 21.02.2007 (Az. 4 U 121/06)</p>
<p><b>Abnutzungs- und Verschleißerscheinungen</b> sind keine Sachmängel, wenn sie nicht über das hinausgehen, was bei einem Fahrzeug des betreffenden Typs und Alters angesichts seiner Laufleistung zu erwarten ist.</p>	<p>OLG Bamberg, Urteil vom 20.12.2000 (Az. 8 U 68/00)</p> <p>LG Dessau, Beschluss vom 23.12.2002 (Az. 7 T 542/02)</p> <p>AG Neukölln, Urteil vom 03.08.2004 (Az. 18 C 114/04)</p>

Für die Frage, ob es sich um einen hinzunehmenden „normalen“ oder einen Sachmangel begründenden „a-typischen“ Verschleiß handelt, ist auf die Fahrzeuge verschiedener Produzenten im globalen Vergleich abzustellen (These vom <b>Globalvergleich</b> ), also nicht nur auf Fahrzeuge der gleichen Marke und des gleichen Typs. Selbst <b>Serienfehler</b> können daher ggf. auch einen Sachmangel begründen.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 08.06.2005 (Az. I – 3 U 12/04)  OLG Düsseldorf, Urteil vom 19.06.2006 (Az. I – 1 U 38/06)
Bei einem alten Fahrzeug mit niedriger Laufleistung kommt es für die Frage, ob es sich bei dem Defekt noch um normalen oder bereits a-typischen Verschleiß handelt, auf das Alter des Fahrzeugs und nicht auf dessen Laufleistung an, wenn der Defekt in Richtung „ <b>Stand Schaden</b> “ geht ( <u>hier</u> : 13 Jahre, 66.000 km). Das gilt auch für ein <b>Spiel im Lenkgetriebe</b> , weil sich der Altersverschleiß der Achsteile auch auf die Kräfte auswirkt, die auf die Lenkung einwirken.	LG Berlin, Beschluss vom 23.12.2014 (Az. 83 S 48/14)

### 3.3.2 Zahnriemen

<b>In der Regel Riss des Zahnriemens</b>	LG Gera, Urteil vom 28.10.2009 (Az. 1 S 428/08)  LG Duisburg, Urteil vom 07.02.2007 (Az. 11 S 148/06)  LG Itzehoe, Urteil vom 25.07.2003 (Az. 6 O 523/02)  AG Aachen, Urteil vom 10.12.2003 (Az. 14 C 161/03)  AG Geilenkirchen, Urteil vom 26.04.2006 (Az. 10 C 12/06)
Allein der Umstand, dass der <b>Zahnriemenriss vor Erreichen des Austauschintervalls</b> erfolgte, rechtfertigt nicht die Annahme eines a-typischen Verschleißes  ■ Renault Clio, 3 Jahre alt, 110.000 km  ■ GW 9 Jahre, 173.000 km (Zahnriemen: 5 Jahre alt, 82.000 km Laufleistung)	AG Offenbach, Urteil vom 15.01.2003 (Az. 380 C 286/02)  LG Bonn, Urteil vom 26.02.2009 (Az. 8 S 191/08)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

### 3.3.3 Bremsen

<b>Bremsenverschleiß</b> nach Bremsstandprüfung und <b>Ölverlust</b>	LG Aachen, Urteil vom 23.10.2003 (Az. 6 S 99/03)
Abnutzungserscheinungen an <b>Bremsklötzen</b> und <b>Bremsscheiben</b> , Geräusche an der <b>Servolenkumpumpe</b> und im <b>Getriebe</b> , defekter <b>Drehzahlfühler des ABS-Systems</b> sowie Quietschen am <b>Ventilatorlager im Kühlsystem</b> bei 9 Jahre altem Passat (Laufleistung: 173.700 km)	AG Dresden, Urteil vom 23.09.2005 (Az. 114 C 3075/04)

### 3.3.4 Auspuffanlage

Die Wertung des OLG Köln, dass <b>erhebliche, nicht sicherheitsrelevante Durchrostungen</b> an der Auspuffanlage eines fast 10 alten gebrauchten Kleinwagens mit mehreren Vorbesitzern und einer Laufleistung von über 80.000 km als normaler Verschleiß anzusehen ist, ist nicht zu beanstanden.	BGH, Urteil vom 09.09.2020 (Az. VIII ZR 150/18)
	OLG Köln, Urteil vom 26.04.2018 (Az. 15 U 82/17)
<b>Defekter Auspuff</b> bei 5 Jahre altem Opel Vectra (Laufleistung: 113.000 km)	OLG Celle, Urteil vom 04.08.2004 (Az. 7 U 30/04)

### 3.3.5 Katalysator

Bei einem Kfz gibt es <b>Teile, die nur eine bestimmte Anzahl von Betriebsstunden arbeiten</b> . In diesem Falle bedeutet Verschleiß, dass die Haltbarkeitsgrenze erreicht worden ist, auch wenn kein Abrieb vorhanden ist.  ( <u>hier</u> : Funktionsunfähiger Katalysator bei einem 9 Jahre alten GW mit einer Laufleistung von 150.000 km)	AG Offenbach, Urteil vom 27.09.2004 (Az. 38 C 276/04)  bestätigt vom LG Darmstadt, Urteil vom 22.12.2004 (Az. 6 S 243/04)  <b><u>andere Ansicht:</u></b> AG Zeven, Urteil vom 19.12.2002 (Az. 3 C 242/02), Sachmangel angenommen
Verschlossener Katalysator und undichte Zylinderkopfdichtung eines <b>5 ½ Jahre alten Pkw</b>	AG Fürstenwalde, Urteil vom 24.05.2005 (Az. 13 C 557/02)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

### 3.3.6 Dieselpartikelfilter

<p>Dieselpartikelfilter unterliegen einem technisch bedingten und kontinuierlichen Nutzungsschaden. Zwar „verschleiß“ sie nicht, stattdessen setzen sie sich aber zu. Ist ein <b>Dieselpartikelfilter nur in normalem, nutzungs- und altersbedingtem Maß zugesetzt</b> und dessen Austausch entweder nach Herstellervorgaben in bestimmten Intervallen oder nach erfolglosen Regenerationsversuchen eher üblich und aus technischer Sicht auch zu erwarten, ist von einem normalen „Verschleiß“ auszugehen.</p> <p>Etwas anderes gilt nur dann, wenn die <b>Auswirkungen „kapital“</b> sind, dem Fahrzeug etwa seine Gebrauchstauglichkeit vollständig entzogen wird. Das ist nicht der Fall, wenn mit dem Fahrzeug nach Übergabe noch eine längere Fahrstrecke zurückgelegt worden ist (<i>hier</i>: gut 13.500 km bei einem Kaufpreis von rund 6.000 €).</p>	<p>LG Kiel, Urteil vom 25.05.2018 (Az. 3 O 52/15)</p> <p><i>bestätigt durch:</i> OLG Schleswig, Beschlüsse vom 25.09./12.12.2018 (Az. 11 U 73/18)</p>
<p>Dieselpartikelfilter, bei dem sich aufgrund eines funktionsuntüchtigen Drucksensors in Kombination mit einem werkseitigen Fehler an den Pumpe-Düsen-Elementen <b>mehr Ruß als üblich ablagert</b>, geht über normalen Verschleiß hinaus und ist dann als Sachmangel zu werten.</p>	<p>OLG Hamm, Urteil vom 11.05.2017 (Az. 28 U 89/16)</p>

### 3.3.7 Sonstige Fallgestaltungen

<p>Schlagartiger Defekt eines <b>Dichtungsringes im Turbolader</b> eines 9 Jahre alten Fahrzeugs (190.000 km)</p>	<p>BGH, Urteil vom 23.11.2005 (Az. VIII ZR 43/05)</p>
<p>Es liegt in der Natur der Sache, dass <b>Dichtungen</b> undicht und porös werden können. Der Verkäufer ist auch nicht verpflichtet, den Käufer auf natürliche Alterungserscheinungen und begrenzte Haltbarkeiten von Einzelteilen hinzuweisen, deren Eintritt selbstverständlich ist.</p> <p>(<i>hier</i>: <b>Zylinderkopfdichtung</b> eines 8 Jahre alten Fahrzeugs mit einer Laufleistung von 200.000 km)</p>	<p>OLG Zweibrücken, Urteil vom 19.12.2024 (Az. 6 U 19/20)</p>

Gilt allgemein



Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Frühzeitiger Verschleiß der <b>Vorderreifen</b> aufgrund <b>werksseitiger Tieferlegung</b> des Pkw <b>Sägezahnbildung an Hinterreifen</b> bei Frontantrieb	OLG Düsseldorf, Urteil vom 27.06.2005 (Az. I-1 U 28/05)
Defekt am <b>Riemenspanndämpfer</b>	OLG Koblenz, Urteil vom 19.04.2007 (Az. 5 U 768/06)
<b>Ruckartiges Schaltverhalten des Automatikgetriebes</b> bei einem 15 Jahre alten Gebrauchtwagen mit 110.000 km Laufleistung	OLG Celle, Urteil vom 08.06.2022 (Az. 16 U 171/21)
Die <b>Längung einer Steuerkette</b> stellt <u>keinen</u> normalen Verschleiß dar.	OLG Brandenburg, Urteil vom 01.03.2019 (Az. 4 U 30/18)
Der <b>Halteschuh des Kettenspanners</b> ist <u>kein</u> Verschleißteil	OLG Köln, Urteil vom 23.12.2021 (Az. 8 U 28/20)
Defekt an der <b>Wasserpumpe</b>	KG Berlin, Urteil vom 16.07.2004 (Az. 25 U 17/04) LG Wuppertal, Urteil vom 23.05.2005 (Az. 17 O 394/04)
Defekter <b>Auspuff</b> , undichter <b>Stoßdämpfer</b> und beschädigte <b>Dichtung der Beifahrertür</b> bei 5 Jahre altem Opel Vectra (Laufleistung: 113.000 km)	OLG Celle, Urteil vom 04.08.2004 (Az. 7 U 30/04)
Der <b>Ausfall der Fahrzeugbatterie</b> ist kein Sachmangel, wenn er nicht auf die Fahrzeugbeschaffenheit, sondern auf allgemeinen Verschleiß oder eine fehlerhafte Behandlung durch den Käufer zurückzuführen ist. Unklarheiten gehen zu Lasten des Käufers.  Bei einem älteren Gebrauchtwagen ( <u>hier</u> : 7 Jahre alt) kann Fehlverhalten des Vorbesitzers nicht ausgeschlossen werden. Wurde das Fahrzeug längere Zeit nicht bewegt ( <u>hier</u> : 4 Monate), ist die Gefahr einer Entleerung allgemein bekannt.	OLG Hamm, Urteil vom 06.02.2014 (Az. I-28 U 20/13)
<b>Roststellen am Unterboden</b> , die für den Fahrzeugtyp und das Fahrzeugalter nicht untypisch sind, stellen gängige Abnutzungerscheinungen dar.	LG Berlin, Hinweisbeschluss vom 20.10.2016 (Az. 52 S 51/16)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

<b>Regenwasser im Fahrgastraum</b> , mangelhafte <b>Stoßdämpfer</b> und <b>Querlenker</b> bei einem Ford Fiesta (13 Jahre alt, 122.500 km, Preis 600 €)	LG Dessau, Beschluss vom 23.12.2002 (Az. 7 T 542/02)
<b>Falsch eingestellte Spur</b>  8 Jahre alter Opel Omega Caravan   Neuwagen	LG Hof, Urteil vom 23.07.2003 (Az. 32 O 713/02)  LG Mühlhausen, Urteil vom 27.11.2009 (Az. 3 O 326/05)
<b>Spiel der Spurstangen</b> , <b>Radlager</b> , <b>Radbremszylinder</b> , eingerissene <b>Achsmanschette</b> , <b>Ölverlust</b> und ein in der Gummipufferung schadhafte <b>Motorlager</b> bei einem 9 Jahre alten Fiat Punto (Laufleistung: 120.000 km)	LG Kassel, Urteil vom 30.06.2005 (Az. 1 S 2/05)
Geringfügige <b>Lackschäden</b> (Steinschlag) und <b>Ölverlust am Differenzial</b> , der im Zustandsbericht aufgeführt war, bei 5 Jahre altem Mercedes 200T (Laufleistung: 110.000 km)	LG Oldenburg, Urteil vom 15.01.2004 (Az. 16 S 612/03)
<b>Schwergängigkeit der Gangschaltung</b> und <b>sporadisches grundloses Aufleuchten der ABS-Kontrollleuchte</b> sind bei einem alten GW mit wenig Laufleistung angesichts diverser Alterungs- und Korrosionsprozesse als normaler Verschleiß zu werten (16 Jahre, 55.000 km).	LG Aschaffenburg, Beschluss vom 03.02.2015 (Az. 32 O 290/14)
<b>Nachlassen des Xenon-Lichts</b> kann auf einer besonderen Art des Verschleißes beruhen und stellt keinen Sachmangel dar, auch wenn dies Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit hat	LG Kiel, Urteil vom 02.06.2020 (Az. 1 S 93/18)
Defekt der <b>Querlenkerlager</b> , der <b>Radaufhängung der Hinterachse</b> , der <b>Lenkanlage</b> und der <b>Schalldämpferanlage</b> bei einem 10 Jahre alten BMW 750 i (Laufleistung: 240.000 km)	AG Neukölln, Urteil vom 03.08.2004 (Az. 18 C 114/04)
Ein Schaden am <b>Automatikgetriebe</b> ist bei einem 10 Jahre alten GW mit einer Laufleistung von 193.000 km stets auf natürlichen Verschleiß zurückzuführen.	AG Neuwied, Urteil vom 19.01.2011 (Az. 41 C 1586/09)

<b>Steuergerät des Automatikgetriebes;</b>  Ebenso unterliegen <b>elektrische Fensterheber, Belüftung, Außenspiegel-Motoren</b> oder die <b>elektronische Motorsteuerung</b> eines Pkw zwangsläufigen physikalischen Abnutzungserscheinungen.	AG Berlin-Mitte, Urteil vom 18.03.2015, Az. 9 C 184/14
Schaden an Peripherieteilen an der Ansauganlage eines <b>Kompres-sors</b> bei einem 6 Jahre alten Audi A 4 Avant 1,9 TDI	AG Geislingen, Urteil vom 23.09.2003 (Az. 3 C 600/03)
<b>Erhebliches Spiel im Lenkgetriebe, angerostete Spurstangen</b> und <b>ein defekter Anlasser</b> bei einem 14 Jahre alten Pkw mit einer Laufleistung von 66.000 km	AG Tempelhof-Kreuzberg, Urteil vom 07.04.2014 (Az. 14 C 390/13)
<b>Zweimassenschwungrad</b> ist typisches Verschleißteil ( <i>hier</i> : Laufleistung: 162.000 km)	AG Pankow-Weißensee, Urteil vom 22.10.2014 (Az. 2 C 230/13)
<b>Anlasser</b>	AG Buxtehude, Urteil vom 07.03.2019 (Az. 31 C 538/18)
Das <b>Lösen der Glasscheibe vom Stoffverdeck eines Cabrios</b> ist bei einem 13 Jahre alten Cabrio eine altersbedingte Verschleißerscheinung.	AG Neu-Ulm, Urteil vom 28.09.2018 (Az. 1101/17)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---



## 4 Falschlief erung und Rechtsmangel

Aber auch Falschlief erungen oder Rechtsmängel begründen Sachmängelhaftungsansprüche des Käufers.

### 4.1 Falschlief erung

Einem Sachmangel steht es nach § 434 Abs. 5 BGB (bis Ende 2021 geregelt in § 434 Abs. 3 BGB) gleich, wenn der Verkäufer eine andere Sache oder eine zu geringe Menge liefert.

Erhält der Käufer die bereits konkretisierte Kaufsache (= Stückkauf), scheidet eine Falschlief erung aus. Was aber gilt, wenn an einem Fahrzeug nach Vertragsschluss, aber noch vor Übergabe an den Käufer Veränderungen vorgenommen worden sind?

Bei einem Fahrzeug handelt es sich um eine Sachgesamtheit. Nicht jeder **Austausch von Teilen** nimmt dem Fahrzeug seine Identität. Im Kfz-Handel sind die Karosserie und das Fahrgestell mit der Fahrgestellnummer für die Identität des Fahrzeugs von entscheidender Bedeutung. Eine Falschlief erung liegt daher nicht vor, wenn der Verkäufer eines bereits konkretisierten Fahrzeugs vor Übergabe an den Käufer anstelle eines bei der HU zerstörten Motors **im Austausch** einen **gleichwertigen gebrauchten Motor** einbaut.

OLG Saarbrücken, Urteil vom 25.04.2013 (Az. 4 U 83/11 - 24)

### 4.2 Rechtsmangel

Nach § 435 BGB ist der Verkäufer außerdem verpflichtet, dem Käufer die Sache **frei von Rechtsmängeln** zu verschaffen. Eine Sache ist frei von Rechtsmängeln, wenn Dritte in Bezug auf die Sache entweder keine oder nur die im Kaufvertrag übernommenen Rechte gegen den Käufer geltend machen können.

Häufig geht es in diesem Zusammenhang um die **Frage, unter welchen Voraussetzungen ein Fahrzeug, das zur Fahndung ausgeschrieben, sichergestellt oder beschlagnahmt worden ist, einen Rechtsmangel aufweist.**

#### 4.2.1 Sicherstellung / Beschlagnahme

Von der Rechtsprechung anerkannt ist, dass sich **öffentlich-rechtliche Befugnisse deutscher Behörden zur Einziehung einer Sache** (wie eine staatliche Sicherstellung bzw. Beschlagnahme) dann als Rechtsmangel darstellen, wenn sie tatsächlich und **zu Recht ausgeübt werden und für den Käufer den**

	Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
--	----------------	---	---

**endgültigen Verlust der Sache** (insbesondere den Verfall oder die Einziehung der Sache) zur Folge haben können. **Unstreitig** ist dies dann der Fall, wenn es sich um eine **Sicherstellung oder Beschlagnahme im Rahmen eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens gemäß §§ 111 b / 111 c StPO** handelt, da damit für den Käufer die Gefahr besteht, dass die Sache zu Gunsten des Verletzten oder des Staates gesichert wird und er seine Rechtsstellung verliert.

**Unklar** ist demgegenüber, ob dies auch dann gilt, wenn die **Sicherstellung oder Beschlagnahme zusätzlich oder ausschließlich der Sicherung von Beweismitteln dient, also zu Beweis Zwecken i.S.d. § 94 StPO erfolgt**.

Außerdem ist **unklar**, ob die Gefahr eines dauernden Entzugs oder einer dauerhaften Beeinträchtigung der Nutzung der Kaufsache erforderlich ist oder **ob auch ein nur vorübergehender Verlust oder eine nur vorübergehende Beeinträchtigung der Nutzung ausreichend sein kann**.

<p>Der <b>Sachverhalt, der Rechte Dritter entstehen ließ</b> (z.B. Beschlagnahmefugnisse einer Behörde), muss bereits bei Gefahrübergang vorgelegen haben.</p> <p>Der Käufer verliert seine Rechte an der Sache auch dann endgültig, wenn die <b>Beschlagnahme später aufgehoben</b> wird, die Freigabe der Sache aber zu Gunsten eines Dritten erfolgt.</p> <p>Für die Annahme eines Rechtsmangels ist es unschädlich, wenn die Sicherstellung oder Beschlagnahme <b>nicht nur einem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren i.S.d. §§ 111 b, 111 c StPO dient, sondern zusätzlich auch der Sicherung von Beweismitteln i.S.d. § 94 StPO</b>. Werden in dem zugrundeliegenden Beschluss die maßgeblichen Normen nicht ausdrücklich benannt, ist auf den Sicherungszweck abzustellen.</p>	<p>BGH, Urteil vom 18.02.2004 (Az. VIII ZR 78/03)</p>
<p>Für die Annahme eines Rechtsmangels ist es unschädlich, wenn die Sicherstellung oder Beschlagnahme <b>nicht nur einem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren i.S.d. §§ 111 b, 111 c StPO dient, sondern zusätzlich auch der Sicherung von Beweismitteln i.S.d. § 94 StPO</b>.</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 20.02.2015 (Az. I-22 U 159/14)</p>
<p>Hat sich eine <b>zunächst nur vorübergehend erfolgte Beschlagnahme</b> eines unter Diebstahlsverdacht stehenden Kfz <b>verfestigt</b>, z.B. wegen des Erlasses eines Herausgabebeschlusses an den Kfz-Eigentümer, liegt ein endgültiger Rechtsverlust und damit ein</p>	<p>OLG Hamm, Urteil vom 09.04.2015 (Az. 28 U 207/13)</p>

„dauerhafter“ Rechtsmangel vor, sofern die Beschlagnahme als solche rechtmäßig erfolgte.	
--	--

#### 4.2.2 Ausschreibung eines Fahrzeugs in einer internationalen Fahndungsliste

**Strittig war lange, ob allein schon der Eintrag in eine internationale Fahndungsliste, mit dem noch kein unmittelbarer Eingriff in Form eines Entzugs des Fahrzeugs verbunden ist, einen Rechtsmangel begründet.**

Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang insbesondere das **Schengener Informationssystem (SIS)**. Es wurde vor dem Hintergrund weggefallener Grenzkontrollen und dem Bedürfnis eines hohen Maßes an Sicherheit geschaffen. Dabei handelt es sich um eine umfangreiche Datenbank, die es den nationalen Polizei- und Grenzschutzbehörden der Schengen-Staaten ermöglicht, Daten in Bezug auf Kraftfahrzeuge, die zur Sicherstellung oder Beweissicherung in Strafverfahren gesucht werden, einzugeben oder abzufragen.

<p>Die Ausschreibung eines Kraftfahrzeugs im Schengener Informationssystem (SIS) stellt einen <b>zum Rücktritt berechtigenden Rechtsmangel</b> dar, da für den Käufer im gesamten Schengen-Raum die konkrete Gefahr besteht, dass diese Eintragung bei der Zulassung des Fahrzeugs, einer Halteränderung oder einer polizeilichen Kontrolle festgestellt und das Fahrzeug daraufhin behördlicherseits – nach den jeweiligen Vorschriften des Landes, in dem es aufgefunden wird – rechtmäßig sichergestellt oder beschlagnahmt wird.</p> <p>Ein Rechtsmangel liegt auch dann vor, wenn das <b>Fahrzeug von den Behörden zwischenzeitlich wieder freigegeben und anschließend vom Käufer zugelassen</b> wurde, sofern der SIS-Eintrag fortbesteht.</p> <p>Solange die <b>Eintragung nicht beseitigt</b> ist, erschöpft sie sich nicht in einem nur vorübergehenden Zulassungshindernis, da die Zugriffsmöglichkeiten der staatlichen Strafverfolgungsbehörden des Schengen-Raums fortbestehen und der Käufer deshalb nicht unbelastet von Zugriffsrechten Dritter, wie ein Eigentümer mit dem Fahrzeug verfahren kann.</p>	<p>BGH, Urteil vom 18.01.2017 (Az. VIII ZR 234/15)</p> <p>BGH, Urteil vom 26.04.2017 (Az. VIII ZR 233/15)</p>
---	---

Wurde ein <b>von einer deutschen Behörde verfügbares Veräußerungsverbot aufgehoben</b> , liegt dennoch ein zum Rücktritt berechtigender Rechtsmangel vor, wenn der SIS-Eintrag weiter fortbesteht. Hierüber ist der Käufer aufzuklären.	BGH, Urteil vom 26.04.2017 (Az. VIII ZR 233/15)
Ein Rechtsmangel liegt <u>nicht</u> vor, wenn eine <b>SIS-Eintragung erst nach Fahrzeugübergabe</b> erfolgt. Das gilt auch dann, wenn die tatsächlichen Umstände für eine SIS-Eintragung zum Zeitpunkt der Fahrzeugübergabe bereits vorlagen.	BGH, Urteil vom 26.02.2020 (Az. VIII ZR 267/17)
Eine fortbestehende Ausschreibung eines Kfz in einer internationalen Fahndungsliste stellt auch dann ein <b>Zulassungshindernis</b> und damit einen den Fahrzeuggebrauch dauerhaft und nachhaltig beeinträchtigenden Umstand dar, wenn eine Löschung nicht erreicht werden kann, obwohl die deutschen Behörden keinen Tatverdacht für eine Straftat im Ausland sehen.  <b>Selbst wenn eine Zulassung in Deutschland erreicht werden könnte</b> , läge ein Rechtsmangel vor, weil das Fahrzeug wegen der Beschlagnahmegefahr nicht außerhalb Deutschlands gefahren werden könnte.	OLG Köln, Urteil vom 25.03.2014 (Az. I-3 U 185/13)
Für die Annahme eines Rechtsmangels kann bereits die Existenz des SIS-Eintrages als solchem genügen, und zwar <b>ungeachtet</b> der dem SIS-Eintrag zugrunde liegenden Umstände bzw. <b>des Fortbestandes der Berechtigung des SIS-Eintrages</b> , wenn dieser sowohl im Zeitpunkt des Gefahr- bzw. etwaigen Eigentumsübergangs als auch der Beschlagnahme bzw. Sicherstellung und Rücktrittserklärung vorliegt.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 20.02.2015 (Az. I-22 U 159/14)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<p>Bereits die Eintragung eines zur Fahndung ausgeschriebenen Fahrzeugs im SIS als solchem genügt für die Annahme eines Rechtsmangels, und zwar <b>ungeachtet der dem SIS-Eintrag zugrunde liegenden Umstände</b>, weil der staatliche Eingriff einen den Gebrauch des Fahrzeugs nachhaltig und erheblich beeinträchtigenden Umstand darstellt. Die Gefahr eines dauernden Entzugs oder einer dauerhaften Beeinträchtigung der Nutzung des Kfz ist nicht erforderlich.</p> <p>(<i>hier</i>: Der Käufer konnte das Kfz, das ihm nach Rücktrittserklärung auf Beschluss der Staatsanwaltschaft herausgegeben wurde, mehr als 1 Jahr nicht nutzen.)</p>	<p>OLG München, Urteil vom 02.05.2016 (Az. 21 U 3016/15)</p>
<p>Der Käufer muss seine Rechte an dem Fahrzeug durch die internationale Suchfahndung endgültig verlieren. Das ist dann <u>nicht</u> der Fall, wenn der <b>Käufer</b> an dem Fahrzeug <b>gutgläubig Eigentum erworben</b> hat (z.B., weil die Fahndung nicht wegen Diebstahls, sondern „nur“ wegen Betrugs erfolgte). In diesem Fall begründet der SIS-Eintrag nur ein vorübergehendes Zulassungshindernis, da einem früherer Besitzer durch den Eigentumswechsel kein Herausgabeanspruch mehr zusteht. Stattdessen liegt es in der Hand des Käufers, als neuer Eigentümer des Fahrzeugs, die Löschung des SIS-Eintrags zu veranlassen und damit das vorübergehende Zulassungshindernis zu beseitigen.</p>	<p>LG Karlsruhe, Urteil vom 28.11.2006 (Az. 2 O 237/06)</p>

### 4.2.3 Sonstige Rechtsmängel

<p><b>VW-Abgasskandal</b></p> <p>Ein Fahrzeug, in dem eine Motorsteuerungs-Software zur Manipulation des Stickoxid-Ausstoßes verwendet wird, weist einen Rechtsmangel auf, da dem Fahrzeug ohne Software-Update die Stilllegung droht.</p>	<p>OLG Jena, Urteil vom 15.08.2018 (Az. 7 U 721/17)</p>
--	---

### 4.2.4 Haftungsausschluss

Vereinbaren die Vertragsparteien i.R.e. Handelskaufs über einen Gebrauchtwagen einen Haftungsausschluss, erstreckt sich dieser regelmäßig auf Sachmängel. Aber, **erstreckt er sich auch auf Rechtsmängel?**

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<p>Haben die Vertragsparteien ausdrücklich sowohl einen <b>Gewährleistungsausschluss als auch Rechtmängelfreiheit vereinbart</b>, erstreckt sich der Haftungsausschluss nicht auf vorhandene Rechtsmängel.</p> <p><i>(Klausel: „Rechte Dritter bestehen ... nicht.“)</i></p>	<p>BGH, Urteil vom 26.04.2017 (Az. VIII ZR 233/15)</p>
<p>Ein <b>Sachmängelausschluss</b> gilt nicht ohne weiteres für Rechtsmängel.</p> <p>Das gilt auch für den Fall, dass die Parteien, die sich über diverse Sachmängel gestritten haben, einen <b>Vergleich</b> schließen und vereinbaren, dass sämtliche damit verbundenen Angelegenheiten damit abgegolten sind.</p>	<p>OLG Köln, Urteil vom 01.03.2018 (Az. 15 U 124/17)</p>

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

## 5 Darlegungs- und Beweislast / Beweislastumkehr

Ob Ansprüche begründet sind oder nicht, hängt oftmals auch von der Frage ab, wer für das Vorliegen oder Nichtvorliegen bestimmter Tatsachen beweispflichtig ist. Kann ein erforderlicher Beweis nicht geführt werden, geht dies zu Lasten des Beweispflichtigen.

**Beweispflichtig** ist in der Regel die Partei, die sich auf für sie günstige Tatsachen beruft, sofern das Gesetz keine abweichende Regelung von diesem Grundsatz enthält.

Eine **Sonderregelung** sieht das Gesetz **für den Fall** vor, **dass der Käufer einer Sache ein Verbraucher ist**. In diesem Falle ist für die Beweislastverteilung die Regelung in § 477 BGB (bis 2018 geregelt in 476 BGB) maßgeblich, die unter bestimmten Voraussetzungen eine Umkehr der Beweislast vorsieht. Dies wird ausführlich unter Ziffer **5.3** thematisiert.

### 5.1 Beweislastverteilung vor Übergabe des Fahrzeugs

Verweigert der Käufer die Entgegennahme des Fahrzeugs sieht die Beweislastverteilung wie folgt aus:

Vor Übergabe des Fahrzeugs trägt der Verkäufer die Beweislast dafür, dass das zur Übergabe angebotene <b>Fahrzeug mit dem als Kaufgegenstand vereinbarten Fahrzeug identisch</b> ist.	OLG München, Beschluss vom 25.06.2014 (Az. 27 U 1312/14) LG Augsburg, Urteil vom 26.02.2014 (Az. 92 O 4237/12)
Vor Übergabe des Fahrzeugs trägt der Verkäufer die Beweislast dafür, dass das <b>Fahrzeug frei von Sachmängeln</b> ist. Enthält der schriftliche Kaufvertrag keine Angaben zu einer streitigen Beschaffenheit, kommt es auf die übliche Beschaffenheit an. Erwarten kann der Käufer nach dem Kaufvertrag das, was sich als serienmäßige Ausstattung aus Prospektangaben des Herstellers ergibt. Soweit diese Angaben öffentlich und damit allgemein zugänglich sind, kommt es weder auf die Kenntnis noch auf ein Kennmüssen des Käufers an. Der schriftliche Kaufvertrag trägt als Urkunde die Vermutung der Richtigkeit und Vollständigkeit in sich. Derjenige, der sich auf eine hiervon abweichende Vereinbarung beruft, trägt hierfür die Beweislast.	KG Berlin, Urteil vom 13.05.2015 (Az. 11 U 16/14)

Gilt allgemein

Gilt **nur für Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für Verbraucherkaufverträge,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

## 5.2 Beweislastverteilung ohne Beweislastumkehr zu Gunsten von Verbrauchern

### 5.2.1 Allgemeine Grundsätze

Die nachfolgenden Ausführungen gelten für **folgende Fälle**:

- **Fall 1:** Käufer ist Unternehmer
- **Fall 2:** Käufer eines bis Ende 2021 abgeschlossenen Kaufvertrages ist Verbraucher, der Mangel tritt aber erst 6 Monate nach Fahrzeugübergabe in Erscheinung
- **Fall 3:** Käufer eines ab 2022 abgeschlossenen Kaufvertrages ist Verbraucher, der Mangel tritt aber erst 12 Monate nach Fahrzeugübergabe in Erscheinung

KÄUFER IST UNTERNEHMER ODER MANGEL TRITT ERST 6 MONATE BZW. 12 MONATE NACH ÜBERGABE IN ERSCHEINUNG	
Für das Vorliegen eines Sachmangels trägt der Käufer die Beweislast, sofern er die <b>Kaufsache vorbehaltlos angenommen</b> hat (§ 363 BGB).	BGH, Urteil vom 02.06.2004 (Az. VIII ZR 329/03)
Es genügt, wenn der Käufer die <b>Mangelercheinung laienhaft beschreibt</b> , also darlegt, in welchen <b>Symptomen</b> sich der Mangel äußert. Eine Benennung der genauen Ursache des beanstandeten Mangels ist nicht erforderlich.	BGH, Urteil vom 18.10.2017 (Az. VIII ZR 242/16)
Beruh <b>eine von mehreren</b> möglichen <b>Schadensursachen</b> nur auf <b>Verschleiß</b> , kann nicht abschließend geklärt werden, <u>ob</u> ein Sachmangel vorliegt. Hierfür trägt der Käufer das Beweisrisiko.	BGH, Urteil vom 23.11.2005 (Az. VIII ZR 43/05) LG Dortmund, Urteil vom 03.01.2007 (Az. 22 O 85/06)
Den Käufer, trifft die <b>Beweislast für das Fortbestehen des Sachmangels bzw. für das Fehlschlagen des zweiten Nachbesserungsversuchs</b> , wenn er das Fahrzeug wieder entgegengenommen hat (§ 363 BGB).	BGH, Urteil vom 11.02.2009 (Az. VIII ZR 274/07)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---



Die <b>Beweislast für das Fortbestehen des Sachmangels</b> seitens des Käufers umfasst <u>nicht</u> den Nachweis, dass der gerügte Mangel auf derselben technischen Ursache beruht. Es genügt, wenn die Mängelsymptome weiterhin auftreten, vorausgesetzt eine unsachgemäße Behandlung des Kfz durch den Käufer oder Dritte kann ausgeschlossen werden.	BGH, Urteil vom 09.03.2011 (Az. VIII ZR 266/09)
Die <b>Zahlung eines Teilbetrages</b> oder die <b>Erbringung von Kulanzleistungen des Verkäufers</b> kann im Einzelfall u.U. als „Zeugnis des Händlers/Verkäufers wider sich selbst“ gewertet werden und somit zu einer Umkehr der Beweislast zu Lasten des Händlers/Verkäufers führen.	BGH, Urteil vom 01.12.2005 (Az. I ZR 284/02)
<b>Beweiswürdigung</b> Hinsichtlich der Frage, ob ein <b>Mangel zum Zeitpunkt der Übergabe</b> bereits vorgelegen hat, bedarf es weder einer absoluten Gewissheit noch einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit. Für die Überzeugungsbildung des Gerichts genügt vielmehr ein für das praktische Leben brauchbarer Grad von Gewissheit, der Zweifeln Schweigen gebietet.	OLG München, Urteil vom 26.10.2012 (Az. 10 U 2450/12)
Kann sich der Verkäufer nicht auf die (unwirksame) Verjährungsregelung der alten GWVB (Stand: 03/2008) berufen, können Sachmängelhaftungsansprüche des Käufers daran scheitern, dass es für den beweispflichtigen Käufer <b>nach Ablauf eines Jahres</b> zunehmend schwerer wird, zu beweisen, dass der Mangel bereits bei der Fahrzeugübergabe vorhanden bzw. angelegt war.	KG Berlin, Urteil vom 21.03.2016 (Az. 20 U 116/14)
Der NW-Verkäufer muss sich das <b>Wissen von autorisierten Markenwerkstätten über die Mangelhaftigkeit zurechnen</b> lassen und darf die Mangelhaftigkeit nicht mit „Nichtwissen“ bestreiten, um eine Beweisaufnahme zu veranlassen.	OLG Düsseldorf, Beschluss vom 28.01.2008 (Az. I-1 U 151/07)
Der Verkäufer kann sich nicht mehr darauf berufen, dass der Mangel zum <b>Zeitpunkt der Übergabe</b> nicht vorgelegen hat, wenn er sich <u>vorbehaltlos</u> mit dem Käufer auf die Durchführung von Nachbesserungsarbeiten verständigt und auf diese Weise seine Nachbesserungsverpflichtung anerkennt.	OLG Karlsruhe, Urteil vom 25.11.2008 (Az. 8 U 34/08)  OLG Köln, Urteil vom 27.03.2008 (Az. 15 U 175/07)

Unsicherheiten bezüglich des Vorhandenseins eines Sachmangels zum Zeitpunkt der Übergabe aufgrund <b>zwischenzeitlicher Reparaturversuche einer Drittwerkstatt</b> gehen zu Lasten des Käufers.	OLG Schleswig-Holstein, Urteil vom 22.02.2011 (Az. 3 U 66/10)
Kann eine <b>Fehlfunktion nicht beobachtet</b> werden und wird sie auch <b>nicht im Fehlerspeicher verzeichnet</b> , so geht der fehlende Beweis für das Vorliegen eines Sachmangels zu Lasten des beweispflichtigen Käufers.	LG Hannover, Urteil vom 27.02.2008 (Az. 11 O 80/06)  <i>bestätigt vom:</i> OLG Celle, Hinweisbeschluss vom 21.07.2008 (Az. 7 U 99/08)
<b>Unterläuft dem Verkäufer bei den Nachbesserungsarbeiten ein Fehler</b> und tritt dadurch ein weiterer Defekt auf, handelt es sich um 2 verschiedene Symptome eines einheitlichen Mangels (Gesamt mangels). Sofern der erste Defekt bereits bei Übergabe vorlag, war auch das zweite Symptom bei der Übergabe im Keim angelegt.	LG Hagen, Urteil vom 26.08.2015 (Az. 2 O 149/14)
Der Verkäufer trägt die Beweislast für die <b>Verkürzung der Sachmängelhaftungsfrist</b> .	AG Rheda-Wiedenbrück, Urteil vom 28.11.2002 (Az. 4 C 209/02)
Die <b>Kosten für die Durchführung eines selbständigen Beweisverfahrens</b> zur Frage, ob ein Sachmangel vorliegt, sind dem Käufer zu erstatten, wenn sie zum Zwecke der Nacherfüllung erforderlich waren.	AG Marienberg, Urteil vom 04.08.2006 (Az. 2 C 61/06)

### 5.2.2 VW-Abgasskandal

KÄUFER IST UNTERNEHMER ODER MANGEL TRITT ERST 6 MONATE NACH ÜBERGABE IN ERSCHEINUNG	
<b>Motorentyp OM 651</b>  Die <b>Anforderungen an die Darlegungspflicht des Käufers</b> bezüglich des Vorhandenseins eines Sachmangels dürfen nicht überspannt werden. Eine Behauptung „ins Blaue hinein“ liegt dann nicht vor, wenn der Käufer, der mangels eigener Sachkunde und hinreichenden Einblicks in die Konzeption und Funktionsweise des	BGH, Beschluss vom 28.01.2020 (Az. III ZR 57/19)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<p>in seinem Fahrzeug eingebauten Motors, einschließlich des Systems zur Verringerung des Stickoxidausstoßes, keine genauen Kenntnisse vom Vorhandensein und der konkreten Wirkung einer Abschalteinrichtung haben kann, ausreichend <b>greifbare Anhaltspunkte</b> dafür vorgebracht hat, dass sein Fahrzeug mit einer unzulässigen Abschalteinrichtung ausgestattet ist.</p>	
<p><b>Nach Installation des Software-Updates</b> steht dem Käufer kein Anspruch auf Kaufpreisminderung zu, wenn er nicht beweisen kann, dass ein Sachmangel trotz Nachbesserung, z.B. in Form eines erhöhten Spritverbrauchs oder Verschleißrisikos, fortbesteht. <b>Vage Befürchtungen</b> reichen hierfür nicht aus; ebenso wenig genügt der <b>allgemeine Hinweis</b> darauf, dass das Fahrzeug allein schon deshalb einen merkantilen Minderwert aufweist, weil es vom Abgasskandal betroffen ist/war.</p>	<p>OLG Dresden, Urteil vom 01.03.2018 (Az. 10 U 1561/17)</p>
<p>Wurde an dem vom VW-Abgasskandal betroffenen Fahrzeug das <b>Software-Update bereits durchgeführt</b>, trägt der Käufer die Beweislast dafür, dass die Nacherfüllung nicht erfolgreich war und zu anderen Sachmängeln geführt hat. Durch die <b>nachvollziehbar begründete Behauptung</b>, das Update erhöhe den Kraftstoffverbrauch und Verschleiß des Wagens etc., wird dies schlüssig dargelegt. Im Bestreitensfall ist <b>Beweis</b> darüber <b>zu erheben</b>, ob das Software-Update zu nachteiligen Folgen für das Fahrzeug geführt hat.</p>	<p>KG Berlin, Beschluss vom 30.04.2019 (Az. 21 U 49/18)</p>
<p><b>Benzin-Fahrzeug (Leasing-Fall)</b></p> <p>Die <b>bloße Befürchtung</b>, dass auch ein vom VW-Konzern produzierter Benzinler vom Abgasskandal betroffen ist oder Behauptungen, die ohne greifbare Anhaltspunkte willkürlich "aufs Geratewohl" oder "ins Blaue hinein" aufgestellt werden, rechtfertigen nicht die Annahme eines Sachmangels und bieten auch keine Grundlage für eine Beweisaufnahme.</p> <p>Behauptet der Leasingnehmer keinen konkret festgestellten erhöhten Benzinverbrauch und damit korrelierend keinen vermehrten CO<sub>2</sub>-Ausstoß, obwohl dies in den Bereich seiner eigenen Wahrnehmungen fällt, fehlt jeglicher Anhaltspunkt für einen vom Leasingnehmer geäußerten Manipulationsverdacht.</p>	<p>OLG Stuttgart, Urteil vom 25.04.2017 (Az. 6 U 146/16)</p>

Hat der Käufer ein vom VW-Abgasskandal betroffenes <b>Fahrzeug in Kenntnis dieser Problematik und des Umrüstungserfordernisses mittels Update erworben</b> , entspricht das Fahrzeug der vereinbarten Beschaffenheit und das Aufspielen des Updates stellt keine Nacherfüllungsmaßnahme dar. Ein Sachmangel zum Zeitpunkt der Übergabe kann daher nur dann angenommen werden, wenn durch das Aufspielen ein solcher entsteht. Hat der Käufer das Fahrzeug nach dem Aufspielen des Updates als Erfüllung angenommen, ist er hierfür darlegungs- und beweispflichtig.	LG Frankfurt/M., Urteil vom 01.07.2019 (Az. 2-33 O 127/18)
---	--

### 5.2.3 Sonstige Fallgestaltungen

KÄUFER IST UNTERNEHMER ODER MANGEL TRITT ERST 6 MONATE BZW. 12 MONATE NACH ÜBERGABE IN ERSCHEINUNG	
NW-Kauf: Die Beweislast für die <b>Aufklärung über eine fehlende Modellaktualität</b> liegt beim Kfz-Händler.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 07.06.2004 (Az. 1 U 11/04)
Auch ein sog. „ <b>Montagsauto</b> “ muss zum Rücktrittszeitpunkt einen konkreten Sachmangel aufweisen.	KG Berlin, Beschluss vom 19.07.2012 (Az. 23 U 79/12)
<p>Der <b>Ausfall der Fahrzeugbatterie</b> ist nur dann ein Sachmangel, wenn er sicher auf die Fahrzeugbeschaffenheit und nicht auf allgemeinen Verschleiß oder eine fehlerhafte Behandlung durch den Käufer zurückzuführen ist. Unklarheiten gehen zu Lasten des Käufers.</p> <p>Bei einem älteren Gebrauchtwagen (<i>hier</i>: 7 Jahre alt) kann Fehlverhalten des Vorbesitzers nicht ausgeschlossen werden.</p> <p>Wurde das Fahrzeug längere Zeit nicht bewegt (<i>hier</i>: 4 Monate), ist die Gefahr einer Entleerung allgemein bekannt.</p>	OLG Hamm, Urteil vom 06.02.2014 (Az. I-28 U 20/13)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

## 5.2.4 Beweisvereitelung

KÄUFER IST UNTERNEHMER ODER MANGEL TRITT ERST 6 MONATE BZW. 12 MONATE NACH ÜBERGABE IN ERSCHEINUNG	
<p>Eine <b>Beweisvereitelung</b> liegt vor, wenn dem Beweispflichtigen die Beweisführung durch die andere Partei schuldhaft erschwert oder unmöglich gemacht wird. Sie kann zu Beweiserleichterungen oder sogar zur Umkehr der Beweislast führen.</p> <p>Sie liegt <u>nicht</u> vor, wenn eine <b>Drittwerkstatt Ausleseprotokolle nicht aufhebt oder ausgebaute Teile entsorgt, ohne dass der Verkäufer dies irgendwie veranlasst hat.</b></p>	<p>OLG Naumburg, Urteil vom 11.10.2012 (Az. 1 U 2/12)</p> <p>AG Stralsund, Urteil vom 30.01.2018 (Az. 22 C 161/16)</p>
Umkehr der Beweislast für die einen Sachmangel begründenden Tatsachen zu Gunsten des Käufers wegen <b>Beweisvereitelung seitens des Händlers</b>	AG Offenbach, Urteil vom 19.03.2007 (Az. 340 C 23/06)

## 5.3 Beweislastumkehr zu Gunsten von Verbrauchern

Für den Verbrauchsgüterkauf enthält **§ 477 BGB** (bis 2018 geregelt in 476 BGB) eine **Sonderregelung zur Beweislastverteilung**.

Von einem Verbrauchsgüterkauf spricht man, wenn ein Kaufvertrag zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher abgeschlossen wird (vgl. hierzu auch Ziffer 1.2).

Die Vorschrift bewirkt **zu Gunsten des Verbraucher-Käufers eine Beweislastumkehr** insofern, als zu seinen Gunsten (widerlegbar) vermutet wird, dass die Kaufsache bereits bei Gefahrübergang mangelhaft war, **wenn sich ein Sachmangel innerhalb eines bestimmten Zeitraums seit Gefahrübergang zeigt**, es sei denn, diese Vermutung ist mit der Art der Sache oder des Mangels unvereinbar.

Dieser Zeitraum beträgt für Verbrauchsgüterkaufverträge, die bis zum 31.12.2021 abgeschlossen worden sind, **6 Monate**.

Für Verbrauchsgüterkaufverträge, die seit Beginn des Jahres 2022 abgeschlossen worden sind, beträgt dieser Zeitraum **12 Monate**.

### 5.3.1 Reichweite der gesetzlichen Vermutung

Nach der früheren Rechtsprechung des BGH galt die Regelung zur Beweislastumkehr nicht für die Frage, ob der Mangel oder Defekt im juristischen Sinne als „Sachmangel“ zu werten war. Vielmehr trug

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

der Verbraucher-Käufer regelmäßig die Beweislast dafür, dass tatsächlich ein „Sachmangel“ innerhalb des seinerzeit ausschließlich maßgeblichen Zeitraums von 6 Monaten aufgetreten war. **Diese Rechtsprechung hat der BGH aufgrund des EuGH-Urteils vom 04.06.2015 (Az. C-497/13) aufgegeben und seine Rechtsprechung zur Reichweite der Beweislastumkehr durch Urteil vom 12.10.2016 (Az. VIII ZR 103/15) signifikant geändert**, um sie mit den Erwägungen des EuGH in Einklang zu bringen. Seither muss der Verbraucher lediglich eine innerhalb von **6** bzw. **12** Monaten seit Übergabe aufgetretene „**Mangelercheinung**“ bzw. ein „**Mangelsymptom**“ nachweisen, während es dem Verkäufer obliegt, nachzuweisen, dass es sich dabei nicht um einen Sachmangel handelt. Diese Rechtsprechungsänderung haben auch die Instanzgerichte zu berücksichtigen (vgl. Verfassungsgericht des Landes Brandenburg, Beschluss vom 12.04.2019, Az. VfGBbg 25/18).

**Hinweis:** Ältere Urteile, die mit den vorgenannten, vom BGH aufgestellten Grundsätzen nicht in Einklang gebracht werden können, wurden aus der nachfolgenden Übersicht entfernt.

<p>Der Käufer muss darlegen und beweisen, dass das verkaufte <b>Gut nicht vertragsgemäß</b> ist, da es z.B. nicht die im Kaufvertrag vereinbarten Eigenschaften aufweist oder sich nicht für den Gebrauch eignet, der von einem derartigen Gut gewöhnlich erwartet wird.</p> <p>Hat der Verbraucher das Vorliegen der „Vertragswidrigkeit“ als solcher bewiesen, muss er im Rahmen der Beweislastumkehr weder den <b>Grund für die Vertragswidrigkeit</b> noch den Umstand beweisen, dass die Vertragswidrigkeit <b>dem Verkäufer zuzurechnen</b> ist.</p> <p>Da die Regelungen zur Beweislastverteilung nach der Richtlinie 1999/44/EG unabdingbar sind, ist die Anwendbarkeit der Regelung zur Beweislastumkehr zugunsten des Verbrauchers auch dann zu prüfen, <b>wenn sich der Verbraucher nicht ausdrücklich auf sie berufen hat</b>.</p>	<p>EuGH, Urteil vom 04.06.2015 (Az. C-497/13)</p>
<p>Der Verbraucher-Käufer muss weder den Grund/die Ursache für die <b>Vertragswidrigkeit</b> noch den Umstand beweisen, dass sie in den Verantwortungsbereich des Verkäufers fällt und damit dem Verkäufer zuzurechnen ist. Er hat lediglich darzulegen und nachzuweisen, dass die erworbene Sache nicht den Qualitäts-, Leistungs- und Eignungsstandards einer Sache entspricht, die er nach dem Vertrag vernünftigerweise erwarten konnte.</p> <p>Die Vermutungswirkung des § 476 BGB (seit 2018 geregelt in § 477 BGB) greift bereits ein, wenn dem Käufer der <b>Nachweis</b> gelingt,</p>	<p>BGH, Urteil vom 12.10.2016 (Az. VIII ZR 103/15)</p>

Gilt allgemein	Gilt <b>nur für Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für Verbraucherkaufverträge, die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	--	---

dass sich innerhalb von **6** (bzw. **12**) Monaten ab Gefahrübergang ein mangelhafter Zustand (eine „**Mangelercheinung**“) gezeigt hat, der – unterstellt er hätte seine Ursache in einem dem Verkäufer zuzurechnenden Umstand – dessen Haftung wegen Abweichung von der geschuldeten Beschaffenheit begründen würde.

Die Vermutungswirkung des § 476 BGB (seit 2018 geregelt in § 477 BGB) kommt dem Verbraucher auch dahingehend zugute, dass der binnen **6** (bzw. **12**) Monaten nach Gefahrübergang zu Tage getretene mangelhafte Zustand zumindest **im Ansatz schon bei Gefahrübergang vorgelegen** hat. Der Verbraucher-Käufer muss daher nicht nachweisen, dass ein erst nach Gefahrübergang aufgetretener Mangel seine Ursache in einem bereits bei Gefahrübergang angelegten, latenten Mangel hat.

Der **Verkäufer** muss somit darlegen und nachweisen, dass ein Sachmangel zum Zeitpunkt des Gefahrübergangs noch nicht vorhanden war, weil er seinen Ursprung in einem Handeln oder Unterlassen nach diesem Zeitpunkt hat und ihm damit nicht zuzurechnen ist.

Gelingt dem Verkäufer nicht der volle Beweis des Gegenteils der vermuteten Tatsachen, greift die Vermutung des § 476 BGB (seit 2018 geregelt in § 477 BGB) zu Gunsten des Verbrauchers auch dann ein, wenn die **Ursache** für den mangelhaften Zustand oder der Zeitpunkt ihres Auftretens **offengeblieben** ist und damit ungeklärt ist, ob überhaupt ein vom Verkäufer zu verantwortender Sachmangel vorlag.

Daneben verbleibt dem Verkäufer die Möglichkeit, nachzuweisen, dass die Vermutungswirkung des § 476 BGB (seit 2018 geregelt in § 477 BGB) ausnahmsweise wegen der Art der Sache oder des Mangels ausgeschlossen ist.

Der Verbraucher kann im Einzelfall gehalten sein, **Vortrag zu seinem Umgang mit der Sache nach Gefahrübergang** zu halten.

<p>Den Käufer trifft die Darlegungs- und im Bestreitensfalle auch die Beweislast dafür, dass sich innerhalb von <b>6</b> (bzw. <b>12</b>) Monaten seit Fahrzeugübergabe ein mangelhafter Zustand (= <b>Mangelercheinung</b>) gezeigt hat.</p> <p>Anschließend muss er weder vortragen noch beweisen, auf welche <b>Ursache</b> die Mangelercheinung zurückzuführen ist, noch muss er darlegen und beweisen, dass diese Ursache in den <b>Verantwortungsbereich des Verkäufers</b> fällt.</p>	<p>BGH, Urteil vom 09.09.2020 (Az. VIII ZR 150/18)</p>
<p>Kommt als Ursache für eine festgestellte Mangelercheinung (auch) ein Umstand in Betracht, der eine Haftung des Verkäufers nicht zu begründen vermag - wie das bei <b>gewöhnlichem Verschleiß an nicht sicherheitsrelevanten Teilen</b> eines Gebrauchtwagens regelmäßig der Fall ist –, genügt der Käufer der ihm obliegenden Beweislast erst dann, wenn feststeht, dass die Ursache ebenfalls in einem Umstand liegen kann, der – sofern er dem Verkäufer zuzurechnen wäre – eine Haftung des Verkäufers auslösen würde.</p>	<p>BGH, Urteil vom 10.11.2021 (Az. VIII ZR 187/20)</p>
<p>Die Regelung zur Beweislastumkehr findet auch Anwendung, wenn das <b>Bestehen eines Sachmangels zum Zeitpunkt des Gefahrübergangs Vorfrage für andere Ansprüche</b> ist (<u>hier</u>: Rückerstattung der vom Käufer vorbehaltlos gezahlten Reparaturkosten, wenn er später zu der – zutreffenden – Erkenntnis gelangt, dass der Verkäufer sachmängelhaftungspflichtig war).</p> <p>(<u>Anmerkung</u>: Statt auf das „Bestehen eines Sachmangels“ wäre nunmehr auf das „Vorhandensein einer Mangelercheinung“ abzustellen.)</p>	<p>BGH, Urteil vom 11.11.2008 (Az. VIII ZR 265/07)</p>



<p>Wenn ein <b>Neuwagen nach der Erstauslieferung störungsfrei funktioniert und auch keine Schadensanfälligkeit für einen bestimmten Mangel besteht</b>, stellen Mangelsymptome, die unterschiedliche Ursachen haben können, für sich genommen noch keinen Sachmangel dar, der bereits bei Übergabe vorhanden oder angelegt war.</p> <p>(<i>Fall</i>: Nach 2.000 km erstmals sporadisch und selten auftretende, nicht reproduzierbare Schaltprobleme eines Automatikgetriebes, die nicht im Fehlerspeicher angezeigt werden und die auch auf einen Bedienungsfehler des Fahrers zurückführbar sind)</p>	<p>OLG Schleswig-Holstein, Urteil vom 08.04.2020 (Az. 12 U 39/18)</p>
<p>§ 476 BGB (seit 2018 geregelt in § 477 BGB) gilt für das Vorhandensein eines <b>beliebigen für den späteren Sachmangel ursächlichen Grundmangels</b>, nicht notwendig des später konkret aufgetretenen Sachmangels bei Übergabe.</p> <p>(<i>Anmerkung</i>: Da es nunmehr auf das „Vorhandensein einer Mangelercheinung“ ankommt, könnte die Differenzierung inzwischen obsolet sein.)</p>	<p>OLG Brandenburg, Urteil vom 08.10.2008 (Az. 13 U 34/08)</p>

### 5.3.2 Ausschluss der Beweislastumkehr wegen der „Art der Sache“

Eine Umkehr der Beweislast zu Gunsten des Verbraucher-Käufers erfolgt nicht, wenn die in zeitlicher Hinsicht wirkende Vermutung mit der „Art der Sache“ nicht vereinbar ist.

#### 5.3.2.1 Anwendbarkeit beim Gebrauchtwagenkauf

Unterschiedliche Ansichten bestanden zunächst zu der Frage, ob die Beweislastumkehr zu Gunsten des Käufers auch für den Gebrauchtwagenkauf gilt oder wegen der „Art der Sache“ ausgeschlossen ist. Diese Frage wurde schon vor Jahren durch eine Entscheidung des BGH vom 02.06.2004 zu Gunsten der Verbraucher entschieden. Auch wenn der BGH dies in seinem Urteil nicht ausdrücklich festgestellt hat, so lässt sich den Entscheidungsgründen doch entnehmen, dass er von einer Anwendbarkeit der Regelung der Beweislastumkehr auch für den Gebrauchtwagenkauf ausgeht. Gegenteilige Rechtsauffassungen wurden von der Rechtsprechung seither nicht mehr vertreten.

Die Anwendbarkeit der <b>Beweislastumkehr</b> im Rahmen eines GW-Kaufs <b>wird unterstellt</b> .	BGH, Urteil vom 02.06.2004 (Az. VIII ZR 329/03)
--	---

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

Die Beweislastumkehr <b>gilt auch beim GW-Kauf</b> .	<p>OLG Köln, Urteil vom 11.11.2003 (Az. 22 U 88/03)</p> <p>AG Marsberg, Urteil vom 09.10.2002 (Az. 1 C 143/02)</p> <p>AG Potsdam, Urteil vom 12.09.2002 (Az. 30 C 122/02)</p>
Die Unvereinbarkeit der Vermutung mit der Art der Sache kann auch bei gebrauchten Sachen, insbesondere Kraftfahrzeugen, <b>wegen Alters oder Abnutzung</b> eingreifen, wobei i.R.e. Gesamtschau der beiden Ausschlusstatbestände auch die Art des Mangels zu berücksichtigen ist.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 30.11.2018 (Az. I-22 U 52/18)

### 5.3.2.2 Anwendbarkeit auf Verschleißteile

Ob die Beweislastumkehr auch für Verschleißteile gilt, wird von einem Teil der Rechtsprechung unter dem Ausschlusstatbestand „wegen der Art der Sache“, von anderen unter dem Ausschlusstatbestand „wegen der Art des Mangels“ (siehe auch Ziffer 5.3.3.2) behandelt.

<p>Die Vermutung ist mit der Art der Sache unvereinbar, wenn es sich um ein <b>Verschleißteil</b> handelt. Deshalb obliegt dem Käufer im Streitensfalle zunächst der Beweis, dass dasjenige, was sich innerhalb von <b>6</b> (bzw. <b>12</b>) Monaten nach Gefahrübergang gezeigt hat, ein Sachmangel und kein zu erwartender normaler Verschleiß des Verschleißteils ist. Nur wenn ihm dies gelingt, kommt ihm anschließend die Regelung der Beweislastumkehr zugute.</p> <p>Im Falle einer <b>Verstopfung des Dieselpartikelfilters</b> muss der Käufer beweisen, dass der Dieselpartikelfilter schon bei Gefahrübergang aus technischen Gründen nicht mehr regenerationsfähig war, wenn der Sachverständige modell- und laufleistungsabhängig von einem normalen nutzungs- und altersbedingten Zusetzen des Filters ausgeht.</p>	<p>OLG Schleswig, Beschlüsse vom 25.09./12.12.2018 (Az. 11 U 73/18)</p> <p>LG Kiel, Urteil vom 25.05.2018 (Az. 3 O 52/15)</p>
Resultieren Folgeschäden aus <b>gewöhnlichem Verschleiß und Alterung</b> , wofür der Verkäufer darlegungs- und beweispflichtig ist, liegt keine Vertragswidrigkeit und somit kein Sachmangel vor, weshalb es auf den Zeitfaktor („bei Übergabe“) nicht ankommt.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 30.11.2018 (Az. I-22 U 52/18)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

Nicht jeder technische Defekt ist einem Sachmangel gleichzusetzen.  Das kann z.B. für <b>Oldtimer</b> zutreffen.	
--	--

### 5.3.3 Ausschluss der Beweislastumkehr wegen der „Art des Mangels“

Eine Umkehr der Beweislast zu Gunsten des Käufers erfolgt auch dann nicht, wenn die in zeitlicher Hinsicht wirkende Vermutung mit der „Art des Mangels“ nicht vereinbar ist.

Seitdem höchstrichterlich geklärt ist, dass die Regelung des § 477 BGB (bis 2018 geregelt in § 476 BGB) auch im Rahmen eines Gebrauchtwagenkaufs anwendbar ist, haben sich die Gerichte vermehrt mit der Frage auseinandergesetzt, welche Umstände dazu führen, dass die Regelung der Beweislastumkehr wegen der „Art des Mangels“ nicht anwendbar ist. Die Rechtsansichten hierzu waren teilweise so unterschiedlich, dass selbst innerhalb eines Oberlandesgerichts unterschiedliche Rechtsansichten vertreten wurden. Inzwischen liegen hierzu mehrere Entscheidungen des BGH vor.

#### 5.3.3.1 Allgemeines

Die Vermutung wird nicht dadurch ausgeschlossen, dass der <b>Mangel typischerweise jederzeit und plötzlich eintreten</b> kann.	BGH, Urteil vom 21.12.2005 (Az. VIII ZR 49/05)  <b>[andere Ansicht noch:</b> OLG Stuttgart (10. Senat), Urteil vom 18.01.2005 (Az. 10 U 179/04)]  OLG Stuttgart (5.Senat), Urteil vom 31.01.2005 (Az. 5 U 153/04)
Die Regelung des § 476 BGB (seit 2018 geregelt in § 477 BGB) ist auch bei <b>äußeren Beschädigungen</b> – wie z.B. Blechschäden – nicht generell ausgeschlossen. Vielmehr kommt es auf die Umstände des Einzelfalles an. Sie ist aber ausgeschlossen, wenn auch der nicht versierte Käufer spätestens bei der Übergabe die äußere Beschädigung hätte erkennen müssen.	BGH, Urteil vom 14.09.2005 (Az. VIII ZR 363/04)  <i>Im Ergebnis wird die Rechtsansicht des 19. Senats des OLG Stuttgart aus seinem Urteil vom 17.11.2004 (Az. 19 U 130/04) bestätigt.</i>

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

Kein genereller Ausschluss der Beweislastumkehr bei <b>nicht erkennbarem Mangel</b> .	BGH, Urteil vom 11.07.2007 (Az. VIII ZR 110/06)
<p>§ 476 BGB (seit 2018 geregelt in § 477 BGB) soll dem Verbraucher gerade bei <b>versteckten Mängeln</b> zugutekommen. Die Erkennbarkeit ist nicht Voraussetzung für die Vermutungswirkung. Entscheidend ist, dass die zugrundeliegende Ursache des Mangels Anknüpfungspunkt der Beurteilung ist. Handelt es sich bei dem Mangel hingegen um einen <b>Folgemangel</b>, der im Zeitpunkt der Übergabe noch nicht vorhanden oder angelegt war, greift die Vermutungsregel nicht ein.</p> <p>Die gesetzliche Vermutung kann nur durch den <b>Beweis des Gegenteils</b> widerlegt werden; eine bloße Erschütterung durch Behauptung der Möglichkeit einer Fehlbedienung seitens des Käufers reicht nicht aus.</p>	KG Berlin, Urteil vom 03.06.2013 (Az. 25 U 49/12)
Die Beweislastumkehr gilt <u>nicht</u> für einen Sachmangel, der auf die <b>fehlende Behebung typischer Verschleißerscheinungen</b> zurückzuführen ist.	Kammergericht Berlin, Urteil vom 16.07.2004 (Az. 25 U 17/04)

### 5.3.3.2 Verschleißteile

Wie bereits unter Ziffer 5.3.2.2 erwähnt, wird die Frage, ob die Beweislastumkehr auch für Verschleißteile gilt, von der Rechtsprechung nicht nur unter dem Ausschlussstatbestand „wegen der Art der Sache“, sondern auch unter dem Ausschlussstatbestand „wegen der Art des Mangels“ thematisiert.

<p>Jedenfalls dann, wenn die Parteien eine <b>Beschaffenheitsvereinbarung dahingehend getroffen haben, dass stärkerer Verschleiß nicht vorliegt (z.B. in Gestalt von Durchrostungen)</b>, und entsprechende Verschleißerscheinungen innerhalb von <b>6</b> (je nach den Umständen des Einzelfalls u.U. auch <b>12</b>) Monaten auftreten, greift die Regelung zur Beweislastumkehr ein und ist nicht wegen der „Art des Mangels“ ausgeschlossen.</p> <p>Die umstrittene Rechtsfrage, ob der Ausschlussstatbestand bei Verschleißmängeln wegen ihrer Art eingreift, hat der BGH im vorliegenden Rechtsstreit nicht entscheiden müssen.</p>	BGH, Urteil vom 10.11.2021 (Az. VIII ZR 187/20)
---	---

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

<p>Zwar erfasst die Regelung zur Beweislastumkehr nach der neueren BGH-Rechtsprechung auch einen „in der Entstehung begriffenen Sachmangel“, sie ist aber ausgeschlossen, wenn die Vermutung, dass der Mangel bereits bei Gefahrübergang im Ansatz vorgelegen hat, mit der Art des Mangels unvereinbar ist. Bei Verschleißteilen ist insofern zu berücksichtigen, dass <b>normaler Verschleiß</b> schon im Ansatz keinen Sachmangel im Rechtssinne begründet.</p> <p>Lag die <b>(erhebliche) Korrosion am Auspuff eines Gebrauchtwagens</b> bei einer vor Übergabe durchgeführten Hauptuntersuchung noch nicht in rügerelevantem Umfang vor, kann keine dem Verkäufer zuzurechnende Ursache unterstellt werden, die zwingend zur Annahme eines Sachmangels führt.</p>	<p>OLG Köln, Urteil vom 26.04.2018 (Az. 15 U 82/17)</p>
<p>Entscheidend für den Ausschlussstatbestand ist, ob ein <b>Erfahrungssatz</b> dafür spricht, dass der Mangel nachträglich entstanden ist. Maßgeblich ist, ob der konkrete Mangel bei dem Fahrzeug mit hinreichender Wahrscheinlichkeit einen Rückschluss auf sein Vorliegen bzw. das Vorliegen eines Grundmangels bei Übergabe zulässt.</p> <p>Von einer nachträglichen Entstehung ist bei üblichem Verschleiß durch Gebrauch des Fahrzeugs auszugehen.</p> <p>Insbesondere bei älteren Gebrauchtwagen (<u>hier</u>: Laufleistung bei Übergabe 116.000 km) kann die <b>Verstopfung des Dieselpartikelfilters</b> auf üblichem Verschleiß beruhen.</p>	<p>LG Düsseldorf, Urteil vom 19.02.2014 (Az. 23 S 156/13)</p>

### 5.3.3.3 Sonstige Fallgestaltungen

<p>Reklamiert der Käufer 2 Wochen nach Fahrzeugübergabe unstreitig vorhandene augenfällige <b>Lackkratzer</b> auf beiden Seiten des Neufahrzeugs (<u>hier</u>: Schadensbild wie nach einer maschinellen Autowäsche oder unsachgemäßen Handwäsche), ist die Vermutungsregelung ausgeschlossen, weil die Kratzer auch einem fachkundigen Käufer bei der Fahrzeugübergabe hätten auffallen müssen. Nimmt der Käufer das Fahrzeug ohne Beanstandung entgegen, spricht dies gegen die Vermutung, dass der Mangel schon bei Fahrzeugübergabe vorhanden war.</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 17.03.2017 (Az. I-22 U 211/16)</p>
---	--

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Bei einem Motorschaden eines 4 Jahre alten GW infolge eines <b>Kolbenfressers</b> , ohne Hinweise auf ein schadensursächliches Fehlverhalten des Käufers (wie z.B. fehlende Schmierstoffe), spricht die Lebenserfahrung dafür, dass der Motorschaden im technischen Zustand des Fahrzeugs selbst angelegt war.	OLG Frankfurt/M., Urteil vom 04.03.2005 (Az. 24 U 198/04)
Die Vermutung, dass ein Mangel, der sich innerhalb der ersten <b>6</b> (bzw. <b>12</b> ) Monate zeigt, bereits bei Gefahrübergang bestand, gilt nicht für eine möglicherweise defekte <b>Ölpumpe</b> , wenn der Käufer mit dem Fahrzeug noch eine Fahrstrecke von ca. 4.600 km zurückgelegt hat.	OLG Dresden, Urteil vom 26.10.2006 (Az. 9 U 732/06)
<b>Verstopfter Dieselpartikelfilter</b> Entscheidend für den Ausschlussstatbestand ist, ob ein <b>Erfahrungssatz</b> dafür spricht, dass der Mangel nachträglich entstanden ist. Von einer nachträglichen Entstehung ist bei <b>Fehlgebrauch des Fahrzeugs nach Fahrzeugübergabe</b> auszugehen. Das ist etwa dann der Fall, wenn die nach dem Bedienungshandbuch erforderlichen <b>Regenerationsfahrten nicht vorgenommen</b> wurden.	LG Düsseldorf, Urteil vom 19.02.2014 (Az. 23 S 156/13)
<b>Beschädigungen am Unterboden</b> des Fahrzeugs entstehen regelmäßig bei dessen Gebrauch, so dass nicht vermutet werden kann, dass sie bereits bei Übergabe vorhanden waren.	AG Kehlheim, Urteil vom 08.11.2010 (Az. 1 C 467/10)
Ein <b>Defekt am Turbolader</b> kann typischerweise jederzeit eintreten und verschleißbedingte Ursachen haben oder auf unzureichende Wartung zurückzuführen sein.	AG Friedberg, Urteil vom 24.04.2015 (Az. 2 C 1639/14)
Ein <b>auf eine defekte GPS-Antenne zurückzuführender Defekt am Navigationsgerät</b> , mit dessen Auftreten jederzeit gerechnet werden muss, lässt die Vermutung, dass der Mangel zumindest im Ansatz schon bei Übergabe vorhanden war, wegen der Art des Mangels nicht zu.	AG Nordhausen, Urteil vom 08.10.2018 (Az. 22 C 347/17)

### 5.3.4 Widerlegbarkeit der Vermutungsregelung

Bei der Regelung in § 477 BGB (bis 2018 geregelt in § 476 BGB) handelt es sich um eine **widerlegbare Vermutung**. Daher steht dem Verkäufer grundsätzlich das Recht zu, die in zeitlicher Hinsicht wirkende Vermutungsregelung durch entsprechende Beweise zu widerlegen. Strittig war bislang, ob eine

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

**Erschütterung der Vermutung** durch den Verkäufer ausreicht, die ernstliche Zweifel daran begründet, dass der Mangel bereits bei Gefahrübergang vorhanden war **oder** ob er den **vollen Beweis des Gegenteils nach § 292 ZPO** (Zivilprozessordnung) erbringen muss.

### 5.3.4.1 Allgemeines und einzelne Fallgestaltungen

<p>Der Verkäufer muss darlegen und beweisen, dass ein Sachmangel zum Zeitpunkt des Gefahrübergangs noch nicht vorhanden war, weil er seinen Ursprung in einem Handeln oder Unterlassen nach diesem Zeitpunkt hat und ihm damit nicht zuzurechnen ist.</p> <p>Gelingt dem Verkäufer nicht der <b>volle Beweis des Gegenteils</b> der vermuteten Tatsachen, greift die Vermutung des § 476 BGB (seit 2018 geregelt in § 477 BGB) zu Gunsten des Verbrauchers auch dann ein, wenn die <b>Ursache</b> für den mangelhaften Zustand <b>oder</b> der <b>Zeitpunkt ihres Auftretens offengeblieben</b> ist und damit ungeklärt ist, ob überhaupt ein vom Verkäufer zu verantwortender Sachmangel vorlag.</p>	<p><b>EuGH, Urteil vom 04.06.2015 (Az. C-497/13)</b></p> <p>BGH, Urteil vom 12.10.2016 (Az. VIII ZR 103/15)</p> <p>OLG Celle, Urteil vom 04.08.2004 (Az. 7 U 30/04)</p> <p>OLG Saarbrücken, Urteil vom 25.10.2011 (Az. 4 U 540/10)</p> <p>OLG Koblenz, Urteil vom 24.02.2011 (Az. 2 U 261/10)</p> <p>LG Düsseldorf, Urteil vom 04.11.2016 (Az. 14e O 250/14)</p> <p><b><u>andere Ansicht noch:</u></b></p> <p>OLG Stuttgart, Urteil vom 31.01.2005 (Az. 5 U 153/04)</p>
<p>Der „<b>volle Beweis des Gegenteils</b>“ erfordert die volle richterliche Überzeugung, wobei es eines für das praktische Leben brauchbaren Grades an Gewissheit bedarf, der Zweifeln Schweigen gebietet, ohne sie völlig auszuschließen. Weder eine „überwiegende Wahrscheinlichkeit“ noch „ernsthafte Zweifel“ sind hierfür ausreichend.</p> <p>Der Vollbeweis kann auch <u>nicht</u> durch den <b>vorgedruckten Hinweis im Kaufvertrag „Das Fahrzeug wurde Probe gefahren, alle Funktionen wurden vor der Auslieferung überprüft“</b>, geführt werden.</p> <p>Entscheidend ist vielmehr, ob das konkrete Erscheinungsbild der Sache oder des Mangels dem Anschein nach aufgrund des typischen Geschehensablaufs nach allgemeiner Lebenserfahrung auf eine Mangelentstehung nach Übergabe schließen lässt. Der Käufer</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 30.11.2018 (Az. I-22 U 52/18)</p>

kann diesen Anschein dann durch den Nachweis der ernsthaften Möglichkeit eines anderen Geschehensablaufs erschüttern.	
Die ordnungsgemäße Durchführung einer großen <b>Inspektion vor Abschluss des Kaufvertrages</b> kann – je nach den Umständen des Einzelfalls – ein Indiz für die Annahme sein, dass der Mangel zum Zeitpunkt der Übergabe noch nicht vorgelegen hat.	OLG Koblenz, Urteil vom 19.04.2007 (Az. 5 U 768/06)
Zeigt sich ein Mangel innerhalb der ersten <b>6</b> (bzw. <b>12</b> ) Monate seit Verkauf eines <b>Austauschmotors</b> , muss der Verkäufer beweisen, dass der Mangel auf einem unsachgemäßen Einbau oder Fehlern der mit dem Einbau beauftragten Drittwerkstatt beruht.	OLG Brandenburg, Urteil vom 08.11.2018 (Az. 12 U 176/16)
Dem Verkäufer gelingt der volle Beweis des Gegenteils dafür, dass die gerügte <b>Zylinderkopfdichtung</b> bei Übergabe noch nicht defekt war, wenn niemand anlässlich der durchgeführten Probefahrt eine weiße Rauchbildung festgestellt hat.	LG Berlin, Urteil vom 23.01.2018 (Az. 36 O 124/16)

### 5.3.4.2 Anforderungen an den Käufer

Damit der Verkäufer sein Recht zur Entkräftung bzw. Widerlegung der gesetzlichen Vermutung auch ausüben kann, sind an das **Verhalten des Käufers gewisse Anforderungen** zu stellen. Zur schuldhaften Beweisvereitelung siehe Ziffer 5.3.6.

Der Verbraucher kann im Einzelfall gehalten sein, <b>Vortrag zu seinem Umgang mit der Sache nach Gefahrübergang</b> zu halten (= <b>sekundäre Darlegungslast</b> ).	BGH, Urteil vom 12.10.2016 (Az. VIII ZR 103/15)
Der Käufer ist grundsätzlich verpflichtet, dem Verkäufer das <b>beanstandete Teil zu Überprüfungszwecken zu überlassen</b> .  Der Händler ist verpflichtet, dem Käufer während der <b>Überprüfungszeit</b> kostenlosen Ersatz für das beanstandete Teil zur Verfügung zu stellen.	OLG München, Urteil vom 24.11.2004 (Az. 20 U 3522/04)  LG Braunschweig, Urteil vom 27.12.2004 (Az. 4 S 385/04)

### 5.3.5 Unaufklärbarkeit der tatsächlichen Schadensursache

Vor Erlass des EuGH-Urteils vom 04.06.2015 (Az. C-497/13) und des BGH-Urteils vom 12.10.2016 (Az. VIII ZR 103/15) hat die Beantwortung der Frage, ob die Regelung zur Beweislastumkehr (§ 477 BGB; bis 2018 geregelt in § 476 BGB) auch in Fällen Anwendung findet, in denen die Schadensursache nicht

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---



(mehr) eindeutig festgestellt werden kann und mehrere Schadensursachen denkbar sind, die Gerichte immer wieder vor große Probleme gestellt. Der Grund hierfür bestand u.a. darin, dass die Vermutungsregelung des § 477 BGB vor Erlass der o.g. Rechtsprechung das Vorliegen eines Sachmangels voraussetzte. Nunmehr muss der Verbraucher nur noch eine binnen **6** bzw. **12** Monaten aufgetretene Vertragswidrigkeit der Kaufsache als solche, also eine „Mangelercheinung“ nachweisen, so dass das **Risiko der Unaufklärbarkeit der tatsächlichen Schadensursache** seither **im Regelfall vom Verkäufer zu tragen** ist.

**Hinweis:** Inzwischen „überholte“ oder nunmehr „unbedeutsame“ Rechtsprechung wurde daher aus der nachfolgenden Übersicht entfernt.

Kann nicht geklärt werden, ob einer der als ursächlich in Betracht kommenden Umstände für einen Defekt des Fahrzeugs, für den der Verkäufer nicht haften würde, wenn er erst <i>nach</i> Übergabe eingetreten ist (z.B. ein <b>Fahr- oder Bedienungsfehler des Fahrers</b> ), <b>vor oder nach der Übergabe</b> des Fahrzeugs an den Käufer eingetreten ist, gilt die Beweislastumkehr zu Gunsten des Käufers.	BGH, Urteil vom 18.07.2007 (Az. VIII ZR 259/06)  OLG Koblenz, Urteil vom 24.02.2011 (Az. 2 U 261/10)
Kann der Sachverständige keinen <b>Wassereintritt im Fußraum</b> (mehr) feststellen, weil der Käufer nach Rücktritt vom Kaufvertrag wegen eines zwischenzeitlich aufgetretenen Steinschlags die Frontscheibe wechseln musste, geht das offene Beweisergebnis zum Vorliegen eines Mangels zu Lasten des Verkäufers. Das gilt jedenfalls dann, wenn es technisch nicht auszuschließen ist, dass die ausgewechselte Frontscheibe für den behaupteten Wassereintritt ursächlich gewesen sein könnte.	OLG Schleswig, Urteil vom 05.10.2017 (Az. 7 U 88/16)

### 5.3.6 Schuldhafte Beweisvereitelung seitens des Verbrauchers

Eine Beweisvereitelung liegt vor, wenn das Beweisobjekt zerstört, dem beweispflichtigen Verkäufer entzogen oder seine Beweisfunktion beseitigt wurde (z.B. durch eine Reparatur). Ist dem Verbraucher insofern ein Verschulden vorzuwerfen, kann dies u.U. sogar zu einer Umkehr der Beweislast (diesmal zu Gunsten des Verkäufers) führen.

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

Vereitelt der Käufer dem Händler die Erbringung des Gegenbeweises vorsätzlich oder fahrlässig (z.B. indem das <b>mangelhafte Fahrzeugteil mangels Aufbewahrung</b> einer späteren <b>Begutachtung entzogen</b> wird), kann sich die Beweislastverteilung für den Händler vorteilhaft verändern.	BGH, Urteil vom 23.11.2005 (Az. VIII ZR 43/05)
Die Beurteilung der <b>Folgen einer Beweisvereitelung</b> liegt im tatrichterlichen Ermessen.  Wird durch die <b>Vernichtung von technischen Fahrzeugteilen</b> einer Aufklärung der Schadensursache gänzlich der Boden entzogen und trifft den Käufer diesbezüglich ein schwerer Sorgfaltsverstoß, z.B. weil er mit einer gerichtlichen Auseinandersetzung rechnen musste, entfällt die Vermutungswirkung.	OLG Koblenz, Beschluss vom 27.03.2018 (Az. 5 U 79/18)
Ist dem Käufer der <b>Vorwurf der fahrlässigen Beweisvereitelung</b> zu machen, kann dies zu einer erneuten Umkehr der Beweislast (diesmal zu Gunsten des Verkäufers) führen.  Eine nur <b>leichte Fahrlässigkeit</b> kann u.U. aber nur Beweiserleichterungen für den Verkäufer zur Folge haben.	OLG Saarbrücken, Urteil vom 25.10.2011 (Az. 4 U 540/10)
Den Käufer trifft der Vorwurf der fahrlässigen Beweisvereitelung, was zu einer erneuten Umkehr der Beweislast – diesmal zu Gunsten des Verkäufers – führt, wenn der Käufer es <b>unterlässt</b> , die mit der Reparatur beauftragte <b>Drittwerkstatt anzuweisen, das defekte Teil aufzubewahren</b> .	LG Bielefeld, Urteil vom 13.04.2016 (Az. 22 S 239/15)  AG Friedberg, Urteil vom 24.04.2015 (Az. 2 C 1639/14)
Eine <b>fahrlässige Beweisvereitelung</b> durch den Käufer führt dazu, dass der nach der Beweisaufnahme wahrscheinlichste Geschehensablauf als vom Verkäufer bewiesen anzusehen ist.	AG Nürnberg, Urteil vom 19.03.2018 (31 C 2821/17)

### 5.3.7 Tatsachenanerkennnis des Verbrauchers

Erkennt der Verbraucher ausdrücklich oder durch sein Verhalten bestimmte Tatsachen an, kann sich dies gleichfalls günstig auf die Beweislage des Verkäufers auswirken.

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<p>In der <b>vorbehaltlosen Begleichung einer Rechnung</b> seitens des Verbrauchers kann u.U. ein Tatsachenanerkennnis im Sinne eines „Zeugnisses gegen sich selbst“ liegen, das zu einer Umkehr der Beweislast zu Gunsten des Verkäufers führen kann. Das setzt jedoch voraus, dass eine Interessenlage vorlag, die zur Abgabe eines Anerkenntnisses Anlass gab.</p> <p>Die vorbehaltlose Bezahlung einer Reparaturrechnung <u>allein</u> begründet noch kein tatsächliches Anerkenntnis des Verbrauchers dahingehend, zur Zahlung verpflichtet gewesen zu sein. Vielmehr müssen weitere Umstände hinzutreten, die diesen Schluss zulassen. Das ist z.B. dann der Fall, wenn zwischen den Parteien Streit oder Ungewissheit über den Bestand oder Umfang einer Forderung bestand und der Verbraucher die Rechnung ohne Vorbehalte beglichen hat.</p>	<p>BGH, Urteil vom 11.11.2008 (Az. VIII ZR 265/07)</p>
---	--

## 5.4 Beweislastverteilung für Zeitpunkte, die nach dem Gefahrübergang liegen

Der Käufer muss das Vorliegen eines Sachmangels u.U. aber auch noch zu späteren Zeitpunkten als dem des Gefahrübergangs beweisen.

### 5.4.1 Allgemeines

<p>Weil <b>behebbarer Mängel</b> jederzeit beseitigt werden können, hat der Käufer auch zu beweisen, dass die <b>Mangelercheinung bei Zugang des Gewährleistungsbegehrens weiterhin vorlag</b>.</p> <p>Für die Geltendmachung von <b>Nacherfüllungs- und Schadensersatzansprüchen</b> muss der Käufer außerdem beweisen, dass <b>die Mangelercheinung bis zur letzten mündlichen Tatsachenverhandlung fortbestanden</b> hat, es sei denn, der Mangel wurde vom Käufer nach fruchtlosem Ablauf einer angemessenen Nacherfüllungsfrist berechtigterweise beseitigt.</p> <p>Im Falle des <b>Rücktritts</b> oder der <b>Minderung</b> spielt der Umstand, dass <b>die Mangelercheinung bis zur letzten mündlichen Tatsachenverhandlung fortbestanden</b> haben muss, unter dem Aspekt der Treuwidrigkeit (§ 242 BGB) eine Rolle.</p>	<p>BGH, Urteil vom 10.11.2021 (Az. VIII ZR 187/20)</p>
--	--

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

## 5.4.2 Eingreifen der Regelung zur Beweislastumkehr des § 477 BGB nach Gefahrübergang

Nach dem Wortlaut des § 477 BGB bezieht sich die Vermutung, dass von einem Sachmangel auszugehen ist, ausdrücklich auf den Zeitpunkt des Gefahrübergangs. Fraglich ist, ob die damit verbundene Beweiserleichterung zu Gunsten von Verbrauchern auch dann eingreift, wenn ein Verbraucher das Vorliegen eines Sachmangels zu einem späteren Zeitpunkt als dem des Gefahrübergangs beweisen muss oder ob er nunmehr den vollen Beweis dafür erbringen muss, dass der mangelhafte Zustand nachweislich auf einer dem Verkäufer haftungsrechtlich zuzurechnenden Ursache beruht.

Für nach Gefahrübergang liegende Zeitpunkte entfaltet die Regelung des § 477 BGB zu Gunsten von Verbrauchern jedenfalls dann **„Ausstrahlungswirkung“**, wenn der Verbraucher innerhalb von **6** (bzw. **12**) Monaten ein Recht aus der Sachmangelhaftung ab Gefahrübergang geltend gemacht hat und die tatbestandlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Zum Zeitpunkt der letzten mündlichen Tatsachenverhandlung oder für den Fall einer nach Ablauf der **6-** (bzw. **12-**) Monatsfrist vorgenommenen berechtigten Selbstvornahme der Mangelbeseitigung besteht eine **„Fortwirkung“** des § 477 BGB dahingehend, dass der Verbraucher nur das Fortbestehen der innerhalb der **6-** (bzw. **12-**) Monatsfrist aufgetretenen Mangelerrscheinung beweisen muss.

Nur auf diese Weise kann dem unionsrechtlich vorgegebenen Ziel von Beweiserleichterungen zu Gunsten von Verbrauchern innerhalb von **6** (bzw. **12**) Monaten seit Gefahrübergang und dem Bestreben des deutschen Gesetzgebers, dieses Ziel richtlinien-treu in deutsches Recht umzusetzen, Genüge getan werden.

BGH, Urteil vom 10.11.2021 (Az. VIII ZR 187/20)

## 5.4.3 Beweislastumkehr zu Gunsten des Verbrauchers bei Wiederauftreten des Mangels nach dessen Nachbesserung

Tritt der Mangel nach Ablauf der **6-** (bzw. **12-**) Monatsfrist, aber innerhalb von **6** (bzw. **12**) Monaten nach erfolgter Nachbesserung erneut auf, stellt sich die Frage, ob sich der Käufer dann immer noch auf die Regelung zur Beweislastumkehr des § 477 BGB (bis 2018 geregelt in § 476 BGB) berufen kann. Obwohl der Wortlaut der Vorschrift auf den Zeitpunkt des Gefahrübergangs und damit auf den der Übergabe der Kaufsache abstellt, wird in der Rechtsliteratur vielfach die Ansicht vertreten, dass es

Gilt allgemein

Gilt **nur für Verbraucherkaufverträge**, die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für Verbraucherkaufverträge, die ab 2022 abgeschlossen wurden

interessengerecht sei, dem Käufer die volle 6- (bzw. 12-) Monatsfrist hinsichtlich solcher Mängel erneut zuzugestehen, die Gegenstand der Nachbesserung waren.

Mit Blick auf die europäische Verbrauchsgüterkaufrichtlinie, die den Zweck verfolgt, die Rechte des Verbrauchers zu stärken, ist es interessengerecht, dem <b>Käufer die 6- (bzw. 12-) Monatsfrist erneut zuzugestehen</b> . Ansonsten hätte der Verkäufer die Möglichkeit, die 6- (bzw. 12-) Monatsfrist durch Hinauszögern der Nachbesserung unangemessen zu verkürzen.	OLG Saarbrücken, Urteil vom 25.10.2011 (Az. 4 U 540/10)
Wurden die Mängel innerhalb der ersten 6 (bzw. 12) Monate beseitigt und treten später nach Ablauf der 6- (bzw. 12-) Monatsfrist erneut Mangelsymptome auf, muss der <b>Käufer die Identität der Mängel nachweisen</b> . Allein die Feststellung der Gleichartigkeit der Mängelercheinungen lässt den Schluss auf dieselbe Mangelursache <u>nicht</u> zu, wenn hierfür verschiedene Ursachen in Betracht kommen und wenn zwischen der Nachbesserung und dem Wiederauftreten des Symptoms ein längerer Zeitraum ( <u>hier</u> : knapp 6 Monate) oder eine längere Fahrstrecke ( <u>hier</u> : 11.000 km) liegen. Gerade bei älteren Fahrzeugen ist nicht auszuschließen, dass nacheinander verschiedene Defekte entstehen, die sich in gleicher Weise funktionsstörend zeigen.	OLG Hamm, Urteil vom 29.04.2014 (Az. I-28 U 51/13)

## 5.5 Tabellarischer Überblick: Wer muss was beweisen?

Auf der Grundlage der Rechtsprechung des EuGH vom 04.06.2015 (Az. C-497/13) und des BGH vom 12.10.2016 (Az. VIII ZR 103/15) gewährt die nachfolgende tabellarische Übersicht einen vereinfachten Überblick über die Anwendbarkeit der Regelungen zur Beweislast in typischen Kaufvertragskonstellationen. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

**FALL 1:** FAHRZEUG WIRD AN EINEN UNTERNEHMER VERKAUFT

**FALL 2:** MANGEL TRITT ERST 6 BZW. 12 MONATE NACH FAHRZEUGÜBERGABE AN EINEN VERBRAUCHER IN ERSCHEINUNG

### KÄUFER (UNTERNEHMER ODER VERBRAUCHER)

Käufer muss das **Vorliegen eines Sachmangels** beweisen

(*Ausnahme:* Käufer hat die Kaufsache nicht vorbehaltlos angenommen, § 363 BGB)

Sachmangel (+)	Sachmangel (-)
<ul style="list-style-type: none"> <li>Kfz weist nicht die geschuldete Beschaffenheit auf</li> <li>Außergewöhnlicher Verschleiß</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Normaler Verschleiß</li> <li>Bedienungsfehler des Fahrers</li> <li>Marderbiss nach Übergabe</li> <li>Kenntnis des Käufers vom Defekt</li> </ul>

Kommen **mehrere Schadensursachen** in Betracht und kann nicht abschließend geklärt werden, welche davon für den Defekt ursächlich war, gilt folgendes:

Sachmangel (+)	Sachmangel (-)
<ul style="list-style-type: none"> <li>Alle denkbaren Schadensursachen begründen einen Sachmangel</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Eine denkbare Schadensursache begründet keinen Sachmangel</li> <li>Ob der Defekt auf Umständen beruht, die allesamt einen Sachmangel begründen, kann nicht (mehr) festgestellt werden</li> </ul>

### VERKÄUFER

#### Vorbehaltlose Nachbesserung

Verkäufer kann sich nicht mehr darauf berufen, dass der Mangel zum Zeitpunkt der Übergabe nicht vorgelegen hat

#### Zahlung eines Teilbetrages oder Erbringung von Kulanzleistungen

Kann im Einzelfall als „Zeugnis des Verkäufers wider sich selbst“ zu einer Umkehr der Beweislast führen

### FALL 3: MANGEL TRITT INNERHALB VON 6 BZW. 12 MONATEN SEIT ÜBERGABE AN EINEN VERBRAUCHER AUF

KÄUFER = VERBRAUCHER	VERKÄUFER
<p>Verbraucher muss (nur) das <b>Vorliegen der Vertragswidrigkeit</b> der Kaufsache beweisen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Nachweis, dass die erworbene Sache nicht den Qualitäts-, Leistungs- und Eignungsstandards entspricht, die der Verbraucher nach dem Kaufvertrag vernünftigerweise erwarten kann</li> <li>■ Es muss sich um eine Mangelercheinung handeln, die einen Sachmangel begründen würde, wenn sie ihre Ursache in einem dem Verkäufer zuzurechnenden Umstand hätte</li> <li>■ Verbraucher muss <u>nicht</u> den Grund für die Vertragswidrigkeit beweisen</li> <li>■ Verbraucher muss <u>nicht</u> nachweisen, dass die Vertragswidrigkeit dem Verkäufer zuzurechnen ist</li> </ul> <p><b>Vermutungswirkung des § 477 BGB (bis 2018 geregelt in § 476 BGB)</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ In zeitlicher Hinsicht wird (widerlegbar) vermutet, dass ein Mangel, der sich erst binnen 6 bzw. 12 Monaten nach der Übergabe zeigt, zumindest schon im Ansatz als „latenter Mangel“ bei Gefahrübergang bzw. Übergabe der Kaufsache vorhanden war</li> <li>■ Sie greift auch dann ein, wenn ungeklärt ist, ob überhaupt ein vom Verkäufer zu verantwortender Sachmangel vorlag, weil folgende Umstände offen geblieben sind: <ul style="list-style-type: none"> <li>➢ Ursache für den mangelhaften Zustand</li> <li>➢ Zeitpunkt des Auftretens der Ursache (vor oder nach Übergabe)</li> </ul> </li> </ul> <p><b>Ausschluss der Beweisvermutung bzw. erneute Umkehr der Beweislast</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Tatsachenanerkennnis des Verbrauchers</li> <li>■ Vorsätzliche oder fahrlässige Beweisvereitelung <ul style="list-style-type: none"> <li>➢ <u>Beispiel:</u> Verschlechterung der Beweislage des Verkäufers wegen Entsorgung des defekten Bauteils durch Verbraucher oder einer von ihm beauftragten Drittwerkstatt</li> </ul> </li> </ul>	<p><b>Widerlegbarkeit der Vermutung</b></p> <p>Verkäufer muss beweisen, dass die Vertragswidrigkeit (akuter oder latenter Mangel) <b>bei Übergabe noch nicht</b> vorlag:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Nachweis, dass der Grund oder Ursprung der Vertragswidrigkeit in einem Handeln oder Unterlassen nach der Übergabe liegt (z.B. Bedienungsfehler, Marderbiss)</li> <li>■ Im Einzelfall kann der Verbraucher gehalten sein, Vortrag zu seinem Umgang mit der Kaufsache zu halten (= sekundäre Darlegungslast)</li> </ul> <p><b>Ausschluss des § 477 BGB wegen der „Art des Mangels“</b></p> <p>Gegeben, wenn Erfahrungssatz für die <u>nachträgliche</u> Mangelentstehung spricht, z.B. wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ äußere Beschädigung vor oder bei Übergabe für den Käufer erkennbar war</li> <li>■ der Mangel auf eine fehlende Behebung typischer Verschleißerscheinungen seitens des Verbrauchers zurückzuführen ist</li> </ul> <p><b>Voller Beweis des Gegenteils erforderlich</b></p> <p>Verkäufer trägt i.d.R. Risiko der Unaufklärbarkeit</p>

## 6 Nacherfüllung

### 6.1 Zurückbehaltungsrecht des Käufers in Bezug auf den Kaufpreis

Ist ein **Sachmangel vor der Fahrzeugübergabe für den Käufer erkennbar**, stellt sich die Frage, ob der Käufer das Fahrzeug dennoch abnehmen sowie den gesamten oder überwiegenden Kaufpreis zahlen muss und ob der Verkäufer ihn im Übrigen auf die Geltendmachung von Sachmängelhaftungsansprüchen, insbesondere auf eine Nacherfüllung in Form einer Nachbesserung, verweisen darf.

Der Käufer ist berechtigt, die Abnahme eines mangelbehafteten Fahrzeugs und die Zahlung des Kaufpreises insgesamt bis zur Mangelbeseitigung zu verweigern (§§ 273 Abs. 1, 320 Abs. 1 Satz 1 BGB). Das Recht des Käufers, **behebbarer Mängel vor der Übergabe** vom Verkäufer beseitigen zu lassen und das Fahrzeug bis zur Beseitigung des Mangels zurückzuweisen, steht dem Käufer auch bei geringfügigen Mängeln zu (*hier*: Lackschaden an der Fahrertür). Der Verkäufer kann in aller Regel nicht verlangen, dass der Käufer die mangelbehaftete Sache zunächst annimmt, um sodann Sachmängelhaftungsansprüche geltend zu machen.

Liegen besondere Umstände vor, können der Ausübung des Zurückbehaltungsrechts des Käufers (in Bezug auf den gesamten oder überwiegenden Teil des Kaufpreises) im Einzelfall ausnahmsweise mit Rücksicht auf Treu und Glauben Schranken gesetzt sein.

BGH, Urteil vom 26.10.2016 (Az. VIII ZR 211/15)

BGH, (branchenfremdes) Urteil vom 19.11.2021 (Az. V ZR 104/20)

### 6.2 Anspruch auf Nachbesserung oder Ersatzlieferung

Bei Vorliegen eines Sachmangels kann der Käufer nach § 439 BGB vorrangig zunächst **Nacherfüllung** verlangen (**sog. Primäranspruch**).

#### 6.2.1 Wahlrecht

Der Nacherfüllungsanspruch des Käufers kann nach seiner Wahl in Form der **Nachbesserung oder einer Ersatzlieferung** geltend gemacht werden.

Gilt allgemein

Gilt **nur für Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für Verbraucherkaufverträge,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden



<p>Da Nacherfüllungsansprüche keine Gestaltungsrechte sind, ist der Käufer nicht daran gehindert, seine zunächst getroffene <b>Wahl</b> – in den Grenzen von Treu und Glauben – zu <b>ändern</b> und von der zunächst gewählten Art der Nacherfüllung (<u>hier</u>: Nachbesserung) wieder Abstand zu nehmen und später die andere Art der Nacherfüllung (<u>hier</u>: Ersatzlieferung) zu wählen.</p> <p>Es ist <b>nicht treuwidrig</b>, dass der Käufer an einer Ersatzlieferung festhält, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ der Verkäufer die zuvor gewählte <b>Nachbesserung nicht erfolgreich vorgenommen</b> hat oder</li> <li>■ der <b>Mangel vom Verkäufer nachträglich ohne</b> (ausdrückliches oder konkludentes) <b>Einverständnis des Käufers beseitigt</b> worden ist.</li> </ul>	<p>BGH, Urteil vom 24.10.2018 (Az. VIII ZR 66/17)</p>
<p><b>VW-Abgasskandal</b></p> <p>Hat der Käufer sein <b>Wahlrecht</b> wirksam <b>zu Gunsten einer Ersatzlieferung ausgeübt</b>, erlischt der Anspruch grundsätzlich nicht durch das <b>spätere Aufspielen des Software-Updates</b>.</p> <p>Eine andere Frage ist, ob es dem Käufer unter dem Gesichtspunkt treuwidrigen Verhaltens (§ 242 BGB) verwehrt ist, weiterhin eine Ersatzlieferung zu fordern.</p>	<p>BGH, Beschluss vom 21.03.2023 (Az. VIII ZR 7/21)</p>
<p>Der Käufer ist in der Regel zunächst an die einmal getroffene Wahl gebunden, d.h. er kann <b>ohne triftigen Grund nicht</b> einfach <b>von einer Nachbesserung auf eine Ersatzlieferung umsteigen</b>.</p>	<p>OLG Saarbrücken, Urteil vom 29.05.2008 (Az. 8 U 494/07)</p>
<p>Entscheidet sich der Käufer für eine Nachbesserung, ist er an diese Wahl insofern gebunden, als er nunmehr zunächst <b>abwarten muss, ob die Nachbesserung innerhalb angemessener Frist Erfolg hat</b>. Das gilt jedenfalls dann, wenn der <b>Verkäufer mit der Nachbesserung bereits begonnen</b> hat.</p>	<p>OLG Celle, Urteil vom 19.12.2012 (Az. 7 U 103/12)</p>
<p>Wird dem Käufer <b>vom Verkäufer eine Nachbesserung angeboten</b>, kann der Käufer dennoch eine Ersatzlieferung verlangen, wenn er die Nachbesserung zuvor weder verlangt noch sich über eine solche mit dem Verkäufer geeinigt hatte.</p>	<p>OLG Hamm, Urteil vom 21.07.2016 (Az. 28 U 175/15)</p>

Jedenfalls dann, wenn ein <b>fabrikneues Kraftfahrzeug</b> infolge eines Sachmangels einen <b>Unfallschaden</b> erleidet, kann der Käufer die Lieferung eines neuen baugleichen Fahrzeugs verlangen und muss sich nicht mit einer Beseitigung der Unfallschäden zufriedengeben.	OLG München, Urteil vom 20.12.2016 (Az. 8 U 2957/16)
Der Käufer kann die von ihm gewählte Art der Nacherfüllung grundsätzlich jederzeit ändern, solange der <b>Verkäufer noch nicht mit der Durchführung begonnen</b> hat oder zwischen den Vertragsparteien <b>keine Vereinbarung über die Art der Nacherfüllung getroffen</b> worden ist. Misslingt sie aber, ist der Käufer auch in diesen Fällen wieder in seiner Wahl frei.	LG Hagen, Urteil vom 29.07.2011 (Az. 2 O 50/10)
Der <b>Verkäufer verhält sich treuwidrig</b> , wenn er den Käufer an der ursprünglich getroffenen Wahl festhalten will, obwohl er die vom Käufer zunächst gewünschte <b>Nachbesserung nicht oder nicht ordnungsgemäß vorgenommen</b> hat.	LG Aachen, Urteil vom 03.09.2020 (Az. 11 O 167/16)

Aber kann der Käufer auch dann noch **Nacherfüllung verlangen, wenn er zuvor unberechtigt vom Kaufvertrag zurückgetreten ist?**

Der Nacherfüllungsanspruch des Käufers erlischt erst durch eine berechtigte Rücktrittserklärung. <b>Scheitert das Rücktrittsverlangen aus formellen Gründen</b> und kommt es deshalb nicht zu einer Umwandlung des Vertrages in ein Rückgewährschuldverhältnis, bleibt dem Käufer der (Nach-) Erfüllungsanspruch erhalten.	OLG Naumburg, Urteil vom 09.04.2015 (Az. 2 U 127/13)
--	--

## 6.2.2 Unmöglichkeit der Ersatzlieferung

Eine Ersatzlieferung scheidet nach § 275 Abs. 1 BGB aus, wenn sie unmöglich ist.

### 6.2.2.1 Neuwagenkauf – Allgemein

Unmöglich ist eine Leistung nur dann, wenn sie nicht beschafft oder wieder beschafft werden kann. Daher kann die Unmöglichkeit nicht darauf gestützt werden, dass die <b>nunmehr produzierten Fahrzeuge der betreffenden Modellversion jetzt ohne diesen</b>	BGH, Urteil vom 24.10.2018 (Az. VIII ZR 66/17)
--	--

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<b>Sachmangel ausgestattet</b> sind ( <i>hier</i> : Korrigierte Fehlfunktion einer Softwareversion).	
An der Vergleichbarkeit der Fahrzeuge fehlt es, wenn ein baugleiches Ersatzfahrzeug aufgrund zwischenzeitlicher <b>Produktionsänderung</b> nur mit einer deutlich <b>geringeren Motorisierung</b> beschafft werden kann ( <i>hier</i> : 2,4 l/154 kW zu 2 l/125 kW). Das gilt auch dann, wenn der Käufer mit einem solchen Neuwagen einverstanden ist, da ihm kein einseitiges Leistungsbestimmungsrecht zusteht.	OLG Nürnberg, Urteil vom 15.12.2011 (Az. 13 U 1161/11)
Der Verkäufer kann sich nicht auf eine Unmöglichkeit der Ersatzlieferung berufen, wenn ihm die Lieferung eines <b>Nachfolgemodells in Form eines „Faceliftings“</b> möglich ist.	LG Schweinfurt, Urteil vom 28.09.2018 (Az. 21 O 737/16)
Zur Einrede der <b>Unmöglichkeit der Ersatzlieferung eines Neuwagens</b>	LG Münster, Urteil vom 07.01.2004 (Az. 2 O 603/02)

### 6.2.2.2 Neuwagenkauf – VW-Abgasskandal – Ersatzlieferung nach Modellwechsel

Anfang 2019 nahm der BGH im Rahmen eines Hinweisbeschlusses Stellung zu der Frage, ob eine Ersatzlieferung unmöglich ist, wenn das mangelhafte Fahrzeug nur durch ein **Nachfolgemodell** ersetzt werden kann, **das über ein reines Facelift hinausgeht**. Während in der Rechtsprechung der Oberlandesgerichte bis dato einhellig die Ansicht vertreten wurde, dass eine Ersatzlieferung in diesem Falle unmöglich ist, geht der BGH davon aus, dass ein Modellwechsel allein eine Ersatzlieferung in Form eines Nachfolgemodells nicht generell ausschließt.

Ob eine Ersatzlieferung unmöglich ist, hängt davon, ob die Vertragsparteien nach ihrem erkennbaren Willen und dem Vertragszweck die konkrete <b>Leistung</b> als „austauschbar“ angesehen haben. Hierfür ist ein mit einem Modellwechsel einhergehender Änderungsumfang des neuen Fahrzeugmodells im Vergleich zum Vorgängermodell in der Regel nicht von Belang. Vielmehr kommt es im Wesentlichen auf die Höhe der Ersatzbeschaffungskosten an. Diese können den Verkäufer berechtigen, die Ersatzlieferung zu verweigern, sofern diese nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten möglich ist.	BGH, Hinweisbeschluss vom 08.01.2019 (Az. VIII ZR 225/17)
	OLG Saarbrücken, Urteil vom 28.08.2019 (Az. 2 U 92/18)
	OLG Hamburg, Urteil vom 15.07.2019 (Az. 4 U 97/17)
	KG Berlin, Hinweisbeschluss vom 30.04.2019 (Az. 21 U 49/18)
	KG Berlin, Urteil vom 26.09.2019 (Az. 4 U 70/19)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<p>Der <b>Anspruch auf Ersatzlieferung in Form eines Nachfolgemodells</b> besteht nur <b>zeitlich beschränkt</b>. Er besteht grundsätzlich nur dann, wenn der Käufer ihn gegenüber seinem Verkäufer binnen eines Zeitraums von <b>zwei Jahren ab Vertragsschluss</b> geltend gemacht hat.</p>	<p>BGH, Urteil vom 21.07.2021 (Az. VIII ZR 254/20, VIII ZR 118/20, VIII ZR 275/19 und VIII ZR 357/20)</p>
<p>Die <b>zeitliche Beschränkung</b> zur Geltendmachung eines Anspruch auf Ersatzlieferung in Form eines Nachfolgemodells <b>auf 2 Jahre (ab Kaufvertragsabschluss)</b> gilt auch dann, wenn der Verkäufer auf die Einrede der Verjährung verzichtet hat.</p>	<p>BGH, Urteil vom 20.07.2022 (Az. VIII ZR 183/21) BGH, Beschluss vom 21.03.2023 (Az. VIII ZR 7/21)</p>
<p>Der Tatrichter darf nicht offenlassen, <b>ob das streitgegenständliche Fahrzeugmodell noch hergestellt wird</b> und damit ein dem Kaufgegenstand vollständig entsprechendes (mangelfreies) Neufahrzeug noch verfügbar ist. In diesem Fall ergibt die Auslegung des Willens der Vertragsparteien, dass die Beschaffungspflicht des Verkäufers ein Nachfolgemodell solange nicht erfasst, wie das ursprünglich gelieferte Modell vom Verkäufer (mangelfrei) beschafft und nachgeliefert werden kann.</p> <p><b><u>Austauschbarkeit:</u></b></p> <p>Ist Streitgegenstand ein <b>reimportiertes Fahrzeug</b>, entspricht die Lieferung eines Neufahrzeugs aus der aktuellen Serienproduktion dennoch dem Parteiwillen, es sei denn,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ der Käufer hat das reimportierte EU-Fahrzeug aus preislichen Erwägungen bewusst anstelle eines bereits angekündigten Nachfolgemodells erworben oder</li> <li>■ bei dem Reimport-Fahrzeug handelt es sich nicht um ein Neufahrzeug.</li> </ul> <p>Bei einem <b>erheblichen Mehrwert des Ersatzfahrzeugs</b> kommt es darauf an, ob die Parteien bei Vertragsschluss die Ersatzlieferung eines Nachfolgemodells übereinstimmend nur gegen eine angemessene Zuzahlung als austauschbar angesehen haben.</p>	<p>BGH, Urteil vom 04.05.2022 (Az. VIII ZR 50/20)</p>

<p><b>Ersatzlieferung eines erheblich höherwertigen Nachfolgemodells</b></p> <p>Weist ein Nachfolgemodell einen erheblichen Mehrwert gegenüber dem ursprünglich erworbenen Modell auf, ist zu prüfen, ob die Ersatzlieferung eines solchen Nachfolgemodells nach dem interessengerecht auszulegenden Parteiwillen nur gegen eine <b>angemessene Zuzahlung des Käufers</b> als austauschbar anzusehen ist.</p> <p>Von einem erheblichen Mehrwert ist im Falle einer Erhöhung des Listenpreises des ursprünglich erworbenen Modells um <math>\frac{1}{4}</math> oder mehr auszugehen. Hierfür trägt der Verkäufer die Darlegungs- und Beweislast.</p> <p>Liegt die Differenz der Listenpreise unter diesem Wert, hat der Käufer Anspruch auf eine Ersatzlieferung ohne Zuzahlung.</p> <p>Ist die Grenze erreicht oder überschritten, beträgt die Zuzahlung des Käufers i.d.R. <math>\frac{1}{3}</math> des Mehrwertes (in Ausnahmefällen bis zur Hälfte). Die Höhe der Zuzahlung ist im jeweiligen Einzelfall vom Tatrichter nach freiem Schätzungsermessen zu bestimmen.</p> <p>Ist der Käufer zu einer Zuzahlung nicht bereit, entfällt sein Nachlieferungsanspruch. Etwaige weitere Gewährleistungsansprüche des Käufers bleiben hiervon unberührt.</p>	<p>BGH, Urteil vom 08.12.2021 (Az. VIII ZR 190/19)</p>
<p>Für die Beurteilung der „<b>Austauschbarkeit</b>“ ist maßgebliches Auslegungskriterium auf Verkäuferseite der „<b>Ersatzbeschaffungsaufwand</b>“. Je höher dieser Aufwand ist, umso geringer wird das Interesse des Verkäufers sein, den Kaufvertrag/Ersatzlieferungsanspruch mit einem Nachfolgemodell zu erfüllen.</p>	<p>OLG Köln, Urteil vom 02.04.2020 (Az. 18 U 60/19)</p>
<p>Auch unter Berücksichtigung des o.g. Hinweisbeschlusses des BGH ist eine Ersatzlieferung jedenfalls <b>im Falle eines längere Zeit zurückliegenden Fahrzeugkaufs (hier: im Jahr 2009)</b> unmöglich. Der Verkäufer kann sich unter Berücksichtigung des technischen Fortschritts und der Änderungen in der Fahrzeugherstellung auf die Unmöglichkeit und/oder auf die Unverhältnismäßigkeit der Kosten einer Ersatzlieferung berufen.</p>	<p>OLG Koblenz, Urteil vom 06.06.2019 (Az. 1 U 1552/18)</p>

<p>Die Auslegung eines <b>im Januar 2011 abgeschlossenen Kaufvertrages</b> über einen fabrikneuen <b>VW Sharan 2.0 I TDI mit 103 kw und der Abgasnorm Euro 5</b> ergibt, dass dieses Fahrzeug nach dem Willen der Vertragsparteien durch ein entwickeltes Nachfolgemodell würde ersetzt werden können. Dieses ist mit 110 kw und der Abgasnorm Euro 6 ausgestattet.</p> <p><b>Ziffer IV. 6. NWVB</b>, wonach sich der Verkäufer während der Lieferzeit dem Käufer <b>zumutbare Konstruktions- oder Formänderungen etc. seitens des Herstellers</b> vorbehält, kann eine Einschränkung der Ersatzbeschaffungspflicht dahingehend, dass sie sich auch auf ein Nachfolgemodell richtet, nicht entnommen werden. Eine hiervon abweichende Regelung wäre auch als unzulässige Umgehung des Verbraucherschutzes anzusehen (§ 475 Abs. 1 BGB a.F.).</p>	<p>OLG Karlsruhe, Urteile vom 24.05.2019 (Az. 13 U 144/17, 13 U 167/17, 13 U 16/18)</p>
<p><b>Abschluss eines außergerichtlichen Vergleichs mit der VW AG</b></p> <p>Auch wenn kein Fall der Unmöglichkeit einer Ersatzlieferung vorliegt, steht dem Käufer gegen den Händler kein Anspruch auf Ersatzlieferung zu, wenn der <b>Käufer zwischenzeitlich mit der VW AG einen außergerichtlichen Vergleich über die Abgeltung seiner Ansprüche aus der Ausstattung des Pkw mit der unzulässigen Motorsteuerungs-Software gegen eine Zahlung der VW AG i.H.v. ... € getroffen</b> hat. Diesen Vergleich muss der Käufer sich auch im Verhältnis zu einem markenfremden Händler entgegenhalten lassen, der nicht zu den im Vergleich genannten Gruppen gehört. Auch dieser ist als Gesamtschuldner i.S.d. § 423 BGB anzusehen.</p>	<p>OLG Braunschweig, Urteil vom 31.05.2022 (Az. 7 U 289/18)</p>
<p><b>Bewusster Erwerb eines „Auslaufmodells“</b></p> <p>Eine Ersatzlieferung in Form eines Nachfolgemodells ist ausnahmsweise unmöglich, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ der bevorstehende Modellwechsel bereits vor Abschluss des Kaufvertrages öffentlich angekündigt worden war,</li> <li>■ das Nachfolgemodell bei Abschluss des Kaufvertrages bestellbar war <u>und</u></li> <li>■ dem Käufer bekannt war, dass es sich bei dem von ihm bestellten Fahrzeug um ein "Auslaufmodell" handelte, welches er bewusst aus ökonomischen Gesichtspunkten unter</li> </ul>	<p>OLG Koblenz, Urteil vom 09.09.2019 (Az. 12 U 773/18)</p> <p><b><u>Andere Ansicht:</u></b></p> <p>OLG Stuttgart, Urteil vom 29.07.2019 (Az. 5 U 45/18)</p>

Inanspruchnahme des für das Auslaufmodell gewährten Preisvorteils erwarb.	
<p><b><u>Andere Ansicht, die vor Erlass des o.g. Hinweisbeschlusses des BGH vertreten wurde:</u></b></p> <p>Eine Ersatzlieferung ist unmöglich, wenn kein gleichartiges und gleichwertiges Ersatzfahrzeug zur Verfügung steht bzw. beschafft werden kann (§ 275 Abs. 1 BGB). Im Falle eines Neuwagenkaufs muss das begehrte Ersatzfahrzeug hinsichtlich der <b>Ausstattungsmerkmale</b> zwar <b>nicht absolut identisch</b> sein, an einer Gleichartigkeit und Gleichwertigkeit fehlt es aber, wenn das Ersatzfahrzeug wesentlichen technischen Änderungen unterzogen wurde. Hier- von ist etwa dann auszugehen, wenn das Ersatzfahrzeug eine <b>an- dere Motorisierung mit einem Leistungszuwachs</b> aufweist (z.B. <i>150 statt 140 PS, Höchstgeschwindigkeit 202-204 km/h statt 182-193 km/h, Euro-6- statt Euro-5-Norm</i>).</p> <p>Aus <b>Ziffer IV. 6. NWVB</b> (ab Stand 11/2015: Ziffer IV. 7. NWVB), wo- nach sich der Verkäufer während der Lieferzeit dem Käufer <b>zumut- bare Konstruktions- oder Formänderungen etc. seitens des Her- stellers</b> vorbehält, lässt sich kein Anspruch des Käufers auf Nach- lieferung eines Ersatzfahrzeugs herleiten, welches von der ur- sprünglich vereinbarten Gattung abweicht.</p> <p>Es ist <b>nicht treuwidrig</b>, wenn der Händler der Erfüllung seiner Ver- pflichtungen aus dem Kaufvertrag Ziffer IV. 6. NWVB zugrunde legt und sich im Rahmen der Nacherfüllung dann auf die Unmöglichkeit der Lieferung eines Ersatzfahrzeugs derselben Gattung beruft.</p>	<p><b><u>Andere Ansicht:</u></b></p> <p>OLG Bamberg, Beschlüsse vom 02.08. und 20.09.2017 (Az. 6 U 5/17)</p> <p>OLG Bamberg, Beschluss vom 18.12.2017 (Az. 1 U 106/17)</p> <p>OLG München, Beschluss vom 27.02.2018 (Az. 27 U 2793/17)</p> <p>OLG Köln, Beschluss vom 06.03.2018 (Az. 16 U 110/17)</p> <p>OLG München, Beschluss vom 02.07.2018 (Az. 8 U 1710/17)</p> <p>OLG Jena, Urteil vom 15.08.2018 (Az. 7 U 721/17)</p> <p>OLG Hamburg, Urteil vom 21.12.2018 (Az. 11 U 55/18)</p>

### 6.2.2.3 Gebrauchtwagenkauf

Bei einem Gebrauchtwagenkaufvertrag wurde in der Vergangenheit häufig die Auffassung vertreten, dass eine Ersatzlieferung für einen mangelbehafteten Gebrauchtwagen generell ausscheiden würde, weil Gebrauchtwagen Unikate und damit „unvertretbare“ Sachen seien. Dieser Rechtsansicht, die keine Ausnahmen zuließ, hat der BGH in der Zwischenzeit eine Absage erteilt.

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<p>Eine Ersatzlieferung in Form eines funktionell und vertragsmäßig gleichwertigen GW ist <u>nicht</u> schon deshalb ausgeschlossen, weil es sich beim GW-Kauf um einen sog. Stückkauf handelt. Allerdings ist eine Ersatzlieferung nicht in jedem Fall möglich. Ob sie möglich ist, richtet sich nach dem Willen der Vertragsparteien bei Vertragsschluss. Im Einzelfall ist nach <b>Anhaltspunkten für eine gewollte Austauschbarkeit</b> zu suchen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ <b>Kaufentscheidung nur aufgrund objektiver Anforderungen an den GW</b> spricht <u>für</u> eine Austauschbarkeit</li> <li>■ <b>Konkrete Fahrzeugbesichtigung</b> spricht <u>gegen</u> eine Austauschbarkeit</li> </ul>	<p>BGH, Urteil vom 07.06.2006 (Az. VIII ZR 209/05)</p>
<p><b>Gebrauchtwagenkauf, bei dem die Parteien das Nachreichen der Allgemeinen Betriebserlaubnis (ABE) für die nicht zugelassenen Felgen vereinbart hatten</b></p> <p>Ob eine Ersatzlieferung von Reifen auf Felgen mit ABE möglich und geschuldet ist, hängt davon ab, ob nach dem Willen der Parteien bei Vertragsschluss eine Nachlieferung von gleichartigen und gleichwertigen Rädern oder Felgen, die für das Fahrzeug zugelassen sind, in Betracht kommen sollte. Maßgeblich hierfür ist, ob diese nach den Vorstellungen der Parteien „austauschbar“ sind.</p>	<p>BGH, Urteil vom 11.12.2019 (Az. VIII ZR 361/18)</p>
<p><b>VW-Abgasskandal</b></p> <p>Beim Gebrauchtwagenkauf scheidet eine Ersatzlieferung aus, wenn dem Kauf eine <b>persönliche Besichtigung</b> des Fahrzeugs durch den Käufer vorausgegangen ist und es dem Käufer auf einen <b>bestimmten Typ</b> und eine <b>bestimmte Ausstattung</b> des Fahrzeugs angekommen ist.</p>	<p>OLG Stuttgart, Beschluss vom 29.05.2017 (Az. 5 U 46/17)</p>

### 6.2.3 Einrede der Unverhältnismäßigkeit der Kosten

Der Verkäufer kann die vom Kunden gewählte Art der Nacherfüllung jedoch verweigern, wenn sie nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten für den Verkäufer möglich ist (§ 439 Abs. 4 BGB).

Gilt allgemein	Gilt <u>nur</u> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <u>nicht</u> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---



### 6.2.3.1 Beurteilung der Unverhältnismäßigkeit der Kosten im Allgemeinen

<p>Für die Beurteilung der Unverhältnismäßigkeit ist eine umfassende Interessenabwägung und Würdigung aller maßgeblichen Umstände des Einzelfalls vorzunehmen.</p> <p>Maßgeblicher <b>Zeitpunkt</b> hierbei ist grundsätzlich der Zugang des Nacherfüllungsverlangens. Hat der Käufer jedoch eine Frist zur Nacherfüllung bestimmt, ist es i.d.R. interessengerecht, auf den Ablauf der Nacherfüllungsfrist abzustellen.</p> <p>Neben dem <b>Kostenargument</b> können <b>weitere Wertungskriterien</b> Berücksichtigung finden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Wert der Sache in mangelfreiem Zustand (Kriterium, das insbesondere bei geringwertigen Sachen zum Tragen kommt)</li> <li>■ Bedeutung des Mangels</li> <li>■ Möglichkeit des Rückgriffs auf die andere Art der Nacherfüllung ohne erhebliche Nachteile für den Käufer</li> <li>■ Verschulden des Verkäufers (insbesondere, wenn dieser zugleich Hersteller des Kfz ist)</li> </ul> <p>Die Unverhältnismäßigkeitseinrede und der damit verbundene <b>Verweis auf eine Nachbesserung</b> kann nur erhoben werden, wenn der Verkäufer den <b>Mangel vollständig, nachhaltig und fachgerecht beseitigen</b> kann.</p>	<p>BGH, Urteil vom 24.10.2018 (Az. VIII ZR 66/17)</p>
<p>Der Verkäufer darf sich auf die Unverhältnismäßigkeit der Kosten auch noch <b>erstmalig im Rechtsstreit über den Nacherfüllungsanspruch</b> berufen. Ob dies auch dann gilt, wenn der Käufer bereits vom Kaufvertrag zurückgetreten ist, hat der BGH ausdrücklich offen gelassen.</p>	<p>BGH, Urteil vom 16.10.2013 (Az. VIII ZR 273/12)</p> <p>BGH, Urteil vom 24.10.2018 (Az. VIII ZR 66/17)</p>
<p>Der <b>Käufer</b> muss dem Verkäufer auch dann Gelegenheit zur Nacherfüllung geben, wenn er <b>glaubt, dass eine Nacherfüllung mit unverhältnismäßig hohen Kosten verbunden ist</b>. Die Einrede der Unverhältnismäßigkeit der Nacherfüllungskosten steht allein dem Verkäufer zu.</p>	<p>BGH, Urteil vom 21.12.2005 (Az. VIII ZR 49/05)</p> <p>LG Berlin, Urteil vom 07.03.2014 (Az. 4 O 354/13)</p>

Der Händler muss den Einwand unverhältnismäßig hoher Kosten einer Ersatzlieferung gegenüber dem Käufer erklären, <b>bevor der Käufer berechtigterweise vom Kaufvertrag zurücktritt</b> . Nach Abgabe der Rücktrittserklärung muss sich der Käufer nicht mehr auf eine Nachbesserung verweisen lassen.	OLG Celle, Urteil vom 28.06.2006 (Az. 7 U 235/05)
Die Einrede der Unverhältnismäßigkeit der Kosten muss ggf. erhoben werden, <b>bevor der Käufer wirksam seinen Rücktritt vom Kaufvertrag oder die Minderung erklärt oder Schadensersatz statt der Leistung verlangt</b> hat.	OLG Hamm, Urteil vom 21.07.2016 (Az. 28 U 175/15)
Bereits der <b>Wertverlust eines Neufahrzeugs</b> , der allein schon aufgrund der Zulassung und Ingebrauchnahme entsteht, beträgt 15 % des Kaufpreises und kann allein schon die Annahme unverhältnismäßig hoher Kosten begründen.	OLG Hamm, Urteil vom 22.07.2010 (Az. I-2 U 242/09)
<b>Zumutbarkeit der Ersatzlieferung bei einer Tageszulassung</b> Mehrkosten für eine Ersatzlieferung in Höhe von 4,7 % sind verhältnismäßig.	OLG Braunschweig, Urteil vom 04.02.2003 (Az. 8 W 83/02)
Eine <b>Ersatzlieferung ist zumutbar</b> , wenn der Kostenaufwand hierfür 30 % über dem Kostenaufwand für eine Nachbesserung liegt. <b><u>Faustformel:</u></b> In Fällen völliger Mangelbeseitigung liegt die Grenze sogar bei 20 %.	LG Ellwangen, Urteil vom 13.12.2002 (Az. 3 O 219/02)

### 6.2.3.2 VW-Abgasskandal

<b>Ersatzlieferung eines erheblich höherwertigen Nachfolgemodells</b> Sofern der Verkäufer zur Lieferung eines Nachfolgemodells (mit oder ohne Zuzahlung) verpflichtet ist, kann er die Nachlieferung wegen Unverhältnismäßigkeit der Kosten nur dann verweigern, wenn der betreffende <b>Mangel</b> durch die von ihm angebotene Nachbesserung <b>vollständig, nachhaltig und fachgerecht beseitigt werden kann</b> . Daran fehlt es, wenn zwar der ursprüngliche Mangel beseitigt werden kann, infolge der Nachbesserung aber <b>Folgemängel</b> hervorgerufen werden.	BGH, Urteil vom 08.12.2021 (Az. VIII ZR 190/19)
---	---

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

<p>Dafür, dass der Mangel durch die Nachbesserung vollständig, nachhaltig und fachgerecht beseitigt werden kann, ist der <b>Verkäufer darlegungs- und beweispflichtig</b>.</p> <p>Den <b>Käufer</b> trifft lediglich eine <b>sekundäre Darlegungslast</b>. Da der Käufer mangels eigener Sachkunde und hinreichenden Einblicks in die Funktionsweise des Software-Updates keine genaue Kenntnis von dessen konkreten Auswirkungen haben kann, darf er sich dabei auch auf nur vermutete Tatsachen stützen.</p>	
<p><b>Ersatzlieferung in Form eines nur noch lieferbaren Nachfolgemodells</b></p> <p>Der Verkäufer kann sich nur dann auf die (relative) Unverhältnismäßigkeit der Kosten einer Ersatzlieferung berufen, wenn eine <b>weitere Nacherfüllungsvariante</b> zur Verfügung steht, <b>die den Sachmangel vollständig, nachhaltig und fachgerecht beseitigt</b>. Hiervon ist beim <b>Aufspielen eines Software-Updates</b> grundsätzlich auszugehen, weil es nach Mitteilung des KBA geeignet ist, die den Sachmangel begründende Gefahr einer Betriebsuntersagung bzw. Betriebsbeschränkung abzuwenden. Erforderlich ist jedoch, dass der <b>Bescheid des KBA über die Zustimmungserteilung zum Software-Update</b> für das streitgegenständliche Fahrzeugmodell bereits zum <b>Zeitpunkt</b> des Nacherfüllungsverlangens des Käufers bzw. bei Ablauf der Nacherfüllungsfrist ergangen ist.</p> <p>Für die Beurteilung der <b>Unverhältnismäßigkeit der Ersatzlieferung</b> sind die Kosten der Nachlieferung (= Kosten der Ersatzbeschaffung, Transportkosten, Ummeldekosten usw., abzüglich des Werts des zurückzugebenden Fahrzeugs) den Kosten für das Aufspielen des Software-Updates gegenüberzustellen.</p> <p>Weder die Erheblichkeit des Mangels noch das Interesse des Käufers an einer Ersatzlieferung für ein knapp 7 Jahr altes Fahrzeug noch ein etwaiges missbilligenswertes Verhalten des Herstellers führten dazu, dem Verkäufer die Berufung auf die Einrede der Unverhältnismäßigkeit der Kosten einer Ersatzlieferung zu versagen.</p>	<p>OLG Saarbrücken, Urteil vom 28.08.2019 (Az. 2 U 92/18)</p>
<p>Hat das <b>KBA mit einer Freigabebescheinigung die dauerhafte Funktionsfähigkeit des Systems bescheinigt</b>, ist eine Nachbesserung möglich.</p>	<p>OLG Braunschweig, Urteil vom 13.06.2019 (Az. 7 U 289/18)</p>

<p>OLG Braunschweig: Ein Vertrauensverlust in das KBA vermag daran nichts zu ändern.</p> <p>Auch ist das Fahrzeug anschließend <u>nicht</u> mit einem <b>merkantilen Minderwert</b> behaftet.</p> <p>Für die Beurteilung der <b>Unverhältnismäßigkeit der Ersatzlieferung</b> sind die Kosten der Nachlieferung (<i>hier</i>: jeweils im 5-stelligen €-Bereich) mit denen einer Nacherfüllung (<i>hier</i>: 100 €) zu vergleichen. <u>Nicht</u> zu berücksichtigen sind dabei die <b>Entwicklungskosten der Umrüstungsmaßnahme</b>, da sie nicht beim Verkäufer anfallen und ihm auch nicht vom Hersteller in irgendeiner Form berechnet werden.</p> <p>Auch die <b>Bedeutung des Mangels</b> ändert nichts an der Unverhältnismäßigkeit, wenn die Gefahr der behördlichen Betriebsuntersagung entfällt und der Käufer das <b>Fahrzeug uneingeschränkt nutzen kann</b>.</p>	<p>OLG Frankfurt/M., Urteil vom 20.05.2020 (Az. 17 U 328/19)</p>
<p><b>Voraussetzung</b> für einen Kostenvergleich ist, dass feststeht, dass das <b>Software-Update auch zur Mangelbeseitigung geeignet</b> ist, so dass dem Käufer zugemutet werden kann, sich hierauf einzulassen. Zwar wird durch das Aufspielen des Updates die Gefährdung der Betriebserlaubnis behoben, <b>Folgeprobleme</b> können angesichts der Diskussionen in der Fachöffentlichkeit aber nicht ausgeschlossen werden. Da der Käufer nicht in der Lage ist, <b>zur Wirkungsweise des Updates und seiner weiteren Auswirkungen vorzutragen</b>, obliegt dies dem Verkäufer, damit ggf. Beweis durch Einholung eines Sachverständigengutachtens erhoben werden kann. Unterlässt der Verkäufer dies, kann er sich nicht auf die (relative) Unverhältnismäßigkeit der Kosten der Ersatzlieferung berufen.</p>	<p>OLG Köln, Urteil vom 02.04.2020 (Az. 18 U 60/19)</p>
<p><b>Unzumutbarkeit der Vornahme eines Software-Updates für den Käufer wegen der Bedeutung des Mangels</b></p> <p>Die Vornahme eines Software-Updates ist für den Käufer zum einen deshalb unzumutbar, weil die <b>technische Eignung des Updates nicht sicher feststeht</b>, da sie selbst unter Fachleuten umstritten ist und somit nicht fernliegende Zweifel bestehen.</p> <p>Zum anderen beruht die Unzumutbarkeit auf der <b>sittenwidrigen Täuschung des Käufers durch die VW AG</b>. Diese Täuschung muss</p>	<p>KG Berlin, Urteil vom 26.09.2019 (Az. 4 U 70/19)</p>

<p>sich der Verkäufer entgegenhalten lassen, weil die von ihm angebotene Nachbesserungsmaßnahme vom Käufer die Installation eines von der VW AG entwickelten Software-Updates verlangt, während es gerade diese war, die den Käufer arglistig getäuscht hatte.</p> <p>Das KBA hat das Update zwar freigegeben, hat sich bei dessen Beurteilung aber auf die Erklärungen der VW AG verlassen und keine eigenen umfassenden Untersuchungen vorgenommen.</p>	
<p>Der Verkäufer darf sich <u>nicht</u> auf die Einrede der Unverhältnismäßigkeit der Kosten einer Ersatzlieferung berufen, wenn eine Nachbesserung <b>durch Aufspielen des Software-Updates</b> deshalb fehlgeschlagen ist, weil sie <b>andere nachteilige Folgen für das Fahrzeug</b> nach sich zieht. Hierzu ist im Bestreitensfalle <b>Beweis zu erheben</b>.</p>	<p>KG Berlin, Beschluss vom 30.04.2019 (Az. 21 U 49/18)</p>
<p>Der Verkäufer darf sich <u>nicht</u> auf die Einrede der Unverhältnismäßigkeit der Kosten berufen, wenn er den <b>Mangel</b> (= drohende Betriebsuntersagung/-einschränkung) nicht bis zum <b>maßgeblichen Zeitpunkt</b> (<i>hier</i>: Ablauf der vom Käufer gesetzten Nacherfüllungsfrist) <b>vollständig, nachhaltig und fachgerecht beseitigen</b> konnte. Hiervon ist dann auszugehen, wenn das KBA die Nachbesserungsmaßnahmen (= <b>Software-Update</b> etc.) für die betreffende Modellreihe zu diesem Zeitpunkt <b>noch nicht freigegeben</b> hatte.</p> <p>Im Übrigen wären die Kosten für eine Ersatzlieferung gegenüber denen einer Nachbesserung mittels Aufspielens eines Software-Updates <b>nicht</b> als <b>unverhältnismäßig</b> anzusehen. Auch wenn <b>Zusatzkosten in Höhe von 20.700 €</b> beim Verkäufer anfallen, ist der <b>erheblichen Bedeutung des Mangels</b> (= Risiko einer Betriebsuntersagung/-einschränkung) für den Käufer ein höheres Gewicht beizumessen.</p>	<p>OLG Karlsruhe, Urteile vom 24.05.2019 (Az. 13 U 144/17, 13 U 167/17, 13 U 16/18)</p>
<p>Die Einrede der Unverhältnismäßigkeit der Kosten greift <u>nicht</u>, wenn das <b>Update zum Zeitpunkt des Ablaufs der gesetzten Nacherfüllungsfrist behördlicherseits noch nicht freigegeben</b> war und somit noch nicht zur Verfügung stand. Dann ist die Ersatzlieferung die einzig mögliche Nacherfüllungsart.</p> <p>Zwar ist dem <b>Käufer nach Treu und Glauben eine gewisse Wartezeit zumutbar</b>, wenn die Behebung des Mangels in absehbarer Zeit</p>	<p>OLG Stuttgart, Urteil vom 29.07.2019 (Az. 5 U 45/18)</p> <p><b><u>Revision anhängig</u></b> (BGH, Az. VIII ZR 250/19)</p>

möglich ist, das gilt aber nicht, wenn dieser Zeitraum mehrere Monate beträgt.	
Die <b>Bedeutung des Mangels</b> ist besonders hoch einzuschätzen, wenn der Käufer ein <b>hochwertiges Fahrzeug</b> erworben hat, um ein möglichst umweltfreundliches, technisch auf dem aktuellen Stand der Technik befindliches, sparsames und wertstabiles Fahrzeug zu erhalten. Ist das Vertrauen in das Fahrzeug und dessen Vertragsgerechtigkeit erschüttert, ist das Verlangen nach einer Ersatzlieferung nicht unverhältnismäßig.	OLG Hamburg, Urteil vom 15.07.2019 (Az. 4 U 97/17)

### 6.2.3.3 Sonstige Fallgestaltungen einer unverhältnismäßigen Nacherfüllungsart

Ist der Mangel eines als <b>Neufahrzeug</b> erworbenen Fahrzeugs durch den <b>nachträglichen Einbau eines neuen Motors</b> behebbar, ist dem Verkäufer dennoch eine Ersatzlieferung trotz Mehrkosten zumutbar, da das nachgebesserte Fahrzeug einen <b>merkantilen Minderwert</b> aufweisen würde.	LG Duisburg, Urteil vom 25.06.2012 (Az. 3 O 18/12)  <b><u>andere Ansicht zum merkantilen Minderwert:</u></b> OLG Celle, Urteil vom 19.12.2012 (Az. 7 O 103/12)
Zur Einrede der Unverhältnismäßigkeit der Kosten einer <b>Neuwagen-Ersatzlieferung</b>	LG Münster, Urteil vom 07.01.2004 (Az. 2 O 603/02)
<b>Optische Mängel eines Neuwagens</b>  Weist ein Neuwagen <b>Nachlackierungsarbeiten</b> und eine <b>Wellung des Heckstoßfängers</b> auf, die mit einem nicht nur unerheblichen <b>Reparaturaufwand (einschließlich merkantilem Minderwert) in Höhe von 7,6 % des Kaufpreises</b> beseitigt werden könnten, kann sich der Verkäufer nicht mit Erfolg auf die Unverhältnismäßigkeit der Kosten einer Ersatzlieferung berufen.	LG Düsseldorf, Urteil vom 24.01.2018 (Az. 23 O 216/15)
Der Verkäufer kann sich <b>bei gravierenden Mängeln</b> , wie <b>überhöhtem Ölverbrauch</b> des Fahrzeugs, grundsätzlich nicht auf die Einrede der Unverhältnismäßigkeit der Kosten einer Ersatzlieferung berufen.	LG Hagen, Urteil vom 29.07.2011 (Az. 2 O 50/10)

<p>Übernimmt ein Garantiegeber die Nachbesserungskosten im Rahmen einer <b>Gebrauchtwagengarantieversicherung</b>, ist die Höhe der Instandsetzungskosten irrelevant (<u>hier</u>: 5.125 €).</p> <p>Selbst <b>Transportkosten für einen Rücktransport aus dem Türkeiurlaub</b> (<u>hier</u>: rund 2.350 €) sind im Vergleich zu einem Kaufpreis von 7.900 € und der völligen Aufhebung der Gebrauchstauglichkeit des Fahrzeugs nicht unverhältnismäßig. Das gilt selbst dann, wenn die Instandsetzungskosten in den Vergleich miteinbezogen werden würden.</p>	<p>LG Saarbrücken, Urteil vom 22.01.2021 (Az. 13 S 130/20)</p>
--	--

#### 6.2.3.4 Beide Arten der Nacherfüllung wegen unverhältnismäßiger Kosten unzumutbar

**Bis Ende 2021** enthielt das BGB – abhängig davon, ob der Käufer ein Verbraucher, Unternehmer oder „sonstiger“ Käufer war – **zwei unterschiedliche Regelungen** für den Fall, dass für den Verkäufer beide Arten der Nacherfüllung (Nachbesserung und Ersatzlieferung) wegen Unverhältnismäßigkeit der Kosten unzumutbar waren (§ 475 Abs. 4 und 5 BGB a.F. [= alte Fassung] sowie § 439 Abs. 4 BGB).

Das hat sich durch die Schuldrechtsreform zum Jahr 2022 geändert. § 475 Abs. 4 und 5 BGB a.F. wurde ersatzlos gestrichen. **Für alle ab dem Jahr 2022 abgeschlossenen Kaufverträge** gilt nunmehr **nur noch eine Regelung**, nämlich die des § 439 Abs. 4 BGB, die vor der Schuldrechtsreform schon für alle Kaufverträge galt, deren Käufer keine Verbraucher, sondern z.B. Unternehmer, waren.

Dennoch wird die Rechtsprechung zunächst weiterhin differenzieren müssen:

**Für Kaufverträge, die mit einem Verbraucher bis zum 31.12.2021 abgeschlossen wurden**, gilt weiterhin **§ 475 Abs. 4 und 5 BGB a.F.** (= alte Fassung). Danach kann die dem Verkäufer ggf. zustehende Einrede der Unverhältnismäßigkeit der Kosten der Nacherfüllung nur für „**eine**“ **Art der Nacherfüllung** (Ersatzlieferung oder Nachbesserung) geltend gemacht werden, nicht für beide Arten.

**Für alle anderen Kaufverträge gilt die Regelung in § 439 Abs. 4 BGB**, wonach der Verkäufer die Nacherfüllung wegen unverhältnismäßig hoher Kosten auch dann verweigern darf, wenn **beide Arten der Nacherfüllung** davon betroffen sind. Hintergrund der Übernahme dieser Regelung auch für den Verbrauchsgüterkauf ist, dass es als nicht gerechtfertigt angesehen wird, dass der Verkäufer andernfalls zur Erbringung einer tatsächlich unverhältnismäßigen Leistung verpflichtet wird. Ein besonderer Schutz des Verbrauchers sei in diesen Fällen auch nicht erforderlich, weil der Verbraucher stattdessen vom Kaufvertrag zurücktreten oder den Kaufpreis mindern kann.

#### 6.2.4 Treuwidriges Festhalten an einer Ersatzlieferung

Dem Käufer kann es u.U. versagt sein, unter dem Gesichtspunkt treuwidrigen Verhaltens (§ 242 BGB) an einer Ersatzlieferung festzuhalten.

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die <b>ab 2022 abgeschlossen wurden</b>	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die <b>ab 2022 abgeschlossen wurden</b>
----------------	--	--

<p>Es ist <u>nicht</u> treuwidrig, dass der Käufer an einer <b>Ersatzlieferung</b> festhält, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ der Verkäufer die zuvor gewählte <b>Nachbesserung nicht erfolgreich vorgenommen</b> hat <u>oder</u></li> <li>■ der <b>Mangel vom Verkäufer nachträglich ohne</b> (ausdrückliches oder konkludentes) <b>Einverständnis des Käufers beseitigt</b> worden ist.</li> </ul>	<p>BGH, Urteil vom 24.10.2018 (Az. VIII ZR 66/17)</p>
<p><b>VW-Abgasskandal</b></p> <p>Hat der Käufer das angebotene <b>Software-Update aufspielen lassen</b>, kann es ihm – abhängig von nach den Umständen des Einzelfalls – unter dem Gesichtspunkt treuwidrigen Verhaltens (§ 242 BGB) verwehrt sein, an einer Ersatzlieferung festzuhalten. Das kann dann der Fall sein, wenn der Käufer mit der Mangelbeseitigung einverstanden war. Von einem solchen Einverständnis ist aber dann nicht auszugehen, wenn der Käufer das Software-Update nur deshalb hat aufspielen lassen, weil ihm <b>zuvor der Betrieb des Fahrzeugs untersagt worden</b> ist.</p>	<p>BGH, Beschluss vom 21.03.2023 (Az. VIII ZR 7/21)</p>
<p><b>VW-Abgasskandal</b></p> <p>Es ist <u>nicht</u> treuwidrig, wenn der <b>Käufer zur Vermeidung einer Betriebsuntersagung das Software-Update hat aufspielen lassen</b> und gleichzeitig an der begehrten Ersatzlieferung festhält. Allein daraus ergibt sich nicht, dass der Käufer mit der Mangelbeseitigung statt einer Ersatzlieferung einverstanden war.</p>	<p>OLG Karlsruhe, Urteile vom 24.05.2019 (Az. 13 U 144/17, 13 U 167/17, 13 U 16/18)</p>

## 6.2.5 Ersatzlieferung – Klageantrag auf Lieferung eines Nachfolgemodells

Ist das mangelbehaftete Neufahrzeug wegen eines **zwischenzeitlich erfolgten Modellwechsels** nicht mehr lieferbar und begehrt der Käufer daher die **Lieferung eines entsprechenden Nachfolgemodells**, stellt sich die **Frage, welche Anforderungen an den Klageantrag zu stellen sind, damit die Klage überhaupt zulässig ist**.

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---



In prozessualer Hinsicht scheitert ein Anspruch auf Ersatzlieferung nicht daran, dass der <b>Klageantrag</b> des Käufers auf „ <b>Lieferung eines mangelfreien Neufahrzeugs mit gleicher Motorisierung wie das streitgegenständliche Fahrzeug</b> “ gerichtet ist. Vielmehr ist der Klageantrag unter Berücksichtigung der Klagebegründung auszu-legen.	BGH, Hinweisbeschluss vom 08.01.2019 (Az. VIII ZR 225/17)  OLG Saarbrücken, Urteil vom 28.08.2019 (Az. 2 U 92/18)
Ist der <b>Klageantrag auf „Lieferung eines mangelfreien typgleichen Ersatzfahrzeugs aus der aktuellen Serienproduktion des Herstellers mit gleichartiger und gleichwertiger technischer Ausstattung wie das Fahrzeug ... FIN: ...“</b> gerichtet, ist die Klage (auch im Hinblick auf eine spätere Vollstreckung des Urteils) hinreichend bestimmt und damit zulässig.	BGH, Urteil vom 08.12.2021 (Az. VIII ZR 190/19)  <b><u>Aufgehoben:</u></b> OLG Braunschweig, Urteil vom 13.06.2019 (Az. 7 U 289/18)
Macht der Käufer - nach erfolgtem Modellwechsel - einen Anspruch auf Ersatzlieferung eines <b>typgleichen Neufahrzeugs aus der aktuellen Serienproduktion</b> geltend, genügt sein Klageantrag den verfahrensrechtlichen Erfordernissen, wenn die <b>technischen Merkmale des Ersatzfahrzeugs verbunden mit dem Adverb "zumindest" im Einzelnen bezeichnet</b> sind.	OLG Koblenz, Urteil vom 09.09.2019 (Az. 12 U 773/18)

## 6.3 Nacherfüllungsverlangen / Gelegenheit zur Nacherfüllung

Was bislang schon **ständige BGH-Rechtsprechung** war, ist seit dem Jahr 2022 **nunmehr** auch **gesetzlich in § 439 Abs. 5 BGB geregelt**: Der Käufer ist verpflichtet, dem Verkäufer die Kaufsache zum Zweck der Nacherfüllung zur Verfügung zu stellen und ihm damit Gelegenheit zur Nacherfüllung zu geben. Für die Frage, was das im Einzelnen bedeutet, kann somit weiterhin auch auf die hierzu bereits ergangene Rechtsprechung zurückgegriffen werden.

### 6.3.1 Allgemeine Anforderungen

Das Nacherfüllungsverlangen des Käufers muss auch dessen Bereitschaft umfassen, dem Verkäufer die Kaufsache zur Überprüfung der angeblichen Mängel <b>am Erfüllungsort der Nacherfüllung</b> zur Verfügung zu stellen.	BGH, Urteil vom 10.03.2010 (Az. VIII ZR 310/08)  BGH, Urteil vom 19.12.2012 (Az. VIII ZR 96/12)
Außerdem darf der Käufer die Vorführung des Fahrzeugs nicht von <b>unzulässigen Bedingungen</b> abhängig machen.	BGH, Urteil vom 01.07.2015 (Az. VIII ZR 226/14)

Gilt allgemein

Gilt **nur für Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für Verbraucherkaufverträge,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

<p>Der <b>Käufer</b> muss dem Verkäufer auch dann Gelegenheit zur Nacherfüllung geben, wenn er <b>nicht weiß, ob</b> ein aufgetretener Defekt einen <b>Sachmangel</b> begründet.</p> <p>Das gilt auch dann, wenn die <b>Beseitigung des Mangels nur mit unverhältnismäßigen Kosten möglich</b> ist, da diese Einrede nur dem Verkäufer zusteht.</p>	<p>BGH, Urteil vom 21.12.2005 (Az. VIII ZR 49/05)</p>
<p>Der Käufer genügt seiner Pflicht, dem Verkäufer die Untersuchung des Fahrzeugs zu ermöglichen, wenn er diesem auf Aufforderung des Verkäufers hierzu Gelegenheit gibt. Im Rahmen des Nacherfüllungsverlangens ist ein <b>ausdrückliches Anbieten des Käufers</b>, den Mangel beim Verkäufer überprüfen zu lassen, <u>nicht</u> erforderlich.</p>	<p>OLG Koblenz, Urteil vom 29.11.2018 (Az. 1 U 679/18)</p>
<p>Die <b>Bereitschaft des Käufers, dem Verkäufer die Kaufsache zu Prüfungszwecken zu überlassen</b>, muss <b>nicht ausdrücklich erklärt</b> werden. Es genügt, wenn sich dies aus einer lebensnahen Auslegung der Umstände des Einzelfalls ergibt.</p> <p>Fordert der Käufer den Verkäufer in seinem Nacherfüllungsverlangen zugleich zur <b>Vornahme einer bestimmten Handlung</b> auf, liegt dann keine unzulässige Bedingung vor, wenn der Käufer seine Bereitschaft zur Überlassung des Kaufgegenstandes am Erfüllungsort nicht von der Vornahme der Handlung abhängig gemacht hat.</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 08.09.2016 (Az. I-5 U 99/15)</p> <p>OLG Koblenz, Urteil vom 08.11.2018 (Az. 1 U 679/18)</p>
<p>Die Bereitschaft des Käufers zur Vorführung des Fahrzeugs beim Händler wird <u>nicht</u> bereits dadurch zum Ausdruck gebracht, dass der Käufer den Verkäufer zur Nacherfüllung/Nachbesserung auffordert. Andererseits ist aber auch <u>nicht</u> erforderlich, dass der Käufer <b>ausdrücklich oder konkludent „erklärt“, das Fahrzeug am Erfüllungsort vorzuführen</b>.</p> <p>Der Käufer kann seine <b>anfängliche Weigerung</b>, das Fahrzeug zum Firmensitz des Händlers zu bringen oder transportieren zu lassen, später noch <b>aufgeben</b> und seine Bereitschaft zum Bringen des Fahrzeugs nachträglich erklären. Grenzen hierfür zieht (nur) das prozessuale Verspätungsrecht.</p>	<p>AG Berlin-Wedding, Urteil vom 27.08.2014 (Az. 19A C 359/14)</p>

Die unter Fristsetzung gestellte Aufforderung des Käufers, der <b>Verkäufer möge mitteilen, ob er zur Nacherfüllung bzw. Mängelbeseitigung bereit sei</b> , stellt kein ordnungsgemäßes Nacherfüllungsverlangen dar.	LG Bielefeld, Urteil vom 24.11.2017 (Az. 3 O 63/17)
Der <b>Käufer</b> muss dem Verkäufer auch dann Gelegenheit zur Nacherfüllung geben, wenn er <b>glaubt, dass eine Nacherfüllung mit unverhältnismäßig hohen Kosten verbunden ist</b> . Die Einrede der Unverhältnismäßigkeit der Nacherfüllungskosten steht allein dem Verkäufer zu.	LG Berlin, Urteil vom 07.03.2014 (Az. 4 O 354/13)
Die pauschale Behauptung, der Verkäufer habe ein <b>Nacherfüllungsverlangen einer vom Käufer beauftragten Drittwerkstatt abgelehnt</b> , bei der sich das Fahrzeug bereits befand, genügt den Anforderungen an eine Verweigerung der Nacherfüllung nicht, wenn der Verkäufer behauptet, dass es in dem Gespräch lediglich um die Kostenübernahme gegangen sei.	AG Bochum, Urteil vom 16.03.2016 (Az. 70 C 417/15)

### 6.3.2 Transport des Fahrzeugs / Transportkostenvorschuss

Ein taugliches Nacherfüllungsverlangen liegt dann <u>nicht</u> vor, wenn der Verbraucher den <b>Transport</b> selbst übernehmen möchte, diesen aber <b>von der Gewährung eines Transportkostenvorschusses abhängig macht, obwohl der Verkäufer bereit ist, den Kaufgegenstand für den Verbraucher unentgeltlich abzuholen</b> .	BGH, Urteil vom 30.03.2022 (Az. VIII ZR 109/20)
Ein Käufer, der eine angemessene Nachfrist setzt, aber zugleich das <b>Angebot des Verkäufers, das Fahrzeug selbst abzuholen, ausschlägt und stattdessen auf einem Transportkostenvorschuss besteht</b> , räumt dem Verkäufer keine ausreichende Nacherfüllungsmöglichkeit ein und kann sich daher nicht auf das ergebnislose Verstreichen der Frist berufen.	OLG Köln, Beschluss vom 23.10.2018 (Az. 16 U 113/18)
Der Käufer darf die Untersuchungsgelegenheit nicht von der Bereitschaft des Verkäufers abhängig machen, <b>die Transportkosten in jedem Fall zu übernehmen</b> , also auch für den Fall, dass kein Sachmangel vorliegt.	LG Heidelberg, Urteil vom 05.02.2015 (Az. 2 O 75/14)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Die Aufforderung des Käufers, der <b>Verkäufer möge mitteilen, ob er das Fahrzeug in eine Werkstatt seiner Wahl bringen möchte oder der Käufer selbst eine Markenwerkstatt aufsuchen soll</b> , stellt kein ordnungsgemäßes Nacherfüllungsverlangen dar.	LG Bielefeld, Urteil vom 24.11.2017 (Az. 3 O 63/17)
Durch die <b>Aufforderung zur Abholung des Fahrzeugs am Wohnsitz des Käufers</b> wird dem Verkäufer keine Gelegenheit zur Nachbesserung eingeräumt.	AG Rinteln, Urteil vom 08.02.2018 (Az. 2 C 27/17)

### 6.3.3 Sonstige Fallgestaltungen

<b>VW-Abgasskandal</b> <b>Beschränkt</b> sich das Nacherfüllungsverlangen <b>auf eine Ersatzlieferung</b> , wird dem Verkäufer keine Gelegenheit zur Nacherfüllung in Form einer Nachbesserung gegeben ( <u>hier</u> : durch Installation eines Software-Updates).	OLG Frankfurt, Urteil vom 31.08.2018 (Az. 25 U 17/18)
<b>Teildemontage des Motors durch Drittwerkstatt nach erfolgreichem ersten Nachbesserungsversuch</b> Den Käufer trifft die Obliegenheit, dem Verkäufer das Fahrzeug in – soweit möglich – unverändertem Zustand zur Untersuchung und Nachbesserung zu überlassen. Der Händler muss sich nicht auf die Untersuchung eines teildemontierten Motors einlassen.	OLG Köln, Beschluss vom 09.02.2017 (Az. 19 U 123/16)
Der Käufer hat die <b>Kosten für die Durchführung eines selbständigen Beweisverfahrens</b> zu tragen, wenn er dem Verkäufer nicht zuvor Gelegenheit zur Nacherfüllung gegeben hat.	OLG Hamm, Beschluss vom 15.12.2015 (Az. 28 W 41/15)
Entsteht nach dem Weiterverkauf eines Gebrauchtwagens ein <b>Diebstahlsverdacht</b> , muss der Käufer dem Verkäufer vor einem Rücktritt die Möglichkeit einräumen, die Eigentumsfrage zu klären.	KG Berlin, Urteil vom 23.04.2013 (Az. 7 U 182/12)
Bei einem vom Käufer/Nutzer nicht abschaltbaren herstellergebundenen Notrufsystem kann das <b>Nacherfüllungsverlangen in Form eines Deaktivierungsanspruchs</b> geltend gemacht werden.	AG Düsseldorf, Urteil vom 23.03.2018 (Az. 44 C 3147/17)

## 6.4 Nacherfüllungsfrist / Entbehrlichkeit der Fristsetzung

Begehrt der Käufer lediglich Nacherfüllung (Ersatzlieferung oder Nachbesserung) muss er dem Verkäufer hierfür keine Frist setzen.

Was aber gilt, wenn der Käufer später, im Falle einer erfolglosen Nacherfüllung, auf seine **Sekundarrechte/-ansprüche** (Rücktritt vom Kaufvertrag, Kaufpreisminderung, Schadensersatz- sowie Aufwendungsersatzanspruch) zurückgreifen möchte?

**Seit der Schuldrechtsreform zum 01.01.2022 ist zu differenzieren:**

Für **Verbrauchsgüterkaufverträge, die seit Beginn des Jahres 2022 abgeschlossen wurden**, hat der Gesetzgeber das **Nachfristsetzungserfordernis zu Gunsten der Verbraucher praktisch aufgehoben (§ 475d BGB; siehe hierzu auch Ziffer 7.1).**

Für **alle anderen Kaufverträge** gilt nach wie vor: Der Käufer muss dem Verkäufer vor der Geltendmachung seiner Sekundarrechte/-ansprüche **in der Regel eine angemessene Frist zur Nacherfüllung** gesetzt haben. Die erfolglose Nachfristsetzung ist nämlich in der Regel Voraussetzung für die Geltendmachung von Sekundarrechten/-ansprüchen. Einer **Nachfristsetzung** bedarf es nur dann nicht, wenn sie **ausnahmsweise entbehrlich** ist (§§ 440, 323, 281 BGB).

Da das Thema „Nachfristsetzung“ nur für die Geltendmachung von Sekundarrechten/-ansprüchen von Bedeutung ist, werden die Anforderungen an eine ordnungsgemäße Nacherfüllungsfrist sowie deren Entbehrlichkeit einmalig **beim Thema „Rücktritt“ unter den Ziffern 7.1 und 7.2 behandelt.**

## 6.5 Erfüllungsort der Nacherfüllung

Eine ausdrückliche Regelung darüber, an welchem Ort der Anspruch des Käufers auf Nacherfüllung zu erfüllen ist, fehlt innerhalb der Sachmängelhaftungsvorschriften des Kaufrechts. Daher ist auf die **allgemeine Bestimmung des § 269 BGB** zurückzugreifen. Danach gilt folgendes: Haben die Parteien weder eine ausdrückliche noch eine konkludente Vereinbarung über den Erfüllungsort im Mangelfall getroffen und lässt sich der Erfüllungsort nicht aus den Umständen, insbesondere der Natur des Schuldverhältnisses, entnehmen, so hat die Nacherfüllung an dem Orte zu erfolgen, an dem der Verkäufer seinen Wohnsitz bzw. seine gewerbliche Niederlassung hat.

### 6.5.1 Fahrzeugkauf

Darüber, wie diese Regelung im Rahmen der Nacherfüllung **im Falle mangelhafter Kraftfahrzeuge** auszulegen ist, bestanden lange Zeit unterschiedliche Rechtsansichten. Im Jahr 2011 hat der für das **Kaufrecht** zuständige VIII. Zivilsenat des BGH schließlich durch eine Grundsatzentscheidung für Rechtssicherheit gesorgt.

	Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
--	----------------	---	---

Für neue Verunsicherung sorgte in den letzten Jahren allerdings ein (branchenfremdes) Urteil des **EuGH** vom 23.05.2019 (Az. C-52/18) im **Kontext eines Fernabsatzgeschäftes mit einem Verbraucher über ein sperriges Partyzelt**. Darin hat der EuGH festgestellt, dass eine Nacherfüllung am Firmensitz des Verkäufers in diesem Falle für den Verbraucher-Käufer eine „erhebliche Unannehmlichkeit“ darstellt und der Erfüllungsort daher der Belegenheitsort der Sache ist, also i.d.R. der Wohnsitz des Verbrauchers. Unklar ist nunmehr, ob diese Rechtsprechung – unter Berücksichtigung des **nur in Deutschland vorhandenen Anspruchs des Käufers auf Erhalt eines Transportkostenvorschusses** – auch auf einen stationären Fahrzeugkauf anzuwenden ist.

ERFÜLLUNGORT IST FIRMENSITZ DES HÄNDLERS	
<p>Erfüllungsort der Nacherfüllung ist <b>in der Regel der Firmensitz des Händlers</b>.</p> <p>Der Käufer muss das Fahrzeug zum Firmensitz des Händlers bringen. Das gilt selbst dann, wenn das <b>Kfz mangelbedingt fahruntauglich</b> sein sollte, es sei denn, die Vornahme oder Organisation des Rücktransports stellt für den Käufer eine „<b>erhebliche Unannehmlichkeit</b>“ dar.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Dass dies mit Zeit und Mühe verbunden ist, reicht hierfür noch nicht aus (<i>Entfernung im BGH-Fall: 180 km</i>).</li> <li>■ Auch die vorherige Selbstabholung des Fahrzeugs kann ein Indiz dafür sein, dass die Erheblichkeitsschwelle nicht überschritten ist.</li> </ul> <p>Der Käufer kann im Gegenzug vom Händler verlangen, dass er ihm die Kosten für den Transport erstattet (§ 439 Abs. 2 BGB; vgl. hierzu auch Ziffer <b>6.7.1.</b>).</p>	<p>BGH, Urteil vom 13.04.2011 (Az. VIII ZR 220/10)</p> <p>OLG Köln, Beschluss vom 14.02.2006 (Az. 20 U 188/05)</p> <p>OLG München, Urteil vom 20.06.2007 (Az. 20 U 2204/07)</p> <p>OLG Koblenz, Urteil vom 16.07.2010 (Az. 8 U 812/09)</p> <p>OLG Naumburg, Beschluss vom 06.06.2012 (Az. 1 U 19/12)</p> <p>OLG Köln, Beschluss vom 23.10.2018 (Az. 16 U 113/18)</p> <p>LG Hildesheim, Urteil vom 04.07.2012 (Az. 2 O 100/12)</p>
<p>Da nach deutschem Recht die <b>Unannehmlichkeit</b> aus der Transportverpflichtung wegen großer Entfernung und Sperrigkeit der Kaufsache <b>durch einen Vorschussanspruch des Käufers ausgeglichen</b> wird, ist diese für den Käufer nicht „erheblich“ (<i>hier: Rücktransport des Fahrzeugs aus einem Türkeiurlaub</i>).</p> <p>Selbst wenn der Nacherfüllungsort der „Belegenheitsort der Kaufsache“ gewesen wäre, können die Parteien <b>nachträglich</b> noch einen <b>anderen Nacherfüllungsort vereinbaren</b> (<i>hier: Werkstatt des Verkäufers</i>).</p>	<p>LG Saarbrücken, Urteil vom 22.01.2021 (Az. 13 S 130/20)</p>

Eine „erhebliche“ Unannehmlichkeit wurde bei folgenden Entfernungen zwischen dem Wohnsitz des Käufers und dem Firmensitz des Händlers verneint:

- 291 km: Die bloße Verbringung zum Firmensitz des Verkäufers stellt keine erhebliche Unannehmlichkeit für den Käufer dar. Das gilt auch für die **Beauftragung einer Spedition**, zumal dem Käufer ein Anspruch auf Transportkostenvorschuss zusteht.
- 250 km
- Bayreuth → Berlin
- 600 km (Köln → Berlin): Eine Überführung zum Firmensitz des Händlers ist dem Käufer auch zumutbar, wenn er zuvor bereit war, das Fahrzeug beim Verkäufer vor Ort zu erwerben, abzuholen und an seinen Wohnsitz zu überführen.
- Düsseldorf → Gifhorn/Niedersachsen: Selbst die Verkehrsun-sicherheit des Kfz rechtfertigt keine Verlagerung des Erfül-lungsortes vom Händlersitz auf den Wohnort des Käufers, da der Käufer die Transportkosten vom Verkäufer erstattet ver-langen kann, vorausgesetzt es liegt ein Sachmangelfall vor.
- Chiemsee → Berlin: Da der Käufer das Fahrzeug, das nur noch mit dem Notprogramm fuhr, weiter nutzte, war es ihm auch zumutbar, das Fahrzeug beim Händler vorzuführen.
- Meppen → Berlin (ca. 500 km): Sowohl die Entfernung als auch der Umstand, dass der Käufer das Kfz transportieren las-sen muss, sind irrelevant. Dem **Einwand des Verkäufers**, dass die vom Käufer **verauslagten Kosten nicht erforderlich** wa-ren, kann der Käufer dadurch entgehen, dass er den Verkäu-fer vorab über die Art des Transports und die voraussichtli-chen Kosten informiert. Wenn der Verkäufer dem Käufer dann keinen Alternativvorschlag unterbreitet, kann er sich später nicht auf den Einwand fehlender Erforderlichkeit be-rufen.

OLG Naumburg, Urteil vom 19.05.2017 (Az. 7 U 3/17)

LG Heidelberg, Urteil vom 05.02.2015 (Az. 2 O 75/14)

LG Berlin, Urteil vom 08.03.2018 (Az. 10 O 248/15)

AG Berlin-Wedding, Urteil vom 04.09.2013 (Az. 13 C 31/13)

AG Düsseldorf, Urteil vom 13.03.2014 (Az. 51 C 14931/13)

AG Berlin-Mitte, Urteil vom 18.03.2015 (Az. 9 C 184/14)

AG Meppen, Urteil vom 25.07.2016 (Az. 3 C 314/16)

*bestätigt durch:*

LG Osnabrück, Beschluss vom 08.11.2016 (Az. 8 S 347/16)

Unterhält der Verkäufer an <b>mehreren Standorten</b> eine Werkstatt, steht dem Käufer insofern ein Wahlrecht zu.	OLG Naumburg, Beschluss vom 16.01.2013 (Az. 1 AR 2/13)
Der Verkäufer ist grundsätzlich nicht verpflichtet, die Kaufsache abzuholen. Selbst die behauptete – aber bestrittene – <b>Überlassung eines Schlüssels</b> beweist noch nicht, dass der Verkäufer die Abholung des Fahrzeugs zugesagt hat.	AG München, Urteil vom 29.02.2016 (Az. 274 C 24594/15)
Der Käufer darf seine Bereitschaft zum Verbringen des Fahrzeugs zum Firmensitz des Händlers nicht davon abhängig machen, dass der Verkäufer zuvor eine <b>Kostenübernahmeerklärung</b> abgibt.	AG Augsburg, Urteil vom 07.09.2012 (Az. 72 C 893/12)

Andere Gerichte sind in folgenden **Fällen** von einer „**erheblichen**“ **Unannehmlichkeit** ausgegangen, mit der **Folge**, dass der „**Belegenheitsort**“ **des Fahrzeugs**, also der Ort, von dem aus das Fahrzeug bestimmungsgemäß benutzt wird, Erfüllungsort der Nacherfüllung ist.

ERFÜLLUNGORT IST DER „BELEGENHEITSORT“ DES FAHRZEUGS	
Eine „ <b>weite Entfernung</b> “ zwischen dem Firmensitz des Händlers und dem Ort, an dem das <b>Fahrzeug aufgrund eines kapitalen Motorschadens während der Fahrt liegen geblieben</b> ist, kann für den Käufer eine „erhebliche“ Unannehmlichkeit darstellen.	OLG Koblenz, Urteil vom 20.04.2015 (Az. 12 U 97/14)
Ist das <b>Fahrzeug aufgrund eines kapitalen Motorschadens liegen geblieben</b> und in eine Fremdwerkstatt abgeschleppt worden, stellt dessen Verbringung zum <b>25 km</b> entfernten Firmensitz des Händlers wegen des damit verbundenen Aufwands für einen Verbraucher eine „erhebliche“ Unannehmlichkeit dar.	LG Frankfurt, Urteil vom 28.08.2015 (Az. 2-24 O 201/13)

Vor Erlass des o.g. BGH-Urteils wurden in der Rechtsprechung teilweise noch andere Ansicht vertreten.

RECHTSPRECHUNG VOR ERLASS DES O.G. BGH-URTEILS	
Erfüllungsort der Nacherfüllung ist <b>grundsätzlich</b> der sog. „ <b>Belegenheitsort</b> “ <b>des Fahrzeugs</b> , also der Ort, von dem aus das Fahrzeug bestimmungsgemäß benutzt wird. Dies ist im Zweifel der Wohnsitz des Käufers.	OLG München, Urteil vom 12.10.2005 (Az. 15 U 2190/05)  OLG Celle, Urteil vom 10.12.2009 (Az. 11 U 32/09)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---



## 6.5.2 Ersatzteilkauf

Und was gilt, wenn Gegenstand des Kaufvertrages kein Fahrzeug, sondern die Lieferung von Ersatzteilen ist?

<p>Unter Berücksichtigung der o.g. BGH-Rechtsprechung vom 13.04.2011 (Az. VIII ZR 220/10) gilt folgendes:</p> <p>Erwirbt ein Verbraucher ein Ersatzteil bei einem <b>Teilehändler ohne Werkstatt</b> und ist <b>Bestandteil des Verkaufsangebots der Versand des Ersatzteils an den Sitz des Käufers</b>, ist ausnahmsweise der Sitz des Käufers bzw. Belegenheitsort des Fahrzeugs Erfüllungsort des Ersatzteilkaufvertrages.</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 08.09.2016 (Az. I-5 U 99/15)</p>
--	--

## 6.6 Anforderungen an die Nacherfüllung

### 6.6.1 Besondere Anforderungen gegenüber Verbrauchern

Seit 2022 gelten für die Nacherfüllung besondere Anforderungen, wenn es sich bei dem Käufer um einen **Verbraucher** handelt und der **Kaufvertrag nach dem 31.12.2022 abgeschlossen** wurde.

Nach **§ 475 Abs. 5 BGB** hat der Unternehmer die Nacherfüllung

- **innerhalb einer angemessenen Frist** ab dem Zeitpunkt, zu dem der Verbraucher ihn über den Mangel unterrichtet hat, und
- **ohne erhebliche Unannehmlichkeiten** für den Verbraucher durchzuführen,

wobei für die Beurteilung die Art der Ware sowie der Zweck, für den der Verbraucher die Ware benötigt, zu berücksichtigen sind.

**Kommt der Verkäufer diesen Pflichten nicht nach**, gilt folgendes:

- Nimmt der Verkäufer die **Nacherfüllung nicht innerhalb einer angemessenen Frist** vor, kann der Verbraucher von seinen sekundären Sachmangelhaftungsrechten/-ansprüchen Gebrauch machen; d.h., sofern die jeweiligen Tatbestandsvoraussetzungen vorliegen, kann der Verbraucher vom Kaufvertrag zurücktreten, den Kaufpreis mindern, oder einen Anspruch auf Schadensersatz oder Aufwendungsersatz geltend machen. Einer Nachfristsetzung seitens des Verbrauchers bedarf es nicht (vgl. Ziffer 6.3.2).
- Nimmt der Verkäufer die **Nacherfüllung zwar innerhalb einer angemessenen Frist** vor, ist diese **aber mit erheblichen Unannehmlichkeiten für den Verbraucher verbunden**, liegt dennoch kein Sachmangel mehr vor. Das bedeutet, dass der Verbraucher in diesem Falle keine sekundären

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

Sachmangelhaftungsrechte/-ansprüche wirksam geltend machen kann, weil das Vorhandensein eines Sachmangels hierfür Tatbestandsvoraussetzung ist. Sofern dem Verbraucher aber **durch die erlittenen Unannehmlichkeiten ein Schaden entstanden** ist, könnte er diesen im Rahmen eines Schadensersatzanspruchs wegen Pflichtverletzung nach § 280 Abs. 1 BGB gegen den Verkäufer geltend machen.

## 6.6.2 Art und Weise der Nachbesserung

Streit kann zwischen den am Kaufvertrag beteiligten Personen bisweilen auch darüber entstehen, wie ein Mangel im Wege der Nachbesserung zu beseitigen ist.

<p>Die Art und Weise der Mangelbeseitigung im Wege der Nachbesserung bleibt grundsätzlich dem Verkäufer überlassen. Entscheidend ist der Erfolg, also die vollständige und nachhaltige Beseitigung des Mangels.</p> <p>Beim <b>Gebrauchtwagenkauf</b> können <b>Gebrauchtteile</b> verwendet werden, soweit sie funktionsfähig und nicht älter oder stärker abgenutzt sind als das verkaufte Fahrzeug und dessen Teile.</p> <p><i>OLG Düsseldorf:</i> Ein Motorschaden kann auch durch <b>Einbau eines Austauschmotors</b> behoben werden.</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 22.01.2007 (Az. I-1 U 149/06)</p> <p>KG Berlin, Beschluss vom 06.09.2012 (Az. 20 U 168/12)</p> <p>OLG Hamm, Urteil vom 06.02.2014 (Az. I-28 U 20/13)</p> <p>OLG Hamm, Beschluss vom 15.12.2015 (Az. 28 W 41/15)</p> <p>AG Schönberg, Urteil vom 14.12.2011 (Az. 104 C 365/11)</p>
<p>Die Art und Weise der Mangelbeseitigung im Wege der Nachbesserung steht grundsätzlich im Ermessen des Verkäufers. Sie muss innerhalb angemessener Frist und ohne erhebliche Unannehmlichkeiten für den Käufer erfolgen. <b>Wünsche des Käufers</b> müssen nicht beachtet werden.</p> <p>Beim <b>Neuwagenkauf</b> dürfen auch <b>Original-Austauschteile des Herstellers</b> verwendet werden, sofern sie technisch als neuwertig einzustufen sind. Ein <b>merkantiler Minderwert</b> wird hierdurch nicht begründet.</p>	<p>OLG Celle, Urteil vom 19.12.2012 (Az. 7 U 103/12)</p>
<p>Haben die Parteien eine <b>konkrete Absprache über die Art der Nacherfüllung</b> getroffen, ist diese vom Verkäufer einzuhalten (<i>hier:</i> Verwendung von Neuteilen, statt von Gebrauchtteilen).</p>	<p>OLG Hamm, Urteil vom 06.02.2014 (Az. I-28 U 20/13)</p>

Der Verkäufer darf die Nacherfüllung nicht von der <b>Bedingung der Zahlung eines Zuschusses für den Austausch des schadhaften Altteils durch ein Neuteil</b> abhängig machen. Das gilt auch dann, wenn der Verkäufer an sich zur Verwendung eines Gebrauchtteils berechtigt gewesen wäre.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 30.11.2018 (Az. I-22 U 52/18)
--	--

Die Frage, ob der Käufer wegen des Einbaus neuer Teile einen **Vorteilsausgleich nach den Grundsätzen eines Abzugs „neu für alt“** hinnehmen muss, wird unter Ziffer **6.7.1.2** behandelt.

## 6.7 Kosten der Nacherfüllung

Welche Nacherfüllungskosten der Verkäufer konkret zu tragen hat, ist in § 439 Abs. 2 und 3 BGB geregelt, wobei die Aufzählung in Abs. 2 nicht abschließend ist. Vom Verkäufer zu erstatten sind daher nicht nur die Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten, sondern **alle zum Zwecke der Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen**. Im Falle des Einbaus oder Anbringens eines vom Käufer erworbenen Ersatz- oder Zubehörs, sind vom Verkäufer auch die vom Käufer aufgewendeten **Aus- und Einbaukosten** zu erstatten.

Ist der Käufer ein **Verbraucher**, kann er für Aufwendungen, die ihm im Rahmen der Nacherfüllung gemäß § 439 Absatz 2 und 3 BGB entstehen und die vom Verkäufer zu tragen sind, einen **Vorschuss** verlangen (§ 475 Abs. 4 BGB, bis Ende 2021 geregelt in Abs. 6).

§ 445a BGB regelt, in welchen Fällen der Händler Regress bei seinem Lieferanten (z.B. Hersteller oder Importeur) nehmen kann.

### 6.7.1 Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten

Nach § 439 Abs. 2 BGB hat der Verkäufer insbesondere die Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten zu tragen.

#### 6.7.1.1 Erstattungsfähige Kosten

Dem Käufer steht ein Anspruch auf Erstattung der <b>Fahrkosten</b> auch im Falle der <b>Nutzung eines eigenen Pkw</b> zu. Das Gericht schätzte den Kostenaufwand auf 0,30 €/km.	OLG Köln, Urteil vom 23.12.2021 (Az. 8 U 28/20)
Zu den <b>Rücktransportkosten</b> nach erfolgloser bzw. unterbliebener Nacherfüllung zählen auch die <b>Kosten für die Anmietung eines</b>	

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<p><b>Anhänger</b> zur Abholung des Fahrzeugs, sofern diese nicht unangemessen waren.</p> <p>Nicht nur der <b>Arbeits- und Zeitaufwand</b> des Käufers, sondern auch der (unentgeltliche) Arbeitsaufwand Dritter, insbesondere von Angehörigen des Käufers, die z.B. mit der Fahrzeugabholung betraut waren, ist vom Verkäufer im Rahmen des angemessenen zu erstatten. Das Gericht schätzte diesen auf 10 €/Stunde, was in etwa dem Mindestlohn für Taxifahrer entsprach.</p>	
<p>Der Verkäufer wird vor unzumutbarem Nacherfüllungsaufwand dadurch geschützt, dass er die <b>Nacherfüllung im Falle unverhältnismäßig hoher Kosten verweigern</b> darf (§ 439 Abs. 4 BGB; vgl. Ziffer <b>6.2.3</b>).</p>	<p>LG Saarbrücken, Urteil vom 22.01.2021 (Az. 13 S 130/20)</p>

### 6.7.1.2 Vorteilsausgleich nach den Grundsätzen eines Abzugs „neu für alt“

Erfährt ein Gebrauchtwagen durch den Einbau neuer Teile einen erheblichen Wertzuwachs, stellt sich **vorrangig bei älteren Gebrauchtwagen** die Frage, ob der Käufer zu einem Vorteilsausgleich nach den Grundsätzen eines Abzugs „neu für alt“ verpflichtet ist.

<p>Eine Beteiligung des Käufers an den Nacherfüllungskosten nach den Grundsätzen eines Abzugs „neu für alt“ scheidet aus, wenn sich der Vorteil des Käufers darin erschöpft, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ die <b>Kaufsache</b> durch die zur Mangelbeseitigung erforderliche Verwendung eines neuen Teils einen <b>Wertzuwachs</b> erfährt <u>oder</u></li> <li>■ der Käufer wegen der längeren Lebensdauer des ersetzten Teils <b>Aufwendungen erspart</b>.</li> </ul>	<p>BGH, Urteil vom 13.05.2022 (Az. V ZR 231/20)</p>
<p><u>GW-Kauf</u>: Ist ein <b>adäquates funktionsfähiges gebrauchtes Ersatzteil</b> für die Mangelbeseitigung <b>nicht verfügbar</b>, findet kein Vorteilsausgleich durch Abzug „neu für alt“ statt.</p>	<p>LG Münster, Urteil vom 13.05.2009 (Az. 01 S 29/09)</p>

### 6.7.2 Vom Verkäufer oder einem Dritten erhobene Kosten für die Fahrzeuguntersuchung

<p>Der Käufer kann vom Verkäufer Erstattung der von diesem erhobenen und vom Käufer gezahlten <b>Kosten für die Fahrzeuguntersuchung</b> verlangen.</p> <p>Gleiches gilt für die vom Käufer aufgewandten oder noch zu begleichenden Kosten für die <b>von einer Drittwerkstatt vorgenommenen Diagnosearbeiten</b>, sofern diese nicht unangemessen waren.</p>	<p>OLG Köln, Urteil vom 23.12.2021 (Az. 8 U 28/20)</p>
---	--

### 6.7.3 Vom Käufer in Auftrag gegebenes Privatgutachten

Beauftragt der Käufer einen Privatgutachter, war lange Zeit umstritten, ob der Käufer die Gutachterkosten vom Verkäufer verschuldensunabhängig, als „Nacherfüllungskosten“ ersetzt verlangen kann, wenn das Vorliegen eines Sachmangels gutachterlich bestätigt wurde. Nach der inzwischen ergangenen BGH-Rechtsprechung hängt die Erstattungspflicht davon ab, ob die Gutachterkosten „zum Zwecke der Nacherfüllung“ im Sinne des § 439 Abs. 2 BGB erforderlich waren.

<p>Dem Käufer steht ein verschuldensunabhängiger Anspruch auf Erstattung der Kosten eines Privatgutachters aus § 439 Abs. 2 BGB zu, wenn das <b>Gutachten zur Aufklärung der Ursachen und der Verantwortlichkeit eines Mangels in Auftrag gegeben</b> wurde.</p> <p>Diese Kosten werden auch dann „zum Zwecke der Nacherfüllung“ aufgewendet, wenn der <b>Käufer anschließend keine Nacherfüllung, sondern Minderung verlangt</b>.</p>	<p>BGH, Urteil vom 30.04.2014 (Az. VIII ZR 275/13)</p>
<p>Die Kosten für die Erstellung eines privaten Gutachtens sind erforderlich, wenn es aus Sicht des Käufers sinnvoll war, <b>vor Klageerhebung</b> und der damit verbundenen Verursachung weiterer Kosten abzuklären, ob die gerügten Mängel von einem Sachverständigen bestätigt werden können.</p> <p>Legt der Käufer die von ihm beglichene Rechnung des Sachverständigen vor, genügt es <u>nicht</u>, dass der Verkäufer lediglich <b>pauschal die Üblichkeit und Angemessenheit der Kosten bestreitet</b>.</p>	<p>OLG Stuttgart, Urteil vom 17.08.2023 (Az. 2 U 41/22)</p>

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

<p><b>Verweigert der Verkäufer die Nacherfüllung</b> und schaltet der Käufer daraufhin einen Privatgutachter zum Auffinden der Mangelursache und zur Vorbereitung eines die Nacherfüllung einschließenden Gewährleistungsanspruchs ein, werden diese Kosten auch dann „zum Zwecke der Nacherfüllung“ aufgewendet, wenn der <b>Käufer anschließend keine Nacherfüllung verlangt</b>, sondern den <b>Rücktritt</b> vom Kaufvertrag erklärt (<i>hier: tatsächlicher Umfang eines Unfallschadens</i>).</p>	<p>LG Kleve, Urteil vom 10.10.2014 (Az. 3 O 53/14)</p>
--	--

#### 6.7.4 Vorgerichtliche Rechtsanwaltskosten

<p>Werden die Rechtsanwaltskosten mit der <b>Zielrichtung</b> aufgewendet, dem Käufer die <b>Durchsetzung eines daran anknüpfenden Nacherfüllungsanspruchs</b> zu ermöglichen, wurden sie „zum Zwecke der Nacherfüllung“ aufgewandt.</p> <p>Hiervon ist auszugehen, wenn der Käufer zur <b>Durchsetzung eines Ersatzlieferungsanspruchs</b> einen Rechtsanwalt beauftragt, nachdem er dem Verkäufer <b>zuvor bereits erfolglos Gelegenheit zur Nachbesserung gegeben</b> hatte. Hierbei handelt es sich aus Käufersicht um „erforderliche Aufwendungen“, weil sie zur Wahrnehmung seiner Rechte erforderlich und zweckmäßig waren.</p>	<p>BGH, Urteil vom 24.10.2018 (Az. VIII ZR 66/17)</p>
<p><b>VW-Abgasskandal</b></p> <p>In <b>einfach gelagerten Fällen</b>, bei denen mit rechtlichen und tatsächlichen Schwierigkeiten nicht zu rechnen ist, muss der Käufer die erstmalige Geltendmachung seiner Rechte zunächst selbst vornehmen. Die sofortige Einschaltung eines Rechtsanwalts ist nur erforderlich, wenn <b>Gründe in der Person des Käufers</b> vorliegen, die dies rechtfertigen, wie z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ fehlende geschäftliche Gewandtheit oder</li> <li>■ Verhinderung des Käufers zur Wahrnehmung seiner Rechte.</li> </ul> <p>In <b>nicht einfach gelagerten Fällen</b> ist es unschädlich, wenn der Käufer dem Verkäufer keine Gelegenheit zur Nacherfüllung eingeräumt hatte, sofern für die Parteien klar war, dass der <b>Verkäufer zur Nachbesserung nicht in der Lage</b> war.</p>	<p>OLG Karlsruhe, Urteile vom 24.05.2019 (Az. 13 U 144/17, 13 U 167/17, 13 U 16/18)</p>

### 6.7.5 Zusätzlich anfallende Aus- und Einbaukosten beim Austausch mangelhafter Teile

Hat der **Käufer ein Ersatzteil (einschließlich Zubehör) vom Verkäufer erworben und bestimmungsgemäß entweder selbst oder durch einen von ihm beauftragten Dritten (z.B. eine Kfz-Werkstatt) in ein Fahrzeug ein- oder angebaut**, bevor ein Mangel an dem Teil offenbar wurde, zählen auch die zusätzlich angefallenen Aus- und Einbaukosten zu den Nacherfüllungskosten, wenn das Teil aufgrund seiner Mangelhaftigkeit gegen ein mangelfreies Teil ausgetauscht werden muss.

Diesen, vom EuGH ursprünglich nur für den Verbrauchsgüterkauf entwickelten Grundsatz (vgl. Urteil vom 16.06.2011, Az. C- 65/09) hat der deutsche Gesetzgeber inzwischen in Form eines Aufwendungsersatzanspruch gesetzlich in **§ 439 Abs. 3 BGB** verankert. Er **gilt für jeden Käufer**, unabhängig davon, ob er Verbraucher oder Unternehmer ist.

Zuvor hatte der BGH noch eine **gegenteilige Rechtsauffassung** vertreten. Diese hat er **zwischenzeitlich entweder ausdrücklich aufgegeben oder aber sie ist wegen der im Jahr 2018 vorgenommenen Gesetzesänderung nicht mehr einschlägig** (betroffen hiervon sind folgende Urteile: Urteil vom 15.07.2008, Az. VIII ZR 211/07; Urteil vom 21.12.2011, Az. VIII ZR 70/08 – nur Ersatz der Ausbaukosten; Urteil vom 17.10.2012, Az. VIII ZR 226/11 – Ersatz der Einbaukosten nur bei Verbrauchsgüterkaufverträgen).

### 6.7.6 Vorschusspflicht des Verkäufers / Transportkostenvorschuss

Ist der **Käufer ein Verbraucher**, kann er für die in den Ziffern 6.7.1 bis 6.7.5 genannten Aufwendungen vom Verkäufer einen Vorschuss verlangen. Diese, ursprünglich von der Rechtsprechung für den Transport entwickelte Vorschusspflicht ist nunmehr gesetzlich in **§ 475 Abs. 4 BGB** geregelt. Sie gilt allerdings – wie die Rechtsprechung zeigt – nicht einschränkungslos.

<p>Da der Verkäufer die Transportkosten zu tragen hat, ist er verpflichtet, dem Käufer durch Zahlung eines von diesem angeforderten, nicht ersichtlich unangemessenen Transportkostenvorschusses den Transport der (vermeintlich) mangelbehafteten Kaufsache zum (weit entfernt liegenden) Firmensitz des Verkäufers zu ermöglichen.</p> <p>Die <b>Vorschusspflicht entfällt</b> aber, wenn der <b>Verkäufer dem Käufer alternativ eine günstigere Alternative anbietet</b>.</p>	<p>BGH, Urteil vom 13.04.2011 (Az. VIII ZR 220/10)</p> <p>BGH, Urteil vom 19.07.2017 (Az. VIII ZR 278/16)</p> <p><b><u>andere Ansicht noch:</u></b></p> <p>LG Berlin, Urteil vom 08.11.2016 (Az. 88 S 14/16)</p>
<p>Wenn der Verbraucher den Transport selbst übernehmen möchte, diesen aber von der Gewährung eines Transportkostenvorschusses abhängig macht, obwohl der <b>Verkäufer bereit ist, den</b></p>	<p>BGH, Urteil vom 30.03.2022 (Az. VIII ZR 109/20)</p>

Gilt allgemein	Gilt <b>nur für Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für Verbraucherkaufverträge, die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	--	---

<b>Kaufgegenstand für den Verbraucher unentgeltlich abzuholen</b> , liegt bereits kein taugliches Nacherfüllungsverlangen vor.	
Dem Käufer steht ein <b>Transportkostenvorschuss</b> zu, sofern der Verkäufer die Sache nicht selbst abholt und auf eigene Kosten transportiert.  Im Falle der „ <b>Selbstabholung</b> “ darf der <b>Verkäufer</b> dann entscheiden, auf welche Art und Weise er das Fahrzeug transportiert; im Gegenzug trägt er das <b>Transport-/Haftungsrisiko</b> .	OLG Köln, Beschluss vom 23.10.2018 (Az. 16 U 113/18)
Ein Anspruch auf einen Transportkostenvorschuss besteht ausnahmsweise dann nicht, wenn der <b>Käufer einen Teil des Kaufpreises zurückbehalten</b> hat ( <i>hier</i> : 747 €).	OLG Köln, Urteil vom 07.02.2018 (Az. 16 U 133/15)

### 6.7.7 Rückgriff des Verkäufers gegenüber seinem Lieferanten

§ 445 a BGB räumt dem letztverkaufenden Unternehmer unter bestimmten Voraussetzungen Regressansprüche gegen seinen Vorlieferanten ein. Dieser Regressanspruch gilt allerdings nur dann, wenn es sich bei der **Kaufsache** um eine **neu hergestellte Sache** handelt (z.B. Neuwagen, neue Ersatzteile oder neues Zubehör – keine Gebrauchtwagen oder Gebrauchtteile!). Hintergrund ist, dass dem Weiterverkauf neuer Waren häufig eine Lieferkette zugrunde liegt und der Einzelhandel nicht das volle Risiko des Weiterverkaufs tragen soll.

Für den Fall, dass der Händler die **neue Ware an einen Verbraucher weiterverkauft** hat, enthält § 478 BGB **Sonderbestimmungen zum Thema „Beweislastumkehr“**.

Ein Regressanspruch kommt nur in Betracht, wenn Gegenstand des Verbrauchsgüterkaufs eine „neu hergestellte“ Sache war. Davon sind nicht nur neue oder fabrikneue Sachen umfasst, sondern auch <b>ungebrauchte Sachen</b> . Dabei spielt es keine Rolle, ob die ungebrauchten Sachen im Rahmen der Lieferkette <b>über längere Zeit gelagert</b> wurden. Ungebraucht ist eine Sache dann, wenn sie noch nicht bestimmungsgemäß benutzt wurde.  Da bei einem <b>generalüberholten Austauschmotor</b> nur die Verschleißteile gegen Neuteile ersetzt wurden und er darüber hinaus auch noch aus gebrauchten Teilen besteht, stellt er keine neu hergestellte Sache dar, so dass dem Letztverkäufer gegen seinen	AG Cuxhaven, Urteil vom 24.03.2015 (Az. 5 C 289/11)
--	---



Vorlieferanten keine Regressansprüche nach § 478 BGB ( <i>seit 2018 geregelt in § 445 a BGB</i> ) zustehen.	
---	--

### 6.7.8 Kostentragung im Falle unberechtigter Reklamationen

Stellt sich nach der Fahrzeugüberprüfung heraus, dass das Fahrzeug keinen Sachmangel aufweist, bleibt die **Frage** zu klären, **wer die Kosten für den Transport und die Fahrzeugüberprüfung zu tragen hat.**

<p>Ein unberechtigtes Mangelbeseitigungsverlangen des Käufers stellt eine zum <b>Schadensersatz</b> verpflichtende <b>schuldhafte Vertragsverletzung</b> dar, sofern der Käufer erkannt oder fahrlässig nicht erkannt hat, dass ein Mangel der Kaufsache nicht vorliegt, sondern die Ursache für das Symptom, hinter dem er einen Mangel vermutete, in seinem eigenen Verantwortungsbereich liegt. Dies muss er vor Inanspruchnahme des Verkäufers <b>im Rahmen seiner Möglichkeiten sorgfältig prüfen</b>.</p> <p>Mit dieser Verpflichtung darf allerdings keine Entwertung der Mängelrechte des Käufers einhergehen. Bleibt <b>ungewiss, ob tatsächlich ein Mangel vorliegt</b>, darf der Käufer Mängelrechte geltend machen, ohne Schadensersatzpflichten wegen einer schuldhaften Vertragsverletzung befürchten zu müssen, auch wenn sich sein Verlangen im Ergebnis als unberechtigt herausstellt.</p>	BGH, Urteil vom 23.01.2008 (Az. VIII ZR 246/06)
Liegt <u>kein</u> Sachmangel vor, hat der <b>Käufer die Transportkosten</b> zu tragen. Der Verkäufer müsste die Transportkosten nach § 439 Abs. 2 BGB nämlich nur dann tragen, wenn sämtliche Voraussetzungen der vom Käufer gewählten Art der Nacherfüllung erfüllt sind.	LG Heidelberg, Urteil vom 05.02.2015 (Az. 2 O 75/14)
<p><b>Abschleppkosten des Verkäufers</b></p> <p>Im Falle eines unberechtigten Nacherfüllungsverlangens hat der Käufer die Kosten für den Transport des Fahrzeugs zur Werkstatt des Verkäufers zu tragen. Hat der Käufer den Verkäufer dazu aufgefordert, das Fahrzeug abzuschleppen, steht dem Verkäufer wegen der von ihm aufgewendeten Abschleppkosten gegen den Käufer ein bereicherungsrechtlicher Herausgabeanspruch aus § 812 Abs. 1 BGB zu. Außerdem steht ihm bis zur Erstattung der</p>	LG Neubrandenburg, Urteil vom 03.11.2022 (Az. 1 S 20/21)

Abschleppkosten ein <b>Zurückbehaltungsrecht hinsichtlich des abgeschleppten Fahrzeugs</b> zu.	
--	--

## 6.8 Nutzungsausfallentschädigung für die Zeit der Nachbesserung oder den Verzögerungszeitraum

Muss ein Fahrzeug wegen eines Mangels nachgebessert werden, stellt sich mitunter die Frage, ob bzw. unter welchen Voraussetzungen dem Käufer in diesem Falle eine Nutzungsausfallentschädigung zusteht, z.B.

- für die Zeit, in der dem Käufer das Fahrzeug wegen der durchgeführten Nachbesserungsarbeiten nicht zur Verfügung stand, oder
- aufgrund einer Verletzung der Nachbesserungspflicht, in Form
  - einer mangelhaft erbrachten Nacherfüllung (Schlechtleistung) oder
  - einer zeitlichen Verzögerung der ansonsten erfolgreichen Nacherfüllung.

(Die Frage, ob dem Käufer für die Zeit nach Rücktritt vom Kaufvertrag eine Nutzungsausfallentschädigung zusteht, wird unter Ziffer 9.1.5.3 behandelt.)

### 6.8.1 Schadensersatz (neben der Leistung) für die Zeit der Nachbesserung

Begehrt der am Kaufvertrag festhaltende Käufer eines mangelbehafteten Fahrzeugs vom Verkäufer die Zahlung einer Nutzungsausfallentschädigung (= Schadensersatz) für den Zeitraum, in dem ihm das Fahrzeug wegen durchgeführter Nachbesserungsarbeiten nicht zur Verfügung stand, war **lange Zeit umstritten, ob** hierfür eine **schuldhafte Pflichtverletzung des Verkäufers nach § 280 Abs. 1 BGB ausreicht oder ob § 280 Abs. 2 BGB einschlägig ist, wonach eine Schadensersatzpflicht nur besteht, wenn sich der Verkäufer zusätzlich in Verzug befand**. Diesen Rechtsstreit hat der BGH vor Jahren entschieden.

Die erforderliche **Pflichtverletzung des Verkäufers** kann sich im Übrigen sowohl auf das Fahrzeug als solches beziehen als auch auf eine Verletzung der Nacherfüllungspflicht. Allerdings begründet allein die Lieferung eines mangelhaften Fahrzeugs (= Pflichtverletzung) noch keinen Anspruch auf Nutzungsausfallentschädigung. Erforderlich ist außerdem ein **Verschulden des Verkäufers**, wobei ein solches nach der gesetzlichen Regelung unterstellt wird, wenn der Verkäufer sich nicht darauf beruft, dass er die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat oder dies nicht beweisen kann.

Liefert der Verkäufer <u>schuldhaft</u> eine mangelhafte Sache, kann dem Käufer ein Nutzungsausfallschaden grundsätzlich <b>unabhängig vom Vorliegen der Verzugsvoraussetzungen</b> zustehen.	BGH, Urteil vom 19.06.2009 (Az. V ZR 93/08)
---	---

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<p>Der <b>Käufer eines gewerblich genutzten Neufahrzeugs</b> hat Anspruch auf <b>Ersatz des Verdienstausfalls</b>, wenn der Verkäufer den Mangel zu vertreten hat.</p> <p>Da der Verkäufer nicht Erfüllungsgehilfe des Hersteller ist, hat er <b>Herstellungsfehler</b> nur dann zu vertreten, wenn er</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ den Mangel kannte,</li> <li>■ hätte erkennen können <u>oder</u></li> <li>■ eine Garantieerklärung abgegeben hat.</li> </ul> <p>Liegt kein Verschulden des Verkäufers vor, ist ein Verdienstausfall nur dann erstattungsfähig, wenn der Verkäufer mit den Nachbesserungsarbeiten in Verzug war.</p>	<p>OLG Hamm, Urteil vom 31.10.2013 (Az. I-28 U 219/11)</p>
<p><b>Zu den Voraussetzungen</b> für einen Ersatz des Nutzungsausfallschadens des Käufers nach Eintritt des Fahrzeugdefekts</p>	<p>OLG Saarbrücken, Urteil vom 17.02.2004 (Az. 4 U 163/00)</p>
<p>Eine Ersatzpflicht besteht, wenn der Verkäufer den <b>Sachmangel während des Werkstattaufenthalts nicht beheben konnte</b>.</p>	<p>OLG Hamm, Urteil vom 11.05.2017 (Az. 28 U 89/16)</p>
<p>Es besteht kein Anspruch auf Nutzungsausfallentschädigung für die Dauer der Nachbesserungsarbeiten, wenn der Verkäufer den <b>Sachmangel nicht zu vertreten</b> hat und die <b>Nachbesserung nicht verzögert</b> wird.</p>	<p>LG Aachen, Urteil vom 11.04.2003 (Az. 5 S 40/03)</p>
<p>Für die Dauer der Nachbesserung kann dem Käufer auch ohne Mahnung und Verzug des Verkäufers ein Anspruch auf Nutzungsausfall zustehen, wenn der Händler den <b>Sachmangel vorsätzlich oder fahrlässig herbeigeführt</b> hat.</p> <p>(<i>Fall</i>: Entgegen den Angaben im Serviceheft war der alte Zahnriemen nicht gewechselt worden, so dass er riss und einen Motorschaden verursachte.)</p>	<p>LG Krefeld, Urteil vom 24.09.2007 (Az. 1 S 21/07)</p>

## 6.8.2 Ersatz des Verzugsschadens

Im Übrigen kann der Käufer einen Anspruch auf Ersatz des Nutzungsausfallschadens allenfalls noch unter dem **Gesichtspunkt des Verzugs** unter den **Voraussetzungen des § 286 BGB** geltend machen. Betroffen hiervon sind insbesondere Fallkonstellationen, in denen es zu Pannen oder erheblichen Verzögerungen bei der Mangelbeseitigung gekommen ist.

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

Voraussetzung eines solchen Anspruchs ist in der Regel, dass der Käufer den Verkäufer zuvor durch **Mahnung** in Verzug gesetzt hat, sofern diese nicht ausnahmsweise entbehrlich ist.

**Unterbleibt die Nachbesserung infolge eines Umstands, den der Verkäufer nicht zu vertreten hat**, kommt er nicht in Verzug. Allerdings ist das „Verschulden“ bzw. „Vertretenmüssen“ des Verkäufers nicht Verzugsvoraussetzung, sondern ggf. vom Verkäufer als Einwendung geltend zu machen und zu beweisen.

Der **Anspruch** des Käufers erstreckt sich im Übrigen nicht auf den gesamten Zeitraum der Nachbesserung, sondern ist **auf den Zeitraum beschränkt, in dem sich der Verkäufer in Verzug befand**.

Keine Nutzungsausfallentschädigung wegen <b>verzögerter Nacherfüllung</b> , wenn der Käufer seinen <b>Nutzungswillen</b> weder darlegt noch – im Bestreitensfalle – beweist	OLG Hamm, Urteil vom 23.02.2006 (Az. 28 U 164/05)  OLG Köln, Urteil vom 23.12.2021 (Az. 8 U 28/20)
<b>Aufforderung zur Abholung des Fahrzeugs beim Verkäufer bei Streit über den Erfolg der Nachbesserungsarbeiten</b>  Ein Anspruch besteht nicht, wenn der Käufer dadurch gegen seine Schadensminderungspflicht verstößt, dass er das zwar mangelbehaftete, im Übrigen aber <b>fahrbereite Fahrzeug</b> nicht nutzt. Um einen hohen Nutzungsausfall zu vermeiden, sei der Käufer verpflichtet gewesen, den Wagen beim Autohaus abzuholen und in Betrieb zu nehmen. Zu ersetzen wären dann nur die Kosten der An- und Rückreise gewesen.	OLG Hamm, Beschluss vom 23.12.2008 (Az. 28 W 27/08)
Verfügt der Käufer über ein <b>Ersatzfahrzeug</b> , dessen Nutzung ihm zuzumuten ist, steht ihm ein Anspruch auf Ersatz des Nutzungsausfalls mangels <b>fühlbarer Beeinträchtigung</b> nicht zu.  Etwas anderes gilt nur dann, wenn das Ersatzfahrzeug den <b>besonderen Nutzungszwecken</b> nicht ausreichend gerecht wird, was vom Käufer darzulegen und ggf. zu beweisen ist.	OLG Köln, Urteil vom 27.03.2008 (Az. 15 U 175/07)
<b>Verkäufer unterbreitet Angebot eines gleichwertigen Ersatzfahrzeugs für die Zeit der Nacherfüllung</b>  Lehnt der Käufer ein solches Angebot ab, steht ihm kein Anspruch auf Nutzungsentschädigung zu.	LG Hamburg, Beschluss vom 11.05.2009 (Az. 309 S 21/09)

Die <b>Tabelle Sanden/Danner/Küppersbusch</b> stellt eine mögliche <b>Schätzungsgrundlage</b> dar.  Bei einer <b>längerfristigen Nutzungsausfallzeit</b> sollte aber nicht auf den „Nutzungswert“, sondern auf die „Vorhaltekosten“ abgestellt werden, die um einen einzelfallbezogenen angemessenen Zuschlag aufzustocken sind.	OLG Thüringen, Urteil vom 22.06.2011 (Az. 2 U 9/10)
Ist dem Käufer lediglich die <b>Nutzung der Cabrio-Funktion</b> (Fahren mit geöffnetem Verdeck) und/oder die <b>Nutzung des Kofferraums versagt</b> , nicht aber die Nutzung des Fahrzeugs als solche, besteht kein Anspruch auf Nutzungsersatz, da er nicht zu einer Ersatzpflicht für Nichtvermögensschäden ausgedehnt werden darf. Ersatzfähig ist nur ein <b>fühlbarer wirtschaftlicher Schaden</b> .	AG Heidenheim, Urteil vom 09.07.2012 (Az. 2 C 582/11)

## 6.9 Beschädigung des Fahrzeugs oder Entstehung neuer Mängel während der Durchführung von Nachbesserungsarbeiten

Wird ein Fahrzeug während der ansonsten erfolgreichen Durchführung von Nachbesserungsarbeiten beschädigt oder wird bei deren Vornahme ein neuer Mangel verursacht, stellt sich die Frage, ob die Nacherfüllung deshalb als „**fehlgeschlagen**“ im Sinne des **§ 440 BGB** anzusehen ist und der Käufer wegen „fehlgeschlagener Nacherfüllung“ auf seine Sekundarrechte (z.B. den Rücktritt vom Kaufvertrag) zurückgreifen darf.

Dem Käufer stehen weder ein Rücktrittsrecht noch sonstige Sachmängelhaftungsansprüche zu, weil der Sachmangel tatsächlich behoben worden und die <b>Nacherfüllung</b> damit <b>nicht fehlgeschlagen</b> ist. Der Verkäufer haftet – bei Vorliegen der entsprechenden Tatbestandsvoraussetzungen – <b>allenfalls nach dem Deliktsrecht</b> (§§ 823 ff BGB).	OLG Saarbrücken, Urteil vom 25.07.2007 (Az. 1 U 467/06)
Ein <b>Fehlschlagen der Nacherfüllung</b> ist allein danach zu beurteilen, ob der bei Übergabe des Fahrzeugs vorhandene Sachmangel behoben wurde oder nicht. Ein erst während der Nachbesserungsarbeiten verursachter Mangel war zum maßgeblichen Zeitpunkt des Gefahrübergangs schließlich noch nicht vorhanden.	OLG Zweibrücken, Beschluss vom 22.04.2021 (Az. 2 U 46/20)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

<p>Ein <b>Bedürfnis, die Sachmangelhaftung in diesen Fällen analog anzuwenden, besteht</b> mangels planwidriger Regelungslücke <b>nicht</b>. Für den Fall einer schuldhaften Nebenpflichtverletzung kann ein Schadensersatzanspruch „neben“ der Leistung in Betracht kommen (§ 280 BGB) und in Fällen der „Unzumutbarkeit des Festhaltens am Kaufvertrag“ sogar ein Rücktrittsrecht nach §§ 282, 324 BGB.</p>	
---	--

## 6.10 Selbstvornahme der Nacherfüllung

Eine Selbstvornahme der **Nacherfüllung in Form einer Nachbesserung** liegt unzweifelhaft vor, wenn der Käufer einen Mangel an dem Fahrzeug eigenmächtig selbst repariert hat oder eine Nachbesserung durch eine fremde Werkstatt vorgenommen wurde.

Aber ist in dem Erwerb eines neuen, mangelfreien Ersatzteils für das Fahrzeug seitens des Käufers eine **Selbstvornahme in Form einer Ersatzlieferung** zu sehen?

In Fällen einer Selbstvornahme stellen sich dann regelmäßig **zwei Fragen**:

- **Wer hat die Kosten der Selbstvornahme zu tragen?**
- **Welche Folgen hat die Selbstvornahme für die Geltendmachung weiterer Rechte oder Ansprüche aus der Sachmangelhaftung für den Käufer?**

### 6.10.1 Erwerb eines neuen, mangelfreien Ersatzteils durch den Käufer

Schon vor vielen Jahren hat sich das **Bundesverfassungsgericht** mit der **Frage** befasst, **ob allein schon der Einkauf eines neuen, mangelfreien Ersatzteils für das mangelhafte Fahrzeug durch den Käufer eine Selbstvornahme darstellt, wenn der Käufer es versäumt hatte, dem Verkäufer zuvor die im Einzelfall erforderliche Nachfrist zu setzen**. Entscheidend ist, ob dem Verkäufer damit die Möglichkeit einer Nacherfüllung genommen wird.

<p>Allein der Kauf eines neuen Ersatzteils durch den Käufer begründet noch <b>keine Unmöglichkeit der Nacherfüllung durch den Verkäufer</b>. Der Mangel an dem defekten Fahrzeugteil wird durch den Erwerb eines mangelfreien Ersatzteils weder beseitigt noch werden die Möglichkeiten des Verkäufers zur Überprüfung des mangelbehafteten Teils etc. eingeschränkt.</p>	<p>BVerfG, Beschluss vom 29.06.2006 (Az. 1 BvR 2389/04) - unter Hinzuziehung von Stellungnahmen des VIII. und X. Zivilsenats des BGH -</p>
---	--

## 6.10.2 Kostenerstattungsanspruch des Käufers

Da durch die Selbstvornahme eine Nacherfüllung hinfällig wird, stellt sich die **Frage, in welchen Fällen der Käufer gegen den Verkäufer einen Kostenerstattungsanspruch geltend machen kann.**

Dem Verkäufer muss <b>Gelegenheit zur Nachbesserung gegeben</b> worden sein.	BGH, Urteil vom 23.02.2005 (Az. VIII ZR 100/04)
Ein Kostenerstattungsanspruch gegen den Verkäufer setzt daher eine <b>Fristsetzung</b> des Käufers zur Mangelbeseitigung durch den Verkäufer voraus, es sei denn, einer der gesetzlich geregelten <b>Ausnahmetatbestände</b> greift ein.	LG Gießen, Urteil vom 10.03.2004 (Az. 7 S 453/03) LG Dresden, Urteil vom 28.10.2011 (Az. 4 S 126/10) AG Geislingen, Urteil vom 23.09.2003 (Az. 3 C 600/03) AG Kempen, Urteil vom 18.08.2003 (Az. 11 C 225/02) AG Daun, Urteil vom 15.01.2003 (Az. 3 C 664/02)
Der Verkäufer muss sich die zur Mangelbeseitigung durchgeführten erfolglosen <b>Garantiarbeiten anderer Vertragswerkstätten</b> <u>nicht</u> zurechnen lassen.	OLG Karlsruhe, Urteil vom 16.03.2006 (Az. 19 U 156/05)

## 6.10.3 Folgen einer Selbstvornahme für die Geltendmachung der übrigen Sachmängelhaftungsrechte/-ansprüche

Fraglich ist außerdem, welche Folgen eine Selbstvornahme für eine spätere Geltendmachung der übrigen Sachmängelhaftungsrechte/-ansprüche hat.

Hat der Käufer den Mangel selbst beseitigt oder beseitigen lassen, ist ein <b>späterer Rücktritt</b> nicht mehr möglich, weil zum Zeitpunkt der Rücktrittserklärung kein Sachmangel mehr vorliegt.	OLG Schleswig-Holstein, Urteil vom 21.12.2012 (Az. 3 U 22/12) AG Berlin-Neukölln, Urteil vom 29.05.2015 (Az. 10 C 521/14)
--	--

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Die Selbstbeseitigung eines Mangels führt grundsätzlich zum <b>Verlust der Sachmängelhaftungsrechte</b> , weil eine Nacherfüllung dann unmöglich wird.	LG Stuttgart, Beschluss vom 15.05.2012 (Az. 3 S 7/12)  AG Schorndorf, Urteil vom 15.12.2011 (Az. 6 C 710/11)  AG Strausberg, Urteil vom 14.12.2011 (Az. 23 C 160/11)
--	--

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---



## 7 Rücktritt

Ist die Nacherfüllung fehlgeschlagen oder wegen Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit unterblieben, kann der Käufer auf die sog. Sekundarrechte zurückgreifen. Hierzu zählt auch der Rücktritt vom Kaufvertrag.

### 7.1 Nachfristsetzung

Seit der Schuldrechtsreform zum Jahr 2022 gibt es **keine einheitliche Regelung mehr in Bezug auf das Fristsetzungserfordernis**. Vielmehr ist seither zu differenzieren:

Ist der **Käufer entweder kein Verbraucher** oder wurde der **Kaufvertrag mit einem Verbraucher vor Beginn des Jahres 2022 abgeschlossen**, ist Voraussetzung für die erfolgreiche Geltendmachung eines Sekundarrechts (Rücktritt vom Kaufvertrag, Kaufpreisminderung, Schadensersatz- sowie Aufwendungsersatzanspruch), dass der Käufer dem Verkäufer zuvor **erfolglos eine angemessene Frist zur mangelfreien Erfüllung des Kaufvertrages eingeräumt** hatte, **es sei denn, eine Fristsetzung zur Nacherfüllung war ausnahmsweise entbehrlich**.

Für **Verbrauchsgüterkaufverträge, die seit dem 01.01.2022 abgeschlossen worden sind**, gelten seither **einheitliche Sonderbestimmungen** für

- den **Rücktritt vom Kaufvertrag** (§ 475d Abs. 1 BGB),
- die **Minderung des Kaufpreises** (über § 441 Abs. 1 Satz 1 BGB) sowie
- den **Anspruch des Verbrauchers auf Schadensersatz wegen eines Sachmangels der Ware** (§ 475d Abs. 2 i.V.m. Abs. 1 BGB).

#### 7.1.1 Wegfall des Fristsetzungserfordernisses für alle seit dem Jahr 2022 abgeschlossenen Verbrauchsgüterkaufverträge

Der Gesetzgeber hat in § 475d BGB **5 Fälle** verankert, **in denen das Erfordernis einer Nachfristsetzung für Verbraucher entfällt**. Das hat im Ergebnis letztlich zur Folge, dass der Gesetzgeber für Verbrauchsgüterkaufverträge – entsprechend den Vorgaben der Warenkauf-Richtlinie – nicht mehr am Erfordernis einer Fristsetzung durch den Verbraucher festhält.

Sofern die entsprechenden tatbestandlichen Voraussetzungen vorliegen, kann der Verbraucher daher **Sekundarrechte** auch **ohne Fristsetzung** geltend machen, wenn

- der Verkäufer die **Nacherfüllung trotz Ablaufs einer angemessenen Frist** ab dem Zeitpunkt, zu dem der Verbraucher ihn über den Mangel unterrichtet hat, **nicht vorgenommen** hat,
- sich **ein Mangel trotz der vom Verkäufer versuchten Nacherfüllung zeigt**,

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

- der **Mangel derart schwerwiegend** ist, dass der sofortige Rücktritt gerechtfertigt ist,
- sich der **Verkäufer weigert**, die **Nacherfüllung gemäß § 439 Abs. 1 oder 2 oder § 475 Abs. 5 BGB ordnungsgemäß vorzunehmen** oder
- es **nach den Umständen offensichtlich** ist, dass der Verkäufer nicht gem. § 439 Abs. 1 oder 2 oder § 475 Abs. 5 BGB ordnungsgemäß nacherfüllen wird.

<p><b>Verbraucher hat nicht erforderliche Nachfrist gesetzt</b></p> <p>Vor Ablauf der von ihm selbst gesetzten Frist, kann der Verbraucher nicht wirksam vom Kaufvertrag zurücktreten, auch wenn es einer Fristsetzung nach § 475d BGB nicht bedurft hätte und der Käufer lediglich den Ablauf einer angemessenen Frist – im Sinne eines angemessenen Zeitraums – hätte abwarten müssen.</p> <p>(Zur Frage, ob die vom Verbraucher aktiv gesetzte Frist dann auch „angemessen“ sein muss, vgl. Ziffer 7.1.3.4)</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 18.09.2023 (Az. I-23 U 55/23)</p>
--	---

## 7.1.2 Erfordernis der Nachfristsetzung

Wegen der zum Jahr 2022 vorgenommenen Schuldrechtsreform betrifft die nachfolgend dargestellte Rechtsprechung nur Fallkonstellationen, in denen der **Käufer** entweder **kein Verbraucher** ist oder in denen der **Kaufvertrag mit einem Verbraucher vor Beginn des Jahres 2022 abgeschlossen** wurde.

### 7.1.2.1 Allgemeines

Einer Fristsetzung bedarf es grundsätzlich dann <b>nicht</b> , wenn der Verkäufer den Käufer über einen Mangel <b>arglistig getäuscht</b> hat.	BGH, Urteil vom 09.01.2008 (Az. VIII ZR 210/06)
Wird der <b>Mangel innerhalb</b> der vom Käufer gesetzten <b>Nacherfüllungsfrist behoben</b> , erlischt das Rücktrittsrecht auch dann, wenn der Käufer dem Verkäufer wegen dessen <b>arglistigen Verhaltens</b> überhaupt keine Nachfrist hätte setzen müssen.	BGH, Urteil vom 12.03.2010 (Az. V ZR 147/09) OLG Düsseldorf, Urteil vom 13.08.2010 (Az. I-22 U 44/10)
Es ist Sache des Käufers, eine Frist zur Mängelbeseitigung zu setzen. Der Händler muss dem Käufer von sich aus <b>keine Nachbesserung anbieten</b> .	OLG München, Urteil vom 03.07.2017 (Az. 21 U 4818/16)
Zu den <b>Voraussetzungen</b> des Rücktrittsrechts	OLG Düsseldorf, Urteil vom 30.07.2003 (Az. 3 U 4/03)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<b>Leasing-Fahrzeug</b>  Nicht der Leasingnehmer, sondern das Leasingunternehmen, muss als Käufer des Fahrzeugs versteckte Mängel gegenüber dem Verkäufer rügen, sofern der Leasingnehmer vom Leasinggeber hierzu nicht ermächtigt worden ist.	OLG Hamm, Urteil vom 06.02.2006 (Az. 2 U 197/05)
<b>Rücktritt des Verkäufers</b>  Im Falle einer <b>ausstehenden Restkaufpreiszahlung</b> ( <i>hier</i> : wegen Begleichung eines Teils des Kaufpreises mit Falschgeld) darf der Verkäufer bereits <b>mit der Fristsetzung den Rücktritt für den Fall des fruchtlosen Fristablaufs erklären</b> .	OLG Naumburg, Urteil vom 24.08.2015 (Az. 1 U 37/15)
Wer eine erforderliche Frist zur Nacherfüllung nicht setzt und durch eine <b>voreilige Selbstvornahme</b> dem Verkäufer die Nachbesserungsmöglichkeit nimmt, verliert nach der Grundkonzeption des BGB seine Mängelrechte.  <b>Fordert der Käufer den Verkäufer unter Fristsetzung lediglich zur Bestätigung der Übernahme der vom Käufer aufgewendeten Kosten auf</b> , wird dem Verkäufer keine Nacherfüllungsmöglichkeit eingeräumt.	LG Lüneburg, Urteil vom 22.12.2022 (Az. 15 O 60/22)

### 7.1.2.2 Setzen einer Nacherfüllungsfrist

Der Käufer muss dem Verkäufer eine Frist „gesetzt“ haben. Gibt der Käufer dem Verkäufer weder einen konkreten zeitlichen Rahmen (z.B. in Tagen, Wochen oder Monaten) noch einen konkreten Fertigstellungstermin vor, kann zweifelhaft sein, ob die Aufforderung des Käufers als Fristsetzung zu werten ist.

Auch das Verlangen nach „ <b>sofortiger</b> “, „ <b>unverzüglicher</b> “ oder „ <b>umgehender</b> “ <b>Nacherfüllung</b> genügt dem Erfordernis der Nachfristsetzung.	BGH, Urteil vom 12.08.2009 (Az. VIII ZR 254/08)
---	---

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

Entscheidend ist, dass der Käufer deutlich macht, dass dem Verkäufer für die Nacherfüllung nur ein begrenzter (bestimmbarer) Zeitraum zur Verfügung steht. Diesem Erfordernis genügt bei einer vom Käufer begehrten Ersatzlieferung die <b>Aufforderung an den Verkäufer, den Kaufgegenstand auszutauschen, verbunden mit der Ankündigung anderenfalls rechtliche Schritte zu ergreifen</b> . Der Angabe eines bestimmten Zeitraums oder eines bestimmten (End-)Termins bedarf es nicht.	BGH, Urteil vom 18.03.2015 (Az. VIII ZR 176/14)
Auch eine höfliche „ <b>Bitte um schnelle Behebung</b> “ der vom Käufer konkret bezeichneten Mängel enthält eine ausreichende Nachfristsetzung, weil sie dem Verkäufer eine zeitliche Grenze setzt, die aufgrund der Umstände des Einzelfalls bestimmbar ist und dem Verkäufer vor Augen führt, dass er die Nachbesserung nicht zu einem beliebigen Zeitpunkt bewirken darf.	BGH, Urteil vom 13.07.2016 (Az. VIII ZR 49/15)
Beschränkt sich die <b>Aufforderung</b> des Käufers darauf, <b>dass der Verkäufer sich über seine Leistungsbereitschaft erklärt oder eine bestimmte Maßnahme zur Mangelbeseitigung vornimmt</b> , ist dies nicht als wirksame Fristsetzung nach § 323 Abs. 1 BGB zu werten.	OLG Bremen, Urteil vom 27.03.2015 (Az. 2 U 12/15)
Beschränkt sich die <b>Aufforderung</b> des Käufers darauf, <b>dass der Verkäufer <u>bestätigt</u>, das streitgegenständliche Fahrzeug unter Abzug einer Nutzungsentschädigung zurückzunehmen und ihm ein mangelfreies Fahrzeug zu liefern</b> , ist hierin keine wirksame Fristsetzung zu sehen.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 14.01.2016 (Az. I-5 U 49/15)
Erklärt der Käufer die <b>Anfechtung des Kaufvertrages wegen arglistiger Täuschung</b> , dann ist seine gleichzeitig „vorsorglich“ unter <b>Fristsetzung erklärte Aufforderung zur Nacherfüllung</b> wegen widersprüchlichen Verhaltens unwirksam.	OLG Dresden, Beschlüsse vom 19.05./03.06.2015 (Az. 10 U 1617/14)

### 7.1.3 Angemessenheit der gesetzten Frist

Haben die Vertragsparteien **keine Vereinbarung über die Angemessenheit der Nachfrist getroffen**, bestimmt sie sich nach den **Umständen des Einzelfalls** und den **Interessen der Vertragsparteien**.

Obwohl eine Fristsetzung für **Verbraucherkaufverträge, die seit dem Jahr 2022 abgeschlossen worden sind**, nicht mehr erforderlich ist, stellt sich in Fällen, in denen der Verbraucher dem Verkäufer

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

dennoch eine Nachfrist gesetzt hat, u.U. die Frage, ob die (nicht erforderliche) Frist dann auch „angemessen“ gewesen sein muss (vgl. hierzu Ziffer 7.1.3.4).

### 7.1.3.1 Grundsätzliches / Zu kurz bemessene Nachfrist

<p>Die <b>Beurteilung der Angemessenheit der Nachfrist</b> obliegt dem Tatrichter.</p> <p>Durch eine <b>objektiv zu kurz bemessene Nachfrist</b> wird eine angemessene Frist in Gang gesetzt.</p>	<p>BGH, Urteil vom 14.10.2020 (Az. VIII ZR 318/19)</p>
<p>Die vom Käufer zu setzende „<b>angemessene</b>“ <b>Frist</b> ist so zu bemessen, dass der Verkäufer bei ordnungsgemäßigem Vorgehen vor Fristablauf voraussichtlich nicht nur die Leistungshandlung vornehmen, sondern auch den Leistungserfolg herbeiführen kann.</p> <p>Eine <b>zu kurz bemessene Frist</b> setzt eine angemessene Frist nur dann nicht in Gang, wenn der Käufer ausnahmsweise zum Ausdruck gebracht hat, dass es ihm auf die Kürze der Frist ankommt.</p>	<p>BGH, Urteil vom 26.08.2020 (Az. VIII ZR 351/19)</p>
<p>Eine <b>objektiv zu kurz bemessene Nachbesserungsfrist</b> hindert nicht den Lauf einer angemessenen Frist.</p> <p>Für die Beurteilung der Angemessenheit einer Nachbesserungsfrist ist – in den Grenzen des § 475 Abs. 1 BGB (Umgehungsverbot; seit 2018 geregelt in § 476 Abs. 1 BGB) – ggf. eine <b>von den Vertragsparteien getroffene Vereinbarung</b> maßgeblich. Dabei darf der Käufer eine <b>vom Verkäufer selbst vorgeschlagene Frist</b> als angemessen ansehen, selbst wenn sie objektiv zu kurz ist.</p>	<p>BGH, Urteil vom 13.07.2016 (Az. VIII ZR 49/15)</p>
<p>Im Fall der <b>Ersatzlieferung</b> muss die Frist in der Regel mindestens einen Monat betragen.</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 14.01.2016 (Az. I-5 U 49/15)</p>
<p>Eine <b>zu kurz bemessene Frist</b> (<i>hier: 24-Stundenfrist, die an einem Samstag endet</i>) kann dann <u>nicht</u> durch eine angemessene ersetzt werden, wenn der Käufer die <b>Reparaturarbeiten vor Ablauf einer angemessenen Frist an eine Drittwerkstatt vergibt</b>.</p>	<p>LG Duisburg, Urteil vom 07.02.2007 (Az. 11 S 148/06)</p>

### 7.1.3.2 VW-Abgasskandal

<p>Die Angemessenheit der Nachfrist kann <b>nicht für alle Fahrzeuge gleich</b> bestimmt werden, sondern ist <b>einzelfallabhängig</b> zu ermitteln. Dabei muss die Frist so lang bemessen sein, dass der Verkäufer in der Lage ist, die bereits begonnene Erfüllung zu beschleunigen und zu vollenden.</p> <p>Je später der Käufer im Jahr 2016 Nachbesserung verlangt, desto kürzer wird eine angemessene Frist sein. Muss die entwickelte oder zumindest in der Entwicklung befindliche <b>Nachbesserungsmaßnahme vor ihrer Umsetzung noch von einer Behörde genehmigt werden</b>, ist eine Nachfrist von <b>weniger als zwei Monaten</b> in der Regel unangemessen kurz, wenn die KBA-Genehmigung noch aussteht.</p>	<p>OLG Nürnberg, Urteil vom 24.04.2018 (Az. 6 U 409/17)</p>
<p>Die Nacherfüllungsfrist muss <b>nicht über 1 Jahr</b> hinausgehen.</p>	<p>OLG München, Beschluss vom 23.03.2017 (Az. 3 U 4316/16)</p>
<p>Eine Nacherfüllungsfrist von <b>2 Wochen</b> ist bei einem vom VW-Abgasskandal betroffenen Fahrzeug zu kurz bemessen. Sie kann dann nicht in eine angemessene Frist umgedeutet werden, wenn der <b>Käufer vor Ablauf einer angemessenen Frist vom Kaufvertrag zurücktritt</b>.</p>	<p>OLG Oldenburg, Beschlüsse vom 05.05. und 07.06.2017 (Az. 6 U 46/17)</p>
<p>Die Frist muss so bemessen sein, dass der Verkäufer beim Hersteller eine bereits <b>vorhandene und genehmigte Software anfordern</b> kann. Sie muss aber nicht so lang bemessen sein, dass dem Hersteller erst die Möglichkeit zur Entwicklung einer technischen Lösung eingeräumt wird.</p> <p>Eine Nacherfüllungsfrist von <b>2 Wochen, jedenfalls aber von 3 ½ Wochen</b> ist objektiv angemessen und daher ausreichend.</p> <p>Zwar könnte eine Nacherfüllungsfrist von <b>3 ½ Wochen zu kurz</b> bemessen sein, ausreichend ist aber, wenn durch die zu kurz bemessene Frist eine angemessene Frist von <b>7 Wochen</b> in Gang gesetzt wird.</p>	<p>OLG Köln, Beschluss vom 20.12.2017 (Az. 18 U 112/17)</p> <p>OLG Köln, Beschluss vom 28.05.2018 (Az. 27 U 13/17)</p>

Wird der Lauf einer Nachfrist durch eine möglicherweise zu kurz bemessene Nachfrist von <b>1 Monat</b> in Gang gesetzt, ist von einer angemessenen Nachfrist auszugehen, wenn der <b>Rücktritt vom Kaufvertrag erst fast 14 Monate später</b> erfolgt.	OLG Schleswig-Holstein, Urteil vom 20.11.2019 (Az. 9 U 12/19)
Setzt der Käufer eine unangemessen kurze Nacherfüllungsfrist, wird ausnahmsweise keine angemessene Frist in Gang gesetzt, wenn der Käufer die <b>Nachfrist nur zum Schein gesetzt oder zu erkennen gegeben hat, dass er die Leistung keinesfalls annehmen wird</b> , selbst wenn sie innerhalb einer angemessenen Frist erbracht werden sollte.	OLG Koblenz, Beschluss vom 27.09.2017 (Az. 2 U 4/17)

### 7.1.3.3 Sonstige Fallgestaltungen

Im Fall einer <b>Ersatzlieferung</b> muss die Frist in der Regel mindestens einen Monat betragen.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 14.01.2016 (Az. I-5 U 49/15)
Bei <b>Sonderfahrzeugen</b> ( <i>hier: Kühlfahrzeug</i> ) kann angesichts besonderer Umstände und der sich daraus ergebenden Dringlichkeit auch eine Nachfrist von 4 Tagen ausreichend sein.	KG Berlin, Urteil vom 18.06.2009 (Az. 12 U 110/08)
Eine Frist von 2 Tagen zur <b>Behebung von Motorproblemen</b> ist zu kurz. Das gilt auch dann, wenn der Käufer anschließend mit dem Fahrzeug eine geplante Urlaubsreise antreten möchte.	AG Düsseldorf, Urteil vom 30.06.2016 (Az. 27 C 96/15)  <i>Bestätigt durch:</i> LG Düsseldorf, Urteil vom 22.12.2016 (Az. 19 S 74/16)
Eine Frist von 9 Tagen genügt dem Fristsetzungserfordernis nicht, wenn bereits ein <b>Rechtsstreit in dieser Sache anhängig</b> ist. Dem Verkäufer muss vielmehr ausreichend Gelegenheit gegeben werden, das weitere prozessuale Vorgehen mit seinem Rechtsanwalt zu besprechen und von diesem prüfen zu lassen und die Nacherfüllungsleistung zu erbringen.	AG München, Urteil vom 12.01.2012 (Az. 222 C 7196/11)

### 7.1.3.4 Seit dem Jahr 2022 abgeschlossene Verbraucherkaufverträge

Für Verbrauchsgüterkaufverträge, die seit dem Jahr 2022 abgeschlossen worden sind, stellt sich die **Frage, ob eine vom Verbraucher tatsächlich gesetzte (nicht erforderliche) Nachfrist ebenfalls angemessen sein muss.**

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

(*Hinweis:* In § 475d BGB ist von einer „angemessene Frist“ im Sinne eines angemessenen Zeitraums die Rede! Diese Frist ist nicht gleichzusetzen mit einer vom Käufer zu setzenden „angemessenen Nachfrist“.)

<p><b>Verbraucher hat eine nicht erforderliche Nachfrist gesetzt</b></p> <p>Es spielt für Verbraucherkaufverträge, die seit dem Jahr 2022 abgeschlossen worden sind, keine Rolle, ob die tatsächlich gesetzte Nachfrist angemessen war oder nicht.</p> <p>Auch in diesem Falle ist die Regelung des § 475d BGB maßgeblich, wonach der Verbraucher lediglich den Ablauf einer angemessenen Frist – im Sinne eines angemessenen Zeitraums – abwarten muss. Dies gilt allerdings mit der Einschränkung, dass der Verbraucher <u>vor</u> Ablauf einer von ihm aktiv gesetzten Frist nicht wirksam vom Kaufvertrag zurücktreten kann.</p> <p>Für die Beantwortung der Frage, ob der <b>Rücktritt nach Ablauf einer „angemessenen Frist“ im Sinne des § 475d BGB</b> erfolgt ist, ist für den <b>Fristbeginn</b> nicht auf den Zeitpunkt der Fristsetzung abzustellen, sondern auf den Zeitpunkt der Mängelrüge.</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 18.09.2023 (Az. I-23 U 55/23)</p> <p><b>Aufgehoben:</b></p> <p>LG Düsseldorf, Urteil vom 22.03.2023 (Az. 9 O 167/22)</p>
--	--

#### 7.1.4 Fristsetzung im Falle von Lieferverzögerungen

Im Falle von Lieferverzögerungen stellt sich insbesondere die **Frage, ab welchem Zeitpunkt der Käufer zur Fristsetzung berechtigt ist.**

<p>Die Fristsetzung muss in der Regel <u>nach</u> <b>Fälligkeit der Leistung</b> erfolgen, ansonsten ist sie unbeachtlich. Das gilt auch dann, wenn bereits <u>vor</u> Fälligkeit ernsthafte <b>Zweifel an der Leistungsfähigkeit oder -willigkeit des Verkäufers</b> bestehen.</p> <p>Allein die <b>Erklärung des Verkäufers, nicht rechtzeitig zum Fälligkeitszeitpunkt leisten zu können</b>, begründet noch keine ernsthafte und endgültige Erfüllungsverweigerung, die zur Entbehrlichkeit der Nachfristsetzung <u>nach</u> Fälligkeitseintritt führt. Der Käufer kann <u>nach</u> Fälligkeitseintritt jedoch auch ohne Fristsetzung sofort vom Kaufvertrag zurücktreten, wenn feststeht, dass der Verkäufer eine Nachfrist nicht einhalten kann oder wird.</p>	<p>BGH, Urteil vom 14.06.2012 (Az. VII ZR 148/10)</p>
--	---

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---



<p>Ist bereits <b>vor Eintritt der Fälligkeit</b> offensichtlich, dass die Rücktrittsvoraussetzungen eintreten werden, kann der Käufer dem Verkäufer ausnahmsweise <b>vor</b> Fälligkeitseintritt eine Frist zur Erklärung der Leistungsbereitschaft und zum Nachweis fristgerechter Lieferung setzen, wenn die rechtzeitige Erfüllung durch Hindernisse ernsthaft in Frage gestellt ist, die im Verantwortungsbereich des Verkäufers liegen, und wenn dem Käufer ein Zuwarten nicht zuzumuten ist (offensichtliche Erfüllungsgefährdung gem. § 323 Abs. 4). Der Käufer muss dann aber bis zum Eintritt der Fälligkeit ordnungsgemäß zurückgetreten sein. Danach bestimmt sich die Wirksamkeit des Rücktritts wieder nach den o.g. Grundsätzen.</p>	
<p><b>Verzögerte Lieferung bei unverbindlichem Liefertermin</b></p> <p>Der Käufer darf nur zurücktreten, wenn er dem Verkäufer eine Nachfrist gesetzt hat, die einen Endtermin angibt. Die Fristsetzung ist nicht deshalb wegen Erfüllungsverweigerung entbehrlich, weil ein <b>zugesagter Termin nicht eingehalten</b> wurde oder Meinungsverschiedenheiten über den Vertragsinhalt bestehen. Eine bloße Terminbenennung begründet (noch) kein Fixgeschäft.</p>	<p>OLG München, Urteil vom 16.06.2010 (Az. 7 U 4884/09)</p>
<p>Im Falle einer <b>kurzfristigen Lieferverzögerung</b> ist <b>nach</b> Eintritt der Fälligkeit eine angemessene Nachfristsetzung erforderlich. Die Frist muss so bemessen sein, dass der Verkäufer Gelegenheit hat, erforderliche Handlungen nachzuholen (<i>hier</i>: min. 48 Std. für vertraglich zugesicherte TÜV-Abnahme und geringfügige Reparatur in Drittwerkstatt). Unannehmlichkeiten und Unkosten des Käufers führen nicht zur Entbehrlichkeit der Fristsetzung, können aber ggf. über einen Schadensersatzanspruch ersatzfähig sein.</p>	<p>OLG Karlsruhe, Urteil vom 24.11.2011 (Az. 9 U 83/11)</p>

### 7.1.5 Fehlgeschlagene Nacherfüllung im Falle einer Nachfristsetzung

Hat der Käufer dem Verkäufer eine **angemessene Nacherfüllungsfrist gesetzt** und wird der Mangel innerhalb dieser Frist nicht oder nicht vollständig beseitigt, stellt sich die **Frage, ob die Nacherfüllung wegen Fristablaufs auch dann als „fehlgeschlagen“ anzusehen ist, wenn der Verkäufer innerhalb der vom Käufer gesetzten Frist mit der Nacherfüllung begonnen hat**. Fraglich ist außerdem, **ob dem Verkäufer auch im Falle einer Nachfristsetzung gem. § 440 BGB i.d.R. 2 Nachbesserungsversuche zur Verfügung stehen**.

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

### 7.1.5.1 Allgemeines/ 2-Versuche-Regelung

<p>Hat der Käufer dem Verkäufer eine angemessene Frist zur Nacherfüllung gesetzt, ist die Frist nur gewahrt, wenn der <b>Leistungserfolg innerhalb der Frist</b> eintritt. Es genügt nicht, wenn der Verkäufer lediglich die Leistungshandlung erbracht hat, ohne dass der Erfolg eingetreten ist.</p> <p>Ist die Nachfrist erfolglos abgelaufen, muss der Käufer dem Verkäufer <b>grundsätzlich keine zweite Gelegenheit zur Nachbesserung</b> einräumen, bevor er den Rücktritt vom Kaufvertrag erklärt. Die 2-Versuche-Regelung kommt nur zum Tragen, wenn der Käufer sein Nachbesserungsverlangen <u>nicht</u> mit einer Fristsetzung verbunden hat.</p>	<p>BGH, Urteil vom 11.02.2009 (Az. VIII ZR 274/09)</p> <p><b><u>überwiegend anderer Ansicht noch:</u></b></p> <p>OLG Frankfurt/M., Urteil vom 14.11.2019 (Az. 16 U 42/19)</p>
--	---

### 7.1.5.2 Widersprüchliches Verhalten des Käufers nach freiwilligem Zugeständnis

<p>Hat der Käufer sich „freiwillig“ darauf eingelassen, dass die <b>Nachbesserung zu einem späteren Zeitpunkt vorgenommen wird</b>, ist dies entweder als Verlängerung der von ihm gesetzten Frist zu verstehen oder er kann sich nach den Geboten von Treu und Glauben später nicht mehr auf ein erfolgloses Verstreichen der ursprünglich gesetzten (angemessenen) Frist berufen.</p> <p><b>Vereinbart der Käufer „freiwillig“ einen zweiten Nachbesserungstermin, den er dann aber nicht wahrnimmt, und erklärt er stattdessen den Rücktritt</b>, kann dem Käufer eine Berufung auf den Rücktritt wegen widersprüchlichen Verhaltens nach den Geboten von Treu und Glauben verwehrt sein. Widersprüchliches Verhalten ist dann rechtsmissbräuchlich, wenn für den Verkäufer ein Vertrauenstatbestand geschaffen worden ist oder andere besondere Umstände die Rechtsausübung als treuwidrig erscheinen lassen. Maßgeblich sind die Absprachen der Vertragsparteien bezüglich der Verbindlichkeit der Einräumung einer zweiten Nachbesserungsmöglichkeit und die Gründe aus denen der Käufer seine Entscheidung revidiert hat. Selbst wenn im Vertrauen auf das zweite Nachbesserungsverlangen keine Dispositionen getroffen worden sind, kann die Abkehr von diesem Verlangen aus sonstigen Gründen treuwidrig sein. Die Treuwidrigkeit kann aber nicht darauf gestützt werden, dass das Versagen eines zweiten</p>	<p>BGH, Urteil vom 11.02.2009 (Az. VIII ZR 274/09)</p>
--	--

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**, die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**, die ab 2022 abgeschlossen wurden

Nachbesserungsschritts als Vereitelung der Nachbesserung gewertet wird, weil bei <b>aufwendigen Lackierungsarbeiten</b> u.U. mehrere Versuche erforderlich sind, um ein optimales Ergebnis zu erzielen.	
Es verstößt gegen Treu und Glauben, wenn der Käufer dem Verkäufer nach Fristablauf „freiwillig“ eine <b>Nachbesserungsmöglichkeit einräumt</b> und sich dann, unabhängig vom Ausgang der Nachbesserungsarbeiten, auf den erfolglosen Fristablauf und auf das damit entstandene Rücktrittsrecht beruft.	OLG Frankfurt/M., Urteil vom 14.11.2019 (Az. 16 U 42/19)

## 7.2 Entbehrlichkeit der Fristsetzung

Sowohl für den Rücktritt vom Kaufvertrag als auch für Schadensersatzansprüche statt der Leistung enthält das Gesetz **nahezu inhaltsgleiche Regelungen zur Entbehrlichkeit einer Fristsetzung**, weshalb die nachfolgenden Ausführungen gleichermaßen auch für Schadensersatzansprüche gelten. Für den Rücktritt vom Kaufvertrag sind die Fälle, in denen eine Fristsetzung entbehrlich ist, in den §§ 323 Abs. 2 und 440 BGB geregelt; für Schadensersatzansprüche sind die §§ 281 Abs. 2 und 440 BGB maßgeblich.

Auf **Verbraucherkaufverträge, die seit Beginn des Jahres 2022 abgeschlossen worden sind**, sind die Regelungen zur Entbehrlichkeit der Nachfristsetzung nicht anzuwenden (§ 475d BGB), weil Verbraucher seither nicht mehr zur Nachfristsetzung verpflichtet sind (vgl. hierzu Ziffer 7.1.1).

### 7.2.1 Anforderungen an den Vortrag des Käufers / Darlegungslast

Zu der Frage, was der Käufer vortragen muss, damit sein **Vortrag zur Entbehrlichkeit der Fristsetzung substantiiert** ist und die Gerichte etwaigen **Beweisangeboten des Käufers nachgehen** und den **Vortrag im Rahmen der Entscheidungsfindung würdigen** müssen, hat der BGH zwischenzeitlich mehrfach Stellung genommen.

Hat der Käufer keine sichere Kenntnis von entscheidungserheblichen Tatsachen, darf er von ihm <b>vermutete Tatsachen</b> behaupten, sofern die Behauptung nicht willkürlich erfolgt. Eine Behauptung ist nur dann wegen Willkürlichkeit unbeachtlich, wenn sie ohne jegliche tatsächliche Anhaltspunkte für das Vorliegen eines bestimmten Sachverhalts „ins Blaue hinein“ aufgestellt wird.  <b><u>hier:</u> VW-Abgasskandal – Substanziierter Tatsachenvortrag zu Folgeschäden durch Aufspielen des Software-Updates</b>	BGH, Beschluss vom 13.12.2022 (Az. VIII ZR 298/21)
--	--

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<p>Die vom KBA erfolgte Freigabe des Software-Updates mit der (nicht begründeten) Verneinung negativer Auswirkungen, führt zu keiner Erhöhung der Substantiierungsanforderungen. Daher sind der <b>Hinweis auf eine fachliche Publikation</b> und der <b>Verweis auf die Feststellungen der Vorinstanz</b> ausreichend.</p> <p>Die <b>Behauptung des Verbleibs eines merkantilen Minderwertes aufgrund der Betroffenheit des Fahrzeugs vom Abgasskandal</b>, ist (jedenfalls derzeit) ausreichend, so dass der Käufer keine konkreten Anhaltspunkte für eine Preissenkung vortragen muss.</p>	
<p>Der Käufer genügt der ihm obliegenden Darlegungs- und Beweislast für die <b>Erfolglosigkeit der Nachbesserung</b>, wenn er darlegt bzw. den Beweis führt, dass das von ihm gerügte Mangelsymptom auch nach den Nachbesserungsversuchen weiterhin auftritt. Darauf, ob der Sachmangel <b>möglicherweise auf eine neue Mangelursache</b> zurückgeführt werden kann, kommt es nicht an, wenn diese Mangelursache allein im Fahrzeug zu suchen ist und nicht auf einer unsachgemäßen Behandlung seitens des Käufers oder eines Dritten beruhen kann.</p> <p>Der <b>Vortrag des Käufers zur Bedeutung und zu den Auswirkungen der Störung für die Benutzbarkeit des Fahrzeugs</b> ist bei der Beurteilung der <b>(Un-)Zumutbarkeit eines Nacherfüllungsverlangens</b> von entscheidender Bedeutung und daher gerichtlicherseits zu würdigen.</p>	<p>BGH, Beschluss vom 06.09.2022 (Az. VIII ZR 352/21)</p>
<p><b>VW-Abgasskandal – Vortrag zur Entbehrlichkeit der Fristsetzung wegen Unzumutbarkeit des Aufspiels des vom KBA freigegebenen Software-Updates</b></p> <p>Trägt der Käufer mittels <b>Beschreibung von ihm wahrgenommener Umstände</b> unter Beweisangebot vor, dass das von der VW AG entwickelte Software-Update nicht dazu führe, dass die vorgeschriebenen Abgaswerte eingehalten werden, weil das Fahrzeug außerdem mit einer unzulässigen Abschaltvorrichtung in Form eines <b>Thermofensters</b> versehen sei, ist dies durch Einholung eines gerichtlich bestellten Sachverständigengutachtens zu klären.</p> <p>Behauptet der Käufer unter Angabe konkreter Tatsachen und unter Beweisangebot, dass das Fahrzeug trotz Aufspiels eines</p>	<p>BGH, Beschluss vom 05.10.2022 (Az. VIII ZR 88/21)</p>

Software-Updates **wegen der Betroffenheit vom VW-Abgasskandal einen merkantilen Minderwert und damit weiterhin einen Sachmangel aufweist**, ist hierzu der angebotene Beweis zu erheben. Die Anforderungen an einen substantiierten und schlüssigen Sachvortrag dürfen nicht überspannt werden.

## 7.2.2 Entbehrlichkeit wegen ernsthafter und endgültiger Erfüllungsverweigerung

Verweigert der Verkäufer die Nacherfüllung ernsthaft und endgültig, ist eine Fristsetzung entbehrlich.

### 7.2.2.1 Allgemeines

Für eine „ernsthafte und endgültige Erfüllungsverweigerung“ die zur Entbehrlichkeit der Nachfristsetzung führt, müssen Umstände vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, dass der Verkäufer seinen Pflichten unter keinen Umständen nachkommen will, so dass es ausgeschlossen erscheint, dass er sich von einer Fristsetzung umstimmen lassen wird. Das <b>bloße Bestreiten des Mangels oder Klageanspruchs</b> reicht dafür ebenso wenig aus wie die (schriftliche) <b>Mitteilung „alle Mängel behoben“</b> .	BGH, Urteil vom 29.06.2011 (Az. VIII ZR 202/10)
Das <b>bloße Bestreiten des Mangels und der Verweis auf eine vom Käufer abgeschlossene Garantiever sicherung</b> stellen ohne das Hinzutreten weiterer (aussagekräftiger) Umstände noch keine ernsthafte und endgültige Erfüllungsverweigerung des Verkäufers dar.	LG Bielefeld, Urteil vom 24.11.2017 (Az. 3 O 63/17)
<u>Nachhaltiges</u> <b>Leugnen des Mangels</b> begründet eine „ernsthafte und endgültige Erfüllungsverweigerung“, die zur Entbehrlichkeit der Nachfristsetzung führt und zum sofortigen Rücktritt berechtigt.	OLG Saarbrücken, Urteil vom 22.02.2011 (Az. 4 U 557/09 - 160)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**, die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**, die ab 2022 abgeschlossen wurden

<p>Eine ernsthafte und endgültige Erfüllungsverweigerung liegt vor, wenn der Verkäufer eine <b>Haftung ablehnt und lediglich eine Zahlung oder Arbeiten aus Kulanz anbietet</b>.</p> <p>Sie liegt auch dann vor, wenn der Verkäufer die <b>Mängel trotz Bestätigung durch einen gerichtlich bestellten Sachverständigen</b> weiterhin <b>beharrlich bestreitet</b>. Dies kann nicht mehr als bloßes „prozesstaktisches Bestreiten“ gewertet werden.</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 22.08.2019 (Az. 3 U 44/18)</p> <p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 30.11.2018 (Az. I-22 U 52/18)</p>
<p>Die <b>Verweigerungserklärung</b> des Verkäufers kann in zeitlicher Hinsicht auch schon <b>vor dem Nacherfüllungsverlangen</b> des Käufers liegen, z.B. im Anschluss an die Mängelrüge. Wurde die Nacherfüllung ernsthaft und endgültig verweigert, kommt es daher nicht darauf an, ob ein etwaiges Nacherfüllungsverlangen ordnungsgemäß, z.B. im Hinblick auf den Ort der Nacherfüllung, war.</p>	<p>OLG Frankfurt, Beschluss vom 23.02.2016 (Az. 4 U 214/15)</p>
<p>Die <b>Verweigerungserklärung</b> des Verkäufers muss in zeitlicher Hinsicht <b>vor der Rücktrittserklärung</b> liegen. Ein <b>Bestreiten während des Rechtsstreits</b> genügt hierfür nicht.</p>	<p>LG Nürnberg-Fürth, Urteil vom 23.03.2017 (Az. 19 O 6678/16)</p>
<p>Aus Käufersicht muss die Weigerung des Verkäufers als dessen „letztes Wort“ aufzufassen sein. <b>Das zweimalige Nichteinhalten eines verbindlich zugesagten Termins</b> ist hierfür noch nicht ausreichend.</p> <p>Gleiches gilt, wenn der <b>Verkäufer sich weigert mit dem Käufer zu sprechen, und die Gespräche stattdessen über die bereits eingeschalteten Anwälte erfolgen sollen</b>.</p>	<p>LG Duisburg, Urteil vom 07.02.2007 (Az. 11 S 148/06)</p>
<p>Von einer Entbehrlichkeit der Fristsetzung ist auch dann auszugehen, wenn der Verkäufer die <b>Nacherfüllung erstmals während des Prozesses ernsthaft und endgültig verweigert</b>. Davon ist bei <b>Erhebung der Verjährungseinrede</b> auszugehen.</p>	<p>LG Bonn, Urteil vom 21.10.2011 (Az. 10 O 330/10)</p>
<p>Das bloße <b>Schweigen</b> des Verkäufers allein genügt den hohen Anforderungen an eine Erfüllungsverweigerung noch nicht.</p>	<p>AG Berlin-Wedding, Urteil vom 27.08.2014 (Az. 19a C 359/14)</p>

Allein der Umstand, dass der Verkäufer zunächst eine <b>nicht dauerhafte Nachbesserung</b> versuchen möchte, belegt noch keine endgültige Erfüllungsverweigerung ( <i>hier</i> : Abdichtung eines Scheinwerferglasrisses mit Silikon).	AG Obernburg, Urteil vom 12.02.2015 (Az. 1 C 363/14)
Verweigert der Verkäufer die <b>vom Käufer geforderte Zusage, dass das Fahrzeug auf Kosten des Verkäufers in einer anderen Werkstatt repariert werden darf</b> , begründet dies allein noch keine endgültige Erfüllungsverweigerung des Verkäufers.	AG Köpenick, Urteil vom 14.08.2014 (Az. 9 C 6/14)

### 7.2.2.2 VW-Abgasskandal

<p>Der Verkäufer verweigert die (erneute) Nacherfüllung ernsthaft und endgültig, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ er das <b>Vorliegen eines Sachmangels</b> sowohl vor als auch nach dem Software-Update <b>bestritten</b> hatte,</li> <li>■ dem Käufer das <b>Software-Update</b> zu keinem Zeitpunkt als Nachbesserung, sondern <b>lediglich als freiwillige Maßnahme des Herstellers angeboten</b> hat, und</li> <li>■ der Verkäufer eine <b>weitere Nacherfüllungsmaßnahme</b> ohnehin <b>nicht ohne weiteres hätte vornehmen können</b>.</li> </ul>	OLG Köln, Beschluss vom 29.10.2018 (Az. 18 U 134/17)
Lässt der Verkäufer seine <b>Bereitschaft</b> erkennen, das vorgesehene <b>Software-Update durchführen zu wollen, sobald es zur Verfügung steht</b> , ist darin keine endgültige und ernsthafte Verweigerung der Nachbesserung zu erkennen.	OLG Nürnberg, Urteil vom 24.04.2018 (Az. 6 U 409/17)

### 7.2.2.3 Sonstige Fallgestaltungen

<b>Tritt der Händler während des Laufs einer von ihm gesetzten Nachfrist zur Abholung des Fahrzeugs (unberechtigterweise) vom Kaufvertrag zurück</b> , zeigt er damit, dass er an der Aufforderung des Käufers zur Abholung nicht mehr festhält und auch zur eigenen Mitwirkung nicht mehr bereit ist. Der Rücktritt des Käufers ist dann ohne Nachfristsetzung zur Auslieferung und Übereignung des Fahrzeugs möglich.	BGH, Urteil vom 14.10.2020 (Az. VIII ZR 318/19)
---	---

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Streiten die Parteien darüber, ob ein bestimmtes, tatsächlich nicht vorhandenes <b>Ausstattungsmerkmal in einer Internet-Anzeige</b> aufgeführt war, verweigert der Verkäufer die Nacherfüllung ernsthaft und endgültig, wenn er dessen Vorhandensein zu Unrecht verneint.	OLG Hamm, Urteil vom 21.07.2016 (Az. 28 U 2/16)
Zeigt sich der vom Käufer behauptete, <b>sporadisch auftretende Mangel an einem sicherheitsrelevanten Fahrzeugteil</b> in der Werkstatt des Verkäufers nicht, kann dessen Weigerung, das Fahrzeug zu untersuchen, verbunden mit dem Hinweis an den Käufer, erneut vorstellig zu werden, wenn sich der behauptete Mangel zeigt, bereits als ernsthafte und endgültige Nacherfüllungsverweigerung des Verkäufers gewertet werden.	OLG Schleswig, Urteil vom 02.10.2015 (Az. 17 U 43/15)

## 7.2.3 Entbehrlichkeit wegen Unmöglichkeit der Mangelbeseitigung

Ist eine Mangelbeseitigung unmöglich, bedarf es auch keiner Nachfristsetzung.

### 7.2.3.1 Allgemeines

Im Falle der Unmöglichkeit ist eine Fristsetzung gem. § 326 Abs. 5 BGB nur dann entbehrlich, <b>wenn beide Arten der Nacherfüllung (Nachbesserung und Ersatzlieferung) unmöglich</b> sind.	BGH, Urteil vom 11.12.2019 (Az. VIII ZR 361/18)
<p>Eine Nachfristsetzung ist wegen <b>objektiver Unmöglichkeit einer vollständigen Mangelbeseitigung</b> nach § 275 Abs. 1 BGB entbehrlich, wenn sich der Mangel als unbehebbar erweist. Das ist etwa dann der Fall, wenn die Kaufsache selbst bei vollständiger Schadensbeseitigung möglicherweise eine Wertminderung aufweist.</p> <p>Eine Nachfristsetzung ist wegen <b>wirtschaftlicher Unmöglichkeit</b> nach § 275 Abs. 2 BGB entbehrlich, wenn ein grobes Missverhältnis zwischen den veranschlagten Nachbesserungskosten und dem Zeitwert der Kaufsache besteht <u>und</u> der Verkäufer sich außerdem auf dieses Leistungsverweigerungsrecht beruft.</p>	BGH, Urteil vom 19.12.2012 (Az. VIII ZR 96/12)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden



<p><b>Verkauf eines fabrikneuen Wohnmobils</b></p> <p><u>Vor</u> Übergabe des Wohnmobils ist eine Fristsetzung <u>nicht</u> entbehrlich, auch wenn dem Fahrzeug ein Merkmal der Fabrikneuheit fehlt. Ohne besondere Vereinbarungen handelt es sich beim Kauf eines Neufahrzeugs generell um eine Gattungsschuld, aufgrund derer der Verkäufer eine Beschaffungspflicht übernimmt. Liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, dass sich die Leistungspflicht auf ein ganz bestimmtes Neufahrzeug beschränkt, ist daher nicht von einem „unbehebbarer“ Mangel auszugehen. Die Gattungsschuld wird auch nicht dadurch zur Stückschuld, dass der Verkäufer dem Käufer ein (nicht vertragsgemäßes) Fahrzeug anbietet.</p>	<p>BGH, Urteil vom 17.10.2018 (Az. VIII ZR 212/17)</p>
<p>Wurde ein Fahrzeug als unfallfrei verkauft, obwohl es bereits einen (reparierten) Unfallschaden erlitten hatte, ist eine Nachbesserung entbehrlich, weil die Wiederherstellung der <b>Unfallfreiheit</b> nicht möglich ist.</p>	<p>LG Coburg, Urteil vom 06.02.2014 (Az. 41 O 555/13)</p>

### 7.2.3.2 VW-Abgasskandal

In einigen vom VW-Abgasskandal betroffenen Fällen musste sich die Rechtsprechung mit der von Käufern vertretenen Rechtsansicht, dass eine **Nachbesserung durch das Aufspielen des von der VW AG entwickelten Software-Updates** „unmöglich“ und eine Fristsetzung deshalb entbehrlich war, auseinandersetzen (zu den Anforderungen an den hierfür erforderlichen Tatsachenvortrag vgl. Ziffer 7.2.1).

<p>Eine <b>Nachbesserung</b> ist durch die Vornahme eines Software-Updates <b>objektiv</b> – ohne Zurückbleiben anderer Mängel – <b>möglich</b>.</p>	<p>OLG Koblenz, Beschluss vom 27.09.2017 (Az. 2 U 4/17)</p>
<p>Durch die <b>Freigabe des KBA</b> steht öffentlich-rechtlich fest, dass der in der unzulässigen Abschalteneinrichtung liegende Mangel durch die vorgesehenen technischen Maßnahmen behoben wird und dadurch keine negativen Auswirkungen für die ursprünglich vom Hersteller angegebenen Werte zu Verbrauch, CO<sub>2</sub>-Emissionen oder Motorleistung entstehen. Die Gefahr des Entzugs der Allgemeinen Betriebserlaubnis wird gebannt, wenn und soweit das Software-Update aufgespielt wird.</p> <p>Der Käufer trägt die <b>Beweislast</b> für eine gegenteilige Behauptung.</p>	<p>OLG Frankfurt, Urteil vom 31.08.2018 (Az. 25 U 17/18)</p> <p>LG Dortmund, Urteil vom 11.10.2017 (Az. 3 O 101/17)</p>

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

<p>Beruft sich der Käufer auf eine Unmöglichkeit der Nacherfüllung, trägt er die <b>Beweislast</b> für die Unbehebbarkeit des Mangels. Maßgeblicher Beurteilungszeitpunkt ist der Schluss der mündlichen Verhandlung.</p> <p><b>Bloße Vermutungen</b>, ohne Darlegung konkreter Anhaltspunkte, sind als Behauptungen ins Blaue hinein nicht ausreichend.</p> <p>Wird in der <b>Freigabe des KBA</b> bestätigt, dass keine negativen Auswirkungen von den angebotenen Nachbesserungsmaßnahmen auf den Kraftstoffverbrauch, das Leistungsverhalten und auch die Geräuschmissionen festzustellen sind, ist von einem behebbaren Mangel auszugehen.</p> <p>Der Umstand, dass der Verkäufer dem Käufer noch <b>keinen konkreten Nachbesserungstermin benennen</b> konnte, ist nicht als vorübergehende Unmöglichkeit zu werten, die einer dauerhaften Unmöglichkeit gleichzustellen wäre.</p>	<p>OLG Nürnberg, Urteil vom 24.04.2018 (Az. 6 U 409/17)</p>
--	---

## 7.2.4 Entbehrlichkeit wegen Unzumutbarkeit für den Käufer

Außerdem ist eine Fristsetzung in den Fällen entbehrlich, in denen eine Nacherfüllung zwar möglich, dem Käufer aber aufgrund besonderer Umstände ausnahmsweise unzumutbar ist. Streitentscheidend ist im Einzelfall dann die Frage, ob die **Zumutbarkeitsgrenze** überschritten worden ist oder nicht.

### 7.2.4.1 Allgemeines

<p>Unterlässt der Verkäufer bei einem nur <b>sporadisch auftretenden, aber sicherheitsrelevanten Mangel</b> eine aufwendige Untersuchung des Fahrzeugs und verweist er den Käufer darauf, das Fahrzeug bei erneutem Auftreten der Mangelsymptome wieder vorzuführen, kann dem Käufer ein Abwarten auf ein erneutes Auftreten wegen der Sicherheitsrelevanz des Mangels nicht zugemutet werden, so dass er auch ohne Nachfristsetzung vom Kaufvertrag zurücktreten kann (<i>hier: „Vorführeffekt“</i> bei sporadischem Hängenbleiben des Kupplungspedals).</p>	<p>BGH, Urteil vom 26.10.2016 (Az. VIII ZR 240/15)</p>
---	--

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<p>Einer Nachfristsetzung bedarf es dann nicht, wenn es an der <b>Zuverlässigkeit des Verkäufers</b> mangelt oder der Verkäufer bereits bei Übergabe einen <b>erheblichen Mangel an fachlicher Kompetenz</b> hat erkennen lassen und das <b>Vertrauensverhältnis</b> zwischen den Parteien <b>nachhaltig gestört</b> ist.</p>	<p>BGH, Urteil vom 13.07.2016 (Az. VIII ZR 49/15)</p> <p>LG Nürnberg-Fürth, Urteil vom 23.03.2017 (Az. 19 O 6678/16)</p>
<p>Einer Fristsetzung bedarf es nicht, wenn der Verkäufer den Käufer über einen Mangel <b>arglistig getäuscht</b> hat. Grund hierfür ist der mit der Täuschungshandlung einhergehende Vertrauensverlust.</p> <p>Das gilt auch dann, wenn der Verkäufer einen <b>Dritten mit der Nachbesserung beauftragt</b>.</p>	<p>BGH, Urteil vom 09.01.2008 (Az. VIII ZR 210/06)</p>
<p>Der Verkäufer handelt nicht arglistig, wenn er dem Käufer bei der Auslieferung des Fahrzeugs einen <b>Transportschaden</b> vorenthält, der <b>nach Abschluss des Kaufvertrages, aber noch vor der Auslieferung entstanden</b> ist, wenn nach Vertragsschluss kein kommunikativer Austausch mehr stattgefunden hat.</p> <p>Selbst ein arglistiges Verhalten schließt das Erfordernis der Nachfristsetzung dann nicht aus, wenn der <b>Käufer</b> dem Verkäufer <b>nach Entdeckung des verschwiegenen Mangels eine Frist zur Nachbesserung gesetzt</b> hat und damit sein Vertrauen in eine ordnungsgemäße Nacherfüllung seitens des Verkäufers zum Ausdruck gebracht hat.</p>	<p>OLG Schleswig-Holstein, Urteil vom 20.10.2020 (Az. 7 U 251/19)</p>
<p>Die Nacherfüllung ist u.a. dann unzumutbar, wenn objektive Gründe die Annahme rechtfertigen, dass das <b>Fahrzeug auch anschließend nicht mangelfrei</b> sein wird.</p> <p>Die <b>Bagatellisierung des Mangels</b> und das <b>Fehlen konkreter Angaben zur weiteren Vorgehensweise</b> seitens des Verkäufers allein begründen noch <u>keine</u> Unzumutbarkeit für den Käufer.</p>	<p>OLG Hamm, Urteil vom 09.12.2010 (Az. I-28 U 103/10)</p>

<p>Bei der Beurteilung der Frage, ob eine Nachbesserung unzumutbar ist, kommt es allein auf die <b>Perspektive des Käufers bei Ausübung des Rücktrittsrechts</b> an.</p> <p>Erhält der Käufer sowohl von einer anderen vom Hersteller autorisierten Drittwerkstatt als auch vom Hersteller selbst die <b>Information, dass eine Nacherfüllung nicht möglich ist</b>, darf er auf diese Aussagen vertrauen und es ist ihm nicht zuzumuten, den Verkäufer eine Nacherfüllung versuchen zu lassen. Das gilt auch dann, wenn der Hersteller später eine Freigabe zur Nacherfüllung erteilt (<i>hier</i>: Einbau eines höhenverstellbaren Fahrersitzes).</p>	<p>LG Köln, Urteil vom 05.12.2018 (Az. 18 O 415/17)</p>
---	---

#### 7.2.4.2 „Montagsauto“

Treten bei einem Fahrzeug **immer wieder neue, in der Regel behebbare Mängel** in Erscheinung, stellt sich die Frage, ab wann es dem Käufer nicht mehr zuzumuten ist, dem Verkäufer immer wieder – mit oder ohne Fristsetzung – Gelegenheit zur Beseitigung der aufgetretenen Mängel einzuräumen. Ist die Grenze der Zumutbarkeit überschritten, geht die Rechtsprechung von einem sog. „Montagsauto“ (zum Teil auch als „Zitronenauto“ bezeichnet) aus. In diesem Falle darf der Käufer bei Auftreten eines neuen Mangels auch ohne vorherige Fristsetzung vom Kaufvertrag zurücktreten.

<p>Die Beantwortung der <b>Frage, ob ein sog. „Montagsauto“ vorliegt</b>, bei dem von einer generellen Fehlergeneigtheit auszugehen ist, die dazu führt, dass dem Käufer eine weitere Nachfristsetzung nicht mehr zumutbar ist, unterliegt der wertenden Betrachtung durch den Tatrichter.</p>	<p>BGH, Urteil vom 23.01.2013 (Az. VIII ZR 140/12)</p>
<p>Ob ein Neuwagen als „Montagsauto“ zu werten ist, <b>hängt nicht von einer bestimmten Anzahl von Fehlern oder Werkstattaufenthalten ab</b>.</p> <p>Insbesondere der Umstand, dass es sich bei den aufgetretenen Mängeln um <b>Bagatellen</b> handelt, die überwiegend nach dem ersten Nachbesserungsversuch beseitigt werden konnten, kann der Annahme eines „Montagsautos“ entgegenstehen.</p>	<p>OLG Oldenburg, Urteil vom 04.04.2012 (Az. 3 U 100/11)</p> <p><i>[Revision hatte keinen Erfolg (s.o.)]</i></p>

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

Ein „ <b>Montagsauto</b> “ setzt einen Zustand der Gesamtmangelhaftigkeit voraus, nach dem zu erwarten ist, dass der Neuwagen nie über längere Zeit mangelfrei sein wird. Erforderlich ist eine Vielzahl herstellerbedingter Defekte. Auf eine bestimmte Anzahl von Fehlern oder Werkstattaufenthalten etc. kommt es nicht an.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 23.03.2011 (Az. I-3 U 47/10)
Ein Rücktritt nach den von der Rechtsprechung zu sog. „Montagsautos“ entwickelten Grundsätzen setzt voraus, dass das Fahrzeug <b>zum Zeitpunkt des Rücktritts</b> einen <b>konkreten Sachmangel</b> aufweist. Fehlt es daran, kann der Rücktritt nicht allein darauf gestützt werden, dass das Fahrzeug wegen einer Vielzahl in der Vergangenheit reklamierter – zwischenzeitlich beseitigter – Mängel auch weiterhin fehleranfällig ist. Das gilt auch dann, wenn der Käufer wegen eines früheren in Erscheinung getretenen Mangels nach den Grundsätzen zum „Montagsauto“ ohne Fristsetzung hätte zurücktreten können, dies aber nicht getan hat.	KG Berlin, Beschluss vom 19.07.2012 (Az. 23 U 79/12)
Zu den <b>Anforderungen</b> an ein sog. „Montagsauto“	OLG Rostock, Urteil vom 08.04.2008 (Az. 1 U 65/08)  OLG Saarbrücken, Urteil vom 27.08.2014 (Az. 2 U 150/13)
Die Zumutbarkeitsgrenze kann selbst bei <b>10 Nachbesserungsversuchen bezüglich mehrerer offener und verdeckter leichter Mängel</b> noch nicht überschritten sein.	OLG Hamm, Urteil vom 26.02.2008 (Az. 28 U 135/07)
Die Zumutbarkeitsgrenze kann bei <b>9 unterschiedlichen, jeweils behebbaren Mängeln</b> überschritten sein.	KG Berlin, Urteil vom 27.07.2009 (Az. 12 U 35/08)
<b>5 Mängel</b> reichen zur Annahme der erforderlichen Fehlerhäufung nicht aus.	OLG Hamm, Urteil vom 22.12.2011 (Az. I-2 U 112/11)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

### 7.2.4.3 VW-Abgasskandal

Eine Nachfristsetzung ist entbehrlich, wenn die **Vertrauensgrundlage zwischen einem Käufer und einem Verkäufer gestört** ist.

Dies kann auch darauf beruhen, dass der (insofern **arglistig handelnde**) **Hersteller des Fahrzeugs** dieses mit einer unzulässigen Abschalteinrichtung in den Verkehr gebracht hat und der Verkäufer dem Käufer allein eine Nachbesserung in Form eines von diesem Hersteller entwickelten Software-Updates anbietet.

Ob die Vertrauensgrundlage aber tatsächlich gestört ist, hängt von den konkreten Umständen des Einzelfalls ab. Eine generalisierende Beurteilung verbietet sich! Entscheidend ist, ob die Gefahr weiterer Täuschungsversuche des Herstellers besteht (*Hinweis*: Das scheint nach Ansicht des BGH aber eher unwahrscheinlich zu sein.).

Eine Nachfristsetzung ist auch dann entbehrlich, wenn die Nachbesserung für den Käufer **unzumutbar** ist. Das wäre dann der Fall, **wenn das allein angebotene Software-Update nachweislich zu anderen Mängeln führen würde**. Hierfür ist der **Käufer darlegungs- und beweispflichtig**.

Die Unzumutbarkeit kann aber nicht auf die Annahme gestützt werden, das angeblich nach der allgemeinen Lebenserfahrung eine tatsächliche **Vermutung** dafür spricht, **dass das Aufspielen des Software-Updates zu anderen Mängeln führt**.

Der Verkäufer ist nicht verpflichtet, **Einzelheiten zu der Motorsteuerungssoftware sowie deren Wirkungsweise** vorzutragen.

Selbst wenn die Nacherfüllung für den Käufer im Einzelfall unzumutbar war, überwiegt das Interesse des Verkäufers an der Vornahme von Nachbesserungsmaßnahmen in der Regel dann, wenn dem **Verkäufer das Vorhandensein der unzulässigen Abschalteinrichtung vor oder bei Vertragsschluss nicht bekannt** war und er daher nicht die Möglichkeit hatte, den Mangel frühzeitig zu beseitigen.

Der **bloße Verdacht, dass das Software-Update zu anderen Nachteilen beim Betrieb des Fahrzeugs führen könnte**, reicht nicht aus, um das Interesse des Verkäufers an einer Nachbesserung

BGH, Urteil vom 29.09.2021 (Az. VIII ZR 111/20)

Gilt allgemein

Gilt **nur für Verbraucherkaufverträge, die ab 2022 abgeschlossen wurden**

Gilt **nicht** für Verbraucherkaufverträge, die ab 2022 abgeschlossen wurden

gegenüber dem Interesse des Käufers an einem sofortigen Rücktritt vom Kaufvertrag zurücktreten zu lassen.	
<p>Bei der Beurteilung der Frage, ob die Vertrauensgrundlage zwischen Käufer und Verkäufer gestört ist, weil die <b>Nacherfüllung einzig mittels eines vom (ursprünglich arglistig handelnden) Hersteller entwickelten Software-Updates</b> erfolgen soll, kommt es darauf an, ob <u>zum Zeitpunkt des Rücktritts</u> noch die Gefahr erneuter Täuschungshandlungen seitens der VW AG bestand. Bei der Beurteilung ist ggf. die Ad-hoc-Mitteilung der VW AG vom 22.09.2015 zu berücksichtigen.</p> <p>Das Setzen einer Nachfrist ist für den Käufer gem. § 440 Satz 1 Alt. 3 BGB <b>unzumutbar, wenn zum Zeitpunkt des Rücktritts offen ist, wann eine Softwarelösung</b> zur Beseitigung der unzulässigen Abschalteneinrichtung für das Fahrzeug des Käufers <b>zur Verfügung stehen wird</b>. Die <b>vage Ankündigung eines mehrere Monate in der Zukunft liegenden Zeitpunkts</b> genügt nicht.</p>	BGH, Urteil vom 09.11.2022 (Az. VIII ZR 272/20)
Eine Nachbesserung ist dem Käufer nicht wegen einer <b>etwaigen arglistigen Täuschung des Herstellers</b> unzumutbar. Der Händler muss sich eine etwaige Täuschungshandlung des Herstellers nicht zurechnen lassen.	OLG Koblenz, Beschluss vom 27.09.2017 (Az. 2 U 4/17)
Sofern eine Nachbesserung objektiv – ohne Zurückbleiben einer technischen und/oder merkantilen Wertminderung – möglich ist, ist eine Nachbesserung <b>trotz längeren Zuwartens</b> weder unzumutbar noch wegen arglistiger Täuschung der VW AG entbehrlich. Der Händler muss sich eine <b>etwaige Täuschungshandlung von VW</b> nicht zurechnen lassen.	OLG Celle, PKH-Beschluss vom 30.06.2016 (Az. 7 W 26/16)
Die Nachfristsetzung ist dem Käufer nicht unzumutbar, weil der Händler über ein <b>vom Kraftfahrtbundesamt gebilligtes taugliches Software-Update</b> verfügt, das den Mangel beseitigt. Die pauschale Behauptung des Käufers, dass sein Fahrzeug nach einer Nachrüstung immer noch mangelhaft wäre oder einen anderen Mangel hätte, weil Verbrauchswerte steigen und Leistungswerte sinken würden, genügt nicht für eine Darlegung der Unzumutbarkeit der Nachbesserung. Der Käufer müsste vielmehr konkrete Anknüpfungstatsachen dazu darlegen, welche Verbrauchs- bzw.	OLG München, Urteil vom 03.07.2017 (Az. 21 U 4818/16)

Leistungswerte eingehalten werden müssten und wie sich diese bei einer Nachrüstung nachteilig verändern würden.	
<p>Die Unzumutbarkeit der Nachbesserung stellt einen Ausnahmetatbestand dar und kann nicht mit <b>vagen Vermutungen</b> begründet werden. Die Befürchtung, eine <u>erste</u> Nachbesserung werde scheitern und zu anderweitigen Mängeln führen, genügt nicht, weil eine Nachbesserung nach der gesetzlichen Regelung erst nach dem <u>zweiten</u> erfolglosen Versuch als fehlgeschlagen gilt.</p> <p>Ein <b>Vertrauensmangel</b> muss sich auf den Verkäufer, nicht auf den Hersteller beziehen. Warum einem fachlich geeigneten Verkäufer, dem ein behördlich geprüftes und genehmigtes Software-Update zur Verfügung gestellt wird, nicht vertraut werden kann, in max. 2 Versuchen das Software-Update zur Behebung der Motorsteuerungsproblematik aufzuspielen, ist nicht ersichtlich.</p>	OLG Frankfurt, Urteil vom 31.08.2018 (Az. 25 U 17/18)
<p>Eine Fristsetzung ist für den Käufer <u>nicht</u> wegen Unzumutbarkeit entbehrlich, weil dem Verkäufer eine <b>etwaige arglistige Täuschung des Herstellers</b> nicht zugerechnet werden kann.</p> <p>Eine Unzumutbarkeit kann auch <u>nicht</u> mit einem <b>Vertrauensverlust gegenüber dem Hersteller</b> begründet werden, wenn zum Zeitpunkt der Rücktrittserklärung bereits bekannt war, dass die Entwicklung der vorgesehenen Nachbesserungsmaßnahmen unter behördlicher Aufsicht erfolgt.</p> <p>Gleiches gilt für die <b>Befürchtung, das Fahrzeug werde trotz Nacherfüllung nicht mangelfrei sein</b>, weil der Käufer nach § 326 Abs. 5 BGB für einen sofortigen Rücktritt wegen der Unbehebbarkeit des Mangels den Nachweis der Unmöglichkeit der Nacherfüllung führen muss. Hierfür bedarf es – zum Zeitpunkt des Rücktritts – konkreter Anhaltspunkte dafür, dass die Mangelbeseitigung nicht gelingen und/oder zu neuen Sachmängeln des Fahrzeugs führen wird. Pauschale Behauptungen genügen ebenso wenig wie der Hinweis auf Unwägbarkeiten oder nicht geklärte Langzeitfolgen.</p>	OLG Nürnberg, Urteil vom 24.04.2018 (Az. 6 U 409/17)



Der Käufer war zum sofortigen Rücktritt berechtigt, weil ihm in Anbetracht der <b>gravierenden Pflichtverletzung des Herstellers</b> und des damit einhergehenden <b>Vertrauensverlustes</b> nicht zugemutet werden konnte, sich mit einer Nachbesserung unbekannten Inhalts in einem unsicheren zeitlichen Rahmen abzufinden.	OLG Köln, Beschluss vom 29.10.2018 (Az. 18 U 134/17)
Dem Käufer war eine Nachfristsetzung nicht zuzumuten, da ihm eine Nachbesserung infolge des <b>zerstörten Vertrauensverhältnisses zu dem einzigen zur Nachbesserung fähigen Hersteller des Motors, der VW AG</b> , unzumutbar war.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 17.10.2019 (Az. 13 U 106/18)

#### 7.2.4.4 Sonstige Fallgestaltungen

Wird ein Gebrauchtwagen mit dem Hinweis „ <b>TÜV neu</b> “ verkauft und weist er <b>Sicherheitsmängel</b> auf, obwohl es am Verkaufstag eine TÜV-Plakette erhalten hat, bedarf es einer Nachfristsetzung nicht, weil der Käufer dadurch jegliches Vertrauen in die Zuverlässigkeit und Fachkompetenz des Gebrauchtwagenhändlers verloren hat.	BGH, Urteil vom 15.04.2015 (Az. VIII ZR 80/14)
Bei einem <b>vollständig behebbaren Unfallschaden, bei dem kein merkantiler Minderwert verbleibt</b> , ist ein Rücktritt ohne Nachfristsetzung i.d.R. ausgeschlossen.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 22.12.2010 (Az. I-18 U 103/10)
Eine Fristsetzung ist entbehrlich, wenn das verkaufte Fahrzeug noch <b>vor Übergabe</b> an den Käufer einen <b>nicht behebbaren Vandalismusschaden</b> erleidet ( <i>hier</i> : Zerstörung der Originallackierung). Im Falle eines erheblichen Mangels ist ein Rücktritt dann auch ohne Übergabe zulässig.	OLG München, Urteil vom 13.06.2007 (Az. 20 U 5646/06)
Erwirbt der Käufer <b>gebrauchte Reifen</b> , von denen einer mangelhaft ist, führt der Weiterverkauf des Kfz zwar u.U. zum Wegfall des Interesses des Käufers an der Lieferung mangelfreier Reifen, die Nachlieferung bleibt für den Käufer aber trotzdem zumutbar, wenn der Weiterverkauf des Kfz nicht Gegenstand der Verkaufsgespräche über die Reifen war (Fristsetzung erforderlich).	AG München, Urteil vom 12.01.2012 (Az. 222 C 7196/11)

Gilt allgemein

Gilt **nur für Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für Verbraucherkaufverträge,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

## 7.2.5 Fehlschlagen der Nacherfüllung / 2-Versuche-Regelung

Einer **Fristsetzung** bedarf es auch dann **nicht**, wenn die dem Käufer zustehende Art der Nacherfüllung (Ersatzlieferung oder Nachbesserung) „**fehlgeschlagen**“ ist (§ 440 Satz 1 BGB). Dabei gilt eine **Nachbesserung** nach der sog. **2-Versuche-Regelung des § 440 Satz 2 BGB** erst dann als fehlgeschlagen, wenn zwei Nachbesserungsversuche erfolglos geblieben sind, es sei denn, aus der Art der Sache, der Art des Mangels oder den sonstigen Umständen ergibt sich ausnahmsweise etwas anderes.

Zu der **Frage, ob die 2-Versuche-Regelung auch dann gilt, wenn der Käufer dem Verkäufer eine Nachfrist gesetzt hatte**, vgl. Ziffer **7.1.5.1**.

Das Thema „**Montagsauto**“ wird separat unter Ziffer **7.2.4.2** behandelt.)

**Auf Verbraucherkaufverträge, die seit dem Jahr 2022 abgeschlossen worden sind, ist § 440 BGB nicht mehr anwendbar.**

### 7.2.5.1 Grundsätzliches zur 2-Versuche-Regelung

§ 440 BGB stellt eine Ausnahmeregelung dar, die nur für Fälle gilt, in denen der Käufer dem Verkäufer <b>keine Frist zur Nacherfüllung gesetzt</b> hat. Sie greift nicht in Fällen, in denen dem Verkäufer eine (angemessene) Frist gesetzt wurde.	BGH, Urteil vom 26.08.2020 (Az. VIII ZR 351/19)
Entscheidend ist, ob der Mangel in einem für den Käufer <b>angemessenen Zeitraum</b> behoben wird. Die „Richtgröße“ von 2 erfolglosen Nachbesserungsversuchen wurde vom Gesetzgeber allein zur „praktischen Erleichterung“ der Bestimmung dieses Zeitraums aufgenommen.	
Den Käufer trifft die <b>Beweislast für das Fehlschlagen des zweiten Nachbesserungsversuchs</b> bzw. für das Fortbestehen des Sachmangels, wenn er das Fahrzeug wieder entgegen genommen hat.	BGH, Urteil vom 11.02.2009 (Az. VIII ZR 274/09)
Eine Nacherfüllung gilt nach zwei erfolglosen Versuchen nur dann als fehlgeschlagen, wenn sie sich auf <b>ein und denselben Mangel</b> bezieht.	OLG Naumburg, Urteil vom 13.02.2008 (Az. 6 U 131/07)  OLG Saarbrücken, Urteil vom 29.05.2008 (Az. 8 U 494/07)
Entscheidend ist nicht die Anzahl der Werkstattaufenthalte oder wie oft dem Käufer Mietfahrzeuge überlassen worden sind, sondern <b>ob je Sachmangel 2 erfolglose Nachbesserungsversuche</b> stattgefunden haben. Hierfür trägt der Käufer die <b>Beweislast</b> .	OLG Koblenz, Beschluss vom 20.11.2017 (Az. 5 U 958/17)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

Auch bei <b>schwer feststellbaren Mängeln</b> besteht für den Käufer nach zwei fehlgeschlagenen Reparaturversuchen ein Rücktrittsrecht.	OLG Karlsruhe, Urteil vom 30.06.2004 (Az. 12 U 119/04)
Der NW-Verkäufer muss sich <b>erfolglose Nacherfüllungsarbeiten autorisierter Drittwerkstätten</b> zurechnen lassen.	OLG Düsseldorf, Beschluss vom 28.01.2008 (Az. I-1 U 151/07)
Die 2-Versuche-Regel stellt nur eine <b>allgemeine Richtschnur</b> dar. Abweichungen in beide Richtungen sind möglich. Bei <b>schwer behebbaren Mängeln</b> muss der Käufer u.U. auch mehr als 2 Nachbesserungsversuche abwarten.	LG Meiningen, Urteil vom 20.08.2010 (Az. 1 O 21/09)
Die <b>Ablehnung von Reparaturmaßnahmen</b> seitens des Verkäufers nach der Reklamation eines Mangels, ist bereits als <u>ein</u> Fehlversuch zu werten.	OLG Karlsruhe, Urteil vom 14.05.2009 (Az. 4 U 148/07)
Durch die <b>kostenlose Überlassung eines Ersatzfahrzeugs</b> ist es dem Käufer je nach den Umständen des Einzelfalls u.U. zuzumuten, mehr als zwei Nachbesserungsversuche zu akzeptieren.	OLG Bamberg, Urteil vom 10.04.2006 (Az. 4 U 295/05)
Ein Nachbesserungsversuch ist erst dann erfolglos, wenn die Erwartung des Käufers in dessen Erfolg enttäuscht worden ist. Nimmt der Verkäufer noch <b>vor Abholung des Fahrzeugs</b> durch den Käufer von sich aus erfolglos <b>ergänzende Reparaturmaßnahmen</b> vor und ist die Reparaturdauer insgesamt noch angemessen, liegt nur <u>ein</u> erfolgloser Versuch vor.  Es gibt keinen allgemeinen Grundsatz, wonach dem Verkäufer eines <b>hochwertigen (Neu-)Fahrzeugs</b> nur ein Nachbesserungsversuch einzuräumen ist.	OLG Hamm, Urteil vom 09.12.2010 (Az. I-28 U 103/10)
<b>Beendet der Käufer die Nachbesserungsmaßnahme vorzeitig eigenmächtig</b> , indem er sein Fahrzeug abholt, liegt <u>ein</u> Fehlversuch vor, wenn der Verkäufer genügend Zeit hatte, den Fehler zu entdecken und zu beseitigen.	OLG Celle, Urteil vom 01.07.2009 (Az. 7 U 256/08)

Die Gewährung eines zweiten Nachbesserungsversuchs ist dem Käufer u.U. dann nicht zumutbar, wenn dem Verkäufer <b>beim ersten Versuch gravierende Ausführungsfehler</b> unterlaufen sind oder dieser von vorneherein nur auf eine <b>provisorische Mangelbeseitigung</b> angelegt war. Entscheidend ist nicht die Erfolglosigkeit des ersten Versuchs, sondern der Umstand, dass die Arbeiten nicht sachgemäß vorgenommen wurden.	OLG Hamm, Urteil vom 10.03.2011 (Az. I-28 U 131/10) OLG Saarbrücken, Urteil vom 18.04.2013 (Az. 4 U 52/12-16)
Erklärt sich der <b>Käufer mit einer weiteren Ursachenforschung oder Nachbesserung einverstanden</b> , muss er dem Händler selbst dann eine Chance zur Nachbesserung einräumen, wenn bereits zwei Nachbesserungsversuche fehlgeschlagen sind.	OLG Rostock, Urteil vom 20.02.2006 (Az. 3 U 124/05) LG Kassel, Urteil vom 28.10.2011 (Az. 9 O 384/11)
Die Durchführung von <b>Wartungs- bzw. Inspektionsarbeiten</b> ist nicht als Nachbesserungsversuch zu werten.	OLG Koblenz, Beschluss vom 01.04.2010 (Az. 2 U 1120/09)
Wird ein <b>Fahrzeug aufgrund einer „Mobilitäts-Garantie“ zu einer nahegelegenen Vertragswerkstatt des Herstellers verbraucht</b> , muss sich der verkaufende Vertragshändler dort erbrachte Nachbesserungsversuche zurechnen lassen, da die <b>Drittwerkstatt</b> als dessen Erfüllungsgehilfe anzusehen ist und nicht auf Veranlassung des Käufers tätig geworden ist.	LG Saarbrücken, Urteil vom 16.12.2013 (Az. 12 O 196/12)
Bei der Ermittlung der Anzahl der Nachbesserungsversuche werden erfolglose <b>Nachbesserungsversuche an dem Vorgängerfahrzeug</b> , für das der Käufer das mangelbehaftete Ersatzfahrzeug erhalten hat, selbst dann nicht mitgezählt, wenn es sich um dieselbe Art von Mangel handelt.	LG Bonn, Urteil vom 21.10.2011 (Az. 10 O 330/10)

### 7.2.5.2 VW-Abgasskandal – Erfolgreiche/erfolglose Nachbesserung durch Aufspielen des Software-Updates

Ob ein Nachbesserungsversuch erfolgreich durchgeführt wurde oder erfolglos geblieben ist, kann zwischen den Vertragsparteien durchaus streitig sein. Von einem erfolglosen Nachbesserungsversuch ist z.B. dann auszugehen, wenn der Mangel durch die vorgenommene Maßnahme nicht beseitigt werden konnte oder wenn durch diese ein neuer Mangel entstanden ist.

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<p>Aufgrund der vom KBA erteilten <b>Genehmigung des Software-Updates</b> ist davon auszugehen, dass dieses tatsächlich die Einhaltung der Stickstoffoxid-Grenzwerte bewirkt.</p> <p>Der <b>Verkäufer</b> trägt aber die <b>Darlegungs- und Beweislast dafür, dass durch die Behebung des Sachmangels nicht andere Sachmängel entstehen.</b></p>	<p>OLG Köln, Beschluss vom 29.10.2018 (Az. 18 U 134/17)</p>
<p>Der <b>Käufer muss beweisen, dass ein Sachmangel trotz Nachbesserung</b>, z.B. in Form eines erhöhten Spritverbrauchs oder Verschleißrisikos, <b>fortbesteht. Vage Befürchtungen</b> reichen hierfür nicht aus; ebenso wenig der <b>allgemeine Hinweis</b> darauf, dass das Fahrzeug allein schon deshalb einen merkantilen Minderwert aufweist, weil es vom Abgasskandal betroffen ist/war.</p>	<p>OLG Dresden, Urteil vom 01.03.2018 (Az. 10 U 1561/17)</p>
<p><b>Nach Aufspielen des</b> dem Käufer angebotenen <b>Software-Updates</b> liegt <u>kein</u> Sachmangel mehr vor, mit der Folge, dass dem Käufer insofern keine kaufvertraglichen Rechte mehr zustehen.</p>	<p>OLG Koblenz, Urteil vom 06.06.2019 (Az. 1 U 1552/18)</p>

### 7.2.5.3 Weitere Fälle erfolgreicher/erfolgloser Nachbesserungsversuche

<p>Bei <b>mehrfachem Aufleuchten der Motorkontrollleuchte und automatischem Umschalten ins Notlaufprogramm</b> können sich die Fehlermeldungen und damit auch die Nachbesserungen auf unterschiedliche Ursachen beziehen. Muss eine Werkstatt bei der Fehlersuche nach der „<b>trial-and-error-Methode</b>“ vorgehen, um die Ursache des angezeigten Fehlers zu ermitteln, kann eine erste Maßnahme noch nicht als Abschluss der Nachbesserung angesehen werden. Mehrere Werkstattaufenthalte sind dann u.U. nur als ein Versuch zu werten.</p>	<p>OLG Hamm, Urteil vom 16.10.2014 (Az. I-28 U 180/13)</p>
<p><b>Verkauf eines generalüberholten Rumpfmotors</b></p> <p>Zeigt sich nach dem ersten Nachbesserungsversuch, dass die <b>Motornummer herausgefeilt</b> worden ist und macht der Verkäufer außerdem wahrheitswidrige Angaben u.a. über die Tragweite dieses Umstandes, ist dem Käufer ein zweiter Nachbesserungsversuch wegen Verlust des notwendigen Vertrauens objektiv nicht zumutbar, auch nicht in Form einer Ersatzlieferung.</p>	<p>OLG Koblenz, Urteil vom 06.11.2015 (Az. 10 U 354/14)</p>

Gilt allgemein

Gilt **nur für Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für Verbraucherkaufverträge,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

<b>Defekter Öffnungs- und Schließmechanismus eines Verdecks</b>  Nach 3 erfolglosen Nachbesserungsversuchen kann der Verkäufer den Käufer nicht auf einen 4. Nachbesserungsversuch verweisen.	OLG Bamberg, Beschluss vom 16.05.2018 (Az. 3 U 54/18)
---	---

## 7.3 Rücktrittserklärung und deren Zugang

Bei der Rücktrittserklärung handelt es sich um ein sog. **Gestaltungsrecht**. Durch den Rücktritt einer Vertragspartei wird der **Kaufvertrag in ein Rückabwicklungsverhältnis umgewandelt**. Das hat den Untergang der gegenseitigen Erfüllungsansprüche zur Folge.

### 7.3.1 Erklärung des Rücktritts

Ein Rücktritt muss nicht ausdrücklich erklärt werden, er kann auch konkludent erfolgen. Von einer <b>konkludenten Rücktrittserklärung</b> ist z.B. im Falle der <b>Erhebung einer Klage des Käufers auf Rückerstattung der Anzahlung</b> auszugehen, weil dieses Klageziel den Rücktritt des Käufers voraussetzt. Unerheblich ist, ob der Käufer sein Verhalten selbst als konkludenten Rücktritt wertet oder nicht, weil die rechtliche Würdigung der vorgebrachten Tatsachen allein Sache des Gerichts ist.	BGH, Urteil vom 14.10.2020 (Az. VIII ZR 318/19)
<b>Prozessrecht</b>  Ein Gestaltungsrecht (wie z.B. der Rücktritt vom Kaufvertrag) kann auch noch <b>nach Schluss der erstinstanzlichen mündlichen Verhandlung erklärt</b> werden. Liegen alle Wirksamkeitsvoraussetzungen vor, ist es bei der Entscheidung des Berufungsgerichts zu berücksichtigen (keine Präklusion nach § 531 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 ZPO).	BGH, Urteil vom 17.10.2018 (Az. VIII ZR 212/17)
Ein <b>Widerruf des Rücktritts</b> ist nicht möglich.	OLG Naumburg, Urteil vom 24.08.2015 (Az. 1 U 37/15)
Das <b>Auftreten von Mängeln nach Abgabe der Rücktrittserklärung</b> macht eine unwirksame Rücktrittserklärung nicht nachträglich wirksam. Will der Käufer seinen Rücktritt auf die später aufgetretenen Mängel stützen, muss er eine weitere, auf diese Mängel bezogene Rücktrittserklärung abgeben.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 14.01.2016 (Az. I-5 U 49/15)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Hat der Käufer den Kaufvertrag nicht wirksam angefochten, muss die <b>Umdeutung der Anfechtungserklärung in eine Rücktrittserklärung</b> wegen Sachmängeln in Betracht gezogen werden.	OLG München, Urteil vom 03.07.2017 (Az. 21 U 4818/16)
--	---

### 7.3.2 Zugang der Rücktrittserklärung beim Verkäufer

Die Rücktrittserklärung muss dem Verkäufer zugehen. Das ist immer dann unproblematisch, wenn der Rücktritt gegenüber dem Verkäufer ausgesprochen wird. Fraglich war bislang aber, ob von einem Zugang der Rücktrittserklärung beim Verkäufer auch dann auszugehen ist, wenn sie gegenüber einem Unternehmen derselben Firmengruppe abgegeben wurde, der auch der Verkäufer angehört.

Erklärt der Käufer den <b>Rücktritt gegenüber einem in eigenständiger Rechtsform betriebenen Unternehmen derselben Firmengruppe, der auch der Verkäufer angehört</b> , ist der Rücktritt mangels Zugangs beim Verkäufer unwirksam.	OLG Bremen, Urteil vom 07.04.2011 (Az. 1 U 62/10)
--	---

## 7.4 Unerhebliche Pflichtverletzung

Ein Rücktrittsrecht besteht jedoch grundsätzlich nicht bei lediglich unerheblichen Pflichtverletzungen des Verkäufers (§ 323 Abs. 5 Satz 2 BGB), worunter – vereinfacht ausgedrückt – letztlich unerhebliche Mängel zu verstehen sind. Ist der Rücktritt wegen Unerheblichkeit der Pflichtverletzung ausgeschlossen, besteht dann aber u.U. ein Anspruch auf Schadensersatz oder Minderung des Kaufpreises.

### 7.4.1 Grundsatzfragen / Allgemeines

#### 7.4.1.1 Maßgeblicher Beurteilungszeitpunkt

Für die Beurteilung der Frage, ob eine unerhebliche Pflichtverletzung vorliegt, ist auf den <b>Zeitpunkt der Rücktrittserklärung</b> abzustellen.	BGH, Urteil vom 05.11.2008 (Az. VIII ZR 166/07) BGH, Urteil vom 15.06.2011 (Az. VIII ZR 139/09) BGH, Urteil vom 09.11.2022 (Az. VIII ZR 272/20)
Die Frage, ob ein Mangel „behebbar“ ist oder nicht, beurteilt sich nach den <b>Erkenntnissen im Zeitpunkt des Rücktritts</b> .	BGH, Urteil vom 18.10.2017 (Az. VIII ZR 242/16)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

Da für die erforderliche Interessenabwägung auf den Zeitpunkt der Rücktrittserklärung abzustellen ist, haben <b>vor Abgabe der Rücktrittserklärung behobene Mängel</b> im Allgemeinen außer Betracht zu bleiben.	BGH, Beschluss vom 04.02.2016 (Az. IX ZR 133/15)
--	--

#### 7.4.1.2 Erheblichkeit der Pflichtverletzung indiziert

Eine den Rücktritt ausschließende unerhebliche Pflichtverletzung scheidet bei <b>arglistiger Täuschung</b> über den Mangel aus.	BGH, Urteil vom 24.03.2006 (Az. V ZR 173/05)
Der <b>Verstoß gegen eine Beschaffenheitsvereinbarung</b> indiziert in der Regel die Erheblichkeit der Pflichtverletzung ( <i>hier</i> : „fabrikneu“). Auf die Höhe der Mangelbeseitigungskosten kommt es dann <u>nicht</u> mehr an, selbst wenn es sich um einen behebbaren Mangel handelt.	BGH, Urteil vom 06.02.2013 (Az. VIII ZR 374/11)  OLG Hamm, Urteil vom 09.06.2015 (Az. 28 U 60/14)
<b>Gebrauchtwagenkauf, bei dem die Parteien das Nachreichen der ABE für die nicht zugelassenen Felgen vereinbart hatten</b>  <u>Ausnahmsweise</u> indiziert der <b>Verstoß gegen eine Beschaffenheitsvereinbarung</b> die Erheblichkeit der Pflichtverletzung dann nicht, wenn deren Fehlen nur mit sehr geringfügigen Beeinträchtigungen verbunden ist und sie auch unter Berücksichtigung der mit ihr verfolgten Interessen des Käufers als unwesentliche Pflichtverletzung einzustufen ist. Das ist dann der Fall, wenn die Montage der Felgen nicht zum Erlöschen der ABE für das Fahrzeug geführt hat und die Felgen problemlos ausgetauscht werden können oder eine Einzelbetriebserlaubnis für die Felgen erlangt werden kann.	OLG Stuttgart, Urteil vom 09.02.2021 (Az. 10 U 46/18)
Die Erheblichkeit des Pflichtenverstoßes wird bei <b>Abweichungen von Garantieerklärungen</b> in der Regel indiziert.	OLG Rostock, Urteil vom 11.07.2007 (Az. 6 U 2/07)
Der <b>Verstoß gegen die Vereinbarung über eine bestimmte Art der Nachbesserung</b> indiziert die Erheblichkeit der Pflichtverletzung ( <i>hier</i> : Verwendung von Gebrauchtteilen statt der vereinbarten Neuteile).	OLG Hamm, Urteil vom 06.02.2014 (Az. I-28 U 20/13)



### 7.4.1.3 Behebbarer Mängel – Maßstab: Mangelbeseitigungskosten

<p>Bei „behebbarer“ Mängeln ist grundsätzlich nur auf die <b>Kosten der Mängelbeseitigung</b> abzustellen.</p> <p>Das <b>Ausmaß der Funktionsbeeinträchtigung</b> spielt nur in folgenden Fällen eine Rolle:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ wenn der Mangel nicht behebbar ist</li> <li>■ wenn der Mangel nur mit hohen Mangelbeseitigungskosten behebbar ist <u>oder</u></li> <li>■ wenn die Mangelursache im Zeitpunkt der Rücktrittserklärung ungeklärt ist</li> </ul>	<p>BGH, Urteil vom 29.06.2011 (Az. VIII ZR 202/10)</p> <p><i>Andere Ansicht noch:</i> OLG Düsseldorf, Urteil vom 30.04.2007 (Az. I-1 U 252/06), für Mängel, die auf Abweichungen von der „üblichen Beschaffenheit“ beruhen</p>
<p>Übersteigen die <b>Mangelbeseitigungskosten</b> eines behebbarer Mangels <b>5 % des Kaufpreises</b>, liegt „in der Regel“ ein erheblicher Mangel vor. Etwas anderes gilt nur dann, wenn besondere Umstände vorliegen, die ein Abweichen von dieser Regel ausnahmsweise rechtfertigen.</p>	<p>BGH, Urteil vom 28.05.2014 (Az. VIII ZR 94/13)</p> <p>OLG Köln, Urteil vom 12.12.2006 (Az. 3 U 70/06)</p> <p><i>Für eine 10 %-Schwelle noch:</i> OLG Stuttgart, Urteil vom 20.03.2013 (Az. 4 U 149/12, aufgehoben durch v.g. BGH-Urteil) OLG Bamberg, Urteil vom 10.04.2006 (Az. 4 U 295/05)</p>
<p>Bei der <b>5 %-Schwelle</b> handelt es sich aber nicht um eine starre Grenze, so dass bei <b>Vorliegen besonderer Umstände</b> im Einzelfall auch eine andere Beurteilung geboten sein kann:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Trotz Überschreitens der 5 %-Schwelle, kann der Mangel unerheblich sein, wenn er nur zu einer <b>sehr geringfügigen Gebrauchsbeeinträchtigung</b> führt.</li> <li>■ Gestaltet sich z.B. die erforderliche <b>Ersatzteilbeschaffung</b> als <b>besonders schwierig oder zeitaufwendig</b>, kann die Gesamtabwägung u.U. zur Annahme eines erheblichen Mangels führen, auch wenn die 5 %-Schwelle unterschritten wird.</li> </ul>	<p>BGH, Urteil vom 18.10.2017 (Az. VIII ZR 242/16)</p>
<p>Ist die <b>Mangelursache eines an sich behebbarer Mangels zum Zeitpunkt der Rücktrittserklärung nicht bekannt</b>, liegt auch dann</p>	<p>BGH, Urteil vom 05.11.2008 (Az. VIII ZR 166/07)</p>

ein erheblicher Mangel vor, wenn er sich später mit geringem Aufwand beseitigen lässt.	BGH, Urteil vom 15.06.2011 (Az. VIII ZR 139/09)  OLG Schleswig, Urteil vom 02.10.2015 (Az. 17 U 43/15)
Sind <b>Sicherheitsfunktionen</b> des Kfz betroffen, kommt es nicht auf die Höhe der Reparaturkosten an ( <u>hier</u> : <b>fehlerhafte Bremsflüssigkeitsanzeige</b> ).	OLG Stuttgart, Urteil vom 01.12.2009 (Az. 6 U 248/08)
Wird die Erheblichkeit des Pflichtenverstoßes bei <b>Abweichungen von Garantieerklärungen</b> ausnahmsweise nicht indiziert, liegt die Erheblichkeitsschwelle im Garantiefall deutlich niedriger als sonst, nämlich im Falle von behebbaren Mängeln bei einem Reparaturaufwand von <b>max. 3 % des Kaufpreises</b> .	OLG Rostock, Urteil vom 11.07.2007 (Az. 6 U 2/07)
Von einer Unerheblichkeit ist jedenfalls bei einem <b>Reparaturaufwand</b> von <b>weniger als 3 %</b> des Kaufpreises für die Mängelbeseitigung auszugehen.	OLG Düsseldorf, Beschluss vom 27.02.2004 (Az. I-3 W 21/04)  OLG Frankfurt, Urteil vom 19.08.2009 (Az. 17 U 282/08)

#### 7.4.1.4 Mangelursache ungeklärt / Mangel nicht behebbar

<p>Ein Mangel gilt als „nicht behebbar“, wenn <b>zum Zeitpunkt der Rücktrittserklärung Ungewissheit über die Mangelursache</b> besteht. Dann kann die Erheblichkeit nur an der von dem Mangelsymptom ausgehenden <b>Funktionsbeeinträchtigung</b> gemessen werden.</p> <p><b>Einschränkungen der Gebrauchstauglichkeit, die die Verkehrssicherheit beeinträchtigen können</b>, sind, selbst wenn sie nur sporadisch auftreten, als erhebliche Mängel anzusehen (<u>hier</u>: Sporadisches Hängenbleiben des Kupplungspedals).</p>	BGH, Urteil vom 26.10.2016 (Az. VIII ZR 240/15)
---	---

<p>Ist es dem Verkäufer trotz mehrfacher Nachbesserungsversuche <b>nicht gelungen, die Mangelursache zu finden und zu beseitigen</b>, kommt es für die Beurteilung der Erheblichkeit des Mangels nicht entscheidend auf dessen „Behebbarkeit“ an. Daher spielt es auch keine Rolle, wenn die genaue Mangelursache nach der Rücktrittserklärung, z.B. noch im Rahmen eines Sachverständigengutachtens, ermittelt werden kann. Stattdessen ist auf die <b>Einschränkung der Gebrauchstauglichkeit</b> abzustellen.</p>	<p>BGH, Urteil vom 18.10.2017 (Az. VIII ZR 242/16)</p>
<p>Ist die <b>Mangelursache eines an sich behebbaren Mangels zum Zeitpunkt der Rücktrittserklärung nicht bekannt</b>, liegt auch dann ein erheblicher Mangel vor, wenn er sich später mit geringem Aufwand beseitigen lässt.</p>	<p>BGH, Urteil vom 05.11.2008 (Az. VIII ZR 166/07)</p> <p>BGH, Urteil vom 15.06.2011 (Az. VIII ZR 139/09)</p> <p>OLG Schleswig, Urteil vom 02.10.2015 (Az. 17 U 43/15)</p>
<p>Ist auf das <b>Ausmaß der Funktionsbeeinträchtigung</b> abzustellen, kommt es auf eine <b>Einschränkung der Gebrauchstauglichkeit</b> an. Hierfür spielt neben der <b>Einsatzfähigkeit</b> und der <b>Fahrsicherheit</b> auch der <b>Fahrkomfort</b> eine Rolle, wobei ein bloßer Komfortmangel in der Regel weniger stark ins Gewicht fällt.</p> <p>Im Rahmen der Erheblichkeitsprüfung ist außerdem maßgeblich, ob der Mangel zu einem <b>merkantilen Minderwert</b> des Fahrzeugs führt.</p>	<p>OLG Saarbrücken, Urteil vom 20.03.2013 (Az. 1 U 38/12)</p>
<p>Ein Ansatz für eine Beurteilung der Erheblichkeitsfrage ist die <b>Testfrage</b>, ob ein durchschnittlicher Käufer das Fahrzeug in Kenntnis des Mangels zu einem niedrigeren Preis erworben oder von einem Kauf Abstand genommen hätte.</p>	<p>OLG Brandenburg, Urteil vom 21.02.2007 (Az. 4 U 121/06)</p> <p>KG Berlin, Urteil vom 19.04.2013 (Az. 4 U 208/11)</p>

<p>Ein <b>Mangel, der einer TÜV-Abnahme und damit einem dauerhaften Betrieb entgegensteht</b>, kann nicht als unerheblich angesehen werden.</p> <p>Ein Mangel, der bei den Insassen aus <u>objektiven</u> Gründen das <b>Gefühl</b> entstehen lässt, <b>in dem Fahrzeug nicht sicher zu sein</b>, ist gleichfalls erheblich (<i>hier</i>: Schlagende Geräusche aus dem Bereich der Vorderradaufhängung).</p>	<p>OLG Frankfurt, Urteil vom 28.02.2013 (Az. 3 U 18/12)</p>
<p>Ist die <b>Ursache</b> eines Sachmangels im Zeitpunkt der Rücktrittserklärung <b>ungeklärt</b>, kommt es im Rahmen der Erheblichkeitsprüfung auf das Ausmaß der funktionellen Beeinträchtigung an, wobei der nicht ausräumbare <b>Verdacht eines nicht ganz unerheblichen Mangels</b> ausreicht. Maßstab ist insoweit das Niveau, das nach Typ, Alter und Laufleistung vergleichbarer Fahrzeuge anderer Hersteller erreicht wird und das der Markterwartung entspricht.</p>	<p>KG Berlin, Urteil vom 19.04.2013 (Az. 4 U 208/11)</p>
<p>Die Ausübung des Rücktrittsrechts ist bei „unerheblichen Mängeln“, wie z.B. bei <b>minimalen optischen Beeinträchtigungen, die keine weiteren Folgen für die Gebrauchsfähigkeit des Fahrzeugs haben</b> auch dann ausgeschlossen, wenn sich der <b>Mangel nicht beheben oder beseitigen</b> lässt. Insofern bestehen ggf. Schadenersatz- oder Minderungsansprüche.</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 08.06.2005 (Az. I-3 U 12/04)</p>
<p>Beim <b>Neuwagenkauf (Pkw)</b> ist bei der Erheblichkeitsfrage grundsätzlich eine vergleichsweise <b>enge Grenzziehung</b> geboten.</p> <p><b>Zwei oder mehrere unerhebliche Mängel</b> können in ihrer Gesamtheit u.U. so schwerwiegend sein, dass die Unerheblichkeitschwelle überschritten wird.</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 18.08.2008 (Az. I-1 U 238/07)</p> <p>OLG Köln, Urteil vom 27.03.2008 (Az. 15 U 175/07)</p> <p>OLG Köln, Urteil vom 27.04.2010 (Az. 15 U 185/09)</p>
<p>Die Grenze zur Erheblichkeit der Pflichtverletzung ist beim <b>Neuwagenkauf</b> grundsätzlich niedriger anzusetzen als beim <b>Gebrauchtwagenkauf</b>.</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 21.02.2008 (Az. 1 U 152/07)</p> <p>LG Coburg, Urteil vom 18.11.2008 (Az. 22 O 513/07)</p>

Tritt ein <b>Mangel</b> – statt in einer Vielzahl von Verkehrssituationen – <b>nur in ganz besonders gelagerten Fahrsituationen</b> in Erscheinung und ist er durch eine leichte Änderung des Fahrverhaltens vermeidbar, liegt kein erheblicher Mangel vor ( <i>hier</i> : Selten auftretendes stoßweises Schalten eines Automatikgetriebes).	LG Stuttgart, Urteil vom 22.02.2013 (Az. 2 O 138/11)
Bei behebbaren Mängeln, die mit einem <b>Kostenaufwand von unter 5 %</b> ( <i>hier</i> : 3,5 %) des Kaufpreises beseitigt werden können, begründet die „ <b>Ungewissheit über die Mängelursache</b> “ nur dann einen zum Rücktritt berechtigenden Ausnahmetatbestand, wenn die Mangelursache nicht nur für den Käufer, sondern auch für den Verkäufer ungewiss ist.  ( <i>hier</i> : Sporadisches Hängenbleiben des Kupplungspedals am Bodenblech)	LG Kiel, Urteil vom 18.05.2015 (Az. 12 O 259/13)

#### 7.4.1.5 Beweislast

Die Tatsachen, die eine „Unerheblichkeit“ begründen, muss der <b>Verkäufer darlegen und beweisen</b> .	<p>BGH, Urteil vom 18.10.2017 (Az. VIII ZR 242/16)</p> <p>BGH, Urteil vom 29.09.2021 (Az. VIII ZR 111/20)</p> <p>BGH, Urteil vom 09.11.2022 (Az. VIII ZR 272/20)</p> <p>OLG Köln, Urteil vom 12.12.2006 (Az. 3 U 70/06)</p> <p>OLG Saarbrücken, Urteil vom 20.03.2013 (Az. 1 U 38/12)</p> <p><b><i>andere Ansicht noch:</i></b></p> <p>OLG Koblenz, Beschluss vom 27.09.2017 (Az. 2 U 4/17)</p>
Dem <b>Vortrag des Händlers zur Behebbarkeit des Mangels</b> muss der <b>Käufer substantiiert entgegentreten. Pauschale Behauptungen</b> , ohne Darlegung von Anknüpfungstatsachen, genügen diesen Anforderungen nicht.	<p>OLG München, Urteil vom 03.07.2017 (Az. 21 U 4818/16)</p> <p>OLG Koblenz, Beschluss vom 27.09.2017 (Az. 2 U 4/17)</p>

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

## 7.4.2 Einzelne Fallgestaltungen

### 7.4.2.1 Unfallschaden

Wurde das vermeintlich unfallfreie Fahrzeug **sach- und fachgerecht repariert**, weist es keine Funktionsbeeinträchtigungen (mehr) auf. Der Mangel liegt dann allein in der Eigenschaft des Fahrzeugs als „Unfallwagen“. In diesem Falle ist für die Beurteilung der (Un-)Erheblichkeit der Pflichtverletzung der verbleibende **merkantile Minderwert** des „Unfall-Fahrzeugs“ von entscheidender Bedeutung.

<p>Nicht jeder Unfallvorschaden, der als Sachmangel zu bewerten ist, stellt zugleich eine „erhebliche“ Pflichtverletzung dar.</p> <p>Wird ein GW unter der Angabe „Unfallschäden laut Vorbesitzer: Nein“ verkauft, so steht dem Käufer jedenfalls dann kein Rücktrittsrecht zu, wenn sich der Mangel der fehlenden Unfallfreiheit <u>ausschließlich</u> in einem <b>merkantilen Minderwert</b> des GW auswirkt, der <b>weniger als 1 % des Kaufpreises</b> beträgt.</p>	<p>BGH, Urteil vom 12.03.2008 (Az. VIII ZR 253/05)</p> <p>LG Kleve, Urteil vom 10.10.2014 (Az. 3 O 53/14)</p>
<p>Bei dem unbehebbarer Mangel „Unfallwagen“ kommt es darauf an, ob und ggf. in welcher Höhe ein <b>merkantiler Minderwert</b> an dem reparierten Fahrzeug verbleibt. Die für behebbare Mängel maßgebliche <b>Schwelle von 5 % des Kaufpreises</b> lässt sich auf die Bewertung der Erheblichkeit eines merkantilen Minderwertes im Falle eines unbehebbarer Mangels übertragen.</p>	<p>OLG Rostock, Urteil vom 28.08.2020 (Az. 4 U 1/19)</p>
<p>Der unbehebbarer Mangel der Eigenschaft „Unfallwagen“ ist bei einem ordnungsgemäß reparierten Fahrzeug ausnahmsweise jedenfalls dann unerheblich, wenn der <b>merkantile Minderwert 1,26 % des Kaufpreises</b> beträgt. Das gilt insbesondere dann, wenn der Schaden „gerade so“ die Schwelle eines unerheblichen Bagatellschadens überschreitet und weder die Funktionsfähigkeit noch die Gebrauchstauglichkeit des Fahrzeugs beeinträchtigt sind.</p>	<p>OLG Zweibrücken, Urteil vom 06.10.2020 (Az. 8 U 22/18)</p>

<p>Bei der Abwägung ist neben der <b>fortdauernden Beeinträchtigung</b>, die sich bei einem fachmännisch reparierten Unfallschaden allein in einem <b>merkantilen Minderwert</b> auswirkt, auch die <b>Schwere des Verschuldens des Verkäufers</b> zu berücksichtigen, hinsichtlich</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Mangelkenntnis</li> <li>■ Unterlassen einer Untersuchungsobliegenheit bei Vorliegen von Verdachtsmomenten</li> <li>■ ggf. Aufklärungspflichtverletzung</li> </ul> <p>Wirkt sich der Mangel „Unfallwagen“ <u>ausschließlich</u> in einem <b>merkantilen Minderwert</b> von nur <b>1,19 % des Kaufpreises</b> aus (<u>hier</u>: 400 €) ist die Pflichtverletzung des Verkäufers „unerheblich“.</p>	<p>OLG Brandenburg, Urteil vom 01.11.2018 (Az. 6 U 32/16)</p>
<p>Ein Rücktritt wegen fehlender Unfallfreiheit ist auch dann ausgeschlossen, wenn der <b>reparierte Vorschaden</b> eine <b>Erheblichkeitsgrenze von 1.000 Euro</b> nicht übersteigt.</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 25.02.2008 (Az. I-1 U 169/07)</p>

#### 7.4.2.2 VW-Abgasskandal

In dem vom VW-Abgasskandal betroffenen Fällen hatten die Gerichte zu entscheiden, ob – je nach den Umständen des konkreten Einzelfalls – die Lieferung des mit einer unzulässigen Abschalteinrichtung ausgestatteten Fahrzeugs als erhebliche oder unerhebliche Pflichtverletzung einzustufen ist.

<p>Unter <b>Berücksichtigung der zwischenzeitlich ergangenen Rechtsprechung des EuGH</b> kann eine <b>unzulässige Abschalteinrichtung</b> – wegen der Erforderlichkeit die NOx-Emissionen bei Dieselfahrzeugen erheblich zu mindern und die Luftqualität zu verbessern – nicht als geringfügige Vertragswidrigkeit angesehen werden und ist daher <b>grundsätzlich als erhebliche Pflichtverletzung zu werten</b>.</p>	<p>BGH, Urteil vom 09.11.2022 (Az. VIII ZR 272/20)</p> <p><u>Anders noch:</u></p> <p>BGH, Urteil vom 29.09.2021 (Az. VIII ZR 111/20), nach dem auf die Höhe der Mangelbeseitigungskosten und etwaige Folgemängel abzustellen ist</p>
--	--

<p><b>„Behebbarer“ Mangel</b></p> <p>Der Umstand, dass die <b>Genehmigung des KBA</b> bezüglich des vom Hersteller bereits vorgestellten Mangelbeseitigungsplans <b>zum Zeitpunkt der Rücktrittserklärung noch nicht vorlag</b>, steht der Annahme eines „behebbaeren“ Mangels nicht entgegen.</p> <p>Bestätigt das KBA, dass die Umsetzung der vom Hersteller vorgeschlagenen technischen Maßnahmen zu keinerlei <b>negativen Auswirkungen</b> auf Kraftstoffverbrauchswerte, CO<sub>2</sub>-Emissionswerte, Motorleistung, Drehmoment und Geräuschimmissionen führt, ist eine erfolgreiche Nachbesserung möglich und daher von einem „behebbaeren“ Mangel auszugehen.</p> <p>Dem Umstand, dass 2,4 Millionen Fahrzeuge von einer Umrüstung betroffen sind, was zwangsläufig zu einem längeren Zeitraum für eine Mangelbeseitigung führt, kommt im Rahmen der vorzunehmenden Interessenabwägung ein erheblicher Stellenwert zu. Vor diesem Hintergrund ist es unschädlich, wenn der Verkäufer dem Käufer überhaupt <b>keinen Zeitpunkt für eine Mangelbeseitigung in Aussicht gestellt</b> hat.</p>	<p>OLG Koblenz, Beschluss vom 27.09.2017 (Az. 2 U 4/17)</p>
<p>Die Pflichtverletzung ist unerheblich, wenn die <b>Kosten für das Aufspielen des den Mangel beseitigenden Software-Updates unter 100 €</b> liegen.</p> <p>Dem <b>Vortrag des Händlers zur Behebbarkeit des Mangels</b> muss der Käufer substantiiert entgegenzutreten. Pauschale Behauptungen ohne die Darlegung von Anknüpfungstatsachen genügen diesen Anforderungen nicht.</p>	<p>OLG München, Urteil vom 03.07.2017 (Az. 21 U 4818/16)</p> <p>OLG Koblenz, Beschluss vom 27.09.2017 (Az. 2 U 4/17)</p>
<p><b>Bestätigt das KBA, das nach Durchführung des Software-Updates die Grenzwerte und anderen Anforderungen eingehalten werden</b>, ist von der Richtigkeit der durch die Bundesbehörde bestätigten Tatsachen und davon auszugehen, dass der <b>Mangel behebbar</b> ist.</p>	<p>LG Dortmund, Urteil vom 11.10.2017 (Az. 3 O 101/17)</p>



<p>Trotz geringfügiger Kosten einer Mangelbeseitigung in Höhe von ca. 100 € ist die Pflichtverletzung – in Abweichung vom Regelfall – insbesondere deshalb nicht als unerheblich einzustufen, weil die <b>notwendige Software zum Zeitpunkt der Rücktrittserklärung weder vom Kraftfahrt-Bundesamt geprüft und genehmigt war noch überhaupt zur Verfügung stand</b> und der Käufer – wegen der Vielzahl der weltweiten Ansprüche – das <b>Risiko einer Insolvenz des Herstellers</b> trägt.</p>	<p>OLG Köln, Beschluss vom 20.12.2017 (Az. 18 U 112/17)</p> <p>OLG Köln, Beschluss vom 28.05.2018 (Az. 27 U 13/17)</p>
<p>Trotz geringfügiger Kosten einer Mangelbeseitigung ist die Pflichtverletzung <u>nicht</u> als unerheblich einzustufen, wenn der <b>Mangel nach über 1 Jahr noch nicht beseitigt</b> wurde und es <b>aus Sicht des Käufers völlig offen ist, ob, auf welche Weise und innerhalb welchen zeitlichen Rahmens der Mangel beseitigt werden kann</b>. Das gilt auch dann, wenn wenige Tage nach der Rücktrittserklärung eine vom KBA gebilligte Abhilfemöglichkeit zur Verfügung stand.</p>	<p>OLG Schleswig-Holstein, Urteil vom 20.11.2019 (Az. 9 U 12/19)</p>
<p>Für eine erhebliche Pflichtverletzung genügt es, wenn ohne die Nachbesserung der <b>Entzug der Betriebserlaubnis drohen</b> kann.</p> <p>Dem steht nicht entgegen, dass die Mängelbeseitigungskosten weniger als 1 % des Kaufpreises betragen, weil dem Umstand, dass der Mangel einen wesentlichen Qualitätsaspekt des Fahrzeugs betrifft, im Rahmen der vorzunehmenden Interessenabwägung eine höhere Bedeutung zukommt.</p>	<p>OLG Nürnberg, Urteil vom 24.04.2018 (Az. 6 U 409/17)</p>
<p>Die „Bedeutung des Mangels“ ist besonders hoch einzuschätzen, wenn der Käufer ein <b>hochwertiges Fahrzeug</b> erworben hat, um ein möglichst umweltfreundliches, technisch auf dem aktuellen Stand der Technik befindliches, sparsames und wertstabiles Fahrzeug zu erhalten. Ist das Vertrauen in das Fahrzeug und dessen Vertragsgerechtigkeit erschüttert, ist der Mangel erheblich.</p>	<p>OLG Hamburg, Urteil vom 15.07.2019 (Az. 4 U 97/17)</p>
<p>Eine Mangelbeseitigungsmaßnahme, die einer <b>langwierigen vorherigen behördlichen Prüfung und Genehmigung</b> bedarf, ist nicht als unerheblich anzusehen.</p> <p>Auch das Bestehen eines naheliegenden Risikos eines verbleibenden <b>merkantilen Minderwertes</b> lässt den Mangel nicht als unerheblich erscheinen.</p>	<p>LG Oldenburg, Urteil vom 01.09.2016 (Az. 16 O 790/16)</p>

### 7.4.2.3 Anzahl der Vorbesitzer

<p>Hat ein Gebrauchtfahrzeug nur <b>einen Vorbesitzer</b>, so stellt dies i.d.R. einen kaufentscheidenden und damit erheblichen Umstand dar.</p> <p>Die Frage, ob ein Gebrauchtfahrzeug <b>zwei oder drei Vorbesitzer</b> hatte, ist demgegenüber von nicht so entscheidender Bedeutung.</p> <p>Ein <b>nur unerheblicher Mangel</b> liegt in folgenden Fällen vor:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ 7 ½ Jahre altes Fahrzeug</li> <li>■ 6 Jahre alter VW Golf</li> <li>■ 11 Jahre alter Gebrauchtwagen mit einer Laufleistung von 78.000 km</li> </ul>	<p>LG Kiel, Urteil vom 27.02.2015 (Az. 3 O 25/14)</p> <p>LG Lüneburg, Urteil vom 07.03.2016 (Az. 6 O 55/15)</p> <p>AG Bergisch-Gladbach, Urteil vom 02.11.2017 (Az. 6 C 42/17)</p>
--	--

### 7.4.2.4 Kraftstoffmehrverbrauch

<p>Ein gegenüber den Herstellerangaben erhöhter Kraftstoffverbrauch von <b>weniger als 10 %</b> stellt <u>keine</u> erhebliche Pflichtverletzung dar.</p>	<p>BGH, Beschluss vom 08.05.2007 (Az. VIII ZR 19/05)</p>
	<p>OLG Naumburg, Urteil vom 28.02.2007 (Az. 5 U 99/06)</p>
	<p>OLG Hamm, Urteil vom 09.06.2011 (Az. I-28 U 12/11)</p>
	<p>OLG Frankfurt/M., Urteil vom 22.12.2011 (Az. 25 U 162/10)</p>
	<p>LG Saarbrücken, Urteil vom 20.06.2011 (Az. 12 O 185/10)</p>
	<p>LG Bochum, Urteil vom 12.04.2012 (Az. 4 O 250/10)</p>

<p>Eine <b>erhebliche Pflichtverletzung</b> liegt vor, bei einem <b>Kraftstoffmehrverbrauch</b> kombiniert von:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ 10,39 %</li> <li>■ 10,93 %</li> <li>■ 24,1 %</li> </ul>	<p>OLG Hamm, Urteil vom 07.02.2013 (Az. 28 U 94/12)</p> <p>LG Itzehoe, Urteil vom 26.06.2013 (Az. 6 O 131/13)</p> <p>LG Düsseldorf, Urteil vom 30.08.2016 (Az. 15 O 425/13)</p>
<p>Bei den <b>Angaben zum Kraftstoffverbrauch nach der Richtlinie 1999/100/EG</b> handelt es sich um Laborwerte, die in der Praxis nicht erreichbar sind. Sie dienen der Vergleichbarkeit aller Fahrzeugmodelle untereinander. Hierüber muss der Käufer nicht aufgeklärt werden, wenn die Prospektangaben einen Hinweis auf die zugrunde liegende Ermittlungsgrundlage enthalten.</p>	<p>OLG Brandenburg, Urteil vom 27.03.2014 (Az. 5 U 70/12)</p> <p>OLG Karlsruhe, Urteil vom 01.02.2008 (Az. 1 U 97/07)</p> <p>LG Bochum, Urteil vom 12.04.2012 (Az. 4 O 250/10)</p> <p><b><u>andere Ansicht:</u></b></p> <p>LG Wiesbaden, Urteil vom 30.12.2010 (Az. 3 O 208/09)</p>
<p>Wurde der Kraftstoffverbrauch nach einer der <b>zwei Prüfungsverfahren der EU-Richtlinie</b> ermittelt und beträgt der Mehrverbrauch danach im Durchschnitt <b>8,11 %</b>, so liegt ein nur unerheblicher Mangel vor. Die Richtlinie gibt keiner der beiden Methoden den Vorzug. Der Käufer könne nur erwarten, dass die im Prospekt angegebenen Verbrauchswerte nach einer der beiden Methoden ermittelt wurden.</p>	<p>OLG Hamm, Urteil vom 08.06.2015 (Az. 2 U 163/14)</p>
<p>Wird an einem Neuwagen ein erhöhter Kraftstoffverbrauch festgestellt, kann dies <u>nicht</u> auf die <b>gesamte Modellreihe</b> übertragen werden (Verbrauchsprüfung in jedem Einzelfall erforderlich).</p>	<p>OLG Stuttgart, Anerkenntnisurteil vom 20.11.2008 (Az. 7 U 132/07)</p>

<p>Ob die Erheblichkeitsschwelle von 10 % beim Kraftstoffmeherverbrauch überschritten wird, hängt u.U. auch davon ab, ob wegen <b>verbauter Sonderausstattung</b> ein Abschlag vom konkret ermittelten kombinierten Verbrauchswert vorzunehmen ist.</p> <p>Durch den Hinweis auf einen etwaigen <b>ausstattungsbedingten Mehrverbrauch</b> wird beim Käufer kein Vertrauenstatbestand dahingehend geschaffen, dass die Verbrauchswerte nach dem zugrunde zu legenden Messverfahren in jedem Einzelfall eingehalten werden.</p>	<p>LG Kassel, Urteil vom 08.12.2015 (Az. 7 O 55/14)</p>
--	---

#### 7.4.2.5 Kraftstoffart

<p>Ein erheblicher Mangel liegt vor, wenn das Kfz, entgegen den Prospektangaben des Herstellers, nur mit einem <b>teureren</b> als dem angegebenen <b>Kraftstoff</b> betankt werden kann.</p>	<p>OLG München, Urteil vom 15.09.2004 (Az. 18 U 2176/04)</p>
<p>Ob ein Mangel erheblich oder unerheblich ist, richtet sich nach der Verkehrsanschauung und den Umständen des Einzelfalls. Ein erheblicher Mangel liegt vor, wenn das Kfz trotz Vereinbarung nicht mit <b>Normalbenzin</b> betankt werden kann.</p>	<p>LG Schweinfurt, Urteil vom 11.01.2006 (Az. 42 O 365/05)</p>

#### 7.4.2.6 Tankanzeige

<p>Eine <b>ungenau</b> Tankanzeige, bei der die Restreichweite bereits bei 113 km angezeigt wurde, statt bei 50 km, begründet keinen Rücktrittsgrund.</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 11.06.2007 (Az. I-1 U 259/06)</p>
<p>Das <b>verfrühte Aufleuchten der Tankleuchte</b> ist ein nur unerheblicher Mangel.</p>	<p>LG Duisburg, Urteil vom 02.10.2006 (Az. 4 O 313/05)</p>

#### 7.4.2.7 Motorleistung

<p>Unabhängig von der Höhe der Mängelbeseitigungskosten ist bei einem „<b>Schaltloch</b>“ eines Pkw der gehobenen Mittelklasse schon wegen möglicher Gefahrensituationen von einem erheblichen Mangel auszugehen.</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 18.01.2008 (Az. I-17 U 2/07)</p>
---	--

Auch eine nur <b>sporadisch auftretende Unterbrechung der Kraftübertragung</b> gefährdet die Verkehrssicherheit und ist daher erheblich.	KG Berlin, Urteil vom 19.04.2013 (Az. 4 U 208/11)
Auch bei einem nur <b>kurzzeitig auftretenden „Ruckeln“ des Motors eines neuen Wohnmobils</b> ( <i>hier</i> : 2 – 4 Minuten bis zum Erreichen der Betriebstemperatur), <b>das mit einer spürbaren Zugkraftunterbrechung einhergeht</b> und dessen Ursache unklar ist, steht zu befürchten, dass es zumindest langfristig zu Motorschäden kommt.	OLG Oldenburg, Urteil vom 27.04.2017 (Az. 1 U 45/16)
Eine <b>zu schwache Motorleistung</b> , die erst kurz vor Ablauf der zweijährigen Sachmängelhaftungsfrist gerügt wird, genügt nicht, da der Leistungsabfall ( <i>hier</i> : <b>192 statt 200 km/h</b> ) auch erst im Laufe der Zeit entstanden sein kann.	OLG München, Urteil vom 06.08.2009 (Az. 8 U 2223/09)
Eine <b>Abweichung der vereinbarten Motorleistung eines hochwertigen, sportlichen Neuwagens von über 5 %</b> ist erheblich, auch wenn sich die verminderte Beschleunigung nicht auf die erzielbare Höchstgeschwindigkeit auswirkt.	OLG Köln, Urteil vom 02.12.2010 (Az. 21 U 18/10)
Eine <b>Abweichung der vereinbarten Motorleistung eines hochwertigen, sportlichen Neuwagens von 8,09 %</b> ist erheblich.	LG Wuppertal, Urteil vom 16.11.2010 (Az. 16 O 134/08)
Eine <b>Abweichung der vereinbarten Motorleistung eines Neuwagens in Höhe von ca. 10 %</b> ist erheblich, auch wenn sich die verminderte Beschleunigung nicht auf die erzielbare Höchstgeschwindigkeit auswirkt.	LG Nürnberg-Fürth, Urteil vom 06.06.2014 (Az. 12 O 8712/12)

#### 7.4.2.8 Thermofenster

<p><b>Abschalteinrichtung, die die Emissionsgrenzwerte der Typgenehmigungsverordnung (VO/715/2007/EG) nur gewährleistet, wenn die Außentemperatur zwischen 15 und 33° C liegt</b></p> <p><u>Grundsätzlich gilt</u>: Eine Vertragswidrigkeit, die darin besteht, dass ein Fahrzeug mit einer Abschalteinrichtung ausgerüstet ist, deren Verwendung nach der Typgenehmigungsverordnung verboten ist, kann nicht als „geringfügig“ eingestuft werden. Das gilt selbst dann, wenn der Verbraucher – falls er von der Existenz und dem</p>	<p><b>EuGH, Urteil vom 14.07.2022 (Az. C-145/20)</b></p>
---	--

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

Betrieb dieser Einrichtung Kenntnis gehabt hätte – dieses Fahrzeug dennoch gekauft hätte.

Von einer unzulässigen und damit verbotenen Abschaltvorrichtung ist auch dann auszugehen, wenn die Abschaltvorrichtung zwar notwendig ist, um den Motor vor Beschädigungen oder Unfall zu schützen und ein sicherer Betrieb des Fahrzeugs ansonsten nicht gewährleistet ist, die **Abschaltung aber unter normalen Betriebsbedingungen den überwiegenden Teil des Jahres funktionieren müsste**, damit der Motor vor Beschädigung oder Unfall geschützt und der sichere Betrieb des Fahrzeugs gewährleistet ist.

#### 7.4.2.9 Allgemeine Betriebserlaubnis (ABE)

**Gebrauchtwagenkauf, bei dem die Parteien das Nachreichen der ABE für die nicht zugelassenen Felgen vereinbart hatten**

Neben den Kosten der Mangelbeseitigung müssen auch die Auswirkungen des Sachmangels vollständig erfasst und bewertet werden. Erlischt die ABE für das Fahrzeug durch die Anbringung der mit nicht zugelassenen Felgen ausgestatteten Räder nach den Regelungen der StVZO ist die Pflichtverletzung grundsätzlich erheblich.

BGH, Urteil vom 11.12.2019 (Az. VIII ZR 361/18)

**Gebrauchtwagenkauf, bei dem die Parteien das Nachreichen der ABE für die nicht zugelassenen Felgen vereinbart hatten**

Die ABE des Fahrzeugs erlischt nur dann, wenn durch die Montage von Felgen ohne ABE eine Gefährdung von Verkehrsteilnehmern zu erwarten ist. Im Falle ausreichender Freigängigkeit der Räder gegenüber angrenzenden Karosserieteilen ist von einer solchen Gefährdung nicht auszugehen.

Mangels Gefährdung von Verkehrsteilnehmern sind die Voraussetzungen für die Erteilung einer Einzelbetriebserlaubnis für die Felgen gegeben. Da deren Kosten i.d.R. unter 200 € liegen, ist die Pflichtverletzung unerheblich, wenn der Kaufpreis für das Fahrzeug 4.000 € übersteigt.

Ausnahmsweise indiziert der Verstoß gegen eine Beschaffenheitsvereinbarung nicht die Erheblichkeit der Pflichtverletzung, wenn deren Fehlen nur mit sehr geringfügigen Beeinträchtigungen

OLG Stuttgart, Urteil vom 09.02.2021 (Az. 10 U 46/18) – nach Zurückverweisung durch das vorgenannte BGH-Urteil

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

verbunden ist und sie auch unter Berücksichtigung der mit ihr verfolgten Interessen des Käufers als unwesentliche Pflichtverletzung einzustufen ist. Das ist dann der Fall, wenn die Montage der Felgen nicht zum Erlöschen der ABE für das Fahrzeug geführt hat und die Felgen problemlos ausgetauscht werden können oder eine Einzelbetriebserlaubnis für die Felgen erlangt werden kann.	
Auch bei <b>Zulassungsmängeln</b> , die nicht zum Erlöschen der Allgemeine Betriebserlaubnis (ABE) führen, besteht ein Rücktrittsrecht.	OLG Bamberg, Urteil vom 02.03.2005 (Az. 3 U 129/04)

#### 7.4.2.10 Wassereintritt / Feuchtigkeit

<p><b>Feuchtigkeit im Innenraum eines älteren Geländewagens</b> stellt einen erheblichen Mangel dar.</p> <p>Auch wenn der <b>Mangel nach Rücktritt</b> des Käufers <b>beseitigt</b> wird, ändert sich an dieser Einschätzung nichts, da es für die Beurteilung der Erheblichkeit auf den Zeitpunkt des Rücktritts ankommt.</p> <p>Der Käufer handelt durch das Festhalten an seinem Rücktritt nur dann treuwidrig, wenn er der späteren Nachbesserung zugestimmt hat (Duldung oder Schweigen genügt insofern nicht).</p>	BGH, Urteil vom 05.11.2008 (Az. VIII ZR 166/07)
<b>Wassereintritt in den Innenraum eines Neuwagens</b> ( <i>hier</i> : Heckklappenablage), ist wegen einer Einschränkung der Gebrauchstauglichkeit erheblich.	KG Berlin, Beschluss vom 20.07.2009 (Az. 8 U 96/09)
<b>Undichtigkeiten an verschiedenen Stellen eines Cabriodaches</b> sind selbst dann nicht unerheblich, wenn sie mit einem Kostenaufwand von weniger als 5 % beseitigt werden können.	OLG Hamm, Urteil vom 22.07.2010 (Az. I-2 U 242/09)
<b>Wassertropfen an den Innenscheiben eines Cabrios beim Durchfahren einer Waschstraße</b> stellen keinen erheblichen Mangel dar.	OLG Brandenburg, Urteil vom 21.02.2007 (Az. 4 U 121/06)
<b>Wassereintritt in den Kofferraum</b> aufgrund einer Undichtigkeit der Heckklappe, stellt allein schon wegen der möglichen Folgewirkungen (Schimmel- und Rostbildung), die Einfluss auf die Tauglichkeit haben, einen erheblichen Mangel dar.	OLG Karlsruhe, Urteil vom 14.05.2009 (Az. 4 U 148/07)
Wassereintritt in ein <b>Wohnmobil</b>	OLG Hamm, Urteil vom 10.03.2011 (Az. I-28 U 131/10)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

#### 7.4.2.11 Farbabweichung / Lackierung

Eine <b>Farbabweichung</b> ist i.d.R. eine erhebliche Pflichtverletzung und berechtigt zum Rücktritt.	BGH, Urteil vom 17.02.2010 (Az. VIII ZR 70/07)
Bei <b>geringfügigen Lackierungsmängeln (sog. Orangerhaut) an einem Neuwagen</b> (Kaufpreis: 72.500 Euro) besteht nur ein Nachbesserungsanspruch.	OLG Koblenz, Urteil vom 24.01.2008 (Az. 5 U 684/07)
<b>Geringfügige Lackfehler außerhalb des Sichtbereichs des Betrachters</b> sind unerheblich.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 21.05.2017 (Az. 1 U 201/05)

#### 7.4.2.12 Geräusche / Komfortmangel

Die Schwelle der Unerheblichkeit kann bei einem Komfortmangel wegen des <b>Anspruchs einer Marke im Markt, der Hochwertigkeit und des Preisgefüges einer Baureihe</b> besonders niedrig sein. Sie ist zudem überschritten, wenn ein Kfz im Rahmen einer Gefahrensituation nicht mehr sicher gefahren werden kann, die <b>Verkehrssicherheit</b> also nicht mehr gewährleistet ist ( <i>hier</i> : „Schaltloch“ eines Automatikgetriebes).	OLG Düsseldorf, Urteil vom 18.01.2008 (Az. I-17 U 2/07)
Je nach Ausmaß eines Komfortmangels ( <i>hier</i> : in Form von <b>quiet-schenden Bremsgeräuschen</b> ) kann <b>bei Fahrzeugen der gehobenen Preisklasse</b> ein erheblicher Sachmangel vorliegen, selbst wenn die Gefahr einer Funktionsbeeinträchtigung nicht besteht.	OLG Schleswig, Urteil vom 25.07.2008 (Az. 14 U 125/07) LG Köln, Urteil vom 24.06.2009 (Az. 28 O 11/07)
<b>Windgeräusche</b> bei Geschwindigkeiten oberhalb von 220 km/h, bei einem neuen BMW X 3, begründen keinen erheblichen Sachmangel.	OLG Frankfurt, Urteil vom 09.12.2010 (Az. 4 U 161/10)
Ein <b>nur zeitweise auftretendes klackerndes bzw. tikerndes Motorgeräusch</b> , das normalen Nutzern nicht oder kaum auffällt, und weder die Nutzbarkeit noch die zu erwartende Laufleistung beeinträchtigt, berechtigt auch dann nicht zum Rücktritt, wenn die Mängelbeseitigungskosten nicht ganz geringfügig wären.	OLG Frankfurt, Urteil vom 31.10.2013 (Az. 1 U 92/12)
<b>Serienmäßige Geräuschentwicklung beim Schaltvorgang eines neuen Kleinwagens</b> , die abhängig von der Fahrweise des jeweiligen Fahrers auftreten kann, ist unerheblich.	OLG Saarbrücken, Urteil vom 20.03.2013 (Az. 1 U 38/12)

Gilt allgemein

Gilt **nur für Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht für Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden



Bei höheren Temperaturen auftretende <b>laute und ungewöhnliche metallische Klappergeräusche eines Doppelkupplungsgetriebes</b> , können bei den Fahrzeuginsassen ein Gefühl der Verunsicherung hervorrufen und stellen allein schon deswegen einen erheblichen Mangel dar.	OLG Brandenburg, Urteil vom 18.03.2020 (Az. 4 U 53/19)
Störende <b>Quietschgeräusche beim Betrieb eines NW im Gasbetrieb</b> (Gastank mit Verdampfungssystem, bei dem der Schwimmer des Multiventils beim Beschleunigen, Bremsen, bei Kurvenfahrten und Unebenheiten störende Geräusche erzeugt) sind erheblich.	OLG Koblenz, Hinweisbeschluss vom 08.03.2013 (Az. 3 U 1498/12)
Komfortmängel sind im Hinblick auf den Qualitätsstandard des Fahrzeugs und die berechtigten Erwartungen des Durchschnittskäufers zu beurteilen. Je hochpreisiger ein Fahrzeug, desto erheblicher sind Komforteinbußen zu bewerten.  Die <b>serienmäßige Geräuschentwicklung und auftretende Vibrationen beim Einschalten eines</b> ansonsten funktionstüchtigen <b>Abstandsregeltempomats</b> sind bei einem Fahrzeug der Luxusklasse erheblich. Sie entsprechen nicht dem Stand der Technik vergleichbarer Fahrzeuge anderer Hersteller und sind auch nicht als erwünschte Geräusche eines Fahrzeugs der sportlichen Luxusklasse einzuordnen.	LG Arnsberg, Urteil vom 09.03.2012 (Az. 2 O 326/10)
Ausschlaggebend sind der zur Instandsetzung erforderliche Aufwand nach Höhe und Zeit sowie die Auswirkungen für die Gebrauchstauglichkeit. <b>Unwesentliche Komforteinbußen, die die technische Nutzbarkeit nicht einschränken</b> , genügen nicht ( <i>hier</i> : <b>marginale Fehlfunktion der Fernbedienung eines Cabriodaches</b> ).	LG Bielefeld, Urteil vom 09.12.2008 (Az. 5 O 381/07)
Bei <b>Fahrzeugen des unteren Preissegments</b> kann der Käufer zwar erwarten, dass sie genauso verkehrssicher, funktionsfähig und haltbar sind, wie Fahrzeuge mit gleicher Ausstattung, die mehr kosten. Das gilt aber nicht hinsichtlich des Komforts ( <i>hier</i> : <b>Heul- und Pfeifgeräusche durch die Servolenkungspumpe</b> ), bei dem in der Regel Abstriche zu machen sind, solange sie nicht so gravierend sind, dass sie die Mehrheit der Käufer von einem Kauf abhalten würden.	LG Kiel, Urteil vom 17.02.2012 (Az. 12 O 277/11)  <i>Nicht rechtskräftig; in 2. Instanz Vergleich geschlossen</i>




<b>Knackgeräusche, die weder die Betriebs- noch die Verkehrssicherheit beeinträchtigen</b> , und mit einem <b>Reparaturaufwand von 5,2 %</b> des Kaufpreises behoben werden können, begründen eine nur unerhebliche Pflichtverletzung.	LG Bremen, Urteil vom 21.09.2007 (Az. 7-O-776/07)
Eine <b>Autoradioantenne</b> , die störende <b>Windgeräusche</b> verursacht, begründet einen erheblichen Mangel, wenn die Umrüstung 3.700 € kostet.	LG Coburg, Urteil vom 09.01.2009 (Az. 22 O 513/07)
Eine <b>a-normale gummiartige Geruchsbelästigung</b> bei einem jungen Gebrauchtwagen des oberen Preissegments ist erheblich.	OLG Saarbrücken, Urteil vom 10.10.2012 (Az. 1 U 475/11)
Sporadisch auftretender <b>Gummi-Brandgeruch</b> – ohne reale Brandgefahr – kann bei einem Neuwagen der gehobenen Mittelklasse im Einzelfall u.U. einen erheblichen Sachmangel begründen.	LG München I, Urteil vom 14.09.2009 (Az. 15 O 10266/08)
<b>Rauchgeruch</b> ist bei einem GW des oberen Preissegments ein erheblicher Mangel.	LG München I, Urteil vom 16.08.2013 (Az. 6 O 2154/12)

#### 7.4.2.13 Standheizung

Ein <b>defekter Timer</b> der im Übrigen voll funktionsfähigen Standheizung ist jedenfalls dann erheblich, wenn der Käufer hierauf bei Vertragsschluss besonderen Wert gelegt hat.	OLG Celle, Urteil vom 01.07.2009 (Az. 7 U 256/08)
Die unzureichende <b>Kapazität der Batterie</b> bei Nutzung der Standheizung und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Fahrbereitschaft und Funktionsfähigkeit des Fahrzeugs, sind erheblich.	OLG Köln, Urteil vom 20.02.2013 (Az. 13 U 162/09)
Vereinbaren die Parteien bei Kaufvertragsabschluss den Einbau einer Standheizung und wird hierdurch die <b>normale Heizleistung des Fahrzeugs reduziert</b> , weil die Standheizung an der falschen Stelle eingebaut wird und es deshalb wegen zu langer Wege zu Wärmeverlusten kommt, liegt ein erheblicher Mangel vor.	LG Augsburg, Urteil vom 05.10.2010 (Az. 3 O 2716/08)

#### 7.4.2.14 Sonstige Fallgestaltungen

GW-Kauf: Eine Abweichung vom vereinbarten <b>Modelljahr</b> stellt eine erhebliche Pflichtverletzung dar, die mangels Behebbarkeit zum sofortigen Rücktritt berechtigt.	OLG Nürnberg, Urteil vom 21.03.2005 (Az. 8 U 2366/04)
---	---

 Gilt allgemein	 Gilt <b>nur für Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	 Gilt <b>nicht</b> für Verbraucherkaufverträge, die ab 2022 abgeschlossen wurden
--	--	---

Ein Rücktrittsrecht scheidet bei einer von einer Vereinbarung <b>abweichenden Schadstoffklasse</b> in der Regel aus, da ein Vergleich der steuerlichen Nachteile im Verhältnis zum Kaufpreis regelmäßig unter 5 % liegen dürfte. In Betracht kommt dann ggf. eine Kaufpreisminderung.	OLG Brandenburg, Urteil vom 14.02.2007 (Az. 13 U 92/06)  <b><u>andere Ansicht:</u></b> LG Münster, Urteil vom 06.12.2006 (Az. 8 O 320/06)
Ist die <b>steuerliche Einordnung eines Fahrzeugs</b> (ausnahmsweise) als Beschaffenheitsvereinbarung zu werten, ist der Käufer zum Rücktritt berechtigt.	OLG Koblenz, Urteil vom 28.09.2016 (Az. 10 U 53/16)
Wiederholt spontan auftretende <b>Startprobleme bei einem Neuwagen</b> in einem zeitlichen Umfang von mindestens 5 Minuten bis zum Gelingen des Starts sind erheblich. Die Anlassfähigkeit ist keine Frage des Komforts, sondern von elementarer Bedeutung, auch hinsichtlich der Verkehrssicherheit.	OLG München, Urteil vom 26.10.2011 (Az. 3 U 1853/11)
Ein <b>Defekt am Thermostat</b> , der dazu führt, dass das <b>Fahrzeug wiederholt nicht gestartet werden kann</b> , führt zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Gebrauchstauglichkeit.	LG Saarbrücken, Urteil vom 16.12.2013 (Az. 12 O 196/12)
Erweist sich ein <b>Smart-Key-System</b> , das das schlüssellose Öffnen und Starten eines Pkw nach den Prospektangaben des Herstellers einschränkungslos ermöglicht, bei Störeinflüssen von Funkwellen (z.B. durch Mobilfunkmasten oder Bahnüberleitungen) als störanfällig, sodass das Fahrzeug nur noch mit einem Notschlüssel geöffnet und gestartet werden kann, liegt ein erheblicher Mangel vor. Das gilt jedenfalls dann, wenn dadurch auch die Verwendung der Fernbedienung verhindert wird und es einiger Zeit bedarf, bis die Wegfahrsperre deaktiviert ist.	OLG München, Urteil vom 10.04.2013 (Az. 20 U 4749/12)
<b>Funktionslosigkeit der Funkfernbedienung der Fahrzeugschlüssel</b> Beträgt der Anschaffungspreis nebst Montage-/Anlernkosten nur <b>1,7 %</b> des Fahrzeugpreises, ist von einer Unerheblichkeit auszugehen. Auf das Ausmaß der Funktionsbeeinträchtigung kommt es dann nicht an.	OLG Hamm, Urteil vom 06.02.2014 (Az. I-28 U 20/13)

Eine <b>zu geringe Bodenfreiheit</b> ( <i>hier</i> : 11 cm ohne Zuladung), die eine fehlende Zulassungsfähigkeit zur Folge hat, begründet bei einem zum Bestattungswagen umgebauten Neufahrzeug einen erheblichen Sachmangel.	OLG Hamm, Urteil vom 21.01.2010 (Az. 28 U 178/09)
Wiederholtes Versagen der <b>Faltdachmechanik</b> ist ein erheblicher Mangel, da es sich um eine Funktionsstörung handelt, die für den Käufer eines Cabrios von zentraler Bedeutung ist und weil zudem die Diebstahlsgefahr erhöht wird.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 21.01.2008 (Az. I-1 U 152/07)
Wiederholtes Aufleuchten der <b>Warnleuchte der Traktionskontrolle DSC</b> , und zwar unabhängig davon, ob das System als solches funktionsfähig ist, ist erheblich.	KG Berlin, Urteil vom 27.07.2009 (Az. 12 U 35/08)
Selbst wenn der Mangel, der wiederholt ( <i>hier</i> : 8 - 10 mal) zu einem <b>grundlosen Aufleuchten der Motorprüfungsanzeigeleuchte</b> führt, mit geringem Kostenaufwand beseitigt werden kann, ist die Pflichtverletzung als erheblich zu werten, wenn der Verkäufer eine Reparatur, mit dem Ziel, das grundlose Aufleuchten dauerhaft zu beheben, für unnötig hält und die Leuchte lediglich ausstellt. Das grundlose Aufleuchten, die den Käufer jedes Mal einen Motor- oder Getriebschaden befürchten lässt, ist ihm nicht zumutbar.	OLG Naumburg, Urteil vom 13.12.2006 (Az. 6 U 146/06)
<b>Elektronikfehler aufgrund eines defekten Massekabels</b> , die ein zähes Anlassverhalten, einen plötzlichen Drehzahlanstieg und eine allgemeine Fehlermeldung bewirken, sind auch dann erheblich, wenn sie mit einem Aufwand von weniger als 1 % der Kaufpreiskosten beseitigt werden könnten, die Mangelursache zum Zeitpunkt der Rücktrittserklärung aber nicht bekannt war.	LG Bremen, Urteil vom 28.01.2013 (Az. 2 O 1795/11)
Der <b>Verdacht eines weitergehenden Mangels oder Schadens im Motorraum</b> aufgrund untypischer, nicht behebbarer <b>Geräusche</b> kann bei einem Neuwagen die Erheblichkeitsschwelle überschreiten.	OLG Sachsen-Anhalt, Urteil vom 06.11.2008 (Az. 1 U 30/08)

Untypische, periodisch wiederkehrende „schabende“ <b>Geräusche aus dem Motorraum</b> , deren Ursache möglicherweise zu einem erhöhten Verschleiß von Getriebebauteilen führen kann, und die nur durch einen <b>Austausch des Getriebes</b> beseitigt werden können, der <b>9 % des Kaufpreises</b> beträgt, sind nicht unerheblich.	LG Leipzig, Urteil vom 01.06.2007 (Az. 10 O 551/06)
Ein allenfalls <b>selten auftretendes sporadisches Ruckeln des Fahrzeugs</b> , das zu keinem Leistungsverlust führt, ist unerheblich.	LG Zweibrücken, Urteil vom 30.10.2015 (Az. 2 O 250/13)
Ein wiederkehrender, nicht reproduzierbarer <b>Komplettabsturz des Informationssystems</b> , aufgrund eines Fehlers in der Elektronik, ist erheblich.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 10.02.2006 (Az. 22 U 149/05)
Ein wiederholter Ausfall der <b>Steuereinheit MCU</b> zur Einstellung verschiedenster Fahrzeugfunktionen über das Zentraldisplay ist sicherheitsrelevant und damit erheblich.	LG München I, Urteil vom 17.06.2022 (Az. 4 O 3834/19)
Fehlfunktionen der <b>Lenkradfernbedienung</b> berechtigen den Käufer <u>nicht</u> zum Rücktritt.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 08.01.2007 (Az. I-1 U 177/06)
Die durch die <b>fehlenden Hilfslinien der Rückfahrkamera</b> bestehende Funktionsbeeinträchtigung ist nicht als geringfügig anzusehen, wenn es dem Käufer auf die Sicherheit beim Rückwärtsfahren und Einparken ankam.	OLG Hamm, Urteil vom 09.06.2015 (Az. 28 U 60/14)
Ein <b>gestörter TV-Empfang während der Fahrt</b> ist selbst dann unerheblich, wenn diesbezüglich eine Beschaffenheitsvereinbarung vorliegt, weil das Betrachten von TV-Bildern während der Fahrt nach § 23 Abs. 1 Satz 1 StVO wegen erheblicher Ablenkungsgefahren für den Fahrer verboten ist.	OLG Saarbrücken, Urteil vom 27.08.2014 (Az. 2 U 150/13)
Nur vereinzelte Störungen unterschiedlicher Intensität beim <b>Radioempfang</b> stellen keinen zum Rücktritt berechtigenden erheblichen Mangel dar.	LG Düsseldorf, Urteil vom 22.09.2005 (Az. 1 O 778/04)
Eine konstruktiv bedingte <b>Formunbeständigkeit der Pkw-Innenverkleidung</b> stellt einen erheblichen Mangel dar.	OLG Saarbrücken, Urteil vom 22.06.2005 (Az. 1 U 567/04-167-)

Das <b>Fehlen eines</b> fest installierten und beleuchteten <b>Aschenbechers</b> begründet für einen Raucher erhebliche Beeinträchtigungen und ist jedenfalls dann nicht als unerheblicher Mangel anzusehen, wenn der Käufer die Wichtigkeit dieses Ausstattungsmerkmals besonders betont hat.	OLG Oldenburg, Urteil vom 10.09.2015 (Az. 13 U 73/14)
Der <b>unterlassene Einbau vereinbarter Sonderausstattung</b> ( <i>hier</i> : automatisch abblendbare Innen- und Außenspiegel), die im Nachhinein nicht nachrüstbar ist und sich in einem merkantilen Minderwert von weniger als 1 % des Kaufpreises ausdrückt, begründet nur eine geringfügige Pflichtverletzung.	OLG Thüringen, Urteil vom 19.11.2009 (Az. 1 U 389/09)  <b><u>Nichtzulassungsbeschwerde des Käufers verworfen:</u></b> BGH, Nichtzulassungsbeschluss vom 01.06.2011 (Az. VIII ZR 320/09)
Der <b>unterlassene Einbau vereinbarter Sonderausstattung</b> und das <b>fehlende Tieferlegen eines Fahrzeugs</b> stellen qualitative Minderleistungen (= Sachmängel) dar, die zum Rücktritt vom Kaufvertrag berechtigen. Der Rücktritt ist nicht wegen bloßer Teilleistung nach § 323 Absatz 5 BGB ausgeschlossen.	OLG Celle, Urteil vom 05.11.2003 (Az. 7 U 50/03)
<b>Unebenheiten der Außenhaut eines Wohnmobils, die auf der Sandwichbauweise beruhen</b>  Handelt es sich nur um optische Mängel, die zu keiner Funktionsbeeinträchtigung führen und nur mit enormen Kosten behoben werden könnten, scheidet ein Rücktritt aus.	OLG Stuttgart, Urteil vom 11.07.2018 (Az. 3 U 71/17)
Die <b>fehlende ESP-Ausrüstung</b> bei einem <b>Reimportfahrzeug</b> stellt einen erheblichen Mangel dar.	LG Karlsruhe, Urteil vom 30.07.2010 (Az. 5 O 97/10)
Ein <b>werksseitiger Schweißfehler an der Heckklappe</b> , der nach und nach zu Folgeschäden führt, ist erheblich.	LG Köln, Urteil vom 12.08.2013 (Az. 36 O 170/11)
Das selbständige Verstellen der <b>elektronischen Sitzverstellung</b> des Fahrersitzes während der Fahrt begründet einen erheblichen Sachmangel.	LG Coburg, Urteil vom 25.08.2010 (Az. 13 O 637/08)  LG Wiesbaden, Urteil vom 30.12.2010 (Az. 3 O 208/09)

Das selbständige Verstellen der <b>Außenspiegel</b> während der Fahrt kann die Fahrsicherheit beeinträchtigen und begründet daher einen erheblichen Sachmangel.	LG Wiesbaden, Urteil vom 30.12.2010 (Az. 3 O 208/09)
Der <b>Ausfall der Klimaanlage und schleifende Fahrgeräusche</b> , die mit einem <b>Reparaturaufwand von weniger als 1 %</b> des Kaufpreises beseitigt werden können, sind unerheblich.	LG Coburg, Urteil vom 08.05.2007 (Az. 22 O 473/06)
Ein unmittelbares Rücktrittsrecht (d.h. ohne vorherige Fristsetzung) ist bei <b>falschen Angaben zur Laufleistung</b> gegeben.	AG Rheda-Wiedenbrück, Urteil vom 28.11.2002 (Az. 4 C 209/02)

## 7.5 Ausschluss des Rücktrittsrechts

Trotz Vorliegens eines „erheblichen“ Sachmangels kann es Umstände geben, die im Einzelfall ausnahmsweise zum Ausschluss des Rücktrittsrechts des Käufers führen.

### 7.5.1 Überwiegende Verantwortlichkeit des Käufers

Nach § 323 Abs. 6 Alt. 1 BGB ist der Rücktritt ausgeschlossen, wenn der Käufer für den Umstand, der ihn zum Rücktritt berechtigen würde, allein oder weit überwiegend verantwortlich ist.

Ein Rücktrittsrecht scheitert nicht daran, dass der Käufer es <b>versäumt</b> hat, <b>die vom Hersteller vorgegebenen Wartungsintervalle einzuhalten</b> , wenn	BGH, Urteil vom 24.03.2006 (Az. V ZR 173/05)
<ul style="list-style-type: none"> <li>■ die Nichteinhaltung der Inspektionsintervalle keinen Einfluss auf die Mangelentstehung hat,</li> <li>■ eine frühzeitige Entdeckung des Mangels hierdurch nicht verhindert wird <u>oder</u></li> <li>■ Abhilfemaßnahmen deshalb nicht unterbleiben.</li> </ul>	OLG Hamm, Urteil vom 08.09.2005 (Az. 28 U 60/05)  OLG Koblenz, Urteil vom 08.03.2007 (Az. 5 U 1518/06)

<b>VW-Abgasskandal</b>  Der Umstand, dass der <b>Käufer sich geweigert</b> hat, <b>das vom Verkäufer angebotene Software-Update aufspielen zu lassen</b> , führt <u>nicht</u> zum Ausschluss des Rücktrittsrechts. Die Verantwortlichkeit des Käufers muss sich allein auf den Rücktrittsgrund beziehen. Der Käufer ist aber für die Entstehung des Sachmangels nicht verantwortlich.	BGH, Urteil vom 29.09.2021 (Az. VIII ZR 111/20)
Ein <b>überwiegendes Verschulden</b> des Käufers liegt nur vor, wenn es im Rahmen der Abwägung der Verantwortlichkeiten i.S.d. § 254 BGB (Mitverschulden) zu einer alleinigen Haftung des Käufers führt. Leichte Fahrlässigkeit genügt nicht.	OLG Naumburg, Urteil vom 24.06.2010 (Az. 2 U 77/09)
Der Verkäufer darf die Beseitigung eines erheblichen Mangels trotz <b>ausstehender Restkaufpreiszahlung</b> nicht verweigern. Die Mängelrede begründet zu Gunsten des Käufers ein vorübergehendes Leistungsverweigerungsrecht.	OLG Oldenburg, Urteil vom 24.09.2010 (Az. 11 U 42/10)
Der Verkäufer darf eine Nachbesserung nicht deshalb verweigern, weil eine <b>Drittwerkstatt zuvor erfolglose Reparaturversuche durchgeführt</b> hat. Erfolgreiche Reparaturversuche Dritter schließen das Rücktrittsrecht des Käufers nicht generell aus, sondern nur dann, wenn hierdurch z.B. Unsicherheiten bezüglich des Vorliegens des gerügten Mangels zum Zeitpunkt der Übergabe begründet werden.	OLG Schleswig-Holstein, Urteil vom 22.02.2011 (Az. 3 U 66/10)
Der Händler kann die Nacherfüllung verweigern, wenn sich der Käufer nicht zuerst an ihn gewandt hat, sondern an eine <b>Drittwerkstatt</b> .	AG Aachen, Urteil vom 10.12.2003 (Az. 14 C 161/03)

### 7.5.2 Treuwidriges Verhalten des Käufers

Dem Käufer kann es ausnahmsweise auch unter dem Gesichtspunkt treuwidrigen Verhaltens (§ 242 BGB) verwehrt sein, sich auf den von ihm erklärten Rücktritt zu berufen.

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---



Der Käufer darf sich unter dem Gesichtspunkt treuwidrigen Verhaltens (§ 242 BGB) nicht auf die mit dem wirksam erklärten Rücktritt erlangte Rechtsposition berufen, wenn der <b>Mangel vom gerichtlich bestellten Sachverständigen beseitigt</b> worden ist, sofern dies mit Zustimmung des Käufers erfolgte.	BGH, Urteil vom 05.11.2008 (Az. VIII ZR 166/07)
Die <b>widerspruchslose Hinnahme des</b> allein der Feststellung der Mangelursache dienenden <b>Teile austauschs</b> durch den gerichtlich bestellten Sachverständigen kann das geforderte Einverständnis nicht begründen.  Auch die anschließende <b>vorübergehende Wiederingebrauchnahme des Fahrzeugs</b> durch den Käufer steht einem Festhalten am Rücktritt nicht entgegen.	BGH, Urteil vom 26.10.2016 (Az. VIII ZR 240/15)
<b>VW-Abgasskandal</b>  Es ist <u>nicht</u> treuwidrig, wenn der Käufer <b>nach Rücktritt vom Kaufvertrag und wiederholter Ablehnung der Durchführung eines Software-Updates</b> letztlich aufgrund einer <b>Stilllegungsandrohung des KBA</b> das Software-Update hat aufspielen lassen und gleichzeitig am Rücktritt festhält. Hierin ist keine Zustimmung zu einer Nachbesserung i.S.d. BGH-Rechtsprechung zu sehen.	OLG Schleswig-Holstein, Urteil vom 20.11.2019 (Az. 9 U 12/19)
Wenn der Käufer <u>nach</u> Abschluss des Kaufvertrages, aber noch <u>vor</u> Auslieferung des Fahrzeugs auf einer bestimmten, vertraglich vereinbarten Ausstattung oder Gestaltung der Kaufsache besteht, obwohl ihn der Verkäufer nach Vertragsschluss auf <b>durchgreifende Bedenken an der Funktionsfähigkeit oder Tauglichkeit der Ausstattung</b> hingewiesen hat, ist es ihm später nach Treu und Glauben versagt, sich auf den hierdurch begründeten Mangel des Fahrzeugs zu berufen ( <i>hier</i> : Nachdrücklicher Hinweis auf das Risiko des Aufsetzens des Fahrzeugs bei Bodenunebenheiten beim vertraglich vereinbarten Anbau einer elektronischen Trittstufe vor Auslieferung des Wohnmobils).	OLG Köln, Urteil vom 07.02.2018 (Az. 16 U 133/15)

Der Käufer darf sich nach Treu und Glauben nicht auf eine Fristüberschreitung seitens des Verkäufers berufen, wenn die Parteien <b>vor Fristablauf Verhandlungen über ein Tauschfahrzeugs</b> geführt haben und der Verkäufer deshalb darauf vertrauen durfte, dass der erfolglose Fristablauf für ihn ohne Folgen bleiben wird. Hier-von ist aber dann <u>nicht</u> auszugehen, wenn der Käufer unter fal-schen Voraussetzungen zu den Verhandlungen über einen Fahr-zeugtausch bereit war, und dies dem Verkäufer zuzurechnen ist.  ( <u>hier</u> : Das vom Verkäufer als Neufahrzeug bezeichnete Tauschfahr-zeug entpuppte sich als Vorführwagen).	OLG Brandenburg, Urteil vom 06.08.2019 (Az. 3 U 137/17)
Die <b>Selbstbeseitigung des Mangels mit anschließender Weiterbe-nutzung vor Rechtshängigkeit</b> stellt nicht notwendigerweise eine unzulässige Rechtsausübung dar. Das gilt jedenfalls dann, wenn der Käufer gar nicht wusste, dass der Mangel durch die in Auftrag gegebene Werkstattleistung endgültig behoben wird und für die Beauftragung zudem ein nachvollziehbarer Grund bestand ( <u>hier</u> : Wechsel der Frontscheibe nach Steinschlag, die möglicherweise für den reklamierten Wassereintritt ursächlich war).	OLG Schleswig, Urteil vom 05.10.2017 (Az. 7 U 88/16)
Ein Rücktrittsrecht ist wegen widersprüchlichen Verhaltens gemäß § 242 BGB ausgeschlossen, wenn der Käufer <b>bei</b> der späteren <b>Fahr-zeugübergabe Kenntnis von</b> einem <b>Mangel erlangt</b> , das Fahrzeug aber ohne Vorbehalte annimmt.	OLG Celle, Urteil vom 04.08.2004 (Az. 7 U 18/04)

### 7.5.3 Weiterverkauf der Kaufsache

Hat der Käufer die Kaufsache weiterverkauft, nachdem er vom Kaufvertrag zurückgetreten ist, stellt sich die Frage, ob der Rücktritt dadurch ausgeschlossen ist.

Auch wenn der Käufer die <b>Unmöglichkeit der Herausgabe</b> des von ihm weiterverkauften Kfz <b>vorsätzlich herbeigeführt</b> hat, führt dies nicht zum (nachträglichen) Ausschluss seines Rücktrittsrechts. Stattdessen hat er im Rahmen der Rückabwicklung des Vertrags-verhältnisses Wertersatz in Geld zu leisten.	OLG München, Urteil vom 02.05.2016 (Az. 21 U 3016/15)
---	---

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

## 8 Minderung

Anstatt vom Kaufvertrag zurückzutreten, kann der Käufer den Kaufpreis mindern.

### 8.1 Anspruchsvoraussetzungen

Für eine wirksame Minderung des Kaufpreises müssen **im Prinzip die gleichen Voraussetzungen erfüllt sein, die auch für einen Rücktritt vom Kaufvertrag vorliegen müssen** (vgl. hierzu Ziffer 7.1 und 7.2), allerdings mit folgender **Besonderheit**: Eine **Minderung** des Kaufpreises ist (gerade) **auch im Falle nur geringfügiger bzw. unerheblicher Mängel zulässig** (§ 441 Abs. 1 Satz 2 BGB)!

<p><b>VW-Abgasskandal:</b></p> <p><b>Nach Installation des Software-Updates</b> steht dem Käufer kein Anspruch auf Kaufpreisminderung zu, wenn er nicht beweisen kann, dass ein <b>Sachmangel trotz Nachbesserung</b>, z.B. in Form eines erhöhten Spritverbrauchs oder Verschleißrisikos, fortbesteht. <b>Vage Befürchtungen</b> reichen hierfür nicht aus; ebenso wenig der allgemeine Hinweis darauf, dass das Fahrzeug allein schon deshalb einen merkantilen Minderwert aufweist, weil es vom Abgasskandal betroffen ist/war.</p>	<p>OLG Dresden, Urteil vom 01.03.2018 (Az. 10 U 1561/17)</p>
<p>Erwirbt der Käufer ein Fahrzeug mit einem <b>nicht offenbaren und nicht fachgerecht behobenen Unfallschaden</b>, kann er Kaufpreisminderung in Höhe des (nicht behebbaren) merkantilen Minderwerts des Fahrzeugs geltend machen. Möchte er darüber hinaus eine Wertminderung für den einer Reparatur zugänglichen Teil des Unfallschadens geltend machen, muss er dem – nicht arglistig handelnden – Verkäufer zuvor Gelegenheit zur Nacherfüllung geben.</p>	<p>LG Berlin, Urteil vom 27.03.2018 (Az. 57 S 196/13)</p>

### 8.2 Ermittlung der Wertminderung

Der Minderungsbetrag, also der Betrag, der der Wertminderung entspricht, ist **im Wege der Schätzung** zu ermitteln. **Dabei kann im Einzelfall auf diverse Berechnungsmethoden zurückgegriffen werden.**

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<p>Berechnung der Wertminderung bei <b>Oldtimern</b> nach der „<b>Proportionalmethode</b>“:</p> <p style="text-align: center;"><u>Tatsächlicher Fahrzeugwert x ursprünglicher Kaufpreis</u> Wert in mangelfreiem Zustand</p>	<p>OLG Köln, Urteil vom 07.06.2016 (Az. 25 U 29/15)</p>
<p>Zur Berechnung der Wertminderung bei <b>Unfallfahrzeugen</b></p>	<p>LG Berlin, Urteil vom 20.12.2005 (Az. 5 O 210/05)</p>
<p>Allein schon die <b>Eintragung einer Mietwagenfirma</b> stellt einen wertreduzierenden Faktor dar. Die Wertminderung ist nach rein kaufmännischen Gesichtspunkten zu beurteilen. Entscheidend ist der bei den Verkaufsgesprächen erzielbare mögliche Preisnachlass im Hinblick auf diese Eigenschaft. Der <b>Minderwert eines bereits vorgeschädigten Fahrzeugs</b> (<i>hier</i>: nicht reparierter Hagelschaden) ist dabei geringer zu bemessen als der eines unbeschädigten Fahrzeugs. Außerdem reduziert sich die Wertminderung durch <b>weitere Vorbesitzer</b>, wenn sich verdeckte Mängel während deren Besitzzeit wahrscheinlich gezeigt haben dürften.</p>	<p>LG Mannheim, Urteil vom 29.12.2011 (Az. 1 O 122/10)</p>
<p>Die frühere Verwendung eines Fahrzeugs als <b>Mietwagen</b> stellt generell einen wertreduzierenden Faktor dar. Der handelsübliche Abzug beträgt 10 %. Dies gilt auch dann, wenn es sich bei dem Fahrzeug zugleich um einen reparierten Unfallwagen handelt.</p>	<p>AG Bergheim, Urteil vom 14.01.2005 (Az. 28 C 260/03)</p>
<p>Beruhet der Mangel auf einem <b>Kraftstoffmehrverbrauch</b>, sind für die Minderung die Kosten für den zu erwartenden Kraftstoffmehrverbrauch sowie ggf. erwartete Nachteile für den Marktwert des Kfz maßgeblich. Bei der Schätzung der Kraftstoffmehrkosten darf wegen eines möglichen Weiterverkaufs oder Verlustes des Kfz nicht auf die gesamte erwartete Lebensdauer des Kfz abgestellt werden.</p>	<p>AG Michelstadt, Urteil vom 23.12.2009 (Az. 1 C 140/09 (02))</p>
<p>Minderung bei <b>Kraftstoffmehrverbrauch</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ 9,3 l statt 7,9 l auf 100 km; d.h. Mehrverbrauch in Höhe von 17 %</li> <li>■ 7,2 % Mehrverbrauch gegenüber den Herstellerangaben</li> </ul>	<p>LG Detmold, Urteil vom 14.11.2012 (Az. 10 S 176/10)</p> <p>AG Husum, Urteil vom 04.04.2012 (Az. 2 C 35/10)</p>

### 8.3 Verhältnis zu anderen Sachmängelhaftungsansprüchen

Hat der Käufer einen Anspruch auf Minderung des Kaufpreises geltend gemacht, stellt sich die **Frage, ob der Käufer an die einmal getroffene Wahl gebunden ist.**

Nach wirksam erklärter Minderung kann der Käufer wegen desselben Mangels später keine <b>Rückabwicklung</b> des Kaufvertrages mehr <b>im Wege des „großen Schadensersatzes“</b> (vgl. hierzu Ziffer <b>9.1</b> ) verlangen.	BGH, Urteil vom 09.05.2018 (Az. VIII ZR 26/17)
Macht der Käufer Minderung geltend, ist ein <b>späterer Rücktritt wegen dieses Mangels</b> ausgeschlossen.  Das Wahlrecht entsteht aber ggf. erneut bei <b>weiteren nachträglich entdeckten Mängeln</b> .	KG Berlin, Urteil vom 29.10.2009 (Az. 1 U 41/08)  OLG München, Urteil vom 24.10.2012 (Az. 3 U 297/11)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

## 9 Schadensersatzansprüche

### 9.1 Kaufvertragliche Schadensersatzansprüche

#### 9.1.1 Anspruchsgrundlagen

Gemäß § 437 Nr. 3 BGB kann der Käufer im Mangelfall u.U. Schadensersatz nach den im Allgemeinen Schuldrecht geregelten Schadensersatzansprüchen der §§ 280, 281, 283 und 311 a BGB verlangen. Dabei ist zu differenzieren zwischen Schadensersatzansprüchen „statt“ oder „neben“ der Leistung.

##### 9.1.1.1 Anspruch auf Schadensersatz statt der Leistung

Schadensersatzansprüche „statt“ der Leistung (§§ 281, 283 und 311 a BGB) sind auf **Ersatz sog. Mangelschäden** gerichtet. Das sind die Schäden, die beim Käufer wegen des endgültigen Ausbleibens der Lieferung einer mangelfreien Kaufsache entstanden sind und die durch eine erfolgreiche Nacherfüllung hätten vermieden werden können. In diesem Falle kann der Käufer zwischen dem sog. kleinen und dem sog. großen Schadensersatz wählen:

- Beim **Anspruch auf „kleinen Schadensersatz statt der Leistung“** behält der Käufer die mangelbehaftete Kaufsache und erhält lediglich den mangelbedingten Minderwert bzw. die Mangelbeseitigungskosten sowie ggf. den Ersatz weiterer durch das Ausbleiben der Mangelfreiheit der Kaufsache bedingter Schäden.
- Richtet sich der **Anspruch auf Schadensersatz statt der ganzen Leistung (sog. „großer Schadensersatz“)** gibt der Käufer die mangelbehaftete Kaufsache an den Verkäufer zurück und erhält Ersatz des vollen Wertes der Kaufsache in mangelfreiem Zustand bzw. der Kosten eines Deckungskaufs und außerdem Ersatz für etwaige weitere Schäden. Dieser Anspruch setzt eine **erhebliche Pflichtverletzung des Verkäufers** voraus.

Sofern der Käufer einen Schadensersatzanspruch statt der Leistung geltend machen möchte, muss er dem Verkäufer zuvor erfolglos eine **angemessene Frist zur Leistung oder Nacherfüllung bestimmt** haben (§ 281 Abs.1 BGB). Die **Fristsetzung** kann aber **ausnahmsweise entbehrlich** sein. Insofern gelten dieselben Regelungen, die auch für den Rücktritt vom Kaufvertrag gelten, einschließlich § 440 BGB. Zur Vermeidung von Wiederholungen wird daher auf die Ausführungen unter den Ziffern **7.1** und **7.2** verwiesen.

##### 9.1.1.2 Anspruch auf Schadensersatz neben der Leistung

Der Anspruch auf Schadensersatz „neben“ der Leistung aus § 280 BGB ist auf **Ersatz sog. Mangelfolgeschäden** gerichtet. Das sind die Schäden, die nicht im mangelbedingten Minderwert der Kaufsache bestehen, sondern infolge des Mangels an anderen Rechtsgütern des Käufers entstanden sind. Die

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	--	--

mangelbehaftete Kaufsache verbleibt in diesem Fall beim Käufer. Eine **Fristsetzung zur Nacherfüllung** ist in diesem Falle **nicht erforderlich**.

### 9.1.2 Allgemeines zum Verschulden

Die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen setzt grundsätzlich ein **Verschulden bzw. Vertretenmüssen der Pflichtverletzung** des Verkäufers voraus (*Ausnahme*: Garantieerklärung des Verkäufers). Für Schadensersatzansprüche „statt“ oder „neben“ der Leistung wird dieses Verschulden **gesetzlich vermutet** (§ 280 Abs. 1 Satz 2 BGB). Das hat zur Folge, dass der Verkäufer ggf. nachweisen muss, dass er die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Fraglich ist in diesem Zusammenhang insbesondere, ob der Verkäufer auch für ein Verschulden des Herstellers haftet.

Der Händler haftet nicht für ein <b>Verschulden des Herstellers</b> . Dieser ist nicht Erfüllungsgehilfe des Händlers.	OLG München, Urteil vom 23.04.2009 (Az. 8 U 4070/08)  OLG Stuttgart, Urteil vom 04.10.2017 (Az. 12 U 64/17)  LG Hagen, Urteil vom 24.08.2012 (Az. 2 O 61/12)
Der Händler haftet nicht für ein <b>Verschulden des Herstellers</b> , es sei denn, der Mangel wäre für ihn i.R.e. von ihm erwarteten Untersuchung erkennbar gewesen.  Zwar ist das fehlende Verschulden grundsätzlich vom Verkäufer als Einwendung vorzutragen, trägt der Käufer aber Umstände vor, die den Verkäufer entlasten, ist die Klage bereits unschlüssig ( <i>hier</i> : Herstellerfehler).	OLG Naumburg, Urteil vom 30.12.2011 (Az. 10 U 10/11)
Befindet sich der <b>Käufer in Annahmeverzug</b> , haftet der Verkäufer ab dieser Zeit nach § 300 Abs. 1 BGB nur noch für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.	LG Bonn, Urteil vom 17.06.2016 (Az. 1 O 441/15)

### 9.1.3 Schaden und Schadensminderungspflicht im Allgemeinen

Der dem Käufer entstandene Schaden kann unterschiedlicher Natur sein. Zu der Frage, ob der Käufer für die entgangene Nutzung des Fahrzeugs Ersatz des Nutzungsausfallschadens geltend machen kann vgl. Ziffern **9.1.5.2** und **9.1.5.3**.

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

### 9.1.3.1 Bemessung / Höhe des Schadens

<b>Schadensersatzanspruch statt der Leistung</b> Könnte der Verkäufer die <b>Nacherfüllung wegen unverhältnismäßiger Kosten verweigern</b> , beschränkt sich der Schadensersatzanspruch des Käufers der Höhe nach auf den <b>Ersatz des mangelbedingten Minderwertes</b> .	BGH, Urteil vom 13.05.2022 (Az. V ZR 231/20)
Der Käufer ist so zu stellen, als wenn der Kaufvertrag ordnungsgemäß erfüllt worden wäre. Wird ein Fahrzeug zu einem <b>Preis</b> erworben, der <b>unterhalb des Marktwertes</b> liegt (Marktwert = durchschnittlicher Kaufpreis für ein vergleichbares Fahrzeug), besteht ein Vermögensschaden in der Differenz dieser beiden Positionen.	LG Berlin, Urteil vom 04.12.2017 (Az. 8 O 307/15)
<b>Schadenersatz für die vom Käufer aufgewandten Zeit</b> Ein Anspruch wegen der vom Käufer aufgewandten Zeit besteht nur, wenn ihm ein Schaden entstanden ist. Das setzt voraus, dass dem Käufer ein erstattungsfähiger Gewinn entgangen ist oder dass er in dieser Zeit erstattungsfähige eigene Arbeitsleistungen mit einem Marktwert erbracht hätte. Nutzlos aufgewandte Zeit ist grundsätzlich nicht zu ersetzen.	LG Düsseldorf, Urteil vom 30.08.2016 (Az. 15 O 425/13)

### 9.1.3.2 Ersatz fiktiver Mängelbeseitigungskosten

<b>Schadensersatz statt der Leistung</b> Der kaufrechtliche Anspruch auf Schadensersatz statt der Leistung („kleiner Schadensersatz“) kann anhand der <b>fiktiven Mängelbeseitigungskosten</b> bemessen werden.	BGH, Urteil vom 10.11.2021 (Az. VIII ZR 187/20)  BGH, Beschluss vom 25.01.2022 (Az. VIII ZR 337/20)
--	---

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden



### 9.1.3.3 Vorteilsausgleich nach den Grundsätzen eines Abzugs „neu für alt“

<p><b>Schadensersatz statt der Leistung</b></p> <p>Der Käufer muss bei einem Anspruch auf Schadensersatz statt der Leistung in Höhe der voraussichtlich erforderlichen Mängelbeseitigungskosten <u>keinen</u> <b>Vorteilsausgleich nach den Grundsätzen eines Abzugs „neu für alt“</b> hinnehmen, wenn sich der Vorteil des Käufers darin erschöpft, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ die Kaufsache durch die zur Mangelbeseitigung erforderliche Verwendung eines neuen Teils einen Wertzuwachs erfährt <u>oder</u></li> <li>■ der Käufer wegen der längeren Lebensdauer des ersetzten Teils Aufwendungen erspart.</li> </ul>	<p>BGH, Urteil vom 13.05.2022 (Az. V ZR 231/20)</p>
---	---

### 9.1.3.4 Schadensminderungspflicht des Käufers

Zur Schadensminderungspflicht im Falle der Geltendmachung eines Nutzungsausfallschadens vgl. Ziffern 9.1.5.2 und 9.1.5.3.

<p>Die Schadensminderungspflicht gebietet es dem Käufer, das <b>Angebot des Herstellers, den Mangel für den Käufer kostenfrei zu beseitigen</b>, anzunehmen, sofern dies für den Käufer nicht ausnahmsweise unzumutbar ist. Schlägt er dieses Angebot aus, steht ihm alternativ <u>kein</u> Anspruch auf Ersatz der für eine Nachbesserung erforderlichen Kosten zu.</p> <p>Das gilt auch dann, wenn dieses Angebot <b>erstmalig in der Berufungsinstanz</b> abgegeben wird.</p> <p>Macht der Käufer einen ihm dem Grunde nach zustehenden Schadensersatzanspruch geltend, <b>geht der Anspruch auf Nacherfüllung unter</b> und lebt auch nicht wieder auf.</p>	<p>OLG Koblenz, Urteil vom 29.11.2018 (Az. 1 U 679/18)</p>
---	--

### 9.1.4 Geltendmachung neben anderen Sachmängelhaftungsansprüchen

Fraglich ist, ob ein Schadenersatzanspruch aus dem Kaufvertrag auch dann geltend gemacht werden kann, wenn bereits andere Ansprüche oder Rechte aus der Sachmängelhaftung geltend gemacht wurden.

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

Ausdrücklich gesetzlich geregelt ist dies nur für den **Rücktrittsfall (§ 325 BGB)**. Danach wird das Recht des Käufers Schadensersatz zu verlangen, durch den Rücktritt nicht ausgeschlossen.

<b>Nach wirksam erklärter Minderung</b> kann der Käufer wegen desselben Mangels später keine Rückabwicklung des Kaufvertrages mehr im Wege des „großen Schadensersatzes“ verlangen.	BGH, Urteil vom 09.05.2018 (Az. VIII ZR 26/17)
<b>Sonderfall: Rücktritt des Verkäufers</b>  Tritt der Verkäufer vom Kaufvertrag zurück, weil der Käufer den Kaufpreis nicht vollständig gezahlt hat, kann er neben der Fahrzeugrückgabe zwar auch noch den entgangenen Gewinn verlangen, nicht jedoch Zahlung des noch ausstehenden Restkaufpreises. Diesen kann der Verkäufer nur nach § 346 Abs. 2 BGB verlangen, wenn der Käufer das Fahrzeug nicht mehr zurückgeben kann und wertersatzpflichtig ist. Im Rücktrittsfall müssen bei der Geltendmachung eines Schadensersatzanspruchs die Rechtsfolgen des Rücktritts Beachtung finden (z.B. Verlust des Erfüllungsanspruchs).	OLG Naumburg, Urteil vom 24.08.2015 (Az. 1 U 37/15)

## 9.1.5 Einzelne Fallgestaltungen

### 9.1.5.1 Fehlende Unfallfreiheit

<b>Verschulden des Verkäufers</b>  Erklärt der Verkäufer objektiv wahrheitswidrig, dass das Kfz unfallfrei ist, obwohl er wegen der großen Zahl der Vorbesitzer ( <i>hier</i> : 3) keine umfassenden Erkenntnisse hat, handelt er schuldhaft und hätte klarstellen müssen, dass sich die Erklärung nur auf seine eigene Besitzzeit bezieht.	OLG Koblenz, Hinweisbeschluss vom 04.10.2010 (Az. 5 U 655/10)
<b>Verschulden des Verkäufers</b>  Erklärt der Verkäufer, der ein <b>Fahrzeug geerbt</b> hat, objektiv wahrheitswidrig, dass das Kfz „soweit ihm bekannt“ unfallfrei ist, fehlt es am erforderlichen Verschulden. Das Wissen des Erblassers kann dem Erben nicht zugerechnet werden.	OLG Koblenz, Beschluss vom 05.06.2014 (Az. 5 U 408/14)

### 9.1.5.2 Nutzungsausfallschaden wegen Verletzung von Nebenpflichten aus dem Kaufvertrag

Besteht der Schaden in der entgangenen Nutzung des Fahrzeugs aufgrund einer Verletzung von Nebenpflichten aus dem Kaufvertrag seitens des Verkäufers, kann dem Käufer ein **Schadensersatzanspruch „neben“ der Leistung** aus § 280 BGB i.V.m. dem Kaufvertrag zustehen.

<b>Schadensminderungspflicht</b> Ein Anspruch auf Zahlung einer Entschädigung für die entgangene Nutzung des <b>verspätet gelieferten Fahrzeugs</b> ist ausgeschlossen, wenn dem Käufer der Einsatz seines Altfahrzeugs oder eines Zweitwagens möglich und zumutbar war.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 22.08.2019 (Az. I-3 U 6/19)
Der Verkäufer hat eine Nebenpflichtverletzung begangen, weil er den <b>Pkw des Käufers nach erfolgter Nachbesserung</b> des Sachmangels <b>nicht herausgegeben</b> hat.  Voraussetzung des Ersatzanspruchs sind ferner ein <b>Nutzungswille</b> und die <b>Nutzungsmöglichkeit</b> des Käufers. Zur Ermittlung der Schadenshöhe kann auf die <b>Tabelle von Sanden/Danner/ Küppersbusch</b> zurückgegriffen werden.	OLG Brandenburg, Urteil vom 08.11.2018 (Az. 12 U 176/16)
Wird ein <b>Gebrauchtwagen</b> beim Käufer wegen einer <b>versehentlich nicht zurückgenommenen Diebstahlsanzeige eines früheren Halters polizeilich sichergestellt</b> und hatte der verkaufende Händler von der Anzeige keine Kenntnis, steht dem Käufer gegen den Verkäufer mangels Verschulden kein auf Nutzungsausfall gerichteter Schadensersatzanspruch neben der Leistung aus §§ 437 Nr. 3, 280 Abs. 1 BGB zu.  (Offen ließ das Gericht die strittige Frage, ob die zu Beweis Zwecken erfolgte Sicherstellung überhaupt einen Rechtsmangel darstellt.)	OLG Hamm, Urteil vom 20.01.2011 (Az. I-28 U 139/10)

### 9.1.5.3 Ersatz des Nutzungsausfallschadens im Rücktrittsfalle

Auch wenn das Recht des Käufers, Schadensersatz zu verlangen, durch den Rücktritt nicht ausgeschlossen ist (§ 325 BGB), war lange Zeit unklar, ob dies auch für einen Anspruch des Käufers auf Ersatz des Nutzungsausfallschadens infolge des Rücktritts gilt. Diese Streitfrage wurde zwischenzeitlich vom BGH entschieden.

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

(Hinweis: Unter welchen Voraussetzungen der Käufer Ersatz des Nutzungsausfallschadens für die Dauer der (in der Regel erfolgreichen) Durchführung von Nachbesserungsarbeiten an seinem mangelbehafteten Fahrzeug verlangen kann, wird unter Ziffer 6.8 behandelt.)

Das Recht des Käufers, trotz Rücktritt vom Kaufvertrag Schadensersatz zu verlangen (§ 325 BGB), gilt auch für einen <b>durch den Sachmangel verursachten Nutzungsausfallschaden des Käufers</b> , dem infolge der berechtigten Rückgabe des mangelhaften Fahrzeugs dessen Nutzung bis zu einer Ersatzbeschaffung entgeht, vorausgesetzt den Verkäufer trifft für den Mangel ein Verschulden.	BGH, Urteil vom 28.11.2007 (Az. VIII ZR 16/07)  BGH, Urteil vom 14.04.2010 (Az. VIII ZR 145/09)  BGH, Urteil vom 12.10.2016 (Az. VIII ZR 103/15)
<b>Höhe/Umfang des Nutzungsausfallschadens</b>  Entgeht dem Käufer infolge der Rückgabe des mangelhaften Fahrzeugs dessen Nutzung und trifft den Verkäufer für den Mangel ein Verschulden, ist der Käufer so zu stellen, wie er stünde, wenn der Vertrag ordnungsgemäß erfüllt worden wäre ( <b>Differenztheorie</b> ).  Kann das Fahrzeug aus <b>sachmangelfremden Gründen</b> nicht genutzt werden (z.B. wegen Fahruntüchtigkeit aufgrund eines mangelunabhängigen Unfallschadens; <u>hier</u> : Glatteisunfall) muss sich der Käufer die Ersparnis aufgrund einer unterlassenen Fahrzeugreparatur anrechnen lassen.	BGH, Urteil vom 28.11.2007 (Az. VIII ZR 16/07)
Macht der Käufer einen (verschuldensabhängigen) Anspruch auf Ersatz des Nutzungsausfallschadens geltend, ist er im Rahmen der ihm obliegenden <b>Schadensminderungspflicht</b> verpflichtet, innerhalb angemessener Frist ein <b>Ersatzfahrzeug</b> – ggf. ein Interimsfahrzeug – zu beschaffen.	BGH, Urteil vom 14.04.2010 (Az. VIII ZR 145/09)

<p>Der Anspruch auf Ersatz des Nutzungsausfallschadens entfällt grundsätzlich nicht schon deshalb, weil der Käufer die <b>Möglichkeit</b> hatte, <b>kostenfrei einen Pkw seiner Eltern zu nutzen</b>. Dies gilt jedoch nur für die „erforderliche“ Ausfallzeit.</p> <p>Nach Ablauf einer angemessenen Übergangszeit ist zu prüfen, ob diese Nutzung wirtschaftlich betrachtet einer (unentgeltlichen) Anschaffung eines Interimsfahrzeugs gleichzusetzen ist. Ist dies nicht der Fall, ist zu prüfen, ob ein Verstoß gegen die Schadensminderungspflicht in Betracht kommt.</p> <p><u>(hier:</u> (Mindestens) einjährige Nutzung eines elterlichen Pkw)</p>	<p>BGH, Urteil vom 12.10.2016 (Az. VIII ZR 103/15)</p>
<p>Unter dem Gesichtspunkt der Abwendung weiteren Schadens <u>kann</u> es auch geboten sein, <b>für die Anschaffung eines Interimsfahrzeugs einen Kredit aufzunehmen</b>. Indizien hierfür können die Finanzierung des streitgegenständlichen Fahrzeugs, eine Festanstellung des Käufers sowie die Niedrigzinsphase sein.</p>	<p>OLG Schleswig, Urteil vom 02.10.2015 (Az. 17 U 43/15)</p>
<p>Macht der Käufer Nutzungsausfall geltend, spricht die Lebenserfahrung für den erforderlichen <b>Nutzungswillen</b>.</p> <p>Aus der Schadensminderungspflicht lässt sich in der Regel keine Pflicht des Käufers ableiten, ein <b>Ersatzfahrzeug</b> ggf. zu <b>finanzieren</b>, wenn er die notwendigen Mittel für ein gleichwertiges Kfz nicht aufwenden kann. In diesem Falle kann auch ein Nutzungsausfall für einen längeren Zeitraum (<u>hier:</u> 168 Tage) zugesprochen werden. <u>Ausnahme:</u> Der Käufer kann sich ohne Schwierigkeiten einen Kredit beschaffen und wird durch die Rückzahlung nicht über seine wirtschaftlichen Verhältnisse hinaus belastet.</p>	<p>KG Berlin, Urteil vom 11.10.2010 (Az. 12 U 241/07)</p>
<p>Im Falle eines <b>Neuwagenkaufs</b> besteht mangels Verschulden des verkaufenden Händlers kein Anspruch auf Ersatz des Nutzungsausfallschadens. Ein etwaiges <b>Herstellerverschulden</b> muss sich der Händler nicht zurechnen lassen, da er nicht Erfüllungsgehilfe des Herstellers ist.</p>	<p>OLG Hamm, Beschluss vom 23.12.2008 (Az. 28 W 27/08)</p>

<p><b>Umfang</b> der Nutzungsausfallentschädigung für die Zeit nach Rücktritt vom Kaufvertrag:</p> <p>Wenn im Einzelfall keine besonderen Umstände vorliegen, <b>i.d.R. 7 bis 10 Tage</b></p>	<p>OLG Celle, Urteil vom 16.04.2008 (Az. 7 U 224/07)</p>
<p>Nutzt der Käufer keinen Leihwagen, kommt eine <b>pauschalisierte Nutzungsausfallentschädigung</b> in Betracht. Deren Berechnung ist nicht von der Rückgabe des Fahrzeugs abhängig. Der Umfang richtet sich nach der Anzahl der Tage, an denen das Fahrzeug <u>mangelbedingt</u> nicht genutzt und der Mobilitätsbedarf nicht durch einen vorhandenen Zweitwagen gedeckt werden kann.</p>	<p>OLG Düsseldorf, Beschluss vom 28.01.2008 (Az. I-1 U 151/07)</p>
<p><b>Nutzungsausfallentschädigung für die Zeit nach Fehlschlagen der Nachbesserung bei erst später erklärtem Rücktritt</b></p> <p>Sofern keine gegenteiligen Anhaltspunkte dafür vorliegen, ist von einem <b>Nutzungswillen</b> des Käufers auszugehen.</p> <p><b>Schadensminderungspflicht:</b> Eine <b>Ersatzbeschaffung</b> kann vom Käufer bis zum Eintritt der mit dem Rücktritt erklärten Rückabwicklungsfrist nicht verlangt werden.</p> <p>Eine geeignete <b>Methode zur Schadensschätzung</b> besteht in der Heranziehung der <b>Tabellen von Sanden/Danner/Küppersbusch</b>.</p>	<p>LG Koblenz, Urteil vom 02.11.2023 (Az. 15 O 44/23)</p>

#### 9.1.5.4 Sonstige Fallgestaltungen

<p>Stammt ein Gebrauchtwagen von einem „<b>fliegenden Zwischenhändler</b>“, der nicht im Kfz-Brief eingetragen ist, steht dem Käufer im Falle <u>vorsätzlicher</u> Nichtaufklärung über diesen Umstand ein Schadensersatzanspruch zu.</p> <p>Dem Verkäufer obliegt der Beweis, dass der Schaden beim Käufer auch im Falle seiner Aufklärung eingetreten wäre.</p>	<p>BGH, Urteil vom 16.12.2009 (Az. VIII ZR 38/09)</p> <p>OLG Brandenburg, Urteil vom 12.01.2011 (Az. 7 U 158/09)</p>
<p>Die auf einer <b>verspäteten Auslieferung einer Kurzzulassung</b> resultierende <b>Wertminderung</b> des Fahrzeugs ist auf Basis des vereinbarten Kaufpreises zu ermitteln, nicht auf Basis des Listenpreises.</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 22.08.2019 (Az. I-3 U 6/19)</p>
<p>Im Falle der <b>Rückabwicklung eines Inzahlungnahmegeschäfts</b> steht dem Käufer der vereinbarte „<b>versteckte Rabatt</b>“ nur zu,</p>	<p>OLG Hamm, Urteil vom 18.12.2008 (Az. 28 U 17/08)</p>

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

wenn der GW zwischenzeitlich weiterveräußert wurde <u>und</u> wenn den Verkäufer an der Mangelhaftigkeit des Neuwagens ein Verschulden trifft. Die Lieferung des mangelhaften Neuwagens als solche stellt jedoch noch keine schuldhafte Pflichtverletzung des Händlers dar.	
Der Schadensersatzanspruch umfasst auch die Kosten für eine <b>frühzeitige Hinzuziehung eines Rechtsanwalts</b> .	OLG Düsseldorf, Beschluss vom 06.05.2005 (Az. I-1 W 17/05)
Ersatzfähig sind grundsätzlich auch <b>außergerichtliche Rechtsverfolgungskosten</b> , sofern sie sachdienlich waren. Das ist dann nicht der Fall, wenn der Käufer bereits den Rücktritt erklärt hatte und der Anwalt anschließend abmahnt, obwohl der Verkäufer bereits ernsthaft und endgültig die Leistung verweigert hat.  Kommt der Verkäufer einer geforderten Ersatzlieferung nicht nach, sind auch die <b>Kosten für die Zulassung</b> eines neuen Fahrzeugs und <b>neue Kfz-Kennzeichen</b> ersatzfähig, weil sie im Falle einer ordnungsgemäßen Ersatzlieferung nicht vom Käufer, sondern vom Verkäufer zu tragen gewesen wären (§ 439 Abs. 2 BGB).	OLG Sachsen-Anhalt, Urteil vom 06.11.2008 (Az. 1 U 30/08)
Es besteht keine allgemeine Hinweispflicht des Gebrauchtwagenverkäufers bezüglich <b>nachträglich geänderter Inspektionsvorgaben</b> des Herstellers.	LG Karlsruhe, Urteil vom 26.01.2010 (Az. 6 O 82/09)
Der Verkäufer haftet nach § 300 Abs. 1 BGB ab der Zeit, in der sich der <b>Käufer in Annahmeverzug</b> befindet, nur noch für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit. <b>Grobe Fahrlässigkeit</b> liegt jedenfalls dann nicht vor, wenn sich ein während dieser Zeit gestohlenes Fahrzeug zum Zeitpunkt des <b>Diebstahls</b> auf einem umfriedeten, aber nicht kameraüberwachten Gelände befunden hat.	LG Bonn, Urteil vom 17.06.2016 (Az. 1 O 441/15)
<b>Schadenersatz in Höhe des Kraftstoffmehrverbrauchs</b>  Schätzung der <b>Kosten für den Kraftstoffmehrverbrauch</b> für den Zeitraum der Fahrzeugnutzung anhand der jährlichen Preisstatistiken:  $\frac{\text{Zurückgelegte km} \times \emptyset \text{ Preis/l} \times \text{Mehrverbrauch in l}}{100 \text{ km}}$	LG Düsseldorf, Urteil vom 30.08.2016 (Az. 15 O 425/13)

Bei arglistigem Handeln des Verkäufers muss der Käufer <u>keinen</u> <b>Wertersatz</b> für zwischenzeitlich eingetretene <b>Wertminderungen</b> leisten, wenn ihn an diesen <u>kein</u> Verschulden trifft.	LG Düsseldorf, Urteil vom 20.07.2009 (Az. 5 O 259/05)
<b>Ersatz des „merkantilen“ Minderwertes trotz erfolgreicher Nachbesserung eines auf <u>Feuchtigkeit im Innenraum</u> beruhenden Mangels</b>  Da selbst sach- und fachgerecht reparierte Feuchtigkeitsschäden im Innenraum insbesondere dann, wenn sie auch Steuergeräte und Kabelbäume betreffen, ebenso wie ordnungsgemäß reparierte Unfallschäden ein erhebliches Reparaturrisiko bergen, kann in diesem Falle ausnahmsweise ein Schadensersatzanspruch wegen eines merkantilen Minderwertes bestehen.	AG Nürnberg, Urteil vom 24.03.2015 (Az. 13 C 8730/14)
Hat sich der Verkäufer verpflichtet, noch vor Übergabe des GW Wartungsarbeiten durchzuführen, haftet er für <b>Fehler</b> , die eine von ihm beauftragten <b>Drittwerkstatt</b> verschuldet hat.	AG Heidenheim, Urteil vom 29.01.2010 (Az. 1 C 1012/09)

## 9.2 Zusätzlich anfallende Aus- und Einbaukosten

Seit dem Jahr 2018 ist es **nicht mehr erforderlich, dass die Voraussetzungen eines verschuldensabhängigen Schadensersatzanspruchs vorliegen müssen**, wenn eine Kfz-Werkstatt Ersatz für die zusätzlich angefallenen Aus- und Einbaukosten für den Austausch von ihm erworbener und verbauter mangelhafter Ersatz- oder Zubehörteile von seinem Lieferanten begehrt. Bis dahin hatte der BGH noch die Auffassung vertreten, dass bei einem unter Kaufleuten abgeschlossenen Kaufvertrag über (mangelhafte) Ersatz- oder Zubehörteile dies der einzige Weg sei, die Aus- und Einbaukosten erstattet zu bekommen (BGH, Urteil vom 02.04.2014, Az. VIII ZR 46/13).

Seit der im Jahr 2018 vorgenommenen Gesetzesänderung ist nunmehr **in § 439 Abs. 3 Satz 1 BGB gesetzlich geregelt**, dass auch Werkstätten die zusätzlich angefallenen Aus- und Einbaukosten als **Kosten der Nacherfüllung** und damit **unabhängig von einem Verschulden des Lieferanten** ersetzt verlangen können (vgl. hierzu Ziffer **6.7.5**).

## 9.3 Sonstige Schadensersatzansprüche

Im Zusammenhang mit dem Verkauf von Fahrzeugen oder Ersatzteilen können **außerhalb der Sachmangelhaftung** im Einzelfall **weitere Rechtsgrundlagen für Schadensersatzansprüche** in Betracht kommen.

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---



<p><b>Haftung eines Sachverständigen, der vom Verkäufer mit der Begutachtung und Einstellung eines Gebrauchtwagens in eine Internet-Restwertbörse beauftragt worden war, gegenüber dem späteren Käufer</b></p> <p>Eine Haftung des Sachverständigen aus einem <b>Vertrag mit Schutzwirkung zu Gunsten eines unbeteiligten Dritten</b> (<i>hier</i>: Käufer) setzt voraus, wenn dem Käufer keine eigenen gleichwertigen vertraglichen Ansprüche – gleich gegen wen – zustehen. Dabei ist ein Nacherfüllungsanspruch gegen den Verkäufer im Vergleich zu einem Schadensersatzanspruch gegen den Sachverständigen bereits dann gleichwertig, wenn mit beiden Ansprüchen, wirtschaftlich betrachtet, letztlich dasselbe Ziel verfolgt wird.</p> <p>Eine <b>Sachwalterhaftung</b> (§ 311 Abs. 3 BGB) von Personen, die in besonderem Maße Vertrauen für sich in Anspruch nehmen und dadurch die Vertragsverhandlungen oder den Vertragsabschluss erheblich beeinflussen, ohne selbst Vertragspartei zu werden, kommt nur dann in Betracht, wenn dem Käufer auch ein Schadensersatzanspruch gegen den Verkäufer zusteht. Ein Nacherfüllungsanspruch des Käufers reicht hierfür nicht aus. In der Praxis dürfte die Sachwalterhaftung daher nur von Bedeutung sein, wenn der Käufer den Schadensersatzanspruch gegen den Verkäufer nicht realisieren kann.</p>	<p>BGH, Urteil vom 12.01.2011 (Az. VIII ZR 346/09)</p>
<p><b>Schadensersatz statt der Leistung wegen Nichtabnahme des Fahrzeugs aus § 281 Abs. 4 oder 5 BGB</b></p> <p>Macht der Händler Schadensersatz wegen <b>Nichtabholung eines Fahrzeugs</b> gegen den Käufer geltend, erlischt im Gegenzug sein Erfüllungsanspruch nach Abs. 4. Der Anspruch des Käufers auf Rückgewähr des Geleisteten (z.B. einer Anzahlung) aus Abs. 5 entsteht nur, wenn das Schadensersatzbegehren des Händlers auf der Grundlage der Abs. 1 bis 3 berechtigt war.</p> <p>Hat der Händler danach keine „angemessene“ Frist zur Abholung des Fahrzeugs und Restzahlung des Kaufpreises gesetzt und war eine Fristsetzung auch nicht ausnahmsweise entbehrlich, steht dem Händler auf dieser Rechtsgrundlage kein</p>	<p>BGH, Urteil vom 14.10.2020 (Az. VIII ZR 318/19)</p>

Schadensersatzanspruch zu und dem Käufer kein Rückgewähranspruch bezüglich der bereits von ihm erbrachten Leistungen.	
<b>Schadensersatz nach UN-Kaufrecht (Art. 79 CISG)</b> Verkauft ein deutscher Kfz-Händler gutgläubig einen <b>gestohlenen Pkw</b> , so ist er einem ausländischen Käufer gegenüber nach UN-Kaufrecht (Art. 79 CISG) zum Schadensersatz verpflichtet, weil er wegen des Diebstahls nicht in der Lage ist, selbst Eigentum an dem Kfz zu erwerben und dieses auf den Käufer zu übertragen.	OLG München, Urteil vom 05.03.2008 (Az. 7 U 4969/06)
<b>Schadensersatzanspruch des (Letzt-) Käufers gegen den Erstverkäufer aus § 826 BGB wegen vorsätzlicher sittenwidriger Schädigung</b> Verschweigt der Erstverkäufer einem redlichen gewerblichen Zwischenhändler die <b>Mängelhistorie</b> des Kfz und den Umstand, dass es sich um ein „ <b>Wandlungsfahrzeug</b> “ handelt, kann dem (Letzt-) Käufer gegen den Erstverkäufer ein Schadensersatzanspruch wegen sittenwidriger vorsätzlicher Schädigung aus § 826 BGB zustehen.	OLG Frankfurt/M., Urteil vom 19.05.2011 (Az. 12 U 152/09)
<b>Haftung des Händlers wegen Verletzung von Hinweis- und Aufklärungspflichten aus §§ 242, 280 BGB wegen positiver Vertragsverletzung</b> Wird ein <b>Gebrauchtwagen verkauft, unter Hinweis auf eine vorherige Untersuchung</b> des Fahrzeugs, wird ein besonderes Vertrauensverhältnis geschaffen, aus dem als vertragliche Nebenpflicht Aufklärungspflichten erwachsen, deren Nichtbeachtung ggf. zu einer Schadensersatzpflicht des Händlers führen ( <i>hier</i> : Unterlassener Hinweis über <b>Unaufklärbarkeit des Alters eines später gerissenen Zahnriemens</b> ).	LG Gera, Urteil vom 28.10.2009 (Az. 1 S 428/08)

<p><b>Verletzung vertraglicher Nebenpflichten</b></p> <p>Nach Ablauf der Verjährungsfrist für die Geltendmachung von Ansprüchen aus der Sachmangelhaftung steht dem Käufer auch <u>kein</u> Schadensersatzanspruch aus der Verletzung vertraglicher Nebenpflichten wegen <b>Falschinformationen über das vermeintliche Nichtbestehen von Ansprüchen aus der Sachmangelhaftung</b> aus § 241 BGB zu.</p>	<p>AG Dortmund, Urteil vom 26.06.2018 (Az. 425 C 1987/18)</p>
<p><b>Haftung des Verkäufers wegen eines defekten Ersatzfahrzeugs</b></p> <p>Wird dem Käufer <b>für die Zeit der Nachbesserung</b> ein <b>Ersatzfahrzeug</b> zur Verfügung gestellt, haftet der Verkäufer dem Käufer gem. §§ 280, 253 BGB für Schäden, die ihm aufgrund eines Defekts des Ersatzfahrzeugs entstehen, sofern der Käufer nicht auf eine diesbezügliche Einschränkung der normalen Gebrauchstauglichkeit hingewiesen worden ist (<u>hier</u>: Kopfverletzung, die von defekter Heckklappe verursacht wurde).</p>	<p>AG Kassel, Urteil vom 13.03.2012 (Az. 435 C 4225/11)</p>
<p><b>Schadensersatzanspruch nach § 242 BGB</b></p> <p>Bei einer <b>Ersatzteillieferung</b>, die letztlich 2 Jahre dauert, besteht gegen den Hersteller ein Schadensersatzanspruch nach § 242 BGB.</p>	<p>AG Rüsselsheim, Urteil vom 30.01.2004 (Az. 3 C 769/03)</p>

Hinweis: Für die Entstehung von **Schäden, die über die Mangelhaftigkeit hinausgehen**, kann – je nach den Umständen des Einzelfalles – auch eine **deliktische Haftung des Verkäufers nach §§ 823 ff. BGB** in Betracht kommen.

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

## 10 Aufwendungsersatzanspruch

Im Falle eines berechtigten Rücktritts vom Kaufvertrag kann der Käufer gemäß § 437 i.V.m. § 284 BGB **anstelle eines kaufvertraglichen Schadensersatzanspruchs alternativ Ersatz der „vergeblichen Aufwendungen“** verlangen, die er im Vertrauen auf den Erhalt eines mangelfreien Fahrzeugs gemacht hat und billigerweise auch machen durfte, es sei denn, der mit den Aufwendungen verfolgte Zweck wäre auch dann nicht erreicht worden, wenn das Fahrzeug mangelfrei gewesen wäre.

### 10.1 Voraussetzungen

Für die Durchsetzung eines Aufwendungsersatzanspruchs müssen **alle Voraussetzungen eines (verschuldensabhängigen) Schadensersatzanspruchs nach § 281 BGB** vorliegen. Ebenso wie bei einem Schadensersatzanspruch statt der Leistung wird das **Verschulden bzw. Vertretenmüssen des Verkäufers** nach § 280 Abs. 1 Satz 2 BGB **gesetzlich vermutet**, sofern es diesem nicht gelingt den Entlastungsbeweis zu führen (vgl. hierzu Ziffer 9.1.2).

Die **Ersatzfähigkeit der getätigten Aufwendung hängt im Übrigen nicht davon ab, dass die Aufwendungen notwendig waren oder zu einer Wertsteigerung des Fahrzeugs geführt haben**. Diese Aspekte spielen nur im Falle der Geltendmachung eines Verwendungsersatzanspruchs nach § 347 Abs. 2 BGB eine Rolle (vgl. hierzu Ziffer 12.2).

#### Gelegenheit zur Nacherfüllung

Hat der Käufer eine **Drittwerkstatt erfolglos mit der Vornahme von Reparaturarbeiten beauftragt**, steht ihm im Falle eines berechtigten Rücktritts vom Kaufvertrag gegen den Verkäufer kein Aufwendungsersatzanspruch bezüglich der Kosten der erfolglosen Inanspruchnahme der Drittwerkstatt zu, wenn der Käufer dem Händler zuvor keine Gelegenheit zur Nacherfüllung eingeräumt hatte.

OLG Schleswig-Holstein, Urteil vom 22.02.2011 (Az. 3 U 66/10)

### 10.2 Ersatzfähige Kosten

„**Vergeblich**“ und somit i.d.R. ersatzfähig sind Kosten/Aufwendungen dann, wenn sie „**nutzlos**“ sind. Sie sind nur dann nicht ersatzfähig, wenn der mit den Aufwendungen verfolgte Zweck auch im Falle der Mangelfreiheit des Fahrzeugs nicht erreicht worden wäre.

Den Einwand des Verkäufers, eine vom Käufer getätigte Aufwendung sei nicht nutzlos, weil der Käufer sie noch in einem **Ersatzwagen** nutzen könne, erkennen die Gerichte daher grundsätzlich nicht an.

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

<p>Der Aufwendungsersatzanspruch umfasst neben den <b>Überführungs- und Zulassungskosten</b> auch die <b>Anschaffungskosten für Zubehör</b>.</p> <p>Der Käufer muss sich jedoch die <b>gezogenen Nutzungen anrechnen</b> lassen.</p>	<p>BGH, Urteil vom 20.07.2005 (Az. VIII ZR 275/04)</p> <p>OLG Stuttgart, Urteil vom 25.08.2004 (Az. 3 U 78/04)</p> <p>OLG Köln, Urteil vom 27.03.2008 (Az. 15 U 175/07)</p> <p>OLG Hamm, Urteil vom 05.08.2010 (Az. I-28 U 22/10)</p> <p>LG Hamburg, Urteil vom 22.06.2012 (Az. 323 O 230/10)</p>
<p>Der Abschluss einer <b>Gebrauchtwagengarantie</b> stellt eine „vergebliche“ und damit ersatzfähige Aufwendung dar.</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 29.10.2007 (Az. I-1 U 59/07)</p>
<p><b>Keine</b> „vergeblichen Aufwendungen“ sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ <b>Abholkosten</b> (nutzlos aufgewandte Zeit ist grundsätzlich nicht ersatzfähig)</li> <li>■ Kosten für <b>Wagenwäsche</b> etc.</li> <li>■ <b>Kraftstoffkosten</b> für Leihwagen</li> </ul>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 18.08.2008 (Az. I-1 U 238/07)</p>
<p>Kosten für die Anschaffung von <b>Winterreifen</b> sind ersatzfähig.</p>	<p>OLG Hamm, Urteil vom 18.06.2007 (Az. 2 U 220/06)</p> <p>OLG München, Urteil vom 26.10.2011 (Az. 3 U 1853/11)</p> <p>LG Hamburg, Urteil vom 22.06.2012 (Az. 323 O 230/10)</p> <p>LG Düsseldorf, Urteil vom 30.08.2016 (Az. 15 O 425/13)</p>
<p>Ersatzfähig sind Kosten für:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ die <b>Einholung eines Privatgutachtens</b></li> <li>■ <b>Reparaturen</b>, die im Vertrauen auf den Erhalt eines vertragsgemäßen Fahrzeuges erbracht wurden</li> <li>■ <b>Garagenmiete</b></li> </ul>	<p>OLG Brandenburg, Urteil vom 27.11.2018 (Az. 3 U 15/18)</p>

<b>Windschott</b> , um sich beim Offenfahren in einem Cabrio gegen Wind zu schützen, ist ersatzfähig.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 21.01.2008 (Az. I-1 U 152/07)
Kosten für die <b>Inspektion inklusive</b> der Kosten für <b>Öl- und Filterwechsel</b> sind ersatzfähig.	LG Hamburg, Urteil vom 22.06.2012 (Az. 323 O 230/10)

### 10.3 Abzüge wegen gezogener Nutzungen

Dass der Käufer wegen gezogener Nutzungen einen Abzug hinnehmen muss, ist inzwischen höchst-richterlich geklärt. Einzelfallabhängig bleibt die **Frage** zu klären, **in welcher Höhe ein Abzug für die gezogenen Nutzungen gerechtfertigt ist.**

Der Aufwendungsersatzanspruch ist <b>um die Dauer der Nutzung zu kürzen.</b>	BGH, Urteil vom 20.07.2005 (Az. VIII ZR 275/04)
Für die <b>Zulassung inklusive Kennzeichen</b> ist ein Abzug in Höhe von 20 % gerechtfertigt.  Für <b>Winterreifen</b> , die 3 Winter gefahren worden sind, ist ein Abzug in Höhe von 50 % vorzunehmen.	LG Köln, Urteil vom 24.06.2009 (Az. 28 O 11/07)
Wurden die <b>Winterreifen</b> 3 Winterperioden genutzt und weist das Fahrzeug eine Gesamtlauflistung von rund 37.000 km auf, ist der Anspruch um die Hälfte zu kürzen.	LG Düsseldorf, Urteil vom 30.08.2016 (Az. 15 O 425/13)
Unter der Prämisse, dass Reifen sowie Felgen eine Lebensdauer von ca. 5 Jahren haben, ist für <b>Komplettwinterräder</b> , die 3 Winter gefahren wurden, ein Abzug in Höhe von 60 % des Bruttokaufpreises vorzunehmen.	LG Itzehoe, Urteil vom 26.06.2013 (Az. 6 O 131/13)
Ausgehend vom Bruttokaufpreis (abzüglich des anteiligen Preisvorteils) ist der Aufwendungsersatzanspruch für die Anschaffung von <b>Winterreifen und Felgen</b> bei einer unterstellten Lebensdauer von 5 Jahren im Verhältnis zum Nutzungszeitraum anteilig zu kürzen. Im Übrigen sind die Reifen und Felgen <b>herauszugeben.</b>	LG Hamburg, Urteil vom 22.06.2012 (Az. 323 O 230/10)

## 11 Ansprüche bei der Vermittlung von Fahrzeugen

Kaufverträge über Neu- und Gebrauchtwagen können auch unter Einschaltung eines Kfz-Betriebs abgeschlossen werden, der als Vermittler agiert:

- Bei der **Vermittlung von Neuwagen** erteilt der Kunde einem freien oder markenfremden Händler oder einem Servicebetrieb den Auftrag, in seinem Namen einen näher bezeichneten Neuwagen einer bestimmten Marke beim autorisierten Neuwagenhändler zu erwerben. Hierzu erteilt der Kunde und spätere Käufer dem Vermittler eine entsprechende Vollmacht.
- Bei der **Vermittlung von Gebrauchtwagen** beauftragt der Kunde und spätere Verkäufer, den Händler damit, im Namen des Kunden einen Käufer für seinen Gebrauchtwagen zu finden.

In beiden Fällen kommt der Kaufvertrag nicht mit dem Vermittler zustande, sondern zwischen Käufer und Verkäufer. Treten Mängel an dem Fahrzeug auf, stellt sich die **Frage, ob der Käufer (auch) Ansprüche gegen den Vermittler geltend machen kann.**

Der <b>Vermittler haftet nicht</b> für Sachmängel. Rücktritts- und Minderungsrechte etc. können nur gegenüber dem tatsächlichen Verkäufer geltend gemacht werden.	OLG Frankfurt/M., Urteil vom 28.01.2005 (Az. 25 U 210/03)  OLG Stuttgart, Urteil vom 26.03.2008 (Az. 3 U 93/07)
Dem Käufer stehen gegenüber einem Vermittler keine Ansprüche aus der Sachmangelhaftung zu.  Allerdings kann ihm im Falle der <b>Verletzung von Aufklärungspflichten</b> ein <b>Schadensersatzanspruch aus Verschulden bei Vertragsschluss</b> gegen den Vermittler zustehen. Hiervon ist auszugehen, wenn der Vermittler es unterlassen hat, den Käufer - trotz des ihm vom Käufer entgegengebrachten Vertrauens - unaufgefordert darüber aufzuklären, dass der <b>in der ZB II eingetragene Halter nicht der Eigentümer/Verkäufer</b> ist und dieser außerdem keinen Wohnsitz in Deutschland hat.	OLG Koblenz, Urteil vom 16.05.2023 (Az. 3 U 151/23)

Hinweis: Wird das **Fahrzeug außerhalb Deutschlands erworben**, richten sich die Ansprüche des Käufers nach dem Zivilrecht des Landes, in dem der Verkäufer seinen Unternehmenssitz hat.

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

## 12 Rückabwicklung

Tritt ein Käufer vom Kaufvertrag zurück oder wird ein Kaufvertrag aus sonstigen Gründen rückabgewickelt sind die gegenseitig empfangenen Leistungen zurückzugewähren und die gezogenen Nutzungen herauszugeben.

### 12.1 Nutzungsvergütung / Gebrauchsvorteile

Im Rahmen der Rückabwicklung eines Kaufvertrages hat der Verkäufer gegen den Käufer nach deutschem Recht einen Anspruch auf Zahlung einer Nutzungsvergütung. Dass eine derartige Wertersatzverpflichtung **im Falle des Rücktritts vom Kaufvertrag auch mit europäischem Recht vereinbar** ist, wurde vom **Europäischen Gerichtshof** (EuGH) ausdrücklich bestätigt (Urteil vom 17.04.2008, Az. C-404/06) und daraufhin auch vom **BGH** bekräftigt (Urteil vom 16.09.2009, Az. VIII ZR 243/08).

#### 12.1.1 Schätzungsermessen des Tatrichters

Die Bemessung der Höhe unterliegt dem **Schätzungsermessen des Tatrichters**.

<p>Der Tatrichter ist bei der <b>Wahl der Berechnungsmethode</b> frei.</p> <p>Die von der Rechtsprechung regelmäßig verwendete <b>Faustformel</b> (vgl. <b>12.1.2.1</b> und <b>12.1.3.1</b>) ist nicht zu beanstanden.</p> <p>Bei der <b>Schätzung der „erwarteten Gesamtleistung“</b> muss sich der Tatrichter weder an der <b>Rechtsprechung anderer Gerichte</b> orientieren noch ist er gehalten zur Frage der prognostizierten Gesamtleistung ein <b>Sachverständigengutachten</b> einzuholen.</p>	<p>BGH, Urteil vom 23.03.2021 (Az. VI ZR 3/20)</p>
<p>Die Gerichte sind grundsätzlich <u>nicht</u> verpflichtet, die Schätzung der Gesamtleistung auf die <b>Feststellungen eines Sachverständigen</b> zu stützen. Die in <b>Kommentierungen, Schwackelisten oder sonstigen aussagekräftigen statistischen Auswertungen enthaltenen Übersichten über die gefestigte Schätzungspraxis der Gerichte</b> bieten – angesichts der eingeschränkten empirischen Ermittlungsmöglichkeiten und im Interesse einer einheitlichen Handhabung – in der Regel eine hinreichende Schätzungsgrundlage.</p>	<p>BGH, Urteil vom 29.09.2021 (Az. VIII ZR 111/20)</p> <p>BGH, Beschluss vom 22.02.2022 (Az. VIII ZR 434/21)</p>



Ein Vorteilsausgleich kann <u>nicht</u> dadurch erfolgen, dass die dem Käufer anzurechnenden Vorteile mit einer „ <b>Gesamtnutzungsdauer von 10 Jahren bei Dieselfahrzeugen</b> “ gleichgesetzt werden. Der für die „technischen Haltbarkeit von Dieselfahrzeugen“ geschätzte Zeitraum ist für die vorzunehmende Vorteilsausgleichung irrelevant.	BGH, Urteil vom 24.07.2023 (Az. VIa ZR 752/22)
---	--

## 12.1.2 Ermittlung der Nutzungsvergütung bei Rückabwicklung eines Neuwagenkaufs

### 12.1.2.1 Faustformel

Für die Ermittlung/Berechnung der Nutzungsvergütung bei der Rückabwicklung eines Neuwagenkaufvertrages wird von den Gerichten regelmäßig auf folgende Faustformel zurückgegriffen:

$$\text{Gebrauchsvorteil} = \frac{\text{Bruttoverkaufspreis} \times \text{gefahrne km}}{\text{erwartete Gesamtleistung}}$$

Zur **Anwendbarkeit der Faustformel** hat die Rechtsprechung inzwischen folgendes entschieden:

Ist der <b>Käufer vorsteuerabzugsberechtigt</b> , steht es dem Tatrichter frei, statt auf den Bruttoverkaufspreis auf den Nettoverkaufspreis abzustellen.	BGH, Urteil vom 23.03.2021 (Az. VI ZR 3/20)
Es steht im Ermessen des Tatrichters, ob er im Falle eines <b>vorsteuerabzugsberechtigten Käufers</b> die Nutzungsvorteile aus dem Gebrauch des Fahrzeugs nach dem Bruttokaufpreis oder nach dem Nettokaufpreis bemisst.	BGH, Urteil vom 24.07.2023 (Az. VIa ZR 752/22)
Der Nutzungsvorteil ist auch im Falle einer <b>Fahrzeugfinanzierung</b> auf der <b>Grundlage des Kaufpreises</b> zu ermitteln, ohne die Finanzierungskosten zu berücksichtigen. Letztere erhöhen nicht den objektiven Wert des Fahrzeugs und vergrößern damit auch nicht den Gebrauchsvorteil.	BGH, Urteil vom 13.04.2021 (Az. VI ZR 274/20)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<p>Für die Schätzung der „<b>erwarteten Gesamtleistung</b>“ ist auf die <b>Lebensdauer des (gesamten) Fahrzeugs</b> abzustellen, nicht allein auf die mögliche Laufleistung des Motors.</p> <p>Maßgeblich ist die unter gewöhnlichen Umständen zu erzielende <b>(durchschnittliche) Gesamtleistung</b>. Es kommt nicht darauf an, welche Gesamtleistung das Fahrzeugmodell</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ unter günstigen Bedingungen erreichen kann,</li> <li>■ in bestimmten Einzelfällen bereits erreicht hat oder</li> <li>■ ob der Fahrer eine schonende oder eine beanspruchende Fahrweise an den Tag gelegt hat.</li> </ul> <p>Ohne Darlegung besonderer Umstände ist der Tatrichter <u>nicht</u> verpflichtet, einen (angebotenen) <b>Sachverständigenbeweis</b> einzuholen. Die <b>in Kommentierungen, Schwackelisten oder sonstigen aussagekräftigen statistischen Auswertungen enthaltenen Übersichten über die gefestigte Schätzungspraxis der Gerichte</b> bieten in der Regel eine hinreichende Schätzungsgrundlage.</p>	<p>BGH, Urteil vom 29.09.2021 (Az. VIII ZR 111/20)</p>
--	--

### 12.1.2.2 0,67 %-Pauschale (erwartete Gesamtleistung 150.000 km)

Unter Zugrundelegung der vorgenannten Faustformel entstehen bei einer **erwarteten Gesamtleistung von 150.000 km Gebrauchsvorteile in Höhe von 0,67 % des Kaufpreises pro 1.000 km**.

Von dieser 0,67 %-Pauschale sind die Gerichte in den vergangenen Jahren häufig ausgegangen und sie wird der Berechnung auch heute noch vielfach zugrunde gelegt (statt vieler z.B. OLG Koblenz, Urteil vom 16.04.2009, Az. 6 U 574/08). Angesichts der sich **wandelnden Technik** und der damit verbundenen **Verbesserung der Fahrzeugqualität** weichen jedoch immer mehr Gerichte von dieser Pauschale ab und veranschlagen **im Einzelfall je nach Fahrzeugtyp eine höhere zu erwartende Gesamtfahrleistung**. Das wirkt sich aus Sicht des Kfz-Händlers nachteilig auf die bei der Rückabwicklung anzurechnende Höhe der Nutzungsentschädigung aus.

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

### 12.1.2.3 0,5 %-Pauschale (erwartete Gesamtleistung 200.000 km)

Bei einer erwarteten **Gesamtleistung von 200.000 km** beträgt die **Pauschale 0,5 % pro gefahrene 1.000 km**.

Fahrzeuge der <b>gehobenen Mittelklasse</b>	OLG Saarbrücken, Urteil vom 22.06.2005 (Az. 1 U 567/04-167)
Pkw der <b>mittleren und gehobenen Klasse</b>	OLG Koblenz, Urteil vom 19.06.2008 (Az. 6 U 1424/07)
Audi A 8 Quattro, 4,2 l	OLG Koblenz, Urteil vom 04.12.1998 (Az. 10 U 1393/97)
BMW X1 sDrive 18d	OLG Hamm, Urteil vom 21.07.2016 (Az. 28 U 2/16)
Hyundai ix35	LG Nürnberg-Fürth, Urteil vom 06.06.2014 (Az. 12 O 8712/12)
Kia Sportage 2.0 4WD	OLG Stuttgart, Urteil vom 08.10.2014 (Az. 4 U 149/12)
Mercedes Benz CLS 350 CDI	OLG Hamm, Urteil vom 09.06.2015 (Az. 28 U 60/14)
Mercedes Benz SLK 350 Roadster	OLG Köln, Urteil vom 27.03.2008 (Az. 15 U 175/07)
Nissan Juke	LG Köln, Urteil vom 05.12.2018 (Az. 18 O 415/17)
Nissan Qashqai 1.2	LG Limburg, Urteil vom 09.06.2017 (Az. 2 O 197/16)
Skoda Fabia	LG Kiel, Urteil vom 08.05.2025 (Az. 6 O 276/23)
Suzuki New Grand Vitara	OLG Düsseldorf, Beschluss vom 28.01.2008 (Az. I-1 U 151/07)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

#### 12.1.2.4 0,4 %-Pauschale (erwartete Gesamtleistung 250.000 km)

Bei einer erwarteten **Gesamtleistung von 250.000 km** beträgt die **Pauschale 0,4 % pro gefahrene 1.000 km**.

<p>Gesamtleistungen von mehr als 200.000 km kommen allenfalls bei folgenden <b>Modellklassen</b> in Betracht:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ <b>Dieselfahrzeuge mit besonders langlebigen Motoren</b></li> <li>■ <b>Fahrzeuge mit 6 Zylinder-Motoren und besonders hohen Hubräumen</b>, die sich in der Praxis als besonders langlebig erwiesen haben</li> </ul>	<p>OLG Saarbrücken, Urteil vom 22.06.2005 (Az. 1 U 567/04-167)</p>
<p>Bei <b>ausgesprochen technisch hochwertigen Fahrzeugen</b> ist von einer Gesamtleistung von 250.000 km auszugehen.</p>	<p>OLG Frankfurt/M., Urteil vom 16.12.2013 (Az. 17 U 141/12)</p>
<p>Audi A 6 Quattro TDI Automatik, 2,5 l</p>	<p>OLG Karlsruhe, Urteil vom 07.03.2003 (Az. 14 U 154/01)</p>
<p>Audi 2.0 TDI, 125 kW</p>	<p>OLG Karlsruhe, Urteil vom 21.01.2020 (Az. 17 U 2/19)</p>
<p>Audi TT</p>	<p>AG Kamen, Urteil vom 27.04.2005 (Az. 9 C 7/05)</p>
<p>BMW 525 d</p>	<p>LG Aschaffenburg, Urteil vom 30.05.2006 (Az. 1 O 337/05)</p>
<p>BMW 530 dA touring</p>	<p>LG Dortmund, Urteil vom 08.12.2000 (Az. 8 O 404/00)</p>
<p>BMW 730 d Limousine</p>	<p>OLG Karlsruhe, Urteil vom 25.11.2008 (Az. 8 U 34/08)</p>
<p>Chevrolet Orlando 1,8</p>	<p>LG Berlin, Urteil vom 31.07.2014 (Az. 5 O 90/13)</p>
<p>Fiat Ducato Diesel</p>	<p>LG Bremen, Urteil vom 28.01.2013 (Az. 2 O 1795/11)</p>

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Ford Grand CMAX	LG Coburg, Urteil vom 02.08.2016 (Az. 23 O 25/16)
Mercedes A-Klasse 180 CDI	LG Köln, Urteil vom 12.08.2013 (Az. 36 O 170/11)
Mercedes A-Klasse 200 CDI	OLG Düsseldorf, Urteil vom 18.08.2008 (Az. I-1 U 238/07)
Mercedes-Benz ML 280 CDI	OLG Köln, Urteil vom 27.04.2010 (Az. 15 U 185/09)
Porsche 911 Turbo Cabrio	LG Wuppertal, Urteil vom 27.05.2020 (Az. 17 O 337/19)
Skoda Octavia Diesel	OLG Koblenz, Urteil vom 27.04.2020 (Az. 12 U 1052/19)
Volvo C 70 2.0T Cabrio	LG Köln, Urteil vom 27.06.2006 (Az. 2 O 52/05)
Volvo V 70 2,4 T	OLG Nürnberg, Urteil vom 21.03.2005 (Az. 8 U 2366/04)
VW Golf Turbo Diesel	LG Münster, Urteil vom 06.10.1993 (Az. 10 O 232/93)
VW Phaeton Diesel	LG Braunschweig, Urteil vom 14.03.2008 (Az. 4 O 2804/07)

#### 12.1.2.5 0,36 %-Pauschale (erwartete Gesamtleistung 275.000 km)

Bei einer erwarteten **Gesamtleistung von 275.000 km** beträgt die **Pauschale 0,36 % pro gefahrene 1.000 km**.

Opel Antara	LG Itzehoe, Urteil vom 26.06.2013 (Az. 6 O 131/13)
-------------	--

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

### 12.1.2.6 0,33 %-Pauschale (erwartete Gesamtleistung 300.000 km)

Bei einer erwarteten **Gesamtleistung von 300.000 km** beträgt die **Pauschale 0,33 % pro gefahrene 1.000 km**.

<b>“Topmodell”</b> mit überdurchschnittlicher Ausstattung und technisch wertiger Motorisierung <i>(hier: Einstandswert gut 79.650 €, wobei das Gericht bei einer Mindestleistung von 300.000 km 0,34 % veranschlagte)</i>	LG München I, Urteil vom 27.03.2018 (Az. 11 O 532/18)
Audi A 4 Avant 3.0 Quattro TDI	OLG Braunschweig, Urteil vom 06.11.2014 (Az. 8 U 163/13)
BMW 535d	OLG München, Urteil vom 12.05.2021 (Az. 15 U 137/18)
Ford Mondeo Turnier 2.0 TDCi mit Automatikgetriebe	LG Düsseldorf, Urteil vom 04.11.2016 (Az. 14e O 250/14)
Honda Civic 1,4 i LS (0,15 €/km)	OLG Celle, Urteil vom 05.11.2003 (Az. 7 U 50/03)
Lexus LS 600h	OLG Oldenburg, Urteil vom 10.09.2015 (Az. 13 U 73/14)
Mercedes 560 SEC	OLG Hamm, Urteil vom 17.12.1996 (Az. 27 U 152/96)
Skoda Octavia	LG Koblenz, Urteil vom 02.11.2023 (Az. 15 O 44/23)
VW Golf Comfort Line 1.6 I FSI	LG Leipzig, Urteil vom 01.06.2007 (Az. 10 O 551/06)
VW Passat Variant	OLG Düsseldorf, Urteil vom 17.10.2019 (Az. 13 U 106/18)
VW Sharan 2.0 TDI match	BGH, Urteil vom 25.05.2020 (Az. VI ZR 252/19)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

VW Touran	OLG Köln, Urteil vom 02.04.2020 (Az. 18 U 60/19)
-----------	--

### 12.1.2.7 Erwartete Gesamtleistung von E-Fahrzeugen

350.000 km (= <b>0,286 % pro gefahrene 1.000 km</b> ) bei einem <b>Oberklasse-Elektro-Fahrzeug</b>	LG München I, Urteil vom 17.06.2022 (Az. 4 O 3834/19)
--	---

### 12.1.2.8 Erwartete Gesamtleistung unter 150.000 km

Beträgt die erwartete **Gesamtleistung** hingegen **weniger als 150.000 km**, liegen die Gebrauchsvorteile über der 0,67 %-Pauschale.

133.333 km (= <b>0,75 % pro gefahrene 1.000 km</b> ) bei einem <b>Toyota Yaris</b>	OLG München, Urteil vom 10.04.2013 (Az. 20 U 4749/12)
--	---

## 12.1.3 Ermittlung der Nutzungsvergütung bei Rückabwicklung eines Gebrauchtwagenkaufs

### 12.1.3.1 Faustformel

Bei der Ermittlung/Berechnung der Nutzungsvergütung im Falle der Rückabwicklung eines Kaufvertrages über ein Gebrauchtfahrzeug ist zu berücksichtigen, dass das Fahrzeug zum Zeitpunkt des Verkaufs bereits eine gewisse Laufleistung erbracht hat. Der Käufer erwirbt mit dem von ihm zu entrichtenden Kaufpreis also ein Fahrzeug, mit einer um die bereits erbrachte Laufleistung reduzierten erwarteten Gesamtleistung. Dieser Umstand schlägt sich in der heranzuziehenden Faustformel dadurch nieder, dass die bereits **vor Abschluss des Kaufvertrages erbrachte Laufleistung von der erwarteten Gesamtleistung in Abzug zu bringen** ist. Hieraus ergibt sich die **erwartete Restlaufleistung**.

Bei der Rückabwicklung eines Gebrauchtwagenkaufvertrages gehen die deutschen Gerichte daher von folgender Faustformel aus:

$$\text{Gebrauchsvorteil} = \frac{\text{Bruttoverkaufspreis x gefahrene km des Käufers}}{\text{erwartete Restlaufleistung}}$$

(= erwartete Gesamtleistung – km-Stand bei Übergabe des Fahrzeugs an den Käufer)

**Hinweis:** Da die „erwartete Gesamtleistung“ auch bei der Ermittlung der „erwarteten Restlaufleistung“ eine Rolle spielt, kann zu deren Ermittlung auf die unter den Ziffern **12.1.2.2** bis **12.1.2.7**

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

dargestellten Richtwerte zurückgegriffen werden. Demgegenüber greifen die dort genannten **Pauschalwerte** (X % pro gefahrene 1.000 km) in der Regel nicht ein, es sei denn, die „erwartete Restlaufleistung“ stimmt zufälligerweise mit einer der dort angegebenen „erwarteten Gesamtlauflleistungen“ (z.B. 150.000 km) überein.

Ist der <b>Käufer vorsteuerabzugsberechtigt</b> , kann statt auf den Bruttoverkaufspreis auf den <b>Nettoverkaufspreis</b> abgestellt werden.	BGH, Urteil vom 23.03.2021 (Az. VI ZR 3/20)
Der Nutzungsvorteil ist auch im Falle einer <b>Fahrzeugfinanzierung</b> auf der <b>Grundlage des Kaufpreises</b> zu ermitteln, ohne die Finanzierungskosten zu berücksichtigen. Letztere erhöhen nicht den objektiven Wert des Fahrzeugs und vergrößern damit auch nicht den Gebrauchsvorteil.	BGH, Urteil vom 13.04.2021 (Az. VI ZR 274/20)
Bei der Schätzung der „ <b>erwarteten Restlaufleistung</b> “ muss sich der Tatrichter weder an der <b>Rechtsprechung anderer Gerichte</b> orientieren noch ist er gehalten zur Frage der prognostizierten Restlaufleistung ein <b>Sachverständigengutachten</b> einzuholen.	BGH, Urteil vom 23.03.2021 (Az. VI ZR 3/20)
Bei richtiger Anwendung der linearen Berechnungsformel zur Ermittlung der Nutzungs- bzw. Gebrauchsvorteile bedarf es <u>keiner „Kappungsgrenze“</u> in Höhe des „verbleibenden Zeitwerts des Gebrauchtwagens“.  Das hiervon abweichende Urteil des OLG Düsseldorf vom 03.07.2014 (Az. 3 U 39/12) beruht auf einer fehlerhaften Anwendung der Berechnungsformel durch das LG Duisburg. Das LG hatte bei der <b>Ermittlung der „erwarteten Restfahrleistung“</b> auf den Zeitpunkt der Rückabwicklung abgestellt, statt auf den <b>Zeitpunkt der Fahrzeugübergabe an den Käufer</b> . Das so ermittelte fehlerhafte Ergebnis war vom OLG Düsseldorf durch die Feststellung einer Kappungsgrenze korrigiert worden.	BGH, Beschluss vom 09.12.2015 (Az. VIII ZR 196/14)
Die Formel gilt auch für <b>junge GW</b> , deren Verkehrswert den vereinbarten Kaufpreis übersteigt.	KG Berlin, Urteil vom 23.05.2013 (Az. 8 U 58/12)



### 12.1.3.2 Berechnung bei Fahrzeugen mit Tachomanipulation

Bei der Festlegung der „ <b>erwarteten Restlaufleistung</b> “ ist nicht die tatsächliche Laufleistung bei Übergabe entscheidend, sondern die aus Sicht des Käufers zu diesem Zeitpunkt <b>angebliche Laufleistung</b> . Dadurch wird berücksichtigt, dass die Vertragsparteien den Kaufpreis bei Fahrzeugübergabe unter Berücksichtigung der angeblichen (bisherigen) Gesamtlaufleistung für marktangemessen hielten.	OLG Koblenz, Urteil vom 01.04.2004 (Az. 5 U 1385/03)  LG Ellwangen, Urteil vom 13.06.2008 (Az. 5 O 60/08)
---	---

### 12.1.4 Ermittlung der Nutzungsvergütung bei Rückabwicklung des Kaufs eines Wohnmobils

Lange Zeit war unklar, ob die vorgenannten Formeln auch bei der Schätzung der Gebrauchsvorteile von Wohnmobilen zugrunde zu legen sind oder ob und wie dabei auch dem Umstand Rechnung zu tragen ist, dass Wohnmobile häufig auch während der Standzeiten zum „Wohnen“ genutzt werden.

Es ist nicht Aufgabe des BGH, dem Tatrichter eine bestimmte <b>Berechnungsmethode</b> vorzuschreiben. Der Tatrichter kann bei der Ermittlung der zeitanteiligen linearen Wertminderung der Sache auf die Laufleistung und/oder auf eine etwa in Monaten bemessene Nutzungszeit abstellen. Dass sich die tatrichterliche Wahl der Berechnungsmethode auf die Höhe des anzurechnenden Vorteils auswirken kann, ändert daran nichts. Die mit einer Schätzung nach § 287 ZPO zwangsläufig einhergehenden Unschärfen sind hinzunehmen.	BGH, Beschl. vom 29.10.2024 (Az. VIa ZR 1090/23)
Da Wohnmobile auch während der Standzeiten benutzt werden, ist für eine wirklichkeitsnahe Schätzung der Gebrauchsvorteile auf die <b>voraussichtliche Lebensdauer</b> des Fahrzeugs abzustellen, nicht auf die mutmaßliche Gesamtlaufleistung. Hierzu wird der Kaufpreis durch die <b>Restnutzungsdauer</b> (anzugeben in Monaten, Wochen oder Tagen) geteilt und der sich hieraus ergebende Satz (pro Woche, Monat oder Tag) mit der tatsächlichen Nutzungszeit multipliziert.  Demgegenüber stellen <b>Mietwagenkosten</b> – selbst für neuwertige Wohnmobile – <u>keine</u> taugliche Bemessungsgrundlage dar.	OLG München, Urteil vom 24.10.2012 (Az. 3 U 297/11)  OLG Düsseldorf, Urteil vom 28.04.2008 (Az. 1 U 273/07)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

<p>Für die <b>Ermittlung des zeitanteiligen linearen Wertschwunds</b> sind <b>bei Eigennutzung eines Wohnmobils sowohl die erwartete Gesamtlauflistung als auch die Lebenserwartung</b> des Fahrzeugs zu berücksichtigen. Aus beiden ist sodann ein Mittelwert zu bilden.</p> <p>Im Falle der <b>Rückabwicklung eines Kaufvertrages über ein neues Wohnmobil</b> ergibt sich daraus folgende <b>Faustformel</b>:</p> <p><i>Nutzungsvorteile = (Kaufpreis <math>\times</math> gefahrene km <math>\div</math> erwartete Laufleistung) + (Kaufpreis <math>\times</math> erfolgte Nutzung in Jahren <math>\div</math> erwartete Lebensdauer in Jahren) <math>\div</math> 2</i></p>	<p>OLG Hamm, Urteil vom 18.12.2014 (Az. 28 U 135/13)</p>
<p>Kann ein Wohnmobil auch während seiner Standzeit aufgrund eines <b>Feuchtigkeitsschadens</b> nicht genutzt werden, ist ausnahmsweise nicht auf die Lebensdauer des Wohnmobils, sondern nur auf dessen Laufleistung abzustellen.</p>	<p>OLG Hamm, Urteil vom 10.03.2011 (Az. I-28 U 131/10)</p>
<p>Die <b>erwartete Gesamtlauflistung</b> eines neuen Wohnmobils eines deutschen Herstellers, das der Käufer zu einem Preis von gut 42.000 € erworben hat, beträgt <b>200.000 km</b> (<i>hier</i>: Modell unbekannt).</p>	<p>OLG Oldenburg, Urteil vom 27.04.2017 (Az. 1 U 45/16)</p>
<p>Die <b>erwartete Gesamtlauflistung</b> eines Wohnmobils der <b>Marke Fiat Ducato Multijet 180/Sun Ti 700 L EG</b> wird auf <b>200.000 km</b> geschätzt (= 0,5 % pro gefahrene 1.000 km).</p>	<p>LG Freiburg, Urteil vom 10.12.2012 (Az. 6 O 277/12)</p>

### 12.1.5 Berücksichtigung von Anfahrten zur Werkstatt des Verkäufers

Insbesondere in Fällen, in denen der Käufer zwecks Durchführung von Nachbesserungsarbeiten die Werkstatt des Verkäufers häufiger aufsuchen musste oder in denen die Werkstatt des Verkäufers weiter entfernt ist, kommt es vor, dass der Käufer die diesbezüglich gefahrenen Kilometer zu seinen Gunsten berücksichtigt haben möchte. In diesen Fällen stellt sich die **Frage, ob der Käufer einen Anspruch darauf hat, dass diese mangelbedingt zurückgelegten Kilometer bei der Berechnung der Nutzungsentschädigung zu Lasten des Verkäufers berücksichtigt werden.**

<p>Der Käufer ist berechtigt, Fahrten von und zu der Werkstatt des Verkäufers, die er <b>zum Zwecke der Durchführung von Nachbesserungsversuchen</b> unternommen hat, von der zugrunde zu legenden Gesamtfahrleistung abzuziehen, sofern er sie substantiiert darlegt.</p>	<p>OLG München, Urteil vom 26.10.2011 (Az. 3 U 1853/11)</p> <p>LG München I, Urteil vom 17.06.2022 (Az. 4 O 3834/19)</p>
--	--

Gilt allgemein

Gilt **nur für Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für Verbraucherkaufverträge,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Fahrten in die Werkstatt des Verkäufers <b>zum Zwecke der Besichtigung und Überprüfung der gerügten Mängel des Fahrzeugs</b> stellen keine Nutzung i.S.d. § 100 BGB dar, da sie dem Käufer keinen Vorteil verschaffen.	LG Wuppertal, Urteil vom 27.05.2020 (Az. 17 O 337/19)
--	---

### 12.1.6 Mangelbedingter Abschlag

Gelegentlich wendet der Käufer ein, dass wegen der Mangelhaftigkeit des Fahrzeugs ein Abschlag von der Nutzungsvergütung sachgerecht sei.

Einen **Abschlag für eine wesentlich eingeschränkte Gebrauchstauglichkeit des Fahrzeugs** wegen des Mangels hat die vor der Schuldrechtsreform im Jahre 2002 ergangene Rechtsprechung bislang nur in **Ausnahmefällen** anerkannt, z.B. in folgenden Fällen:

- **Starke Geruchsbelästigung im Innenraum des Wagens, die zu starken Schleimhautreizungen führte**
- **Nachhaltige Einbuße der Nutzungsmöglichkeit, weil nur eine Geschwindigkeit von 40 km/h möglich war**
- **Schaltstöße eines Automatikgetriebes, die den Fahrkomfort stark beeinträchtigten**

Seit der Schuldrechtsreform im Jahr 2002 hat die Rechtsprechung hierzu ferner folgendes entschieden:

<b>VW-Abgasskandal</b>  Die Berücksichtigung eines mit dem Mangel verbundenen Minderwerts kommt nur in Betracht, wenn der Mangel die tatsächliche Gebrauchstauglichkeit erheblich einschränkt. Dies ist bei einem Fahrzeug, das vom VW-Abgasskandal betroffen ist <u>nicht</u> der Fall, weil der <b>auf Rechtsgründen beruhende Mangel</b> keinerlei Auswirkungen auf den tatsächlichen Gebrauch des Fahrzeugs hat.	OLG Koblenz, Urteil vom 27.04.2020 (Az. 12 U 1052/19)  OLG Karlsruhe, Urteil vom 21.01.2020 (Az. 17 U 2/19)
<b>VW-Abgasskandal</b>  Da sich der Mangel nicht auf die <b>Möglichkeit, das Fahrzeug seiner Bestimmung gemäß zu nutzen</b> , nicht auswirkt, kommt ein mangelbedingter Abzug <u>nicht</u> in Betracht.	OLG Köln, Urteil vom 02.04.2020 (Az. 18 U 60/19)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<b>Starkes Ruckeln beim Beschleunigen</b> führt <u>nicht</u> zu einer Herabsetzung des Gebrauchsvorteils. Gewisse <b>Komforteinbußen</b> sind vielmehr hinzunehmen.	OLG Hamm, Urteil vom 05.08.2010 (Az. I-28 U 22/10)
Der bei der Berechnung zugrunde zu legende Kaufpreis ist bei einem <b>Fahrzeug ohne den vereinbarten</b> fest installierten und beleuchteten <b>Aschenbecher</b> aufgrund von Komforteinbußen um 5 % zu reduzieren.	OLG Oldenburg, Urteil vom 10.09.2015 (Az. 13 U 73/14)
Der Nutzungsersatz ist <u>nicht</u> aufgrund von <b>mangelbedingten Komforteinbußen bzw. Nutzungseinschränkungen</b> zu kürzen, wenn das Fahrzeug an sich weiter genutzt wurde und es aufgrund der Weiternutzung zu keinen weiteren Schäden gekommen ist.	LG München I, Urteil vom 17.06.2022 (Az. 4 O 3834/19)
Das <b>nicht ordnungsgemäße Funktionieren der Bremsen und des Abstandmessers</b> , das zu einer Einschränkung der Gebrauchstauglichkeit führt, ist durch einen Abschlag zu berücksichtigen.	LG Braunschweig, Urteil vom 14.03.2008 (Az. 4 O 2804/07)

### 12.1.7 Berücksichtigung einer besonders niedrigen Jahreslaufleistung

Je weniger der Käufer fährt, umso niedriger fällt die Höhe der auf Basis der linearen Berechnungsmethoden ermittelten Nutzungsvergütung aus. Bei Fahrzeugen mit besonders niedriger Jahreslaufleistung kann es jedoch u.U. angemessen sein, das Ergebnis zu korrigieren.

<b>VW-Abgasskandal</b>  Eine Korrektur des Berechnungsergebnisses kann unter dem Aspekt „ <b>zeitabhängiger Mindestnutzungsersatz</b> “ gerechtfertigt sein. Schließlich kommt bereits der <b>Möglichkeit als solcher, ein Fahrzeug nutzen zu können</b> , ein materiell bemessbarer Wert zu. Auch ein Käufer, der das Fahrzeug kaum nutzt, hat sich jedenfalls die Möglichkeit erkaufte, im Bedarfsfall jederzeit auf ein eigenes Fahrzeug zurückgreifen zu können. Den Wert, der dem „Vorhalten“ eines Fahrzeugs zukommt, schätzt der Senat auf <b>5 % des ursprünglichen (Brutto-)Kaufpreises pro Jahr</b> .	OLG Koblenz, Urteil vom 27.04.2020 (Az. 12 U 1052/19)
---	---

Gilt allgemein

Gilt nur für **Verbraucherkaufverträge**, die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt nicht für **Verbraucherkaufverträge**, die ab 2022 abgeschlossen wurden

Im Falle einer unterdurchschnittlichen Nutzung ist eine <b>Abrechnung auf Zeitbasis</b> angebracht. Bei einer <b>Nutzungszeit von 2 ½ Jahren</b> ist eine pauschale Bemessung des Nutzungsvorteils i.H.v. <b>12,5 % des ursprünglichen (Brutto-)Kaufpreises</b> angemessen und geboten.	OLG Schleswig-Holstein, Urteil vom 12.02.2016 (Az. 17 U 66/15)
---	--

### 12.1.8 MwSt.- bzw. Umsatzsteuerpflicht

Die Faustformeln zur Berechnung der Gebrauchsvorteile bzw. Nutzungsvergütung basieren u.a. auf dem „Bruttokaufpreis“. Daher stellt sich die Frage, ob der hiernach ermittelte Betrag seinerseits der MwSt. bzw. Umsatzsteuer unterliegt.

Der auf Basis des Bruttokaufpreises zu ermittelnde Nutzungswertersatzanspruch ist anschließend <b>nicht um die MwSt. zu erhöhen</b> , da die hierauf zu entrichtende Umsatzsteuer bereits durch die Zugrundelegung des Brutto-Kaufpreises in der Faustformel berücksichtigt wird.	BGH, Urteil vom 09.04.2014 (Az. VIII ZR 215/13)  OLG Brandenburg, Urteil vom 28.11.2007 (Az. 4 U 68/07)  KG Berlin, Urteil vom 23.05.2013 (Az. 8 U 58/12)  LG Marburg, Urteil vom 28.01.2013 (Az. 1 O 65/12)  <u>Andere Ansicht noch:</u> LG Braunschweig, Urteil vom 14.03.2008 (Az. 4 O 2804/07)
Den auf <b>Grundlage des Nettokaufpreises</b> zu berechnenden Gebrauchsvorteilen ist die Umsatzsteuer hinzuzurechnen. Ob man dies erst in einem zweiten Schritt macht oder durch Zugrundelegung des Bruttokaufpreises spielt rechnerisch keine Rolle. Letztlich ist die <b>MwSt. nur einmal</b> in Ansatz zu bringen.	LG Hamburg, Urteil vom 28.06.2013 (Az. 320 S 142/12)

### 12.1.9 Nutzungsvergütung im Falle einer Ersatzlieferung

Seit dem Jahr 2009 ist **gesetzlich geregelt**, dass dem Verkäufer **im Falle einer Ersatzlieferung kein Anspruch auf Wertersatz für die Nutzung der mangelhaften Ware** zusteht, **wenn es sich bei dem Käufer um einen Verbraucher handelt** (vgl. § 475 Abs. 3 BGB). Damit trug der Gesetzgeber der EuGH-Rechtsprechung vom 17.04.2008 (Az. C-404/06) Rechnung, wonach eine Wertersatzverpflichtung eines Verbrauchers im Rahmen einer Ersatzlieferung („Umtausch“) gegen europäisches Recht verstößt (Art. 3

Gilt allgemein	Gilt <b>nur für Verbraucherkaufverträge, die ab 2022 abgeschlossen wurden</b>	Gilt <b>nicht für Verbraucherkaufverträge, die ab 2022 abgeschlossen wurden</b>
----------------	---	---

Richtlinie 1999/44/EG). Einer richtlinienkonformen Auslegung des damaligen § 439 Abs. 4 BGB – wie sie vor der Gesetzesänderung noch vom BGH in seinen Urteilen vom 26.11.2008 (VIII ZR 200/05) und vom 11.02.2009 (Az. VIII ZR 176/06) vorgenommen wurde –, bedarf es daher nicht mehr.

Der EuGH betonte in dem o.g. Urteil jedoch auch, dass demgegenüber eine Wertersatzverpflichtung **im Falle des Rücktritts vom Kaufvertrag** mit europäischem Recht vereinbar ist. Dies wiederum wurde inzwischen auch vom BGH in seinem Urteil vom 16.09.2009 (Az. VIII ZR 243/08) bestätigt.

Somit stellt sich die **Rechtlage bei Verbraucherkaufverträgen** wie folgt dar:

- **Wird einem Verbraucher im Austausch für ein mangelbehaftetes Neufahrzeug ein anderes Neufahrzeug geliefert (= Ersatzlieferung) muss der Verbraucher dem Verkäufer keine Nutzungsentschädigung für die Nutzung des zurückgegebenen Fahrzeugs zahlen.**
- **Tritt der Verbraucher zunächst vom Kaufvertrag zurück und erwirbt anschließend ein neues Fahrzeug, dann muss er dem Verkäufer für das zurückgegebene mangelbehaftete Neufahrzeug eine Nutzungsentschädigung zahlen.**

Bleibt die **Frage** zu klären, **wann von einer Ersatzlieferung und wann von einem Rücktritt mit anschließender Neulieferung auszugehen ist.**

Wird ein <b>Touran</b> gegen einen <b>Tiguan</b> getauscht, liegt keine Ersatzlieferung vor, sondern ein Neukauf nach Rücktritt vom Touran-Kauf, da es sich um einen anderen Fahrzeugtyp handelt, der nicht derselben Gattung angehört wie ein Touran.	LG Nürnberg, Beschluss vom 18.02.2010 (Az. 16 S 5198/10)
Für die <b>Abgrenzung zwischen Ersatz- und Neulieferung</b> kommt es auf die Interessenlage des Käufers an. Das gilt auch dann, wenn der Käufer Formulierungen verwendet, die auf eine Rücktrittserklärung schließen lassen. Indizien für einen Rücktritt können Abweichungen des Modells, der Farbe, des Preises und nicht nur unerhebliche Abweichungen der Ausstattung sein.	AG Erlangen, Urteil vom 21.10.2009 (Az. 1 C 1561/09)
Leistet der Käufer Nutzungsersatz, obwohl der Verkäufer <b>nach der zugrundeliegenden Vereinbarung ausdrücklich eine „Ersatzlieferung“ schuldet</b> , hat der Käufer Anspruch auf Rückerstattung.	AG Kaiserslautern, Urteil vom 22.12.2011 (Az. 8 C 470/11)

## 12.1.10 Prozessuale Fragen

### 12.1.10.1 Voraussetzung der gerichtlichen Prüfung

Der Anspruch des Verkäufers auf Anrechnung einer Nutzungsvergütung für die zwischenzeitlich mit dem Fahrzeug zurückgelegten Kilometer ist vom Gericht **nicht von Amts wegen zu prüfen**.

Der Anspruch auf Zahlung einer Nutzungsvergütung muss – <b>sofern der Käufer diesen nicht in seinem Klageantrag in Ansatz bringt – vom Verkäufer geltend gemacht</b> werden.	OLG Frankfurt/M., Urteil vom 17.09.2013 (Az. 15 U 42/13)  OLG Düsseldorf, Urteil vom 08.03.2016 (Az. I-21 U 110/14)
--	---

### 12.1.10.2 Formulierung der Anträge / Urteilstenor

Bei der Berücksichtigung von Nutzungsvorteilen kommt der prozessualen **Frage, wie die Anträge und demzufolge der Urteilstenor zu formulieren sind**, immer wieder Bedeutung zu. Hierzu werden unterschiedliche Ansichten vertreten.

Es genügt ein Urteilstenor, der auf den <b>Tachostand im Zeitpunkt der Rückgabe des Fahrzeugs</b> Bezug nimmt.	OLG Karlsruhe, Urteil vom 07.03.2003 (Az. 14 U 154/01)  LG Wuppertal, Urteil vom 16.11.2010 (Az. 16 O 134/08)  LG Karlsruhe, Urteil vom 30.07.2010 (Az. 5 O 97/10)
Die <b>Nutzungsvergütung</b> ist im Urteilstenor konkret zu <b>bezeichnen</b> , da das Urteil ansonsten nicht vollstreckungsfähig ist.	OLG Koblenz, Urteil vom 18.12.2008 (Az. 6 U 546/08)  OLG Koblenz, Urteil vom 16.04.2009 (Az. 6 U 574/08)

### 12.1.10.3 Verzug des Verkäufers

Umstritten ist zudem die **Frage, ob der Verkäufer im Rücktrittsfalle mit der Rückzahlung des Kaufpreises in Verzug gerät, wenn der Käufer diese ohne Anrechnung einer Nutzungsvergütung für die gefahrenen Kilometer verlangt**. Von der Beantwortung dieser Frage hängt einerseits ab, ob dem Käufer **Verzugszinsen** bereits ab dem Zeitpunkt des Rücktritts oder erst seit der Klageerhebung zustehen. Andererseits ist der Verzugsbeginn für die **Haftung des Käufers** für zwischenzeitlich eingetretene

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

Fahrzeugschäden von Bedeutung. Mit Verzugseintritt haftet der Käufer nämlich nur noch im Falle einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Schadensverursachung.

Hat der Käufer sein <b>Angebot zur Rückgabe des Fahrzeugs an unberechtigte Bedingungen geknüpft</b> , liegt kein zur Begründung eines Annahmeverzugs geeignetes Angebot des Käufers vor. Die Forderung eines deutlich höheren Betrages als der vom Verkäufer geschuldete schließt ein ordnungsgemäßes und damit wirksames Leistungsangebot des Käufers aus.  ( <u>hier</u> : Weigerung des Käufers zur Anrechnung einer Nutzungvergütung für die gefahrenen Km)	BGH, Urteil vom 23.03.2021, Az. VI ZR 3/20
	OLG München, Urteil vom 12.05.2021 (Az. 15 U 137/18)
Das Angebot des Käufers zur Rückgabe des Fahrzeugs ist ordnungsgemäß, wenn der Käufer zwar an <b>unberechtigten Forderungen</b> festhält, die Rückgabe aber <u>nicht</u> von deren Erfüllung abhängig macht.	BGH, Urteil vom 13.04.2021 (Az. VI ZR 274/20)
Bei einer <b>erheblichen Zuvielforderung</b> gerät der Verkäufer erst mit der Klageerhebung in Verzug.	LG Köln, Urteil vom 24.06.2009 (Az. 28 O 11/07)

## 12.2 Ersatz von notwendigen und nützlichen Verwendungen

Im Falle der Rückabwicklung eines Kaufvertrages sind dem Käufer vom Verkäufer nach § 347 Abs. 2 BGB die „**notwendigen Verwendungen**“ und solche **Verwendungen** zu ersetzen, **durch die der Verkäufer bereichert wird (sog. „nützliche Verwendungen“)**. Ein Verschulden des Verkäufers ist für diesen Anspruch – im Gegensatz zum Aufwendungsersatzanspruch des § 284 BGB (vgl. Ziffer 10.1) – nicht erforderlich.

### 12.2.1 Notwendige Verwendungen

**Notwendig** sind die Maßnahmen, die für die Erhaltung und Nutzung des Fahrzeugs objektiv erforderlich sind.

Dies ist z.B. für „**lebenswichtige**“ Reparaturen an den Bremsen oder am Motor unstreitig.

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---



### 12.2.1.1 Inspektionskosten

Inspektionskosten sind notwendige Verwendungen.	OLG Schleswig-Holstein, Urteil vom 20.11.2019 (Az. 9 U 12/19)
<b>Inspektionskosten (einschließlich Lohnkosten)</b> sind nur erstattungsfähig, soweit es sich bei den <b>einzelnen Positionen</b> um „notwendige Verwendungen“ handelt: <ul style="list-style-type: none"> <li>■ <b>(+) Bremsbeläge, Wischerblätter und Reifen</b></li> <li>■ <b>(-) Öl und Waschmittel</b> (= „Betriebskosten“)</li> </ul>	OLG Düsseldorf, Urteil vom 18.08.2008 (Az. I-1 U 238/07)
Die Kosten der Inspektion sind ersatzfähig. <u>Nicht</u> ersatzfähig sind Kosten für Verwendungen, die der Käufer nur im Rahmen von <b>Sonderzwecken</b> getätigt hat: <ul style="list-style-type: none"> <li>■ <b>(-) AdBlue</b></li> <li>■ <b>(-) Felgen</b></li> </ul>	LG Oldenburg, Urteil vom 01.09.2016 (Az. 16 O 790/16)

### 12.2.1.2 Räder/Reifen

<b>Winterreifen</b> sind „notwendige“ Verwendungen, weil der Fahrzeughalter nach § 2 Abs. 3 a Satz 1 StVO verpflichtet ist, die Fahrzeugausrüstung an die Witterungsverhältnisse anzupassen.	OLG Sachsen-Anhalt, Urteil vom 06.11.2008 (Az. 1 U 30/08)  OLG Koblenz, Urteil vom 16.04.2009 (Az. 6 U 574/08)  OLG Frankfurt, Urteil vom 18.05.2018 (Az. 8 U 198/17)  <b><u>andere Ansicht:</u></b> OLG Hamm, Urteile vom 18.06.2007 (Az. 2 U 220/06) und vom 18.12.2008 (Az. 28 U 17/08), das sie nur für „nützlich“ hält (vgl. Ziffer <a href="#">12.2.2</a> )
<ul style="list-style-type: none"> <li>■ <b>(+) Montage der Winterräder</b></li> <li>■ <b>(+) Erwerb und Aufziehen von Ganzjahresreifen</b></li> </ul>	OLG Schleswig-Holstein, Urteil vom 20.11.2019 (Az. 9 U 12/19)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**, die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**, die ab 2022 abgeschlossen wurden

Aufwendungen für <b>Winterreifen</b> sind jedenfalls im Falle eines Wintereinbruchs notwendig.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 18.08.2016 (Az. I-3 U 20/15)
Der Anspruch umfasst auch die <b>gewöhnlichen Erhaltungskosten</b> , da der Käufer im Gegenzug zum Nutzungsersatz verpflichtet ist. Hierzu zählt auch ein <b>notwendiger Reifenwechsel einschließlich Montagekosten</b> .	OLG Hamm, Urteil vom 18.06.2007 (Az. 2 U 220/06)
Der Anspruch umfasst auch die Kosten für die <b>Einlagerung von Sommerreifen</b> .	KG Berlin, Urteil vom 03.06.2013 (Az. 25 U 49/12)

### 12.2.1.3 Sonstige vom Käufer aufgewendete Kosten

<ul style="list-style-type: none"> <li>■ (+) Erneuerung von Bremsscheiben</li> <li>■ (+) HU und AU</li> <li>■ (-) Prämien für eine (NW-)Garantieverlängerung</li> </ul>	OLG Schleswig-Holstein, Urteil vom 20.11.2019 (Az. 9 U 12/19)
Auch die <b>Reparatur der Scheibenwischanlage</b> , die unmittelbar die Verkehrssicherheit betrifft, stellt eine notwendige Verwendung dar.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 18.08.2016 (Az. I-3 U 20/15)
Der Anspruch umfasst auch die <b>gewöhnlichen Erhaltungskosten</b> , da der Käufer im Gegenzug zum Nutzungsersatz verpflichtet ist. Hierzu zählen die <b>Kosten für die Reparatur des Fahrzeugs einschließlich diesbezüglicher Untersuchungskosten</b> , sofern ein objektiver Verkäufer die Reparaturmaßnahme zur Werterhaltung vornehmen lassen würde	OLG Hamm, Urteil vom 18.06.2007 (Az. 2 U 220/06)
<ul style="list-style-type: none"> <li>■ (+) Ölwechsel</li> <li>■ (+) Batterietausch</li> </ul>	KG Berlin, Urteil vom 03.06.2013 (Az. 25 U 49/12)
<ul style="list-style-type: none"> <li>■ (+) <b>Steuer und Haftpflichtversicherung</b>, die <u>nach</u> der Rücktrittserklärung aufgewendet worden sind, solange das Kfz nicht abgemeldet war und hierzu auch keine Verpflichtung bestand</li> <li>■ (+) <b>Autobatterie</b></li> </ul>	OLG Brandenburg, Urteil vom 27.11.2018 (Az. 3 U 15/18)

<b>Grundinstandsetzung des Getriebes</b> Ein intaktes Getriebe ist für das verkehrssichere Bewegen des Fahrzeugs unerlässlich und die Maßnahme daher notwendig.	OLG Düsseldorf, Beschluss vom 15.11.2012 (Az. I-3 W 228/12)
<ul style="list-style-type: none"> <li>■ (-) Anhängerkupplung</li> <li>■ (-) Smartphone-Adapter</li> <li>■ (-) Sonnenschutzrollo</li> <li>■ (-) Ladekantenschutz</li> <li>■ (-) ClimAir-Windabweiser</li> <li>■ (-) Kleiderbügel</li> <li>■ (-) Garagenmiete, es sei denn, ein Abstellen des Fahrzeugs im Freien würde dessen Wert mindern</li> </ul>	OLG Düsseldorf, Urteil vom 17.10.2019 (Az. 13 U 106/18)
Der Abschluss einer <b>Gebrauchtwagengarantie</b> stellt keine „notwendige“, sondern nur eine „vergebliche“ Aufwendung dar und ist daher allenfalls im Falle eines dem Verkäufer anzulastenden Verschuldens nach § 284 BGB ersatzpflichtig.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 29.10.2007 (Az. I-1 U 59/07)
<b>Fehlgeschlagene Reparaturversuche einer Drittwerkstatt</b> sind nicht ersatzfähig, weil sie wegen ihrer Erfolglosigkeit weder dem Erhalt des Fahrzeugs gedient noch eine Wertsteigerung des Fahrzeugs herbeigeführt haben.	OLG Schleswig-Holstein, Urteil vom 22.02.2011 (Az. 3 U 66/10)
Die Kosten für eine <b>maßgefertigte Hundedecke</b> stellen keine ersatzfähigen notwendigen Verwendungen dar.	OLG Hamm, Urteil vom 18.12.2008 (Az. 28 U 17/08)
<b>Unterstellkosten</b> , die bis zur Fahrzeugrückgabe anfallen, sind notwendige Verwendungen. Erfolgt die Unterstellung allerdings <b>in der eigenen Garage</b> gilt dies nur dann, wenn der Käufer die Garage für den betreffenden Zeitraum nachweislich hätte vermieten können.	LG Bonn, Urteil vom 02.09.2010 (Az. 8 S 126/10)

### 12.2.2 Nützliche Verwendungen

Sind die Verwendungen nicht notwendig, sondern **nur „nützlich“**, kommt es darauf an, ob der **Verkäufer durch die Verwendung bereichert** wird. In diesem Zusammenhang wird von der Rechtsprechung überprüft, ob das Fahrzeug aufgrund der Verwendung bzw. der getätigten Investition eine **Wertsteigerung** erfahren hat. **Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Verkäufer einerseits nicht an der**

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

**Rückabwicklung verdienen soll, er sich aber andererseits eine Bereicherung auch nicht aufdrängen lassen muss.**

Für die Beurteilung **maßgeblich** ist **die konkret eingetretene Werterhöhung des Fahrzeugs**, nicht der Anschaffungspreis.

<p><b>Winterreifen</b> sind nur „nützliche Verwendungen“, da zum Betrieb des Fahrzeugs grundsätzlich die normalen Standardreifen genügen.</p>	<p>OLG Hamm, Urteile vom 18.06.2007 (Az. 2 U 220/06) und vom 18.12.2008 (Az. 28 U 17/08)</p> <p><b><u>Andere Ansicht:</u></b></p> <p>OLG Sachsen-Anhalt, Urteil vom 06.11.2008 (Az. 1 U 30/08)</p> <p>OLG Koblenz, Urteil vom 16.04.2009 (Az. 6 U 574/08)</p> <p>(vgl. Ziffer <a href="#">12.2.1.2</a>)</p>
<p>Durch die Montage eines <b>Heckspoilers</b> tritt eine Werterhöhung des Pkw ein.</p> <p>Demgegenüber ist es zweifelhaft, ob durch die Anbringung von <b>Gepäckraumnetzen</b> eine messbare Werterhöhung des Pkw eintritt.</p>	<p>OLG Sachsen-Anhalt, Urteil vom 06.11.2008 (Az. 1 U 30/08)</p>
<p>Bei einer <b>Anhängerkupplung</b> ist von einer Bereicherung auszugehen, weil sie einen Wertzuwachs begründet, den der Verkäufer beim Weiterverkauf realisieren kann.</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 17.10.2019 (Az. 13 U 106/18)</p>

## 12.3 Zinsanspruch des Käufers aus dem gezahlten Kaufpreis

Des Weiteren steht dem Käufer gemäß § 346 Abs. 1 BGB gegen den Verkäufer ein **Anspruch auf Herausgabe des mit dem Kaufpreis im Einzelfall tatsächlich erwirtschafteten Zinsertrages** zu. **Hat der Verkäufer keine Zinsen erwirtschaftet**, schuldet er dem Käufer stattdessen nach § 347 Abs. 1 Satz 1 BGB **Wertersatz dafür, dass er es unterlassen hat, aus dem gezahlten Kaufpreis Zinsen zu ziehen**.

<p>Hat der Verkäufer Zinsen aus dem Kaufpreis erwirtschaftet, ist er im Rücktrittsfalle zu deren Herausgabe verpflichtet. Für diesen</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 18.12.2014 (Az. I-3 U 29/14)</p>
--	--

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

Zeitraum steht dem Käufer dann aber <u>kein</u> Anspruch auf <b>Verzugszinsen</b> mehr zu.	OLG Hamm, Urteil vom 30.05.2017 (Az. 28 U 198/16)
Wurde der <b>Kaufpreis finanziert</b> , steht dem Käufer für den Zeitraum der Fahrzeugnutzung ein Anspruch auf Herausgabe ersparter Kreditzinsen bezüglich des vom Finanzierungsinstitut an den Verkäufer ausgezahlten Kaufpreises zu. Herauszugeben ist der erlangte Zinsvorteil des Verkäufers, mithin der die Refinanzierungszinsen des Verkäufers übersteigende Anteil.	OLG Koblenz, Urteil vom 18.12.2008 (Az. 6 U 564/08)
Der Zinsanspruch ist auf der <b>Grundlage</b> des <b>Nettokaufpreises</b> zu bestimmen, da nur aus diesem Zinserträge erwirtschaftet werden können.	LG Wuppertal, Urteil vom 16.11.2010 (Az. 16 O 134/08)

## 12.4 Wertersatzpflicht des Käufers

Statt zur Rückgewähr oder Herausgabe kann der Käufer in bestimmten Fällen zum Wertersatz verpflichtet sein (§ 346 Abs. 2 BGB). Das kann z.B. dann der Fall sein, wenn das **Fahrzeug sich verschlechtert hat oder untergegangen ist** und die Wertersatzpflicht des Käufers nicht nach § 346 Abs. 3 BGB entfällt (vgl. hierzu Ziffer [12.4.2](#)). Allerdings haftet der Käufer nur für diejenige Sorgfalt, die er in eigenen Angelegenheiten anzuwenden pflegt, es sei denn, ihm wird ein grob fahrlässiges Verhalten vorgeworfen.

### 12.4.1 Diverse Fallkonstellationen

Der Eintritt eines <b>kapitalen Motorschadens</b> als Folge eines Sachmangels stellt eine Verschlechterung dar, für die der Käufer aber nur haftet, wenn er es nicht grob fahrlässig unterlassen hat, das Fahrzeug rechtzeitig anzuhalten, um den Sachmangel reparieren zu lassen, damit der Folgeschaden nicht eintritt.	OLG Hamm, Urteil vom 18.06.2007 (Az. 2 U 220/06)
Das bloße <b>Unterlassen der Wartung</b> oder das bloße <b>Fehlen des Serviceheftes</b> stellt mangels nachteiliger Veränderung der Substanz oder Funktionstauglichkeit des Fahrzeugs keine Verschlechterung dar.	KG Berlin, Urteil vom 23.05.2013 (Az. 8 U 58/12)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Wegen <b>abgenutzter Reifen</b> kann der Verkäufer keinen Wertersatz verlangen. Zum einen stellt der bestimmungsgemäße Gebrauch keine „Verschlechterung“ i.S.d. § 346 Abs. 2 BGB dar, zum anderen wird die durch die bloße/bestimmungsgemäße Nutzung bedingte Wertminderung bereits durch die vom Käufer zu leistende Nutzungsvergütung abgegolten.	OLG Stuttgart, Urteil vom 08.10.2014 (Az. 4 U 149/12)
Hat der Käufer das <b>Fahrzeug nach der Rücktrittserklärung an einen Dritten weiterverkauft</b> und damit die Unmöglichkeit der Herausgabe vorsätzlich herbeigeführt, hat der Käufer Wertersatz in Geld zu leisten, so dass die gegenseitigen Zahlungsansprüche zu saldieren sind.  Für die <b>Ermittlung des Wertersatzes</b> ist auf den tatsächlichen Wert und die Verhältnisse zum Zeitpunkt des Verkaufs abzustellen, nicht auf den Kaufpreis. Zu berücksichtigen sind dabei das Erstzulassungsdatum, der Km-Stand bei Weiterverkauf, etwaige Standzeiten, zwischenzeitlich eingetretene Schäden etc..	OLG München, Urteil vom 02.05.2016 (Az. 21 U 3016/15)
Der zwischenzeitliche <b>Weiterverkauf des Fahrzeugs</b> steht dem Rückgewähranspruch des Käufers nicht entgegen. Der Käufer schuldet dem Verkäufer <b>Wertersatz</b> in Höhe des von ihm erzielten Verkaufserlöses, sofern der Wert des Fahrzeugs den Verkaufserlös nicht übersteigt.	OLG Nürnberg, Urteil vom 11.12.2024 (Az. 12 U 1061/23)
Kann der Käufer ein <b>rechtmäßig beschlagnahmtes Fahrzeug</b> im Gegenzug nicht herausgeben, unterliegt er keiner Wertersatzpflicht nach § 346 Abs. 2 BGB, da die Beschlagnahme von dieser Regelung nicht erfasst wird. Zwar ist der Käufer über den Wortlaut des § 346 Abs. 2 BGB hinaus nach allgemeiner Meinung auch dann zum Wertersatz verpflichtet, wenn ihm die Rückgabe faktisch oder rechtlich unmöglich ist, dies gilt jedoch nicht, wenn die Unmöglichkeit der Herausgabe gerade auf dem die Rücktrittsberechtigung auslösenden Rechts- oder Sachmangel beruht. Das ist etwa dann der Fall, wenn das Kfz wegen Diebstahlsverdachts ohne Verschulden des Käufers beschlagnahmt worden ist.	OLG Hamm, Urteil vom 09.04.2015 (Az. 28 U 207/13)

### 12.4.2 Anspruch des Verkäufers auf Herausgabe der Bereicherung

Hat der Käufer in den Fällen des § 346 Abs. 3 Satz 1 BGB keinen Wertersatz zu leisten, ist er dem Verkäufer gegenüber stattdessen zur Herausgabe der verbleibenden Bereicherung verpflichtet (§ 346 Abs. 3 Satz 2 BGB). Ein derartiger Herausgabeanspruch kann **z.B. in Fällen der Verschlechterung oder des Untergangs der Kaufsache** bestehen.

Der Herausgabeanspruch des Verkäufers setzt eine **herausgabefähige Bereicherung** des Käufers voraus. Hierfür ist erforderlich, dass sich das Erlangte im Vermögen des Käufers manifestiert haben muss und dadurch eine Verbesserung seiner Vermögenslage eingetreten ist.

Von einer derartigen Bereicherung ist dann nicht auszugehen, wenn der Käufer nach Untergang eines mangelbehafteten Fahrzeugs **von der Versicherung weder eine Zahlung erlangt noch diese ihre Eintrittspflicht anerkannt hat**. Ist eine Abtretung des Versicherungsanspruchs nach den Versicherungsbedingungen von der Genehmigung der Versicherung abhängig und wurde eine vom Käufer zu Gunsten des Verkäufers erklärte Abtretung nicht genehmigt, ist der Anspruch nicht herausgabefähig. Der Verkäufer ist dennoch zur Rückabwicklung verpflichtet (= Vorleistungspflicht statt „Zug um Zug“-Verurteilung).

BGH, Urteil vom 25.03.2015  
(Az. VIII ZR 38/14)

### 12.5 Rückabwicklung von finanzierten Kaufverträgen

Auch bei einem finanzierten Fahrzeugkauf steht dem Käufer im Rücktrittsfalle ein Anspruch auf Rückzahlung des gezahlten Kaufpreises Zug um Zug gegen Rückübereignung des Fahrzeugs unter Anrechnung der gezogenen Nutzungen (Gebrauchsvorteile) gegen den Verkäufer zu (Hinweis: Hiervon zu unterscheiden sind die Fälle, in denen der Käufer von seinem Widerrufsrecht aufgrund der Finanzierung des Kaufvertrages Gebrauch macht). Damit stellt sich die **Frage, was genau der Käufer vom Verkäufer zurückerstattet verlangen kann**.

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

<p>Der <b>Rückzahlungsanspruch</b> des Käufers umfasst:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ <b>Vom Käufer geleistete Anzahlung</b></li> <li>■ <b>Gezahlte <u>Netto</u>-Kreditraten</b> (d.h. kein Anspruch auf Rückzahlung des Zins- und Kostenanteils aus der Finanzierung)</li> <li>■ <b>Ersatz vergeblicher Aufwendungen für Fahrzeugzubehör unter Anrechnung der Nutzungsvorteile</b></li> <li>■ <b>Anspruch auf Nutzungsersatz für die Kapitalnutzung des empfangenen <u>Netto</u>-Kaufpreises durch den Verkäufer</b></li> <li>■ <b>Kosten für Werkstattbesuche</b></li> </ul>	<p>OLG Hamm, Urteil vom 05.08.2010 (Az. I-28 U 22/10)</p>
<p>Der Verkäufer schuldet dem Käufer gem. § 347 Abs. 2 Satz 2 BGB die vom Käufer aufgewandten <b>Finanzierungskosten</b>, namentlich <b>Zinsen und Gebühren</b>.</p> <p>Zudem hat der Käufer gem. § 346 Abs. 1 BGB für den Zeitraum der Fahrzeugnutzung Anspruch auf Herausgabe <b>ersparter Kreditzinsen</b> bezüglich des vom Finanzierungsinstitut an den Verkäufer ausgezahlten Kaufpreises, und zwar in Höhe des die Refinanzierungszinsen des Verkäufers übersteigenden Anteils (= Herausgabe erlangter Zinsvorteile).</p>	<p>OLG Koblenz, Urteil vom 18.12.2008 (Az. 6 U 564/08)</p>

## 12.6 Rückabwicklung im Falle einer Gebrauchtwagen-Inzahlungnahme

Haben die Parteien eines Neuwagenkaufvertrages vereinbart, dass **ein Teil des Kaufpreises für den Neuwagen durch Inzahlungnahme eines Altfahrzeugs** des Käufers durch den Händler abgegolten werden soll (sog. Leistung an Erfüllungsstatt), so stellen die zugrunde liegenden Vereinbarungen nach der ständigen Rechtsprechung des BGH nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine rechtliche Einheit dar (sog. verbundene Verträge). Das hat zur Folge, dass der Käufer im Falle des Rücktritts vom Neuwagenkaufvertrag neben dem Kaufpreis (unter Anrechnung der Gebrauchsvorteile) nur den in Zahlung gegebenen **Altwagen zurückverlangen kann, nicht aber Zahlung des auf den Neuwagenkaufpreis angerechneten Geldbetrages** (so z.B. OLG Koblenz, Urteil vom 16.04.2009, Az. 574/08).

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---



### 12.6.1 Weiterverkauf des Altfahrzeugs durch den Händler

Was aber gilt, wenn das **Altfahrzeug** zwischenzeitlich vom Händler **weiterverkauft** worden ist?

Im Falle des zwischenzeitlichen Weiterverkaufs des in Zahlung genommenen Gebrauchtwagens schuldet der Händler dem Käufer gemäß § 346 Abs. 2 BGB <b>Wertersatz</b> . Ist im Kaufvertrag „eine Gegenleistung“ bestimmt, ist diese zugrunde zu legen. Das kann, muss aber nicht der Anrechnungsbetrag sein; ausschlaggebend ist der Wert des Gebrauchtwagens.	OLG Koblenz, Urteil vom 16.04.2009 (Az. 6 U 574/08)
Im Falle des Weiterverkaufs steht dem Käufer lediglich ein Anspruch auf Erstattung des <b>Verkehrswertes im Zeitpunkt der Inzahlungnahme</b> zu.  Den vereinbarten „ <b>versteckten Rabatt</b> “ kann er nur im Wege eines Schadensersatzanspruchs geltend machen. Die Lieferung des mangelhaften Neuwagens als solche stellt jedoch noch keine <u>schuldhaft</u> e Pflichtverletzung des Händlers dar.	OLG Hamm, Urteil vom 18.12.2008 (Az. 28 U 17/08)
Die <b>Herausgabe</b> ist im Falle des Weiterverkaufs des in Zahlung genommenen Kundenfahrzeugs erst dann „ <b>unmöglich</b> “, wenn der Händler nicht in der Lage ist, das Fahrzeug zurückzuerwerben oder der Rückerwerb mit unverhältnismäßig hohen Kosten verbunden ist.	LG Koblenz, Urteil vom 28.06.2012 (Az. 1 O 447/10)

### 12.6.2 Ablösung eines Bankkredits für das Altfahrzeug durch den Händler

Weiterhin stellt sich die **Frage, was gilt, wenn die Vertragsparteien vereinbaren, dass der Käufer zwar den vollen Kaufpreis für das Neufahrzeug zu bezahlen hat, der Händler aber das Altfahrzeug des Käufers übernehmen und einen dafür noch laufenden Bankkredit ablösen soll** und der Käufer später wegen Mangelhaftigkeit des Neufahrzeugs berechtigterweise vom Kaufvertrag zurücktritt? Muss der Käufer sein – nun nicht mehr finanziertes – Altfahrzeug auch in diesem Falle zurücknehmen und dem Händler den von diesem abgelösten Kreditbetrag erstatten bzw. sich diesen anrechnen lassen?

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

Wird ein Neuwagenkaufvertrag wegen Mangelhaftigkeit rückabgewickelt, so ist der Käufer auch dann zur Rücknahme seines Altfahrzeugs verpflichtet, wenn der <b>Händler das finanzierte Altfahrzeug vereinbarungsgemäß abgelöst</b> hat. Der Käufer schuldet dem Händler in diesem Falle Wertersatz für das vom Händler abgelöste Restdarlehen.	BGH, Urteil vom 20.02.2008 (Az. VIII ZR 334/06)
--	---

### 12.6.3 Rücktrittsrecht des Händlers bei Mängeln des Gebrauchtwagens

Umgekehrt kann es auch vorkommen, dass der Händler ausschließlich von der vereinbarten Gebrauchtwagen-Inzahlungnahme zurücktreten möchte, z.B. weil das Gebrauchtfahrzeug des Kunden nicht behebbare Mängel aufweist. Dann ist zunächst zu **prüfen, ob eine Haftung des Kunden/Inzahlunggebers aus dem GW-Ankaufvertrag wegen eines stillschweigenden Haftungsausschlusses ausscheidet** (vgl. hierzu Ziffer 1.7). Ist dem nicht so, kann sich ein Käufer (in diesem Falle: der Händler) dennoch nicht auf Sachmängelhaftungsansprüche berufen, wenn ihm der Mangel infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist und der Verkäufer (in diesem Falle: der Kunde/Inzahlunggeber) den Mangel nicht arglistig verschwiegen oder eine Beschaffenheitsgarantie für das Fahrzeug übernommen hat (§ 442 Abs. 1 Satz 2 BGB).

Stellt der Kunde dem Händler das Gebrauchtfahrzeug und sämtliche Unterlagen, aus denen sich die Fahrzeugangaben entnehmen lassen, <u>vorab</u> zur Prüfung und Bewertung zur Verfügung, ist es seine ureigene Angelegenheit das Fahrzeug gründlich zu überprüfen. Das gilt auch für die <b>Angaben im Kfz-Brief</b> . Unterlässt er dies, kann er sich später u.U. nicht mehr auf Mängel berufen.	OLG Frankfurt/M., Urteil vom 18.08.2009 (Az. 16 U 59/09)
---	--

## 12.7 Erfüllungsort der Rückgewähransprüche nach Rücktritt vom Kaufvertrag

Die Beantwortung der Frage, wo sich der Erfüllungsort der Rückgewähransprüche nach Rücktritt eines beiderseitig erfüllten Kaufvertrages befindet, ist insbesondere für die **Zuständigkeit des vom Käufer anzurufenden Gerichts** von entscheidender Bedeutung. Nach § 29 Abs. 1 ZPO ist nämlich für Streitigkeiten aus einem Vertragsverhältnis oder über dessen Bestehen das Gericht des Ortes zuständig, an dem die streitige Verpflichtung zu erfüllen ist (**Besonderer Gerichtsstand des Erfüllungsortes**). Nun können diese Orte bei mehreren Ansprüchen/Verpflichtungen (Anspruch auf Rückgewähr des Kaufpreises einerseits, Anspruch auf Rückgabe des Fahrzeugs andererseits) nach den allgemeinen Regelungen durchaus auseinanderfallen, so dass verschiedene Gerichte zuständig wären. Aus

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

prozessökonomischen Gründen stellt sich daher die **Frage, ob für kaufvertragliche Rückgewähransprüche ausnahmsweise ein einheitlicher Erfüllungsort gilt und welcher dies ist**. Höchststrichterliche Rechtsprechung zu dieser streitigen Rechtsfrage steht noch aus.

<p><b>Einheitlicher Erfüllungsort</b> für sämtliche Rückgewähransprüche nach Rücktritt vom Kaufvertrag (z.B. auf Kaufpreiserstattung, Rückgabe bzw. Rücknahme des Kfz) ist der Ort, an dem sich die Kaufsache zur Zeit des Rücktritts <u>vertragsgemäß</u> befindet (sog. <b>Belegenheitsort</b>). Das ist i.d.R. der <b>Wohn- oder Firmensitz des Käufers</b>. Daraus folgt, dass die <b>Kosten für den Rücktransport des Kfz</b> vom Verkäufer zu tragen sind.</p> <p>Die BGH-Rechtsprechung zum Erfüllungsort der Nacherfüllung kann auf den Rücktrittsfall <u>nicht</u> übertragen werden, da die Ansprüche von ihrer dogmatischen Struktur her völlig verschieden sind.</p>	<p>OLG München, Urteil vom 13.01.2014 (Az. 19 U 3721/13)</p> <p>OLG München, Urteil vom 04.10.2018 (Az. 24 U 1279/18)</p> <p>OLG Schleswig-Holstein, Urteil vom 04.09.2012 (Az. 3 U 99/11)</p> <p>OLG Düsseldorf, Beschluss vom 17.07.2013 (Az. I-22 W 19/13)</p> <p>OLG Hamm, Urteil vom 27.10.2015 (Az. 28 U 91/15)</p> <p>LG Bonn, Urteil vom 20.11.2012 (Az. 18 O 169/12)</p> <p>LG Hildesheim, Urteil vom 04.07.2012 (Az. 2 O 100/12)</p>
<p>Da Erfüllungsort für Rückgewähransprüche bei einem Verbrauchsgüterkauf i.d.R. der Wohnsitz des Käufers ist, ist eine <b><u>nach Rücktrittserklärung erfolgte Wohnsitzverlegung des Käufers</u></b> nicht zu berücksichtigen, es sei denn, die Interessen des Käufers würden mit Rücksicht auf Treu und Glauben einen anderen Erfüllungsort rechtfertigen.</p>	<p>OLG Bamberg, Beschluss vom 24.04.2013 (Az. 8 SA 9/13)</p>
<p>Nach den allgemeinen Grundsätzen zum Leistungsort (§ 269 BGB) besteht für die Rückgewähransprüche nach Rücktritt vom Kaufvertrag (Kaufpreiserstattung, Rückgabe des Kfz) <b><u>kein einheitlicher Erfüllungsort</u></b>. Begehrt der Käufer die <b>Rückzahlung des Kaufpreises</b>, ist der <b>Sitz des Verkäufers</b> Erfüllungsort.</p>	<p>LG Augsburg, Beschluss vom 25.09.2018 (Az. 82 O 2813/18)</p>

<p>Mangels besonderer Umstände ist <b>nicht</b> von einem <b>einheitlichen Erfüllungsort</b> auszugehen. Es bleibt daher bei dem allgemein anerkannten Grundsatz, den Erfüllungsort für jede einzelne Leistungspflicht gesondert zu bestimmen. Für den Kaufpreisrückzahlungsanspruch ist dies der <b>Sitz des Verkäufers</b>.</p>	<p>LG Tübingen, Urteil vom 17.09.2015 (Az. 5 O 68/15)</p>
<p>Nach Rücktritt vom Kaufvertrag ist der <b>Verkäufer an seinem Firmensitz zu verklagen</b>. Dort ist der Kaufpreis zu erstatten.</p>	<p>LG Stralsund, Beschluss vom 13.10.2011 (Az. 6 O 211/11)</p> <p>AG Bergen auf Rügen, Beschluss vom 08.08.2012 (Az. 23 C 334/12)</p> <p>AG Hechingen, Urteil vom 02.02.2012 (Az. 2 C 463/11)</p>

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

## 13 Verjährung

### 13.1 Verjährungsfristen im Allgemeinen

**Mängelansprüche verjähren regelmäßig in 2 Jahren** (§ 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB). Das gilt allerdings zwingend nur für den Fall, dass es sich bei dem Kaufgegenstand um eine **neue Ware** handelt und bei dem Käufer um einen **Verbraucher**.

Sofern dies nicht der Fall ist, dürfen die Vertragsparteien – unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen – auch hiervon **abweichende Vereinbarungen** treffen.

Nach deutschem Recht **bewirkt eine Verkürzung der Verjährungsfrist eine Verkürzung der Haftungsdauer des Verkäufers**. Die Fragen, ob und in welchem Umfang der Verkäufer seine Haftung für Mängel der Kaufsache beschränken oder gar ausschließen darf, wurde bereits ausführlich in **Kapitel 1 „Haftung des Verkäufers für Mängel“** behandelt.

### 13.2 Untersuchungs- und Rügeobliegenheiten beim Unternehmerkauf

**Während des Laufs der Verjährungsfrist unterliegt der gewerblich handelnde Unternehmer-Käufer den Untersuchungs- und Rügeobliegenheiten des § 377 HGB**. Danach hat er ein i.R.e. Handelsgeschäftes erworbenes Fahrzeug unverzüglich nach der Ablieferung/Übergabe zu untersuchen und etwaige Mängel unverzüglich anzuzeigen. Zeigt sich ein Mangel erst später, hat der Käufer den Mangel unverzüglich nach dessen Entdeckung beim Verkäufer anzuzeigen. Verletzt er diese Pflicht, gilt die Ware als genehmigt.

Die Regelung des § 377 HGB spielt insbesondere beim **Neuwagenkauf** eine Rolle. Da die Haftung beim **Gebrauchtwagenkauf** gegenüber Unternehmer-Käufern i.d.R. ausgeschlossen wird, kommt sie dort nur zur Anwendung, wenn der Haftungsausschluss nicht wirksam vereinbart wurde oder wenn sich der Verkäufer ausnahmsweise nicht auf den Haftungsausschluss berufen kann oder darf (vgl. hierzu Ziffern **13.2.4** und **13.2.5**).

Gilt allgemein	Gilt nur für Verbraucherkaufverträge, die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt nicht für Verbraucherkaufverträge, die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	--	--

### 13.2.1 Handelskauf

<p>Für die Frage, ob ein Handelskauf i.S.d. § 377 HGB vorliegt, kommt es allein auf den <b>Zeitpunkt des Abschlusses des Kaufvertrages und die daran beteiligten Personen</b> an.</p> <p>Daher gilt die Rügeobliegenheit auch im Rahmen eines <b>zwischen einem Leasinggeber und einem Kfz-Händler abgeschlossenen Kaufvertrags</b>. Das gilt auch dann, wenn der Leasingnehmer ein Verbraucher ist.</p>	<p>BGH, Urteil vom 09.11.2022 (Az. VIII ZR 272/20)</p>
--	--

### 13.2.2 Umfang der Untersuchungsobliegenheit

<p><b>Zumutbare Untersuchungsobliegenheit</b></p> <p>Die Untersuchung muss keine „Rundum-Untersuchung“ aller irgendwie in Betracht kommenden Mängel der Ware umfassen.</p> <p>Anhaltspunkte für die Grenzen der Zumutbarkeit bilden vor allem</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ der für eine Überprüfung erforderliche Zeitaufwand,</li> <li>■ die dem Käufer zur Verfügung stehenden technischen Prüfungsmöglichkeiten sowie</li> <li>■ das Erfordernis eigener technischer Kenntnisse für <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ die Durchführung der Untersuchung oder</li> <li>➤ die Notwendigkeit, die Prüfung von Dritten vornehmen zu lassen.</li> </ul> </li> </ul> <p>Der Verkäufer darf den Käufer in seinen <b>AGB</b> ohne nähere Differenzierung nach Anlass und Zumutbarkeit nicht dazu verpflichten, stets eine <b>vollständige Untersuchung der Ware auf nicht sofort feststellbare Mängel</b> vorzunehmen.</p> <p>Außerdem ist es mit dem Zweck der Untersuchungsobliegenheit nicht vereinbar, dem Käufer in den AGB die <b>Untersuchung der Ware durch einen neutralen Sachverständigen</b> vorzuschreiben.</p>	<p>BGH, Urteil vom 06.12.2017 (Az. VIII ZR 246/16)</p>
--	--

Die <b>Obliegenheiten nach § 377 HGB</b> bestimmen sich danach, was unter Berücksichtigung aller Umstände nach ordnungsgemäßem Geschäftsgang tunlich ist. Die Untersuchung ist auf solche Mängel auszurichten, die bei einer mit verkehrsüblicher Sorgfalt durchgeführten Prüfung der Ware sichtbar werden. Dabei sind die Anforderungen durch eine Interessenabwägung zu ermitteln.	OLG München, Urteil vom 07.02.2013 (Az. 23 U 4160/12)
Die Rügepflicht des § 377 HGB erstreckt sich auch auf <b>Mängel, die erst bei den Nachbesserungsarbeiten entstanden sind</b> .	OLG Hamm, Urteil vom 08.06.2015 (Az. 2 U 163/14)
<b>Kauf eines Anhängers</b> Gewerbekunden müssen das <b>Fahrverhalten des Anhängers mit und ohne Ladung innerhalb von 2 Wochen nach Auslieferung prüfen</b> . Die bloße Inaugenscheinnahme genügt nicht.	OLG Zweibrücken, Beschluss vom 12.07.2024 (Az. 4 U 63/24)
Auch von <b>Unternehmer-Käufern, die nicht regelmäßig Fahrzeuge ankaufen</b> , kann folgendes erwartet werden: <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Im Hinblick auf <b>optische Mängel</b>: oberflächliche Untersuchung</li> <li>■ Zum Zeitpunkt des <b>Auftretens eines Mangelverdachts</b>: intensivere Untersuchung</li> </ul>	LG Heilbronn, Urteil vom 30.11.2016 (Az. II 3 O 309/14)
Die Mängelrügepflicht besteht auch im Falle eines <b>unwirksamen Gewährleistungsausschlusses beim Gebrauchtwagenkauf</b> ( <u>hier</u> : Unwirksamkeit der AGB-Klausel wegen eines Verstoßes gegen das absolute Haftungsfreizeichnungsverbot für Verletzungen des Lebens, Körpers und der Gesundheit nach § 309 Nr. 7 a BGB).	LG Traunstein, Urteil vom 10.08.2016 (Az. 3 O 2147/15)

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

### 13.2.3 Unverzügliche Rüge gegenüber dem Verkäufer

<p><b>(Keine) Entbehrlichkeit der Mängelrüge</b></p> <p>Eine Mängelrüge ist <u>nicht</u> deshalb entbehrlich, weil der <b>Verkäufer auf andere Weise Kenntnis von einem Mangel an der Kaufsache</b> erlangt hat (<u>hier</u>: Kenntnis von einer unzulässige Abschalteneinrichtung eines vom VW-Abgasskandal betroffenen Fahrzeugs).</p> <p>Eine Mängelrüge ist <u>ausnahmsweise</u> dann entbehrlich, wenn sich der <b>Verkäufer bereits bei Abschluss des Kaufvertrages zur Mangelbeseitigung verpflichtet hat</b>.</p>	<p>BGH, Urteil vom 09.11.2022 (Az. VIII ZR 272/20)</p>
<p>„<b>Unverzüglich</b>“ bedeutet ohne schuldhaftes Zögern.</p> <p>Gilt die Ware wegen verspäteter Untersuchung oder Mängelanzeige als genehmigt, sind etwaige <b>Sachmängelansprüche</b> selbst dann <b>verwirkt</b>, wenn der Mangel noch innerhalb der Verjährungsfrist gegenüber dem Verkäufer gerügt wird.</p>	<p>OLG Hamm, Urteil vom 16.11.2009 (Az. 2 U 141/09)</p> <p>OLG Saarbrücken, Urteil vom 09.09.2010 (Az. 8 U 367/09-92)</p> <p>LG Krefeld, Urteil vom 13.03.2014 (Az. 3 O 311/13)</p>
<p><b>Mängel, die erst bei den Nachbesserungsarbeiten entstanden sind</b></p> <p>Eine etwa <b>2 Monate nach Feststellung des Mangels</b> erfolgte Rüge ist <u>nicht</u> unverzüglich.</p>	<p>OLG Hamm, Urteil vom 08.06.2015 (Az. 2 U 163/14)</p>
<p><b>VW-Abgasskandal</b></p> <p>Die <b>allgemeine Medienberichterstattung</b> über den VW-Abgasskandal löst noch keine Rügepflicht des gewerblichen Käufers aus. Der Mangel ist vielmehr erst nach einer <b>schriftlichen Information des Herstellers</b> unverzüglich beim Verkäufer anzuzeigen.</p>	<p>OLG Nürnberg, Urteil vom 24.04.2018 (Az. 6 U 409/17)</p>
<p><b>VW-Abgasskandal</b></p> <p>Hat der Käufer am <b>20.10.2015</b> anlässlich eines Werkstattbesuchs den <b>seit Ende September 2015 in den Medien thematisierten VW-Abgasskandal</b> bezüglich seines Fahrzeugs zur Sprache gebracht, erfolgte die Mängelanzeige ohne schuldhaftes Verzögern und damit rechtzeitig.</p>	<p>OLG Schleswig-Holstein, Urteil vom 20.11.2019 (Az. 9 U 12/19)</p>



<p>Die <b>Untersuchungsobliegenheit</b> besteht im Falle</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ <b>offener Mängel:</b> bei Ablieferung der Sache</li> <li>■ <b>verdeckter Mängel:</b> bei Vorliegen eines ersten Verdachts</li> </ul> <p>Nach Entdeckung des Mangels beträgt die <b>Rügefrist 1 bis 2 Tage</b>.</p> <p>Die <b>Beweislast</b> für die ordnungsgemäße und rechtzeitige Rüge trägt der Käufer.</p>	<p>LG Traunstein, Urteil vom 10.08.2016 (Az. 3 O 2147/15)</p>
<p>Die <b>Rügepflicht</b> ist <b>gegenüber dem Verkäufer</b> zu erfüllen. Dieser Pflicht kommt der Unternehmer-Käufer <u>nicht</u> nach, wenn er das Fahrzeug in eine <b>andere Vertragswerkstatt</b> verbringt und der Verkäufer erstmalig bei Abgabe der Rücktrittserklärung von dem Mangel Kenntnis erlangt.</p> <p>Von der Rügepflicht wird der Unternehmer-Käufer auch nicht durch <b>Ziffer VII 2 a Satz 1 NWVB</b> entbunden, wonach der Käufer Mängelbeseitigungsansprüche auch bei anderen vom Hersteller autorisierten Betrieben geltend machen kann.</p>	<p>OLG Hamm, Urteil vom 12.04.2012 (Az. 2 U 177/11)</p> <p>LG Krefeld, Urteil vom 13.03.2014 (Az. 3 O 311/13)</p>

### 13.2.4 Stillschweigender Verzicht auf die Mängelrüge seitens des Verkäufers

<p>Ein stillschweigender Verzicht auf den Einwand der Verspätung der Mängelrüge kann in Betracht kommen, wenn der Verkäufer</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ das <b>Fahrzeug vorbehaltlos zurückgenommen</b> hat,</li> <li>■ <b>vorbehaltlos Nachbesserung versprochen</b> hat <u>oder</u></li> <li>■ den <b>Einwand der verspäteten Mängelrüge nicht erhoben</b> hat.</li> </ul> <p>Allerdings ist von einem stillschweigenden Verzicht nur dann auszugehen, wenn dafür <b>eindeutige Anhaltspunkte</b> vorliegen, <b>die der Käufer als endgültige Aufgabe dieses Rechts verstehen durfte</b>.</p> <p><b>VW-Abgasskandal</b></p> <p>Wird der Käufer in einem <b>Schreiben des Verkäufers</b> lediglich darüber informiert, dass die Abgaswerte seines Fahrzeugs im realen Fahrbetrieb nicht den EU-Vorgaben entsprechen, stellt dies keinen stillschweigenden Verzicht auf den Verspätungseinwand dar.</p>	<p>BGH, Urteil vom 09.11.2022 (Az. VIII ZR 272/20)</p>
--	--

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Selbst ein <b>(zeitlich befristeter) Verzicht auf die Einrede der Verjährung</b> ist <u>kein</u> eindeutiger Hinweis darauf, dass der Verkäufer auf die bereits eingetretene Genehmigungsfiktion verzichten wollte.	
<b>VW-Abgasskandal</b> <b>Eindeutige Anhaltspunkte</b> für einen stillschweigenden Verzicht lassen sich grundsätzlich noch nicht ohne Weiteres einem <b>Schreiben des Verkäufers</b> entnehmen, in dem er den Käufer über die Bereitstellung eines Software-Updates durch den Fahrzeughersteller informiert, dem Käufer vorschlägt einen für ihn kostenlosen Werkstatttermin zu vereinbaren und ihm für die Dauer der Maßnahme die kostenlose Überlassung eines Ersatzfahrzeugs anbietet.	BGH, Urteil vom 16.11.2022 (Az. VIII ZR 383/20)
<b>Untersuchungs- und Rügeobliegenheit beim Neuwagenkauf</b> Eine <u>vor Fahrzeugübergabe vorgenommene und dokumentierte Übergabedurchsicht des Verkäufers</u> begründet noch keinen (konkludenten) Verzicht des Verkäufers auf die Erfüllung der Untersuchungs- und Rügeobliegenheit seitens des Käufers.	OLG München, Beschluss vom 25.05.2020 (Az. 7 U 5611/19)
<b>VW-Abgasskandal</b> Die Rügepflicht des gewerblichen Käufers entfällt nicht dadurch, dass dem <b>Verkäufer der Mangel bereits aus anderer Quelle bekannt</b> war, es sei denn, der Verkäufer hat dem Käufer Mängelbeseitigung zugesagt. Hat der Verkäufer die beanstandete <b>Ware vorbehaltlos zurückgenommen, vorbehaltlos Nachbesserung versprochen oder den Verspätungseinwand nicht erhoben</b> , ist darin ein konkludenter Verzicht auf den Einwand der Verspätung der Mängelrüge zu sehen.	OLG Nürnberg, Urteil vom 24.04.2018 (Az. 6 U 409/17)
Von einem stillschweigenden Verzicht auf den Einwand der Verspätung der Mängelrüge nach § 377 HGB ist dann auszugehen, wenn der <b>Verkäufer die beanstandete Ware vorbehaltlos zurückgenommen, vorbehaltlos Nachbesserung versprochen oder den Verspätungseinwand nicht erhoben</b> hat.	OLG Köln, Urteil vom 02.12.2010 (Az. 21 U 18/10)

### 13.2.5 Rechtsmissbräuchliche Berufung des Verkäufers auf die Verletzung der Rügeobliegenheit

<p><b>Einwand des Rechtsmissbrauchs nach § 242 BGB</b></p> <p>Eine Berufung des Verkäufers auf die Verletzung der Rügeobliegenheit ist rechtsmissbräuchlich, bei</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ <b>Zwecklosigkeit</b></li> <li>■ <b>treuwidrig ursächlichem Abhalten von der rechtzeitigen Rüge:</b> Allein die Verwendung eines <b>unwirksamen Ausschlusses der Sachmängelhaftung</b> genügt hierfür noch nicht. Das gilt insbesondere dann, wenn die später ergangene BGH-Rechtsprechung zur Rechtswidrigkeit eines Haftungsausschlusses zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorlag.</li> </ul>	<p>LG Traunstein, Urteil vom 10.08.2016 (Az. 3 O 2147/15)</p>
--	---

## 13.3 Verjährung im Falle arglistigen Verschweigens eines Sachmangels

Hat der Verkäufer einen Mangel arglistig verschwiegen, verjähren die Sachmängelhaftungsansprüche des Käufers (Verbraucher oder Unternehmer) erst **nach Ablauf von 3 Jahren seit Kenntniserlangung**, und zwar unabhängig davon, ob im Einzelfall eine Verkürzung oder ein Ausschluss der Verjährung wirksam vereinbart worden ist (§§ 438 Abs. 3, 195, 199 BGB). Auf eine Verkürzung oder einen Ausschluss der Verjährungsfrist darf sich der verkaufende Händler dann nicht mehr berufen (§ 444 BGB).

<p>Der Verkäufer darf sich auch dann nicht auf einen vereinbarten Haftungsausschluss oder eine Verjährungsverkürzung berufen, wenn ein <b>arglistig verschwiegener Sachmangel für den Kaufentschluss des Käufers nicht ursächlich</b> war. Ein Kausalitätserfordernis wäre im Recht der Sachmängelhaftung systemwidrig.</p>	<p>BGH, Urteil vom 15.07.2011 (Az. V ZR 171/10)</p>
<p>Die Verweisungsvorschrift des § 438 Abs. 3 Satz 1 BGB bezieht sich nicht nur auf die Dauer der Verjährungsfrist im Arglistfall, sondern auch auf den <b>Fristbeginn</b>, so dass § 199 BGB Anwendung findet. Danach beginnt die 3-Jahresfrist erst mit dem Ende des Kalenderjahres zu laufen.</p>	<p>OLG Naumburg, Urteil vom 24.10.2013 (Az. 1 U 44/13)</p>

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

Ein **arglistiges Verschweigen eines Mangels** kommt nur in Betracht, wenn der **Verkäufer eine ihm obliegende Aufklärungspflicht verletzt** hat.

### 13.3.1 Vorvertragliche Aufklärungs-, Untersuchungs- und/oder Nachforschungspflichten

Beim Fahrzeugverkauf besteht für einen Kfz-Händler grundsätzlich die **Pflicht, den Käufer – auch ohne dessen Nachfrage – über alle Umstände aufzuklären, die für die Kaufentscheidung des Käufers erkennbar von wesentlicher Bedeutung sind**.

Um dieser Pflicht zu genügen, kann es insbesondere beim Verkauf von Gebrauchtwagen erforderlich sein, das Fahrzeug vor dessen Weiterverkauf zu untersuchen und/oder Nachforschungen über das Fahrzeug anzustellen und den Käufer entsprechend zu informieren (vgl. hierzu Ziffer **13.3.2**).

#### 13.3.1.1 Aufklärungspflichten beim Neuwagenkauf

Auch beim Neuwagenkauf können mitunter Aufklärungspflichten gegenüber dem Käufer bestehen.

#### Dieselfahrzeug

Da ein <b>Dieselfahrzeug mit Rußpartikelfilter</b> , das nicht überwiegend für den <b>Kurzstreckengebrauch</b> geeignet ist, dem derzeitigen Stand der Technik entspricht, ist der Käufer über diesen Umstand nicht unaufgefordert aufzuklären.	BGH, Urteil vom 04.03.2009 (Az. VIII 160/08)  OLG Hamm, Urteil vom 14.11.2013 (Az. I-28 U 33/13)
<b>Keine gesonderte Aufklärung über erforderliche Regenerationsfahrten bei Dieselfahrzeug mit Rußpartikelfilter</b>  In der Regel besteht <u>vor</u> Vertragsabschluss keine berechtigte Käufererwartung dahingehend, über Wartungshinweise aus dem Bedienungshandbuch aufgeklärt zu werden.	OLG Hamm, Urteil vom 09.06.2009 (Az. 28 U 57/08)
<b>Keine Aufklärung über erforderliche Regenerationsfahrten bei Dieselfahrzeug mit Rußpartikelfilter</b>  Ansprüche wegen Verletzung vorvertraglicher Aufklärungspflichten (c.i.c.) scheiden wegen des Vorrangs des Sachmängelhaftungsrechts aus, wenn es sich um Eigenschaften oder die Beschaffenheit der Kaufsache handelt.	OLG Stuttgart, Urteil vom 07.07.2010 (Az. 3 U 82/09)

Sofern ein <b>Dieselfahrzeug mit Eco-Tec-Motor</b> (ohne Rußpartikelfilter) nicht überwiegend für den <b>Kurzstreckengebrauch</b> geeignet ist, ist der Käufer hierüber aufzuklären, da hiervon nicht alle Dieselfahrzeuge mit Eco-Tec-Technik oder einer vergleichbaren Technik betroffen sind.	OLG Oldenburg, Urteil vom 04.03.2011 (Az. 6 U 243/10)
--	---

### Sonstige Fallgestaltungen

Die Neuwageneigenschaft ist beim Kauf eines Kfz von zentraler Bedeutung. Ist dem Vertragshändler der <b>Produktionszeitpunkt</b> nicht bekannt, muss er diesen ermitteln.	OLG Dresden, Urteil vom 18.10.2019 (Az. 9 U 841/19)
Der Begriff „ <b>Transportschaden</b> “ bezeichnet nur Beschädigungen, die das Kfz „während des Transports“ erlitten hat, d.h. während der Fahrt oder beim diesbezüglichen Auf- oder Abladen. Ein durchschnittlicher Privatkäufer darf ohne Zusatzinformationen von eher leichten bis mittleren Beschädigungen ausgehen.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 14.08.2006 (Az. I-1 U 233/05)
Es besteht keine Verpflichtung zur Aufklärung über <b>Auswirkungen einer werkseitigen Tieferlegung und Verwendung von Breitreifen</b> . Über das, was im Rahmen des zu Erwartenden liegt, braucht grundsätzlich nicht aufgeklärt zu werden.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 01.09.2005 (Az. I-1 U 28/05)
Über <b>Kompatibilitätsprobleme zwischen bestimmten Mobiltelefonen und der Audio-/Freisprechanlage</b> muss der Verkäufer den Käufer nur dann unterrichten, wenn ihm solche bekannt sind bzw. sein mussten.	OLG Saarbrücken, Urteil vom 17.12.2014 (Az. 2 U 193/13)
Der Verkäufer muss einen Käufer, der bei ihm in der Vergangenheit bereits einen Pkw der gleichen Marke, aber eines anderen Typs gekauft hat, nicht über jede <b>Abweichung des neuen Fahrzeugs von der Ausstattung des typverschiedenen früher gekauften Fahrzeugs</b> aufklären ( <u>hier</u> : „Aktivsitze“ [ohne Massagefunktion] statt Massagesitze).	OLG München, Beschluss vom 25.05.2020 (Az. 7 U 5611/19)
Beim Neuwagenkauf oder Erwerb einer unbenutzten Tageszulassung gibt es keine generelle Pflicht, dem Käufer mitzuteilen, dass das <b>Fahrzeug von einem Zwischenhändler zugekauft</b> worden ist, <b>der nicht als Halter in die ZB II eingetragen ist</b> .	OLG Frankfurt/M., Urteil vom 03.08.2021 (Az. 5 U 84/20)

Gilt allgemein

Gilt nur für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

<b>Vertriebsweg eines EU-Import-Neuwagens</b>  Dass ein Neuwagen vom Verkäufer in einem EU-Drittstaat querbezogen worden ist, stellt – ohne Wertminderung oder Magerausstattung – keine offenbarungspflichtige Tatsache dar.	LG Kiel, Urteil vom 17.02.2012 (Az. 12 O 277/11)
Es besteht keine Aufklärungspflicht über enthaltene oder mitzubestellende <b>Extras</b> . Welche Extras der Bestellende wünscht, ist der Sphäre des Käufers zuzuordnen. Über das Nichtvorhandensein einer nicht serienmäßig eingebauten <b>Diebstahlswarnanlage</b> ist nicht aufzuklären.	LG Bielefeld, Urteil vom 09.12.2008 (Az. 5 O 381/07)

### 13.3.1.2 Aufklärungspflichten beim Gebrauchtwagenkauf

Von der Frage, ob eine Aufklärungspflicht gegenüber dem Käufer besteht, sind überwiegend Fallgestaltungen aus dem Bereich des Gebrauchtwagenkaufs betroffen.

#### Allgemeines / Grundsatzfragen

Stammt ein Gebrauchtwagen von einem „ <b>fliegenden Zwischenhändler</b> “, der nicht im Kfz-Brief eingetragen ist, so ist der Käufer über diesen Umstand unaufgefordert aufzuklären.	BGH, Urteil vom 16.12.2009 (Az. VIII ZR 38/09)
	OLG Brandenburg, Urteil vom 12.01.2011 (Az. 7 U 158/09)
<b>Verschweigen der Mängelhistorie und des Umstandes, dass es sich um ein „Wandlungsfahrzeug“ handelt</b>  Auch wenn der Erstverkäufer einem redlichen gewerblichen Zwischenhändler diese Umstände verschweigt, steht einem späteren Käufer <u>kein</u> Anspruch auf <b>Abtretung der Sachmängelhaftungsansprüche des Zwischenhändlers gegen den Erstverkäufer</b> zu, wenn der Käufer den Verkäufer wegen der Mangelhaftigkeit des Fahrzeugs in Anspruch nehmen kann.	OLG Frankfurt/M., Urteil vom 19.05.2011 (Az. 12 U 152/09)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

<p>Wird der Verkäufer <b>im TÜV-Bericht schriftlich auf einen Mangel hingewiesen</b> (<i>hier</i>: Undichtigkeit des Motors mit Ölverlust durch Abtropfen), muss er den Käufer vor Abschluss des Kaufvertrages hierüber unterrichten. Es genügt, wenn der Verkäufer einen <b>Mangel für möglich hält</b>, den der Käufer nicht kennt, der aber dessen Entscheidung beeinflussen könnte.</p> <p>Das gilt auch dann, wenn der Käufer zwar weiß, dass das Fahrzeug noch keine neue TÜV-Plakette hat, den Grund hierfür aber nicht kennt.</p>	<p>OLG München, Urteil vom 15.05.2019 (Az. 20 U 4346/18)</p>
<p>Selbst wenn ein Dritter die Verkaufsverhandlungen ohne entsprechende Beauftragung für den Käufer geführt hat, muss sich der Käufer das <b>Wissen des „Verhandlungsgehilfen“ zurechnen lassen</b>, wenn zu erwarten ist, dass der Gehilfe dem Käufer sein Wissen mitteilen oder der Käufer dieses Wissen abfragen wird.</p>	<p>LG Erfurt, Urteil vom 27.08.2015 (Az. 10 O 1179/14)</p>
<p>Der Verkäufer ist <u>nicht</u> verpflichtet, den Käufer auf <b>natürliche Alterungserscheinungen</b> und <b>begrenzte Haltbarkeiten von Einzelteilen</b> hinzuweisen, deren Eintritt selbstverständlich ist (= <b>normaler Verschleiß</b>).</p>	<p>OLG Zweibrücken, Urteil vom 19.12.2024 (Az. 6 U 19/20)</p>
<p><b>Exkurs: Auskunftsanspruch aus § 242 BGB</b></p> <p>Der Käufer hat <u>keinen</u> Anspruch auf <b>Überlassung der oder Einsichtnahme in die Reparaturhistorie</b>, wenn er die Möglichkeit hat, sich die gewünschten Informationen beim Vorbesitzer zu beschaffen.</p>	<p>AG Hannover, Urteil vom 17.05.2017 (Az. 502 C 10372/16)</p>

## Unfallschaden

<p>Die Aufklärungspflicht erstreckt sich nicht nur auf das Einräumen eines Unfallschadens, es darf auch kein falscher Eindruck hinsichtlich des <b>Umfangs des Schadens</b> erweckt und dieser <b>bagatellisiert</b> werden. Wird der Schaden in erheblicher Weise trotz Kenntnis des Verkäufers vom Ausmaß des Unfallschadens verharmlost, ist es nicht Aufgabe des Käufers, den tatsächlichen Schadensumfang durch Nachfrage in Erfahrung zu bringen.</p>	<p>OLG Koblenz, Beschluss vom 01.03.2017 (Az. 5 U 135/17)</p>
---	---

Gilt allgemein

Gilt **nur für Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für Verbraucherkaufverträge,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Hat der Verkäufer <b>Kenntnis vom Umfang des Unfallschadens und des Ausmaßes nicht reparierter Schäden</b> ( <i>hier</i> : aufgrund eines Sachverständigengutachtens), muss er dies dem Käufer ungefragt offenbaren.	OLG Frankfurt/M., Urteil vom 17.09.2013 (Az. 15 U 42/13)
<b>Angaben zu Unfallschäden</b> umfassen sowohl den Schadenshergang als auch den Schadensumfang. Kann der Verkäufer hierzu keine Angaben machen, ist der Käufer darauf hinzuweisen.  „ <b>Leichter Anfahrtschaden</b> “ bedeutet einen leichten Schaden durch Anfahren ( <i>nicht</i> : ein Schaden durch leichtes Anfahren), der mit einem Reparaturaufwand von 400 – 500 Euro behoben werden kann.	OLG Köln, Beschluss vom 17.01.2006 (Az. 4 U 27/05)
<b>Nicht offenkundiger Transportschaden, der nach Abschluss des Kaufvertrages, aber noch vor der Auslieferung entstanden ist</b>  Ein Autohaus handelt bei der Auslieferung nicht arglistig, wenn nach dem Vertragsschluss kein kommunikativer Austausch mehr stattfindet.	OLG Schleswig-Holstein, Urteil vom 20.10.2020 (Az. 7 U 251/19)
<b>Bagatellisierung von Unfallschäden</b>  Unfallschäden dürfen nicht als bloße „ <b>Schönheitsreparaturen</b> “ bezeichnet werden. Der Verkäufer ist vielmehr verpflichtet, dem Käufer das volle Ausmaß des Unfallschadens und die zur Instandsetzung erforderlichen Arbeiten mitzuteilen. Sofern der betroffene Pkw nicht nur einen Bagatellschaden erlitten hatte (nur ganz geringfügige äußere Lackschäden, keine Blebschäden) ist der Käufer auch ohne Nachfrage zu informieren.	OLG Braunschweig, Urteil vom 06.11.2014 (Az. 8 U 163/13)
Der <b>bagatellisierende Hinweis auf ein „Unfallauto“</b> stellt keine angemessene Aufklärung über vorhandene Unfallschäden dar.  Arglistig handelt der Verkäufer auch dann, wenn er nur Teilschäden repariert und der Käufer davon ausgeht, dass ansonsten keine Schäden vorhanden sind und das Fahrzeug fahrbereit ist.	LG Berlin, Urteil vom 20.12.2005 (Az. 5 O 210/05)



Wird ein GW in einer Internetanzeige <b>fälschlicherweise als „unfallfrei“ bezeichnet</b> , muss der Verkäufer diese Aussage vor Vertragsschluss korrigieren. Dafür genügt es nicht, wenn im Kaufvertrag Nachlackierungsarbeiten aufgeführt werden. Vielmehr hat sich eine ordnungsgemäße Korrektur an der Fehlvorstellung des Käufers zu orientieren.	LG Heidelberg, Urteil vom 28.01.2015 (Az. 1 S 22/13)
Hat ein Dritter die Verkaufsverhandlungen ohne Beauftragung für den Käufer geführt und wurde ihm dabei mitgeteilt, dass der GW einen Unfallschaden erlitten hat, muss sich der Käufer das <b>Wissen seines „Verhandlungsgehilfen“ zurechnen lassen</b> , wenn zu erwarten ist, dass der Gehilfe dem Käufer sein Wissen mitteilen oder der Käufer dieses Wissen abfragen wird.	LG Erfurt, Urteil vom 27.08.2015 (Az. 10 O 1179/14)
Eine <b>nicht fachgerecht durchgeführte Reparatur eines schweren Unfallschadens in Polen</b> ist bei einem späteren Weiterverkauf des Fahrzeugs offenbarungspflichtig.	LG Duisburg, Urteil vom 04.06.2004 (Az. 1 O 515/02)
<b>Erkundigungspflicht nach nicht offensichtlich erkennbaren (reparierten) Unfallschäden</b>  Der Verkäufer ist <u>nicht</u> verpflichtet, den Käufer darüber aufzuklären, dass er <b>beim Erwerb des später von ihm weiterverkauften Gebrauchtwagens den Vorbesitzer nicht nach eventuellen Unfallschäden gefragt</b> hat, da der Vorbesitzer ihn hierüber – auch ohne Nachfrage – hätte informieren müssen.	LG Traunstein, Urteil vom 10.08.2016 (Az. 3 O 2147/15)

#### A-typische Vornutzung: Mietwageneigenschaft, Fahrschulwagen etc.

(Siehe hierzu auch Ziffer 2.5.6 – Eignung zur gewöhnlichen Verwendung / übliche Beschaffenheit)

Beim <b>Kauf aus „erster Hand“</b> von einem gewerblichen Gebrauchtwagenhändler ist der Käufer über die ausschließliche <b>Nutzung eines Gebrauchtwagens als Mietfahrzeug</b> aufzuklären.	OLG Stuttgart, Urteil vom 31.07.2008 (Az. 19 U 54/08)
--	---

Gilt allgemein

Gilt **nur für Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für Verbraucherkaufverträge,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

<p>Die <b>Mietwageneigenschaft</b> eines Gebrauchtfahrzeugs ist <b>generell offenbarungspflichtig</b>, da es sich um eine a-typische Vorbenutzung handelt.</p> <p><i>LG Mannheim:</i> Das gilt auch für gebrauchte <b>Wohnmobile</b>, auch wenn der Anteil der als Mietfahrzeug genutzten Wohnmobile in diesem Segment weit über 30 % liegt.</p>	<p>LG Hamburg, Urteil vom 28.10.2016 (Az. 326 O 31/16)</p> <p>LG Mannheim, Urteil vom 29.12.2011 (Az. 1 O 122/10)</p>
<p>Die <b>Mietwageneigenschaft</b> eines Gebrauchtfahrzeugs ist <b>nicht offenbarungspflichtig</b>, da es sich hierbei inzwischen nicht mehr um eine a-typische Nutzung handelt.</p>	<p>LG Kaiserslautern, Urteil vom 25.03.2009 (Az. 2 O 498/08)</p>
<p>Die <b>Mietwageneigenschaft</b> ist zumindest <b>bei jungen GW mit einem Alter von unter 1 Jahr und nur 1 Vorbesitzer</b> eine a-typische Vorbenutzung, die negativen Einfluss auf den Fahrzeugwert hat. Wird der Käufer hierüber nicht aufgeklärt, liegt hierin eine <b>arglistige Täuschung</b> durch Unterlassen. Das gilt erst recht, wenn das Fahrzeug als „<b>Jahreswagen</b>“ deklariert wurde. Auch schließt ein Rechtsirrtum über die Aufklärungspflicht den Vorsatz nicht aus.</p>	<p>LG Limburg, Urteil vom 09.06.2017 (Az. 2 O 197/16)</p>
<p>Ob die <b>Mietwageneigenschaft</b> eines Gebrauchtwagens offenbarungspflichtig ist, hängt von den Umständen des Einzelfalls ab. Maßgeblich für eine Wertminderung sind das Alter und die Fahrleistung. Weder das Risiko unsachgemäßer Nutzung noch das eines höheren Verschleißes sind bei regelmäßiger Wartung und gleicher Kilometerzahl höher einzuschätzen als bei privat genutzten Fahrzeugen.</p>	<p>AG Kiel, Urteil vom 09.10.2014 (Az. 107 C 135/13)</p>
<p>Über das <b>Risiko eines übermäßigen Verschleißes</b> aufgrund der früheren Nutzung eines Fahrzeugs als <b>Fahrschulwagen</b> ist der Käufer aufzuklären. Fahranfänger würgen den Motor häufiger ab und ihnen unterläuft beim Schalten häufiger ein Fehler, was zu einer erhöhten Abnutzung führt.</p>	<p>LG Aachen, Urteil vom 15.05.2012 (Az. 8 O 29/11)</p>

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

## Importfahrzeuge

Das <b>bloße Verschweigen der Reimporteigenschaft</b> eines Fahrzeugs ist keine arglistige Täuschung, es sei denn, der Käufer hat ausdrücklich danach gefragt. Aufgrund des geänderten Marktverhaltens beim Autokauf kann nicht mehr generell davon ausgegangen werden, dass sich die Reimporteigenschaft eines Fahrzeugs stets, insbesondere bei älteren Gebrauchtwagen, mindernd auf den Verkehrswert des Fahrzeugs auswirkt.	OLG Zweibrücken, Beschluss vom 26.01.2021 (Az. 8 U 85/17)
<b>Allein die Tatsache eines EU-Imports</b> ist – ohne erhebliche Wertminderung oder Magerausstattung des Gebrauchtwagens – nicht offenbarungspflichtig.	KG Berlin, Beschlüsse vom 06.10./ 29.08.2011 (Az. 20 U 130/11)  OLG Karlsruhe, Urteil vom 12.11.2021 (Az. 10 U 11/21)
Der Umstand, dass es sich bei einem GW um ein <b>EU-Import-Fahrzeug</b> handelt, stellt <b>keine dem Fahrzeug anhaftende Beschaffenheit</b> dar und ist deshalb auch nicht offenbarungspflichtig.	OLG Hamm, Beschluss vom 09.06.2016 (Az. 28 U 66/16)  OLG Köln, Beschluss vom 15.05.2014 (Az. 19 U 3/14)
Der Verkäufer eines <b>reimportierten GW</b> muss den Käufer unaufgefordert über die Reimporteigenschaft des Fahrzeugs aufklären, solange diese auf dem deutschen GW-Markt einen erheblichen preismindernden Faktor darstellt. Ansonsten ist der Kaufvertrag anfechtbar. Ein Sachmangel liegt nur vor, wenn das Fahrzeug zusätzlich zur Reimporteigenschaft, nicht mit allen in Deutschland serienmäßig angebotenen Ausstattungsmerkmalen ausgestattet ist.	OLG Naumburg, Urteil vom 07.12.2005 (Az. 6 U 24/05)
<b>Erwerb, Nutzung (ca. 20.000 km) und Rückführung eines hochpreisigen GW in Dubai</b>  Hierbei handelt es sich um einen außergewöhnlichen, offenbarungspflichtigen Umstand, der sich nachteilig auf das Vertrauen interessierter Verkehrskreise und damit auf den Wert des GW auswirkt. Die klimatischen Bedingungen (insbesondere Sonneneinstrahlung und Sand) stellen eine besondere Belastung für den Lack	OLG Hamm, Urteil vom 17.08.2020 (Az. I-17 U 231/18)

und sämtliche Dichtungen dar und können weitere technische Vorbehalte begründen.	
Auf die Tatsache, dass bei einem <b>EU-Importfahrzeug</b> grundsätzlich mit einer <b>Verkürzung der Neuwagen-Garantie</b> zu rechnen ist, muss der Verkäufer den Käufer nicht ungefragt hinweisen. Wird die „Garantielaufzeit“ aber thematisiert, muss der Verkäufer sich wahrheitsgemäß äußern und dem Käufer auch das Datum der EU-Auslandszulassung mitteilen, sofern es ihm bekannt ist.	LG Berlin, Urteil vom 05.11.2012 (Az. 28 O 220/12)
Es besteht keine vertragliche Nebenpflicht, den Käufer ungefragt darüber zu informieren, dass es sich bei dem <b>gebrauchten Motorrad</b> um einen EU-Import handelt, da ein Schutzbedürfnis des Käufers nicht gegeben ist.	LG München I, Urteil vom 06.12.2016 (Az. 26 O 16507/15)

### Anzahl der Vorbesitzer

<p>Die Angabe „<b>Anzahl der Vorbesitzer</b>“ steht erkennbar im Zusammenhang mit dem im Kaufvertrag erwähnten Fahrzeugbrief. Es genügt, wenn sie der in der ZB II eingetragenen Anzahl der Vorhalter entspricht. Die tatsächlichen Besitz- und Nutzungsverhältnisse können hiervon abweichen. Hierüber muss der Käufer nicht aufgeklärt werden.</p> <p>Der Verkäufer muss nicht darauf hinweisen, dass das <b>Fahrzeug nicht vom letzten Halter, sondern von einem Kfz-Händler erworben</b> wurde. Grundsätzlich ist nicht mitteilungspflichtig wie, wann und von wem das zum Verkauf stehende Fahrzeug erworben wurde. Eine Ausnahme besteht nur, wenn das Fahrzeug von einem „fliegenden Zwischenhändler“ mit unbekannter Identität erworben wurde.</p>	OLG München, Urteil vom 14.03.2018 (Az. 20 U 2499/17)
Die Anzahl der Vorbesitzer ist für den Käufer ein wesentlicher Umstand, wenn der Verkäufer das <b>Fahrzeug zuvor von einem Zwischenhändler erworben</b> hat. Denn ohne entsprechenden Hinweis geht der Käufer davon aus, dass der Verkäufer das Fahrzeug von demjenigen übernommen hat, der als letzter Halter in die ZB II eingetragen ist.	LG Berlin, Urteil vom 31.07.2014 (Az. 5 O 90/13)

### Sonstige Fallgestaltungen

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

Sind einem Händler <b>Abweichungen von der auf dem Tacho angezeigten Laufleistung zur tatsächlichen Gesamtfahrleistung bekannt</b> (z.B. wegen des Einbaus eines <b>Tauschtachos</b> ), hat er den Käufer hierüber unaufgefordert aufzuklären.	OLG Köln, Urteil vom 13.03.2007 (Az. 22 U 170/06)
Den Händler trifft auch bei einem instandgesetzten „ <b>Diebstahlschaden</b> “ eine Aufklärungspflicht, wenn die anlässlich des Diebstahls verursachten Schäden gravierend waren. Die Anforderungen sind mit denen bei einem reparierten Unfallschaden vergleichbar.	OLG Köln, Beschluss vom 21.03.2011 (Az. 5 U 175/10)
Der Verkäufer muss über die <b>Standzeit eines GW</b> aufklären, wenn zwischen Produktion und Erstzulassung eine ungewöhnlich lange Zeitspanne liegt.  ( <u>hier</u> : Aufklärungspflicht angenommen bei einem Vorführrwagen mit 3.000 km und einer Standzeit von 2 ½ Jahren)	OLG Oldenburg, Urteil vom 28.10.2005 (Az. 6 U 155/05)
<b>Diebstahlsrückläufer</b> sind auch im b2b-Bereich offenbarungspflichtig.	OLG Rostock, Urteil vom 01.06.2021 (Az. 4 U 156/19)
Wurde ein Fahrzeug entgegen den <b>NW-Garantiebedingungen</b> eines Herstellers ohne dessen Genehmigung verändert (z.B. mittels <b>Chip-Tuning</b> ) und wurde dies dem Hersteller <b>nicht angezeigt</b> , ist ein späterer Käufer hierüber aufzuklären, wenn hierdurch die Inanspruchnahme der NW-Garantie im Schadensfall erschwert wird.	OLG Köln, Urteil vom 11.11.2015 (Az. 16 U 23/15)
Beim Kauf eines Dieselfahrzeugs muss der Käufer nur dann unaufgefordert über <b>die Kurzstrecken- bzw. Freibrennproblematik des Dieselpartikel-Filters</b> aufgeklärt werden, wenn im Bedienhandbuch nicht alle erforderlichen Informationen stehen. Ist dies der Fall, steht ihm ein Rückabwicklungsanspruch aus §§ 311 Abs. 2, 280 Abs. 1, 241 Abs. 2 BGB wegen Verschuldens bei Vertragsverhandlungen aufgrund der Verletzung einer vertraglichen Hinweis- und Beratungspflicht zu.	LG Düsseldorf, Urteil vom 09.05.2016 (Az. 23 O 195/15)

Der Käufer eines GW darf auch ohne Nachfrage eine <b>Offenbarung der Reparaturhistorie</b> des Fahrzeugs nach Treu und Glauben erwarten, wenn Anzahl und Umfang der durchgeführten Arbeiten als außergewöhnlich zu bezeichnen sind und diese dem Verkäufer bekannt waren, weil er sie selbst vorgenommen hat.	LG Lüneburg, Urteil vom 08.05.2025 (Az. 3 O 150/21)
Beim <b>nachträglichen Einbau einer Gasanlage</b> ist der Verkäufer nicht verpflichtet, den Käufer zuvor darüber aufzuklären, dass ein Fahrzeug im Gasbetrieb (verschleißfrei) nicht die gleiche Höchstgeschwindigkeit erzielen kann wie im Benzinbetrieb und eine höhere Verschleißanfälligkeit des Zylinderkopfes aufweist.	LG Osnabrück, Urteil vom 27.09.2010 (Az. 2 O 2244/09)
Da die bloße <b>Nachlackierung</b> keinen Sachmangel darstellt, besteht für den Verkäufer weder die Pflicht, den Käufer ungefragt darüber zu informieren noch das Fahrzeug mittels einer Lacktiefenmessung auf mögliche Nachlackierungen zu überprüfen.	AG Pirmasens, Urteil vom 28.08.2015 (Az. 2 C 153/15)
Die Verwendung der Modellbezeichnung eines Fahrzeugherstellers ( <i>hier</i> : Audi A 4 2.8) beinhaltet die Erklärung, dass das Fahrzeug ursprünglich von dem betreffenden Hersteller produziert worden ist. Bei <b>Neuaufbau eines Fahrzeugs aus Originalteilen</b> ist der Käufer hierüber aufzuklären. Die kommentarlose Aushändigung der Fahrzeugpapiere, aus denen sich der Hersteller über den Nummerncode ermitteln lässt, ist nicht ausreichend.	AG Lemgo, Urteil vom 23.11.2009 (Az. 17 C 346/09)
Für den Kaufentschluss eines potenziellen Käufers ist es von wesentlicher Bedeutung, ob bei dem zum Kauf angebotenen Fahrzeug der <b>Motorblock ausgetauscht</b> wurde. Das gilt im Besonderen, wenn der Motorblock bereits bei einer geringen Laufleistung ausgetauscht werden musste ( <i>hier</i> : 350 km). Hierüber hat der Verkäufer den Käufer ungefragt aufzuklären.	AG Andernach, Urteil vom 23.12.2020 (Az. 69 C 379/19)

### 13.3.2 Untersuchungs- und/oder Nachforschungspflichten beim Verkauf von Gebrauchtwagen

Um den Käufer eines Gebrauchtwagens ordnungsgemäß aufklären zu können, kann es erforderlich sein, den Gebrauchtwagen vor dessen Weiterverkauf auf vorhandene Mängel zu untersuchen, Nachforschungen über das Fahrzeug anzustellen und/oder Einsicht in die beim Hersteller geführte „Reparaturhistorie“ zu nehmen und den Käufer entsprechend zu informieren.

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

### 13.3.2.1 Allgemeines / Grundsätzliches

<p>Beim Verkauf von Gebrauchtwagen unterliegt der Händler einer <b>„generellen“ Untersuchungspflicht</b>, die sich auf eine <b>Sicht- und Funktionsprüfung</b> erstreckt. Erfüllt der Händler diese Pflicht nicht selbst, sondern führt er das Fahrzeug stattdessen am Verkaufstag beim TÜV vor, der das Fahrzeug trotz Sicherheitsmängeln nicht beanstandet, haftet der Verkäufer.</p> <p>Eine <b>„echte“ Untersuchungspflicht</b> des Händlers besteht <b>nur bei einem konkreten Verdacht auf Fahrzeugmängel</b>.</p>	<p>OLG Oldenburg, Urteil vom 28.02.2014 (Az. 11 U 86/13)</p> <p><i>In diesem Sinne bestätigt vom BGH, Urteil vom 15.04.2015 (Az. VIII ZR 80/14)</i></p>
--	---

### 13.3.2.2 Unfallschaden

<p><b>Ohne Vorliegen besonderer Anhaltspunkte für einen früheren Unfallschaden</b>, ist eine fachmännische <b>„Sichtprüfung“</b> ausreichend und es besteht <u>keine</u> Pflicht zu weiteren Nachforschungen, auch nicht hinsichtlich der beim Hersteller geführten „Reparaturhistorie“.</p>	<p>BGH, Urteil vom 19.06.2013 (Az. VIII ZR 183/12)</p>
<p>Ergibt eine Sichtprüfung <b>keine Anhaltspunkte für einen Unfallschaden</b>, so ist der GW-Verkäufer grundsätzlich <u>nicht</u> verpflichtet, sich vor dem Weiterverkauf Einblick in die <b>beim Hersteller geführte „Reparaturhistorie“</b> zu verschaffen und muss den Käufer auch nicht über eine <b>unterlassene Einsichtnahme</b> aufklären.</p>	<p>BGH, Urteil vom 12.01.2011 (Az. VIII ZR 346/09)</p>
<p><b>Ohne Vorliegen besonderer Anhaltspunkte</b> für einen früheren Unfallschaden, obliegt dem Verkäufer <u>nicht</u> die Pflicht, das Fahrzeug auf Unfallschäden zu untersuchen. Allerdings muss der Verkäufer in diesem Falle die Begrenztheit seines Kenntnisstandes gegenüber dem Käufer deutlich machen, wenn er die <b>Unfallfreiheit in einer Weise behauptet, die dem Kunden den Eindruck vermitteln kann, die Zusicherung beruhe auf der Grundlage verlässlicher Kenntnis</b>.</p>	<p>BGH, Urteil vom 07.06.2006 (Az. VIII ZR 209/05)</p>
<p>Wird ein Gebrauchtwagen mit einem <b>„reparierten Unfallschaden“</b> verkauft, ist der Händler vorher zur Vornahme einer Sichtprüfung verpflichtet und muss den Käufer über Anzeichen einer nicht fachgerecht durchgeführten Reparatur aufklären.</p>	<p>KG Berlin, Urteil vom 01.09.2011 (Az. 8 U 42/10)</p>

Gilt allgemein

Gilt **nur für Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für Verbraucherkaufverträge,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

<p><b>Dienstfahrzeuge des Herstellers</b></p> <p>Zur Unfallfreiheit eines Fahrzeugs, dessen einziger Besitzer (Nutzer und Halter) der Hersteller war, und zu dem der Vorbesitzer <b>keine Angaben zur Unfallfreiheit</b> gemacht hat, darf ein gewerblicher Verkäufer erst dann eine Erklärung abgeben, wenn er das Fahrzeug zuvor untersucht oder die Reparaturhistorie beim Hersteller ermittelt hat, sofern der Hersteller jederzeit abrufbare Informationen über die Reparaturhistorie vorhält.</p>	<p>OLG Naumburg, Urteil vom 24.10.2013 (Az. 1 U 44/13)</p>
<p><b>Unterlässt der Verkäufer eine Sichtprüfung, bei der Nachlackierungen erkennbar wären, die einen Unfallverdacht offenbart hätten</b>, handelt er arglistig. Hätte er die erforderliche Sichtprüfung nämlich vorgenommen, wäre er in diesem Falle zur Vornahme einer genauen Untersuchung des Fahrzeugs verpflichtet gewesen oder er hätte den Käufer darüber aufklären müssen, dass eine derartige Untersuchung nicht stattgefunden hat, obwohl ein Unfallverdacht gegeben ist.</p>	<p>OLG Karlsruhe, Beschluss vom 25.10.2010 (Az. 4 U 71/09)</p>
<p>Die von der Rechtsprechung entwickelten Anforderungen an die Sichtprüfung gelten für den Kfz-Händler auch i.R.e. <b>Agenturgeschäfts</b>, d.h. wenn er das Fahrzeug <b>für einen privaten Verkäufer</b> veräußert. Unterlässt der Kfz-Händler eine erforderliche Sichtprüfung, kommt eine Eigenhaftung nach § 311 Abs. 3 BGB in Betracht.</p>	<p>OLG Karlsruhe, Beschluss vom 20.05.2020 (Az. 9 W 10/20)</p>
<p>Eine Sichtprüfung umfasst auch den <b>Abgleich der Herstellungsdaten einzelner Teile mit dem Baujahr und der Erstzulassung des Fahrzeugs</b>. Eine hiervon abweichende Herstellerkennzeichnung der Seitenscheibe legt den Verdacht eines nachträglichen Scheibeneinbaus nahe und ist ein deutlicher Hinweis für einen Unfallverdacht.</p>	<p>LG Erfurt, Urteil vom 16.10.2018 (Az. 2 O 1179/17)</p>
<p>Es gibt keinen Erfahrungssatz dahingehend, dass Unfallreparaturen durch <b>Austausch von Teilen</b> optisch erkennbar bleiben. Der Käufer muss daher zu der Frage der optischen Erkennbarkeit der Unfallschadenreparatur vortragen. Die bloße Behauptung, so etwas müsse ein Fachhändler doch erkennen, genügt nicht.</p>	<p>LG Frankfurt/Oder, Urteil vom 02.08.2017 (Az. 13 O 119/17)</p>



### 13.3.2.3 Tachomanipulation / Gesamtleistung

Der Verkäufer eines Gebrauchtwagens, den er selbst zuvor angekauft hat, darf grundsätzlich auf die <b>Angaben des Vorbesitzers</b> zur Laufleistung vertrauen, soweit sich <b>keine Anhaltspunkte für die Unrichtigkeit der Angaben</b> aufdrängen. Nur wenn solche Anhaltspunkte vorliegen, besteht auch eine Untersuchungs- bzw. Nachforschungspflicht.	LG Berlin, Urteil vom 01.12.2015 (Az. 19 O 17/15)
<b>Ohne besondere Anhaltspunkte</b> besteht keine Nachforschungspflicht hinsichtlich der tatsächlichen Laufleistung eines Gebrauchtwagens (z.B. durch Einsichtnahme in die Reparaturhistorie beim Hersteller).	LG Kiel, Urteil vom 27.02.2015 (Az. 3 O 25/14)

### 13.3.2.4 Rückrufaktionen des Herstellers

Ein <b>freier Gebrauchtwagenhändler</b> ist beim Verkauf eines Gebrauchtwagens in der Regel nicht zur Nachforschung über eventuelle Rückrufaktionen des Fahrzeugherstellers verpflichtet.	OLG Stuttgart, Urteil vom 18.01.2011 (Az. 12 U 171/10)
Ein <b>Markenhändler</b> ist verpflichtet, den Käufer über Rückrufaktionen seines Herstellers, an denen das Fahrzeug nicht teilgenommen hat, zu informieren, sofern es ihm nicht ausnahmsweise unzumutbar ist. Hierzu hat er ggf. organisatorische Vorkehrungen zu treffen, damit diese Pflicht auch erfüllt werden kann.	OLG Düsseldorf, Urteil vom 20.02.2008 (Az. I-22 U 157/08)

## 13.3.3 Arglistvorwurf

Ein Mangel wird „arglistig“ vom Verkäufer verschwiegen, wenn die **unterlassene Aufklärung zum Zwecke der Erregung oder Aufrechterhaltung eines Irrtums** auf Käuferseite erfolgt.

### 13.3.3.1 Grundsätzliches / Allgemeines

<b>Arglist erfordert Vorsatz.</b> Der Täuschende muss die Unrichtigkeit seiner Angaben bei Vertragsschluss kennen oder zumindest für möglich halten. Dabei <b>genügt bedingter Vorsatz</b> , d.h. es genügt, wenn der Täuschende, obwohl er mit einer möglichen Unrichtigkeit seiner Angaben rechnet, „ins Blaue hinein“ <b>unrichtige Angaben macht</b> .	BGH, Urteil vom 11.05.2001 (Az. V ZR 14/00)
--	---

Gilt allgemein

Gilt **nur für Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für Verbraucherkaufverträge,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

<b>Arglist</b> setzt voraus, dass unrichtige Erklärungen in Kenntnis ihrer Unrichtigkeit abgegeben werden ( <b>bedingter Vorsatz</b> genügt).	OLG München, Urteil vom 29.09.2010 (Az. 20 U 2761/10)
<b>Arglist</b> durch Verschweigen eines offenbarungspflichtigen Mangels liegt auch bei <b>bedingtem Vorsatz</b> im Sinne eines „Fürmöglichhalten“ des Vorliegens eines Mangels und „billigenden Inkaufnehmens“ der Unkenntnis auf Seiten des Käufers vor. Ein moralisches Unwerturteil muss damit nicht verbunden sein.	OLG Koblenz, Beschlüsse vom 24.01./25.02.2013 (Az. 3 U 846/12)
Für arglistiges Verhalten des Verkäufers ist der <b>Käufer beweispflichtig</b> . Bloße Mutmaßungen oder Spekulationen genügen nicht.	OLG Bamberg, Beschluss vom 09.12.2009 (Az. 1 U 136/09)
Arglistig handelt nicht, wer <b>gutgläubig unrichtige Angaben</b> macht, mag auch der gute Glaube selbst auf Leichtfertigkeit beruhen	LG Stuttgart, Urteil vom 06.03.2020 (Az. 19 O 123/19)

### 13.3.3.2 Falsche Angaben zur Unfallfreiheit

<b>Zusicherungen</b> eines Verkäufers <b>zur Unfallfreiheit</b> eines GW, die ohne tatsächliche Grundlagen „ <b>ins Blaue hinein</b> “ erfolgen, stellen eine eigene <b>arglistige Täuschung des Verkäufers</b> dar, wenn der Verkäufer gegenüber dem Käufer die Begrenztheit seines Kenntnisstandes nicht deutlich macht und bei dem Käufer der Eindruck entsteht, die Zusicherung erfolge aufgrund verlässlicher Kenntnis.	BGH, Urteil vom 07.06.2006 (Az. VIII ZR 209/05)  LG Heidelberg, Urteil vom 28.01.2015 (Az. 1 S 22/13)
<b>Arglist</b> setzt voraus, dass unrichtige Erklärungen in Kenntnis ihrer Unrichtigkeit abgegeben werden (bedingter Vorsatz genügt).  Eine <b>falsche Aussage zur Unfallfreiheit eines Kfz, die auf einem Vermerk im EDV-System beruht</b> , erfolgt <u>nicht</u> „ins Blaue hinein“, wenn dieser Vermerk üblicherweise nur nach Begutachtung des Kfz im EDV-System aufgenommen wird.	OLG München, Urteil vom 29.09.2010 (Az. 20 U 2761/10)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

<p>Macht der Hersteller oder ein Zwischenhändler <b>keine Angaben zur Unfallfreiheit eines (Dienst-)Fahrzeugs</b>, dessen einziger Besitzer (Nutzer und Halter) der Hersteller des Fahrzeugs war, und behauptet der Verkäufer, dass das Fahrzeug „nach Angaben des Vorbesitzers“ keine Unfallschäden erlitten hat, ist dies dann als <b>Erklärung „ins Blaue hinein“</b> und damit als Arglist zu werten, wenn der Verkäufer das Fahrzeug nicht zuvor untersucht oder die Reparaturhistorie beim Hersteller abgefragt hat, obwohl der Hersteller jederzeit abrufbare Informationen über die Reparaturhistorie vorhält, die auf einen offenbarungspflichtigen Mangel hätten schließen lassen.</p>	<p>OLG Naumburg, Urteil vom 24.10.2013 (Az. 1 U 44/13)</p>
<p><b>Unterlässt der Verkäufer eine Sichtprüfung</b>, bei der Nachlackierungen erkennbar gewesen wären, die einen Unfallverdacht offenbart hätten, handelt er arglistig.</p>	<p>OLG Karlsruhe, Beschluss vom 25.10.2010 (Az. 4 U 71/09)</p>
<p>Nimmt der Verkäufer eine <b>Sicht- und Lackdichteprüfung</b> vor, über deren Ergebnis er den Käufer aufgeklärt hat, und enthält der Kaufvertrag einen eindeutigen Hinweis darauf, dass <b>weitergehende Untersuchungen auf etwaige Vorschäden nicht vorgenommen</b> wurden, handelt der Verkäufer nicht arglistig, wenn der Käufer gegenteilige Zusagen oder Hinweise nicht nachweisen kann.</p>	<p>LG Fulda, Urteil vom 14.11.2019 (Az. 2 O 76/18)</p>
<p>Bezeichnet der Verkaufsmitarbeiter einen Gebrauchtwagen fälschlicherweise als „unfallfrei“, weil der zuständige Mitarbeiter der Einkaufsabteilung es <b>fahrlässig unterlassen</b> hat, <b>den Unfallschaden des Fahrzeugs im zentralen EDV-System zu vermerken</b>, liegt i.d.R. keine Arglist vor. Einen Arglistvorwurf muss sich das Autohaus als „<b>juristische Person</b>“ allenfalls dann gefallen lassen, wenn nicht sichergestellt war, dass das „Einkaufswissen“ und das „Werkstattwissen“ in geeigneter Weise erfasst und verfügbar gehalten werden, oder wenn die Erfassung dieses Wissens vorsätzlich unterlassen wurde.</p>	<p>LG Nürnberg-Fürth, Urteil vom 14.08.2014 (Az. 10 O 3910/14)</p>

Hat der Verkäufer, dem ein Unfallschaden des Gebrauchtwagens nicht bekannt ist, vor dessen Weiterverkauf die <b>Durchführung eines „Gebrauchtwagen-Checks“ durch einen Dritten beauftragt und die Reparaturhistorie eingesehen</b> , aus denen sich keine Hinweise auf einen (reparierten) Unfallschaden ergeben, handelt er nicht arglistig.	LG Nürnberg-Fürth, Urteil vom 24.05.2018 (Az. 6 O 6812/17)
Erleidet das Fahrzeug <b>nach Abschluss des Kaufvertrages, aber noch vor dessen Auslieferung</b> an den Käufer einen <b>Transportschaden</b> , den der Verkäufer bei der Fahrzeugauslieferung nicht offenbart, handelt dieser nicht arglistig, wenn nach dem Vertragsschluss kein kommunikativer Austausch mehr stattfindet.	OLG Schleswig-Holstein, Urteil vom 20.10.2020 (Az. 7 U 251/19)

### 13.3.3.3 Falsche Angaben zum Umfang des Unfallschadens

Hat der Verkäufer <b>Kenntnis vom Umfang des Unfallschadens und des Ausmaßes nicht reparierter Schäden</b> ( <i>hier</i> : aufgrund eines <b>Sachverständigengutachtens</b> ), handelt er arglistig, wenn er dies dem Käufer gegenüber nicht ungefragt offenbart.	OLG Frankfurt/M., Urteil vom 17.09.2013 (Az. 15 U 42/13)
Die <b>Bagatellisierung eines Unfallschadens als bloße „Schönheitsreparatur“</b> kann eine Arglisthaftung begründen.	OLG Braunschweig, Urteil vom 06.11.2014 (Az. 8 U 163/13)
<b>Bagatellisierung eines Unfallschadens</b> Bezeichnet der Verkäufer den reparierten Vorschaden, den das zu verkaufende Fahrzeug erlitten hatte, im Kaufvertrag als „rep. Schaden vorne links“, obwohl er weiß, dass es sich um einen <b>Totalschaden</b> handelte, stellt dies eine arglistige Täuschung dar.	LG Itzehoe, Urteil vom 17.01.2025 (Az. 3 O 163/24)
Weichen die <b>Angaben zur Unfallhöhe</b> aufgrund eigener Einschätzung des Verkäufers von der ihm bekannten <b>Reparaturrechnung</b> ab, kann dies einen Arglistvorwurf begründen.	LG Düsseldorf, Urteil vom 20.07.2009 (Az. 5 O 259/05)
Der Verkäufer handelt auch dann arglistig, wenn er <b>nur Teilschäden repariert</b> und der Käufer davon ausgeht, dass ansonsten keine Schäden vorhanden sind und das Fahrzeug fahrbereit ist.	LG Berlin, Urteil vom 20.12.2005 (Az. 5 O 210/05)

### 13.3.3.4 VW-Abgasskandal

<p>Der unabhängige Vertragshändler muss sich eine etwaige <b>arglistige Täuschung seines Herstellers</b> <u>nicht</u> zurechnen lassen. Der Hersteller ist im Verhältnis zum Vertragshändler „Dritter“ i.S.d. § 123 Abs. 2 Satz 1 BGB, weshalb der Händler nur haftet, wenn er die mutmaßliche Täuschung kannte oder kennen musste.</p> <p>Maßgeblich sind die Maßstäbe des § 278 BGB. Der <b>Hersteller</b> ist im Hinblick auf eine mangelfreie Lieferung nicht als Erfüllungsgehilfe des Vertragshändlers anzusehen.</p>	<p>OLG Hamm, Beschluss vom 05.01.2017 (Az. 28 U 201/16)</p> <p>OLG Dresden, Urteil vom 15.08.2017 (Az. 9 U 241/17)</p> <p>OLG Karlsruhe, Urteil vom 18.07.2019 (Az. 17 U 160/18)</p>
<p>Der Vertragshändler haftet <u>nicht</u> für eine etwaige <b>arglistige Täuschung seines Herstellers</b>, weil dieser – auf der Grundlage der Maßstäbe der §§ 278, 166 BGB – nicht Erfüllungsgehilfe, Repräsentant (Verhandlungsführer/-gehilfe) oder Vertrauensperson des Vertragshändlers ist. Der Hersteller ist vielmehr als „Dritter“ anzusehen, weil sein Verhalten nicht dem des Händlers gleichzusetzen ist.</p> <p><u>OLG Stuttgart</u>: Es liegen auch keine Umstände vor, aufgrund derer eine Zurechnung aufgrund von Billigkeitsgesichtspunkten in Betracht käme.</p>	<p>OLG Brandenburg, Beschluss vom 18.07.2017 (Az. 2 U 39/16)</p> <p>OLG Koblenz, Urteil vom 28.09.2017 (Az. 1 U 302/17)</p> <p>OLG Stuttgart, Urteil vom 04.10.2017 (Az. 12 U 64/17)</p> <p>OLG München, Beschluss vom 02.07.2018 (Az. 8 U 1710/17)</p> <p>OLG München, Urteil vom 03.07.2019 (Az. 3 U 4029/18)</p>
<p>Eine Zurechnung einer etwaigen <b>arglistigen Täuschung des Herstellers</b> kommt jedenfalls nicht bei <b>unabhängigen Händlern</b> in Betracht, die keine Konzernunternehmen des Herstellers sind und bei denen keine Beteiligungsverhältnisse mit den Herstellerfirmen bestehen.</p>	<p>OLG München, Urteil vom 03.07.2017 (Az. 21 U 4818/16)</p>
<p>Sofern der Verkäufer nicht auf die Einrede der Verjährung verzichtet hat und er den <b>Mangel nicht selbst oder in zurechenbarer Weise arglistig verschwiegen</b> hat, endet die Verjährungsfrist beim Verbrauchsgüterkauf über ein Neufahrzeug 2 Jahre nach Übergabe des Fahrzeugs.</p>	<p>OLG Koblenz, Urteil vom 06.06.2019 (Az. 1 U 1552/18)</p>

<p><b>Leasing-Fall</b></p> <p>Eine Wissenszurechnung kann <u>nicht</u> allein auf eine <b>Konzernverbundenheit</b> gestützt werden. Ob ein Organisationsverschulden in Betracht kommt, hängt von der konkreten Ausgestaltung der Arbeitsteilung und der Ausübung von Leitungsmacht im Konzern sowie der Tatsache ab, bei welcher der Gesellschaften das behauptete Wissen vorhanden ist.</p>	<p>OLG Stuttgart, Urteil vom 25.04.2017 (Az. 6 U 146/16)</p>
--	--

### 13.3.3.5 Sonstige Fallgestaltungen

<p>Weist der <b>Lack</b> eines 10 Jahre alten GW Flecken auf, die nicht altersbedingt und im nassen Zustand nur schwer erkennbar sind, so handelt der Verkäufer arglistig, wenn er den Käufer, der das Fahrzeug nur in nassem Zustand gesehen hat, hierüber nicht aufklärt und wenn er nicht beweisen kann, dass der Mangel dem Käufer grob fahrlässig unbekannt geblieben ist. Das gilt auch dann, wenn sich die Flecken durch eine Politur beseitigen lassen (= Nachbesserungsmaßnahme).</p>	<p>OLG München, Urteil vom 21.03.2006 (Az. 18 U 1936/05)</p>
<p>Wird an einem Gebrauchtwagen kurz vor dessen Verkauf eine <b>frische HU</b> vorgenommen, die <b>keine Mängel</b> ergibt, kann dem Händler keine Arglist unterstellt werden.</p>	<p>LG Amberg, Urteil vom 25.02.2025 (Az. 11 O 625/249)</p>
<p>Hat der Verkäufer eines Gebrauchtwagens keine positive Kenntnis von einer etwaigen <b>Tachomanipulation</b>, kommt Arglist nur dann in Betracht, wenn er eine höhere Laufleistung für möglich gehalten hat, aber dennoch lediglich die Laufleistung laut Tacho angegeben hat. Hat er das Fahrzeug selbst zuvor angekauft, darf er grundsätzlich auf die Angaben des Vorbesitzers zur Laufleistung vertrauen, soweit sich keine Anhaltspunkte für die Unrichtigkeit der Angaben aufdrängen.</p>	<p>LG Berlin, Urteil vom 01.12.2015 (Az. 19 O 17/15)</p>

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<p>I.d.R. ist es beim <b>Kauf eines älteren Gebrauchtwagens</b> nicht kaufentscheidend, ob in der ZB II <b>2 oder 3 Vorbesitzer</b> eingetragen sind, selbst wenn im Kaufvertrag unter „Anzahl der Vorbesitzer“ die Zahl 2 eingetragen worden ist.</p> <p>Ohne konkreten Anlass besteht <u>keine</u> Rechtspflicht des Verkäufers, sich anhand elektronischer Informationssysteme über die <b>Teilnahme</b> des Gebrauchtwagens <b>an Rückrufaktionen des Herstellers</b> zu informieren und den Käufer im Falle der Nichtteilnahme hierüber aufzuklären.</p>	<p>LG Lüneburg, Urteil vom 07.03.2016 (Az. 6 O 55/15)</p>
<p>Behauptet der Verkäufer wahrheitswidrig, der Gebrauchtwagen sei „<b>scheckheftgepflegt</b>“, ist eine Anfechtung wegen arglistiger Täuschung möglich, weil es sich bei der Eigenschaft „scheckheftgepflegt“ um ein wesentliches wertbildendes Merkmal handelt.</p>	<p>AG München, Urteil vom 10.01.2018 (Az. 142 C 10499/17)</p>

### 13.4 Treuwidrigkeit der Erhebung der Verjährungseinrede

Die Erhebung der Verjährungseinrede seitens des Verkäufers kann ausnahmsweise wegen eines Verstoßes gegen Treu und Glauben nach § 242 BGB unzulässig sein, wenn im Einzelfall besondere Gründe vorliegen, die eine Berufung auf die Verjährungsfrist als unbillig oder treuwidrig erscheinen lassen.

VW-ABGASSKANDAL	
<p>Der <b>VW-Abgasskandal als solcher</b> liefert keine Gründe, die eine Berufung auf die Verjährungsfrist als treuwidrig oder unbillig erscheinen lassen.</p>	<p>OLG Hamm, Beschluss vom 05.01.2017 (Az. 28 U 201/16)</p>
<p>Auch wenn der <b>Hersteller auf die Einrede der Verjährung</b>, einschließlich bereits verjährter Ansprüche, <b>verzichtet und seinen Vertragshändlern nahe legt, sich ebenso zu verhalten</b>, darf sich ein Händler, der keinen Verjährungsverzicht erklärt hat, auf die Verjährung von Sachmängelhaftungsansprüchen des Käufers berufen. Die Erhebung der Verjährungseinrede verstößt nicht gegen Treu und Glauben, wenn der Händler selbst gutgläubig war und – mangels eigener Kenntnisse – im Hinblick auf den Lauf der Verjährung keinen besonderen Vertrauenstatbestand geschaffen hat.</p>	<p>OLG Brandenburg, Beschluss vom 18.07.2017 (Az. 2 U 39/16)</p> <p>OLG München, Urteil vom 03.07.2019 (Az. 3 U 4029/18)</p>

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

<p>Erhebt der Verkäufer die Verjährungseinrede bei gleichzeitigem <b>Bestreiten des Vorliegens eines Sachmangels und hilfsweisem Angebot des Aufspiels des von der VW AG entwickelten Software-Updates</b>, liegt darin kein widersprüchliches Verhalten.</p> <p>Außerdem darf der Käufer nicht davon ausgehen, dass ein <b>von der VW AG erklärter Verzicht auf die Erhebung der Verjährungseinrede</b> auch für den Händler, als selbständiger rechtlicher Person, gilt. Das gilt erst recht, wenn der Anspruch bereits vor der Mitteilung der VW-Verzichtserklärung verjährt war.</p>	<p>OLG Karlsruhe, Urteil vom 18.07.2019 (Az. 17 U 204/18)</p> <p>OLG Karlsruhe, Urteil vom 18.07.2019 (Az. 17 U 160/18)</p>
<p><b>Vorbehalt von herstellerseitigen, dem Käufer zumutbaren Konstruktions- oder Formänderungen während der Lieferzeit (Abschnitt IV. Ziffer 6. NWVB)</b></p> <p>Es ist <u>nicht</u> treuwidrig, dass einerseits die Erfüllung der dem Händler obliegenden Verpflichtungen aus dem Kaufvertrag unter dem v.g. Änderungsvorbehalt erfolgen soll, und der Händler sich dann andererseits im Rahmen der Nacherfüllung auf die Unmöglichkeit der Lieferung eines Ersatzfahrzeugs derselben Gattung beruft.</p>	<p>OLG Köln, Beschluss vom 06.03.2018 (Az. 16 U 110/17)</p>

## 13.5 Hemmung, Ablaufhemmung und Neubeginn der Verjährung

Der Gesetzgeber hat in den §§ 203 ff. BGB diverse Umstände benannt, bei deren Vorliegen eine Hemmung der Verjährung oder eine Ablaufhemmung eintritt. Demgegenüber ist in § 212 BGB geregelt, unter welchen Umständen die Verjährung erneut von vorne zu laufen beginnt.

### 13.5.1 Hemmung der Verjährung im Falle der Aufnahme von Verhandlungen

Im Falle der **Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien über etwaige Sachmängelhaftungsansprüche des Käufers oder über die sie begründenden Umstände** erfolgt eine Hemmung der Verjährung (§ 203 BGB). Die Verjährung tritt frühestens 3 Monate nach dem Ende der Hemmung ein (sog. Ablaufhemmung).

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---



<p>Der <b>Begriff „Verhandlungen“</b> ist weit auszulegen. Der Käufer muss lediglich klarstellen, dass er einen Anspruch geltend macht und worauf er ihn stützen will. Anschließend genügt jeder ernsthafte Meinungsaustausch.</p> <p>Verhandlungen „schweben“ schon dann, wenn der Verkäufer Erklärungen abgibt, die dem Käufer die Annahme gestatten, dass der Verkäufer sich auf Erörterungen über die Berechtigung des Anspruchs oder dessen Umfang einlässt. Vergleichsbereitschaft oder Erfolgsaussichten sind nicht erforderlich. Es genügt auch, wenn der Verkäufer beim Käufer den Eindruck erweckt, er werde den Mangel prüfen bzw. sich um ihn kümmern, und der Käufer hiermit einverstanden ist.</p> <p>Ein Meinungsaustausch ist demgegenüber <u>nicht</u> gegeben, wenn der Verkäufer ihn sofort und erkennbar ablehnt.</p>	<p>OLG Köln, Urteil vom 23.12.2021 (Az. 8 U 28/20)</p>
<p>Der <b>Begriff „Verhandlungen“</b> ist grundsätzlich weit auszulegen. Eine vom Verkäufer vorgenommene <b>Überprüfung des gerügten Mangels</b> und die Vornahme von <b>Mängelbeseitigungsarbeiten</b> können genügen. Die Hemmung endet, sobald die Arbeiten – für den Käufer ersichtlich – beendet sind.</p>	<p>OLG Karlsruhe, Beschluss vom 22.01.2018 (Az. 9 U 83/16)</p>

### 13.5.2 Hemmung oder Neubeginn der Verjährung als Folge von Nacherfüllungsmaßnahmen

Hat der **Verkäufer den Sachmangelhaftungsanspruch des Käufers „anerkannt“**, wird der Lauf der Verjährungsfrist nicht nur gehemmt und später fortgesetzt, sondern es erfolgt ein **Neubeginn der Verjährung** (§ 212 BGB), wovon Käufer im Einzelfall profitieren können.

**Darüber, ob Äußerungen und/oder das Verhalten des Verkäufers im Falle der Vornahme von Nacherfüllungsmaßnahmen als „Anerkenntnis“ zu werten sind, besteht häufig Streit zwischen den Vertragsparteien.**

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<p>Im Falle einer <b>mangelhaften Nachbesserung</b> (Reparatur oder Austausch defekter Teile) wird die Verjährungsfrist für die Dauer der Nachbesserungsarbeiten gehemmt, sofern kein Anerkenntnis im juristischen Sinne vorliegt.</p> <p>Im Falle eines <b>Anerkenntnisses</b> oder einer <b>Ersatzlieferung</b> beginnt die Verjährungsfrist von neuem zu laufen.</p>	<p>BGH, Urteil vom 05.10.2005 (Az. VIII ZR 16/05)</p>
<p>In der <b>Vornahme nicht nur unerheblicher Nachbesserungsarbeiten</b> kann ein Anerkenntnis der Gewährleistungspflicht des Verkäufers liegen, vorausgesetzt, dass der Verkäufer aus Sicht des Käufers nicht nur aus Kulanz oder zur gütlichen Beilegung des Streits gehandelt hat, sondern im Bewusstsein, zur Nachbesserung verpflichtet zu sein. Der Verkäufer muss sein Wissen, zu etwas verpflichtet zu sein, klar zum Ausdruck bringen, wobei eindeutiges schlüssiges Verhalten genügen kann.</p>	<p>BGH, Beschluss vom 23.08.2012 (Az. VII ZR 155/10)</p> <p>LG Koblenz, Urteil vom 10.10.2006 (Az. 6 S 132/06)</p>
<p>In der <b>Vornahme von Nachbesserungsarbeiten</b> kann ein <b>konkludentes Anerkenntnis</b> des Verkäufers liegen, wenn der Verkäufer aus Sicht des Käufers nicht nur aus Kulanz oder zur gütlichen Beilegung des Streits gehandelt hat, sondern im Bewusstsein, zur Nachbesserung verpflichtet zu sein. Das ist <u>nicht</u> der Fall, wenn eine <b>3-jährige Herstellergarantie</b> besteht, nach der die uneingeschränkte Vermutung gilt, dass der Mangel bereits bei Übergabe vorhanden war.</p> <p>Die <b>Beweislast</b> obliegt dem Käufer.</p> <p>Ein Anerkenntnis, das erst <u>nach</u> <b>Ablauf der Verjährungsfrist</b> erfolgt, ist unbeachtlich.</p>	<p>OLG Karlsruhe, Beschluss vom 22.01.2018 (Az. 9 U 83/16)</p>
<p>Allein aus der Vornahme von Reparaturversuchen kann noch nicht auf ein Anerkenntnis geschlossen werden. Erfolgt die <b>Reparatur im Hinblick auf eine Gebrauchtwagengarantie</b>, deren Garantiegeber nicht der Verkäufer ist, handelt der Verkäufer aus Käufersicht nicht in dem Bewusstsein das Fahrzeug aufgrund eigener Nachbesserungsverpflichtung zu reparieren. Das gilt vor allem dann, wenn für die Arbeiten Rechnungen gefertigt werden, die zur Vorlage beim Garantiegeber bestimmt sind.</p>	<p>OLG Düsseldorf, Urteil vom 07.11.2013 (Az. I-5 U 5/13)</p>

Im Falle einer <b>mangelhaften Nacherfüllung</b> , in denen der (anerkannte) Mangel erneut auftritt, beginnt die Verjährungsfrist jeweils neu zu laufen.	AG Frankfurt/M., Urteil vom 11.01.2008 (Az. 32 C 1639/07-48)
--	--

### 13.5.3 Ablaufhemmung beim Verbrauchsgüterkauf

Für Verbrauchsgüterkaufverträge, die seit dem Jahr 2022 abgeschlossen worden sind, enthält **§ 475e BGB Sonderregelungen für die Bestimmung des Fristablaufs**. Damit Verbraucher ihre Rechte aus der Sachmangelhaftung des Verkäufers auch noch kurz vor Ablauf der Verjährungsfrist effektiv geltend machen können, hat der Gesetzgeber zu deren Gunsten eine sog. Ablaufhemmung eingeführt.

- Hat sich ein Mangel innerhalb der Verjährungsfrist gezeigt, so tritt die Verjährung nicht vor dem Ablauf von 4 Monaten nach dem Zeitpunkt ein, in dem sich der Mangel erstmals gezeigt hat. Diese allgemeine Ablaufhemmung gilt sowohl für **Mängel an der Ware** als auch für **Mängel an deren digitalen Elementen, sofern diese lediglich einmalig bereitgestellt wurden**.
- Beim Kauf von **Waren mit dauerhaft bereitgestellten digitalen Elementen** verjähren Mängelansprüche nicht vor Ablauf von 12 Monaten nach dem Ende des Bereitstellungszeitraums. Die Maximalverjährung beträgt 10 Jahre (§ 199 Abs. 4 BGB).
- Ansprüche wegen einer **Verletzung der Aktualisierungspflicht** verjähren nicht vor Ablauf von 12 Monaten nach dem Ende des Zeitraums der Aktualisierungspflicht. Die Maximalverjährung beträgt 10 Jahre (§ 199 Abs. 4 BGB).
- Ablaufhemmung bei **Nacherfüllung oder zur Erfüllung von Garantieansprüchen**: Die Verjährung von Ansprüchen wegen des geltend gemachten Mangels tritt nicht vor Ablauf von 2 Monaten nach dem Zeitpunkt ein, in dem die nachgebesserte oder ersetzte Ware dem Verbraucher zurückgegeben oder übergeben wurde.

### 13.5.4 Verjährungshemmung bei Durchführung eines selbständigen Beweisverfahrens

Eine Hemmung der Verjährung erfolgt auch im Falle einer Rechtsverfolgung (§ 204 BGB). Hierunter fällt auch die Einleitung und Durchführung eines selbständigen Beweisverfahrens (§ 204 Abs. 1 Nr. 7 BGB). Die **Verjährungshemmung beginnt mit der Zustellung des Antrags auf Durchführung eines selbständigen Beweisverfahrens. Die Hemmung endet 6 Monate nach Beendigung des Verfahrens.**

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

Ein **selbständiges Beweisverfahren** ist grundsätzlich mit der sachlichen Erledigung der beantragten Beweissicherung **beendet**. Entscheidend hierfür ist dabei grundsätzlich das Ende der gesamten Beweisaufnahme. Das gilt unabhängig davon, ob in einem selbständigen Beweisverfahren die Sicherung des Beweises hinsichtlich nur eines Mangels oder mehrerer – auch voneinander unabhängiger – Mängel stattfindet und auch ohne Rücksicht darauf, ob die Beweissicherung durch einen oder mehrere Sachverständige erfolgt.

BGH, Urteil vom 22.06.2023  
(Az. VII ZR 881/21)

### 13.5.5 Hemmung der Verjährung durch Klageerhebung

Die Verjährung kann auch durch Klageerhebung gehemmt werden (§ 204 Abs. 1 Nr. 1 BGB). **Fraglich ist, ob die durch die Klageerhebung eingetretene Hemmung der Verjährung, im Falle eines Wechsels von einem auf einen anderen Anspruch, auch für den zuletzt geltend gemachten Anspruch gilt.**

#### 13.5.5.1 Änderung des Klageantrags – Wechsel der gesetzlichen Sachmängelhaftungsansprüche

Sowohl die Rücktrittserklärung als auch die Minderung des Kaufpreises sind sog. **Gestaltungsrechte**. Sofern sie berechtigterweise geltend gemacht werden, wird das bisherige Rechtsverhältnis (bindend) umgestaltet und die Wahlmöglichkeit des Käufers zwischen den Sachmängelhaftungsansprüchen entfällt. Als Gestaltungsrechte sind sie selbst zwar **nicht der Verjährung unterworfen**, nach der **Sonderregelung des § 438 Abs. 4 BGB** ist deren **Ausübung aber unwirksam, sobald der Nacherfüllungsanspruch verjährt ist**.

**Die aus dem Rücktritt und der Kaufpreisminderung resultierenden Rückgewähransprüche unterliegen hingegen der dreijährigen Regelverjährungsfrist der §§ 195, 199 BGB.**

Hat der Käufer vorprozessual sein Rücktrittsrecht berechtigterweise ausgeübt, mit der anschließenden Klage aber Kaufpreisminderung geltend gemacht, kann er mit diesem Klageantrag keinen Erfolg haben. Stellt er daher während des laufenden Gerichtsverfahrens seinen Klageantrag auf die aus dem Rücktritt resultierenden Rückgewähransprüche um, hängt der Erfolg der Klage u.U. auch davon ab, ob die durch die Klageerhebung eingetretene Verjährungshemmung bezüglich des Minderungsanspruchs auch zu Gunsten der aus dem Rücktritt verspätet geltend gemachten Rückgewähransprüche gilt.

Gilt allgemein

Gilt **nur für Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für Verbraucherkaufverträge,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Nach **§ 213 BGB** gelten die Hemmung, Ablaufhemmung sowie der Neubeginn der Verjährungsfrist auch für Ansprüche, die aus demselben Grunde wahlweise neben dem Anspruch oder an seiner Stelle gegeben sind. Von dieser **Wirkungserstreckung** werden sämtliche in § 437 BGB aufgeführten kaufrechtlichen Nacherfüllungs- und Gewährleistungsrechte erfasst, die auf demselben Mangel beruhen.

Im Falle des Rücktritts und der Kaufpreisminderung sind dies die daraus resultierenden Ansprüche auf (vollständige bzw. teilweise) Rückzahlung des Kaufpreises. Die Wirkungserstreckung beschränkt sich dabei nicht auf den im Klageantrag geltend gemachten Minderungsbetrag, sondern erfasst sämtliche im Wege der Klageänderung geltend gemachten Rückgewähransprüche. Der Käufer soll nicht Gefahr laufen, dass im Falle der Abweisung des geltend gemachten Anspruchs die übrigen auf demselben Mangel beruhenden Ansprüche nicht mehr bzw. nicht in voller Höhe durchgesetzt werden können.

BGH, Urteil vom 29.04.2014  
(Az. VIII ZR 180/14)

### 13.5.5.2 Änderung des Klageantrags – Wechsel von einem Sachmangelhaftungsanspruch auf einen Garantiesanspruch

Aus prozessualer Sicht ist der Wechsel von einem (gesetzlichen) Sachmangelhaftungsanspruch auf einen (vertraglichen) Anspruch aus einer Garantie zwar möglich, es stellt sich aber auch hier mitunter die **Frage, ob die durch die Klageerhebung eingetretene Verjährungshemmung bezüglich des Sachmangelhaftungsanspruchs sich auch auf den später geltend gemachten Garantiesanspruch erstreckt.**

Die bei einem gesetzlichen Sachmangelhaftungsanspruch eingetretene Hemmung der Verjährung erstreckt sich nicht auf einen später geltend gemachten vertraglichen Anspruch aus einer daneben abgeschlossenen Gebrauchtwagen- oder Haltbarkeitsgarantie, weil die Ansprüche nicht „auf demselben Rechtsgrund“ im Sinne des **§ 213 BGB** beruhen.

BGH, Urteil vom 27.09.2017  
(Az. VIII ZR 99/16)

## 13.6 Gerichtliche Durchsetzung eines fristgerecht erklärten Rücktritts nach Ablauf der Verjährungsfrist

Klarheit besteht inzwischen zu der umstrittenen **Frage, ob ein fristgemäß erklärter Rücktritt vom Kaufvertrag auch noch nach Ablauf der maßgeblichen Verjährungsfrist gerichtlich durchgesetzt werden kann.**

Es reicht aus, wenn ein innerhalb der Verjährungsfrist erklärter Rücktritt erst nach Ablauf dieser Frist gerichtlich geltend gemacht wird. Da es sich bei dem Rücktrittsrecht um ein sog. Gestaltungsrecht handelt, kommt es für die fristgemäße Geltendmachung auf den **Zeitpunkt der Rücktrittserklärung** an. Einer späteren gerichtlichen Geltendmachung kann die Einrede der Verjährung nicht entgegengehalten werden.

BGH, Urteil vom 07.06.2006  
(Az. VIII ZR 209/05)

## 13.7 Verzicht auf die Erhebung der Verjährungseinrede

Der Verkäufer kann durch einseitige Erklärung vor Verjährungseintritt wirksam auf die Erhebung der Einrede der Verjährung verzichten. Dies geschah besonders häufig in vom VW-Abgasskandal betroffenen Fällen. Dadurch sollte verhindert werden, dass Käufer im Hinblick auf eine bevorstehende Verjährung ihrer etwaigen Ansprüche Klage gegen den Verkäufer erheben, bevor sich die Rechtsprechung eingehend mit ungeklärten Rechtsfragen auseinandersetzen konnte.

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Gilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

Hat der Verkäufer einen **Verzicht auf die Erhebung der Einrede der Verjährung „im Hinblick auf etwaige Ansprüche (...) im Zusammenhang mit der in Fahrzeugen mit Motortyp EA 189 eingebauten Software“** bis zum 31.12.2017 erklärt, verjähren etwaige Ansprüche des Käufers dennoch nach Ablauf der Verjährungsfrist. Der Verkäufer darf sich bis zum Ablauf der in der Verzichtserklärung bestimmten Zeitpunkts lediglich nicht auf die Einrede der Verjährung berufen.

- Erhebt der Käufer erst nach Ablauf dieses Zeitpunktes Klage, kann sich der Verkäufer wieder auf Verjährung berufen.
- Erhebt der Käufer vor Ablauf dieses Zeitpunktes Klage, bleibt der Verzicht über diesen Zeitpunkt hinaus wirksam.
- Erhebt der Käufer vor Ablauf dieses Zeitpunktes Klage auf **Nacherfüllung**, kann sich der Verkäufer im Falle einer nach diesem Zeitpunkt erfolgten Klageänderung oder -erweiterung auf Rückabwicklung des Kaufvertrages wegen Rücktritts vom Kaufvertrag insofern wieder auf Verjährungseintritt berufen.
- Die **Regelung in § 213 BGB**, wonach Hemmung, Ablaufhemmung und erneuter Verjährungsbeginn auch für Ansprüche gelten, die aus demselben Grunde gegeben sind, gilt nicht für Verjährungsverzichtserklärungen.

BGH, Beschlüsse vom 21.03.2023 und 23.05.2023 (Az. VIII ZR 7/21)

## 14 Allgemeine Geschäftsbedingungen

Für den Abschluss von Kaufverträgen über Kraftfahrzeuge empfiehlt der ZDK bekanntlich unverbindlich die Verwendung der **Neuwagenverkaufsbedingungen (NWVB)** bzw. **Gebrauchtwagenverkaufsbedingungen (GWVB)**. Die darin enthaltenen Klauseln, ebenso wie Klauseln in sonstigen Allgemeinen Geschäftsbedingungen, wurden und werden von den Gerichten immer wieder auf ihre Wirksamkeit hin überprüft.

### 14.1 Verkürzung der Verjährungsfrist

<p><b>GWVB (Stand 12/2016)</b></p> <p>Die <b>Regelung zur Verkürzung der Verjährungsfrist in den GWVB gegenüber Verbrauchern auf 1 Jahr ist trotz der zwischenzeitlich ergangenen EuGH-Rechtsprechung wirksam</b>. Zwar ist die gesetzliche Regelung des § 476 Abs. 2 BGB (in der bis Ende 2021 geltenden Fassung), auf der die Verkürzung in den GWVB beruht, nach der EuGH-Rechtsprechung unionsrechtswidrig, dies hat für die Anwendung des deutschen Rechts jedoch keine unmittelbare Auswirkung, weil die Rechtsprechung (einschließlich die des EuGH) eine direkte horizontale Drittwirkung ablehnt. Eine richtlinienkonforme Auslegung oder Rechtsfortbildung scheitert am eindeutigen Wortlaut der Norm. Sie darf nicht „contra legem“ erfolgen.</p> <p><i>(Hinweis: In der Zwischenzeit hat eine Gesetzesänderung stattgefunden. Die GWVB wurden entsprechend angepasst; vgl. GWVB Stand ab: 01/2022.)</i></p>	<p>BGH, Urteil vom 18.11.2020 (Az. VIII ZR 78/20)</p> <p>OLG Celle, Urteil vom 11.09.2019 (Az. 7 U 362/18)</p> <p>OLG Zweibrücken, Urteil vom 19.03.2020 (Az. 4 U 198/19)</p> <p>LG Stuttgart, Urteil vom 06.03.2020 (Az. 19 O 123/19)</p> <p><b><u>andere Ansicht noch:</u></b></p> <p>OLG Frankfurt/M., Urteil vom 11.07.2019 (Az. 16 U 112/18)</p> <p>LG Berlin, Urteil vom 16.04.2019 (Az. 35 S 20/18)</p>
<p><b>GWVB (Stand 12/2016)</b></p> <p>Die Regelung zur Verkürzung der Verjährungsfrist in den GWVB gegenüber Verbrauchern auf 1 Jahr ist trotz der zwischenzeitlich ergangenen EuGH-Rechtsprechung <b>wirksam</b>. Zu diesem Ergebnis gelangt das Gericht im Wege der „ergänzenden Vertragsauslegung“, um dem Willen der Vertragsparteien gerecht zu werden.</p> <p><i>(Hinweis: In der Zwischenzeit hat eine Gesetzesänderung stattgefunden. Die GWVB wurden entsprechend angepasst; vgl. GWVB Stand ab: 01/2022.)</i></p>	<p>OLG Koblenz, Urteil vom 05.06.2020 (Az. 8 U 1803/19)</p>

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden



<p><b>GWVB (Stand 03/2008)</b></p> <p>Die Regelungen zur Verkürzung der Verjährungsfrist der Sachmängelhaftung (VI Nr. 1 Satz 1 sowie VI Nr. 5 i.V.m. VII) genügen den Anforderungen an das Transparenzgebot nicht und sind daher <b>unwirksam</b>. Sie sind aus Sicht des Käufers nicht klar und verständlich, weil sich ihnen nicht entnehmen lässt, ob der Käufer <b>Schadensersatzansprüche wegen Verletzung der Nacherfüllungspflicht</b> innerhalb eines oder innerhalb von 2 Jahren gegen den Verkäufer geltend machen muss.</p> <p>(<u>Hinweis</u>: Die GWVB wurden entsprechend den Vorgaben des BGH angepasst; vgl. GWVB Stand ab: 11/2015.)</p>	<p>BGH, Urteil vom 29.04.2015 (Az. VIII ZR 104/14)</p> <p><b><u>andere Ansicht noch:</u></b> LG Berlin, Urteil vom 09.05.2014 (Az. 22 O 8/14)]</p>
<p><b>GWVB (Stand 07/2003)</b></p> <p>Eine Klausel, durch die die <b>Verjährungsfrist</b> auf das gesetzlich zulässige Mindestmaß <b>verkürzt</b> wird, ist wegen des Klauselverbots des § 309 Nr. 7 a und b BGB dennoch <b>unwirksam</b>, wenn die <b>Schadensersatzansprüche nicht von der Verjährungsverkürzung ausgenommen</b> werden. Dies gilt auch für die in Abschnitt VI enthaltene Regelung.</p> <p>(<u>Hinweis</u>: Die Klausel wurde seinerzeit entsprechend den Vorgaben des BGH angepasst; vgl. GWVB Stand ab: 03/2008.)</p>	<p>BGH, Urteil vom 15.11.2006 (Az. VIII ZR 3/06)</p> <p>BGH, Urteil vom 29.05.2013 (Az. VIII ZR 174/12)</p>
<p>Das Klauselverbot des § 309 Nr. 7 a und b BGB gilt auch im <b>Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen</b>.</p>	<p>BGH, Urteil vom 19.06.2013 (Az. VIII ZR 183/12)</p>
<p>Liegt ein Verstoß gegen das Klauselverbot des § 309 Nr. 7 a und b BGB vor, kann der Verstoß nicht durch den <b>Zusatz „soweit das gesetzlich zulässig ist“</b> beseitigt werden. Derartige salvatorische Klauseln sind ihrerseits wegen eines Verstoßes gegen das Verständlichkeitsgebot unwirksam.</p>	<p>BGH, Urteil vom 04.02.2015 (Az. VIII ZR 26/14)</p>
<p><b>GWVB (Stand 12/2016)</b></p> <p>Die Regelung verstößt <u>nicht</u> gegen die <b>Klauselverbote des § 309 Nr. 7 BGB</b>.</p>	<p>OLG Koblenz, Urteil vom 05.06.2020 (Az. 8 U 1803/19)</p>

Es liegt kein Verstoß gegen die Klauselverbote des § 309 Nr. 7 a und b BGB vor, wenn die Verschuldenshaftung des Verkäufers für Körper- und Gesundheitsschäden und für sonstige Schäden nur für den <b>Fall einfacher Fahrlässigkeit</b> der kurzen Verjährung unterliegt.	LG Nürnberg-Fürth, Urteil vom 24.05.2018 (6 O 6812/17)
<b>GWVB (Stand 03/2008)</b>  Der <b>Ausschluss der Sachmängelhaftung unter Kaufleuten</b> ist wirksam.	LG Zweibrücken, Urteil vom 19.02.2016 (Az. HK O 44/15)

## 14.2 Angebotsbindungsfrist von höchstens 10 Tagen beim Gebrauchtwagenkauf

Ein <b>10-tägiger Annahmeverbehalt mit gleichzeitiger Bindungsfrist des Käufers</b> ist AGB-rechtlich nicht zu beanstanden. Eine solche Regelung verstößt weder gegen das Transparenzgebot noch ist sie überraschend.	LG Darmstadt, Urteil vom 25.05.2022 (Az. 4 O 51/21)
Die Klausel ist auch bei einem <b>Barkauf über einen vorrätigen GW in einem Betrieb mit 3 Standorten</b> wirksam, in denen die „Verkäufer“ nicht befugt sind Kaufverträge in Vertretung der Geschäftsleitung abzuschließen.	LG Potsdam, Urteil vom 09.06.2016 (Az. 6 O 285/15)
<b>GWVB (Stand 03/2008)</b>  Die Entscheidung darüber, ob die Angebotsbindungsfrist von „höchstens 10 Tagen“ beim Gebrauchtwagenkauf unangemessen lang im Sinne des § 308 Nr. 1 BGB ist, erfordert eine Interessenabwägung der Vertragsparteien unter Berücksichtigung der für den Gebrauchtwagenkauf typischen Umstände. Bei einem Kaufangebot des Käufers über einen bei einem <b>Kfz-Betrieb mit zwei Standorten vorrätigen Gebrauchtwagen</b> ist sie auch im Falle eines vereinbarten <b>Barzahlungsgeschäfts</b> wirksam.	LG Saarbrücken, Urteil vom 14.11.2014 (Az. 10 S 128/13)

Gilt allgemein

Gilt **nur** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurdenGilt **nicht** für **Verbraucherkaufverträge**,  
die ab 2022 abgeschlossen wurden

<b>GWVB (Stand 03/2008 und Fassung vor 07/2003)</b>  Die Klausel verstößt gegen § 308 Nr. 1 BGB, wenn der <b>Gebrauchtwagen vorrätig</b> ist, <b>Barzahlung</b> (und <u>keine</u> Finanzierung und <u>kein</u> Leasing) vereinbart wird und <b>keine Inzahlungnahme</b> eines Altfahrzeugs erfolgen soll.	AG Northheim, Urteil vom 12.02.2009 (Az. 3 C 820/08)  LG Bremen, Urteil vom 09.09.2003 (Az. 1 O 565/03)
---	---

### 14.3 Annahme der „verbindlichen Bestellung“

<b>NWVB (Stand 03/2008)</b>  Ein Kaufvertrag kommt auch dann wirksam zustande, wenn der Verkäufer die vom Käufer unterzeichnete „Verbindliche Bestellung“ <b>mündlich annimmt</b> . Der in <b>I Nr. 1 Satz 3</b> genannten „schriftlichen Bestätigung“ kommt nur Beweisfunktion zu.  <b>(Gleiches gilt für die vergleichbare Klausel in den GWVB).</b>	BGH, Beschluss vom 12.03.2013 (Az. VIII ZR 179/12)
Durch die <b>Unterschrift eines Autohausmitarbeiters auf dem Bestellformular über ein Fahrzeug</b> kommt noch kein Kaufvertrag zustande. Sie stellt keine Annahmeerklärung dar. Mit der Unterschrift wird lediglich die Entgegennahme der Bestellung bekundet.	LG Darmstadt, Urteil vom 25.05.2022 (Az. 4 O 51/21)
Eine Annahmeerklärung kann auch per <b>SMS</b> erfolgen.	LG Berlin, Urteil vom 04.12.2017 (Az. 8 O 307/15)

### 14.4 Leistungsänderungen

<b>NWVB (Stand 03/2008)</b>  <b>Abschnitt IV. Ziffer 6.</b> , wonach dem Hersteller während der Lieferzeit unter bestimmten Bedingungen u.a. Konstruktions- oder Formänderungen vorbehalten sind, ist dahin auszulegen, dass nur <b>Änderungen während der Lieferzeit</b> , also bis zur (erstmaligen) Auslieferung, zulässig sind. Es ist nicht treuwidrig, wenn der Verkäufer eine <b>Ersatzlieferung</b> mit dem Hinweis ablehnt, dass sie unmöglich ist, weil das mangelhafte Modell so nicht mehr produziert wird.	OLG Köln, Beschluss vom 06.03.2018 (Az. 16 U 110/17)
---	--

<b>NWVB (Stand 03/2008)</b>  Das einseitige <b>Recht, Änderungen an der Leistung vorzunehmen</b> verstößt gegen § 308 Nr. 4 BGB, wenn die Vereinbarung für den anderen Vertragsteil nicht zumutbar ist ( <u>hier</u> : <b>Farbabweichung beim Neuwagenkauf</b> : „Pirineos Grau“ statt „Track-Grau“).	LG Ansbach, Beschluss vom 09.07.2014 (Az. 1 S 66/14)
---	--

## 14.5 Schadenspauschalierung für den Fall der Nichtabnahme

### 14.5.1 Neuwagenkauf

<b>NWVB (Stand 03/2008)</b>  Die Klausel zur Schadenspauschalierung für den Fall der Nichtabnahme des NW in Höhe von 15 % des Brutto-Kaufpreises ist <b>wirksam</b> .	BGH, Hinweisbeschluss vom 27.06.2012 (Az. VIII ZR 165/11)  OLG Hamm, Beschluss vom 02.07.2015 (Az. 28 U 46/15)
<b>NWVB (Stand 03/2008)</b>  Die Klausel zur Schadenspauschalierung für den Fall der Nichtabnahme des NW in Höhe von 15 % des Kaufpreises gilt auch gegenüber den <b>Erben des vor Abnahme des NW verstorbenen Käufers</b> . Ein darüber hinausgehender Schadensersatzanspruch aus der <b>unterbliebenen GW-Inzahlungnahme</b> steht dem Verkäufer dann nicht zu.	OLG Hamm, Urteil vom 27.08.2015 (Az. 28 U 159/14)
<b>NWVB (Stand 04/2003)</b>  Die <b>Branchenüblichkeit</b> der Höhe der wirksamen Pauschale muss vom Händler nur im Bestreitensfall nachgewiesen werden.	OLG Thüringen, Urteil vom 26.04.2005 (Az. 8 U 702/04)

### 14.5.2 Gebrauchtwagenkauf

<b>GWVB (Stand 07/2003)</b>  Die Klausel zur Schadenspauschalierung für den Fall der Nichtabnahme des GW in Höhe von pauschal 10 % des Kaufpreises ist <b>wirksam</b> .	BGH, Urteil vom 14.04.2010 (Az. VIII ZR 123/09)  OLG München, Urteil vom 14.09.2017 (Az. 23 U 667/17)
---	---

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<b>GWVB (Stand 03/2008)</b>  Die Höhe der Schadenspauschalierung für den Fall der Nichtabnahme des GW von pauschal 10 % des Kaufpreises ist <b>wirksam</b> .	LG Saarbrücken, Urteil vom 14.11.2014 (Az. 10 S 128/13)  LG Potsdam, Urteil vom 09.06.2016 (Az. 6 O 285/15)
Eine Klausel zur Schadenspauschalierung für den Fall der Nichtabnahme des GW in Höhe von 10 %, die dem Käufer den Nachweis ermöglicht, einen geringeren oder keinen Schaden nachzuweisen, ist auch dann wirksam, wenn sie auf den <b>Brutto-Kaufpreis</b> abstellt.	LG Zweibrücken, Urteil vom 03.02.2016 (Az. 1 O 267/15)
<b>GWVB (Stand 01/2002)</b>  Die Regelung in Abschnitt IV Absatz 2 Satz 1, wonach der Verkäufer im Falle der Nichtabnahme des GW durch den Käufer berechtigt ist, vom Käufer Schadensersatz in Höhe von pauschal 10 % des Kaufpreises zu verlangen, ist <b>wirksam</b> .	AG Duisburg-Hamborn, Urteil vom 10.01.2003 (Az. 7 C 303/02)

## 14.6 Geltendmachung von Mängelbeseitigungsansprüchen bei anderen vom Hersteller autorisierten Betrieben

<b>NWVB (Stand 04/2003)</b>  Die Klausel zur Geltendmachung von Mängelbeseitigungsansprüchen bei anderen vom Hersteller autorisierten Betrieben (Abschnitt VII Ziffer 2 a Satz 1) ist <b>mehrdeutig</b> . Daher ist sie nicht dahin auszulegen, dass die Unterrichtung des Verkäufers zu erfolgen hat, „bevor“ die Nachbesserung durch die Drittwerkstatt <u>fehlgeschlagen</u> ist.  <u>(Hinweis:</u> In die Klausel wurde inzwischen zur Klarstellung folgendes eingefügt: „ ... hat der Käufer den Verkäufer unverzüglich zu unterrichten, wenn die erste Mängelbeseitigung erfolglos war.“; vgl. NWVB Stand: 03/2008.)	BGH, Urteil vom 15.11.2006 (Az. VIII ZR 3/06)  OLG Koblenz, Urteil vom 13.01.2011 (Az. 5 U 20/10)
--	---

<b>NWVB (Stand 03/2008)</b>  Die Klausel zur Geltendmachung von Mängelbeseitigungsansprüchen bei anderen vom Hersteller autorisierten Betrieben (Abschnitt VII Ziffer 2 a Satz 1) entbindet den <b>Unternehmer-Käufer</b> nicht von seiner Pflicht zur rechtzeitigen <b>kaufmännischen Rüge nach § 377 HGB</b> gegenüber dem Verkäufer und ermächtigt den anderen Betrieb auch nicht zur Entgegennahme der kaufmännischen Rüge für den Verkäufer.	OLG Hamm, Urteil vom 12.04.2012 (Az. I-2 U 177/11)  LG Krefeld, Urteil vom 13.03.2014 (Az. 3 O 311/13)
---	--

## 14.7 Sonstige Klauseln

<b>GWVB (Stand 03/2008)</b>  Das unter Abschnitt I. Ziffer 2. geregelte <b>Abtretungsverbot mit Zustimmungsvorbehalt</b> ist auch gegenüber Verbrauchern wirksam. Möchte etwa der <b>Ehepartner</b> Sachmängelhaftungsansprüche aus abgetretenem Recht des Käufers geltend machen, bedarf dies der schriftlichen Zustimmung des Verkäufers.	OLG Karlsruhe, Urteil vom 15.03.2017 (Az. 7 U 115/16)
Eine Klausel, nach der bei Geschäftsverbindungen mit Kaufleuten als <b>ausschließlicher Gerichtsstand</b> der Sitz des Verkäufers vereinbart wird, ist wirksam.	LG Saarbrücken, Beschluss vom 04.11.2015 (Az. 6 O 230/15)

## 14.8 Ankaufverträge bei der Gebrauchtwagen-Inzahlungnahme

Die Rechtsprechung hat sich vereinzelt auch mit der Wirksamkeit einzelner Klauseln aus **Ankaufverträgen** befasst, wie sie von einigen Händlern im Rahmen der Gebrauchtwagen-Inzahlungnahme verwendet werden.

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

<p>Folgende Klauseln sind gegenüber Verbrauchern <b>unzulässig</b>:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ i.d.R. <b>einseitiges Leistungsänderungsrecht bezüglich Kaufpreisreduzierung oder Abstandnahme vom Vertrag bei mangelhaftem Kundenfahrzeug</b></li> <li>■ <b>Ausschluss des Nacherfüllungsrechts des verkaufenden Kunden</b></li> <li>■ Vorbehalt eines <b>pauschalierten Schadensersatzanspruchs</b> zu Gunsten des Händlers (z.B. in Höhe der Reparaturkosten), wenn dem Kunden nicht ausdrücklich der Nachweis eines geringeren Schadens oder einer geringeren Wertminderung gestattet wird</li> </ul>	<p>LG Hannover, Urteil vom 23.06.2010 (Az. 10 O 64/07)</p>
--	--

Bonn, Dezember 2025

gez. Ass jur. Marion Nikolic

Gilt allgemein	Gilt <b>nur</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden	Gilt <b>nicht</b> für <b>Verbraucherkaufverträge</b> , die ab 2022 abgeschlossen wurden
----------------	---	---

